

# **Soziale Segregation, Quartierseffekte und Quartierspolitik. Ein deutsch-französischer Vergleich.**

**Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades  
Dr. rer. nat. im Fach Geographie**

eingereicht an der

Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät II  
der Humboldt-Universität zu Berlin

von Dipl. Geographin Andrea Nieszery

Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz

Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät II

Prof. Dr. Elmar Kulke

Gutachter

1. Prof. Dr. Elmar Kulke

2. PD Dr. Olaf Schnur

3. Dr. Andrej Holm

Tag der Verteidigung: 26.09.2013

## DANKSAGUNG

An erster Stelle danke ich meinem Betreuer, Herrn Prof. Dr. Franz-Josef Kemper, für seine umfassende Unterstützung bei der Erstellung dieser Arbeit, viele anregende Diskussionen und die angenehme und offene Atmosphäre, in der diese stattfanden. Außerdem bedanke ich mich bei meinen beiden Gutachtern, PD Dr. Olaf Schnur und Dr. Andrej Holm, für die Übernahme der Gutachten. Prof. Hervé Vieillard-Baron von der Universität Paris X Nanterre möchte ich für die organisatorische und fachliche Unterstützung während meiner Aufenthalte in Frankreich danken, besonders für seine Orientierungshilfe durch den Dschungel der französischen Quartierspolitik. Prof. Dr. Hartmut Häußermann gilt mein Dank, weil er die Debatte um die Folgen sozialer Segregation in deutschen Städten durch seine analytische Schärfe und sein Engagement für integrierte Quartierspolitik in hohem Maße bereichert und vorangetrieben hat.

Ich danke den Experten in den Untersuchungsgebieten, die mir ihre Zeit, ihre Offenheit und viele interessante Einblicke in den lokalen Quartierskontext geschenkt haben. Für die Finanzierung dieses Promotionsvorhabens danke ich der Berliner Nachwuchsförderung, die mir durch ein Promotionsstipendium die Durchführung dieses Dissertationsprojekts ermöglichte, sowie der Konsul Karl und Dr. Gabriele Sandmann Stiftung für das Abschlussstipendium. Bei Jana Lahmer bedanke ich mich für die Hilfe bei der administrativen Bewältigung dieser Dissertation.

Ulf Heidel, Sieglinde Callian-Rink, Susanne Dähner, Silvia Bronnert und Katja Ecke gilt mein Dank für ihre wertvolle Zeit und ihre noch wertvolleren Korrekturen, Martin Wipperfürth danke ich für seine Hilfe in Gestaltungsfragen. Während der gesamten Dauer des Promotionsprojekts, insbesondere in den letzten Wochen, erfuhr ich von meiner Familie auf vielerlei Art Unterstützung, Rückhalt und viel Geduld. Dafür bedanke ich mich bei meinen Eltern, und ganz besonders bei meinem Mann Jörg und meiner Tochter Elsa.

## Zusammenfassung

Diese Arbeit beschäftigt sich mit dem Konzept der Quartierseffekte und überprüft im Rahmen eines deutsch-französischen Vergleichs sowohl dessen Nützlichkeit für die Stadtforschung, als auch sein Potential für die Ausrichtung integrierter Quartierspolitik. Unter Quartierseffekten werden unabhängige Effekte des Wohngebiets verstanden, die sich auf die Lebensqualität und die Perspektiven seiner Bewohner auswirken. Wenngleich Quartierseffekte auf der Ebene der Individuen oft nur schwer zu messen sind, wird hier davon ausgegangen, dass sie durchaus Aufschluss über soziale Entwicklungen und Dynamiken des Gebiets selbst geben können. Daher vertrete ich in dieser Arbeit die Position, dass das Konzept der Quartierseffekte einen wichtigen Beitrag dazu leistet, Prozesse sozialräumlicher Ex- und Inklusion in ihrem lokalen Wirkungszusammenhang zu erfassen.

Die Arbeit setzt drei inhaltliche Schwerpunkte: Erstens werden die zentralen Merkmale sozialer Segregation in Frankreich und Deutschland dargestellt, um so die Voraussetzungen für die Entstehung von Quartierseffekten und den jeweiligen nationalen Kontext zu erfassen. Zweitens wird das Konzept der Quartierseffekte selbst erläutert, werden die ihm zugrunde liegenden Prämissen, theoretische Einflüsse, sowie der aktuelle Forschungsstand skizziert. Drittens werden die zentralen Ansätze der Quartierspolitik in Frankreich und Deutschland, die auf die Abmilderung negativer Folgen von Segregationsprozessen abzielen, vergleichend dargestellt.

Auf der Grundlage von vier qualitativen Fallstudien in Quartieren in Berlin, Erlangen, Île-de-France und Lille, werden der lokale Kontext der Entstehung von Quartierseffekten erörtert, deren Bedeutung für die Lebensqualität der Bewohner vor Ort diskutiert, so wie die zentralen Wirkungszusammenhänge analysiert. Die Ergebnisse dieser Arbeit zeigen die Relevanz positiver wie negativer Quartierseffekte in allen vier Untersuchungsgebieten auf und verdeutlichen die Zusammenhänge ihrer Entstehung und Auswirkungen in den Quartieren. So unterstreichen die Ergebnisse, dass das Konzept der Quartierseffekte ein umfassendes Instrumentarium zur Analyse lokaler Wirkungszusammenhänge sozialer Ungleichheit liefert und dazu geeignet ist, politische Interventionen auf Effekte des Quartiers und deren Wirkungszusammenhänge vor Ort abzustimmen.

**Schlagworte:** Quartierseffekte; soziale Segregation; Quartierspolitik; Frankreich; *Soziale Stadt*; *politique de la ville*

## Abstract

This paper deals with the concept of *area effects* and screens within the frame of a German-French comparison both its utility as far as urban research is concerned, as well as its potential for the development of area-based policies. *Area effects* are independent effects of neighborhood which influence the life quality and the perspectives of their inhabitants. Even though area effects on individuals are often quite difficult to measure, the paper assumes that they offer valuable clues about social development and dynamics of the area itself. Therefore this paper holds with the importance of the concept of *area effects* in terms of the comprehension of the processes of community inclusion and exclusion within their local interdependency.

The paper has three main focuses: first, the central features of the social segregation in France in Germany are pictured, so that the premises and national context of the development of area effects be comprehended. Second, the concept of *area effects* itself with its basic assumptions, theoretical influences and the current state of research are defined. Third, those central approaches of area based policies in France and Germany are compared, that aim at an attenuation of the negative effects of the segregation processes.

The local context of the development of area effects is then illustrated on the base of four qualitative case studies in areas in Berlin, Erlangen, Île-de-France and Lille. Their importance for the life quality of the inhabitants, and their central interdependency is also addressed. The outcome of the survey makes the pertinence of both positive and negative area effects in every researched area clear, as well as it illustrates the central connections for their development and impacts within the areas. The findings of the current paper emphasize that the concept of *area effects* provides with a comprehensive conceptual instrument meant to analyze the local interdependency of social disparity and that it is appropriate to attune locally political intervention to the area effects and their interdependency.

**Keywords:** area effects; social segregation; area based policies; France; *Soziale Stadt*; *politique de la ville*

# Inhaltsverzeichnis

DANKSAGUNG .....	I
ZUSAMMENFASSUNG.....	II
ABSTRACT .....	III
INHALTSVERZEICHNIS .....	IV
ABBILDUNGSVERZEICHNIS.....	VII
TABELLENVERZEICHNIS .....	VIII
TABELLENVERZEICHNIS .....	VIII
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	IX
<b>1. EINLEITUNG.....</b>	<b>1</b>
1.1. AUFBAU DER ARBEIT .....	4
<b>2. DETERMINANTEN SOZIALER SEGREGATION IN DEUTSCHLAND UND FRANKREICH.....</b>	<b>6</b>
<b>A) THEORETISCHER TEIL .....</b>	<b>7</b>
2.1. BEGRIFFSEINGRENZUNG .....	7
2.2. ZUR RELEVANZ DES THEMAS FÜR DIE STADTFORSCHUNG .....	11
2.3. ZU DEN KRITERIEN DES LÄNDERVERGLEICHS .....	15
2.4. FRANKREICH .....	18
2.4.1. <i>Stadtentwicklung und Wohnungspolitik</i> .....	19
2.4.1.1. Großwohnsiedlungsbau .....	19
2.4.1.2. Mietwohnungsmarkt und sozialer Wohnungsbau.....	22
2.4.1.3. Symbolkrise des sozialen Wohnungsbaus und der Vorstädte.....	24
2.4.1.4. Entsolidarisierung und Abschottung.....	25
2.4.2. <i>Aktuelle Dynamik</i> .....	27
2.5. DEUTSCHLAND .....	30
2.5.1. <i>Stadtentwicklung und Wohnungspolitik</i> .....	31
2.5.1.1. Großwohnsiedlungsbau .....	31
2.5.1.2. Entwicklung innerstädtischer Altbauquartiere.....	34
2.5.1.3. Mietwohnungsmarkt und sozialer Wohnungsbau.....	36
2.5.1.4. Stigmatisierung sozial segregierter Gebiete.....	37
2.5.1.5. Entsolidarisierung und Abschottung?.....	40
2.5.2. <i>Aktuelle Dynamik</i> .....	41
<b>B) EMPIRISCHER TEIL.....</b>	<b>43</b>
2.6. DIE UNTERSUCHUNGSGEBIETE .....	43
2.6.1. <i>La Noë</i> .....	45
2.6.2. <i>Lille-Sud</i> .....	52
2.6.3. <i>Am Anger</i> .....	58
2.6.4. <i>Reuterkiez</i> .....	63
2.7. ZWISCHENFAZIT .....	70

<b>3. QUARTIERSEFFEKTE ALS FOLGEN SOZIALER SEGREGATION .....</b>	<b>74</b>
<b>TEIL A: THEORETISCHER TEIL.....</b>	<b>75</b>
3.1. KONZEPTIONELLE GRUNDANNAHMEN UND WIRKUNGSDIMENSIONEN .....	75
3.2. DAS IDEAL DER SOZIALEN MISCHUNG.....	81
3.3. THEORETISCHE BEZÜGE .....	85
3.3.1. <i>Underclass und Kultur der Armut</i> .....	86
3.3.2. <i>Konzentrationseffekte</i> .....	91
3.3.3. <i>Soziales Kapital</i> .....	94
3.4. QUARTIERSEFFEKTE – STIGMATISIERUNG UND VERSCHLEIERUNG? .....	98
3.5. EMPIRISCHE FORSCHUNG .....	101
3.5.1. <i>Messung</i> .....	101
3.5.2. <i>Neighborhood effects in der amerikanischen Forschung</i> .....	104
3.5.3. <i>Forschung in Europa</i> .....	108
3.5.3.1. Soziale Mobilität .....	109
3.5.3.2. Soziale Beziehungen .....	113
3.5.3.3. Stigma .....	117
3.6. ZWISCHENFAZIT: FORSCHUNGSSTAND .....	121
<b>TEIL B: EMPIRISCHER TEIL .....</b>	<b>125</b>
3.7. QUARTIERSEFFEKTE UND IHR WIRKUNGSKONTEXT IN DEN UNTERSUCHUNGSGEBIETEN .....	125
3.7.1. <i>Zentrale Forschungsfragen</i> .....	127
3.7.2. <i>Methodisches Vorgehen</i> .....	128
3.7.2.1. Interviewleitfaden und Gesprächsführung.....	130
3.7.2.2. Die Auswertung.....	131
3.7.3. <i>Ergebnisse aus den Quartieren</i> .....	132
3.7.3.1. La Noë.....	133
3.7.3.1.1. Objektive Ressourcen.....	134
3.7.3.1.2. Soziale Beziehungen .....	139
3.7.3.1.3. Symbolik .....	153
3.7.3.1.4. Zentrale Ergebnisse.....	158
3.7.3.2. Lille-Sud.....	163
3.7.3.2.1. Objektive Ressourcen.....	163
3.7.3.2.2. Soziale Beziehungen .....	168
3.7.3.2.3. Symbolik .....	181
3.7.3.2.4. Zentrale Ergebnisse.....	185
3.7.3.3. Am Anger.....	190
3.7.3.3.1. Objektive Ressourcen.....	190
3.7.3.3.2. Soziale Beziehungen .....	192
3.7.3.3.3. Symbolik .....	198
3.7.3.3.4. Zentrale Ergebnisse.....	201
3.7.3.4. Reuterkiez .....	204
3.7.3.4.1. Objektive Ressourcen.....	205
3.7.3.4.2. Soziale Beziehungen .....	207
3.7.3.4.3. Symbolik .....	217
3.7.3.4.4. Zentrale Ergebnisse.....	222
3.8. ZWISCHENFAZIT .....	227

<b>4. QUARTIERSPOLITIK IN DEUTSCHLAND UND FRANKREICH.....</b>	<b>232</b>
<b>TEIL A: THEORETISCHER TEIL.....</b>	<b>233</b>
4.1. QUARTIERSPOLITIK IN FRANKREICH: POLITIQUE DE LA VILLE.....	233
4.1.1. <i>Leitbild mixité sociale</i> .....	234
4.1.2. <i>Quartierspolitik für benachteiligte Stadtteile</i> .....	237
4.1.2.1. Institutionen und Akteure .....	237
4.1.2.2. Der Vertrag.....	240
4.1.2.3. Zonierung.....	240
4.1.2.4. Programme Nationale de Rénovation Urbaine .....	244
4.1.3. <i>Quartierspolitik für bevorzugte Stadtteile: Soziale Mischung per Quote</i> .....	247
4.1.4. <i>Reformen und Bilanzen</i> .....	249
4.2. QUARTIERSPOLITIK IN DEUTSCHLAND: DAS PROGRAMM „SOZIALE STADT“ .....	251
4.2.1. <i>Ziele und Leitbilder</i> .....	252
4.2.2. <i>Konzeptionelle Grundlagen</i> .....	254
4.2.2.1. Institutionen und Akteure .....	255
4.2.2.2. Zonierung.....	256
4.2.2.3. Integriertes Handlungskonzept.....	259
4.2.2.4. Quartiersmanagement.....	260
4.2.3. <i>EXKURS: Stadtumbau Ost und West</i> .....	261
4.2.4. <i>Reformen und Bilanzen</i> .....	264
4.3. ZWISCHENFAZIT .....	267
<b>TEIL B: EMPIRISCHER TEIL .....</b>	<b>271</b>
4.4. QUARTIERSPOLITIK IN DEN UNTERSUCHUNGSGEBIETEN .....	271
4.4.1. <i>La Noë</i> .....	272
4.4.1.1. Aktueller Kontext der Quartierspolitik .....	272
4.4.1.2. Maßnahmen der Quartierspolitik und ihre Wirkung auf Quartierseffekte .....	273
4.4.2. <i>Lille-Sud</i> .....	276
4.4.2.1. Aktueller Kontext der Quartierspolitik .....	277
4.4.2.2. Maßnahmen der Quartierspolitik und ihre Wirkung auf Quartierseffekte .....	279
4.4.3. <i>Anger</i> .....	282
4.4.3.1. Aktueller Kontext der Quartierspolitik .....	282
4.4.3.2. Maßnahmen der Quartierspolitik und ihre Wirkung auf Quartierseffekte .....	284
4.4.4. <i>Reuterkiez</i> .....	285
4.4.4.1. Aktueller Kontext der Quartierspolitik .....	286
4.4.4.2. Maßnahmen der Quartierspolitik und ihre Wirkung auf Quartierseffekte .....	287
4.5. ZWISCHENFAZIT: QUARTIERSEFFEKTE UND QUARTIERSPOLITIK .....	291
<b>5. RESÜMEE .....</b>	<b>295</b>
<b>LITERATUR.....</b>	<b>307</b>
<b>ANHANG .....</b>	<b>325</b>
<b>I. ÜBERSICHT ÜBER DIE INTERVIEWPARTNER.....</b>	<b>325</b>
<b>6. II. INTERVIEWLEITFADEN .....</b>	<b>328</b>
<b>III. GLOSSAR DER FRANZÖSISCHEN BEGRIFFE.....</b>	<b>329</b>

# Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Soziale Segregation und ihre Bedeutungsdimensionen .....	10
Abb. 2: Die Untersuchungsgebiete.....	45
Abb. 3: Chanteloup-les-Vignes in Île-de-France .....	46
Abb. 4: Verteilung der sozio-professionellen Kategorien auf Grundlage der IRIS in Île-de-France 1999 .....	47
Abb. 5: La Noë von oben (vor den Teilabrissen).....	49
Abb. 6: Lille-Sud.....	53
Abb. 7: Bauliche Heterogenität in Lille-Sud, hier im südöstlichen Teil des Quartiers.....	56
Abb. 8: Angerviertel in Stadtlage.....	58
Abb. 9: Blick auf den Anger aus südwestlicher Richtung .....	61
Abb. 10: Lage Reuterkiez in Berlin .....	64
Abb. 11: „Aufwertung in Wartestellung“, Titelblatt des Stadtmagazins zitty, März 2008.....	69
Abb. 12: Quartierseffekte.....	76
Abb. 13: Platz im östlichen Bereich des Quartiers La Noë.....	137
Abb. 14: Der Weg nach Lille-Sud.....	164
Abb. 15: Leerstehende Ladenlokale in der Nähe der Briqueterie .....	173
Abb. 16: Kleineres Nahversorgungszentrum im westlichen Teil des Angers.....	191
Abb. 17: Fränkische Spezialitäten und türkischer Bildungsverein am Reuterplatz.....	207
Abb. 18: Organigramm der <i>politique de la ville</i> .....	239
Abb. 19: Die Quartiere der <i>politique de la ville</i> .....	241
Abb. 20: Die Differenzierung der „sensiblen städtischen Zonen“ .....	242
Abb. 21: Organisationsstrukturen der „Sozialen Stadt“ .....	256
Abb. 22: Neu entstandene Einfamilienhaussiedlung am westlichen Rand La Noës.....	274
Abb. 23: Alte und neue Nutzungen im Reuterkiez .....	288



## **Tabellenverzeichnis**

Tab. 1: Dimensionen von Quartierseffekten .....	78
Tab. 2: Wirkungsbereiche von Quartierseffekten .....	80
Tab. 3: Differenzierung von Studien zu Quartierseffekten .....	104
Tab. 4: Auswertungskriterien der Experteninterviews .....	132

## Abkürzungsverzeichnis

Abb.		Abbildung
ACSÉ	L'Agence nationale pour la cohésion sociale et l'égalité des chances	Nationale Behörde für soziale Kohäsion und Chancengleichheit
A. N.		Andrea Nieszery
AMF	Association des maires en France	Vereinigung der Bürgermeister in Frankreich
ANRU	Agence nationale pour la rénovation urbaine	Nationale Behörde der Stadterneuerung
ARGEBAU		Konferenz der für Städtebau, Bau- und Wohnungswesen zuständigen Minister und Senatoren der Länder
bzw.		beziehungsweise
CDC	Caisse des dépôts et consignations	Depositenkasse
CHR	Centre hospitalier régional	Krankenhaus für die Region
CIV	Comité interministériel des villes	Interministerielles Komitee der Städte
CNV	Conseil national des villes	Nationaler Städterat
CUCS	Contrats urbains de cohésion sociale	Stadtverträge der sozialen Kohäsion
CV	Curriculum Vitae	Lebenslauf
DAL	Association droit au logement	Verein „Recht auf Wohnung“
DDE	Direction départementale de l'équipement	Departementales Dezernat für Infrastruktur
ders.		Derselbe
d. h.		das heißt
DIFU		Deutsches Institut für Urbanistik
DIV	Délégation interministérielle à la ville	Interministerielle Delegation für die Stadt
DOM/TOM	Département d'outre-mer/Territoire d'outre-mer	frz. Überseegebiete
DSU	dotation de solidarité urbaine	städtische Solidaritätsabgabe
ebd.		Ebendort
ed.		Herausgeber

eds.		Herausgeber (Plural)
et al.		et alii/et aliae (und andere)
etc.		et cetera
evtl.		Eventuell
ExWoSt		Experimenteller Wohnungs- und Städtebau
f		Folgende
ff		Fortfolgende
FAP	Fondation Abbé Pierre	Stiftung Abbé Pierre
ggf.		Gegebenenfalls
GPU	Grand projet urbain	Großes städtisches Projekt
GPV	Grand projet de ville	Großes städtisches Projekt
HBM	Habitation à bon marché	Vorläufer der frz. Sozialwoh- nung
HLM	habitation à loyer modéré	Sozialwohnung (wörtlich: Wohnung mit gemäßigter Miete)
i.d.R.		in der Regel
INSEE	Institut national de la statistique et des études économiques	Nationales Institut für Statis- tik und ökonomische Studien
LOV	Loi d'orientation pour la ville	Städtisches Orientierungsge- setz
m.E.		meines Erachtens
Mio.		Millionen
o. J.		ohne Jahr
ÖPNV		Öffentlicher Personen Nah- verkehr
o. S.		ohne Seite
PNRU	Programme national de rénovation urbaine	Nationales Programm der städtischen Erneuerung
PS	Parti socialiste	Sozialistische Partei
RMI	Revenu minimum d'insertion	Sozialhilfe
SO 36		ehemaliger Berliner Postleit- zahlenbezirk
SRU	Loi de solidarité et renouvellement urbains	Gesetz der städtischen Solida- rität und Erneuerung
u. a.		unter anderem

UMP	Union pour un mouvement populaire	Union für eine Volksbewegung
v. a.		vor allem
vgl.		Vergleiche
vs.		Versus
ZAC	Zones d'aménagement concerté	Zonen der abgestimmten Entwicklung, ehemaliges Planungsinstrument für den Großwohnsiedlungsbau von 1958-1967
z. B.		zum Beispiel
ZEP	Zones d'éducation prioritaire	Zonen prioritärer Schulausbildung / Programmgebiete der politique de la ville
ZFU	Zones franches urbaines	städtische Sonderwirtschaftszonen / Programmgebiete der politique de la ville
ZRU	Zones de redynamisation urbaine	Zonen städtischer Redynamisierung, Programmgebiete der politique de la ville
z. T.		zum Teil
ZUP	Zones à urbaniser par priorité	prioritär zu besiedelnde Zonen, ehemaliges Planungsinstrument für den Großwohnsiedlungsbau ab 1967 (kleinerer Maßstab)
ZUS	Zones urbaines sensibles	sensible städtische Zonen, Programmgebiete der politique de la ville

# 1. Einleitung

„Die Behauptung, dass die räumliche Konzentration benachteiligter Haushalte einen sich selbst verstärkenden Effekt nach sich zieht, [...] ist nicht unumstritten [...]. Dennoch gehört sie zum selbstverständlichen Argumentationsreservoir derer, die die räumliche Konzentration von Armen oder anderweitig sozial Diskriminierten bekämpfen möchten – und damit befindet man sich oft in problematischer Gesellschaft mit sozialtechnischen oder sogar fremdenfeindlichen Ansätzen. Das darf aber nicht zum Verdrängen möglicher negativer Effekte für die Lebenschancen führen.“ (Häußermann & Siebel 2004: 163).

Diese Arbeit beschäftigt sich mit dem Konzept der Quartierseffekte und überprüft im Rahmen eines deutsch-französischen Vergleichs dessen Nützlichkeit für die Stadtforschung. Unter Quartierseffekten – auch als Nachbarschafts- oder Kontexteffekte bezeichnet – werden unabhängige Effekte des Wohngebiets verstanden, die sich auf die Lebensqualität und die Perspektiven seiner Bewohner auswirken. Die Rede von Quartierseffekten basiert dabei meist auf der generalisierenden Annahme, dass es für arme Menschen besonders nachteilig sei, in einem armen Stadtteil zu wohnen und dass ihre Lebenschancen sich verbessern, wenn sie in einem sozial gemischten Wohngebiet leben (Durlauf 2004).

Das Konzept der Quartierseffekte beruht auf dem Sozialraum als Analysekategorie sozialer Ungleichheit. Diese erfuhr ab dem Ende der 1980er Jahre im Rahmen der Forschung zu *neighborhood effects* einen enormen Bedeutungsgewinn in der amerikanischen Armuts- und Segregationsforschung. Den Hintergrund dafür bildete der massive soziale und funktionale Wandel des *black ghetto* in den nordamerikanischen Innenstädten, der Ende der 1960er Jahre einsetzte. Dieser Wandel stellt den Ausgangspunkt für einen großen Teil der Forschung zu Quartierseffekten dar, wurde hier doch erstmals eine Hypersegregation klar eingrenzbarer Quartiere beobachtet und deren dramatische Auswirkungen für eine bestimmte Bevölkerungsgruppe – die überwiegend afroamerikanische Innenstadtbevölkerung – beschrieben. Seit Ende der 1990er Jahre hat sich auch in der europäischen Stadtforschung ein starkes Interesse an der Frage entwickelt, welche Folgen das Leben in einem von Armut geprägten Quartier für die Lebensqualität und die Lebensperspektiven seiner Bewohner zeitigt. Entsprechend liegt inzwischen eine Reihe von Studien zu europäischen Städten vor, die mit dem Konzept der Quartierseffekte arbeiten, ohne dass dieses bisher uneingeschränkt Anerkennung im Forschungsfeld erlangt hätte.

Der aktuelle Bedeutungsgewinn des Quartiers bzw. der Nachbarschaft beschränkt sich nicht auf den Bereich der Forschung. Im Verlauf der 1990er Jahre ergänzten nach und nach zahlreiche Mitgliedstaaten der EG die traditionelle personenbezogene Sozialpolitik durch sozialräumliche Ansätze integrierter Quartierspolitik. Dabei kann Frankreich mit der *politique de la*

ville auf inzwischen rund 30 Jahre Erfahrung mit gebietsbezogener Intervention zurückblicken und gilt von daher als Pionier auf diesem Gebiet. Es folgten im weiteren Verlauf Dänemark (*Kvarterløft* 1996), die Niederlande (*Grotestedenbeleid* 1997) und Großbritannien (*New Deal for Communities* 1998). In Deutschland existiert mit dem Bund-Länder-Programm *Soziale Stadt* seit 1999 ein Ansatz integrierter Quartierspolitik, dessen Ziel es ist, benachteiligte Gebiete zu stabilisieren und die Lebensbedingungen ihrer Bewohner zu verbessern.

Die Annahme von negativen Effekten benachteiligter Quartiere hat deutlich politische Implikationen, die sich zum einen im allgemeinen Planungsideal der sozialen Mischung ausdrücken und zum anderen in sozialräumlich orientierten Ansätzen integrierter Quartierspolitik niederschlagen. Besonders direkt ist der Bezug zwischen Quartierspolitik und der Annahme von Quartierseffekten am Beispiel Großbritanniens: Hier definierte *New Labour* im nationalen Aktionsplan 2001 als übergeordnetes Ziel des *New Deal for Communities*, dass in 20 Jahren niemand mehr ernsthaft durch seinen Wohnort benachteiligt werden solle (SEU 2001). Die britischen Stadtforscher Roland Atkinson und Keith Kintrea betonen, dass dem Wohngebiet somit zuweilen ein ähnlich großer Einfluss auf gesellschaftliche Partizipationschancen zugeschrieben wird wie den sozialen Kategorien „gender, race and class“ (Atkinson & Kintrea 2001).

Aber auch in Deutschland hat das Konzept der Quartierseffekte in den letzten Jahren an politischer Bedeutung gewonnen. So wird beispielsweise in der Zwischenevaluierung des Programms *Soziale Stadt* aus dem Jahr 2004 gefordert, dass die Quartierspolitik „genauer auf die Abmilderung oder Beseitigung der negativen Kontexteffekte ausgerichtet werden [muss], die von einer räumlichen Konzentration sozial benachteiligter oder sozial marginalisierter Haushalte ausgehen“ (IfS 2004: 203). In Frankreich wiederum wurde unlängst im Rahmen eines vom *Centre d'analyse stratégique*<sup>1</sup> organisierten Kolloquiums der Frage nachgegangen, inwiefern die europäische Forschung zu Quartierseffekten zur Erneuerung der *politique de la ville* beitragen kann (Centre d'analyse stratégique 2011).

Dabei ist das Konzept der Quartierseffekte wie schon gesagt keineswegs unumstritten. So stehen in der europäischen Stadtforschung recht unterschiedliche Einschätzungen zur empirischen Evidenz von Quartierseffekten nebeneinander. Und selbst Vertreter des Konzepts erachten Quartierseffekte im Hinblick auf die Lebenschancen der Einzelnen als weniger bedeutsam als Merkmale der Individual- und Haushaltsebene. Das Konzept ist darüber hinaus vielfach kritisiert worden, weil es, insbesondere im amerikanischen Forschungskontext, stark von kulturalistischen Theorieeinflüssen geprägt ist und damit Gefahr läuft, ideologische Erklärungen für Armut und Marginalisierung zu unterfüttern. Schließlich besteht bei Forschungsarbeiten zu Quartierseffekten, die an die amerikanische Forschung zu *neighborhood effects* an-

---

<sup>1</sup> Beim *Centre d'analyse stratégique* handelt es sich um einen dem Premierminister untergeordneten Think-Tank.

knüpfen, oftmals eine Tendenz zur Stigmatisierung benachteiligter Viertel, insoweit ihnen Fragestellungen zu Beeinträchtigungen und negativen Folgen von städtischen Armutskonzentrationen zugrunde liegen, so dass in der Folge nicht nur die Gebiete überwiegend über ihre Mängel charakterisiert, sondern auch die Bewohner hauptsächlich defizitorientiert beschrieben werden (Gilbert 2011).

Vor dem Hintergrund dieser Probleme und Kritikpunkte will diese Arbeit danach fragen, ob bzw. inwiefern das Konzept der Quartierseffekte tatsächlich ein tragfähiges Konzept zur Analyse sozialer Ungleichheit auf lokaler Ebene sowie eine geeignete Basis für die Ausrichtung integrierter Quartierspolitik darstellt. Im Rahmen einer theoretischen Auseinandersetzung und empirischen Anwendung des Konzepts werden dessen Potentiale für die Stadtforschung und für sozialräumlich orientierte Ansätze der Quartierspolitik ausgelotet. Dabei gehe ich – bei aller berechtigten Kritik – davon aus, dass Quartierseffekte auf der Ebene der Individuen zwar oft nur schwer zu messen oder „dingfest zu machen“ sind, dass sie aber durchaus Aufschluss geben über soziale Entwicklungen und Dynamiken des Gebiets selbst. Diese Arbeit vertritt daher die Position, dass das Konzept der Quartierseffekte ein umfassendes konzeptionelles Instrumentarium zur Analyse räumlicher Dimensionen sozialer Ungleichheit bietet und einen wichtigen Beitrag dazu leisten kann, Prozesse sozialräumlicher Ausgrenzung in ihrem lokalen Kontext und sozialräumlichen Wirkungszusammenhang zu erfassen.

Um die Leistungsfähigkeit des Konzepts der Quartierseffekte untersuchen zu können, wird in dieser Arbeit ein Ländervergleich zwischen Deutschland und Frankreich durchgeführt. Die komparative Perspektive ermöglicht einen erweiterten Blickwinkel auf die jeweiligen sozialräumlichen Bedingungen und Voraussetzungen der Entstehung von Quartierseffekten, ihre Wirkungskraft und die Ausrichtung der unterschiedlichen Quartierspolitiken, die zur Vermeidung bzw. Überwindung negativer Effekte verfolgt werden. Dabei ist der deutsch-französische Vergleich insbesondere deswegen von hohem Interesse, weil die soziale Segregation französischer Städte traditionell stärker ausgeprägt ist. So ist der Blick auf Frankreich für Deutschland besonders interessant, weil dort seit Langem Erfahrungen mit negativen Konsequenzen sozialer Segregation sowie mit politischen Strategien zur Stabilisierung der Quartiere gesammelt wurden.

Die Arbeit setzt drei inhaltliche Schwerpunkte: Erstens werden die zentralen Merkmale sozialer Segregation in Frankreich und Deutschland dargestellt, um so die Voraussetzungen und den jeweiligen nationalen Kontext der Entstehung von Quartierseffekten erfassen zu können. Zweitens werden das Konzept der Quartierseffekte selbst, seine konzeptionellen Grundannahmen und theoretischen Einflüsse erläutert, wobei hier auch der aktuelle Forschungsstand vorgestellt und diskutiert wird. Und drittens werden die zentralen Ansätze der Quartierspolitik in Frankreich und Deutschland, die auf die Abmilderung negativer Folgen von Segregationsprozessen abzielen, vergleichend dargestellt. Diese Themenblöcke werden in drei Kapiteln behandelt, die jeweils in einen Theorie- und einen Empirie-Teil untergliedert sind, wobei im

empirischen Teil die theoretischen Ausführungen auf lokaler Ebene im Rahmen von vier qualitativen Fallstudien erweitert und vertieft werden.

Die empirische Analyse beruht auf einer qualitativen Erhebung in jeweils zwei französischen und zwei deutschen Quartieren, die sich alle im städtischen Vergleich durch eine Konzentration einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen auszeichnen und für die beiden Untersuchungsländer charakteristische Quartierstypen repräsentieren. Für Frankreich wurde die Großwohnsiedlung La Noë in Chanteloup-les-Vignes in der Hauptstadtregion Île-de-France und das überwiegend von sozialem Wohnungsbau charakterisierte Quartier Lille-Sud in Lille ausgewählt. Die deutschen Untersuchungsgebiete sind der Erlanger Anger, ein in der für die 1950er Jahren typischen Zeilenbauweise errichtetes Quartier, sowie der Berliner Reuterkiez, ein innerstädtisches Gründerzeitquartier. In den vier Untersuchungsquartieren wurden 43 qualitative Experteninterviews durchgeführt, um deren Einsichten zum lokalen Kontext und der Bedeutung von Quartierseffekten sowie den Maßnahmen der Quartierspolitik zu ermitteln.<sup>2</sup> Die im Durchschnitt einstündigen Interviews wurden transkribiert und ausgewertet. Dieses Datenmaterial bildet die Grundlage der empirischen Erhebung in den vier Quartieren.

### **1.1. Aufbau der Arbeit**

Die Arbeit besteht – neben Einleitung und Resümee – aus drei zentralen Kapiteln. Kapitel 2 beschäftigt sich mit den jeweiligen Determinanten sozialer Segregation in Frankreich und Deutschland. Zu Beginn erfolgt eine begriffliche Bestimmung und Einordnung des Konzepts der sozialen Segregation in seiner Bedeutung für die Stadtforschung. Nachdem die wesentlichen Kriterien des Ländervergleichs erörtert worden sind, werden die unterschiedlichen Entstehungsbedingungen und -dynamiken von Quartierseffekten in Deutschland und Frankreich dargelegt. Der Vergleich umfasst wesentliche Merkmale der Stadtentwicklung und Wohnungspolitik der beiden Untersuchungsländer sowie einen Blick auf die aktuellen Prozesse und das Ausmaß sozialer Segregation. Im empirischen Teil des Kapitels werden die vier Untersuchungsgebiete vorgestellt, um so die Unterschiede der „Segregationsregimes“ beider Länder auf lokaler Ebene zu verdeutlichen.

Kapitel 3 widmet sich dem Konzept der Quartierseffekte. Dabei geht es im ersten Teil des Kapitels darum, eine theoretisch orientierte Einführung in das Forschungsfeld sowie einen Überblick des aktuellen Forschungsstands zu geben. Zuerst werden die konzeptionellen Grundannahmen betrachtet, um im Anschluss das Planungsideal der sozialen Mischung zu erörtern, welches als positives Referenzmodell innerhalb des Konzepts von Quartierseffekten fungiert. Anschließend werden die theoretischen Einflüsse des Konzepts behandelt. Des Weiteren wird ein Überblick über die empirische Forschung zum Thema präsentiert. Dieser umfasst die methodischen Merkmale sowie zentrale Ergebnisse der amerikanischen und europäischen Forschung, um anschließend zu einer fundierten Einschätzung des aktuellen For-

---

<sup>2</sup> Zum genauen Untersuchungsaufbau und der Methodenwahl siehe Kapitel 3.7.2.



schungsstands zu Quartierseffekten zu gelangen. Im empirischen Teil des Kapitels wird die qualitative Erhebung in den vier Untersuchungsquartieren vorgestellt. Dabei werden zunächst das Forschungsinteresse erläutert und das methodische Vorgehen behandelt. Im Weiteren werden dann für die vier Untersuchungsgebiete die Ergebnisse der Experteninterviews diskutiert.

Kapitel 4 rückt die Quartierspolitik in den beiden Untersuchungsländern in den Mittelpunkt der Betrachtung. Hier geht es zum einen um eine komparative Betrachtung der jeweiligen Ansätze, ihre unterschiedlichen Schwerpunkte und Leitbilder sowie aktuelle Diskussionen zu ihrer Weiterentwicklung. Im empirischen Teil wird die Umsetzung der Quartierspolitik erörtert und die Beziehung zwischen Quartierseffekten und Quartierspolitik auf lokaler Ebene konkretisiert. Hierbei geht es insbesondere darum, anhand einzelner Maßnahmen die Wirkungskraft der Quartierspolitik gegen negative Effekte der Segregation zu diskutieren.

Kapitel 5 fasst die empirischen Ergebnisse zusammen und resümiert den Nutzen des Konzepts der Quartierseffekte sowohl für sozialräumliche Analysen als auch im Hinblick auf seine Anwendung für die Quartierspolitik in benachteiligten Gebieten.

## **2. Determinanten sozialer Segregation in Deutschland und Frankreich**

Die residentielle Segregation, die die Verteilung der Wohnbevölkerung über den städtischen Raum bezeichnet, wird von einer Vielzahl von Entwicklungsfaktoren beeinflusst: Insbesondere spielt hier die Entwicklungen der städtischen Arbeits- und Wohnungsmärkte eine Rolle, die wiederum in die der regionalen und nationalen Märkte eingebunden sind. Aber auch soziokulturelle Entwicklungen können für sozialräumliche Entmischungsprozesse Bedeutung gewinnen, wie es sich beispielsweise in der symbolischen Abwertung bestimmter Wohnmodelle oder in der steigenden Präferenz anderer Wohnformen ausdrückt.

Im Mittelpunkt dieses Kapitels steht die soziale Segregation, bei der die Verteilung der Wohnbevölkerung in der Stadt nach sozioökonomischen Kriterien wie v.a. Bildungsstand, Einkommen und Erwerbsstatus betrachtet wird. Eine komparativ angelegte Darstellung sozialer Segregation ist immer nur bedingt aussagekräftig, da sie in Relation zu vielen Entwicklungsfaktoren gesetzt werden muss. Der bloße Vergleich des Ausmaßes von sozialer Segregation, sei es in Form von Segregationsindizes oder der Darstellung von Daten zur Sozialstruktur auf Quartiersebene, kann zwar einen quantitativen Eindruck über die Verteilung der Bevölkerung in einzelnen städtischen Teilräumen geben, sagt aber wenig darüber aus, welche spezifischen Prozesse und Mechanismen (wirtschaftlich, politisch, städtebaulich) hinter diesen Entwicklungen stehen. Und auch bei der Beantwortung einer der zentralen Fragen dieser Arbeit, der Frage nach den Konsequenzen sozialer Segregation für die Bewohner, hilft ein solcher Vergleich nur bedingt weiter.

Bei der folgenden komparativen Betrachtung sozialer Segregation in französischen und deutschen Städten steht deswegen auch weniger eine quantitativ orientierte Darstellung des Ausmaßes der sozialen Segregation im Mittelpunkt. Vielmehr geht es um die vergleichende Analyse der spezifischen „Segregationsregimes“ in Frankreich und Deutschland. Dies beinhaltet zum einen die Frage, wie das jeweilige Ausmaß sozialer Segregation in den ausgewählten Städten zu erklären ist, zum anderen die Offenlegung der spezifischen Charakteristika sozialer Segregation in den beiden Ländern. Dies stellt eine wesentliche Voraussetzung dafür dar, Effekte von Segregationsprozessen auf Quartiersebene in ihren nationalen und städtischen Kontext einzuordnen.

Bevor im Folgenden im Rahmen des theoretischen Teils des Kapitels auf den eigentlichen Ländervergleich eingegangen wird, wird zunächst eine begriffliche Bestimmung von sozialer Segregation vorgenommen (Kapitel 2.1.). Darauf folgend wird das Thema der sozialen Segregation in seiner Bedeutung für die Stadtforschung eingeordnet (Kapitel 2.2.). Dabei geht es zum einen um die historischen Ursprünge des Konzepts, zum anderen um aktuellere Bezüge. Im dritten Unterkapitel wird geklärt, welche Vergleichskriterien für die komparative Analyse

der jeweiligen Segregationsregimes in Frankreich und Deutschland herangezogen werden (Kapitel 2.3.). Daran schließen sich die beiden Länderstudien an (Kapitel 2.4. und Kapitel 2.5.). Hier wird auf die wesentlichen Determinanten im Bereich der Stadtentwicklung und Wohnungspolitik der beiden Länder eingegangen, die für die Entwicklung der sozialen Segregation in den und französischen und deutschen Städten ursächlich sind, sowie ein Überblick über das aktuelle Ausmaß sozialer Segregation gegeben. Abschließend werden im empirischen Teil des Kapitels (Kapitel 2.6.) anhand von je zwei französischen und zwei deutschen Beispielquartieren auf lokaler Ebene die Unterschiede der Segregationsregimes in beiden Ländern verdeutlicht.

## **A) Theoretischer Teil**

### **2.1. Begriffseingrenzung**

Der Begriff Segregation bedeutet Absonderung bzw. Trennung und beschreibt zunächst ganz allgemein die unterschiedliche Verteilung einzelner Bevölkerungsteile in verschiedenen städtischen Teilräumen. Er leitet sich vom lateinischen *segregare* ab, was als Absondern eines Tieres von seiner Herde übersetzt wurde (Brun 1994: 23). Dabei beschreibt der Begriff der *residentiellen Segregation* die unterschiedliche Verteilung der verschiedenen Gruppen der Wohnbevölkerung im Stadtgebiet (Häußermann & Siebel 2004: 139). Je nachdem welche Betrachtungsdimension zu Grunde liegt, wird von sozialer (Bildungsstand, Einkommen, Erwerbsstatus), ethnischer (Herkunft, Nationalität) oder demographischer (Alter, Familienstand, Haushaltsgröße) Segregation gesprochen. Die soziale Segregation, die im Mittelpunkt dieser Arbeit steht, beschreibt die Tendenz der Konzentration statusgleicher Bevölkerungsteile in bestimmten städtischen Teilräumen.

Wenn von sozial segregierten Gebieten die Rede ist, wird üblicherweise auf Quartiere mit überwiegend einkommensschwacher Bevölkerung Bezug genommen. Dabei sind gerade die Wohngebiete der Reichen und Wohlhabenden am sozial homogensten, hier sind die Segregationssindizes i. d. R. am höchsten. In der vergleichsweise geringen Thematisierung der sozialen Segregation einkommensstarker Bevölkerungsgruppen kommt die Auffassung zum Ausdruck, dass die Segregation statushoher Gruppen unproblematisch ist, wohingegen die Konzentration der Armen mit erhöhten Kosten für die Kommunen, der Gefährdung des sozialen Zusammenhalts und verringerter Chancengleichheit für die dort lebende Bevölkerung in Zusammenhang gebracht werden (Häußermann & Siebel 2004: 183). Dabei hat die soziale Segregation statushoher Gruppen gesamtstädtische Auswirkungen mit direkten Konsequenzen für den Wohnungs- und Immobilienmarkt. Indem die Nachfrage nach Wohnraum in mittleren und gehobenen Wohnlagen steigt, steigen die dortigen Immobilienpreise, was es für einkommensschwächere Haushalte immer schwieriger macht, in diesen Gebieten Wohnraum zu finden. Bezahlbarer Wohnraum findet sich dann häufig nur noch dort, wo bereits viele arme Haushalte

te leben. Um es mit Kapphan et al. auszudrücken: „Reiche segregieren sich, Arme werden segregiert“ (Kapphan et al. 2002: 20).<sup>3</sup>

### *Soziale und ethnische Segregation*

Häufig wird, wenn allgemein von Segregation die Rede ist, automatisch Bezug auf die ethnische Segregation genommen. Daher bietet es sich an dieser Stelle an, das Verhältnis von sozialer und ethnischer Segregation zu betrachten. Im Mittelpunkt dieser Arbeit steht die soziale Segregation. Damit kommt die Annahme zum Ausdruck, dass die ökonomische Segregation i.d.R. über kulturelle und demographische Faktoren hinaus die zentrale Dimension für Segregationsprozesse darstellt, so wie es schon bei der Chicago School formuliert wurde. Die Beziehung zwischen sozialer und ethnischer Segregation wird bei Peach so beschrieben:

„If the poor are segregated from the rich and if immigrants are poorer than the native population, to what extent are they segregated because they are poor rather than because they are ethnically different?“ (Peach 1987, zit. bei Kappahn et al 2002: 14).

In diesem Sinne wird die ethnische Segregation als Sonderfall der sozialen Segregation verstanden (ebd.). Ethnisch segregierte Stadtviertel entstehen in diesem Verständnis in erster Linie auf der Grundlage ökonomischer Faktoren.

Grundsätzlich handelt es sich bei Segregation um einen relativ ungenauen Begriff, unter dem eine Vielzahl von Phänomenen subsumiert wird (Brun 1994: 26/27). Die Ungenauigkeit des Begriffs ist seiner Unschärfe geschuldet, die insbesondere hinsichtlich der Fragen besteht, inwiefern ein statisches oder dynamisches Begriffsverständnis vorliegt und ob ein deskriptives oder normatives Verständnis vorherrscht.<sup>4</sup>

### *Statisches versus dynamisches Begriffsverständnis*

Soziale Segregation ist zum einen als Zustand, zum anderen als Prozess denkbar. In beiden Fällen wird auf eine hypothetische Gleichverteilung verschiedener sozialer Gruppen im Raum Bezug genommen, dem Ideal der sozialen Mischung. Doch genauso wie eine Gleichverteilung einzelner sozialer Gruppen nicht existiert, bleibt die (vollständige) Trennung einzelner sozialer Gruppen vom Rest der Bevölkerung hypothetisch:

„Eine perfekte residentielle Segregation ist dann gegeben, wenn eine Stadt aus nach der sozialen und funktionalen Struktur homogenen, aber miteinander verschiedenen Teilgebieten besteht.“ (Dangschat 1998: 209)

---

<sup>3</sup> An dieser Stelle deutet sich die Unterscheidung in freiwillige vs. unfreiwillige Segregation an. Von Häußermann & Siebel wird bei der Bewertung von Segregation zwischen freiwilliger und unfreiwilliger Segregation unterschieden: Während freiwillige Segregation als unproblematisch gewertet wurde, wurde erzwungene Segregation als problematisch betrachtet (Häußermann & Siebel 2004:183).

<sup>4</sup> Brun unterscheidet drei begriffliche Unschärfen, erstens dynamisch/statisch, zweitens deskriptiv/erklärend und drittens normativ/analytisch (Brun 1994: 23).

Eine in diesem Sinne perfekte Segregation existiert nicht. Sie entspricht einer statischen Vorstellung der Verteilung sozialer Gruppen im städtischen Raum. Soziale Segregation kann aber auch einen Prozess beschreiben. Der Terminus soziale Segregation wird in diesem Verständnis also nicht als Beschreibung von räumlich voneinander getrennten Bevölkerungsgruppen verstanden, sondern als der Prozess des sich Trennens in einzelnen städtischen Teilräumen. In diesem dynamischen Verständnis wird Segregation als Prozess weg von einer hypothetischen Gleichverteilung begriffen.

### *Deskriptives versus normatives Begriffsverständnis*

Die Annahme, dass sich soziale Positionen und Entfernungen auch im physischen Raum ausdrücken, geht schon aus den Arbeiten der Chicagoer School hervor. Diese Interpretation von Segregation als räumlicher Ausdruck sozialer Distanz hat bis heute nichts von ihrem Geltungsanspruch verloren. So betont Bourdieu, dass der soziale Raum die Tendenz aufweise, „sich mehr oder weniger strikt im physischen Raum in Form einer bestimmten distributionellen Anordnung von Akteuren und Eigenschaften niederzuschlagen“ (Bourdieu 1991: 26).

Soziale Segregation, verstanden als reine „Abbildung der Sozialstruktur auf den Raum“ (Strohmeier 2006: 18), bringt zunächst ein deskriptives Verständnis von Segregation zum Ausdruck, welches sich darauf beschränkt, soziale Distanzen in räumliche zu überführen. Allerdings besteht Klärungsbedarf, was unter sozialer Distanz zu verstehen ist: Sind hier die sozialen Positionen der Einzelnen angesprochen, so beschreibt soziale Segregation in einem deskriptiven Verständnis die räumliche Trennung von Gruppen, die sich durch ähnliche soziale Positionen kennzeichnen. Der Begriff soziale Distanz kann darüber hinaus im normativen Sinn aber auch eine mehr oder wenig gezielte soziale Abgrenzung zwischen einzelnen sozialen Gruppen intendieren. Dangschat lehnt den Begriff der sozialen Segregation aus eben diesem Grund ab, da er seiner Meinung zu unscharf ist und sich mit dem Begriff der sozialen Abgrenzung sozialer Gruppen überschneidet. Er bevorzugt den eigentlich übergreifenden Begriff der residentiellen Segregation (Dangschat 1998: 208). Dieser verfügt auch insofern über mehr begriffliche Schärfe, da er deutlicher den Bereich Wohnen fokussiert und somit stärker von dem Bereich der Freizeit oder der Arbeit abgrenzt.

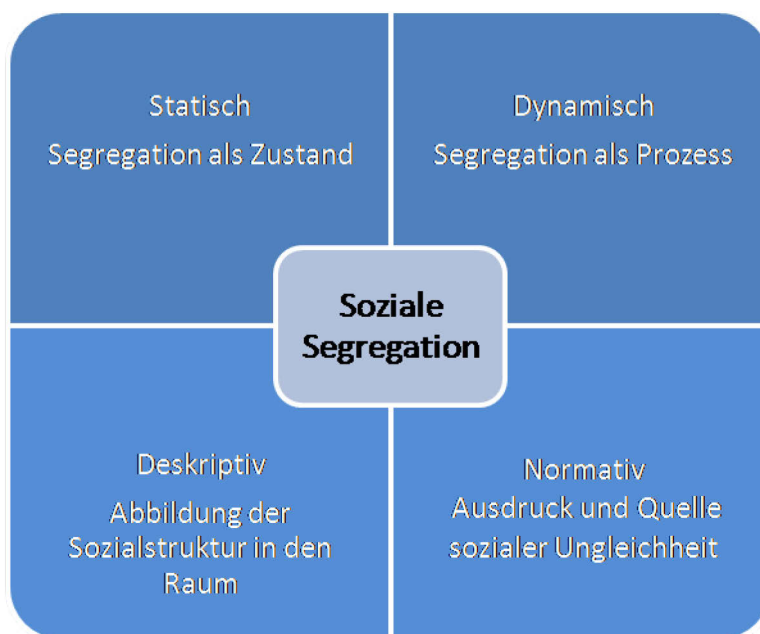
Die normative Dimension des Begriffs der sozialen Segregation berührt auch Fragen zur Funktion sozialräumlicher Separationsprozesse, wie sie v.a. von Pierre Bourdieu aufgeworfen wurden (Bourdieu 1991). Er stellt die soziale Segregation im Rahmen seines Konzepts von Lokalisationsprofiten als ein Mittel zur Machterhaltung und -vergrößerung statushoher Gruppen dar, indem durch den Wohnort weiterer Profit, z.B. durch Kontakte, aber auch durch Renommee, also durch symbolisches Kapital, erzielt wird. Hier werden also Machtverhältnisse durch soziale Segregationsprozesse erklärt.

In diesem Sinne handelt es sich bei sozialer Segregation um mehr als nur die „Abbildung der Sozialstruktur auf den Raum“ (Strohmeier 2006: 18). Vielmehr kann soziale Segregation als räumliche Abbildung der Sozialstruktur, aber auch als deren räumliche Verstärkung verstan-

den werden. Soziale Segregation ist demnach räumlicher Ausdruck sozialer Ungleichheit sowie Quelle sozialer Ungleichheit.

Die Annahme, dass soziale Segregation arme Bevölkerungsteile ärmer machen kann, so wie sie im Mittelpunkt der Diskussion von Quartierseffekten steht, schließt sich deutlich diesem normativen Verständnis von Segregation an. Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass in der sozialwissenschaftlichen Forschung ein immer größeres Interesse an Funktionen und Mechanismen sozialer Segregationsprozesse besteht und dem normativen Verständnis von Segregation steigende Bedeutung zukommt. Abbildung eins fasst die oben beschriebenen Dimensionen des Begriffs der sozialen Segregation zusammen (vgl. Abb. 1).

**Abb. 1: Soziale Segregation und ihre Bedeutungsdimensionen**



Quelle: eigene Darstellung, in Anlehnung an Brun 1994: 23

### *Begriffsabgrenzung*

In der medialen Berichterstattung über sozial und ethnisch segregierte Räume findet immer wieder eine Gleichsetzung segregierter Quartiere mit „Ghettos“ statt, die betroffenen städtischen Räume werden so zu „Gegenorten“ konstituiert und damit stigmatisiert (Gebhardt 2000, Hafner 2006). Mit der diskursiven Ghettoisierung wird Bezug genommen auf den Archetyp eines ethnisch segregierten Gebiets: Abgeleitet vom venezianischen Ghetto des Mittelalters beschreibt Ghetto ein segregiertes Gebiet, in dem eine ethnisch vollständig homogene Bevölkerung eingeschlossen ist. Diese Form von absoluter Segregation liegt annäherungsweise in Form der nordamerikanischen *black ghettos* afroamerikanischer Bevölkerung vor, existiert in europäischen Städten aber nicht. Dennoch existiert insbesondere in Frankreich eine rege Tradition in Politik und Forschung, die Großwohnsiedlungen der Banlieue als Ghettos zu bezeichnen bzw. darüber zu diskutieren, inwiefern man sie so bezeichnen könne (vgl. Maurin 2005, Molénat 2007, Marchal et al. 2007, Vieillard-Baron 2007a, Lapeyronnie 2009). Einen

sehr deutlichen Standpunkt vertritt hierzu Wacquant, der den Gebrauch des Begriffs Ghettos vor allem deswegen zurückweist, da es in Frankreich keine ethnisch homogenen Quartiere gibt sondern im Gegenteil eine große ethnische Vielfalt vorliegt. Außerdem betont er die überdurchschnittliche Ausstattung der französischen Vorstädte mit sozialen Einrichtungen und staatlichen Hilfsangeboten, während die *black ghettos* nordamerikanischer Städte vom Staat und sozialstaatlicher Fürsorge aufgegeben wurden (Wacquant 1992).

Neben der Abgrenzung zum Begriff des Ghettos ist es außerdem sinnvoll, den Begriff der sozialen Segregation von dem der sozialen Ausgrenzung abzugrenzen, gerade weil der Begriff der sozialen Segregation eine sehr deutliche normative Dimension aufweist (s.o.). Soziale Ausgrenzung beschreibt die soziale Spaltung postindustrieller Gesellschaften, die die Gruppe der Ausgegrenzten von der Mehrheitsgesellschaft trennt (Dubet & Lapeyronnie 1994, Kronauer 2002). Soziale Exklusion stellt dabei die Frage nach Teilhabe in den Mittelpunkt der Analyse und beschreibt eine mehrdimensionale Deprivation, die in ökonomischer, institutioneller, kultureller und sozialer Hinsicht wirksam ist (Häußermann 2000:13).

Das Konzept der sozialen Exklusion wurde am Beispiel der französischen Banlieue entwickelt. Beschrieben werden isolierte Gebiete, in denen die Ausgegrenzten, getrennt von der Gesamtstadt und der dortigen Mehrheitsgesellschaft, leben. Es wird deutlich, dass das Konzept der sozialen Ausgrenzung eine stark räumliche Dimension hat. Wenngleich das Konzept der sozialen Ausgrenzung soziale Segregation voraussetzt oder zumindest berücksichtigt, ist sie keine zwangsläufige Konsequenz aus sozialer Segregation. Da der Begriff der sozialen Segregation jedoch grundsätzlich sehr stark negativ geprägt ist, werden beide Konzepte immer wieder in einen sehr engen Zusammenhang gestellt.

## **2.2. Zur Relevanz des Themas für die Stadtforschung**

Soziale Segregation ist ein Merkmal aller größeren Städte. „Sozial spezialisierte“ Stadtteile stellen kein neues Phänomen dar: Die Entwicklung der modernen Industriestadt brachte eine funktionale und soziale Ausdifferenzierung des städtischen Raums mit sich, die bis heute wirksam ist. So alltäglich soziale Segregation auch sein mag, so bedeutend ist doch der Stellenwert, der dem Thema inmitten der einzelnen Disziplinen der Stadtforschung zukommt. Hierfür gibt es im Wesentlichen zwei Gründe: Zum einen die zentrale Rolle, die das Konzept der Segregation in der Disziplingeschichte der Stadtforschung spielt, zum anderen die Entstehung neuer städtischer Spaltungslinien und Fragmentierungen, die den städtischen Raum zunehmend charakterisieren und zur Aktualität des Themas beigetragen haben.

### *Die Anfänge*

Das Konzept der Segregation geht auf Forschungen aus dem Chicago der 1920er Jahre zurück. Zu dieser Zeit sahen sich die Städte Nordamerikas mit einem massiven Bevölkerungswachstum konfrontiert. Dieses Wachstum resultierte aus der Migration aus Europa ab Mitte des 19. Jahrhunderts sowie aus der amerikanischen Binnenwanderung u.a. afroamerikanischer

Bevölkerung, die nach dem amerikanischen Bürgerkrieg aus dem ländlichen Süden in die Metropolen des Nordens zog. Die sozialen und räumlichen Konsequenzen dieses Städtewachstums wurden zum Mittelpunkt der Forschungen der so genannten Chicagoer Schule, die gewissermaßen die Geburtsstunde der Stadtforschung markierten.

Die *Chicago School of Sociology* bestand aus Mitglieder des soziologischen Instituts der Universität von Chicago, allen voran Robert E. Park und Ernest W. Burgess. Sie unternahmen mit ihrer Forschung den Versuch, den sozialen Wandel in den amerikanischen Großstädten in Anlehnung an ökologische Prozesse zu analysieren und zu systematisieren. Die einzelnen Arbeiten der *Human Ecology* der Chicagoer Schule waren von der übergeordneten Forschungsfrage geprägt, welche Regelhaftigkeiten und Prozesse dem Städtewachstum zugrunde liegen. Die Gesamtstadt und ihre Bevölkerung, sowie die einzelnen Teilbereiche der Stadt und ihre Bevölkerungsgruppen wurden dabei als Organismus betrachtet, der sich den veränderten Umweltbedingungen anpasst.

Die soziale Segregation einzelner Bevölkerungsgruppen versteht Park als natürliche Konsequenz des Städtewachstums:

„Einer der Begleitumstände, die das Wachstum einer Gemeinde mit sich bringt, ist die soziale Selektion und Segregation der Bevölkerung, einerseits die Bildung von natürlichen Gruppen und andererseits von natürlichen Sozialgebilden.“ (Park 1926: 94)

Sozial segregierte Stadtgebiete werden als „natürliche Gebiete“ verstanden, als *natural areas*, die „durch die Bedingungen und Tendenzen des Stadtlebens unweigerlich entstehen“ (ebd.: 94). Die Stadt wird hier also verstanden als Gesamtgefüge, welches in einzelne Nachbarschaften unterteilt ist. Diese tendieren dazu „ (...) to be predominantly inhabited by some one racial and immigrant group, or economic and social class“ (Burgess 1928: 105).

Die Stadtgebiete entstehen unter den Bedingungen des Wettbewerbs zunächst auf sprachlicher und kultureller Basis und dann aufgrund von ethnischer Herkunft (Park 1926: 94). Die Bindungen auf diesen Grundlagen werden für die Gruppe der Migranten mit steigender Verweildauer und zunehmender Assimilation schwächer, „deswegen ziehen Veränderungen im wirtschaftlichen oder sozialen Status gewöhnlich einen Wohnungswechsel nach sich“ (ebd.).

Die Arbeiten der Chicagoer School legen wesentliche Dimensionen der Trennung sozialer Gruppen im städtischen Raum dar, die später von der Sozialraumanalyse aufgegriffen werden:

„Jedes Gebiet der Segregation ist das Ergebnis einer Kombination von Selektionskräften. Gewöhnlich ist jedoch ein Selektionsfaktor dominanter als andere, und dieser führt in der Folge zu einer spezifischen Segregation. Die primärste und allgemeinste Form ist die ökonomische Segregation. Sie ergibt sich aus dem wirtschaftlichen Wettbewerb und determiniert die Basiseinheiten der ökologischen Verteilung. Andere Merkmale der Segregation, wie Sprache, Rasse oder Kultur, sind innerhalb entsprechender ökonomischer Systeme wirksam.“ (Mc Kenzie 1926:110)



Hier wird deutlich, dass die ökonomische (oder auch soziale) Segregation als zentraler Motor für die Verteilung der Bevölkerung im städtischen Raum begriffen wird, wohingegen ethnische oder kulturelle Faktoren dieser nachgeordnet werden.

Friedrichs betont, dass es sich bei der Humanökologie der Chicagoer Schule mehr um ein Paradigma als um eine Theorie handelt, auch deshalb, weil ihre Anschlussfähigkeit an andere Theoriestränge in den Sozialwissenschaften aufgrund ihres Biologismus als eher gering einzuschätzen ist (Friedrichs 2003: 177). Die Arbeiten der Chicagoer Schule stellen tatsächlich kein in sich geschlossenes Theoriekonzept dar, sondern liefern wesentliche Fragestellungen, die bis heute hohe Relevanz zeigen: Die Frage nach dem Verlauf sozialer Segregation, nach den ihr zu Grunde liegenden Mechanismen oder eben die Frage nach der Bewertung sozialer Segregation, die den Mittelpunkt dieser Arbeit bildet.

Darüber hinaus wurden von den Pionieren der Segregationsforschung zentrale Begriffe für die Beschreibung der Verteilung und Bewegung der Bevölkerung im städtischen Raum entwickelt, die bei aller Kritik an ihren biologischen Wurzeln dennoch bis heute in der Segregationsforschung Verwendung finden. Das wesentliche Verdienst der Chicago School ist es, einen räumlichen Blick auf soziale Beziehungen und sozialen Wandel entwickelt zu haben. Zentraler Ausgangspunkt dieser räumlichen Perspektive ist Parks Aussage zur räumlichen Dimension sozialer Distanz:

„Es ist eine Tatsache, dass soziale Beziehungen häufig und unvermeidlich mit räumlichen Beziehungen korrelieren. Das bedeutet, dass physische Distanz häufig als Index für soziale Distanz angesehen wird.“ (Park 1926: 98)

Der städtische Raum wird also in diesem Sinne zu einer Beschreibungs- und Erklärungsmatrix für soziale Phänomene. Die Arbeiten der Chicagoer School of Sociology zum Thema sozialer Segregation markieren damit den inhaltlichen (aber auch methodischen) Ausgangspunkt für die weitere Entwicklung der Disziplinen der Stadtforschung wie Stadtgeographie, Stadtsoziologie und Ethnologie.

### *Aktuelle Bezüge*

In den 1920er Jahren war es der soziale Wandel, der mit dem Städtewachstum im amerikanischen Norden einherging, der die Entstehung der Segregationsforschung inspirierte. Viele Jahrzehnte später erfuhr das Thema der sozialen Segregation neue Relevanz. Vor dem Hintergrund der Krise des Fordismus lassen sich ab der Mitte der 1970er Jahre zunehmend neue Spaltungslinien und Fragmentierungen in den Städten erkennen, die das Thema der sozialen Segregation aktuell zu einem bedeutenden Thema in Wissenschaft und Politik werden lassen.

Bereits seit dem Ende der 1980er Jahre wurden Tendenzen hin zu einer fragmentierten Stadt in der Stadtforschung diskutiert. Mollenkopf & Castells (1991) entwarfen für New York das Modell einer *dualen Stadt*, in der oberste und unterste Einkommensgruppen in unmittelbarer Nachbarschaft leben. Häußermann & Siebel (1987) beschrieben eine *dreigeteilte Stadt*, die

sich in die international wettbewerbsfähige Stadt, die Versorgungs- und Wohnstadt und in die Stadt der Ausgegrenzten unterscheidet. Marcuse (1989) beschrieb seinerseits die *quartered city*, die vier bzw. fünf charakteristische Quartiere der postfordistischen Stadt aufweist. Borst und Krätke konstatierten im Anschluss an Marcuse Tendenzen einer *Verinselung der Stadt*: Angenommen wurde die Ausdehnung von Zonen der Herrschaft und des Luxus im Zentrum der Metropole sowie von kleinräumig verteilten Orten des gehobenen Wohnens, während sich andererseits innerstädtische Inseln der Armut und randstädtische Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus herausbilden (Borst & Krätke 1993: 23).

Diese Modelle unterscheiden sich, auch nach nationalem Kontext, was die Anzahl und den Verlauf der sozialräumlichen Spaltungslinien angeht, aber allen liegt die Feststellung einer zunehmenden sozialen Fragmentierung des städtischen Raums zugrunde. Steigende Arbeitslosigkeit und Armut, zunehmend polarisierte städtische Arbeitsmärkte und verschärfter interkommunaler Wettbewerb einerseits, der enger werdende kommunale Handlungsspielraum andererseits, führen jetzt zu neuen Ausprägungen sozialer Segregation in den Städten. Neben der Gentrifizierung innerstädtischer Altbauquartiere (Carpenter & Lees 1995, Friedrichs & Kecskes 1996) wird v.a. die Entstehung und Verfestigung benachteiligter Stadtviertel mit einer hohen Konzentration armer und ausgegrenzter Bevölkerung zum zentralen Thema der Stadtforschung (für Deutschland: Alisch & Dangschat 1993 für Hamburg, Häußermann & Kapphan 2000 für Berlin, Breckner et al. 1998 für das Ruhrgebiet; Keim 1999 für Kassel, Friedrichs & Blasius 2000 für Köln; Farwick 2001 für Bielefeld/Bremen, Janßen 2004 für Hannover).

Das Thema der sozialen Segregation erfuhr aber auch über das Feld der Stadtforschung hinaus im Bereich der Politik einen Bedeutungsgewinn. Im Bereich der Stadtpolitik wird dies beispielsweise in der Zunahme gebietsbezogener, integrierter Maßnahmen der Armutsbekämpfung deutlich, in der Jugendhilfe und Sozialarbeit in der zunehmenden Bedeutung sozialräumlicher Ansätze sichtbar. Die Popularität des Themas der sozialen Segregation erklärt sich in hohem Maße daraus, dass die Frage nach der Verteilung und Bewegung der Bevölkerung im städtischen Raum eine Reihe von aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen berührt (Strohmeier 2006: 13f): So etwa Fragen der sozialen Gerechtigkeit und Verteilung, dem Verständnis von Migration und Integration sowie der unterschiedlichen Lebensstile und Milieus in Zeiten, in denen Schicht- und Klassenzugehörigkeiten scheinbar an Bedeutung verlieren.

Durch das Konzept der Segregation werden soziale Prozesse auf den städtischen Raum übertragen und damit sichtbar gemacht: Nicht beobachtbare soziale Tatbestände werden auf beobachtbare soziale Phänomene überführt und übernehmen die Rolle des Indikators (Dangschat 1998: 208f). Der Anstieg von Armut und sozialer Ausgrenzung wird in städtischen Armutsgebieten sichtbar, das Streben nach sozialer Abgrenzung und Authentizität in aufgewerteten Altbauquartieren in europäischen Innenstädten. Dass Deutschland ein Einwan-

derungsland ist, wird nirgends so deutlich wie in den ethnisch segregierten Gebieten der deutschen Großstädte. Die große Stärke des Konzepts der sozialen Segregation, die Fähigkeit zur Veranschaulichung sozialer Prozesse im städtischen Raum, hat sicherlich zu seiner Popularität beigetragen.

### **2.3. Zu den Kriterien des Ländervergleichs**

Frankreichs Vorstädte gelten als das europäische „Paradebeispiel“ für soziale Segregation. Hinsichtlich des deutsch-französischen Vergleichs lässt sich zunächst festhalten, dass das Ausmaß sozialer Segregation in Frankreich deutlich stärker ausfällt als in deutschen Städten. Die charakteristische scharfe sozialräumliche Dreiteilung französischer Großstädte in einerseits Zentren für die Reichen, andererseits Vorortsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus für die einkommensschwachen und marginalisierten Bevölkerungsteile und schließlich suburbane Mittelschichtsquartiere existiert in Deutschland in dieser Form nicht (Lapeyronnie & Loch 2007: 75). Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass in Frankreich erstens eine größere Anzahl von Gebieten mit einer Konzentration marginalisierter Bevölkerung existiert, es sich zweitens um tendenziell größere Gebiete (bezogen auf die Einwohnerzahl) handelt und drittens die sozialen Problemlagen in den Gebieten weitaus höher sind als in den deutschen Gebieten. Außerdem ist die räumliche Isolation der Gebiete stärker ausgeprägt.<sup>5</sup>

Bei dem Vergleich sozialer Segregation in französischen und deutschen Städten steht im Folgenden also v.a. die Frage im Mittelpunkt, wie sich das deutlich unterschiedliche Niveau sozialer Segregation in zwei Ländern erklären lässt, deren wirtschaftliche Entwicklung in groben Zügen durchaus vergleichbar ist. Für die Beantwortung dieser Frage ist es zunächst notwendig, auf die wesentlichen Determinanten sozialer Segregation einzugehen.

#### *Determinanten sozialer Segregation*

Damit segregierte Gebiete in Städten entstehen können, bedarf es ganz allgemein sozialer und räumlicher Unterschiede (Häußermann & Siebel 2004: 143). Über Wohnstandortentscheidungen der Individuen bzw. Haushalte kommt es zur Verteilung der Bevölkerung, wobei hierbei insbesondere das Verhältnis von dem vorhandenen Mietpreinsniveau und verfügbarem Einkommen der Haushalte eine Rolle spielt (ebd.). Hinzu kommen kulturelle bzw. symbolische und identifikatorische Elemente, die die Wohnstandortwahl beeinflussen (Strohmeier 2006: 18, Kapphann et al. 2002: 11).

Das handlungstheoretisch angelegte Modell von Häußermann und Siebel gibt einen guten Überblick über die relevanten Determinanten der Wohnstandortentscheidungen, durch die das Ausmaß der sozialen Segregation bestimmt wird (Häußermann & Siebel 2004). Wohnstan-

---

<sup>5</sup> Angaben zum Ausmaß sozialer Segregation auf der Grundlage von Segregationsindizes finden sich in der Literatur für Deutschland v.a. auf Gebietsebene der Städte, in Frankreich auf Ebene der Agglomerationen bzw. kleinräumigeren Gebiete und für einzelne Berufsgruppen. Da die Werte dementsprechend schwierig zu interpretieren sind, wird hier auf die Darstellung verzichtet.

dortentscheidungen ergeben sich in diesem Verständnis im Wesentlichen aus der Angleichung von Präferenzen auf der Individualebene und Restriktionen, die sich auf Makroebene (Demographie und Ökonomie), Mesoebene (Wohnungspolitik) und Mikroebene (Stadtplanung und Vermieterpraxis) sowie auf Individualebene (Ressourcen und Präferenzen) ergeben (ebd. 154).

Für den Vergleich sozialer Segregation in Frankreich und Deutschland wird an dieser Stelle zunächst auf der Makroebene auf die sozioökonomische Entwicklung der beiden Länder eingegangen. Da diese ähnlichen Entwicklungen unterlag, geschieht dies in einer gemeinsamen Darstellung. In jeweils getrennten Länderdarstellungen wird im Anschluss die nationalstaatliche Mesoebene der Wohnungs- und Stadtpolitik für Deutschland und Frankreich charakterisiert werden, um dann auf kommunaler Ebene im Rahmen der Beispielquartiere Segregationsprozesse auf der Mikroebene zu betrachten. Die Individualebene wird im Rahmen dieser Arbeit vernachlässigt.

#### *Makroebene: Sozioökonomische Entwicklung in Frankreich und Deutschland*

Für die Entstehung und Verfestigung sozial segregierter Gebiete ist zunächst die sozioökonomische Entwicklung in den Städten entscheidend. Hier spielt die gesamtgesellschaftliche Zunahme von Armut und Einkommensunterschieden eine bedeutende Rolle, die den Übergang vom industriellen zum post-industriellen Kapitalismus sowohl in Deutschland als auch in Frankreich kennzeichnet. Die Deindustrialisierung und Tertiärisierung der Wirtschaft führte ab der Mitte der 1970er Jahren zu massiven Beschäftigungsverlusten, da der wachsende Dienstleistungssektor die vom Industriesektor freigesetzten Arbeitnehmer nicht komplett aufnehmen konnte (Häußermann 2000: 14). Der Rückgang von Arbeitsplätzen in der Industrie führte außerdem zur Entwertung an- und ungelernter Tätigkeiten, die als „Massendequalifizierung“ v.a. die untere Mittel- und Unterschicht betrifft (Castel 2003: 49).

Der wachsende Dienstleistungssektor kennzeichnet sich seinerseits durch eine stark polarisierte Beschäftigungsstruktur in hoch qualifizierte, unternehmensbezogene Dienstleistungen auf der einen Seite und in niedere, personenbezogene Dienstleistungen mit schlechter Bezahlung und mangelnder sozialer Absicherung auf der anderen Seite aus (Le Galès 2003: 2003; Krätke 1995: 166). Für städtische Arbeitsmärkte zeigt sich also die doppelte Spaltung in einerseits Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, andererseits in hochrangige und niedere Arbeitsplätze als charakteristisch (Krätke 1995: 166).

Außerdem differenzieren sich Beschäftigungsverhältnisse zunehmend aus: Befristete Arbeitsverhältnisse, Minijobs und immer weniger Vollzeitstellen werden zum Merkmal des aktuellen Arbeitsmarkts. Die damit einhergehende Prekarisierung von Beschäftigten kann nun die verschiedensten sozialen Gruppen betreffen und ist nicht mehr nur auf bestimmte Ausbildungsniveaus oder Berufsgruppen beschränkt (Castel 2003: 42f).

Diese allgemeinen Entwicklungstendenzen städtischer Arbeitsmärkte sind sowohl für Frankreich als auch für Deutschland charakteristisch und führen in beiden Ländern zunächst grundsätzlich zur Tendenz der Zunahme von Arbeitslosigkeit und Armut. Die Zunahme von Einkommensunterschieden konnte insbesondere für Deutschland empirisch belegt werden: So belegt der dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung für den Zeitraum 2002 bis 2005 die zunehmende Ungleichverteilung der Einkommen, sowie das Sinken des durchschnittlichen Arbeitnehmerbruttoeinkommens (Bundesregierung 2008: IV). Letzteres nahm im Betrachtungszeitraum um durchschnittlich 4,8 Prozent ab. Der Anteil höherer Einkommen wuchs, wohingegen der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnbereich anstieg (ebd.). Immer zahlreicher werden die *working poor*, d.h. der Anteil von Bevölkerung, die trotz eines vorhandenen Arbeitsplatzes auf staatliche Transferleistungen angewiesen ist: Im Jahr 2005 lagen die Verdienste von mehr als einem Drittel der unselbständig Beschäftigten in Deutschland unter der Grenze des Niedriglohnbereichs von zwei Dritteln des Medians der Bruttoeinkommen (ebd.).<sup>6</sup>

Goebel et al kommen auf der Grundlage des Sozio - Ökonomischen Panels (SOEP) hinsichtlich der Frage einer zunehmenden Einkommensdifferenzierung zwischen den zwei Polen der Einkommensverteilung für Deutschland zu dem Befund eines stufenweisen Anstiegs der Einkommenspolarisierung (Goebel et al. 2010: 5). So erfuhr die Polarisierung der Einkommen Mitte der 1990er Jahre einen ersten Höhepunkt, um dann bis 2000 einer leicht rückläufigen Entwicklung zu unterliegen und schließlich einen sprunghaften Anstieg und vorläufigen Höhepunkt im Jahr 2006 zu erleben (ebd.: 6).

Soziale Ungleichheit und das Armutsrisiko lagen für Frankreich und Deutschland im Jahr 2005 auf vergleichbarem Niveau (Jamet 2007: 6)<sup>7</sup>. Auch in Frankreich ist zwischen 1996 und 2002 die Anzahl der armen Haushalte in großen französischen Agglomerationen (über 200.000 Einwohner) angestiegen (Oberservatoire National de Pauvreté et de l'Exclusion Sociale 2006). Der Jahresbericht 2009/2010 des nationalen Armuts- und Ausgrenzungsobservatoriums konstatiert zwar eine relativ stabile Armutsrate seit dem Ende der 1990er Jahre, betont aber, dass sich die Situation der Armen weiterhin verschlechtert habe (Oberservatoire National de Pauvreté et de l'Exclusion Sociale 2010: 65f).

Die Einkommensunterschiede blieben in Frankreich, anders als in Deutschland, in den letzten Jahren zunächst stabil (ebd.: 66). Die Entwicklung von Mitte der 1980er Jahre bis zum Jahr 2005 zeigt, dass Frankreich das einzige Land der OECD ist, in dem sich die Einkommensunterschiede nicht vergrößerten. Bei Betrachtung der Steuereinnahmen sehen die Ergebnisse anders aus: Hier wurde zwischen 1998 und 2005 ein sehr starker Anstieg sehr hoher Steuereinkommen festgestellt: Das eine Prozent der reichsten Haushalte Frankreichs konnte sein

---

<sup>6</sup> Anfang der 1990er Jahre lag dieser Anteil noch bei nur etwa einem Viertel (Bundesregierung 2008: IV).

<sup>7</sup> Gemessen an Armutsindizes.

Realeinkommen um 19 Prozent steigern, während es bei den 90 Prozent der ärmsten Haushalte um 4,6 Prozent anstieg (ebd.: 67).

Die Arbeitslosenrate lag in Frankreich im Jahr 2008 bei 7,8 Prozent, bei einem OECD Durchschnitt von 6,1 Prozent (Commission pour la libération de la croissance française 2010: 27). Dabei konnte allerdings eine deutliche Zunahme prekärer Arbeitsplätze festgestellt werden, insbesondere Zeitarbeitsbeschäftigung oder befristete Arbeitsplätze. Diese nahmen bei den Neueinstellungen etwa zwei Drittel der Beschäftigungsverhältnisse ein, wohingegen insgesamt „nur“ 12 Prozent der Beschäftigten in prekären Arbeitsplätzen beschäftigt sind (ebd.: 28). Neben der zunehmenden Prekarisierung ist die sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit seit langem für den französischen Arbeitsmarkt charakteristisch: Die Jugendarbeitslosigkeit lag im Jahr 2008 bei Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren bei 18,1 Prozent, während diese in Deutschland bei 10,4 Prozent lag (ebd.: 28).

Die empirischen Erkenntnisse zeigen sowohl für Frankreich als auch für Deutschland Tendenzen steigender sozialer Ungleichheit. Hierbei ist das Ausmaß der sozialen Ungleichheit, von den Unterschieden bei der Jugendarbeitslosigkeit abgesehen, in beiden Ländern in etwa vergleichbar. Es zeigt sich, dass hinsichtlich des deutlich unterschiedlichen Niveaus sozialer Segregation in französischen und deutschen Städten die unterschiedliche Stadtentwicklung und Wohnungspolitik der beiden Länder der entscheidende Erklärungsfaktor ist.

Für den deutsch-französischen Vergleich sozialer Segregation sind hierbei insbesondere drei Aspekte wesentlich: zunächst die unterschiedliche Bedeutung des Großwohnsiedlungsbaus in den beiden Ländern, dann die unterschiedliche Situation auf den städtischen Wohnungsmärkten und schließlich aus den jeweiligen gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen resultierende Prozesse der Stigmatisierung und Abschottung. Diese wesentlichen Determinanten der Mesoebene werden im Folgenden in zwei getrennten Länderdarstellungen erörtert.

## **2.4. Frankreich**

Das hohe Ausmaß sozialer Segregation französischer Städten hat dazu beigetragen, dass der Diskurs über die Großwohnsiedlungen in der französischen Banlieue inzwischen zu einem der zentralen Diskurse über die französische Gesellschaft geworden ist. Cyprien Avenel drückt es folgendermaßen aus: „La ‘question des banlieues’ devient une nouvelle catégorie d’analyse centrale des problèmes sociaux en France“ (Avenel 2007: 9).<sup>8</sup>

Neben der Zunahme sozialer Ungleichheit sind insbesondere Prozesse der Stadtentwicklung und Wohnungspolitik für das hohe Ausmaß sozialer Segregation in den französischen Städten ursächlich. Diese werden im Folgenden in ihren wesentlichen Aspekten dargestellt, um abschließend einen Überblick über aktuelle Prozesse sozialer Segregation zu skizzieren.

---

<sup>8</sup> „Die Frage der Vororte wird zur neuen Analysekategorie für die sozialen Probleme Frankreichs“ (Übersetzung A.N.). Übersetzungen aus dem Französischen wurden, wenn nicht anders gekennzeichnet, im Folgenden von der Verfasserin vorgenommen.

### 2.4.1. Stadtentwicklung und Wohnungspolitik

Für die französische Stadtentwicklung und Wohnungspolitik sind mehrere Aspekte charakteristisch, die retrospektiv als „segregationsfördernd“ interpretiert werden müssen. Die herausragende Rolle kommt dabei dem französischen Großwohnsiedlungsbau zu, der seit dem Ende der 1950er bis zur Mitte der 1970er Jahre das zentrale Instrument der staatlichen Wohnungspolitik darstellte. Durch den exzessiven Großwohnsiedlungsbau an den Rändern der französischen Städte wurden die räumlichen Voraussetzungen für soziale Segregation in Frankreich geschaffen, die bis heute wirksam sind.

Neben dem Großwohnsiedlungsbau kommt der angespannten Situation auf dem französischen Wohnungsmarkt eine zentrale Rolle bei der Erklärung sozialer Segregation in Frankreich zu. Vor dem Hintergrund der explosiven Entwicklung der Immobilien- und Mietpreise in den meisten französischen Ballungsgebieten werden die Großwohnsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus zu einem der raren bezahlbaren Wohnstandorte für einkommensschwache Haushalte. Wesentlich für das Verständnis der sozialen Segregation *à la française* ist schließlich der Prozess der tief greifenden Abwertung und Stigmatisierung der Wohngebiete der Armen und die damit verbundenen Tendenzen des verstärkten Rückzugs breiter Bevölkerungsgruppen.

#### 2.4.1.1. Großwohnsiedlungsbau

Der Bau der Großwohnsiedlungen an den Rändern der französischen Städte begann in Frankreich gegen Ende der 1950er Jahre. Die Wohnungssituation war zu diesem Zeitpunkt angesichts der Kriegszerstörungen und des hohen Anteils alter und beschädigter Wohnungen von einem akuten Wohnungsmangel geprägt (Stébé 1999: 31). Nach dem zweiten Weltkrieg waren von insgesamt etwa 13 Millionen Wohnhäusern etwa 400.000 Wohnhäuser zerstört und 1,5 Millionen beschädigt worden (Tellier 2007: 22). Dazu kam die schlechte bauliche Qualität des vorhandenen Wohnbestands: So waren etwa in Paris 85 Prozent der Wohnungen vor 1914 gebaut worden (ebd.). Dem mangelhaften Wohnungsangebot stand ein starker Bevölkerungsanstieg in den Städten gegenüber, der den Druck auf die städtischen Wohnungsmärkte erhöhte. Hier spielte die Dekolonisierung und die damit einhergehende Migration nach Frankreich, v.a. nach 1962 aus Algerien eine wichtige Rolle. Besonders deutlich zeigte sich die Wohnmiserie in den beiden Nachkriegsjahrzehnten in Form von wild errichteten Siedlungen, den *bidonvilles*, die an den Rändern nahezu aller größeren Städte entstanden.

Trotz der eklatanten Wohnungskrise kennzeichnete sich die staatliche Wohnungspolitik bis zum Ende der 1950er Jahre durch eine verhältnismäßig geringe wohnungspolitische Mobilisierung aus (Stébé 1999: 31). Öffentlicher Wohnungsbau wurde nur im kleinen Maßstab betrieben und auch private Investitionen blieben trotz politischer Anreize weitgehend ohne Einfluss. So belief sich die Neubautätigkeit für das Jahr 1952 auf etwa 82.000 neu errichteten Wohnungen, während es beispielsweise in Deutschland im selben Jahr mehr als 500.000 Wohnungen waren (Tellier 2007: 38). Im Zeitraum zwischen 1945 und 1953 entstanden le-

diglich 300.000 Wohnungen, was den politischen Zielformulierungen für ein einziges Jahr entsprach (ebd.).

Die Wohnungskrise wurde besonders durch den eindringlichen Aufruf des Abbé Pierre angeprangert: Er ermahnte angesichts der Kältetoten im Winters des Jahres 1954 zum politischen Handeln und trug durch eine massive Mobilisierung entscheidend dazu bei, dass das Thema Wohnen zu einem der zentralen innenpolitischen Themen Frankreichs wurde (Stébé 2002: 95f). Das Ausmaß der Wohnungsnot erforderte Bauen in kurzer Zeit und in großen Mengen. Neben den wirtschaftlichen Vorteilen spiegelte sich in der Entscheidung für den Großwohnsiedlungsbau auch das Bekenntnis zum modernen Bauen, welches der Technologiebegeisterung und dem uneingeschränkten Fortschritts- und Wachstumsglauben der Zeit entsprach.<sup>9</sup>

Der Hoffnungsträger Großwohnsiedlung wurde ab 1958 in wohnungspolitischen Sonderzonen an den Rändern der Städte errichtet. Das Planungsinstrument der so genannten „*Zones à urbaniser par priorité*“ (ZUP) ermöglichte den Erwerb und die Bebauung großer Flächen durch ein staatliches Vorkaufsrecht, auch ohne kommunale Zustimmung der betroffenen Gemeinden. Dabei entsprach die Lage der ZUP häufig der politischen Geographie kommunistischer Lokalregierungen, auch weil sich diese durch die zuziehenden Arbeiter politische Stimmbindungen erhofften (Tissot 2003: 125). In den Jahren 1958 bis 1969 entstanden auf diese Weise insgesamt 195 Neubausiedlungen mit insgesamt mehr als 2,2 Millionen Wohnungen, überwiegend Sozialwohnungen (Stébé 1999: 33). Die Siedlungen bestanden aus mindestens 500 bis hin zu mehreren Tausend Wohnungen. Baulich entsprachen sie den *tours et barres*, also Hochhäusern und Riegel in der typischen Plattenbauweise, deren städtebaulichen Ensembles als *grand ensemble* beschrieben werden.

Die bereits Mitte der 1960er Jahre deutlich werdenden baulichen und planerischen Mängel der *grands ensembles* dämpften die Euphorie am Großwohnsiedlungsbau (Rudolph-Cleff 1996: 113, Stébé 1999: 44). In der Kritik standen v.a. die schlechte thermische und akustische Isolierung, die fehlende Qualität des öffentlichen Raums, infrastrukturelle Defizite sowie mangelnde Verkehrsanbindung, architektonische Monotonie und der extreme Maßstab der Siedlungen. Die psychosozialen Auswirkungen des Lebens in einer von architektonischer Monotonie und extremen Maßstäben geprägten Großwohnsiedlung wurden unter dem Stichwort der Krankheit *Sarcellite*, benannt nach einer ZUP in dem Pariser Vorort Sarcelles, zum Merkmal der Bewohner der neu entstandenen Wohnsiedlungen.

---

<sup>9</sup> Wobei in Fachkreisen dennoch intensiv darüber diskutiert wurde, ob nicht doch dem Bau von Einfamilienhäusern statt dem kollektiven Wohnungsbau dem Vorzug bei der Lösung der Wohnungskrise gegeben werden sollte. Zahlreiche Untersuchungen belegten, dass das eigene Haus den Traum aller Franzosen darstellte (Teller 2007: 41f). Außerdem wurde, schon bevor die erste Kritik an den Mängeln der Großwohnsiedlungen laut wurde, der kollektive Wohnungsbau in den Zusammenhang zur „*décomposition des liens sociaux*“ (der Zerstörung sozialer Beziehungen) und Kriminalität gebracht (ebd.: 44).



Angesichts der zunehmenden Kritik an dem Großwohnsiedlungsbau wurde der Bau der ZUP ab 1967 schrittweise eingestellt und der Großwohnsiedlungsbau nun im Rahmen der *zones à urbaniser par priorité* (ZUP) im kleineren Maßstab und unter neuen planerischen Prämissen fortgesetzt. Mit der Guichard Verordnung des Jahres 1973 begann schließlich die schrittweise Einstellung des Baus der Großwohnsiedlungen (Rudolph-Cleff 1996: 118).

Die Großwohnsiedlungen und mit ihnen der soziale Wohnungsbau waren in Frankreich von Anfang an auf mittlere Einkommensgruppen ausgerichtet. Und so war die Bevölkerung der *grands ensembles* bis etwa zur Mitte der 1970er Jahre tatsächlich überwiegend von mittleren Einkommensgruppen gekennzeichnet: Arbeiter, Angestellte und einige Führungskräfte wohnten im sozialen Wohnungsbau, während sich die ärmeren Bevölkerungsteile vermehrt in den Substandardwohnungen der Altbauquartiere konzentrierten (Stébé 2002: 101f). Weiten Teilen der zugewanderten Arbeiter aus Algerien, Portugal oder Spanien blieb der Zugang zu Sozialwohnungen zunächst verwehrt, sie wohnten bestenfalls in speziellen Wohnheimen oder in den Bidonvilles.<sup>10</sup> Die Diskussion um die Zielausrichtung des sozialen Wohnungsbaus drehte sich während der 1960er und 1970er Jahre v.a. darum, dass es nicht die Bedürftigsten waren, die von den Wohnungen in den Großwohnsiedlungen profitierten, und dass der soziale Charakter des sozialen Wohnungsbau abhanden gekommen sei (Cacheux 2002: 31).

Ab Mitte der 1970er Jahre veränderte sich die Bevölkerungszusammensetzung der Großwohnsiedlungen nach und nach radikal. Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise des Jahres 1973 zeigte sich die gesamtgesellschaftliche Zunahme sozialer Ungleichheit und Armut besonders deutlich in den Großwohnsiedlungen. Mittlere Einkommensgruppen verlassen vermehrt die Siedlungen, auch aufgrund der neuen Förderausrichtung im Bereich des Eigenheimbaus. Die nachfolgenden Bewohner, nun verstärkt auch Zuwanderer und ihre Familien, weisen eine deutlich schwächere Sozialstruktur als ihre Vormieter auf (Stébé 1999: 46).

Der exzessive Bau von Großwohnsiedlungen hat zwei zentrale Charakteristika für den sozialen Wohnungsbau in Frankreich zur Folge, die für das Verständnis der sozialen Segregation in Frankreich wesentlich sind: Zum einen führte die massive Bautätigkeit zu einem sehr hohen Anteil von sozialem Wohnungsbau in Großwohnsiedlungen: 31 Prozent des aktuellen Bestands an Sozialwohnungen wurde im Zeitraum von 1966 und 1975 gebaut und insgesamt 58 Prozent vor 1976 (Debrand 2003: 2). Zum anderen führte die flächenmäßige Konzentration des Baus von Sozialwohnungen bis etwa der Mitte der 1970er Jahre zu einer starken Ungleichverteilung des sozialen Wohnungsbaus auf der Fläche der knapp 37.000 französischen Gemeinden. Die Konzentration des Baus von Sozialwohnungen im großen Stil auf einzelne Gemeinden führt vor dem Hintergrund der zunehmenden Verarmung der Bewohnerschaft und der umfassenden Aufwertung der Innenstädte der meisten französischen Großstädte zu einer

---

<sup>10</sup> Trotz des Beschlusses des Jahres 1967, in dem die Abschaffung der Bidonvilles festgelegt wurde, blieben die Elendsiedlungen noch lange Realität: 1970 existierten im Pariser Umland immer noch 13 Bidonvilles mit etwa 50.000 Bewohnern, zumeist Zuwanderer (Giblin 2009: 61f).

sehr scharfen sozialen Segregation und zu der für Frankreich heute typischen Zentrum - Rand Struktur sozialer Segregation.

#### 2.4.1.2. *Mietwohnungsmarkt und sozialer Wohnungsbau*

Bei der Frage um die individuelle und gesellschaftliche Bewertung von Segregation, wird in Fachdebatten oft unterschieden, ob es sich um freiwillige oder unfreiwillige Segregation handelt (Häußermann & Siebel 2004: 183). So ist anzunehmen, dass das Gefühl, „keine andere Wahl zu haben“ beim Individuum sehr viel stärkere Deprivationsgefühle auslöst, als wenn das Gefühl vorherrscht, man könne seine Nachbarschaft jederzeit verlassen und umziehen. Angesichts des extrem angespannten Wohnungsmarktes in den meisten prosperierenden französischen Ballungsgebieten, ist es für die Bewertung der sozialen Segregation in der Banlieue sehr bedeutsam, zu berücksichtigen, dass die Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus für einkommensschwache Bevölkerungsteile oftmals der einzig bezahlbare Wohnort sind.<sup>11</sup>

Seit der Mitte der 1990er Jahre unterliegt der französische Immobilienmarkt einer dynamischen Entwicklung. So haben sich beispielsweise die Verkaufspreise für Altbauwohnungen (*logements anciens*) im Zeitraum von 1998 und 2008 verdoppelt (Lacharme 2009: o. S.). Diese dynamische Entwicklung führt zu einer Verknappung des Mietwohnungsangebots und in der Folge zu einem sehr angespannten Mietwohnungsmarkt in den meisten städtischen Ballungsgebieten Frankreichs.<sup>12</sup>

Die Anteile des für Wohnen ausgegeben durchschnittlichen Haushaltseinkommens stiegen von 14 Prozent des durchschnittlichen Haushaltseinkommens im Jahr 1979 auf etwa 22 Prozent im Jahr 2006 (Lacharme 2009: o. S.).<sup>13</sup> Allein im Zeitraum von 2002 bis 2007 erfuhren die jährlichen Ausgaben fürs Wohnen eine Steigerung um 23 Prozent, wobei dies besonders im privaten Mietsegment zum Ausdruck kommt: Hier erfolgte eine Steigerung von 32 Prozent im selben Zeitraum (Fondation Abbé Pierre 2010: 2). Dabei geben einkommensschwache Haushalte anteilig deutlich mehr für Wohnkosten aus als wohlhabende Haushalte: Betrachtet man den Anteil der Haushalte, der zu den 20 Prozent der ärmsten Haushalte zählt, übersteigt der Einkommensanteil, der Wohnkosten ausmacht, 25 Prozent des Haushaltseinkommens, während er bei den 20 Prozent der reichsten Haushalte bei nur 11 Prozent liegt (Lacharme 2009: o.S.).

Die Krise des französischen Wohnungsmarkts und die damit einhergehenden Probleme spiegeln sich in der mehr als 25 prozentigen Zunahme von Räumungsbescheiden durch die französische Justiz, die aufgrund von Mietschulden seit dem Jahr 2002 ausgesprochen wurden

---

<sup>11</sup> Das Segment der Substandardwohnungen ist stark rückläufig und hat immer weniger Bedeutung für die Wohnversorgung einkommensschwacher Haushalte.

<sup>12</sup> Hinzu kommt der hohe Anstieg an Haushalten, diese sind im Zeitraum von 1990 bis 1999 um 11% gestiegen (Haute Comité pour le logement des personnes défavorisées 2002: 16f).

<sup>13</sup> Dies liegt nicht nur an gestiegenen Marktmieten sondern auch an Zinserhöhungen und dem Anstieg der Nebenkosten, die zwischen 2001 und 2007 beispielsweise bei Heizkosten um 19 Prozent gestiegen sind (FAP 2010: 3).

(Fondation Abbé Pierre 2010: 3). Insgesamt geht die *Fondation Abbé Pierre*, die einflussreichste wohnungspolitische Stiftung in Frankreich, von etwa 3,5 Millionen Menschen aus, die wohnungslos sind oder unter mangelhaften Wohnbedingungen leben, von etwa 100.000 Obdachlosen und 600.000 Personen, die unter dem Mangel einer Wohnung leiden (ebd.: 232).

Die Konsequenz der Entwicklung des französischen Wohnungsmarkts ist, dass es auf dem freien Mietwohnungsmarkt für arme und einkommensschwache Bevölkerungsgruppen immer schwieriger wird, eine Wohnung zu finden.<sup>14</sup> Der Jahresbericht der *Fondation Abbé Pierre* betont für die gegenwärtige Krise, dass zunehmend auch intermediäre Einkommensgruppen und Teile der Mittelschicht von den Schwierigkeiten eine Wohnung zu finden, betroffen sind (ebd.: 2). Angebote im unteren Mietpreissegment auf dem freien Wohnungsmarkt, der *parc social de fait*, dessen Mieten jene des sozialen Wohnungsbaus nicht überschreiten, sind aufgrund innerstädtischer Aufwertungsprozesse immer weniger verfügbar (Haute Comité pour le logement des personnes défavorisées 2002: 23). Deswegen sind immer größere Teile der französischen Bevölkerung auf den sozialen Mietwohnungssektor angewiesen.

Der soziale Wohnungsbau ist in Frankreich im Gegensatz zu Deutschland auf die Wohnraumversorgung breiter Bevölkerungsschichten ausgerichtet und auch als langfristiges staatliches wohnungspolitisches Instrument angelegt. So hat nach den Einkommensgrenzen des Sozialwohnungsbaus etwa ein Drittel der französischen Haushalte einen Anspruch auf eine Sozialwohnung (Union-Habitat 2010: o. S.). Doch auch das Marktsegment des sozialen Mietwohnungsbaus unterliegt dem allgemeinen Wohnungsmangel: So standen im Jahr 2006 den 1,2 Millionen Anträgen auf eine Sozialwohnung (davon 550.000 von Mietern des Sozialwohnungsbaus), lediglich ein Angebot von etwa 450.000 Wohnungen gegenüber (ebd.). Es wird ersichtlich, dass die Wohnungsmarktkrise und der angespannte Wohnungsmarkt die soziale Segregation in den Großwohnsiedlungen verschärft, da sie zum einzig bezahlbaren Wohnort für niedrige Einkommensgruppen geworden sind. Darüber hinaus tragen auch die Einkommensgrenzen des sozialen Wohnungsbaus zu einer „interne Segregation“ im Bestand bei: Es existieren bei den Mietkosten im sozialen Wohnungsbau sehr deutliche Unterschiede, da die Mieten je nach Förderweg und Baualter stark variieren.

Da die Sozialwohnungen der 1960 und 1970er Jahre geringere Baukosten aufwiesen und stärker gefördert wurden, weisen diese heute niedrigere Mieten auf, während die Sozialwohnungen der 1980er und 1990er Jahre durch ein höheres Mietniveau gekennzeichnet sind. Niedrige Einkommensgruppen sind dementsprechend auf die alten Bestandspartien in den Vorstädten angewiesen, was die soziale Segregation in den städtischen Ballungsgebieten verstärkt (Lacharme 2009: o. S.).

---

<sup>14</sup> Auch beim Immobilienerwerb wird die Krise trotz gestiegener Eigentümerquote von 54 auf 57 Prozent deutlich, da der Anteil an Eigentümern in einkommensschwachen Gruppen im Zeitraum von 1988 bis 2006 abnahm, während die einkommensstarken Gruppen anteilig zunahm (Fondation Abbé Pierre 2010: 6).

#### 2.4.1.3. *Symbolkrise des sozialen Wohnungsbaus und der Vorstädte*

Die „*cité*“, die Siedlung des sozialen Wohnungsbaus, einst als   bergangsstation und als Etappe im individuellen sozialen Aufstiegs im industriellen Frankreich konzipiert, wird vor dem Hintergrund der Krise des Arbeitsmarktes zur Endstation marginalisierter Bevölkerungsgruppen. Angesichts mangelnder bezahlbarer Wohnalternativen wird das Leben in vielen Siedlungen oft vom Gefühl flankiert, „keine andere Wahl zu haben“ (Merkadal 1999: 269). Die französische Banlieue und ihre Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus wurden im Verlauf dieser Entwicklung zum „Filter, durch welche soziale Probleme gedacht und behandelt werden“ (Tissot 2003:123). Die Grands Ensembles und die mit ihnen verbundenen Probleme bilden den Ausgangspunkt der französischen Exklusionsdebatte (Dubet & Lapeyronnie 1994) und werden zum Gegenstand stadtpolitischer Interventionen, deren gebietsbezogener und integrativer Ansatz seit den 1980er Jahren unter dem Begriff *politique de la ville* zusammengefasst wird.

Die Entwicklung der Großwohnsiedlungen führte in Frankreich dazu, dass die Banlieue einer tief greifenden Repr  sentationskrise unterliegt. Der Begriff Banlieue, eigentlich eine neutrale Bezeichnung für Stadtrandgebiete und Vororte, wird zum Synonym für städtische Problemviertel. In der Diskussion um die Siedlungen dominieren bis in die 1970er Jahre Debatten, die sich auf urbane Probleme des funktionalen St  dtbaus bezogen, wohingegen sich ab Anfang der 1980er Jahre vor allem auf die „neue Armut“ bezogen wird (Avenel 2007: 10f). Ab den 1990er Jahren werden v.a. die *violence urbaines*, Formen „städtischer Gewalt“ thematisiert, sowie soziale Segregation und Ausgrenzung diskutiert, die schließlich Ende der 1990er vom Thema der *insécurité*, der „Unsicherheit“ abgelöst werden (ebd.).

Dabei erfahren die Vororte eine klare Stigmatisierung, die sich immer schon aus räumlichen und sozialen Bezügen speiste:

„Im Thema der Banlieue vermischen sich räumliche und soziale Bezüge. Die Banlieue beschreibt eine dunkle Zone, einen der Gesellschaft verschlossenen oder von der Gesellschaft verworfenen Raum, der umso deutlicher wird, je näher man ihm kommt. Das ist das Fremde, das Schwarze, das Verneinte, das Schlechte, der Ort der verlorenen Generation“ (Vieillard-Baron 1994:16).

Durch den hohen Anteil von Sozialwohnungen in Großwohnsiedlungen erfährt nicht nur die Banlieue, sondern auch allgemein der soziale Wohnungsbau eine weitreichende Entwertung (Cacheux 2002: 44). So überwiegt, trotz der allgemeinen gesellschaftlichen Akzeptanz des staatlich geförderten Baus von Sozialwohnungen, ein kritisches Verhältnis zum sozialen Wohnungsbau, da dieser untrennbar mit den Problemen in den französischen Großwohnsiedlungen in Verbindung gebracht wird.

Dies äußert sich in zum Teil massiven Anwohnerprotesten gegen den Bau von Sozialwohnungen, insbesondere in sozial gemischteren und gut situierten Stadtgebieten. Diese sind seit der Einführung einer kommunalen 20 Prozent Quote sozialen Wohnungsbaus seit dem Jahr

2000 verstärkt zum Bau von Sozialwohnungen angehalten. Gab es in den 1980er Jahren noch kaum Reaktionen auf den Bau von Sozialwohnungen, häuften sich ab dem Ende der 1990er Jahre die Proteste gegen den Bau von Sozialwohnungen (Haut Comité pour le logement des personnes défavorisées 2002: 23). Es kommt nun zu einer Häufung gerichtlicher Klagen und Protestaktionen sowie Petitionen gegen den Bau von Sozialwohnungen (Nieszery 2005: 48).

Bei den Motiven der Bewohner spielt u.a. die Angst vor dem Verfall der Bodenpreise eine Rolle, die durch den Bau von Sozialwohnungen in der direkten Nachbarschaft sinken könnten. Auch diffusere Ängste spielen eine Rolle, die die Großwohnsiedlungen als tendenziell gefährliche Orte mit tendenziell gefährlichen Bewohnern auslösen. Denn der Stigmatisierungsprozess der französischen Banlieue trifft v.a. ihre Bewohner, die *banlieusards*, wie sie verächtlich genannt werden. Dabei sind hier vor allem die Jugendlichen der Vororte von Stigmatisierungsprozessen betroffen. Hier spielen insbesondere die seit den 1980er Jahren regelmäßig auftretenden *émeutes* eine Rolle, Jugendunruhen, die als Inbegriff der *violences urbaines*, der „städtischen Gewalt“, gelten.

Die Großwohnsiedlungen werden im Verlauf der Entwicklung in der dominanten gesellschaftlichen Repräsentation zu „rechtsfreien Räumen und zu Orten der Unzivilisiertheit“ (Gebhardt 2000: 59). Gleichzeitig kommt es zu einer zunehmenden Ethnisierung der Siedlungen, wo schließlich die Themen Kriminalität, Unsicherheit und Migration miteinander verschmelzen und das negative öffentliche Image der Großwohnsiedlungen prägen (Wacquant 1993: 369).

#### 2.4.1.4. *Entsolidarisierung und Abschottung*

Die starke soziale Segregation in den französischen Vorstädten ist, wie die vorhergehenden Schilderungen gezeigt haben, Ergebnis des exzessiven Großwohnsiedlungsbaus, den die französische Regierung bis etwa zur Mitte der 1970er Jahre betrieben hat. Die Repräsentationskrise der Großwohnsiedlungen, ihre Stigmatisierung als gefährliche und fremde Orte speist sich aus funktionalen und ästhetischen Mängeln der Siedlungen, aus ihrer Isolation, die Raum für Spekulationen lässt, und aus den *émeutes*, die seit Beginn der 1980er Jahre regelmäßig einzelne Siedlungen erschüttern. So wurden insbesondere die Jugendlichen der Banlieue, zu den gefährlich Armen, der *classe dangereuse* stigmatisiert.

Diese Stigmatisierung hat Konsequenzen für die Bewohner der Großwohnsiedlungen, die sich beispielsweise in Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt zeigen können. Sie hat aber auch Konsequenzen in anderen städtischen Räumen und Nachbarschaften, die sich in verstärkten Abschottungstendenzen innerhalb mittlerer und höherer Einkommensgruppen äußern.

So fordert Eric Maurin den Blick nicht nur auf die Konsequenzen sozialer Segregation in den französischen Vororten zu richten, sondern vielmehr die Ursachen der Segregation in den Mittelpunkt der Analyse und der politischen Strategie zu stellen (Maurin 2004). Er verortet das französische „Ghetto“ nicht dort, wo sich die Marginalisierten und sozial Ausgegrenzten konzentrieren, sondern in einem generellen Separatismus der französischen Gesellschaft, der

sich in der Zunahme sozialräumlicher Fragmentierungen ausdrückt (ebd.: 29). Er betrachtet den Wunsch nach einem unter sich Bleiben als starkes gesellschafts- und raumstrukturierenden Prinzip und erkennt insbesondere in den ungleich verteilten schulischen Chancen in den einzelnen Teilen der Stadt den Motor für die Abschottungstendenzen bildungsorientierter Bevölkerungsgruppen.

Auch Donzelot sieht in der „affinitiven Urbanität“, einer zunehmend von Präferenzen gesteuerten Stadtentwicklung, das Erklärungsmodell für die zunehmende Fragmentierung französischer Städte (Donzelot et al. 2002).<sup>15</sup> Er erkennt in den zunehmenden Fragmentierungstendenzen den räumlichen Ausdruck der Wandels sozialer Beziehungen, in dessen Folge selektive und ausgrenzende Beziehungen immer wichtiger werden. Er interpretiert aktuelle Stadtentwicklungstendenzen als verstärkten Wunsch nach Abschottung und Separation, dem Wunsch, sich seine Gesellschaft selbst zu wählen:

„Warum sollten wir den Leuten helfen, die uns gezwungen haben, die Stadt zu verlassen, warum sollten uns Pflichten gegenüber den Leuten bewusst werden, die wir nicht sehen? Der Verlust an Solidarität gegenüber der Bevölkerung in benachteiligten Vierteln stellt die logische Konsequenz zu dem ihr gegenüber erzieltm Distanzgewinn dar.“ (Donzelot 1999: 106)

Hier deutet sich an, dass die soziale Segregation in den französischen Vororten auch als räumlicher Ausdruck von Entsolidarisierung und Abschottung interpretiert werden kann. Gefühle der Entsolidarisierung gegenüber armen Teilen der Gesellschaft sind insbesondere dann wirksam, wenn, wie es aktuell der Fall ist, breite Schichten der Gesellschaft mit Abstiegsängsten oder Anerkennungsdefiziten zu kämpfen haben. Wenn Armut und Arbeitslosigkeit als individuell verschuldetes Phänomen zu interpretieren sind, verringert sich das eigene Gefühl von Hilflosigkeit und Angst (Heitmeyer & Anhut 2000: 53f; Wehrheim 2002: 19). Entsolidarisierung wird auch dadurch beeinflusst, dass die physische Sicherheit den Mangel an sozialer Sicherheit kompensieren soll (Wehrheim 2002: 20). Gefährlichkeit wird immer stärker mit Armut assoziiert, wie es sich in der Rückkehr der „gefährlichen Klassen“ ausdrückt (Castel 2003: 55; Wehrheim 2003: 27). So kommt es auch zu einer zunehmenden Sensibilisierung gegenüber abweichendem Verhalten (Ronneberger et al. 2002: 20).

Die sozialräumlichen Fragmentierungsprozesse in französischen Städten und die starke Stigmatisierung der Quartiere sind in diesem Sinne auch Ausdruck dieser gesellschaftlichen Entsolidarisierungsprozesse. So stellt Lacharme die explosive Entwicklung des französischen Immobilienmarktes auch in den direkten Zusammenhang zur gestiegenen Bedeutung der Abschottung mittlerer und hoher Einkommensgruppen:

„Par quel élément objectif expliquer que les prix de vente des logements anciens aient pu doubler entre 1998 et 2008 [...] ? Il est normal que la localisation d'un bien immobilier

---

<sup>15</sup> Er beschreibt diese Entwicklung allgemein für europäische und amerikanische Stadtentwicklung.

intervienne dans sa valeur: on paie pour la proximité de services et de transports en commun, pour une qualité de cadre de vie... Mais on paie aussi, et on s'est mis à payer de plus en plus cher, pour un voisinage dont l'image ressemble à celle que l'on veut donner de soi, qui nous identifie à certaines catégories sociales et nous distingue (ou nous protège?) d'autres: on paie pour l'entre soi."<sup>16</sup> (Lacharme 2009: o.S.)

Gründe für die Starke Segregation in Frankreich sind also auch in jenen Gebieten zu suchen, die als das Gegenteil der „klassischen Problemgebiete“ gelten, in den scheinbar unproblematischen Gebieten einkommensstarker Bevölkerung.

#### 2.4.2. Aktuelle Dynamik

Die französischen Städte und Ballungsgebiete sind von einer sehr scharfen sozialräumlichen Fragmentierung gekennzeichnet. Dabei verlaufen die sozialräumlichen Trennlinien zum einen innerhalb von Städten zwischen einzelnen Quartieren, zum anderen auch zwischen einzelnen Kommunen. Die interkommunale Segregation spielt in Frankreich eine große Rolle, da es sich um eine sehr kleinteilige Kommunalstruktur handelt: Insgesamt verteilen sich mehr als 37.000 Gemeinden über die französische Gebietsfläche, das entspricht etwa der Anzahl der Gemeinden der restlichen EU Länder zusammen. Aufgrund des Großwohnsiedlungsbaus an den Rändern der Städte ist zunächst eine Zentrum- Peripherie Struktur für die soziale Segregation in Frankreich typisch: In den aufgewerteten Stadtzentren finden sich die Quartiere der einkommensstarken Bevölkerung, während sich in den Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus an den Rändern der Städte die armen und marginalisierten Bevölkerungsgruppen konzentrieren. Bezieht man die Mittelschichtsquartiere im suburbanen Raum mit ein, so lässt sich von drei zentralen sozialräumlichen Spaltungslinien ausgehen, die für die französischen Städte charakteristisch sind (Lapeyronnie & Loch 2007: 75).

Quartiere mit überdurchschnittlicher Konzentration sozialer Problemlagen sind Gegenstand der *politique de la ville*, der gebietsspezifischen Politik für benachteiligte Stadtteile.<sup>17</sup> Es bietet sich an, anhand der *zones urbaines sensibles* (ZUS), der sensiblen städtischen Zonen, einen Überblick über das Ausmaß der sozialen Segregation in französischen Städten zu skizzieren. Insgesamt wurden im Jahr 1996 für Frankreich und seine DOM/TOMs 751 ZUS festgelegt, davon befinden sich 717 in Frankreich.<sup>18</sup> Nicht alle sozial segregierten Gebiete sind Großwohnsiedlungen, aber sie stellen die deutliche Mehrheit: Es liegen keine genauen Zahlen vor,

---

<sup>16</sup> „Welche objektive Erklärung gibt es für die Tatsache, dass die Immobilienpreise für Altbauwohnungen sich zwischen 1998 und 2008 verdoppeln konnten? Es ist normal, dass die Lage einer Immobilie in ihren Wert einfließt: Man zahlt für die Nähe zu Dienstleistungen und ÖPNV, für die Qualität der Umgebung... Aber man zahlt eben auch, und wir sind bereit, dafür immer mehr zu bezahlen, für eine Nachbarschaft, deren Image dem ähnelt, das man sich selbst geben will. Ein Image, das dafür sorgt, dass wir zu einer bestimmten sozialen Gruppe gezählt werden und das uns von Anderen unterscheidet (und uns vor Ihnen beschützt?): Wir zahlen für das Unter uns Bleiben.“

<sup>17</sup> Charakterisiert sind diese Gebiete durch die Präsenz von *grands ensembles* bzw. degradierteter Bausubstanz sowie durch ein starkes Ungleichgewicht zwischen Bevölkerungszahl und Arbeitsplätzen.

<sup>18</sup> Festgelegt nach dem Gesetz vom 14 November 1996 „Pacte de relance pour la ville“ ist diese Liste bis heute unverändert.

aber 2/3 der Wohnungen in den ZUS bestehen aus Sozialwohnungen und etwa 80 Prozent dieser Sozialwohnungen wurden im Zeitraum von 1949 und 74 gebaut (Pan Ké Shon 2007: 26).

Insgesamt leben 4.460.000 Einwohner in diesen Gebieten, was etwa 8 Prozent der französischen Bevölkerung entspricht und 10 Prozent der städtischen Bevölkerung Frankreichs (Pan Ké Shon 2007: 25). Zentrale Daten zur ökonomischen Situation in den ZUS geben einen Eindruck über das Ausmaß der sozialen Segregation in den Gebieten.<sup>19</sup> Während die Arbeitslosenquote in den Ballungsgebieten Frankreichs im Jahr 2005 bei durchschnittlich 10,5 Prozent lag, lag sie im selben Jahr in den ZUS bei 22 Prozent (ebd.). Besonders stark sind Jugendliche von der Arbeitslosigkeit betroffen: Bei jungen Männern im Alter zwischen 15 und 24 Jahren lag die Arbeitslosenquote in den benachteiligten Stadtgebieten bei durchschnittlich 45 Prozent (gegenüber 22 Prozent außerhalb der Gebiete), bei jungen Frauen desselben Alters lag sie bei durchschnittlich 38 Prozent (gegenüber durchschnittlichen 22 bzw. 23 der Gesamtagglomeration).

Durchschnittlich 58 Prozent aller Haushalte in den ZUS sind (aufgrund eines geringen Einkommens) von der Einkommenssteuer befreit, während es in der Gesamtagglomeration durchschnittlich 37 Prozent der Bevölkerung sind (ebd.). Es ist anzunehmen, dass das Haushaltseinkommen in den sozial segregierten Gebieten bei jedem fünften Haushalt unter der Armutsgrenze liegt, während es außerhalb jeder zehnte ist (Avenel 2007: 18). Das Durchschnittseinkommen der Haushalte liegt mit 10.700 Euro deutlich unter den 18.600 Euro der Gesamtagglomeration. Etwa zwei Drittel der Haushalte beziehen in Jahr 2003 Sozialleistungen, 20 Prozent davon die französische Sozialhilfe RMI (gegenüber 10 Prozent in der Agglomeration) (ebd.). Im Jahr 2002 lag der Anteil der 10 Prozent höchsten Durchschnittseinkommen in den benachteiligten Gebieten zwischen 10 und 20 Prozent der niedrigsten Einkommen der Restagglomeration (Pan Ké Shon 2007: 30).

Das schwache soziale Profil zeigt sich auch im Bereich der Bildung: 17 Prozent der Bevölkerung der ZUS verfügt über keinen Schulabschluss, dieser Anteil ist etwa doppelt so hoch wie im gesamtstädtischen Durchschnitt (ebd.: 31). Hinzu kommen deutlich höhere Schulabbrecherquoten an den Schulen im Gebiet. Im Jahr 1999 hatten durchschnittlich 3,9 Prozent der Bevölkerung in den ZUS einen Hochschulabschluss (ebd.).

Der hohe Zusammenhang zwischen sozialer und ethnischer Segregation wird im hohen Ausländeranteil in den Quartieren deutlich: Während für Frankreich insgesamt der Anteil von Ausländern (über 14 Jahre) im Zeitraum zwischen 1990 und 1999 auf gleichem Niveau blieb, stieg er im selben Zeitraum in den ZUS von 18,6 Prozent auf 21 Prozent (Pan Ké Shon 2007:

---

<sup>19</sup> An dieser Stelle gilt zu berücksichtigen, dass die überdurchschnittliche Konzentration sozialer Problemlagen in den Quartieren gleichermaßen die Voraussetzung dafür ist, als ZUS klassifiziert zu werden.



25).<sup>20</sup> Ausländer, die aus einem afrikanischen Land stammen, haben in Frankreich eine dreifach höhere Wahrscheinlichkeit in einem der benachteiligten Wohngebiete zu leben, als ein Bewohner mit französischer Nationalität (ebd.). Weitere Merkmale der Gebiete sind eine erhöhte Mobilität der Bevölkerung und ein erhöhter Anteil allein erziehender Familien (15 Prozent aller Haushalte vs. 9 Prozent auf Agglomerationsebene). Darüber hinaus ist ein erhöhter Anteil großer Familien charakteristisch: 20 Prozent aller Haushalte werden von Familien mit mindestens drei Kindern gestellt, während es auf der Ebene der Agglomeration durchschnittlich 9 Prozent sind (ebd.: 28).

Der Tenor der aktuellen französischen Forschungsarbeiten zur aktuellen Entwicklung sozialer Segregation ist, dass es eine immer stärkere Separation zwischen den reichsten und den am stärksten benachteiligten Quartieren gibt (Avenel 2007: 16, Maurin 2004; Charlot et al 2006, Bouzouina & Mignot 2007). Konsens ist die Feststellung einer verstärkten Konzentration in den letzten 20 Jahren, wobei insbesondere die Zunahme von Reichtum und die stärkere Tendenz zur sozialen Homogenisierung reicher Gebiete diskutiert werden.

Die Studie von Eric Maurin kommt zum Schluss, dass die soziale Segregation in Frankreich insgesamt einer relativ konstanten Entwicklung unterliegt (Maurin 2004). Er konstatiert dabei jedoch eine deutliche Verschärfung der Kluft zwischen Eliten und Mittelschicht als zentrales Merkmal sozialer Segregation in französischen Städten, während sich die untere Mittelschicht immer mehr sich mit den bescheidenen Klassen mischt (ebd.: 16). Er sieht in der sozialen Segregation in Frankreich eine „Ghettoisierung von oben“, eine *ghettoisation par le haut* (ebd.: 13). Maurin kommt in seiner empirischen Analyse zu dem Ergebnis, dass die zehn Prozent einkommensstärksten Angestellten die am stärksten segregierte Gruppe in Frankreich ist und sich nur auf eine sehr kleine Minderheit von Nachbarschaften konzentriert (ebd.). Noch höher fällt die Segregation für die Gruppe mit den höchsten Bildungsabschlüssen aus.

Maurin betont, dass diese Entwicklung der letzten zwanzig Jahre keine gänzlich neue Entwicklung darstellt. Neu (und problematisch) ist ihm zufolge jedoch die Tendenz, dass das Wohngebiet eine immer größere Bedeutung für Familien bekommt und der Kampf um die besten Territorien immer erbitterter geführt wird (ebd.: 14). Hier spielt der Faktor Schule eine zentrale Rolle.

Die Untersuchung von Edmond Préteceille kommt für Paris für den Zeitraum von 1990 bis 1999 zu ähnlichen Schlussfolgerungen (Préteceille 2006).<sup>21</sup> Auch seine Arbeit zeigt eine extreme Konzentration der gesellschaftlichen Eliten (ebd.: 75). Für Paris in den Jahren 1982, 1990 und 1999 ermittelt er die höchste Segregation bei der Gruppe der Firmenchefs und bei

---

<sup>20</sup> Dabei ist der Anteil europäischer Ausländer darunter rückläufig, der Maghreb und Subsahara Afrika stellen die Herkunftsländer von etwa 50 Prozent der ausländischen Bevölkerung in den ZUS (Pan Ké Shon 2007: 25).

<sup>21</sup> Hier sei angemerkt, dass Paris insbesondere hinsichtlich der massiven Konzentration einkommensstarker Bevölkerungsgruppen sicherlich einen Sonderfall unter den französischen Städten einnimmt.

freien Berufen und Berufsgruppen der Information, Kunst und Theater (ebd.: 74). Prêteceille betont dabei, dass dies ein altbekanntes Ergebnis und eine stabile Entwicklung darstellt, dennoch in Fachdebatten systematisch vergessen wurde (ebd.: 75). Er betont, dass dies als Separatismus gelesen werden kann, als verstärkten Willen unter sich zu bleiben, es kann aber auch als logisches Ergebnis des Immobilienmarktes betrachtet werden (ebd.).

Prêteceille betont im Einzelnen, dass immer noch 45 Prozent der Bevölkerung der Hauptstadtregion in sozial gemischten Wohnvierteln leben und diese nicht dabei seien, zu verschwinden (ebd.: 84). Aber er konstatiert immer mehr Quartiere, in denen sich immer selektiver die *catégories supérieures*, v.a. Führungskräfte und Manager, konzentrieren und sich immer weiter von den armen Quartieren entfernen (ebd.: 85f). Dabei entstehen keine neuen exklusiven Gebiete, vielmehr werden insbesondere in Paris die traditionell bourgeoisen Gebiete ausgedehnt. Die These einer Sezession der Mittelschicht gegenüber der armen Bevölkerung kann nicht belegt werden, diese nähern sich räumlich eher an (ebd.). Allerdings werden die ärmsten der benachteiligten Gebiete verstärkt von der Mittelschicht verlassen, hier nimmt das Maß an zunehmende Segregation zu (ebd.: 87).

Gaschet und Le Gallo kommen in einer Untersuchung zu Paris, Lyon, Bordeaux und Dijon zu dem Schluss, dass die beiden am stärksten segregierten Gruppen die Manager und die gering qualifizierten Arbeiter sind (Gaschet & Le Gallo 2005). Dabei wurden für die Manager intensive Strategien einer „Self-segregation“ festgestellt, d.h. eine Vielzahl an Strategien um unter sich zu bleiben wird eingesetzt (ebd.: 15). Nur für Paris stellte sich heraus, dass es im Zeitraum von 1990 bis 1999 zu einer verstärkten sozio-ökonomischen Polarisierung zwischen Managern und gering qualifizierten Arbeitern kam, während diesbezüglich in den anderen Städten Stabilität festgestellt wurde (ebd.).

Charlot et al. kommen zu dem Schluss, dass die soziale Segregation in Frankreich im zeitlichen Verlauf zunimmt, dass sie in den urbanen Polen (*poles urbains*) stärker ist, als im gesamten städtischen Einflussbereich (*aire d'influence*) und dass sie mit der Größe der urbanen Zonen zunimmt (*aire urbaine*). Für einige große Städte lässt sich sagen, dass sie besonders stark segregiert sind und dies im Zeitverlauf stabil, diese Städte sind aber nicht zwangsläufig die größten (Charlot et al. 2006: 31). Im Durchschnitt scheint die Segregation nicht zugenommen zu haben, aber wachsende Indizes können für die Mehrheit der urbanen Zonen festgestellt werden. Die soziale Segregation steigt zwischen Führungskräften und Arbeitern in den meisten der *aires urbaines*, während sie für die Angestellten abnimmt, insbesondere wenn Rentner berücksichtigt werden (ebd.: 33).

## **2.5. Deutschland**

Verglichen mit Frankreich kommt dem Thema soziale Segregation im politischen Diskurs Deutschlands weniger Bedeutung zu. Dies liegt sicherlich auch daran, dass die Konzentration einkommensschwacher Bevölkerung in einzelnen städtischen Quartieren nicht so stark ausfällt, wie in Frankreich und daran, dass die betroffenen Quartiere stärker im städtischen Raum

verteilt sind wodurch die sozialräumlichen Trennungslinien zwischen einzelnen Quartieren nicht so massiv ausfallen (Lapeyronnie & Loch 2007: 75). Doch auch wenn die städtische Zweiteilung in „innen“ und „außen“, bzw. in extrem reiche und extrem arme Stadtteile nicht das zentrale politische Thema Deutschlands darstellt, erfuhr das Thema der sozialen Segregation einen deutlichen Bedeutungsgewinn in den letzten drei Jahrzehnten. Es zeigten sich auch in den deutschen Städten deutliche Spuren des Wandels vom industriellen zum postindustriellen Kapitalismus. Diese finden ihren Ausdruck in der Entstehung und Verfestigung so genannter „sozial benachteiligter“ Stadtteile, die sich durch die hohe Konzentration sozial schwacher Bevölkerung auszeichnen.

Soziale Segregation in Deutschland ist nicht wie in Frankreich und in vielen anderen europäischen Metropolen von einer dominanten Zentrum – Peripherie Struktur gekennzeichnet: Betrachtet man die Gebiete der sozialen Stadt als Referenzgrundlage, liegt etwa ein Drittel der sozial segregierten Gebiete in Deutschland in Stadtrandlage, ein weiteres Drittel befindet sich in innerstädtischer Randlage und etwa ein Fünftel der Gebiete sind Innenstadtgebiete (Becker et al 2002: 19). Im Folgenden werden in Anlehnung an die Ausführungen zu Frankreich zentrale Einflussgrößen der Entwicklung der sozialen Segregation in deutschen Städten erörtert.

### **2.5.1. Stadtentwicklung und Wohnungspolitik**

Genau wie in Frankreich spielt der Großwohnsiedlungsbau eine wichtige Rolle bei der Erklärung aktueller Segregationsprozesse. Darüber hinaus ist die Entwicklung der innerstädtischen Altbauquartiere und Merkmale des deutschen Wohnungsmarkts, insbesondere die rückläufige Bedeutung des sozialen Wohnungsbaus, für das Verständnis aktueller Segregationsprozesse wichtig. Schließlich wird auf die Stigmatisierung sozial benachteiligter Stadtteile eingegangen und Tendenzen der Abschottung statushoher und mittlerer Einkommensgruppen diskutiert. Abschließend wird ein Überblick über die aktuelle Dynamik sozialer Segregation in deutschen Städten gegeben.

#### **2.5.1.1. *Großwohnsiedlungsbau***

Einer der zentralen Ursachen, warum die soziale Segregation in deutschen Städten weniger deutlich ausgeprägt ist, als in französischen, liegt darin begründet, dass der Großwohnsiedlungsbau hier eine vergleichsweise geringere Rolle einnimmt. Der Großwohnsiedlungsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 1994 gibt eine Übersicht über das Ausmaß des Großwohnsiedlungsbaus des (wiedervereinigten) Deutschlands (BMBAU 1994). Er kommt zu dem Schluss, dass insgesamt 240 Großwohnsiedlungen mit mehr als 2.500 Wohnungen existieren, die im Wesentlichen in den 1960er und 1970er Jahren in Westdeutschland und der ehemaligen DDR entstanden sind (ebd.: 27). Dabei kam dem Großwohnsiedlungsbau in der ehemaligen DDR mit 146 Siedlungen eine sehr viel größere Bedeutung zu, als in Westdeutschland, wo insgesamt 94 Siedlungen entstanden. So lebte Mitte der 1990er Jahre in Ostdeutschland etwa jeder vierte Bewohner in einer Großwohnsiedlung, während es im Westen nur knapp jeder sechzigste war (ebd.: 29).

## *West*

An dieser Stelle bietet sich an, die Stadtentwicklung für West- und Ostdeutschland getrennt zu betrachten. Die Phase des Großwohnsiedlungsbaus erstreckte sich in Westdeutschland ebenso wie in Frankreich vom Ende der 1950er bis etwa zur Mitte der 1970er Jahre und auch hier war das Bauen nach modernem Maßstab mit viel Euphorie und Technikbegeisterung verbunden. Wenn der Großwohnsiedlungsbau in Westdeutschland eine ungleich geringere Bedeutung als in Frankreich erlangen konnte, so liegt dies im Wesentlichen daran, dass sich die Ausgangssituation des Wohnungsmarkts in den beiden Ländern am Ende der 1950er Jahre, als das industrielle Bauen einsetzte, deutlich unterschied.

Nach Kriegsende existierte auch in Deutschland ein großer Wohnungsmangel. Von insgesamt etwa 18,3 Millionen Wohnungen waren 4,8 Millionen zerstört bzw. mit den ehemaligen Ostgebieten verloren gegangen (von Beyme 1999: 90). Dem gegenüber standen etwa 2 Millionen Flüchtlinge, die auf Wohnraum angewiesen waren. Der damalige Bedarf an neuen Wohnungen wurde auf fünf Millionen Wohnungen geschätzt (ebd.). Bis zur Währungsreform im Jahr 1948 kam es zu keiner nennenswerten Neubautätigkeit, vielmehr wurde sich auf den Wiederaufbau beschädigter Gebäude konzentriert. Erst in den 1950er Jahren erfolgte, flankiert von der Baugesetzgebung von 1950 und 1956, der Aufschwung des Wohnungsneubaus. Gebaut wurde jetzt v.a. in typischer Zeilenbauweise. Auf dem Gebiet der ehemaligen Bundesrepublik entstanden 1956 rund 581.000 fertige Wohnungen,<sup>22</sup> im Jahr 1964 waren es dann bereits 623.000 (von Beyme 1999: 107). Der Wiederaufbau wurde v.a. verstanden als Mittel zur Entballung und „Zerschlagung des Molochs Großstadt“ (Harlander 1998: 4). D.h. es ging um die städtebaulichen Leitbilder der Auflockerung und Durchgrünung.

Das Mythos des westdeutschen Aufbauwunders speist sich auch aus den wohnungspolitischen Erfolgen der 1950er Jahre, denn schon jetzt wurde deutlich, dass die direkte Förderung des Wohnungsbaus und die steuerpolitische Eigentumsförderung „unerwartet erfolgreich“ waren (Beyme 1999: 125). Als sich gegen Ende der 1950er Jahre die Begeisterung für das industrielle Bauen durchsetzte, war in Westdeutschland die ärgste Wohnungsnot schon beseitigt. Dem Großwohnsiedlungsbau wurde also nicht die Aufgabe zu Teil, die universelle Lösung für die Wohnungsfrage zu liefern, so wie es etwa in Ostdeutschland und Frankreich der Fall war.

Trotz dieser Erfolge der westdeutschen Wohnungspolitik waren die 1950er Jahre noch von einem Nachfrageüberhang und Wohnungsnot geprägt (Kühne-Bühning et al. 1999: 169). Hauptgründe hierfür waren v.a. der Geburtenüberschuss und die weiterhin starke Zuwanderung, die die westdeutsche Bevölkerung von 1950 knapp 50 Millionen Einwohnern auf 61 Millionen Anfang der 1970er Jahre anwachsen ließen (ebd.: 162). Der Großwohnsiedlungsbau bot nun, nachdem die ärgste Wohnungsnot und der Wiederaufbau abgeschlossen waren,

---

<sup>22</sup> Zum Vergleich: Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR waren es im selben Jahr 30.000 neue Wohnungen (Beyme 1999: 107).

die finanziellen und technischen Möglichkeiten, um bestehende Wohnungsdefizite abzubauen. Auch hinsichtlich der Realisierung radikalerer Entwürfe und architektonischer und planerischer Experimente gab es jetzt v.a. finanzielle Möglichkeiten, die es zu Zeiten des Wiederaufbaus nicht gab, da sich damals an dem vorhanden Straßen- und Versorgungsnetz und Eigentumsverhältnissen orientiert werden musste (Häußermann et al. 2008: 78).

So entstanden in fast allen westdeutschen Großstädten Großwohnsiedlungen. Harlander betont dabei, dass der deutsche Großwohnsiedlungsbau keinem einheitlichen städtebaulichen Leitbild folgte, sondern vielmehr im Sinne eines „Bauwirtschaftsfunktionalismus“ als logische Konsequenz aus Wachstum und Expansion der Modernisierungslogik der Zeit entsprach (Harlander 1998: 6). Realisiert wurden die Maßnahmen durch Wohnungsbaugesellschaften, die überwiegend sozialen Wohnungsbau betrieben und insbesondere durch Verdichtung und Geschoßbau Renditen erzielen konnten (Harlander 1999: 313f). So wurde häufig entgegen der ursprünglichen Entwürfe der Architekten nachverdichtet und höher gebaut. Meist wurden städtebauliche bzw. architektonische Wettbewerbe ausgerufen, so dass in Westdeutschland unterschiedliche Typen von Großwohnsiedlungen entstanden, was architektonische und städteplanerische Maßstäbe betrifft (BMBAU 1994: 27). Die Mehrzahl der Großwohnsiedlungen war verhältnismäßig klein und hatte weniger als 5.000 Wohnungen<sup>23</sup>. Insgesamt blieben die Großwohnsiedlungen für die Wohnungsversorgung der westdeutschen Bevölkerung von vergleichsweise geringer Bedeutung: Mitte der 1990er Jahre lagen etwa 5 Prozent des westdeutschen Wohnbestands in Großwohnsiedlungen (BMBAU 1994: 29).

### *Ost*

Die Stadtentwicklung der ehemaligen DDR ähnelt, was die Bedeutung des Großwohnsiedlungsbaus für die staatliche Wohnungspolitik angeht, eher jener Frankreich als der Westdeutschlands. Wie auch in Frankreich kam in der ehemaligen DDR dem Großwohnsiedlungsbau die zentrale Rolle bei den politischen Strategien zur Lösung der Wohnungskrise zu.<sup>24</sup> Wesentlich für den Großwohnsiedlungsbau in der ehemaligen DDR ist seine hohe symbolische Bedeutung: So hat der Großwohnsiedlungsbau in hohem Maße zur Legitimierung des Staates beigetragen (Häußermann et al. 2008: 103). Er war Kernstück der Sozialpolitik der DDR und diente der Herstellung der Ideologie der „sozialistischen Lebensweise“ und deren Realisierung (Hannemann & Berger 2000: 38).

Auch in Ostdeutschland herrschte vor dem Hintergrund großer Kriegszerstörungen und dem Zuzug von etwa 3 Millionen Flüchtlingen ein massiver Wohnungsmangel (Topfstedt 1999: 454). Während der ersten Nachkriegsjahre wurde v.a. mit Enttrümmerungseinsätzen an der notdürftigen Instandsetzung in den Städten gearbeitet (ebd.). Die erste Phase der Stadtent-

---

<sup>23</sup> Von den insgesamt 128 Großwohnsiedlungen in Westdeutschland waren 94 größer als 2 500 Einwohner, 27 größer als 5 000 Einwohner und schließlich noch sieben größer als 10 000 Einwohner (BMBAU 1994: 27).

<sup>24</sup> So bestanden in den 1960er Jahren auch informelle bautechnische Kooperationen zwischen Frankreich und der DDR (Topfstedt 1999: 488f).

wicklung der Nachkriegszeit ab den 1950er Jahren war dann durch das „Nationale Bauen“ bestimmt: Hierin kam das Bekenntnis zur dichten, kompakten und monumentalen Stadt zum Ausdruck. Im Mittelpunkt standen der Ausbau der Innenstädte zu nationalen Zentren und der Bau von „Wohnpalästen für Arbeiter“ (Durth 1999: 78).

Ab der Mitte der 1950er Jahre setzte schließlich die Phase des industriellen Bauens ein. Befördert wurde die Industrialisierung des Bauens durch die Rede Chruschtschows im Dezember 1954 in Moskau, in der er die Wirtschaftlichkeit des Bauens den Vorrang vor dem Gestaltungswillen der Architekten einräumte (Topfstedt 1999: 486). Auf der ersten Baukonferenz der DDR im April 1955 wurde das Motto „Besser, billiger und schneller“ ausgerufen, mit der die zukünftige „Großbaustelle DDR“ die Wende im Bauwesen einläutete (ebd.: 487). Typisierung und Industrialisierung wurden nun zu den Hauptzielen des sozialistischen Städte- und Wohnungsbaus.

Ab den 1960er Jahren entstanden in der ehemaligen DDR die ersten großen randständigen Großwohnsiedlungen nach dem Vorbild des sozialistischen Wohnkomplexes (BMBAU 1994: 36). Lokalisiert wurden sie bevorzugt in Großstädten und den schwerpunktmäßigen Standorten der industriellen Produktion. Möglich war dies durch einen neuen Boom des industriellen Bauens, der sich durch die Entwicklung neuer Typenserien und baulicher Verfahren durchgesetzt hatte. Ab 1972 wurde der Wohnungsbau v.a. durch den WBS 70 betrieben, einem „Universalbaukasten“ der zum zukünftigen Wohnungsmodell des Großwohnsiedlungsbaus wurde (Topfstedt 1999: 518). Zeitgleich existierten immer noch sehr starke Defizite im Wohnungsneubau, der zugunsten der Bauens in Stadtzentren in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre zurückgestellt worden war und es kam zum zunehmenden Verfall der Altbausubstanz. Der Staat reagierte mit dem Wohnungsbauprogramm mit der ersten Stufe des Fünfjahresplans von 1971 bis 1975, der den Neubau von 390.000 Wohnungen vorsah, und daran anschließend mit dem Programm von 1976 bis 1990, das den Neubau von 2,8 bis 3 Millionen Wohnungen fest schrieb (ebd. 533). Während der Bau von Großwohnsiedlungen in der ehemaligen Bundesrepublik und in Frankreich ab Mitte der 1970er Jahre schrittweise eingestellt wurde, wurde ab diesem Zeitpunkt in der DDR Großwohnsiedlungsbau in größerem und schnellerem Maßstab betrieben.

Von 1971 bis 1981 wurden ca. 90 Prozent des Wohnungsbaus in Großwohnsiedlungen auf der grünen Wiese realisiert (Topfstedt 1999: 534). Insgesamt entstanden 146 Großwohnsiedlungen mit über 2.500 Wohnungen, wobei v.a. die jüngeren Siedlungen deutlich größer ausfallen als jene in Westdeutschland: 68 haben über 5 000 Wohnungen und 26 über 10.000 Wohnungen (BMBAU 1994: 27). Jeder vierte Bewohner Ostdeutschlands lebte Mitte der 1990er Jahre in einer Großwohnsiedlung (ebd.: 29).

#### **2.5.1.2.      *Entwicklung innerstädtischer Altbauquartiere***

Einen weiteren „typischen“ Gebietstyp für soziale Segregation in deutschen Städten stellen innerstädtische Arbeiterquartiere dar, die in nahezu allen deutschen Großstädten entstanden

sind. Im Vergleich zu den meisten europäischen Metropolen, die v.a. von Zentrum – Peripherie Segregationsmustern geprägt sind, stellt die innerstädtische Segregation in deutschen Städten eine Besonderheit dar. Bei den Gebieten handelt es sich meist um verdichtete Gründerzeitquartiere, die im Verlauf der Industrialisierung und des Städtewachstums entstanden sind und traditionelle Wohnquartiere der Arbeiter waren.

In den 1960er und 1970er Jahren sind es v.a. diese innerstädtischen Gebiete mit ihren Substandardwohnungen, die bezahlbaren Wohnraum für Bevölkerungsteile mit geringem Einkommen bieten. Die Arbeiterquartiere werden zum bevorzugten Wohnquartier für viele Arbeitsmigranten, die angesichts des angespannten Wohnungsmarkts und der Diskriminierung bei der Wohnungssuche nirgendwo anders Wohnungen finden. Viele deutsche Familien verlassen die Gebiete, sei es um in eines der Neubauquartiere zu ziehen oder im Verlauf der großen Suburbanisierungswelle der 1970er Jahre in eine der zahlreich entstandenen Eigensiedlungen am Rande der Stadt zu ziehen. So lässt sich die Bevölkerungsstruktur vieler Altbauquartiere schon vor dem Einsetzen der Deindustrialisierung oftmals als sozial schwach bezeichnen.

Die Umstrukturierung der städtischen Wirtschaft, die mit dem Übergang von der fordistischen zur postfordistischen Produktionsweise einhergeht, trifft die innerstädtischen Arbeiterquartiere spürbar. Häußermann beschreibt den kollektiven Abstieg ganzer Stadtviertel im Verlauf der Deindustrialisierung als „Fahrstuhleffekt“ (Häußermann 2000: 17). Damit wird das umfassende „Abrutschen“ von Quartieren bezeichnet, welches dann eintritt, wenn, beispielsweise durch Fabrikschließungen, eine große Anzahl lokaler Arbeitsplätze wegfällt und so breite Bewohneranteile eines Quartiers von Arbeitslosigkeit betroffen werden.

Neben sozialer Mobilität spielt für den Verlauf von innerstädtischer Segregation in den Altbauquartieren aktuell v.a. räumliche Mobilität eine Rolle. Besonders bei bildungsorientierten Familien wird der Wegzug aus dem Quartier zum Thema, wenn die Kinder eingeschult werden und durch die Bindung an Einzugsbereiche eine Grundschule des Wohnquartiers aufgesucht werden muss. Hier lässt der häufig sehr hohe Anteil von Kindern nichtdeutscher Herkunft aus einkommensschwachen Familien viele Eltern um die Bildungsqualität der lokalen Schulen und den Bildungserfolg ihrer Kinder bangen.

Seit längerer Zeit machen die innerstädtischen Altbauquartiere auch hinsichtlich der Segregation statushoher Gruppen von sich Reden: Gentrifizierungsprozesse im Sinne einer Verdrängung geringverdienender Bevölkerung durch gutverdienende „Urbaniten“, die die kulturellen Angebote und Ästhetik der Gründerzeitviertel schätzen und die steigenden Mieten der Altbauwohnungen bezahlen können. Gentrifizierung ist in allen europäischen Großstädten ein aktuelles Thema und keine deutsche Spezifik. Vielleicht liegt die Besonderheit der deutschen Situation gerade darin, dass häufig paradoxerweise Prozesse der Aufwertung und Verdrängung sowie Entwicklungen hin zur Zementierung und Verfestigung von Armut und Ausgrenzung (zumindest noch) räumlich eng beieinander im selben Quartier anzutreffen sind.

### 2.5.1.3. *Mietwohnungsmarkt und sozialer Wohnungsbau*

Der soziale Wohnungsbau ist ein zentraler Faktor für die Verteilung einkommensschwacher Haushalte und somit eine wesentliche Einflussgröße für die Entwicklung sozialer Segregation in städtischen Teilräumen. Dabei unterscheidet sich seine spezifische Bedeutung für die Erklärung sozialer Segregation in Deutschland von jener, die der soziale Wohnungsbau in Frankreich bei Segregationsprozessen einnimmt. Zwar reguliert er auch hier über Belegungsbindungen die Verteilung einkommensschwacher Haushalte im städtischen Raum, aber der soziale Wohnungsbau nimmt eine deutlich geringere Rolle auf dem deutschen Wohnungsmarkt ein, als dies in Frankreich der Fall ist. Während in Frankreich seit dem Jahr 2000 an einer allgemeinen 20-Prozent-Soll-Quote sozialen Wohnungsbaus für Kommunen festgehalten wird und der soziale Wohnungsbau als staatliche Intervention für breite Bevölkerungsschichten anerkannt ist, ist seine Bedeutung in Deutschland stark rückläufig.

Insgesamt wurden nach dem zweiten Wohnungsbauförderungsgesetz von 1956 über 4,3 Mio. Wohnungen im ersten Förderweg errichtet (Holm 2006: o. S.). Aktuell sind es nur noch 1,42 Mio. Wohnungen, die zum sozialen Wohnungsbau gerechnet werden können. Dies entspricht etwa 10 Prozent am gesamten Mietwohnungsbestand und etwa vier Prozent des Gesamtwohnbestands. Der massive Rückgang des sozialen Wohnungsbaus liegt v.a. an seiner Konzeption als Übergangslösung, die europaweit eine einmalige Angelegenheit ist. Die „soziale Zwischennutzung“ (Donner, zit. bei Holm 2006: o. S.) die der soziale Wohnungsbau in Deutschland darstellt, beruht auf der Festsetzung von Bindungszeiten, nach deren Ablauf die Wohnungen aus der sozialen Förderung herausfallen. Darüber hinaus werden seit den 1990er Jahren verstärkt kommunale und staatliche Wohnungsbestände verkauft. Mitte der 1990er Jahre belief sich die Gesamtzahl kommunaler Wohnungsbestände auf 3,2 Millionen Wohnungen, im Jahr 2000 waren es noch 2,2 Millionen (ebd.). Bis zum Ende des Jahres 2010 erfolgte ein weiterer Rückgang auf weniger als 1,7 Millionen Sozialwohnungen (Spiegel 2012: o.S.)

In der geringen Bedeutung des sozialen Wohnungsbaus kommt zum einen eine Förderpolitik zum Ausdruck, die traditionell sehr stark auf die Förderung von Eigentumbildung gesetzt hat, zum anderen aber auch die Einschätzung, dass die Mietwohnungsmärkte in weiten Marktsegmenten entspannt sind. Dennoch zeigen sich in einigen Ballungsgebieten ein deutlich angespannter Mietwohnungsmarkt sowie ein starker Anstieg der Mieten. Insbesondere Altbauwohnungen in attraktiven städtischen Lagen sind von dieser Entwicklung betroffen. So zeigt eine Studie des Immobilienverbands Deutschland (IVB) für die Städte Berlin, Hamburg, München, Frankfurt, Stuttgart, Köln und Düsseldorf in diesem Segment massive Mietzuwächse (Schick 2011: o.S.).

Inzwischen gibt es deutliche Tendenzen, die darauf hinweisen, dass die Anzahl an Mietwohnungen für Haushalte mit geringem Einkommen in vielen Großstädten rückläufig ist. Bis zum Jahr 2017, so Prognosen des Deutschen Mieterbundes, werden etwa 825.000 Mietwohnungen v.a. in den Ballungszentren, Universitäts- und Großstädten fehlen, wobei hier insbesondere



Haushalte mit geringem Einkommen betroffen sein werden (Deutscher Mieterbund 2012: o.S.).

Die Verknappung des Bestands an sozialem Wohnungsbau führt zu einem sehr geringen Handlungsspielraum der Kommunen bei der Vergabe von Wohnraum an einkommensschwache Haushalte. So warnen Wohnungsmarkexperten und Stadtsoziologen wie Hartmut Häußermann schon länger öffentlich vor dem Risiko zunehmender sozialer Segregation. Da insbesondere die lukrativen Wohnobjekte von den Kommunen veräußert werden, bleiben oft nur noch Belegungsbindungen in den weniger attraktiveren Beständen des sozialen bzw. kommunalen Wohnungsbaus, wie beispielsweise in Großwohnsiedlungen. Vor dem Hintergrund der Mietsteigerungen in vielen Innenstadtgebieten und den damit einhergehenden Problemen, dort günstigen Wohnraum zu finden, besteht in vielen Städten das Risiko, dass die Armen künftig auf einzelne „unattraktive“ städtische Quartiere angewiesen sind und es zu einer verstärkten Konzentration einkommensschwacher Haushalte kommen wird.

#### **2.5.1.4.      *Stigmatisierung sozial segregierter Gebiete***

Für Frankreich wurde deutlich gemacht, dass die Entwicklung der französischen Großwohnsiedlungen und die damit einhergehenden Problemlagen in den Gebieten zu einer tief greifenden symbolischen Abwertung und gesellschaftlichen Stigmatisierung der Quartiere geführt haben. Eine kulturelle Abwertung der Siedlungen des industriellen Bauens vollzog sich auch in Deutschland. Dabei setzte die „Krise der Großwohnsiedlungen“ in Westdeutschland deutlich früher ein als in der ehemaligen DDR.

##### *West*

Im Westen wurden die „Symbole des Fortschritts“ schon kurz nach dem Einzug der ersten Bewohner kritisiert (Harlander 1999: 314): Mangelhafte Infrastruktur, fehlende Wohnumfeldqualität und mangelnde ästhetische Qualität der Siedlungen standen im Mittelpunkt früher Kritik. Die Gebiete wurden oft erst Jahre nach dem Bezug fertiggestellt und so existierten häufig deutliche Mängel beim Anschluss an den ÖPNV, bei der Begrünung und bei der Infrastrukturausstattung (ebd. 321). Außerdem wurde bald deutlich, dass die industrielle Bauweise raschen Instandsetzungsbedarf in vielen Bereichen erforderte (ebd.). Dennoch wurden die Wohnungen in den Siedlungen lange Zeit aufgrund ihrer Größe und Ausstattung v.a. von Familien geschätzt, wobei die Fluktuation in den meisten Siedlungen wohl schon von Anfang an hoch war (ebd.: 322).

Die erste, eher funktionale Kritik an den Siedlungen war eingebettet in eine allgemeine Diskussion um die Unwirtlichkeit der Städte, die mit kritischen Beiträgen von Mitscherlich, Bahrdt und anderen auf die allgemeine Planungseuphorie reagierte (Harlander 1998: 6). Das technokratische und fortschrittseuphorische Planungsverständnis, welches im Großwohnsiedlungsbau zum Ausdruck kommt, wird zunehmend hinterfragt: Neue planerische Leitbilder

wie die behutsame Stadterneuerung und der Denkmalschutz gewinnen im Verlauf der 1970er Jahre auch aufgrund gesellschaftlicher Mobilisierung an Bedeutung.

Mitte der 1970er Jahre ist der Großwohnsiedlungsbau in Westdeutschland weitgehend abgeschlossen, und zeitgleich mit den ersten Anzeichen der wirtschaftlichen Krise kam es in der ehemaligen Bundesrepublik zu einer Neuausrichtung des sozialen Wohnungsbaus: War dieser durch das zweite Wohnungsbaugesetz von 1956 auf breite Bevölkerungsgruppen ausgerichtet, wird er ab Beginn der 1970er Jahre verstärkt als Wohnstandort marginalisierter Bevölkerungsgruppen betrachtet (Harlander 1999: 322). In den Siedlungen beginnt ein Entmischungsprozess, der, verbunden mit einer einseitigen Belegungspolitik der Wohnungsbau-gesellschaften, zu einer veränderten Bevölkerungsstruktur in vielen Siedlungen führt (ebd.). Diese Entwicklungen führen insgesamt zu einer tief greifenden Stigmatisierung der Großwohnsiedlungen in der ehemaligen Bundesrepublik. Großwohnsiedlungen werden zu defizitären „Gegenorten“ unserer Städte konstruiert (Hafner 2006: 76).

Brailich et al. analysieren in ihrer Studie den aktuellen (medialen) Diskurs über westdeutsche Großwohnsiedlungen (Brailich et al. 2008). Ähnlich wie in Frankreich werden Großwohnsiedlungen als bedrohliche Orte konzipiert, die mit Themen wie Jugendkriminalität, Männergewalt und Pädophilie sowie mit allgemeinen *disorder* Delikten in Verbindung gebracht werden (ebd.:16). Konstituiert werden Orte, die mit den sozial Marginalisierten und der gefährlichen Jugend und den ethnisch Anderen, auch in Form von Ghettodiskursen, in Verbindung gebracht werden (ebd.: 30). So kam es zu einer grundlegenden kulturellen Entwertung des Wohnmodells Großwohnsiedlung, auch wenn gerade in Ballungsgebieten mit einem sehr angespannten Mietwohnungsmarkt einige Siedlungen existieren, die auch heute noch bevorzugte Wohngebiete darstellen.

### *Ost*

Die Entwicklung der Großwohnsiedlungen der ehemaligen DDR unterscheidet sich hinsichtlich des kulturellen Entwertungsprozesses deutlich von jener der westdeutschen Siedlungen. Wurde in Westdeutschland schon kurz nach ihrer Entstehung Kritik an funktionalen und ästhetischen Mängeln geübt, galten die Großwohnsiedlungen in der ehemaligen DDR bis zur Wende als bevorzugte und begehrte Wohnstandorte. Dies ist auch die Folge der wohnungspolitischen Vernachlässigung der innerstädtischen Altbauquartiere, deren baulicher Zustand sich zunehmend verschlechterte, ohne dass die staatliche Wohnungspolitik nennenswert eingriff (Ladd 1999: 89). Im Gegensatz zu den Altbauquartieren boten die Großwohnsiedlungen hohen Wohnkomfort und eine gute Ausstattung. Die Neubauwohnungen waren vorrangig für Familien konzipiert und die staatliche Vergabepolitik auf junge Familien ausgerichtet. Die Altbauquartiere wurden tendenziell eher zum Wohnort für ältere Menschen, Haushaltsgründer und Aus- und Absteiger (Hannemann & Berger 2000: 40).

Auch wenn die „Platte“ stark nachgefragt wurde, wurde auch schon in der ehemaligen DDR Kritik an den Großwohnsiedlungen geübt. Diese wurde beispielsweise in der Literatur und im

Film deutlich (Dähner et al. 2001). Auch in soziologischen Studien aus dem Ende der 1970er und 1980er Jahre kam bei Bevölkerungsbefragungen zur Wohnungspräferenz der DDR Bürger zum Ausdruck, dass die Platte im Gegensatz zum Eigenheim auf eine geringere Akzeptanz stieß (Hannemann & Berger 2000: 49). Dennoch kann vor dem Hintergrund des gegebenen Wohnungsangebots in der ehemaligen DDR davon ausgegangen werden, dass es sich bei den Großwohnsiedlungen bis zum Ende der 1980er Jahre um bevorzugte Wohnquartiere handelte.

Nach der Wende existieren neue Wohnmöglichkeiten und viele Familien verlassen die Neubaugebiete zugunsten des Eigenheims am Stadtrand. Vor dem Hintergrund der ökonomischen Transformation und der damit verbundenen Zunahme von Armut und Arbeitslosigkeit werden viele Großwohnsiedlungen zum Wohnort von den Bevölkerungsteilen, die sich keinen Umzug leisten können. Gerade die Siedlungen, die an industrielle Standorte gebunden waren, werden im Verlauf der wirtschaftlichen Umstrukturierung massiv von Arbeitslosigkeit getroffen. Mobilere Bevölkerungsgruppen verlassen verstärkt die Siedlungen, um andernorts Arbeit zu finden und das Thema Leerstand wird zu einem der zentralen Probleme vieler Siedlungen.

Anfang der 1990er Jahre prägen die Pogrome in Rostock und Hoyerswerda die öffentliche Wahrnehmung der Plattenbaugebiete und die Siedlungen werden immer mehr in Verbindung zu Rechtsextremismus und Gewalt gebracht. So zeigt die Arbeit von Brailich et al., dass die Stigmatisierung von ostdeutschen Großwohnsiedlungen überwiegend dadurch gekennzeichnet ist, dass sie als Ort rechter Gewalt wahrgenommen werden (Brailich et al. 2008: 16). Im Vergleich zu der Entwicklung westdeutscher Großwohnsiedlungen, lässt sich für die Großwohnsiedlungen der ehemaligen DDR festhalten, dass es auch bei der Platte zu einer grundlegenden symbolischen Abwertung kam, diese setzte jedoch weitaus später ein, als dies in Westdeutschland der Fall war. Außerdem wird das Stigma der ostdeutschen Siedlungen aus z.T. anderen Motiven/Diskursen gespeist, als jenes westdeutscher Großwohnsiedlungen.

Insgesamt zeigt der Stigmatisierungsprozess westdeutscher Großsiedlungen in seinen Diskursen große Ähnlichkeit zu jenem der französischen *cités* der Banlieue (Brailich et al. 2008). Dennoch muss festgehalten werden, dass der Stigmatisierungsprozess der westdeutschen Großwohnsiedlungen vor dem Hintergrund ihrer vergleichsweise geringeren quantitativen Bedeutung und der geringeren Problemkonzentration niemals den zentralen Stellenwert erfahren hat, den der Diskurs über die französische Banlieue innehat.

Die Stigmatisierung sozial segregierter Quartiere beschränkt sich nicht auf das Wohnmodell Großwohnsiedlung, vielmehr laufen grundsätzlich jene städtischen Teilräume Gefahr, stigmatisiert zu werden, in denen vermehrt Arme, Arbeitslose und Zuwanderer leben. Dementsprechend werden auch innerstädtische Altbauquartiere beispielsweise in Form von Ghettodiskursen stigmatisiert (Gebhardt 2000). In wirtschaftlichen Krisenzeiten kommt es grundsätzlich verstärkt zur Stigmatisierung von Armut und den Armen, wobei für die aktuelle Entwicklung v.a. die Assoziation von Gefährlichkeit mit Armut eine Rolle zu spielen scheint. Diese

„Rückkehr der gefährlichen Klassen“ (Castel 2003: 49) geht einher mit einer zunehmenden Sensibilisierung gegenüber abweichendem Verhalten (Ronneberger et al. 1999:178; Wehrheim 2002: 19). Wacquant beschreibt in diesem Zusammenhang eine Tendenz in europäischen Städten zu einer „Expansion der Bestrafung des Elends“ (Wacquant 1999: 138).

Die räumlichen Auswirkungen dieser Entwicklung bestehen darin, dass die Angst vor Armut und den Armen und ihre zunehmende Stigmatisierung auf die Räume der Armen übertragen wird. Wehrheim beschreibt diese Tendenzen folgendermaßen:

„Es scheint, als würde wachsende gesellschaftliche Heterogenität (...) durch kleinräumig segregierte Homogenität ausgeglichen werden, mit dem Ergebnis einer optischen Nivellierung sozialer Ungleichheit in räumlichen Fragmenten der Stadt. Reale und symbolische Mauern trennen diese Fragmente.“ (Wehrheim 2002: 213)

Die Orte, in denen die Differenzierung der Gesellschaft sichtbar wird, werden in zunehmendem Maße als bedrohlicher empfunden. Die Zunahme städtischer Räume, die den öffentlichen Raum durch Ausgrenzung unbeliebter Bevölkerungsgruppen einschränken, wie beispielsweise Bahnhöfe und Einkaufszentren beschleunigt diese Entwicklung. So kommt Duarte zu dem Schluss, dass sich Angstgefühle gegenüber sozial segregierten Stadtviertel deutlich mit dem Rückgang öffentlich zugänglicher Räume erhöhen (Duarte 2000: 35).

#### **2.5.1.5.      *Entsolidarisierung und Abschottung?***

Inwieweit spielen für aktuelle Entwicklungstendenzen sozialer Segregation in deutschen Städten Rückzugstendenzen der Mehrheitsgesellschaft bzw. besserverdienender Bevölkerungsteile eine Rolle? Tatsächlich liegen für deutsche Städte keine empirischen Ergebnisse vor, die auf eine zunehmende räumliche Konzentration gesellschaftlicher Eliten hinweisen, so wie es für Frankreich von einer Reihe von Untersuchungen bestätigt wurde.

Vielleicht liegt dies darin begründet, dass die Stadtforschung in Deutschland die Segregation der Reichen nicht im gleichen Maße als Analysegegenstand entdeckt hat, so wie dies in Frankreich in den letzten Jahren der Fall war. Sicherlich ist dies auch dem Umstand geschuldet, dass die Zementierung reicher Gebiete vor dem Hintergrund der kleinteiligen Kommunenstruktur Frankreichs in viel stärkerem Maße zentrale Fragestellungen zum Thema städtischer Solidarität berührt, als dies in Deutschland der Fall wäre. Trotz der gestiegenen Bedeutung interkommunaler Konkurrenz existiert in Deutschland, schon allein aufgrund der Größe der Kommunen, ein deutlich höherer Grad an sozialer Mischung auf kommunaler Ebene.

Auch kommunale Widerstände oder Anwohnerproteste gegen die Ansiedlung von ärmeren Bevölkerungsgruppen durch den Bau von Sozialwohnungen sind in Deutschland kein Thema, schon allein deswegen, weil der soziale Wohnungsneubau keine Bedeutung für die aktuelle Wohnungspolitik einnimmt. NIMBY Haltungen von Bewohnern, der Wille zum „Unter-Sich-Bleiben“ tauchen eher in Verbindung mit der Ansiedlung von Asylbewerberunterkünften oder

sozialen Einrichtungen für „Randgruppenklientel“ (Fixerstuben, Betreutes Wohnen für straffällige/verhaltensauffällige Jugendliche) auf.

Auch wenn keine empirischen Belege für die Zunahme von Entsolidarisierungsprozessen auf städtischer Ebene vorliegen, so kann doch festgestellt werden, dass die Zunahme sozialer Ungleichheit, die für die letzten Jahrzehnte auch für Deutschland festgestellt werden kann, Auswirkungen auf den gesamtgesellschaftlichen Umgang mit Armut und Marginalisierung hat. So können insgesamt Tendenzen einer gesamtgesellschaftlichen Entsolidarisierung gegenüber benachteiligten Bevölkerungsgruppen festgestellt werden (Heitmeyer 2012, Heitmeyer & Anhut 2000, Hengsbach & Möhring-Hesse 1996).

Es ist anzunehmen, dass die aktuellen Tendenzen zunehmender Entsolidarisierungsprozesse auch räumliche Ausdrucksdimensionen finden, wie sie beispielsweise in der Stigmatisierung sozial segregierter Quartiere mit einem hohen Anteil armer Bevölkerung zum Ausdruck kommen. Auch die sozial selektive Mobilität bildungsnaher Familien, die aus Sorge um den Bildungserfolg ihrer Kinder Stadtteile mit einem hohen Anteil an Kindern nichtdeutscher Herkunft verlassen, können in diese Richtung interpretiert werden. Sie nehmen aktuell in vielen benachteiligten Quartieren eine große Rolle bei der Verfestigung sozialer Segregation ein und werden damit zu einem wichtigen „Motor“ der sozialen Segregation. Auch der gegenwärtig große Erfolg der Baugruppen lässt sich nicht nur aus ihren ökonomischen Vorteilen heraus erklären, auch hier kommt der Wunsch zum Ausdruck, unter sich zu bleiben und sich seine Nachbarn aussuchen zu wollen.

### 2.5.2. Aktuelle Dynamik

Hinsichtlich des Ausmaßes sozialer Problemlagen in den Quartieren lässt sich zunächst grundsätzlich davon ausgehen, dass die Problemlagen in den sozial segregierten Gebieten in deutschen Städten bei weitem nicht so stark ausgeprägt sind, wie in den französischen Großwohnsiedlungen. Dies betrifft zum einen den baulichen Zustand der Gebiete, zum anderen die Qualität des Wohnumfelds. Darüber hinaus lassen sich auch deutliche Unterschiede hinsichtlich des Ausmaßes sozialer Problemlagen in den Gebieten annehmen, die die Aussage zulassen, dass die sozialräumlichen Spaltungsprozesse in französischen Städten sehr viel schärfer verlaufen als in deutschen Städten und dass die sozialen Entmischungsprozesse in Frankreich auf einem deutlich höheren Niveau ablaufen als in Deutschland. An dieser Stelle bietet es sich an, einen Gesamtüberblick über die Situation in sozial segregierten Gebieten in deutschen Städten zu geben. Leider liegen sozioökonomische Strukturdaten, beispielsweise für die Gebiete des Bund – Länder Programms *Soziale Stadt* nicht als Gesamtüberblick vor, so dass an dieser Stelle kein vergleichender Überblick gegeben werden kann. Die Unterschiede über das Ausmaß sozialer Segregation in deutschen und französischen Städten werden jedoch im Rahmen des Kapitels 2.6. auf Quartiersebene deutlich werden.

Hinsichtlich der aktuellen Dynamik sozialer Segregation liegen für mehrere deutsche Städte Einzelstudien vor. So kommt Britta Klagge Anfang der 1990er Jahre für die Kernstädte Düs-

seldorfs, Essen, Frankfurts, Hannovers, und Stuttgarts zu dem Schluss, dass seit den 1980er Jahren keine signifikante Erhöhung von sozialer Segregation auf der Ebene von Stadtteilen feststellbar ist (Klagge 2003: 172). Eine Ausnahme stellt Frankfurt dar, wo ein wachsendes Segregationsniveau festgestellt wurde, wobei das Ausgangsniveau dort auch niedriger als in den anderen Städten war (ebd.). Für die anderen Städte gilt, dass steigende Sozialhilfedichten nicht mit wachsenden Segregationsindizes und Dissimilaritätsindizes einhergegangen sind.

Die Enquetekommission NRW untersuchte die Entwicklung sozialer (und ethnischer) Segregation für sechs Städte in NRW (Essen, Gelsenkirchen, Köln, Wuppertal, Bielefeld und Monheim) seit den 1980er Jahren (Strohmeier 2006: 27f). Anhand der Segregationsindizes stellen sie fest, dass die soziale Segregation in fünf von sechs Städten seit den 1980er Jahren zugenommen hat (ebd.). Auch anhand des Variationskoeffizienten wurde für fünf Städte eine Zunahme konstatiert, am stärksten war diese in Bielefeld, Wuppertal und Köln. Darüber hinaus wurde eine hohe Korrelation zwischen ethnischer und sozialer Segregation festgestellt, deren Ausmaß im Zeitverlauf stärker geworden ist (ebd.: 27). Trotz genereller Zunahme der sozialen Segregation lässt sich keine allgemeine Aussage zur Entwicklung ethnischer Segregation machen: in einigen Städten nahm die Segregation einzelner ethnischer Gruppen zu, in anderen ab (ebd.: 30).

Eine groß angelegte Untersuchung liegt mit der Studie „Gespaltene Städte“ von Friedrichs und Triemer vor (Friedrichs & Triemer 2009). Sie untersuchten die Entwicklung sozialer Segregation in 15 Großstädten im Zeitraum von 1990 bis 2005. Die Studie kommt zum allgemeinen Ergebnis, dass die soziale Segregation im Zeitraum von 1990 bis 2005 durchschnittlich zugenommen hat, wohingegen die ethnische Segregation abgenommen hat (ebd.: 117). Festgestellt wurde zunächst, dass es im Beobachtungszeitraum zu einer durchschnittlichen Zunahme des Segregationsindizes aller 15 Städten kam (ebd.: 37). In vier Städten (Frankfurt, Stuttgart, Hannover, Berlin) wurde eine Abnahme festgestellt, in den elf anderen Städten eine deutliche Zunahme. Alle diese elf Städte waren mit einer eher problematischen Wirtschaftsstruktur ausgestattet, wie die Existenz von Hafen und Altindustrie (ebd.: 40). So belegt die Studie die Abhängigkeit sozialer Segregation von der gesamtstädtischen Entwicklung, wobei auch eine Reihe Beispiele für eine individuelle Entwicklung einzelner Stadtteile gefunden werden konnten. So konnte eine negative Entwicklung von einzelnen Quartieren mit zahlreichen Beispielen bestätigt werden, aber auch Ausnahmen konnten offen gelegt werden (ebd.: 39).

Die Studie „Trends und Ausmaß der Polarisierung in deutschen Städten“ ging der These einer zunehmenden sozialräumlichen Polarisierung nach (Aehnelt et al. 2009). Anhand der Auswertung von 200 Armuts- und Sozialberichten, die mit Ergebnissen des SOEP und Mosaik ergänzt wurden konnte ab die Verschärfung der relativen Einkommenspolarisierung festgestellt werden (ebd.: 406). Die Studie kommt zu dem Schluss, dass für deutsche Städte zwar keine eindeutige sozialräumliche Polarisierung festgestellt werden kann, jedoch eindeutige Tenden-

zen der Entmischung in eher marginalisierten und benachteiligten Quartieren (Aehnelt et al. 2009: 408).<sup>25</sup> Konstatiert wird insbesondere die starke Zunahme der niedrigen Einkommen in als prekär eingestuften Quartieren. Zentrales Merkmal aktueller Prozesse sozialer Segregation für Deutschland ist der Studie zufolge die Residualisierung, wobei „mit Residualisierung [...] die zunehmende Konzentration von wirtschaftlichen und sozialen Problemen in bestimmten Quartieren gemeint [ist], wodurch sich der Abstand in der sozialen Situation zur übrigen Stadt vergrößert. In diesen Quartieren, deren Zahl nicht unbedingt zunimmt, konzentrieren sich mehr und mehr sozial ausgegrenzte Bevölkerungsgruppen [...]“ (ebd.: 408).

Die Analyse kommunaler Forschungsberichte für acht deutsche Großstädte zeigt darüber hinaus, dass die Tendenzen zunehmender Entmischung und Residualisierung in Quartieren in Städten mit abnehmender Einwohneranzahl und sinkendem Arbeitsplätzepotential deutlicher ausgeprägt ist, als in Städten mit dauerhaft hoher und zahlungskräftiger Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt (ebd.: 410). Stärkere Entmischungstendenzen sind demnach Kennzeichen eines entspannteren Wohnungsmarktes. So wurden in den prosperierenden Städten Süddeutschlands keine Zeichen sozialräumlicher Polarisierung festgestellt, in Schrumpfungsgebieten wurden jedoch klare Anzeichen sichtbar (ebd.: 410).

Die überwiegende Mehrheit der empirischen Untersuchungen zur sozialen Segregation kommt zum Ergebnis, dass im Verlauf der letzten zwei bis drei Jahrzehnte eine Zunahme sozialer Entmischungsprozesse in ärmeren Stadtteilen stattgefunden hat. Es zeigt sich also auch anhand empirischer Ergebnisse, dass mit der gesamtgesellschaftlichen Zunahme von Einkommensunterschieden und Armut die Verfestigung und Verstärkung von sozialer Segregation in armen Stadtteilen verbunden ist. In dieser Feststellung ähneln sich die Ergebnisse zur Entwicklung sozialer Segregation in französischen und deutschen Städten. Inwiefern sich die Zunahme der Entmischungsprozesse auch für bevorzugte Stadtteile in deutschen Städten empirisch belegen lässt, so wie es im Rahmen der französischen Segregationsforschung belegt wurde, muss an dieser Stelle offen bleiben.

## **B) Empirischer Teil**

### **2.6. Die Untersuchungsgebiete**

Im Folgenden werden die vier Untersuchungsgebiete, die im Mittelpunkt der empirischen Analyse stehen, vorgestellt. Dabei geht es darum, den lokalen Kontext des Prozesses der sozialen Segregation in Deutschland und Frankreich zu verdeutlichen. Primäres Kriterium für die Auswahl der Untersuchungsgebiete war, dass es sich um Gebiete mit einer Konzentration einkommensschwacher Bevölkerung handelt. Demnach weisen alle vier Untersuchungsgebiete eine im gesamtstädtischen Vergleich schwächere Sozialstruktur hinsichtlich Beschäftigung, Einkommen und Qualifikation auf.

---

<sup>25</sup> Die Untersuchung bezieht sich überwiegend auf Daten für den Zeitraum 2000 -2002 und 2004-2006.

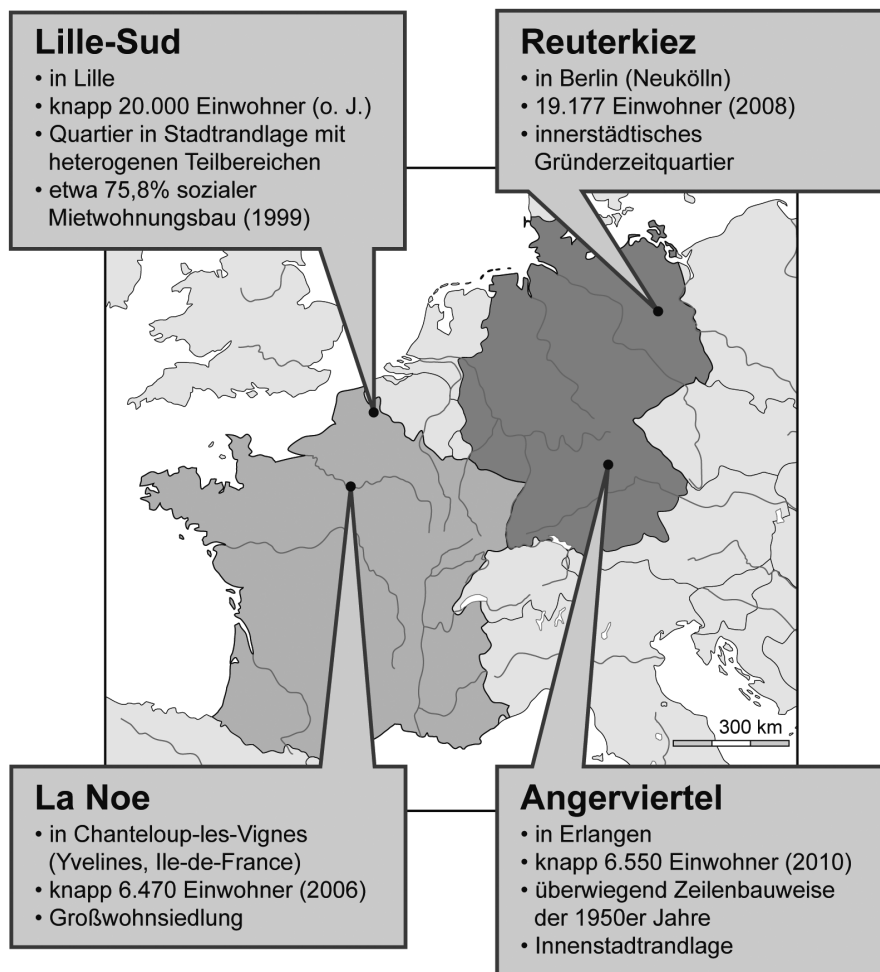
Dies hat bei drei Untersuchungsgebieten dazu geführt, dass sie in die jeweiligen nationalen Programme integrierter Quartierspolitik aufgenommen wurden: Die beiden französischen Untersuchungsgebiete (Lille-Sud und La Noë in der Region Île-de-France) sind Gegenstand des *Programme National de Renovation Urbaine* (Programm der nationalen Stadtsanierung) sowie der *Politique de la Ville* (Quartierspolitik für benachteiligte Stadtteile), während der Berliner Reuterkiez Programmgebiet der *Sozialen Stadt* ist. Das vierte Untersuchungsgebiet – der Erlanger Anger – ist kein Programmgebiet integrierter Stadtentwicklungsstrategien, obwohl es hinsichtlich der Sozialstruktur und baulichen Merkmale die Charakteristika eines Programmgebiets aufweist.

Die Auswahl der Gebiete orientierte sich stark an dem Ziel, für die beiden Untersuchungsländer charakteristische Quartierstypen auszuwählen, um somit auch auf lokaler Ebene einen Einblick in den nationalen Kontext der Entstehung sozialer Segregation zu gewährleisten. Der in Frankreich vorherrschende Gebietstyp benachteiligter Stadtviertel ist die Großwohnsiedlung. Genaue Zahlen liegen nicht vor, aber über 75 Prozent des Wohnungsbestandes der „empfindlichen städtischen Zonen“ (so der Begriff der Programmgebiete der französischen *Politique de la ville*) wurde nach 1945 gebaut, was auf den dominierenden Anteil von Großwohnsiedlungen hindeutet. So wurden mit La Noë, einem Quartier im Pariser Großraum, eine Großwohnsiedlung der 1970er Jahre für den Vergleich ausgewählt. Bei dem Gebiet Lille-Sud handelt es sich um keine klassische Großwohnsiedlung, sondern ein baulich sehr heterogenes Gebiet, welches zu über zwei Dritteln aus sozialem Wohnungsbau der 1950er bis 1970er Jahre besteht und in einzelnen Teilbereichen die unterschiedlichen Phasen der Entwicklung des sozialen Wohnungsbaus in Frankreich widerspiegelt. Beide Gebiete liegen in Agglomerationen, die von sehr scharfen sozialräumlichen Spaltungen gekennzeichnet sind, wobei gerade in der Hauptstadtregion Île-de-France eine sehr hohe sozialräumliche Konzentration von Reichtum festzustellen ist und hier die Unterschiede zwischen einzelnen Quartieren und Gemeinden besonders stark ausfallen.

Für Deutschland wurden ein innerstädtisches Altbauquartier (Reuterkiez in Berlin) und eine Siedlung des sozialen Wohnungsbaus der Nachkriegszeit in Zeilenbauweise (Anger in Erlangen) ausgewählt. Der Erlanger Anger ist deswegen besonders interessant, weil er als ein Zeilenbaugebiet der 1950er Jahre einen Quartierstyp repräsentiert, der ein typisch deutsches Phänomen darstellt. Die in Zeilenbauweise errichteten Quartiere sind einer der Quartierstypen in Deutschland, die von den Folgen des demographischen Wandels besonders betroffen sind (Schnur & Drilling 2009: 15). Viele dieser Quartiere sind aktuell trotz ihrer oft zentralen Lage von Abwertungstendenzen bedroht. Der Reuterkiez stellt eines der typischen innerstädtischen Altbauquartiere in deutschen Städten dar, die sich durch eine hohe Konzentration einkommensschwacher Bevölkerung auszeichnet und die etwa 44 Prozent aller Programmgebiete der Sozialen Stadt ausmachen (Becker et al. 2002: 19). Abbildung zwei zeigt eine Überblicksdarstellung der vier Untersuchungsquartiere.



**Abb. 2: Die Untersuchungsgebiete**



Quelle: Eigene Darstellung, Kartengrundlage M. Wipperfürth

Während alle vier ausgewählten Quartiere das Kriterium der sozialen Segregation erfüllen, unterscheiden sie sich deutlich hinsichtlich der Gebietsgrößen, der Größe der jeweiligen Gesamtstadt und deren wirtschaftlicher Situation, aber auch hinsichtlich der Konzentration lokaler Problemlagen. Diese Vielfalt ermöglicht es im Hinblick auf die spätere Untersuchung zu Quartiereffekten und deren Wirkungsmechanismen, ein breites Spektrum von Kontextmerkmalen in die zentrale Fragestellung zu den Folgen sozialer Segregation mit einzubeziehen.

### 2.6.1. La Noë

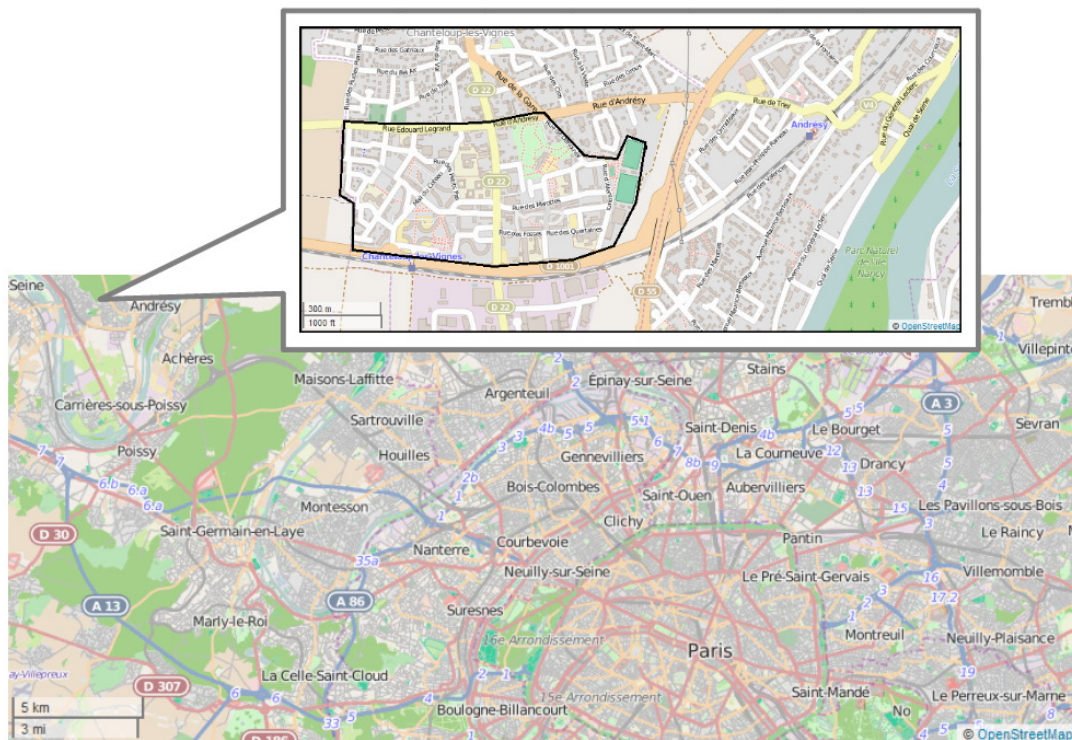
Beim Quartier La Noë handelt es sich um eine französische Großwohnsiedlung in der Gemeinde Chanteloup-les-Vignes in der Hauptstadtregion Île-de-France. Chanteloup liegt etwa 30 Kilometer nordwestlich von Paris im Departement Yvelines, zwischen den Städten Poissy und Cergy-Pontoise in einer Schleife der Seine (vgl. Abb. 7). Bei Chanteloup handelt es sich um eine Kleinstadt von knapp 9.000 Einwohnern, von denen etwa 73 Prozent in der Siedlung des sozialen Wohnungsbaus leben. Die Großwohnsiedlung umfasst etwa ein Drittel der Gemeindefläche. Die Kommune Chanteloup ist von einer markanten Zweiteilung geprägt: Im Süden die Siedlung des sozialen Wohnungsbaus und leicht erhöht, nördlich angrenzend das

alte Dorf Chanteloup, welches von der engen Anreihung alter Steinhäuser mit kleinen Gärten charakterisiert wird.

### *Der gesamtstädtische Kontext*

Chanteloup-les-Vignes liegt im Nordwesten der Hauptstadtregion Île-de-France im Département Yvelines (vgl. Abb. 3).

**Abb. 3: Chanteloup-les-Vignes in Île-de-France**



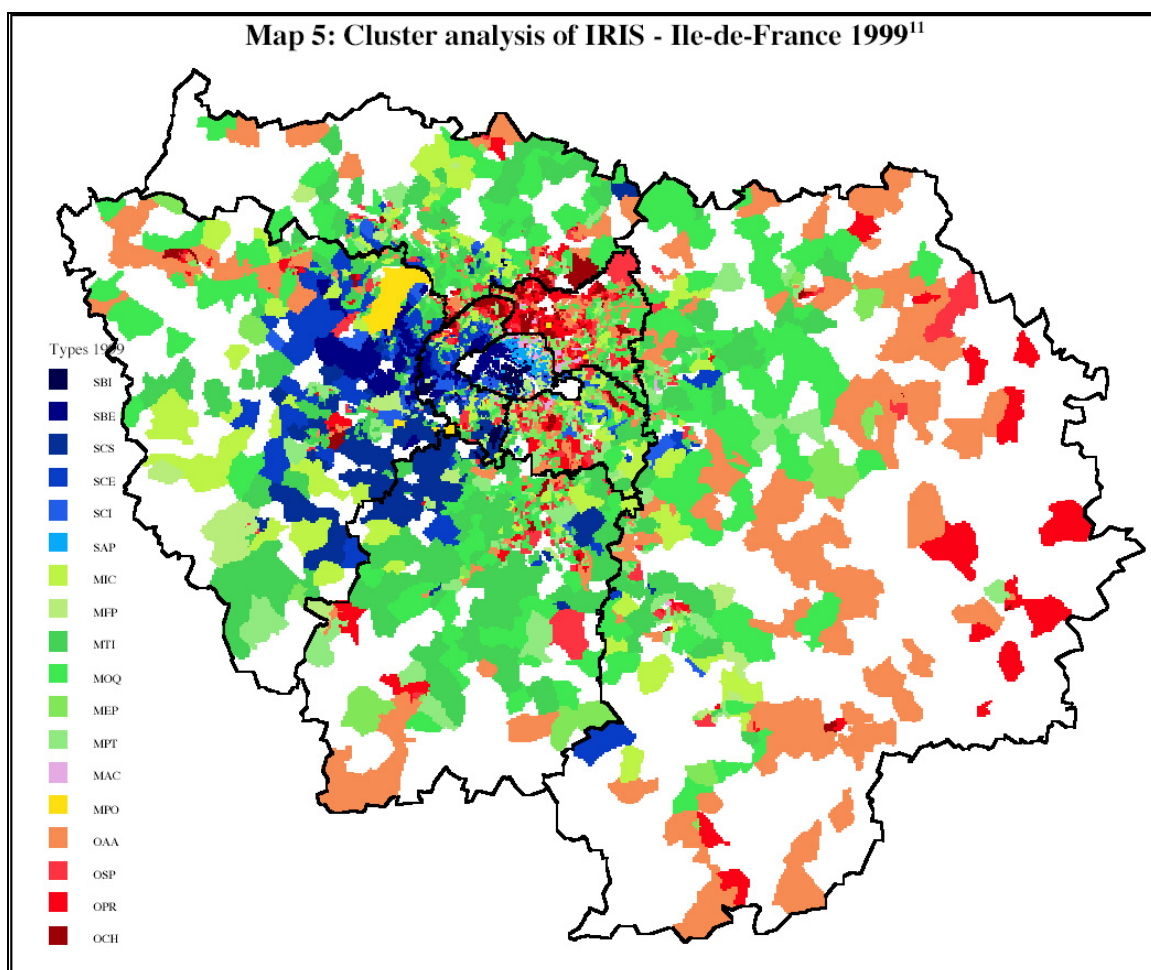
Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage von OpenStreetMap

Damit befindet sich die Gemeinde nicht nur im größten städtischen Ballungsgebiet Frankreichs, sondern auch im wirtschaftlich Führenden: Bei einem Bevölkerungsanteil von 18,7 Prozent an der Gesamtbevölkerung Frankreichs werden hier etwa 30 Prozent des französischen Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet (Coy 2003: 63). Das regionale Wirtschaftseinkommen liegt in Île-de-France 20 Prozent über dem nationalen Durchschnitt und in der Stadt Paris bei 20 Prozent über dem regionalen Durchschnitt (ebd.). Die Dezentralisierungstendenzen seit den 1980er Jahren haben an der Vorrangstellung der Hauptstadtregion als wirtschaftliches Zentrum nichts geändert. Die Hauptstadtregion ist trotz ihrer wirtschaftlichen Dynamik von sehr scharfen sozialräumlichen Unterschieden geprägt. Zentral ist zum einen das traditionelle Zentrum-Peripherie Gefälle zwischen der Stadt Paris und den umgebenden Départements, zum anderen das traditionelle West-Ost Gefälle zwischen den westlichen und östlichen Départements. Die sozialräumliche Gliederung der Region ist das Ergebnis eines historischen

Prozesses: im Norden bzw. Osten der Stadt Paris begann die Industrialisierung, die sich sukzessive in die Vororte ausdehnte, was schließlich zur Entstehung der *banlieue rouge*, des Gürtels von Arbeiterstädten im Nordosten der Stadt führte (Rhein 1996: 49): Sie verlief im Norden von den Gemeinden Seine Saint Denis, bis zu Gemeinden des östlichen Val-de-Marne. Hier sind bis heute die Auswirkungen der Deindustrialisierung am spürbarsten. Die Tertiärisierung hat an diesem traditionellen Ungleichgewicht nichts geändert. Die wesentlichen hochrangigen Dienstleistungszentren befinden sich, bis auf wenige Ausnahmen, alle in den westlichen Departements, insbesondere in Haute-de-Seine (Coy 2003: 63).

Die Studie von Préteceille zum Ausmaß sozialer Segregation im Pariser Großraum zeigt auch auf kleinräumigem Niveau die sehr deutliche Konzentration gehobener Berufskategorien für die Kernstadt Paris und den Westteil der Agglomeration (vgl. Abb. 4, gehobene Kategorien blau gekennzeichnet, niedrige Kategorien rot). Diese stellen in Île-de-France die am stärksten segregierte Gruppe dar (Préteceille 2003: 11). Die Konzentration eher niedriger Kategorien zeigt sich für die nord-östlichen und süd-östlichen Gebiete der Region charakteristisch.

**Abb. 4: Verteilung der sozio-professionellen Kategorien auf Grundlage der IRIS in Île-de-France 1999**



Quelle: Préteceille 2003: 42

Die massive sozialräumliche Spaltung der Hauptstadtregion geschieht vor dem Hintergrund des sehr angespannten regionalen Wohnungsmarkts. Eine massive Kostenentwicklung prägt den Immobilien- und Mietwohnungsmarkt fast aller städtischen Ballungsgebiete Frankreichs, wobei Île-de-France am stärksten betroffen ist. Ab der Mitte der 1990er Jahre wurde hier ein deutlicher Anstieg der Mieten und Immobilienpreise festgestellt, im Zeitraum von 2002 und 2006 waren es insgesamt 11 Prozent, während es für Frankreich insgesamt nur 7,8 Prozent waren (Briant 2010: 2). Diese Entwicklung spiegelt sich in einer überdurchschnittlichen Belastung der Haushalte in der Pariser Region durch Wohnkosten: Der Anteil des monatlichen Haushaltseinkommens, der für Wohnkosten aufgebracht werden muss, liegt in Paris bei 21,3 Prozent, in Île-de-France bei 19 Prozent, während er im übrigen Frankreich bei 18 Prozent liegt (ebd.: 1). 16 Prozent der Pariser Haushalte geben mehr als ein Drittel des monatlichen Haushaltseinkommens für Wohnkosten aus, wohingegen es in Ile de France 10 Prozent sind und im französischen Durchschnitt 7 Prozent.

Die explosive Entwicklung des regionalen Wohnungsmarkts macht es insbesondere für sozial schwache Haushalte schwierig, günstigen Wohnraum zu finden. Das Segment günstiger Wohnungen des privaten Mietwohnungsmarktes, der *parc social de fait* ist inzwischen nachweislich erodiert und der soziale Wohnungsmarkt kann die Nachfrage nach günstigeren Wohnungen bei Weitem nicht befriedigen: Im Jahr 2009 belief sich die Zahl der Anträge auf eine Sozialwohnung in Île-de-France bei etwa 386.000 Anträgen (7 Prozent der Bevölkerung), während im selben Jahr weniger als 80.000 Wohnungen zugewiesen werden konnten (IAURIF 2010: 14).

### *Gebietsgeschichte*

Bis in die 1960er Jahren bestand Chanteloup aus einem Dorf mit etwas mehr als 2.000 Einwohnern. Durch den Bau der Großwohnsiedlung La Noë in der ersten Hälfte der 1970er Jahre sollte die Stadt auf einen Schlag auf 8.000 Bewohner anwachsen, womit die ursprüngliche Bevölkerungszahl vervierfacht wurde. Der Bau der ZAC La Noë (*zone d'aménagement concertée*) ist also eines der markantesten Ereignisse in der Geschichte des Orts.

Im Jahr 1966 wurde durch den Präfekten der Pariser Region beschlossen, für ein „besseres Bevölkerungsgleichgewicht in der Region“ in der Schleife der Seine bei Chanteloup etwa 4.000 Wohnungen auf 75 Hektar zu bauen (Aillaud 1978: 15). Hintergrund des Bauprojekts war die enorme Wohnungsnot im Pariser Großraum. Der Standort Chanteloup im Nordwesten der Agglomeration schien aufgrund seiner Nähe zu wichtigen Standorten der Automobilindustrie geeignet. Die Siedlung wurde also insbesondere für die Arbeiter der Automobilindustrie konzipiert.

Mit dem Bau der Großwohnsiedlung, wurde 1972 begonnen. Mit der Konzipierung und Umsetzung wurde der Architekt Emile Aillaud betraut. Er wollte bei der Umsetzung der Siedlung



„la plus grande variété possible dans le tissu urbain“<sup>26</sup> erreichen (ebd.: 34). Er beschreibt die zentralen Leitgedanken beim Bau der Siedlung folgendermaßen:

„[Le quartier doit] abandonner le goût actuellement généralisé des pelouses, dites espaces verts, peu propices à créer une véritable communauté humaine, au profit d'un agencement de places successives de caractère résolument urbain, et, puisque la séparation des voitures et des piétons est une option moderne, faire une ville avec des espaces assez réduits pour accompagner le cheminement des piétons et assez variés pour distraire et surprendre la lenteur de leur marche.“ (Aillaud 1978: 34)<sup>27</sup>

Entstanden ist schließlich eine dichte Großwohnsiedlung die von unterschiedlichen baulichen Formen, viel Beton und wenig Grünflächen geprägt ist. Die Siedlung wirkt nach außen hin baulich geschlossen und weist im Inneren unterschiedliche Niveaus und viele Plätze auf. La Noë wurde ausschließlich für Fußgänger konzipiert, um den Automobilverkehr aus dem Inneren der Siedlung herauszuhalten (vgl. Abb. 5).

**Abb. 5: La Noë von oben (vor den Teilabrissen)**



Quelle: Bertrand 2011, unter <http://www.flickr.com>.

Nachdem etwa die Hälfte der ursprünglichen Planungen realisiert worden waren, führten massive Proteste von Seiten der Dorfbevölkerung und der Gemeinde dazu, dass der weitere Ausbau der Großwohnsiedlung gestoppt wurde. Aufgrund der Proteste wurden statt der geplanten 4.000 Wohnungen schließlich nur 2.400 realisiert. Damit wurden insbesondere jene Planun-

<sup>26</sup> „Die höchst mögliche Vielfalt städtischer Strukturen.“

<sup>27</sup> „[Das Quartier soll] den aktuell dominierenden Geschmack aufgeben, der von Rasen, so genannten Grünflächen“ geprägt ist und der wenig geeignet ist, eine wirkliche menschliche Gemeinschaft zu schaffen. Stattdessen die sukzessive Anlage von Plätzen menschlichen Charakters. Und da die Trennung von Autos und Fußgängern eine moderne Möglichkeit darstellt, wird eine Stadt mit recht reduziertem und abwechslungsreichen Raum geschaffen, um die Wege der Fußgänger zu begleiten und zum langsamen Gehen anzuregen.“

gen gestoppt, die eher gehobene Wohnungen für bevorzugte Bevölkerungsgruppen vorsahen. Nach Ansicht Aillauds führte diese Beschneidung seiner Gesamtplanung dazu, dass das „Gleichgewicht der Stadt“ zerstört wurde und das Quartier weniger wohnlich empfunden wurde (Aillaud 1978: 41f).

Wie bereits erwähnt, war La Noë für die Arbeiter in der nahen Automobilindustrie konzipiert worden. Die Ölkrise von 1973 und der darauf folgende massive Arbeitsplatzabbau in der Automobilindustrie sorgten dafür, dass aus der Siedlung La Noë keine Arbeitersiedlung wurde, sondern vielmehr eine Siedlung für Arbeitslose. Durch das vergleichsweise junge Baualter der Siedlung (1973 wurde der Bau von Großwohnsiedlungen in Frankreich weitgehend eingestellt) kam es in Chanteloup nicht zu der typischen allmählichen Entmischung, die in anderen Siedlungen nach und nach einsetzte. Vielmehr handelte es sich von Anfang an um eine eher sozial schwache Bevölkerung.

Die Konzeption der Siedlung (die bauliche Vielfalt an Formen und Höhen, die zahlreichen betonierten Plätze, die mangelnden Grünflächen sowie die Abgeschlossenheit der Siedlung nach außen) werden sehr bald als eher problematisch denn fortschrittlich wahrgenommen. Die unterschiedlichen Formen und Wegverläufe erschweren die Orientierung in der Siedlung, so dass Teile des Quartiers als Labyrinth wahrgenommen werden. Die Abgeschlossenheit der Siedlung nach außen wird bald als Schwäche der Siedlung diskutiert, der zu einer empfundenen Unsicherheit beiträgt und die städtebauliche Verbindung zum alten Dorf verhindert. Die vielen Plätze werden bald von Jugendlichen dominiert und nach und nach als und als „zones de „non-droit“, als rechtsfreie Zonen stigmatisiert (Lévi 2007: 339). Die mangelhafte Bausubstanz und fehlende Investitionen und Instandhaltungen von Seiten des Vermieters, einer regionalen Wohnungsbaugesellschaft des sozialen Wohnungsbaus, führen schon bald zu eklatanten Mängeln in den Wohnungen, so wie an den Fassaden.<sup>28</sup> All diese Aspekte sowie die schwache Bevölkerungsstruktur des Gebiets tragen zur zunehmenden Stigmatisierung der Siedlung bei.

Mitte der 1990er Jahre erlangt la Noë durch den Film „La Haine“ von Kassovitz, der z. T. im Gebiet gedreht wurde, nationale und internationale Aufmerksamkeit. Der Film, der die sozialen Probleme Jugendlicher in der französischen Banlieue thematisiert, zementiert das ohnehin schlechte Image von La Noë und prägt es bis heute. Die Leerstandsquote lag im Jahr 2005 bei 7,3 Prozent, was für den Pariser Großraum als deutlich erhöht gilt (Chanteloup-les-Vignes 2007: 9).

Heute ist die Gemeinde weit entfernt von den aktuellen urbanen Wirtschaftspolen der Region und unzureichend an den ÖPNV angebunden. Disorderphänomene, „*nombreuses incivilités*“

---

<sup>28</sup> 60 Prozent der Wohnungen der Gemeinde, sind überwiegend im Besitz der interdepartementalen Wohnungsbaugesellschaft der Départements von Essonne, Val d'Oise und Yvelines (OPIEVOY) (Chanteloup-les-Vignes 2007: 5).

werden v.a. in den Medien in den Berichten über das Quartier aufgegriffen und tragen zur Stigmatisierung des Quartiers bei. Festzuhalten ist, dass das Quartier im Verlauf seiner Entwicklung in zunehmendem Maße als gefährlicher Ort wahrgenommen und stigmatisiert wurde.

### *Sozialstruktur*

Die Sozialstruktur des Quartiers ist gegenüber dem Durchschnitt des Pariser Großraums von einem überdurchschnittlich hohen Anteil sozial schwacher Bevölkerungsgruppen gekennzeichnet: Die Arbeitslosenquote lag im Jahr 1999 bei 22,7 Prozent gegenüber 14,7 Prozent in der Gesamtagglomeration (SIG 2004: o. S.).<sup>29</sup> Für das Jahr 2005 wurde eine leicht gesunkene Arbeitslosenrate festgestellt, die bei 19,6 Prozent lag (Chanteloup-les-Vignes 2007: 10). Dabei ist insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit ein Problem: diese lag 2005 zwischen 50 und 55 Prozent (ebd.: 9). Die hohe Arbeitslosigkeit steht im engen Zusammenhang zur vergleichsweise geringen Qualifikation der Bewohner von La Noë: 37,7 Prozent der Bewohner verfügten 2005 über keinen Schulabschluss, gegenüber knapp 20 Prozent im Großraum. Dabei variiert der Anteil ohne Abschluss in den verschiedenen Abschnitten des Quartiers zwischen 33 und 40 Prozent (ebd.: 6).

Die hohe Arbeitslosigkeit und geringe Qualifikation der Bewohner der Siedlung spiegelt sich auch im Durchschnittseinkommen: das mittlere monatliche Haushalteinkommen lag im Jahr 2004 um mehr als der Hälfte unter dem Durchschnitt der Pariser Agglomeration (9.197 Euro gegenüber 18.812 Euro) (SIG 2004: o.S.). 55,4 Prozent der Haushalte der Siedlung war im selben Jahr von der Einkommenssteuer befreit.

In Chanteloup leben etwa 60 verschiedene Nationalitäten, wobei der Anteil der Bevölkerung ohne französischen Pass gegenwärtig bei knapp 30 Prozent liegt, etwa 50 Prozent der Bevölkerung der Siedlung ist ausländischer Herkunft, was einem der höchsten Anteile in Ile de France entspricht (ebd.). Charakteristisch ist darüber hinaus eine sehr junge Bevölkerung: 60 Prozent der Bewohner waren 1999 unter 26 Jahre alt, mehr als 40 Prozent unter 20 Jahre (Chanteloup-les-Vignes 2007:5). 20 Prozent der Bewohner der Siedlung sind alleinerziehende Familien, gegenüber durchschnittlichen 16,8 Prozent auf Ebene der Agglomeration (SIG 2004: o.S.).

Die schwache Sozialstruktur Chanteloups hat auch für die Situation der Schulen im Gebiet Konsequenzen. Es liegen zwei *collèges* auf dem Gemeindegebiet, deren Ergebnisse zu den schlechtesten Frankreichs zählen: Evaluationen der sechsten Klassen haben 2004 gezeigt, dass die Ergebnisse unter mehr als 40 Prozent des nationalen Durchschnitts liegen (ebd.).

---

<sup>29</sup> Ausführlichere Vergleichsdaten zur sozioökonomischen Situation in La Noë und der Gesamtregion liegen leider nur für das Jahr des letzten Zensus 1999 vor.

Darüber hinaus zeichnet sich die Situation durch eine hohe Anzahl von Schulabbrechern bzw. hohes Schulversagen aus.

Das hohe Ausmaß an sozialer Segregation im Quartier La Noe, die schwache Wirtschaftsdynamik der Gemeinde und die vergleichsweise geringe Größe der Kommune Chanteloup führen dazu, dass die Gemeinde über sehr geringe Steuereinnahmen verfügt: Das durchschnittliche Steueraufkommen pro Einwohner liegt bei 390 Euro pro Einwohner, was um 43 Prozent unter dem durchschnittlichen Steuerpotential vergleichbarer Gemeinden in Ile de France liegt (Lévi 2007: 338).

## 2.6.2. Lille-Sud

„Le quartier n’a pas produit ses pauvres,  
il les a accueillis.“<sup>30</sup> (Cacheux 2010: 61)

Das Quartier Lille-Sud grenzt südlich an Lille und gehört verwaltungstechnisch zur Stadt, ist jedoch durch die Stadtautobahn und Bahnanlagen von der Reststadt getrennt. Insgesamt leben hier knapp 23.000 Einwohner, was etwa 9 Prozent der städtischen Gesamtbevölkerung entspricht und das Gebiet zum größten der Stadt macht (Ville de Lille o.J.: o.S.). Auch hinsichtlich der Gebietsfläche ist das Quartier sehr groß: Es umfasst etwa 256 Hektar, wobei das Quartier in einzelne, sehr heterogene Teilbereiche unterteilt ist. Zu diesen gehören Siedlungsteile des sozialen Wohnungsbaus in industrieller Bauweise, sowie ältere Siedlungsteile aus dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Daneben existieren zahlreiche Brach- und Industrieflächen. Etwa 75,8 Prozent der Wohnungen der heutigen ZUS waren im Jahr 1999 Mietwohnungen des sozialen Wohnungsbaus, während es im gesamtstädtischen Durchschnitt „nur“ 24,3 Prozent waren (INSEE 2000: 1).<sup>31</sup>

### *Der gesamtstädtische Kontext*

Die Agglomeration von Lille ist mit 1,66 Millionen Einwohnern nach der Hauptstadtregion Île-de-France das zweitgrößte Ballungsgebiet Frankreichs. Lille ist die Hauptstadt der Region Nord – Pas de Calais und zählte im Jahr 2007 225.789 Einwohner (Ville de Lille o.J.: o.S.). Die Stadt entwickelte sich aufgrund ihrer günstigen Lage im 19. Jahrhundert zu einem dynamischen Industrie- und Handelszentrum. Die industriellen Schwerpunkte lagen auf der Textilproduktion, der Metallurgie und der Chemie. Die Agglomeration zeichnet sich durch eine polyzentrische Struktur aus, wobei sich die traditionellen Industriestandorte außer auf Lille

---

<sup>30</sup> „Das Quartier hat seine Armen nicht produziert, es hat sie beherbergt.“

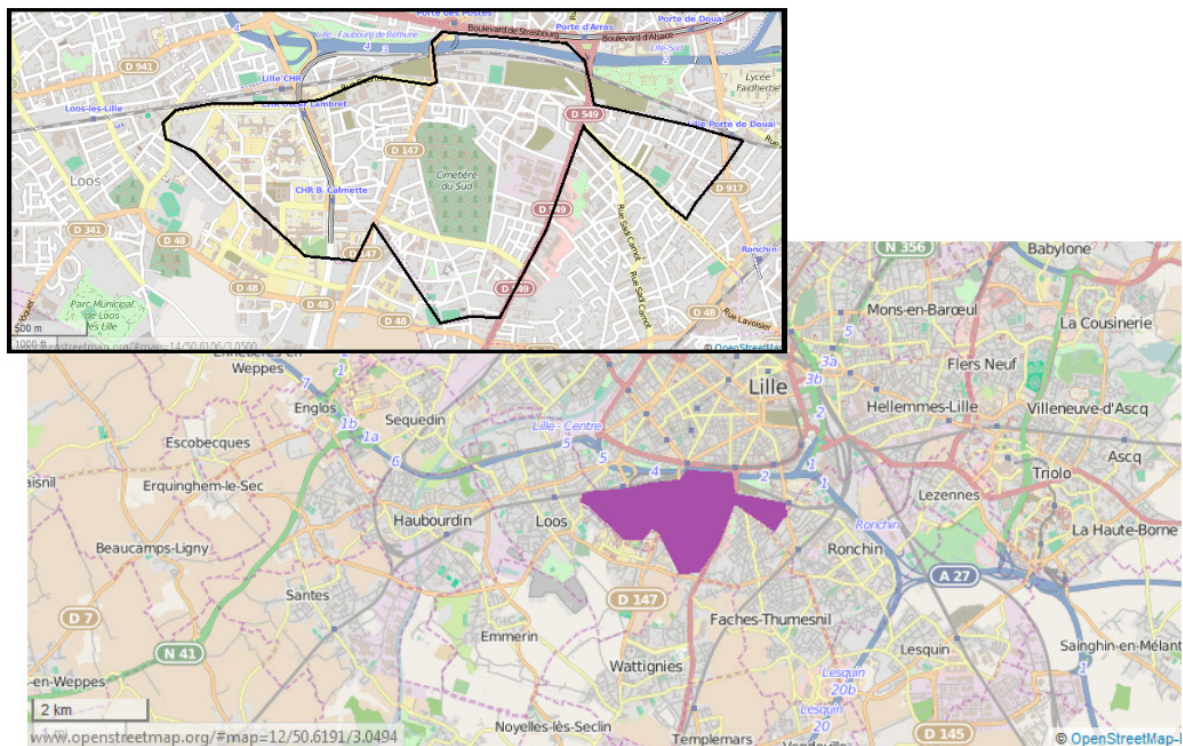
<sup>31</sup> Umfangreiche statistische Gebietsdaten werden von INSEE, der nationalen Statistikbehörde auf der Gebiets Einheit der ZUS vorgelegt, der *Zones Urbaines Sensibles*. Lille – Sud stellt eine derartige ZUS (ZUS Faubourg de Béthune, Moulins, Lille Sud, l’Epi de Soil) dar, allerdings sind die Gebietsgrenzen nicht deckungsgleich zum Quartier Lille-Süd. Die ZUS umfasst auch Gebiete im Nordwesten sowie Nordosten außerhalb des eigentlichen Gebiets, d.h. die angegebenen Werte müssen als grobe Orientierung begriffen werden. Dies möge bei weiteren Angaben zur Situation in der ZUS berücksichtigt werden.



auf die Städte Roubaix, Tourcoing und später auf Villeneuve d'Ascq konzentrierten (vgl. Abb. 10).

Die Tertiärisierung der Wirtschaft und die damit einhergehenden Krisensymptome städtischer Arbeitsmärkte wurden in Lille insbesondere in den 1980er Jahren spürbar: Lag die städtische Arbeitslosenquote 1975 noch bei 3 Prozent, so stieg diese bis 1990 auf 13 Prozent an. Ab den 1990er Jahren erlebte die Stadt eine bemerkenswert positive wirtschaftliche Entwicklung, was im engen Zusammenhang zu ihrem konsequenten Ausbau als Verkehrsknotenpunkt und „Kreuzung Nordeuropas“ steht. Durch die Anbindung der Stadt an Hochgeschwindigkeitszüge wie den Eurostar ist London heute in nur 1,5 Stunden von Lille aus erreichbar, Paris in einer Stunde und Brüssel in knapp 30 Minuten. Hinzu kommt eine sehr gute Autobahnanbindung.

**Abb.6: Lille-Sud**



Quelle: eigene Darstellung, Kartengrundlage OpenStreetMap.

Die gute Anbindung an die wirtschaftlichen und politischen Zentren Paris, London und Brüssel war wesentliche Voraussetzung dafür, dass der Strukturwandel in Lille – im Gegensatz zur Gesamtregion - sehr erfolgreich bewältigt wurde, die Bevölkerung der Stadt stetig anstieg und es seit den 1990er Jahren zu einer regen Bautätigkeit in der Stadt kam. Die erfolgreichen Innovationszentren Euralille, Eurasanté und Eurotechnologies sind genauso Ausdruck des er-

folgreichen Umbaus der städtischen Wirtschaft wie der Ausbau im kulturellen Bereich im Rahmen der Kulturhauptstadt 2004 und des Labels „Ville d’Art et d’Histoire“. Die positive wirtschaftliche Entwicklung Lilles steht im deutlichen Gegensatz zu der Entwicklung der Gesamtregion und der anderen urbanen Pole der Region, die durch den Strukturwandel der städtischen Arbeitsmärkte eine krisenhaftere Entwicklung erfuhren. Dies zeigt sich auch in der Sozialstruktur der Bevölkerung: So wurden in Gemeinden wie Roubaix, Tourcoing und Wattrelos im Nordosten der Agglomeration im Zeitraum von 1984 und 2004 ein Anstieg der steuerbefreiten Haushalte mit geringem bzw. gar keinem Einkommen um 40 Prozent festgestellt, während er in der Kommune Lille bei 30 Prozent lag (Bouzouina & Mignot 2007: 64).

Die sozialräumliche Struktur der Agglomeration zeigt eine polyzentrische Konzentration von Armut und Reichtum: So stehen die Zentren von Roubaix und Tourcoing mit einer hohen Konzentration armer Bevölkerung reichen und sozial gemischteren Gebiete in peripheren Standorten zwischen den Städten gegenüber (Bouzouina & Mignot 2007: 64 u. 68). Für die Stadt Lille selbst lässt sich ein Nord-Süd Gefälle feststellen, mit dem gentrifizierten Zentrum des Quartiers *Vieux Lille* und *Lille – Sud*, der *Zone Urbaine Sensible* im Süden. Die reiche Bevölkerung der Agglomeration von Lille (fünftes Einkommensquintil) gehört mit den Reichen der Pariser Region zu der am stärksten räumlich konzentrierten Bevölkerung Frankreichs (ebd.: 68). Bouzouina und Mignot interpretieren dies als indirektes Ergebnis des spezifischen Segregationsmusters des Großraums mit seiner bipolaren Konzentration armer Bevölkerung, der die reiche Bevölkerung dazu nötigt, sich stärker um das „Unter sich bleiben“ bemühen zu müssen (ebd.).

Die Agglomeration Lille zeichnet sich durch eine zunehmende soziale Segregation armer Haushalte aus (Bouzouina & Mignot 2007, Agence de developpement et d’urbanisme de Lille Metropole 2008)<sup>32</sup>. Betrachtet man die Haushalte, die (aufgrund mangelndem oder geringem Einkommen) steuerbefreit sind, lässt sich in den letzten 20 Jahren aber insbesondere im Zeitraum zwischen 1984 und 1996 ein deutlicher Anstieg ihrer Konzentration auf Agglomerationssebene erkennen (ebd.: 63). Im Jahr 2004 lebten auf Agglomerationssebene 60 Prozent der steuerbefreiten Haushalte in Gemeinden, in denen sie die Mehrheit bilden, d.h. in denen mehr als 50 Prozent der Bewohner steuerbefreit sind, während es im Jahr 1986 nur etwa 40 Prozent waren. Während 1986 keine Gemeinde in der Agglomeration über 70 Prozent steuerbefreiter Haushalte aufwies, leben im Jahr 2004 schon 11 Prozent der Bevölkerung in solchen Gemeinden (ebd.).

Die deutliche Zunahme sozialer Segregation steht zunächst in engem Zusammenhang zur allgemeinen Zunahme armer Bevölkerung in der Agglomeration, spiegelt aber auch die Krise auf dem lokalen Wohnungsmarkt wieder. Dieser ist in Lille, wie in den meisten französischen

---

<sup>32</sup> Dies liegt auch an der allgemeinen Zunahme armer Haushalte: Zwischen 1996 und 2002 nahm die Zahl der armen Haushalte (unter der Hälfte des Medians Einkommen) in den großen französischen Agglomerationen (über 200.000 Einwohner) um acht Prozent zu (Bouzouina & Mignot 2007: 62)

Ballungsgebieten, sehr angespannt. Im Stadtzentrum von Lille lässt sich gegenwärtig eine starke Gentrifizierung feststellen, die im bereits vollständig aufgewerteten Quartier Vieux Lille begann und sich über die Stadtteile Wazemmes und Moulins ausweitete, und aktuell den Stadtteil Five betrifft (AITEC 2005: o.S.). Hier konnte im Zeitraum von 2003 bis 2005 ein Anstieg der Immobilienpreise zwischen 30 und 40 Prozent festgestellt werden (ebd.). Der angespannte Wohnungsmarkt in der Gesamtstadt sorgt insbesondere im Segment der Substandardwohnungen für einen extremen Preisanstieg, und auch der öffentliche Wohnungsmarkt kann die enorme Nachfrage nach Sozialwohnungen mit seinem Angebot nicht decken. Das Quartier Lille – Sud ist heute einer der wenigen Teilbereiche der Stadt, in dem noch günstiger Wohnraum für einkommensschwache und marginalisierte Personen verfügbar ist.

### *Gebietsgeschichte*

Lille – Sud zeigt in seinen Teilbereichen die unterschiedlichen Epochen und Ideale des reformerischen Wohnungsbaus Frankreichs der letzten 150 Jahre und kann so als Experimentierfeld des sozialen Wohnungsbaus betrachtet werden. Die Entstehung des Stadtviertels ist eng an die Errichtung des Friedhofs *Cimetière du Sud* geknüpft, der bis heute die geographische Mitte des Viertels bildet. Der große Friedhof (etwa 33 Hektar Fläche mit 45.000 Gräbern) wurde 1863 auf den Feldern vor den Toren der Stadt Lille erbaut (Ville de Lille o.J.: o.S.). Um den Friedhof herum entstanden erste Gewerbeansiedlungen, v.a. auf der heutigen Hauptachse des Gebiets, der *Rue du faubourg des postes* (ebd.). Bis 1940 war das Quartier vom Rest der Stadt durch eine massive Stadtmauer getrennt.

Nach und nach entwickelte sich die „Faubourg des postes“ um die heutige gleichnamige Straße und der Rue de l'Arbrisseau herum. Dabei entstanden anfangs einfache Arbeiterunterkünfte, so genannte „courées“, die typisch für den industriellen Norden Frankreichs sind (Ville de Lille o.J.: o. S.). Die weitere Urbanisierung des Gebiets wurde im Jahr 1874 durch den Bau der Straßenbahn, die Lille-Sud mit den Industriezentren in Moulin und Fives verband, vorangetrieben. Nach und Nach entstanden eine Reihe einzelner kleiner Arbeiterviertel wie beispielsweise die *Cité des fleurs* (1868), westlich der Rue du faubourg des postes und Arbeitersiedlungen wie die *Cité de la Prévoyance* (Anfang 20. Jahrhundert) oder die *Cité Saint – Maurice* (1855) (ebd.). In den 1930er Jahren wurde Lille Sud weiter zum Standort des reformerischen Wohnungsbaus ausgebaut: Zahlreiche frühe Sozialwohnungen (so genannte HBM – *Habitations à Bon Marché*, „günstige Unterkünfte“) entstanden entlang des *Faubourg des postes* und *d'Arras*. Im Osten entstand 1931 die Arbeitersiedlung *Les 400 maison* im Stil englischer Arbeitersiedlungen sowie einige große Infrastruktureinrichtungen, im Nordwesten der große Krankenhauskomplex *Centre Hospitalier régional de Lille*. Dieser ist bis heute einer der großen Arbeitgeber in der Stadt. Auch nach dem Abriss der Stadtmauer im Jahr 1940 bleibt das Viertel durch Verkehrsachsen von der Stadt getrennt: Zum einen durch die Eisenbahnlinie Lille-Bethune, zum anderen durch die Stadtautobahn (*boulevard périphérique*), die in den 1960 und 1970er Jahren errichtet wurde.

Nach Ende des 2. Weltkriegs war die Wohnungssituation in Lille, wie im gesamten Frankreich, sehr angespannt. In Lille selbst waren mehr als 1904 Wohngebäude zerstört und ein sehr großer Anteil des noch vorhandenen Wohnbestands überaltert: Mehr als die Hälfte der Wohnungen hatten weder Wasser- noch Elektrizitätsanschluss (Ville de Lille 2010: o. S.). Demgegenüber stand der massive Bevölkerungsanstieg, der alle französischen Ballungsgebiete kennzeichnete. Auf den Freiflächen der ehemaligen Stadtmauer entstanden wild errichtete Barackensiedlungen, die so genannten *Bidonvilles* (ebd.).

Der öffentliche Wohnungsbau, der das Wohnelend beseitigen sollte, wurde in Lille im Rahmen des *plan directeur d'aménagement* (frühere Form des Flächennutzungsplans) geregelt, der ab 1950 umgesetzt wurde. Gebaut wurde meist in Form großer Ensembles im kollektiven Wohnungsbau, ab dem Ende der 1950er Jahre überwiegend in industrieller Fertigbauweise und als sozialer Wohnungsbau. Auf diese Weise entstanden in Lille zwischen 1955 und 1971 7.000 Wohnungen (ebd.). 75,8 Prozent der Wohnhäuser im Gebiet entstanden nach 1949, 64,9 Prozent im Zeitraum zwischen 1949 und 1974 (INSEE 2000: 2). In Lille-Sud waren große Bauflächen verfügbar und so war das Quartier eines der ersten und bevorzugten Standorte des Wohnungsbaus. Dabei besteht die Spezifik der damaligen Bebauung darin, dass im Gebiet nicht im Rahmen eines „Gesamtkonzepts“, wie es die staatlichen Instrumente der ZUP bzw. später der ZAC boten, geplant und bebaut wurde. So entstanden zahlreiche zerstreute Bauprojekte des sozialen Wohnungsbaus, oft ohne dass einzelne Siedlungsteile mit Straßen oder Gehwegen verbunden wurden (Ville de Lille 2010: o. S.). Diese Aufteilung des Quartiers in einzelne, baulich heterogene und nicht miteinander verbunden Siedlungsteile stellt bis heute eine der markanten Charakteristika des Gebiets dar (vgl. Abb. 7).

**Abb.7: Bauliche Heterogenität in Lille-Sud, hier im südöstlichen Teil des Quartiers**



Quelle: A. N.

Während die neuen Sozialwohnungen in Lille Sud anfangs noch sehr stark nachgefragt wurden und das Gebiet zunächst durch eine Mischung von Arbeitern, Führungskräften und Beam-

ten gekennzeichnet war, wird das Viertel im Verlauf der 1970er Jahre immer stärker zum Wohnort armer Bevölkerungsgruppen. Die Familien, die es sich leisten können, ziehen in ein gefördertes Eigenheim, angesichts des Mangels an Infrastruktureinrichtungen wie Läden oder Straßen und der zunehmend sichtbar werdenden baulichen Mängel an den Wohnhäusern. Die neuen Bewohner des Quartiers haben zunehmend wirtschaftliche und soziale Probleme. Insbesondere Zuwanderer aus dem Maghreb haben oft keine Chance, woanders Wohnraum zu finden: „Venir habiter là a parfois été une chance mais n’a pas été un choix pour ceux qui n’y avaient ni famille ni amis“ (Cacheux 2010: 59).<sup>33</sup>

Heute ist Lille-Sud aufgrund der Konzentration einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen sowie des hohen Anteils an Sozialwohnungen Gegenstand der nationalen Politik für benachteiligte Stadtteile. Aktuell ist es Programmgebiet des Programms *Rénovation Urbaine* und damit Gegenstand umfangreicher baulicher Aufwertungsmaßnahmen sowie eine der fünf *Zones Urbaines Sensibles* (ZUS) der Stadt, den Programmgebieten der französischen *Politique de la Ville*.

### *Sozialstruktur*

Hinsichtlich der Sozialstruktur zeichnet sich Lille – Sud gegenüber der Gesamtstadt durch ein sozial schwaches Bevölkerungsprofil aus. So lag die Arbeitslosenquote des Jahres 1999 in der ZUS bei 36,3 Prozent, während sie in Lille bei 19,7 Prozent lag (INSEE 2000: 4). Der Anteil von Bevölkerung ohne Schulabschluss lag im Jahr 2004 mit 42,1 Prozent doppelt so hoch als in der Gesamtstadt (20,8 Prozent), während das mittlere Haushaltsjahreseinkommen im Jahr 2006 bei weniger als der Hälfte des Einkommens der Gesamtstadt lag (Comité Intermunicipal des Villes o.J.: o.S.). 65,1 Prozent der Bevölkerung der ZUS zahlten im Jahr 2004 keine Einkommenssteuer, während es in der Gesamtstadt 42,3 Prozent sind (ebd.). Neben einem hohen Anteil allein erziehender Familien (29,4 versus 19,1 Prozent) ist der relativ hohe Anteil ausländischer Bevölkerung für das Gebiet charakteristisch (17 versus 7,7 Prozent im Jahr 1999) (ebd.). 75, 8 Prozent der Bevölkerung wohnten 1999 in einer Sozialwohnung, während es in der Stadt Lille 24, 3 Prozent sind (INSEE 2000: 1).

Charakteristisch zeigt sich aktuell eine dynamische Entwicklung der zunehmenden Verarmung der Mieter des sozialen Wohnungsbaus, die das Viertel Lille Sud aufgrund des hohen Anteils von Sozialwohnungen verstärkt betreffen wird. So zeigt die Einkommensentwicklung der Mieter des sozialen Wohnungsbaus auf Agglomerationsebene im Zeitraum von 1999 bis 2005 einen progressiven Einkommensrückgang insbesondere für die Zeiträume von 1997 bis 1998 und 2001 bis 2005 (Agence de développement et d’urbanisme de Lille Metropole 2008: 3 u. 13).

---

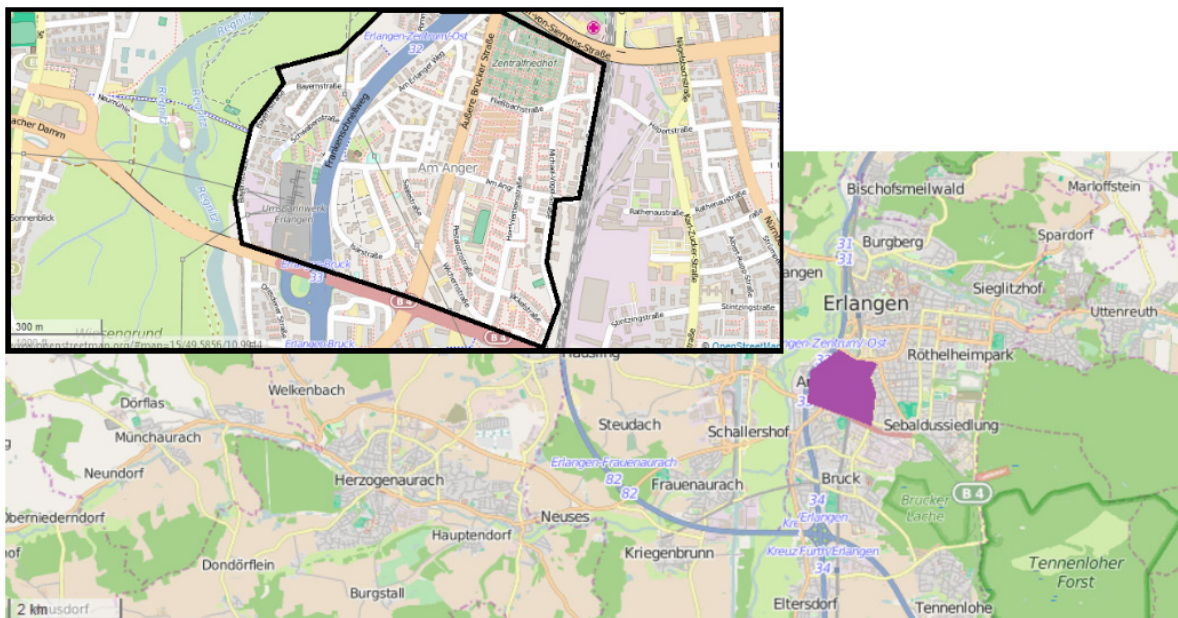
<sup>33</sup> „Hier zu wohnen war manchmal Glück für die, die weder Familie noch Freunde hier hatten, aber es war keine [freie] Entscheidung.“



### 2.6.3. Am Anger

Das Angerviertel liegt in Erlangen, einer etwa 105.000 Einwohner zählenden Stadt in Mittelfranken (vgl. Abb. 8). Der Erlanger Anger besteht überwiegend aus der typischen Zeilenbauweise der 1950er Jahre, wobei westliche Teilbereiche des Quartiers sowohl von Hochhäusern aus den 1960er und 1970er Jahren als auch von Einfamilienhäusern geprägt sind. Das Gebiet umfasst etwa 6.400 Einwohner und liegt am südwestlichen Rand der Erlanger Innenstadt. Der überwiegende Anteil der Mietwohnungen im Quartier gehört der städtischen Wohnungsbau-gesellschaft GEWOBAU und unterlag, bis in den letzten Jahren die letzten Belegungsbindun-gen ausgelaufen sind, den Belegungsbestimmungen des sozialen Wohnungsbaus.

**Abb.8: Angerviertel in Stadtlage**



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage von OpenStreetMap

#### *Der gesamtstädtische Kontext*

Erlangen ist im nationalen wie auch regionalen Vergleich eine überdurchschnittlich prosperierende Stadt und stellt einen wichtigen regionalen Arbeitsmarkt dar. Bei etwa 105.000 Einwohnern verfügt die Stadt über etwa 95.500 Arbeitsplätze (Stadt Erlangen 2011: o. S.). Die Schwerpunkte des Erlanger Arbeitsmarkts liegen im Bereich Entwicklung und Forschung. Etwa jeder fünfte Beschäftigte in Erlangen arbeitet im Gesundheitswesen.

Die wirtschaftliche Stärke der Stadt liegt v.a. am Standort des Konzerns Siemens, der mit zentralen Verwaltungsabteilungen sowie Forschungs- und Entwicklungsbereichen vor Ort

präsent ist. Er ist mit fünf Hauptsitzen von insgesamt elf Geschäftsbereichen in der Stadt vertreten und beschäftigt an seinem zweitgrößten Standort über 21.000 Mitarbeiter (von Pierer 2007: 3). Darüber hinaus ist die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg ein wichtiger Arbeitsgeber und Wirtschaftsfaktor für die Stadt.

Die positive wirtschaftliche Entwicklung Erlangens zeigt sich in der Sozialstruktur ihrer Bewohner hinsichtlich Qualifikation, Arbeitslosigkeit und Einkommen: So ist das lokale Bildungsniveau außergewöhnlich hoch, 47,3 Prozent aller Einwohner haben die Hoch- oder Fachhochschulreife und 32,9 Prozent verfügen über ein abgeschlossenes Studium (Stadt Erlangen 2007: 4). Die Arbeitslosenquote lag im Januar 2011 bei 4,0 Prozent und damit deutlich unter der der Nachbarstädte Fürth und Nürnberg und leicht unter der des bayrischen Durchschnitts (Stadt Erlangen 2011: o. S.). Die ALG II Quote lag im November 2010 bei gerade mal 2,2 Prozent (GGFA 2010: 3). Das durchschnittliche monatliche Pro-Kopf-Einkommen lag in Erlangen im Jahr 2008 bei etwa 1.700 Euro und damit um knapp 100 Euro über dem Bundesdurchschnitt (Stadt Erlangen 2009a: 11). Aber auch in einer wohlhabenden Stadt wie Erlangen existieren deutliche Einkommensunterschiede: Etwa ein Viertel der Erlanger verfügt über weniger als 1.070 Euro monatliches Einkommen, während ein weiteres Viertel über mehr als 2.200 Euro verfügt (ebd.).

Mit der positiven Situation der Erlanger Wirtschaft geht ein angespannter Wohnungsmarkt einher. Erlangen hat im Vergleich zu den Nachbarstädten Nürnberg und Fürth den Wohnungsmarkt mit dem höchsten Miet- und Kaufpreisniveau. Grundsätzlich bestehen in Erlangen knapp drei Viertel der Wohngebäude aus Ein- und Zweifamilienhäusern (Stadt Erlangen 2009a: 29). Seit dem Ende der 1990er Jahre sind die Mietkosten für nahezu alle Segmente des Wohnungsmarkts gestiegen. Bei Neuvermietungen fiel der Anstieg im Jahr 2008 insbesondere bei vor 1950 fertig gestellten Wohnungen mittleren Wohnwerts hoch aus, hier erfolgte eine Preissteigerung von durchschnittlich 11,7 Prozent. Ebenso stark betroffen waren nach 1950 fertig gestellte Wohnungen mit einfachen Wohnwert, hier stieg die Durchschnittsmiete um 9,4 Prozent zum Vorjahr (Stadt Erlangen 2009b: 13).

Insbesondere im niedrigeren Mietpreissegment ist die Nachfrage weitaus höher als das bestehende Angebot. Im Jahr 2008 gab es zwar erstmals wieder einen Anstieg des Sozialwohnbestands durch geförderten Wohnungsneubau, der Zeitraum von 1998 bis 2008 war allerdings von sehr hohen Verlusten im Sozialwohnungsbestand gekennzeichnet, da viele Belegungsbindungen in diesen Jahren ausliefen (ebd.: 21f)<sup>34</sup>. Insgesamt übersteigt die Nachfrage an Sozialwohnungen das Angebot bei weitem: Im Jahr 2008 konnten insgesamt 451 Wohnungen vermittelt werden, die Zahl der wohnungssuchenden Haushalte, denen keine Wohnung ver-

---

<sup>34</sup> Im Zeitraum 1999 bis 2008 liefen die Belegungsbindungen für insgesamt 2.594 Mietwohnungen aus, davon 2060 von der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GEWOBAU (Stadt Erlangen 2009b: 22).

mittelt werden konnte, lag damit immer noch bei 1.002 Anträgen (ebd.). Insgesamt gab es in Erlangen im Jahr 2008 3.712 geförderte Mietwohnungen (Stadt Erlangen 2009b: 32).

Betrachtet man die sozialräumliche Gliederung des Stadtraums so lassen sich zunächst statushohe Gebiete nördlich, nordöstlich und westlich der Innenstadt erkennen. Diese Gebiete wie beispielsweise der Erlanger Burgberg mit seinen Villen, oder auch Alterlangen, Neuses und Häusling sind überwiegend durch Ein- und Zweifamilienhäuser charakterisiert, während Gebiete südlich und südöstlich der Innenstadt (z.B. Anger, nördliches Bruck, Röthelheim) und im Stadtwesten (Büchenbach) überwiegend aus Mehrfamilienhäusern bestehen. Hinsichtlich der Verteilung der ALG II-Empfänger auf die einzelnen statistischen Bezirke Erlangens lässt sich feststellen, dass die Gebiete Büchenbach Nord im Westen des Stadtgebiets mit 15,2 Prozent im Jahr 2007 den höchsten Anteil einnimmt, gefolgt vom Anger mit 14,4 Prozent und schließlich Bierlach mit 13,7 Prozent ALG II-Empfängern (Plietsch 2007: 7). In statushöheren Gebieten am westlichen Stadtrand wie Neuses, Kosbach und Häusling existierten gar keine Empfänger im gleichen Jahr, ebenso im Erlanger Meilwald (Nordosten) und St. Egidien (Südosten) (ebd.: 6).

### *Gebietsgeschichte*

Ursprünglich war der Erlanger Anger Weidland, welches zur Nachbargemeinde Bruck gezählt wurde. Durch den Bau des Ludwig-Donau-Main-Kanals ab 1836 und den Bau der Eisenbahnlinie Nürnberg-Hof 1844 wurde das Gebiet im Westen und Osten eingeschnitten und in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zeitweise als Exerzierplatz genutzt (Stadtarchiv Erlangen o.J.: o.S.). Im Jahr 1924 wurde das Gebiet mit der Gemeinde Bruck von der Stadt Erlangen eingemeindet.

Eng verbunden mit der Gebietsgeschichte des Angerviertels ist die Textilfabrik ERBA, die jenseits der nördlichen Gebietsgrenze ansässig war.<sup>35</sup> Für die Arbeiter der ERBA wurde im Zeitraum von 1906 bis 1913 eine Werksiedlung gebaut, die sich gegenüber des Fabrikgebäudes an der Äußeren Brucker Straße, am Erlanger Weg und der Rheinstraße befindet und sich bis heute auf dem Angergebiet befindet. Die 14 zweigeschossigen Mehrfamilienhäuser gelten als die ältesten erhaltenen Beispiele für sozialen Wohnungsbau in Erlangen und begründeten die Tradition des Stadtteils als Standort für reformerischen Wohnungsbau (Stadtarchiv Erlangen o.J.: o.S.). Ab den 1920er Jahren baute die Erlanger Baugenossenschaft des Verkehrspersonals eine große Wohnanlage an der äußeren Brucker Straße, die bezahlbare und gut ausgestattete Wohnungen für Bahn- und Postangestellte bot. In den 1930er Jahren wurden ebenfalls an der Äußeren Brucker Straße Mehrfamilienhäuser als Arbeiterwohnungen von der ERBA errichtet (Stadtarchiv Erlangen o. J.: o.S.).

---

<sup>35</sup> Das ursprüngliche Fabrikgebäude existiert heute nicht mehr, es wurde 1983 abgerissen.



Nach dem 2. Weltkrieg war auch in Erlangen Wohnungsknappheit eines der vorrangigsten Probleme. Hintergrund war der enorme Bevölkerungsanstieg, den die Stadt in der Nachkriegszeit v.a. durch den Zuzug von Flüchtlingen und Vertriebenen, aber auch durch die Ansiedlung der Siemens-Schuckert-Werke zu verzeichnen hatte (Schneider & Bauerreiß 1984: 182): So stieg die Bevölkerungszahl von 36.000 Einwohnern im Jahr 1939 auf 46.000 im Jahr 1946, dann auf 56.000 im Jahr 1953 und 1961 lag die Einwohnerzahl schließlich bei 70.000 Einwohnern (ebd.). Die Firma Siemens beschäftigte in Erlangen im Jahr 1945 1.600 Beschäftigte, im Jahr 1965 waren es bereits 16.500 Angestellte (Schieber 2002: 126).

Vor dem Hintergrund der massiven Wohnungsnot wurde ein Zuzugsstop von Stadtrat beschlossen, der es Personen ohne Nachweis über eine Wohnung verbat, sich in Erlangen niederzulassen (ebd.). 1950 wurde die gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Erlangen gegründet (GEWOBAU), die fortan den kommunalen Wohnungsbau durchführen sollte. Dabei konzentrierte sich Bau des sozialen Wohnungsbaus auf den Rand der Innenstadt und auf den Stadtoften, um sich dann in den Süden zu verlagern, wo u.a. im Angerviertel gebaut wurde (Stadtarchiv Erlangen o.J.: o.S.). Im Rahmen dieser Entwicklung wurde das Angerviertel zum bevorzugten Standort des kommunalen Sozialwohnungsbaus. So entstanden im Zeitraum zwischen 1951 und 1983 1930 Wohneinheiten im Erlanger Anger (ebd.). Die Mehrheit des Wohnungsbestandes entstand in den 1950er Jahren in der typischen Zeilenbauweise der Zeit (vgl. Abb. 9). In den zwei darauf folgenden Jahrzehnten folgten bauliche Ergänzungen in Gestalt einiger Hochhäuser am südwestlichen Rand des Gebiets und die Bebauung mit Einfamilienhäusern im Nordwesten. Der ehemalige Ludwig-Donau-Main-Kanal wurde in den 1960er Jahren von der Autobahn A73, dem so genannten „Frankenschnellweg“, überbaut. Dieser begrenzt bis heute das Gebiet im Westen, während die aktuelle Grenze im Gebietsosten durch die Gleisanlagen der Bahnverbindung Erlangen – Nürnberg gebildet wird.

**Abb. 9: Blick auf den Anger aus südwestlicher Richtung**



Quelle: A.N.

Neben der GEWOBAU errichtete auch die ERBA in den 1960er Jahren weitere Wohnhäuser für ihre Angestellten und Arbeiter an der Äußeren Brucker Straße. Mit dem Wohnungsneubau stieg auch die Bewohnerzahl des Stadtteils stetig und erreichte im Jahr 1974 den Höchststand von 8.230 Bewohnern. In den darauf folgenden Jahrzehnten sank die Bevölkerungszahl auf 6.839 im Jahr 1987 und auf 6.700 gegen Ende 1999 (Stadtarchiv Erlangen o.J.: o.S.).

Der Erlanger Anger bildet mit 697 Wohneinheiten von Sozial- bzw. Förderwohnungen einen der städtischen Schwerpunkte des sozialen Wohnungsbaus (Stadt Erlangen 2009b: 21). Allerdings ist in den letzten Jahren ein starker Rückgang von Sozialwohnungen im Gebiet festzustellen, weil der Hauptteil der Belegungsbindungen gegenwärtig ausläuft. Heute liegt der Schwerpunkt des sozialen Wohnungsbaus im Stadtwesten im Stadtteil Büchenbach (ebd.).

Die Mehrheit der Wohnungen im Gebiet gehört aber auch heute noch der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GEWOBAU. Diese führte im Gebiet zwischen 1999 und 2002 umfangreiche Sanierungsmaßnahmen an fast 1.000 Wohnungen durch. Die Sanierung des Angerviertels ist damit das größte Sanierungsprojekt in der Geschichte der Stadt mit einem Investitionsvolumen von 80 Mio. DM (Stadtarchiv Erlangen o.J.: o.S.). Gegenwärtig werden weitere Aufwertungsmaßnahmen durch den Bau von Eigentumswohnungen durchgeführt. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der erfolgten Aufwertung des Viertels wird das Angerviertel vom Sozialbericht der Stadt Erlangen nicht zu den Bezirken mit hohem Anteil an schlecht ausgestatteten Mietwohnungen gezählt. Negativ vermerkt werden lediglich die Belastungen durch den Verkehrslärm im Wohnumfeld sowie tendenziell geringe Wohnflächen (Stadt Erlangen 2009a: 30).

### *Sozialstruktur*

Die Gebietsgrenzen des Angerviertels entsprechen einem der 39 bewohnten statistischen Gebiete Erlangens. Im Jahr 2008 lebten 6.428 Bewohner im Gebiet. Der Anteil von ALG II-Empfängern liegt bei 12,5 Prozent (2008), bei einem gesamtstädtischen Durchschnitt desselben Jahres von knapp 5 Prozent (Stadt Erlangen 2008a: o. S.). Fast jedes vierte Kind unter 15 Jahren erhält hier ALG II während es im gesamtstädtischen Durchschnitt jedes zehnte Kind ist. Hinsichtlich des monatlichen Pro Kopf Einkommens weist das Gebiet mit weniger als 1.200 Euro das niedrigste Durchschnittseinkommen auf Stadtbezirksebene auf, der gesamtstädtische Durchschnitt liegt bei knapp 1.700 Euro liegt. Auch die Bildungsabschlüsse der Bewohner des Angerviertels liegen unter dem städtischen Durchschnitt: Etwa 52 Prozent aller Erlanger zwischen 18 und 80 Jahren verfügen über Hochschul- bzw. Fachhochschulreife, im Anger liegt der Anteil bei knapp über 35 Prozent (Stadt Erlangen 2009a: 14). Mehr als 36 Prozent der Bewohner des Angerviertels haben einen Migrationshintergrund, damit ist das Gebiet einer der bevorzugten Standorte von Zuwanderern im Stadtgebiet (ebd.).

Der „soziale Belastungsindex“ der Stadt Erlangen, ein Index der aus Sozialstrukturdaten und Ausstattungsmerkmalen des Gebiets gebildet wird,<sup>36</sup> und Aussagen zum lokalen „Belastungsgrad“ der einzelnen Stadtbezirke macht, beschreibt den Anger mit fünf weiteren Stadtgebieten als Gebiet mit hoher Belastung (Stadt Erlangen 2009a: 57). Auffällig für den Anger sei, dass hier „viele Indikatoren [im städtischen Vergleich] extrem negativ ausgeprägt sind“ (ebd.: 57). Hierzu zählen das niedrigste städtische Pro Kopf Einkommen, der sehr hohe Anteil von ALG II-Empfängern unter 15 Jahren sowie der höchste Anteil von ALG II-Empfängern über 15 Jahren. Außerdem nimmt der Anger den städtischen Spitzenplatz hinsichtlich des Anteils von Empfängern von Arbeitslosengeld I und des Anteils von Beziehern von Grundsicherung im Alter ein. Etwa die Hälfte der Kinder, die im Angerviertel eine Kindertagesstätte besuchen, ist von den Betreuungskosten befreit (ebd.).

#### 2.6.4. Reuterkiez

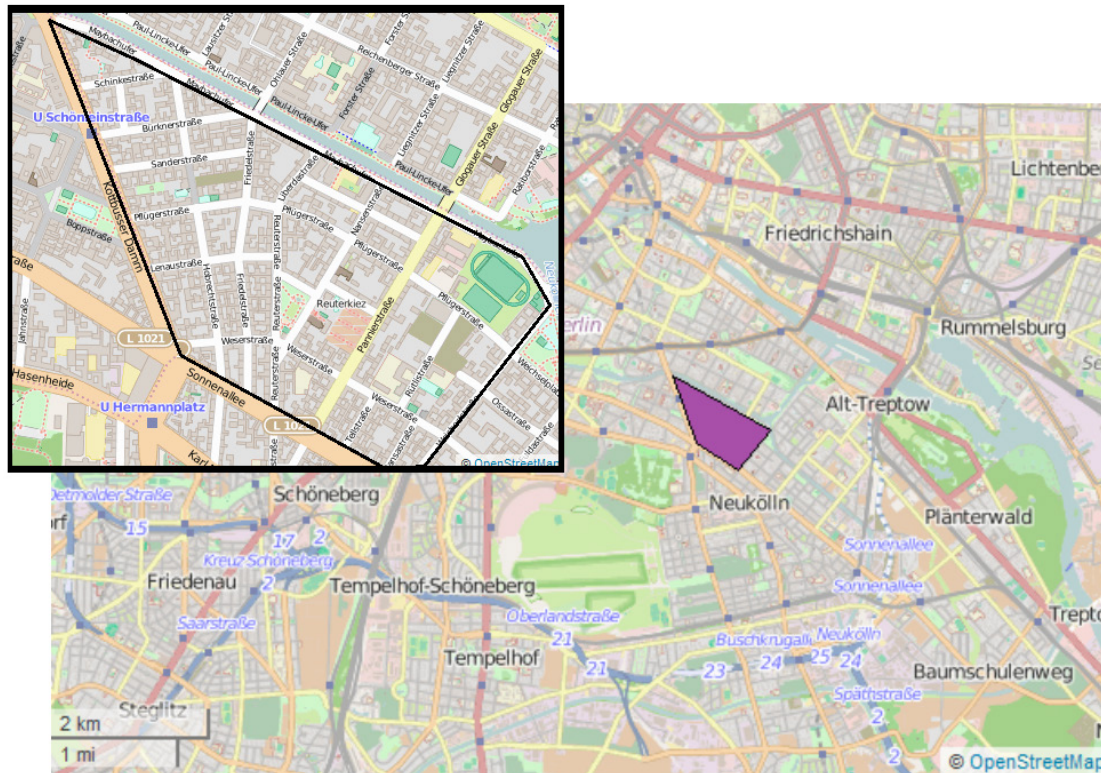
Beim Berliner Quartier Reuterkiez handelt es sich um ein innerstädtisches Gründerzeitquartier im Norden des Stadtbezirks Neukölln. Es ist geprägt von der stark verdichteten Bebauung Berliner Altbauquartiere<sup>37</sup> und der typischen Funktionsmischung von Wohnen und Gewerbe. Im Jahr 2010 lebten 18.719 Einwohner im Gebiet (Brandenburgische Stadterneuerungsgesellschaft mbH 2010: 15). Das Gebiet grenzt im Westen und Norden an den Bezirk Kreuzberg und wird im Norden durch den Landwehrkanal begrenzt. Die westliche Quartiersgrenze bildet der Kottbusser Damm, die südliche die Sonnenallee und östlich dehnt sich das Gebiet bis zur Weichselstraße aus (vgl. Abb. 10).

---

<sup>36</sup> Gebildet wird der Index im Einzelnen aus den Indikatoren Nettoäquivalenzeinkommen, Bildungs- und Berufsstatus, Anteil ALG II Empfänger unter 15 Jahre, Anteil ALG II Empfänger über 15 Jahre, Anteil Empfänger Arbeitslosengeld I, Anteil Empfänger Grundsicherung im Alter, Ausstattung der Wohnungen, Pro-Kopf Wohnfläche, Wohnungsmieten und Gebührenbefreiungen in Kitas (Stadt Erlangen 2009b: 56).

<sup>37</sup> 27.200 Einwohner pro km<sup>2</sup> gegenüber 6.835 für Neukölln (OEDC 2003: 28).

**Abb. 10: Lage Reuterkiez in Berlin**



Quelle: Eigene Darstellung, Kartengrundlage OpenStreetMap

Trotz der dichten Bebauung verfügt das Gebiet über viele Freiraumqualitäten, die zum einen durch den Landwehrkanal, zum anderen durch eine relativ hohe Anzahl von Spielplätzen gegeben sind. Zu unterscheiden sind der westliche Teil des Gebiets bis etwa zur Pannierstraße mit der typischen dichten Bebauung Berliner Altbauquartiere und der östlicher Teil, wo größere Infrastruktureinrichtungen wie Sportplätze, Kitas, Schulen sowie einzelne Brachen, Gewerbeflächen und Kleingärten existieren.

### *Der gesamtstädtische Kontext*

In den letzten Jahren konnte die Stadt Berlin einen Bevölkerungsanstieg verzeichnen, die Bevölkerungszahl lag im Jahr 2008 bei 3.431.675 Einwohnern (Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz 2008: 15). Berlin ist eine Einwanderungsstadt: 14 Prozent der Berliner haben eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit und etwa 26 Prozent der Berliner einen Migrationshintergrund (ebd.: 16).

Berlin ist im bundesdeutschen Vergleich eines der ärmsten Bundesländer: Mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 14,1 Prozent im Jahr 2009 führt Berlin deutlich beim Ländervergleich (IHK Berlin 2010: 22). Auch bei dem Bevölkerungsanteil, der auf ALG II angewiesen ist, liegt Berlin im Ländervergleich dauerhaft vorn: Im Februar 2011 lag die Quo-

te bei 17,1 Prozent bei einem Bundesdurchschnitt von 8,0 Prozent (Deutscher Länderkreistag 2011: o. S.). Das verfügbare Einkommen pro Einwohner ist im Jahr 2009 mit 15.736 Euro vs. 18.974 Euro auf Ebene des Bundes deutlich unterdurchschnittlich, ebenso wie die Kaufkraft pro Einwohner: Waren es im Bundesdurchschnitt 18.904 Euro, sind es in Berlin nur 16.880 Euro (ebd.: 11f). Beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf liegt Berlin im Bundesländervergleich 2009 auf mittlerer Position (ebd.: 10). Nicht zuletzt aufgrund des Bankenskandals des Jahres 2001 ist Berlin heute mit etwa 62 Milliarden Euro eine hochverschuldete Stadt.

Die Gründe für die wirtschaftlich vergleichsweise schlechte Situation Berlins sind vielfältig, von zentraler Bedeutung ist jedoch, dass Berlin aufgrund seiner spezifischen Situation als ehemals geteilte Stadt verstärkt mit Schwierigkeiten konfrontiert war, den Strukturwandel erfolgreich zu meistern (Häußermann & Kapphan 2000). Zum einen betraf der Prozess der Tertiärisierung Berlin mit seinem hohen Anteil an produzierendem Gewerbe besonders stark, zum anderen verlief „der aufgestaute Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft“ in Berlin mit hoher Geschwindigkeit ab (ebd.: 103). Der Westteil der Stadt verzeichnete im Zeitraum zwischen 1989 und 1997 einen Rückgang industrieller Arbeitsplätze um 30 Prozent, Ostberlin zwischen 1989 und 1992 einen Rückgang um knapp zwei Drittel und zwischen 1992 und 1997 einen nochmaligen Rückgang um 38 Prozent (ebd.). Migranten sind besonders stark von diesen Rückgängen betroffen, da diese überproportional im verarbeitenden Gewerbe beschäftigt waren (ebd.: 113). Gleichzeitig waren Ost- wie Westberlin vom Wegfall staatlicher Erhaltungssubventionen betroffen, so etwa Subventionen für Unternehmen aber auch Bundeszuschüsse zum Haushalt des Landes Berlin (ebd.). So erlebten auch viele staatlich finanzierte kulturelle und soziale Dienstleistungen einen tief greifenden Einbruch (ebd.).

Zusätzlich kommt es durch die neuen Wahlmöglichkeiten auf dem Wohnungsmarkt zu sozial selektiven Entmischungsprozessen, die insbesondere die Innenstadtbezirke betreffen. Besserverdienende Familien verlassen verstärkt die Innenstadtbezirke zugunsten suburbaner Wohnstandorte. Parallel dazu setzen Aufwertungs- und Verdrängungsprozesse in Gebieten wie dem Prenzlauer Berg ein. Gleichzeitig wird der Spielraum der öffentlichen Hand durch den Rückgang der Bestände des sozialen Wohnungsbaus und Verkauf der kommunalen Wohnungsgesellschaften immer enger. Die Zunahme sozialer Segregation und die damit verbundenen Tendenzen hin zu einer gespaltenen Stadt werden von Häußermann & Kapphan Ende der 1990er Jahre analysiert und führen in der Folge 1998 zur Ausweisung von insgesamt 15 Quartiersmanagement Gebieten in Berlin (Häußermann & Kapphan 1998). Diese setzten sich zum einen aus innerstädtischen Altbauquartieren, zum anderen aus den Großwohnsiedlungen in den Randbezirken zusammen.

Hinsichtlich des Mietwohnungsmarktes befindet sich Berlin insgesamt in einem verhältnismäßig moderaten Segment. Allerdings zeigen sich seit einiger Zeit deutliche Mietpreissteigerungen in Teilbereichen. Der Wohnungsmarktbericht der IBB für das Jahr 2010 kommt zum

Ergebnis, dass das Preisniveau für Wohnungen seit einigen Jahren deutlich ansteigt, insbesondere bei Neuvermietungen (Investitionsbank Berlin 2010: 5). Eigentumswohnungen steigen schon seit 2006, Mietwohnungen seit 2008 dafür aber mit größeren Steigerungen (ebd.). Dabei werden besonders hohe Preisanstiege in „neuen Szenekiezen“, wie beispielsweise dem Reuterkiez festgestellt.

Der Reuterkiez liegt am äußersten nördlichen Rand Neuköllns, einem der zwölf Berliner Bezirke mit etwa 312.367 Einwohnern (2008). Neukölln ist neben Mitte und Friedrichshain - Kreuzberg der Bezirk mit dem höchsten Anteil an Bewohnern nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, dieser lag im Juni 2010 bei 21,3 Prozent, der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund bei 39,0 Prozent (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2011: o. S.). Neukölln ist der Bezirk mit der höchsten Arbeitslosenquote Berlins (19,4 Prozent vs. 14,1 im Jahr 2009). Die Jugendarbeitslosigkeit liegt mit 6,1 Prozent in etwa im Berliner Durchschnitt. Neukölln ist ein armer Bezirk mit einem unterdurchschnittlichen monatlichen Haushaltsnettoeinkommen (1.375 Euro vs. 1.550 Euro für Berlin im Jahr 2009) (Investitionsbank Berlin 2010: 84). Auffällig ist außerdem, dass Neukölln ein junger Bezirk ist, der Anteil der 6 bis unter 18jährigen ist hier im Stadtvergleich am höchsten (ebd.). Aktuell existieren elf Quartiersmanagement-Gebiete in Neukölln, von insgesamt 34 Berliner Gebieten.

Neukölln ist in mehrere Teilbereiche unterteilt, wobei im Norden innerstädtische, verdichtete Gründerzeitviertel wie der Reuterkiez, der Richardplatz oder der Bereich um das Rathaus Neukölln liegen, während sich im Süden zum einen Einfamilienhaussiedlungen wie Rudow oder Buckow finden, zum anderen die Großwohnsiedlung Gropiusstadt liegt. Grundsätzlich zählt der innerstädtische bzw. nördliche Bereich Neuköllns zu einem Standort mit unterdurchschnittlichen Mietniveau. Allerdings zeigen sich in einigen nördlichen Teilbereichen, die in unmittelbarer Nähe zu Kreuzberg liegen deutliche Aufwertungstendenzen.

### *Gebietsgeschichte*

Das heutige Gründerzeitquartier Reuterkiez war ehemals ein mit Busch bewachsenes Gelände, welches gegen Mitte des 16. Jahrhunderts an die Stadt Cölln verkauft worden war (Hüge 2004: 4). In der Folge wurde es gerodet und in Wiesen umgewandelt, bis die erste Bebauung am heutigen Maybachufer einsetzte (ebd.: 5): Aufgrund der guten Anbindung durch den Kanal und die Nähe zur Verbindungsstraße nach Berlin (dem heutigen Kottbusser Damm) existierten hier schon gegen Mitte des 19. Jahrhunderts einige Gewerbeniederlassungen, die in den 1870er Jahren zu einem kleinen Industrieviertel herangewachsen waren (ebd.). Darunter waren eine Gummifabrik, eine Maschinenölfabrik, ein Fuhrunternehmen so wie eine Dachpappenfabrik.

In den nachfolgenden Jahren verdichtete sich die Bebauung mit Wohn- und Gewerbebauten, so dass gegen Ende des 19. Jahrhunderts aus dem nordwestlichen Bereich des heutigen Gebiets ein Wohn- und Gewerbeviertel geworden war. In den 1890er Jahren kam es bedingt durch den enormen Bevölkerungsanstieg Rixdorfs zur weiteren Bebauung des Gebiets im



Südosten und Südwesten.<sup>38</sup> Der Rest des Gebiets wurde bis 1913/14 mit Mietskasernen bebaut, da der Bevölkerungsanstieg Rixdorfs ungebremst weiterging: Im Zeitraum von 1905 bis 1915 stieg die Bevölkerungszahl von etwa 153.000 Bewohner auf ca. 268.000 an (ebd.: 7). 1920 wurde der Reuterkiez im Rahmen des Groß-Berlin-Gesetz mit Neukölln, Buckow, Britz und Rudow eingemeindet und zum Bezirk Neukölln gerechnet (Bach 2004: 14).

Im Reuterkiez fand man eine vergleichsmäßig höhere Wohnqualität als in den älteren Wohnvierteln Neuköllns: Die Wohnungen hatten durchschnittlich mehr Zimmer, die Wohnhäuser repräsentativere Fassaden und komfortablere Wohnungen (ebd.: 7). Für Neuköllner Verhältnisse wiesen die Wohnhäuser relativ viele kleine Läden, Geschäfte und Wirtschaftslokale auf und so war das Gebiet vergleichsweise sehr belebt (Bach 2004: 13). Die Bevölkerung bestand nicht nur aus Arbeitern, sondern aufgrund der etwas gehobenen Wohnqualität auch aus kleineren Beamte und Angestellten und Ladeninhabern. Der Reuterkiez war ein „etwas besseres Viertel Neuköllns“ (Bach 2004: 13). Im zweiten Weltkrieg war Neukölln verglichen mit anderen Innenstadtgebieten eher gering von Zerstörungen betroffen, im Reuterkiez kam es zur Zerstörung einzelner Wohnhäuser, an deren Stelle Neubauten in den 1950er, 1960er und 1970er Jahren entstanden.

Neukölln war ein typischer Arbeiterbezirk mit starker politischer Verankerung der SPD, die bis zum Anfang der 1970er Jahre sehr hohe Wahlergebnisse im Gebiet erzielte (Bach 2004: 17). So war auch der Reuterkiez zu Beginn der 1970er Jahre ein Arbeiterviertel mit etwa 54 Prozent Arbeiteranteil an den Erwerbstätigen. Mit dem Bau der Berliner Gropiusstadt Anfang der 1970er Jahre setzten dann erste Abwanderungen besser verdienender Haushalte ein, gleichzeitig kam es verstärkt zum Zuzug von Arbeitsmigranten, v.a. aus der Türkei sowie dem ehemaligen Jugoslawien und Italien. Mitte der 1970er Jahre steigt der Anteil ausländischer Bewohner durch Familienzuzug weiter im Gebiet, befördert von der Zuzugssperre für ausländische Haushalte, die der Nachbarbezirk Kreuzberg sowie die Bezirke Wedding und Tiergarten ausgesprochen hatten und viele Zuwanderer auf Neukölln ausweichen lies (ebd.: 19). Lag der Ausländeranteil im Reuterkiez im Jahr 1970 noch bei weniger als zwei Prozent, stieg er bis zum Jahr 1984 auf 18 Prozent an. Es entstand eine v.a. türkische Infrastruktur mit zahlreichen kleinen Geschäften und Lokalen. Seit den 1970er Jahren wurde das Gebiet auch verstärkt von Zuzüglern aus dem linken und alternativen Milieu nachgefragt, in dessen Folge zahlreiche soziale und kulturelle Projekte im Gebiet entstanden.

Die Wohnbevölkerung des Gebiets steigt Ende der 1980er an und die soziale Entmischung des Gebiets erfährt nach der Maueröffnung durch neue Wahlmöglichkeiten Besserverdienender eine neue Dynamik (Bach 2004: 20). Städtebauliche Defizite, fehlende Grünanlagen und Gemeinschaftsbedarfseinrichtungen im nordwestlichen Bereich führen dazu, dass 1992 das

---

<sup>38</sup> Im Jahr 1895 lag die Einwohnerzahl Rixdorfs bei etwa 60.000 Einwohnern, um schon 10 Jahre später auf 153.000 Bewohner anzusteigen (ebd.: 6).

Sanierungsgebiet Kottbusser Damm Ost beschlossen wird (ebd.: 10). Ab 1995 entstehen in dem Sanierungsgebiet zahlreiche Erholungsflächen, Spielplätze sowie Kinder- und Jugendeinrichtungen (z.B. Kids Garden, Ökozentrum, Märchenspielplatz).

Der weiterhin hohe Anteil einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen trägt dazu bei, dass das Gebiet im Jahr 2001 zum Quartiersmanagement Gebiet wird. Im Jahr 2006 führt der so genannte „Brandbrief“ der lokalen Rütlschule dazu, dass das Gebiet zum Ausgangspunkt einer bundesweiten Debatte um Bildungsversagen und Integration wird.

Nachdem das Gebiet jahrelang mit dem hohen Leerstand der lokalen Gewerberäume konfrontiert war, ist dieser seit einigen Jahren durch die Ansiedlung von Galerien, Bars und kleinerer „creative industries“ stark rückläufig. Diese wurde gezielt politisch gefördert: Durch die Vergabe von Ladenlokalen zu sehr günstigen Konditionen an kreative und attraktive Zwischennutzungen sollte der Gewerbeleerstand beseitigt werden, das Gebiet attraktiver und belebter werden und die Ansiedlung neuer Nutzungen angeregt werden. Die Maßnahmen der Zwischennutzungsagentur, die vom Quartiersmanagement Reuterkiez mit der Durchführung des Projekts beauftragt war, erwiesen sich als sehr erfolgreich.

Erste Aufwertungstendenzen des Reuterkiezes werden durch eine sehr mobile Bevölkerung begünstigt: im Jahr 2010 weist das Gebiet das hohe Wanderungsvolumen von 36,9 Prozent auf, wobei insbesondere Familien mit Kindern das Gebiet verlassen (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2011). Gleichzeitig erfolgt ein überproportional hoher Zuzug junger Bevölkerung: Der Anteil von Bevölkerung zwischen 18 und 35 Jahren liegt gegenwärtig bei 33,8 Prozent, wobei diese Gruppe seit 2004 um 11 Prozent gewachsen ist. Mit dem Anstieg dieser „transitorischen Bevölkerungsgruppe“, die sich durch eine höhere Mobilität auszeichnet, ergibt sich durch die erhöhte Anzahl von Neuvermietungen ein größerer Spielraum für Mieterhöhungen.

Inzwischen existiert eine Reihe von Anzeichen über eine mögliche „Gentrifizierung in Wartestellung“, die u.a. durch eine intensive Imageberichtserstattung über den neuen Szenekiez „Kreuzkölln“ und Neukölln in den Medien vorangetrieben wird (vgl. Abb. 11). Es gibt eine starke Nachfrage nach Wohnungen im Reuterkiez, die vielen frisch renovierten Wohnhäuser und Baustellen im Gebiet zeigen eine erhöhte Investitionsbereitschaft der Eigentümer und die Mietpreise bei Neuvermietungen sind deutlich angestiegen. So zeigt der Wohnungsmarktbericht 2010 der Investitionsbank Berlin eine Steigerung der Mieten im Reuterkiez bis um 17 Prozent (Investitionsbank Berlin 2010: 85). Eine Studie von TOPOS zur Entwicklung der Sozialstruktur in Nord-Neukölln kommt zum Ergebnis, dass deutliche sozialstrukturelle Veränderungen im Reuterkiez festzustellen sind, wobei hier insbesondere der hohe Anteil von Pionieren (v.a. Studenten) charakteristisch sei (TOPOS 2012). Hinsichtlich aktueller Anzeichen einer Gentrifizierung des Quartiers kommt die Studie zu dem Schluss, dass es einen relativ hohen Anteil von Gentrifiern im Gebiet gibt und es für Pioniere schwierig geworden ist, in



das Gebiet zu kommen. Dabei davon ausgegangen, dass sich diese Entwicklung langsam aber kontinuierlich fortsetzt (ebd.: 40).

Abb. 11: „Aufwertung in Wartestellung“, Titelblatt des Stadtmagazins zitty, März 2008



Quelle: Zitty 06/08.

### *Sozialstruktur*

Laut Berliner Sozialstrukturatlas 2009 gehört der Reuterkiez hinsichtlich der Sozialstruktur zu den „hoch belasteten Berliner Gebieten (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2011). Er nimmt Rang 370 von insgesamt 417 Berliner Gebieten ein (ebd.). Im Jahr 2009 waren 15,4 Prozent der Bevölkerung von Arbeitslosigkeit betroffen (bei durchschnittlichen 11,49 Prozent für Berlin), davon waren 2,0 Prozent Empfänger von ALG I, und 13,4 von ALG II (gegenüber dem Berliner Durchschnitt von 2,5 bzw. 8,9 Prozent). 57,1 Prozent der Kinder unter 15 Jahren leben in Familien, die Leistungen zur Existenzsicherung beziehen und 21,1 Prozent der Bewohner haben im Jahr 2010 Transferleistungen trotz Erwerbsarbeit bezogen (ebd.).

Der Anteil der Bevölkerung ohne deutschen Pass liegt im Jahr 2011 bei 28,4 Prozent (Berlin 14,0 Prozent), wobei der Anteil von Bewohner mit Migrationshintergrund mit deutschen Pass bei 16,5, gegenüber 12,5 Prozent im Berliner Durchschnitt liegt (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2011). 73,7 Prozent der Kinder und Jugendlichen im Gebiet haben einen Migrationshintergrund, gegenüber 43,1 Prozent für ganz Berlin (ebd.). Der hohe Anteil an Bewoh-

nen nichtdeutscher Herkunft spiegelt sich in einem sehr hohen Anteil von Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache, der in manchen Schulen des Gebiets bei über 90 Prozent liegt.

Das Monitoring soziale Stadtentwicklung des Jahres 2010 verzeichnet eine positive Entwicklungstendenz der Sozialstruktur im Quartier für den Zeitraum zwischen 2008 und 2009: Erkennbar wurde ein leichter Rückgang von Arbeitslosigkeit und Transferbezügen sowohl für Migranten als auch deutsche Bevölkerung sowie ein leichter Rückgang von Kinderarmut (ebd.).

## **2.7. ZWISCHENFAZIT**

Das Konzept soziale Segregation ist in den Arbeiten der Chicagoer Schule eng an städtische Wachstumsprozesse und das Thema des sozialen Aufstiegs geknüpft. Die aktuelle Popularität des Konzepts in Forschung und Politik spiegelt wider, dass Prozesse sozialer Segregation auch unter Entwicklungsbedingungen der Schrumpfung und der gesamtgesellschaftlichen Zunahme von Armut und Einkommensunterschieden an Bedeutung gewinnen und zum Merkmal postindustrieller Städte geworden sind. Die wesentliche Stärke des Konzepts der sozialen Segregation liegt dabei, damals wie heute, in seiner Fähigkeit, soziale Prozesse und Entwicklungen im städtischen Raum zu veranschaulichen. Allerdings zeichnet sich der Begriff der Segregation durch ein hohes Maß an Unschärfe aus, v.a. hinsichtlich der Unterscheidung in ein dynamisches bzw. statisches sowie ein deskriptives bzw. normatives Begriffsverständnis.

Der Ausgangspunkt für den hier angestellten deutsch-französischen Vergleich ist zunächst die Feststellung, dass das Ausmaß sozialer Segregation in französischen Städten deutlich höher ausfällt als in deutschen. Durch den massiven Bau von Großwohnsiedlungen und deren oft peripherer Lage einerseits und die starke Aufwertung der Innenstadtgebiete und den angespannten Wohnungsmarkt in den meisten Ballungsräumen andererseits sind die sozialräumlichen Spaltungslinien in französischen Städten meist sehr viel schärfer akzentuiert. So lässt sich das typische Segregationsmuster französischer Städte als ein ausgeprägtes Zentrum-Peripherie-Gefälle beschreiben beziehungsweise als sozialräumliche Dreiteilung in aufgewertete Innenstädte der Reichen, randständige Großwohnsiedlungen der Armen und dazwischen die suburbanen Einfamilienhausquartiere der Mittelschicht (Lapeyronnie & Loch 2007: 75). Sozial segregierte Quartiere in Deutschland sind aufgrund des geringeren Stellenwerts des Großwohnsiedlungsbaus und der spezifischen Entwicklung innerstädtischer Altbauquartiere stärker über das Stadtgebiet und verschiedene Quartierstypen verteilt: Quartiere mit einer hohen Konzentration einkommensschwacher Bevölkerung finden sich daher genauso in innerstädtischen Altbauquartieren und in Zeilenbaugebieten der 1950er Jahre am Innenstadtrand wie in randständigen Großwohnsiedlungen.

Weitere Unterschiede zwischen dem französischen und dem deutschen „Segregationsregime“ bestehen darin, dass es in Frankreich eine größere Anzahl benachteiligter Gebiete gibt, es sich dabei tendenziell um größere Gebiete handelt und eine stärkere Konzentration von Problem-

lagen in den Quartieren vorherrscht. Letzteres bezieht sich insbesondere auf die Arbeitslosenquote in den französischen Großwohnsiedlungen und hier v.a. auf die Jugendarbeitslosigkeit, die – in Frankreich ohnehin deutlich höher als in Deutschland – in den Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus besonders massiv ausfällt. Hier spielt auch die schlechte berufliche Qualifikation der Quartiersbewohner eine Rolle, die sich in einer sehr hohen Schulabbrecherquote und im hohen Anteil von Bevölkerung ohne Schulabschluss ausdrückt.

Neben der unterschiedlichen Bedeutung des Großwohnsiedlungsbaus in den beiden Ländern spielt die jeweilige Situation auf den städtischen Wohnungsmärkten eine wesentliche Rolle für die jeweiligen Segregationsprozesse. Durch die dynamische Entwicklung des französischen Mietwohnungsmarktes und den damit einhergehenden Rückgang an bezahlbarem Wohnraum für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen werden die Gebiete des sozialen Wohnungsbaus in vielen Ballungsräumen zum einzig erschwinglichen Wohnstandort für Geringverdiener und Marginalisierte. Dem steht in den meisten deutschen Städten ein (noch) verhältnismäßig moderater Wohnungsmarkt gegenüber. Aber auch hier zeigen sich vielerorts deutliche Anzeichen von Mietsteigerungen, so dass für die nächsten Jahre ein deutlicher Mangel an Wohnungen für Geringverdiener insbesondere in Universitäts- und Großstädten prognostiziert wird. Während der französische Staat unter anderem durch eine stärkere Verteilung des sozialen Wohnungsbaus versucht, der starken sozialen Segregation zu begegnen, gibt es entsprechende Maßnahmen in Deutschland nicht, da der soziale Wohnungsmarkt nicht mehr von allzu großer Bedeutung ist. Dabei besteht die Gefahr, dass durch den weiteren Verkauf kommunaler Wohnungen in guten Lagen, verbunden mit dem aktuellen Mietanstieg in vielen innerstädtischen Quartieren, die Konzentration einkommensschwacher Haushalte in unattraktiveren Gebieten zunimmt.

In Frankreich führte die kulturelle Abwertung des Siedlungstyps Großwohnsiedlung, die mit der dortigen Konzentration einkommensschwacher und marginalisierter Bevölkerungsgruppen einherging, zu einer massiven Stigmatisierung der Großwohnsiedlungen und ihrer Bewohner. Im allgemeinen Diskurs über die „sensiblen städtischen Zonen“ herrschen oftmals Motive vor, in denen die Großwohnsiedlungen und der dortige soziale Wohnungsbau als tendenziell gefährliche Orte mit gewaltbereiten bzw. gewalttätigen Bewohnern erscheinen. Direkte Folgen dieser Stigmatisierungsprozesse sind Diskriminierungen der Bewohner, aber auch Proteste von Bewohnern mittlerer und gehobener Wohnlagen gegen den Bau von Sozialwohnungen in ihren Quartieren. Auch in Deutschland existiert die Tendenz der Stigmatisierung städtischer Teilräume mit einer hohen Konzentration armer Bevölkerung, wenngleich auf deutlich geringerem Niveau. Dass der Stigmatisierungsprozess benachteiligter Gebiete in deutschen Städten vergleichsweise geringer ausfällt, lässt sich auf mehrere Unterschiede zu den französischen Verhältnissen zurückführen: So manifestieren sich die sozialräumlichen Spaltungslinien in deutschen Städten, bedingt durch die stärkeren Unterschiede der betroffenen Gebietstypen, weniger markant und bildhaft im städtischen Raum. Zudem ist das Ausmaß der sozialen Problemlagen in den segregierten Quartieren geringer und führt aufgrund des

größeren Zuschnitts der deutschen Gemeinden nicht im gleichen Maße zu Problemen interkommunaler Segregation. Entscheidender Unterschied hinsichtlich des Ausmaßes der Stigmatisierung deutscher und französischer „Problemgebiete“ ist sicherlich auch, dass in Deutschland bislang Jugendunruhen, die mit den *émeutes* der Banlieue vergleichbar wären, ausgeblieben sind, denn diese prägen in Frankreich seit knapp 30 Jahren das öffentliche Bild der *cités* als Orte von Gewalt und Kriminalität.

Vor dem Hintergrund der massiven Stigmatisierung der französischen Großwohnsiedlungen können aktuelle Prozesse sozialer Segregation in Frankreich deutlich stärker als in Deutschland als räumlicher Ausdruck der Abschottung gegenüber dem armen Teil der Bevölkerung interpretiert werden. Dies spiegelt sich in Forschungsarbeiten zur aktuellen Entwicklung sozialer Segregation in Frankreich wider, in denen die Zunahme von Reichtum und die Tendenz zur sozialen Homogenisierung reicher Gebiete ausgiebig diskutiert werden. Grundsätzlich erweist sich für Frankreich die Zunahme von Prozessen sozialer Segregation als charakteristisch, wobei insbesondere eine immer stärkere Separation zwischen den reichsten und den am stärksten benachteiligten Quartieren festzustellen ist. Auch die überwiegende Mehrheit der empirischen Untersuchungen zur sozialen Segregation in deutschen Städten kommt zu dem Ergebnis, dass im Verlauf der letzten zwei bis drei Jahrzehnte eine Zunahme sozialer Entmischungsprozesse in ärmeren Stadtteilen stattgefunden hat, so dass für beide Untersuchungsländer zunehmende Tendenzen sozialer Segregation diagnostiziert werden können.

Im empirischen Teil des Kapitels wurden anhand von je zwei französischer und zwei deutscher Beispielquartieren auf lokaler Ebene einige Charakteristika der Segregationsregimes in deutschen und französischen Städten aufgezeigt. *La Noë* in Chanteloup-les-Vignes ist eine klassische französische Großwohnsiedlung des sozialen Wohnungsbaus der frühen 1970er Jahre und liegt als einziges der Untersuchungsquartiere in einer Kleinstadt. Das Quartier befindet sich im nordwestlichen Teil der Hauptstadtregion Île-de-France, die von sehr starken sozialräumlichen Disparitäten geprägt ist. *La Noë* zeichnet sich insbesondere durch eine sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit und durch einen hohen Anteil von Bewohnern ohne Schulabschluss aus. *Lille-Sud*, das im Süden von Lille liegt, zeichnet sich durch eine sehr heterogene Bebauung aus, wobei auch hier ein sehr hoher Anteil sozialen Wohnungsbau in industrieller Fertigbauweise aus den späten 1950er bis 1970er Jahre charakteristisch ist. Wie der Erlanger *Anger* liegt *Lille-Sud* in einer prosperierenden Gesamtstadt, wobei die Agglomeration von Lille sich durch sehr stark ausgeprägte sozialräumliche Differenzierungen auszeichnet. Hinsichtlich der Sozialstruktur sind insbesondere die sehr hohe (Jugend-) Arbeitslosenquote, das stark unterdurchschnittliche Einkommen und der hohe Anteil von Bewohnern ohne Schulabschluss kennzeichnend.

Der Erlanger *Anger* steht für ein innerstädtisches Quartier in Zeilenbauweise, wie es typisch für den Wohnungsbau der 1950er Jahre in Westdeutschland war. Er ist in einem ökonomisch stark prosperierenden städtischen Umfeld gelegen und hebt sich, insbesondere mit einem ge-

ringeren monatlichen Durchschnittseinkommen und der höheren Arbeitslosenquote, deutlich von der Sozialstruktur des wohlhabenden Erlangens ab. Der Berliner *Reuterkiez* ist ein gründerzeitliches Altbauquartier im nördlichen Neukölln und zeichnet sich im städtischen Vergleich u.a. durch eine überdurchschnittliche Arbeitslosenquote und einen ebenfalls überdurchschnittlichen Anteil von Haushalten, die Transferleistungen beziehen, aus. Zugleich zeigen sich deutliche Aufwertungstendenzen in dem Quartier. Welche Konsequenzen sich aus dem jeweils unterschiedlichen lokalen und nationalen Kontext der Untersuchungsquartiere für die Folgen sozialer Segregation ergeben, ist Gegenstand des folgenden Kapitels.

### 3. Quartierseffekte als Folgen sozialer Segregation

Die Diskussion um die Folgen sozialer und ethnischer Segregation ist so alt wie die industrielle Großstadt selbst. Schon im 19. Jahrhundert waren die Quartiere des Proletariats aufgrund miserabler Wohnbedingungen und der politischen sowie moralischen Gefahr, die von ihnen auszugehen schien, Gegenstand politischer Diskussionen und Ausgangspunkt wohnungspolitischer Reformen. Auch bei den Forschungsarbeiten der Chicagoer Schule in den 1920er Jahren nahm die Frage, wie die soziale bzw. ethnische Segregation der Zuwanderer in den Städten zu bewerten sei, einen wichtigen Platz ein. Vor dem Hintergrund zunehmender sozialräumlicher Spaltungstendenzen gewann ab den 1990er Jahren in der europäischen Stadtforschung das Interesse an der Frage Bedeutung, welche Folgen das Leben in einem armen Quartier für seine Bewohner mit sich bringt.

Das folgende Kapitel widmet sich dem Konzept der Quartierseffekte, das im Anschluss an die amerikanische Forschung zu *neighborhood effects* die Folgen sozialer und ethnischer Segregation analysiert. Dabei geht es im ersten Teil des Kapitels darum, eine theoretisch orientierte Einführung in das Forschungsfeld sowie einen Überblick über die in ihm diskutierten Ansätze zu geben. Hier werden erst die konzeptionellen Grundannahmen und Wirkungsmechanismen von Quartierseffekten betrachtet (Kapitel 3.1.), um im Anschluss das Planungsideal der sozialen Mischung zu erörtern, welches als positives Referenzmodell innerhalb des Konzepts von Quartierseffekten verstanden werden muss (Kapitel 3.2.). Anschließend werden die zentralen theoretischen Bezüge des Konzepts von Quartierseffekten behandelt (Kapitel 3.3.) und seine Rezeption in der Stadtforschung diskutiert (Kapitel 3.4.).

Des Weiteren wird ein Überblick über die empirische Forschung zum Thema präsentiert (Kapitel 3.5.). Hier werden zunächst die methodischen Charakteristika der Forschung dargestellt, um dann zentrale Ergebnisse der amerikanischen Forschung zu diskutieren. Im Anschluss wird der Forschungsstand der europäischen Forschung zu Quartierseffekten diskutiert, um zu einer Einschätzung zu gelangen, inwiefern für europäische Städte empirische Belege für Quartierseffekte festgestellt werden konnten.

Im zweiten Teil des Kapitels wird die eigene empirische Fallstudie in den Untersuchungsquartieren vorgestellt (Kapitel 3.7.). Dabei wird zunächst das Forschungsinteresse konkretisiert und das methodische Vorgehen dargelegt, um anschließend für die vier Untersuchungsgebiete die Ergebnisse der Experteninterviews zu erörtern.

## Teil A: Theoretischer Teil

### 3.1. Konzeptionelle Grundannahmen und Wirkungsdimensionen

Studien zu Quartierseffekten untersuchen zunächst ganz allgemein, welche Auswirkungen das Leben in einem Quartier für seine Bewohner hat. Dabei bezeichnen Quartierseffekte eigenständige Effekte des Quartiers, die, unabhängig von Merkmalen des Individuums oder des Haushalts, auf die Lebensqualität und die Perspektiven seiner Bewohner wirken. Der Begriff des Quartiers soll hier verstanden werden als „kontextuell eingebetteter, durch externe und interne Handlungen sozial konstruierter [...] Mittelpunkt-Ort alltäglicher Lebenswelten und individueller sozialer Sphären, deren Schnittmengen sich im räumlich-identifikatorischen Zusammenhang eines überschaubaren Wohnumfeldes abbilden“ (Schnur 2008:40). Quartierseffekte können also beschrieben werden als Effekte, die sich aus diesen Schnittmengen heraus ergeben und sich positiv oder negativ auf die Situation der Bewohner auswirken können. Dadurch werden sie zur „net change in the contribution to life-chances made by living in one area rather than another“ (Atkinson & Kintrea 2001: 2278).

Dabei werden sowohl Effekte ethnischer Segregation als auch Effekte sozialer Segregation betrachtet. Neben negativen Effekten, die zu Beeinträchtigungen der Lebensqualität und -chancen führen können, fallen unter den Begriff Quartierseffekte im obigen Begriffsverständnis auch positive Effekte des Quartiers auf seine Bewohner. Bezogen auf das Themenfeld soziale Segregation, das im Mittelpunkt dieser Arbeit steht, lauten die zentralen Fragen zu Quartierseffekten, ob arme Quartiere ihre Bewohner ärmer machen (Blasius & Friedrichs 2000: 19) und ob sozial gemischte bzw. reiche Quartiere ihre Bewohner reicher machen.

Wenngleich Quartierseffekte sich per se positiv und negativ auf die Lebensbedingungen der Bewohner auswirken können, werden Quartierseffekten in der Forschung i.d.R. als negative Effekte konzipiert und untersucht. Die Rede von Quartierseffekte basiert dann meist auf der Annahme, dass es schlimmer ist, arm in einem armen Stadtteil zu sein als arm in einem sozial gemischten Wohngebiet (Atkinson & Kintrea 2004: 438). Aktuelle Forschungsfragen zu Quartierseffekten, die in Anlehnung an die amerikanische Diskussion über *neighborhood effects* formuliert werden, haben also weniger die Ressourcen und Schutzfunktionen des Quartiers im Fokus als die benachteiligenden Aspekte sozialer Segregation. Unter Quartierseffekten eines Wohngebiets werden hier Einschränkungen von Lebensqualität und Perspektiven verstanden, die sich für den Einzelnen aus der Tatsache ergeben, in einem armen Stadtteil zu leben.

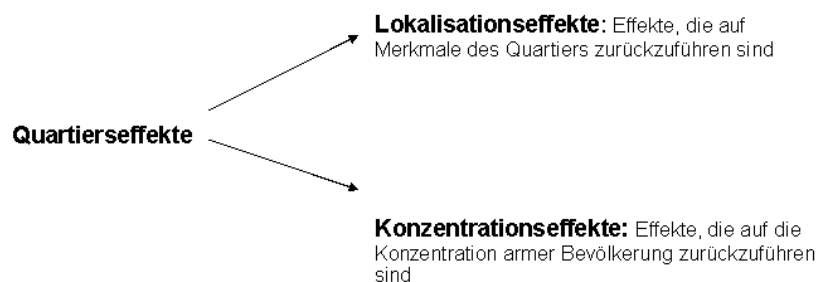
#### *Mechanismen und Wirkungsbereiche*

Quartierseffekte können für die unterschiedlichsten Lebensbereiche der Bewohner angenommen werden: So werden sie hinsichtlich verschiedener Merkmale der sozialen Lage wie Beschäftigung, Einkommen und Bildung vermutet, aber auch für Bereiche der physischen und psychischen Gesundheit, der Sozialisation und den Bereich sozialer Beziehungen untersucht.

Diese postulierte ‚Breitenwirksamkeit‘ von Quartierseffekten spiegelt sich auch in der stark multidisziplinär geprägten Forschung wider, in der neben der Geographie und Soziologie auch Disziplinen wie Ökonomie, Kriminologie, Psychologie und Sozialmedizin vertreten sind.

Wesentlich für das Verständnis von Quartierseffekten ist die Frage nach genauen Wirkungsmechanismen von Effekten des Quartiers, also die Frage nach der Erklärung, auf welche Weise benachteiligte Quartiere benachteiligende bzw. bevorzugte Quartiere bevorzugende Wirkungen entfalten. Hier lassen sich zunächst grundsätzlich solche Prozesse, die von physischen Merkmalen des Orts ausgehen und somit zu Lokalisationseffekten führen, von solchen unterscheiden, die aus der Konzentration von Armut resultieren und zu Konzentrationseffekten führen (Marpsat 1999: 304, Atkinson 2005: 6) (vgl. Abbildung 12).<sup>39</sup>

**Abb. 2: Quartierseffekte**



Quelle: eigene Darstellung

Als *Lokalisationseffekte* werden Effekte bezeichnet, die aus physischen Merkmalen des Quartiers resultieren und damit vom Ort selbst ausgehen. Sie umfassen also zunächst Effekte, die aus der Lage und der Anbindung des Quartiers resultieren und darüber entscheiden, ob städtische Arbeitsmärkte oder andere Zentren von den Quartiersbewohnern problemlos erreicht werden können. Aber auch Effekte im Bereich Gesundheit können zu Lokalisationseffekten gezählt werden, so wie beispielsweise Gesundheitseinschränkungen, die aus einer hohen Lärm- und Umweltbelastung in einem Quartier resultieren, bedingt z.B. durch die Nähe zu einer Autobahn oder zu industriellen Einrichtungen.

*Konzentrationseffekte* hingegen gehen auf die Konzentration einer bestimmten Bevölkerungsgruppe in einem Gebiet zurück. Meist wird in diesem Zusammenhang von der Konzentration

---

<sup>39</sup> In der Fachdebatte existiert keine einheitliche Bezeichnung der einzelnen Typen von Quartierseffekten. Die grundlegende Unterscheidung in Lokalisationseffekte und Konzentrationseffekte ist zwar verbreitet, wird aber z.T. noch um andere Typen ergänzt. So unterscheidet Atkinson beispielsweise neben Effekten der „Localisation“ und „Concentration“ auch die Typen „Milieu“, „Socialisation“, „Physcial“ und „Service“ (Atkinson 2005: 6/7). Ich verstehe im Folgenden die Unterscheidung in Lokalisations- und Konzentrationseffekte als übergeordnet.



armer Bevölkerung gesprochen. Diese kann benachteiligende Effekten durch eine Überlastung öffentlicher und sozialer Einrichtungen in einem Gebiet mit sich bringen, was zu einer geringeren Qualität lokaler Einrichtungen führen kann. Auch Effekte im Bereich Sozialisation können zu Konzentrationseffekten gezählt werden. In diesem Zusammenhang werden Effekte genannt, die zur Schwächung von gesellschaftlichen Werten und Normen bzw. zur Entstehung neuer, vom gesellschaftlichen Mainstream abweichender Standards führen. Hier wird meist auf das Fehlen positiver Rollenvorbilder oder Sozialisationseffekte durch Gleichaltrige (Peergroups) verwiesen. Darüber hinaus sind Konzentrationseffekte in Form von privaten Desinvestitionen in einem Gebiet denkbar, die mit einer geringen Kaufkraft in einem Quartier einhergehen können.

Tatsächlich lassen sich nicht alle Quartierseffekte den beide Gruppen der Lokalisations- bzw. Konzentrationseffekte zuordnen. So speist sich beispielsweise das Stigma eines Gebiets meist aus Aspekten, die dem Bereich Lokalisation (Lagegunst, Freiraumqualitäten, bauliche Struktur) und dem Bereich der Bevölkerungsstruktur zuzuordnen sind. Effekte, die aus dem Image eines Quartiers resultieren, entziehen sich also der klaren Einordnung in Lokalisations- bzw. Konzentrationseffekten. Deshalb ist es nötig, weitere Kriterien zur Differenzierung von Quartierseffekten heranzuziehen.

Unterscheidet man nach den zugrunde liegenden Mechanismen von Quartierseffekten, so lässt die Mehrzahl der theoretischen Annahmen zur Entstehung von Quartierseffekten drei zentrale Dimensionen erkennen (vgl. z.B. Farwick 2001, Fitzpatrick 2004, Häußermann 2003): Zunächst die objektiven Ressourcen eines Quartiers, dann den Bereich sozialer Beziehungen und schließlich die Symbolik des Ortes.<sup>40</sup>

Unter den Bereich der *objektiven Ressourcen* des Quartiers fallen beispielsweise die Qualität des Wohnumfeldes und der bauliche Zustand der Wohnungen, die soziale und kommerzielle Infrastrukturausstattung des Gebiets und seine Lage und Verkehrsanbindung. Wenn in diesen Bereichen Beeinträchtigungen vorliegen, kann sich das einschränkend auf die Lebensqualität der Bewohner auswirken.

Der Bereich *sozialer Beziehungen* umfasst zum einen das Ausmaß des sozialen Kapitals, das durch soziale Netzwerke im Gebiet bereitgestellt wird, zum anderen Sozialisationseffekte, die insbesondere für Kinder und Jugendliche durch Interaktion oder soziales Lernen entstehen können. Hinsichtlich des sozialen Kapitals wird häufig argumentiert, dass durch die hohe Fluktuation in benachteiligten Wohngebieten und den höheren Problemdruck bei vielen Be-

---

<sup>40</sup> Auch hier existieren unterschiedliche Differenzierungen. So behandeln einige Autoren auch den Bereich politischer Repräsentation als eigenständigen Wirkungsbereich. Ellen und Turner unterscheiden die Bereiche der Qualität lokaler Dienstleistungen, der Sozialisation durch Erwachsene und *peers*, soziale Netzwerke, der Präsenz von Verbrechen und Gewalt sowie physische Distanz und Isolation (Ellen & Turner 1997: 836). Angesichts der Vielzahl unterschiedlicher Differenzierungen wird die Schwierigkeit deutlich, zwischen den Bereichen zu unterscheiden, denen die zugrunde liegenden Mechanismen von Quartierseffekten zuzuordnen sind, und jenen Bereichen, in denen die jeweiligen Effekte sichtbar werden.

wohnern eine geringe Interaktionsdichte im Quartier besteht und kleine, eher konflikthafte Netzwerke in der Nachbarschaft überwiegen (Fitzpatrick 2004: 11). Negative Sozialisations-effekte in einem von Armut geprägten Gebiet können sich beispielsweise in Erwartungen und Ambitionen oder auch Normen und Verhaltensweisen ausdrücken, die sich von jenen der Mehrheitsgesellschaft unterscheiden und den Betroffenen beim sozialen, beruflichen etc. Weiterkommen im Weg stehen. Dabei spielen hierbei zunächst die Sozialisation durch Erwachsene, dann die Sozialisation durch Peergroups oder ältere Jugendliche und schließlich die Sozialisation durch Institutionen eine Rolle (Ellen & Turner 1997: 838f, Häußermann & Siebel 2004: 166ff)<sup>41</sup>. Im weiteren Sinne zählen auch Bildungseffekte zum Bereich der Sozialisationseffekte, wobei hier oft davon ausgegangen wird, dass in benachteiligten Quartieren geringere Bildungschancen für Kinder und Jugendliche bestehen.

Die *symbolische Dimension* von Quartierseffekten umfasst Konsequenzen, die durch das schlechte Image eines Quartiers für den Einzelnen entstehen. Die Stigmatisierung des eigenen Wohnorts kann massive Desintegrationserfahrungen mit sich bringen (Wacquant 2004). Dies kann auf das Selbstwertgefühl und Verhalten der Bewohner einwirken, aber auch Benachteiligungen durch Dritte nach sich ziehen, z.B. Diskriminierungen bei Bewerbungen oder beim Abschluss von Telefon- oder Versicherungsverträgen (Shebba 1999). Tabelle 1 zeigt eine Übersicht über die drei zentralen Dimensionen von Quartierseffekten, wobei zwischen einzelnen Einflussfaktoren und möglichen negativen wie positiven Effekte, wie sie in der Diskussion um Quartierseffekte genannt werden, unterschieden wird.

**Tab. 1: Dimensionen von Quartierseffekten**

Dimensionen	Einflussfaktoren	Mögliche Effekte (neg./pos.)
Objektive Ressourcen des Quartiers	Baulicher Zustand des direkten Wohnumfelds Freiraumqualität Ausstattung mit Sport- und Freizeiteinrichtungen Grad an öffentlichen und privaten Investitionen Ausstattung mit sozialer und kommerzieller Infrastruktur Lage Anbindung an ÖPNV (...)	Wohnunzufriedenheit/Wohnzufriedenheit Empfundene Deprivation/Bevorzugung Scham/Stolz Erhöhung des subjektiven Unsicherheitsgefühls/Sicherheitsgefühls Gesundheitliche Beeinträchtigungen/positive Auswirkungen im Gesundheitsbereich Geringe Freizeitqualität, wenig Erholung im Nahbereich/hohe Freizeitqualität, Erholung im Nahbereich Isolation vom Arbeitsmarkt bzw. anderen städtischen Zentren/gute Anbindung Reduzierte Mobilität/hohe Mobilität (...)

<sup>41</sup> An dieser Stelle sei auf die ausführliche Diskussion zur Entstehung von Sozialisationseffekten bei Jencks und Mayer hingewiesen (Jencks & Mayer 1990).

Soziale Beziehungen	Ausstattung mit sozialem Kapital Beschaffenheit sozialer Netzwerke im Gebiet Existenz positiver Rollenvorbilder Peergroups „Culture of poverty“ (Lewis)/„culture of mainstream“ (...)	Erschwerter/erleichterter Zugang zu Informationen und Hilfsangeboten z.B. bei der Jobsuche Schwächung/Stärkung gemeinschaftlicher Normen und Werte im Quartier Erhöhter Problemdruck an lokalen Bildungseinrichtungen/gute Lernatmosphäre Erhöhtes/geringes lokales Konfliktpotential Förderung abweichenden Verhaltens bzw. abweichender Normen/stärkere Bindung an Normen und Werte der Mehrheitsgesellschaft Misstrauen/Vertrauen (...)
Symbolik	Negative/positive Berichterstattung in den Medien Bewertung des Wohnquartiers durch Freunde und Familie Antizipation des Gebietsimages Stigmatisierungsprozesse/ Aufwertungsprozesse (...)	Wohnunzufriedenheit/Wohnzufriedenheit Diskriminierung/Bevorzugung bei der Jobsuche Redlining/Bevorzugung Geringeres Selbstwertgefühl/erhöhtes Selbstwertgefühl Gefühl der sozialen Ausgrenzung/Gefühl der Akzeptanz und Anerkennung Einschränkung des Selbstbewusstseins/Steigerung des Selbstbewusstseins Scham oder Wut/Stolz Gefühl der Isolation/Gefühl der Eingebundenheit Herablassendes Verhalten/Anerkennung von Behördenseite oder Bekanntenkreis (...)

Quelle: eigene Darstellung

Die drei Wirkungsdimensionen objektive Ressourcen eines Quartiers, soziale Beziehungen und Symbolik umfassen einerseits die zentralen Mechanismen der Entstehung von Quartiereffekten. Andererseits beschreiben sie auch Bereiche, in denen Quartiereffekte auftreten können. Bei der Differenzierung von Quartiereffekten auf der Grundlage einzelner Bereiche, in denen Quartiereffekte in der empirischen Forschung vorrangig vermutet und untersucht werden, spielen neben den drei genannten Dimensionen insbesondere die Wirkungsbereiche soziale Mobilität, Gesundheit und politische Repräsentation eine Rolle.

Zum Bereich der *sozialen Mobilität* können Effekte gezählt werden, die sich langfristig auf die Beschäftigungssituation, den Bildungsgrad und die Einkommensverhältnisse auswirken. So ist beispielsweise ein geringerer Schul- und Bildungserfolg in benachteiligten Quartieren denkbar, da die lokalen Bildungseinrichtungen unter dem Druck vieler sozialer Problemlagen stehen. Darüber hinaus sind Diskriminierungen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt mög-

lich, die auf einer „falschen Adresse“ des Bewerbers basieren. Schließlich wirkt in diesem Zusammenhang auch die räumliche Isolation mancher Quartiere, die Bewohner von zentralen städtischen Arbeitsmärkten entfernt und ganz praktische Schwierigkeiten beim Erreichen von Arbeitsplätzen mit sich bringen kann.

Effekte des Quartiers auf die *Gesundheit* seiner Bewohner sind beispielsweise durch Lärm- und Umweltbelastungen im Gebiet denkbar. Genauso können Unsicherheitsgefühle oder Gefühle der Deprivation zu Beeinträchtigungen der psychischen Gesundheit und somit zu psychosomatischen Beschwerden beitragen.

Im Bereich der *politischen Repräsentation* spielen insbesondere Überlegungen zur Wahlbeteiligung und dem politischen Engagement in den Gebieten eine Rolle. So wird oft davon ausgegangen, dass durch ein geringeres Potential der politischen Mobilisierung in benachteiligten Gebieten die politische Repräsentation der Quartiere in Mitleidenschaft gezogen wird. Tabelle 2 zeigt eine Übersicht über diese drei Wirkungsbereiche von Quartierseffekten, wobei zentrale Einflussbereiche und mögliche negative und positive Effekte unterschieden werden.

**Tab. 2: Wirkungsbereiche von Quartierseffekten**

Wirkungsbereich	Einflussfaktoren	Mögliche Effekte (neg./pos.)
Soziale Mobilität:  Bildung Beschäftigung Einkommen	Reputation des Quartiers Erreichbarkeit städtischer Arbeitsmärkte Sozialisierungseffekte durch Rollenvorbilder und Peergroups Lernklima an lokalen Schulen Ausstattung mit sozialem Kapital (...)	Diskriminierung: Geringere Chance auf Beschäftigung/erhöhte Chance Längere Arbeitslosigkeit und Bezug von Transfereinkommen/kürzere Bezugsdauer Geringerer Bildungserfolg/hoher Bildungserfolg Geringeres Einkommen bzw. schlechtere Einkommensentwicklung/höheres Einkommen bzw. bessere Einkommensentwicklung Erhöhtes Schulversagen/größerer Schulerfolg (...)
Gesundheit	Subjektives Sicherheitsempfinden Empfundene Deprivation bzw. Anerkennung Lärmbelästigung Umweltbelastungen (...)	Beeinträchtigung psychischer und physischer Gesundheit/Förderung der psychischen und physischen Gesundheit Geringeres Potential, „die Dinge in die Hand zu nehmen“/Energie für das individuelle Weiterkommen (...)

Politische Repräsentation	Anteil an Wahlberechtigten bzw. Wählern  Bedeutung von Konflikten im Gebiet Grad bürgerschaftlichen Engagements (...)	Geringere politische Repräsentation/ hoher Grad an politischer Repräsentation  Geringerer Einfluss/Fähigkeit zur Durch- setzung von Interessen  Geringeres Mobilisierungspotential / hohes bürgerschaftliches Engagement  (...)
------------------------------	---	--

Quelle: eigene Darstellung

In dieser tabellarischen Übersicht wird erkennbar, dass ähnliche Mechanismen in unterschiedlichen Bereichen wirksam sein können. So kann sich beispielsweise das Stigma eines Gebiets negativ auf das eigene Selbstwertgefühl und damit auf den Bereich der psychischen Gesundheit auswirken, aber auch den Bereich sozialer Mobilität betreffen. Ein geringeres soziales Kapital kann bei der Jobsuche und damit im Bereich soziale Mobilität benachteiligend wirken, wie auch im Bereich der sozialen Beziehungen negative Effekte hervorrufen. Auch die potentiellen Quartierseffekte sind nicht auf einzelne Wirkungsbereiche beschränkt: So kann beispielsweise subjektiv empfundene Deprivation durch Mängel im Wohnumfeld entstehen, genauso wie sie aus der negativen Berichterstattung über das eigene Wohngebiet resultieren kann.

### 3.2. Das Ideal der sozialen Mischung

Eine der Grundannahmen des Konzepts der Quartierseffekte, der zufolge die soziale Zusammensetzung eines Wohngebiets die Perspektiven und Lebensqualität seiner Bewohner beeinflusst („Konzentrationseffekte“), entspricht einer der zentralen Annahmen des Planungsideals der sozialen Mischung. Soziale Mischung, also die Vorstellung der „ausgewogenen“ Mischung der einzelnen sozialen Gruppen in einem Gebiet, ist die Antithese einer vollständig segregierten Gesellschaft. So wird bei der Rede von negativen Quartierseffekten, die aus sozialer Segregation resultieren können, immer implizit und häufig explizit ein positiver Bezug zum Planungsideal der sozialen Mischung hergestellt. Es ist anzunehmen, dass die Theorie und Forschung zu Quartierseffekten in beträchtlichem Maße von dem Diskurs um soziale Mischung geprägt und mitbestimmt wurde. Deshalb sollen im Folgenden die wesentlichen Merkmale der sozialwissenschaftlichen, planerischen und politischen Debatte um soziale Mischung erörtert werden.

Die Idee, mit der „richtigen“ Mischung unterschiedlicher sozialer Gruppen diversen Gefahren bzw. Problemen städtischer Armutskonzentration entgegenwirken zu können, hat eine lange Tradition und erfreut sich einer ungebrochenen Popularität in der Stadtplanung und Stadtpolitik: Das Konzept der sozialen Mischung prägte bereits die ersten Wohnungsreformen des 19. Jahrhunderts, beeinflusste die Planung von Idealstädten und Stadtutopien wie reale Stadterweiterungen und entwickelte sich im Verlauf des 20. Jahrhunderts zum allgemeinen Credo der Stadtplanung (Pacquot 2005, Sarkissian 1976).

Dabei ist zunächst festzuhalten, dass die Vorstellung einer sozial wie funktional heterogenen Stadt inhärent mit der Entstehung der modernen Großstadt verbunden ist. So betrachtete Louis Wirth Urbanität als Funktion von Bevölkerungsgröße, Dichte, Heterogenität und Dauerhaftigkeit des Siedelns (Wirth 1938). Vorher hatte schon Georg Simmel soziale und kulturelle Fremdheit zwischen den Stadtbewohnern als zentrales Merkmal urbaner Lebensweise beschrieben (Simmel 1903). Und viele Jahre später formuliert Hans Paul Bahrdt (1961) über die moderne Großstadt: „Wir werden niemals in einer Großstadt leben, die einheitlich und widerspruchsfrei ist“ (ebd.: 123). In diesem Verständnis ist die Heterogenität der Bevölkerung eines der konstituierenden Merkmale der modernen Großstadt, was insbesondere für den Idealtyp der europäischen Stadt gilt (Siebel 2000: 28).

Seitdem die soziale Heterogenität auf kleinräumiger Ebene durch den Anstieg gesellschaftlicher Ungleichheit und sozialräumlicher Fragmentierungen in der postindustriellen Stadt zunehmend in Frage gestellt wird, gewinnt das Planungsziel der sozialen Mischung in vielen europäischen Ländern im Bereich stadtpolitischer Interventionen in „benachteiligten Stadtvierteln“ an Bedeutung. In der aktuellen Relevanz des Planungsideals der sozialen Mischung für die europäische Stadtpolitik, Stadtplanung und sozialwissenschaftliche Forschung kommen m.E. drei wesentliche Aspekte zum Ausdruck, die der Debatte um soziale Mischung seit jeher zugrunde lagen: Erstens wird das Planungsziel soziale Mischung immer dann in besonderem Maße bemüht, wenn es verstärkt zu gesellschaftlichen Ausdifferenzierungen und sozialem Wandel kommt. Zweitens kommt darin immer die Überzeugung zum Ausdruck, soziale Beziehungen ließen sich durch Maßnahmen der Stadtplanung wesentlich beeinflussen. Schließlich lässt sich drittens eine deutliche Kontinuität der unterschiedlichen Zielkategorien feststellen, die in der Diskussion um soziale Mischung zum Ausdruck kommen (Harlander 2000: 11)<sup>42</sup>. Diese Zielkategorien werden im Folgenden erörtert.

### *Großstadtkritik*

In den Großstädten des 19. Jahrhunderts entstanden Arbeiterviertel mit miserablen Wohnbedingungen. Das sichtbare Elend in diesen Quartieren war der Ausgangspunkt dafür, dass, obwohl soziale Heterogenität ein konstituierendes Merkmal der industriellen Großstadt darstellt, das Planungsziel der sozialen Mischung wesentlich von antiurbanen Einflüssen und der romantischen Idealisierung dörflicher Lebensweisen geprägt wurde:

„Confronted with the highly visible degradation of life in the new cities of industrial England, many social critics idealized the pre-industrial village of ‚Merrie England‘(...). The enthusiasts of the village saw in its mix of classes and vocations an antidote to new class antagonism which had split England into two nations (...).“ (Sarkissian 1976: 234)

---

<sup>42</sup> Eine historische Analyse einzelner Zielkategorien des Planungsziels soziale Mischung findet sich bei Sarkissian 1976 (231-234).

Die hier angesprochene Forderung nach sozialer Mischung kam aus den Reihen der liberalen Großstadtkritiker. Von Seiten der konservativen Großstadtkritik erfolgte vielmehr eine Kritik an sozialer Mischung: Die Großstadt stand hier unter Generalverdacht, das Zentrum einer Massenkultur, Emanzipation und sozialer Mischung zu sein (Kost 1989: 162). In Deutschland spielte die Großstadtkritik als „Allegorie für Bedrohungsängste infolge sozioökonomischen Wandels“ (ebd.) im 19. Jahrhundert eine große Rolle. Den unterschiedlichen Strömungen antiurbaner Haltungen gemein war die Ablehnung der Großstadt als etwas Unnatürliches und die daraus resultierende Verherrlichung der Natur sowie des Lebens in überschaubaren Gemeinschaften (Berndt 1961). Bewegt sich die Definition von sozialer Mischung als Merkmal von Urbanität auf der Ebene der Gesamtstadt, vollzieht sich mit der Forderung nach sozialer Mischung aus den Reihen der Großstadtskeptiker eine Maßstabsverkleinerung mit kleinräumigerem Fokus.

Bis heute ist das Leitbild soziale Mischung mit Kritik an der modernen Großstadt verbunden. Aktuell werden großstadtkritische Argumente insbesondere in der Städtebaubewegung New Urbanism laut, die seit dem Ende der 1980er Jahre v.a. in den USA erfolgreich ist. Der New Urbanism ist eine kritische Reaktion auf den Urban Sprawl in den USA und fordert die Rückkehr zur kompakten Stadt der kurzen Wege (Talen 1999). Ähnlich wie schon von Jane Jacobs gefordert, will der New Urbanism durch Vielfalt der Nutzungen, Bauten und anderer Planungselemente soziale Interaktion und Gemeinschaftssinn fördern. Dabei ist die „diversity of people – of ages, income levels, cultures, races“ ([www.newurbanism.org](http://www.newurbanism.org), 20. August 2008) ein zentrales Ziel. In der Praxis ist der New Urbanism aber trotz aller Rhetorik eher Produzent einer Reihe von sozial homogenen Mittel- und Oberschichtsquartieren, in denen, so Marcuse, vielmehr die Angst vor dem Urbanen als neue Urbanität zum Ausdruck kommt (Marcuse 2000).

Neben expliziter Großstadtkritik, wie sie im Rahmen der Städtebaubewegung New Urbanism formuliert wird, werden Tendenzen antiurbaner Haltungen aktuell auch hinsichtlich der Beziehung zwischen Sozialstruktur und Image eines Wohngebiets sichtbar. Eine sozial gemischte Bevölkerung ist grundsätzlich von hoher Bedeutung für das Image eines Quartiers, auch heute noch (Musterd 2008). In diesem Sinne lassen aktuelle Stigmatisierungsprozesse armer oder sozial benachteiligter Stadtviertel z.T. auch antiurbane Elemente erkennen.

### *Sozialer Ausgleich und Kontrolle*

Neben antiurbanen Motiven spielten „utilitaristische Ideale“ (Sarkissian 1976: 234) in der Debatte um soziale Mischung eine Rolle, die auf die Besserstellung der Armen und den sozialen Ausgleich zwischen den einzelnen sozialen Gruppen abzielen. Angesichts der sozialen Misere der Arbeiterschaft und ihrer schlechten Wohnbedingungen liebäugelten viele sozial- und wohnungsreformerische Ansätze des ausgehenden 19. Jahrhunderts mit dem Leitbild einer sozial gemischten Bevölkerung. Großen Einfluss auf die Diskussion um die soziale Mischung besaß in diesem Zusammenhang der Industrielle Cadbury und seine Stadtgründung

Bournville um das Jahr 1879. Bournville sollte den Lebensstandard der Arbeiter, ihre Gesundheit und ihre Moral verbessern, und hier nahm soziale Mischung als Strategie einen wichtigen Platz ein (Sarkissian 1976: 235). Auch inmitten der Planungsideale der Gartens Stadtbewegung um Howard nahm das Ideal der sozialen Mischung einen wichtigen Platz ein und erfuhr dadurch in den 1930er und 1940er Jahren eine wachsende Beliebtheit bei Planern der britischen New Towns (ebd.: 240).

Bis heute besitzen Motive der Besserstellung armer Bevölkerungsgruppen eine große Bedeutung bei der Diskussion um soziale Mischung in Politik und Forschung. So prägen sie die öffentliche Wohnungs- und Städtebauförderung der meisten europäischen Länder. Harlander weist darauf hin, dass Beweggründe des sozialen Ausgleichs dabei häufig mit Motiven der Erziehung und Kontrolle einhergehen und betont, dass diese Ambivalenz die Debatte um soziale Mischung schon seit jeher prägt (Harlander 2000: 109f.). Er sieht in der Zweischneidigkeit von Besserstellung und Kontrolle „eine Ambiguität, die das staatlich formulierte ‚Durchmischungsziel‘ auch späterhin nie ganz verloren hat“ (ebd.). In der aktuellen Diskussion um die Konsequenzen sozialer Mischung kommt diese Mehrdeutigkeit insbesondere im postulierten Zusammenhang zwischen einer gemischten Sozialstruktur und positiven Sozialisationseffekten durch die Existenz positiver Rollenvorbilder oder geeigneter Peergroups zum Ausdruck (Musterd 2008: 899).

### *Demokratie*

Ein weiterer Argumentationsstrang für das Ideal der sozialen Mischung liegt im Bereich Demokratie und sozialer Kohäsion. Zum einen wird eine sozial gemischte Bevölkerung als Abbild der Pluralität der modernen urbanen Gesellschaft betrachtet (Gans 1961: 181). Zum anderen wird das kleinräumige Zusammenleben verschiedener sozialer Gruppen meist gleichgesetzt mit Kontakt zwischen den Gruppen, und somit wird davon ausgegangen, dass soziale Mischung die Toleranz und soziale Harmonie zwischen sozialen und ethnischen Gruppen fördert und damit den sozialen Zusammenhang stärkt (ebd.: 177).

In ähnlicher Weise wird argumentiert, wenn die Förderung des sozialen Konflikts durch Konfrontation thematisiert wird (Sarkissian 1976: 232). So beschreibt beispielsweise Sennett die massive Suburbanisierung in den USA in den 1970er Jahren als Flucht vor dem städtischen Pluralismus und Chaos. Er bescheinigt dem modernen Menschen Konfliktunfähigkeit und hält an der „vitalizing challenge of dissonance“ fest (Sennett 1973: 130, zit. bei Sarkissian 1976: 242).

Auch hinsichtlich der politischen Repräsentation der Bewohner eines Gebiets wird dem Planungsideal der sozialen Mischung stabilisierende und demokratiefördernde Wirkung attestiert. So wird bis heute häufig davon ausgegangen, dass eine sozial durchmischte Bewohnerschaft höheres politisches Interesse und Engagement garantiert. Dieses Argument spielt aktuell insbesondere bei der Debatte um eine geringere Wahlbeteiligung in benachteiligten Wohngebieten eine Rolle.



### *Funktionale Argumente*

Neben den genannten Motiven liegen noch eine Reihe funktionaler Argumente vor, die für die soziale Mischung ins Feld geführt werden. Insbesondere Herbert Gans kann als Vertreter dieser Funktionalität sozialer Mischung betrachtet werden:

„[...] as long as local taxation is the main support for community services, homogeneity at the community level encourages undesirable inequalities. The high-income suburb can build modern schools with all the latest features, the low income suburb is forced to treat even minimal educational progress as a luxury. Such inequity is eliminated more efficiently by federal and state subsidy than by community heterogeneity, but the latter is essential as long as such subsidies are so small.“ (Gans 1961: 181)

Derartige funktionale Argumente kommen insbesondere in Staaten wie den USA zum Tragen, wo die kommunalen Steuereinnahmen in sehr hohem Maße von der Bevölkerungsstruktur im Gebiet bestimmt werden und kommunale oder nationale Ausgleichssysteme eine vergleichsweise geringe Rolle spielen.

Soziale Mischung wird auch heute noch als wichtige Voraussetzung für Investitionen in öffentliche und kommerzielle Infrastruktur betrachtet. Dabei wird insbesondere davon ausgegangen, dass eine gewisse Kaufkraft in einem Gebiet vorhanden sein muss, um ein stabiles und ausreichendes lokales Gewerbeangebot zu halten.

Betrachtet man zusammenfassend die unterschiedlichen Zielkategorien der sozialen Mischung, so wird deutlich, dass die Debatte um soziale Mischung weit über funktionale Argumente hinausreicht und stark normativ aufgeladen ist. So besteht zuweilen die Gefahr, dass eine kritische Diskussion um Konsequenzen der Politik der sozialen Mischung, insbesondere bei der Frage, wer von einzelnen politischen Maßnahmen, die der Herstellung sozialer Mischung dienen, profitiert, zu kurz kommt (Nieszery 2007). Dies ist umso kritischer zu betrachten, als dass der hohe Stellenwert des Ideals der sozialen Mischung eher ideologisch als empirisch gestützt erscheint, insbesondere was Motive im Bereich der sozialen Kohäsion betrifft (Andersson & Musterd 2005, Sarkissian 1976 und 1990, Gans 1961).

### **3.3. Theoretische Bezüge**

Eine allgemeine ‚Theorie der Quartierseffekte‘ gibt es nicht. Grundsätzlich gilt, dass in der Forschung zu Quartierseffekten methodische Diskussionen im Vordergrund stehen und demgegenüber theoretische Fragestellungen nach den Mechanismen und genauen Funktionsweisen von Quartierseffekten tendenziell zu kurz kommen. Dennoch existiert eine Reihe von theoretischen Ansätzen, die herangezogen werden können, um die Wirkung des Quartiers auf seine Bewohner zu erklären. Hierbei spielen zunächst das Konzept der *underclass* sowie das Konzept der *Kultur der Armut* nach Oscar Lewis eine wichtige Rolle. Beide Ansätze können zu kulturalistischen Erklärungsansätzen für Armut gezählt werden, welche insbesondere in der amerikanischen Forschung zu Quartierseffekten eine wichtige Rolle einnehmen.

Um das Entstehen negativer Quartierseffekte zu erklären, kommt darüber hinaus dem Konzept der *Konzentrationseffekte* nach Wilson eine zentrale Rolle zu. Um die Wirkung des Quartiers auf soziale Netzwerke zu analysieren, wird das Konzept des *sozialen Kapitals* – unterschiedlich nuanciert – sowohl in der amerikanischen als auch in der europäischen Forschung zu Quartierseffekten rezipiert. Diese zentralen theoretischen Ansätze der Forschung zu Quartierseffekten werden im Folgenden diskutiert. Dabei wird ersichtlich, dass es sich mehrheitlich um Ansätze handelt, die das Entstehen von Quartierseffekten durch die Wirkung des Quartiers auf den Bereich sozialer Beziehungen erklären. Dies entspricht auch dem empirischen Schwerpunkt der amerikanischen Forschung zu Quartierseffekten.

### 3.3.1. Underclass und Kultur der Armut

In einem großen Teil der Forschung zu Quartierseffekten wird eine Wirkung des Wohngebiets auf Haltungen und Verhalten seiner Bewohner erwartet, von denen angenommen wird, dass sie der sozialen Mobilität des Einzelnen im Weg stehen können. Argumentiert wird beispielsweise, dass in einem von Arbeitslosigkeit geprägten Milieu wichtige Qualifikationen für den beruflichen Alltag wie Pünktlichkeit oder Zuverlässigkeit nicht erlernt werden oder abweichendes Verhalten gefördert wird. Derartige Argumentationen betonen oft das Anderssein der Armen und liegen damit in der Tradition kulturalistischer Erklärungsmuster für Armut und soziale Ausgrenzung.

Solche kulturalistischen Erklärungsansätze rücken Einstellungen, Normen und Verhalten der Armen für die Erklärung von Armut in das Zentrum, während strukturelle Erklärungen wie Wirtschafts- und Arbeitslosenentwicklung tendenziell vernachlässigt werden. Kulturalistische Armutsforschung erlebte in den USA seit den 1960er Jahren eine steile Karriere, als vor allem von konservativer Seite versucht wurde, die Misere des *black ghetto* anhand der abweichenden Kultur seiner Bewohner zu erklären (Scharenberg 2007). Bis heute haben kulturalistische Ansätze einen großen Einfluss in der amerikanischen Forschung und bei (sozial-)politischen Diskussionen (ebd.: 186). Sie haben die amerikanische Forschung zu Quartierseffekten in hohem Maße stimuliert und beeinflusst, wobei insbesondere zwei Konzepte eine vorrangige Rolle spielen: Das Konzept der *underclass* und die so genannte *Kultur der Armut*.

#### *Underclass*

Der Begriff *underclass* beschreibt eine Gruppe von Armen, die vor dem Hintergrund des sozialen Wandels in den amerikanischen Innenstädten entstanden ist und mit herkömmlichen Klassen- und Schichtmodellen nicht ausreichend zu beschreiben ist (Katz 1993: 21, Brehm & Gestrung 1997: 61). Es handelt sich vielmehr um eine neue Gruppe, die vom Rest der (Mainstream-) Gesellschaft dauerhaft ausgegrenzt ist. Brehm & Gestrung benennen bei der Definition der *underclass* anhand der amerikanischen Diskussion vier Kriterien: Die *underclass* ist erstens ökonomisch ausgegrenzt, weil sie keinen Zugang zum Arbeitsmarkt hat, sie ist zweitens räumlich ausgegrenzt, weil sie infolge starker Segregation in Innenstadtgebieten lebt, ist drittens von einer Kumulation von Benachteiligungen gekennzeichnet und reprodu-

ziert viertens durch ihre Einstellungen und ihr Verhalten ihre Ausgrenzung (Brehm & Gestring 1997: 63f.).

Der Begriff *underclass* stammt ursprünglich nicht von konservativen Forschern, sondern von dem schwedischen Ökonom Gunnar Myrdal. Er untersucht in „Challenge to affluence“ die amerikanische Wirtschaftsentwicklung und Sozialpolitik ab den 1950er Jahren und konstatiert dabei die enorme Zunahme von Arbeitslosigkeit und das damit verbundene Entstehen einer *underclass* (Myrdal 1963):

„Less often observed and commented upon is the tendency of the changes under way to trap an ‚underclass‘ of unemployed and, gradually, unemployable persons and families of the bottom of a society in which, for the majority of people above that level, the increasingly democratic structure of the educational system creates more and more liberty – real liberty –and equality of opportunity, at least over the course of two generations.“ (ebd.: 40)

Bei Myrdal besteht die *underclass* aus Arbeitslosen und „Beschäftigungsunfähigen“, die von der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung abgehängt sind. Hintergrund für die Entstehung der so genannten *underclass* ist Myrdal zufolge v.a. die Veränderung der amerikanischen Arbeitswelt, die Qualifikation bedeutender werden lasse und quer zum amerikanischen Mythos liege, jeder könne es aus eigener Kraft heraus schaffen (ebd.). Durch die Bildungsexpansion weiter Teile der amerikanischen Gesellschaft schafft es nun nicht mehr jeder, seinen Platz in ihr zu finden, sondern nur die Qualifizierten. Dabei formuliert Myrdal im Ansatz schon die Existenz von Quartierseffekten, als er negative Effekte der amerikanischen *slum-clearence*-Politik diskutiert:

„The unemployed will be forced to live in slums, or, more probably, will always have done so: and whatever the official reaction may be, schools in slum areas will be as bad as those that serve the backwoods farmer. The whole way of life in the crowded slum areas of cities, or in the rural slum districts, will be destructive of the will and ability to advance“ (ebd.: 47).

Myrdal bringt damit Einstellungen und Verhalten mit individueller Armut in Verbindung, allerdings ohne in ihnen die Ursache der Armut zu sehen. Vielmehr sind es die Lebensumstände der *underclass*, auf denen der Schwerpunkt seiner Argumentation liegt. Und so ist Myrdals Analyse auch als Aufruf für Sozialreformen zu verstehen, um der so genannten *underclass* in Beschäftigung und in menschenwürdigere Lebensumstände zu verhelfen und damit zugleich die amerikanische Wirtschaft zu stabilisieren (ebd.: 17).

Das Konzept der *underclass* erfährt in den Folgejahren eine zweifache Verschiebung (Gans 1995: 28f.). Zum einen erfolgt eine rassistische Begriffsverengung auf die afroamerikanische Bevölkerung in den amerikanischen Innenstädten, die nun zum Prototyp der *underclass* wird. Zum anderen vollzieht sich eine argumentative Verschiebung bei der Begründung der Misere der *underclass*: Erkannte Myrdal noch in den Veränderungen der Arbeitswelt den Hauptgrund

für die Entstehung der *underclass*, steht in der Folge immer mehr das Verhalten der Armen im Zentrum der Debatten (ebd.). In den Jahren nach Myrdals „challenge to affluence“ wird das Konzept der *underclass* zunächst eher wenig rezipiert, bis dann 1977 das *Time Magazine* „the emergence of a menacing underclass in America’s inner cities“ beschreibt (Katz 1993: 4):

„Behind the [ghetto’s] crumbling walls lives a large group of people who are more intractable, more socially alien and more hostile than almost anyone had imagined. They are the unreachable: the American underclass ... Their bleak environment nurtures values that are often at odds with those of the majority – even the majority of the poor. Thus the underclass produces a highly disproportionate number of the nation’s juvenile delinquents, school dropouts, drug addicts and welfare mothers, and much of the adult crime, family disruption, urban decay and demand for social expenditures.“ („The American Underclass“, *Time Magazine* vom 29.8.1977, 14f., zit. n. ebd.).

Die *underclass* wird fortan zunehmend durch Drogenmissbrauch, Verbrechen, Teenagerschwangerschaften und hohe Arbeitslosigkeit charakterisiert, ihre Mitglieder sind jung und werden Minderheiten zugeordnet, insbesondere jener der afroamerikanischen Bevölkerung (ebd.). Sie zeichnet sich in der öffentlichen Wahrnehmung primär durch ihre abweichenden Normen und Einstellungen und ihr deviantes Verhalten aus, nicht durch ihre marginalisierte Position auf dem Arbeitsmarkt und ihre miserablen Lebensumstände. Diese Richtungsänderung der Diskussion um die *underclass* wird auch in dem populären Buch „Underclass“ des Journalisten Ken Auletta deutlich, der die *underclass* als „relative permanent minority among the poor“ in die vier Kategorien der „Passiven“, der „Feindseligen“, der „Gauner“ und der „Traumatisierten“ einteilt (Auletta 1982, zit. n. ebd.: 5).<sup>43</sup>

In seiner historischen Betrachtung zur Entwicklung des Konzepts der *underclass* betont Katz, dass die Betonung von ethnischer Zugehörigkeit, Geschlecht und Kultur in Grundzügen schon bei Armutsdebatten des späten 19. Jahrhundert zu beobachten war (ebd.: 10). Und Kronauer konstatiert, dass die Unterteilung der Armen in unwürdige Arme (selbst verschuldete Arme) und ehrwürdige Arme (unverschuldete Arme) sich bis ins 12. Jahrhundert zurückverfolgen lässt (Kronauer 2002: 80f). Insofern besitzt die Diskreditierung der Armen, so wie sie mit der Entwicklung der Kategorie *underclass* einherging, eine lange Geschichte.

### *Kultur der Armut*

Der Begriff *culture of poverty* geht auf Oscar Lewis zurück, der sich mit städtischer Armut in Mexiko beschäftigte. Lewis studierte über 15 Jahre lang den Alltag, die Gebräuche und die Probleme mexikanischer Familien, bevor er 1959 die Ethnografie „Five Families“ vorlegte (Lewis 1959). Er beschreibt eine Armutsbevölkerung mit durch Sozialisation verinnerlichten Denk- und Verhaltensweisen, die von Generation zu Generation weitervererbt werden. Diese verinnerlichten Persönlichkeitsmerkmale resultieren nach Lewis aus der Anpassung der Ar-

---

<sup>43</sup> Im Original: „passive“, „hostile“, „hustler“, „traumatized“ (Auletta 1982, zit. n. Katz 1993: 5).

men an ihre marginalisierte Position. Sie werden von ihm zunächst nicht negativ bewertet, sondern als logische Konsequenz der Anpassung an das Leben in einem marginalisierten Milieu betrachtet:

„En anthropologie, le mot culture implique essentiellement une certaine tradition du mode de vie retransmise de génération en génération. En appliquant ce concept de culture à l'étude des milieux pauvres, je voudrais attirer l'attention sur le fait que dans les nations modernes, la pauvreté est non seulement un état de privation économique, de désorganisation ou d'absence de quelque chose, mais qu'elle présente également un côté positif dans la mesure où elle est douée d'une structure, d'un système de rationalisation et d'auto-défense sans lesquels les pauvres ne pourraient guère survivre.“ (Lewis 1961: 29)<sup>44</sup>

Eine erhöhte Sterblichkeit und geringere Lebensdauer, eine überdurchschnittlich junge Altersstruktur und ein geringer Bildungsstand, erhöhte Arbeitslosigkeit, niedrige Einkommen und Kinderarbeit sind Merkmale, die Lewis zur Kultur der Armut zählt. Zentrales Merkmal ist, dass die Armen von nationalen Institutionen wie Krankenversicherung, aber auch von Gewerkschaften oder Parteien ausgeschlossen sind (Lewis 1961: 30f). Die Armen sind also nicht organisiert, haben keine Repräsentanten und kein politisches Gewicht.

Die Armen befinden sich nach Lewis in einem beständigen Überlebenskampf. Dazu kommen soziale und psychologische Merkmale, mit denen Lewis die Kultur der Armut beschreibt, wie z.B. eine hohe Bevölkerungsdichte im Quartier, Mangel an Intimität, Alkoholismus, innerfamiliäre Gewalt, früher Sex und freie Ehe (ebd.: 31f). Auch wenn Lewis seine Betrachtungen zur Kultur der Armut anhand der mexikanischen Armutsbevölkerung entwickelte, vermutet er, dass die beschriebenen Phänomene über regionale und nationale Grenzen hinausgehen und sich auf dem Land wie in der Stadt finden lassen:

„Poverty becomes a dynamic factor which affects participation in the larger national culture and creates a subculture of its own. One can speak of the culture of the poor, for it has its own modalities and distinctive social and psychological consequences for its member. It seems to me that the culture of poverty cuts across regional, rural-urban, and even national boundaries.“ (Lewis 1959: 16)

Lewis' Annahmen zur Entstehung einer Kultur der Armut wurden in der amerikanischen Armutsforschung stark aufgegriffen und inspirierten insbesondere die konservative und neokonservative Armutsdiskussion in den USA in hohem Maße. Dabei war die konservative Debatte um die Kultur der Armut nach Lewis immer sehr stark an Kritik am bestehenden Sozialstaat geknüpft, der als mitschuldig an der Misere der Armen betrachtet wurde. Hierbei kommt dem

---

<sup>44</sup> „In der Anthropologie impliziert das Wort Kultur eine gewisse Tradition der Lebensführung, die von Generation zu Generation weitergegeben wird. Wenn ich dieses Konzept auf die Erforschung armer Milieus anwende, möchte ich die Aufmerksamkeit darauf lenken, dass in modernen Staaten die Armut nicht nur eine ökonomische Benachteiligung oder eine Desorganisation oder einen Mangel darstellt. Sie hat auch eine positive Seite, weil sie eine Struktur hat, ein System der Vernunft und der Selbstverteidigung, ohne welches die Armen kaum überleben könnten.“ (Lewis 1961: 29)

so genannten Moynihan-Report aus dem Jahr 1965 eine große Rolle zu (Moynihan 1965). Moynihan, Soziologe und Politiker, lehnt sich in seiner Argumentation sehr deutlich an Lewis an. Er sieht in den Familienstrukturen der afroamerikanischen Bevölkerung die Hauptursache für ihre ökonomischen und sozialen Problemlagen:

„At the heart of the deterioration of the fabric of Negro society is the deterioration of the Negro family. It is the fundamental source of the weakness of the Negro community at the present time.“ (Moynihan 1965: 6)

So führt er an, dass ein Viertel aller schwarzen Frauen in Städten, die jemals geheiratet hätten, geschieden oder getrennt lebten, dass nahezu ein Viertel aller Geburten der Schwarzen unehe-lich erfolge und ein Viertel der Familien von Frauen geführt würden (ebd.: 8). Er warnt vor den Konsequenzen dieser Entwicklung, wobei er insbesondere die erhöhte Abhängigkeit vom Sozialstaat problematisiert. Moynihan diskutiert eine Vielzahl von Erklärungen für den Zerfall der schwarzen Familie. So behauptet er die Verinnerlichung einer vollständig abhängigen Rolle als Folge der amerikanischen Geschichte der Sklaverei, von Isolation und des amerikanischen Sozialstaats (ebd.: 10f).

Rund 20 Jahre später wird die Frage nach dem Zusammenhang von Wohlfahrt, Armut und ethnischer Zugehörigkeit in ähnlicher Weise von Charles Murray gestellt (Murray 1984). In „Losing Ground“ wird die Kritik am Sozialstaat noch stärker in den Mittelpunkt gerückt:

„Before the 1960s, we had a black underclass that was held down because blacks were systematically treated differently from whites, by whites. Now, we have a black underclass that is held down for the same generic reason – because blacks are systematically treated differently from whites, by whites.“ (Murray 1984: 222)

Murray kritisiert den Ausbau der amerikanischen Sozialpolitik zum einen im Hinblick auf Wohlfahrts- und Beschäftigungsprogramme, zum anderen Maßnahmen im Hinblick auf Wohnen und Gesundheit und moniert den deutlichen Kostenanstieg bei Sozialausgaben in diesen Bereichen (ebd.: 14). Der Ausbau der Wohlfahrtsprogramme habe zu einer Kultur der Abhängigkeit beigetragen, die er als ursächlich für die aktuelle Armutsentwicklung in den Städten betrachtet. Insbesondere werde die Situation der Armen verschärft durch ihre Isolierung der Mehrheitsgesellschaft.

„Inside the ghetto, the rules and rule-setters are known. Moving outside, competing on white terms for what have traditionally been white perquisites, is objectively difficult“ (Murray 1984: 187).

Murray betont ein geringes Selbstbewusstsein der Afroamerikaner, welche von vornherein davon ausgingen, zu scheitern. Dieses werde genährt von der Sozialpolitik, die diese Stereotype aufrechterhalte (ebd.: 189). Nur der Abbau der sozialstaatlichen Sonderbehandlung der Schwarzen würde wirkliche Gleichheit bringen (ebd.).

Scharenberg erkennt in der Diskussion um die Kultur der Armen in den USA einen Angriff gegen den Sozialstaat und damit verbunden einen Umschwung vom Krieg gegen Armut zum Krieg gegen die Armen selbst (Scharenberg 2007: 187). Anders als im nordamerikanischen Forschungskontext dient der Theorieansatz der *culture of poverty* im Rahmen der europäischen Forschung zu Quartierseffekten nicht als expliziter Bezugsrahmen. Bei dem großen Stellenwert, der dem sozialen Milieu bei Fragen nach den Wirkungsweisen und Erklärungen von Quartierseffekten zukommt, scheint eine klare Abgrenzung der Forschung zu Quartierseffekten zu kulturalistischen Ansätzen der Armutsforschung dennoch notwendig. So betonen auch Atkinson und Kearns ihre Ablehnung von theoretischen Ansätzen, in deren Mittelpunkt eine Kultur der *underclass* oder Kultur der Armut steht (Atkinson & Kintrea 2001: 438). Ohne eine solche Distanzierung laufe die Forschung zu Quartierseffekten Gefahr, strukturelle Faktoren zu vernachlässigen und der Stigmatisierung der städtischen Armutsbevölkerung das Wort zu reden (vgl. Kapitel 3.4.).

### 3.3.2. Konzentrationseffekte

Einen der wichtigsten theoretischen Bezüge für die Forschung zu Quartierseffekten stellt William Julius Wilsons These der Konzentrationseffekte dar (Wilson 1987). Wilsons Analyse zur Situation im nordamerikanischen *black ghetto* spielt immer dann eine Rolle, wenn es um die Frage geht, inwiefern die räumliche Konzentration und Isolation armer Bevölkerung Konsequenzen auf das Verhalten und die Einstellung der Individuen hat. Wilsons Arbeit beeinflusste die amerikanische Forschung zu Quartierseffekten, wurde aber auch im europäischen Forschungskontext stark rezipiert.

Wilson konstatiert in „The Truly Disadvantaged“ die Entstehung einer neuen Armutsbevölkerung, die sich ab Mitte der 1960er und besonders ab Anfang der 1970er Jahren in den nordamerikanischen Innenstädten konzentrierte (Wilson 1987). Diese von ihm als *ghetto underclass* bezeichnete Armutsbevölkerung ist afroamerikanischer Herkunft, von massiver Arbeitslosigkeit betroffen, verstärkt von staatlichen Transfereinkommen abhängig und überproportional in Verbrechen involviert (sowohl als Täter als auch als Opfer). Darüber hinaus ist sie überdurchschnittlich von verschiedenen Formen familiärer Auflösungserscheinungen betroffen, so gibt es z.B. in diesem Bevölkerungsteil vergleichsweise viele alleinerziehende Familien mit weiblichen Haushaltvorstand, unehelichen Geburten und Teenager-Schwangerschaften (ebd.: 29).

Wilson geht der Frage nach, warum sich die soziale Situation der *urban underclass* mit Beginn der 1970er Jahre so rapide verschlechtert hat und welche politischen Schlussfolgerungen aus dieser Entwicklung zu ziehen sind (ebd.: vii, 29). Obgleich Verhalten bei Wilson eine wichtige Rolle bei der Analyse von Armut und Marginalisierung einnimmt, warnt er vor eindimensionalen kulturalisierenden Erklärungen, die die sozialen Problemlagen in den Innenstädten in Zusammenhang mit einer Ghettokultur, etwa im Sinne eines Überbleibels einer „Sklavenmentalität“, interpretieren (ebd.: 29, 55). Er will ein Gegengewicht zu konservativen

Analysen schaffen, die sich auf gruppenspezifische Normen und Verhalten zur Erklärung der verschärften Armut der *ghetto underclass* beschränken und die seit den 1960er Jahren die amerikanische Armutsdebatte dominieren. Gleichzeitig kritisiert Wilson auch die linksliberale Forschung zum Thema: Diese tendiere überwiegend dazu, auf den konservativen Diskurs zu reagieren, anstatt eigene Erklärungen zu den Problemlagen in den innerstädtischen Gebieten beizusteuern.

Wilsons Analyse erkennt ein komplexes Wirkungsgefüge historischer, demographischer, ökonomischer und schließlich sozialräumlicher Faktoren, die für die Misere der armen afro-amerikanischen Bevölkerung in den Innenstädten ursächlich sind (ebd.: 29-62). Dabei spielen Rassismus und Effekte aktueller Diskriminierung Wilson zufolge eine eher unbedeutende Rolle:

„My own view is that historic discrimination is far more important than contemporary discrimination in explaining the plight of the ghetto underclass, but that a full appreciation of the effects of historic and contemporary forces that have also shaped the experiences and behaviour of impoverished urban minorities.“ (Wilson 1987: 32f)

Einen wesentlichen Erklärungsfaktor für die überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeitsraten und Kriminalitätsraten der innerstädtischen Bevölkerung sieht er in ihrer veränderten Altersstruktur: So stieg im Zeitraum zwischen 1960 und 1970 die Anzahl der afroamerikanischen Bevölkerung in Großstädten zwischen 14 und 24 Jahren um 78 Prozent, gegenüber 23 Prozent bei der gleichen Altersgruppe in der weißen Bevölkerung. Dies spielt Wilson zufolge eine große Rolle bei der disproportionalen Beteiligung der schwarzen Bevölkerung an sozialen Dislokationen wie Verbrechen: Im Jahr 1980 waren 66 Prozent aller Verhafteten bei Gewalt und Eigentumsdelikten in amerikanischen Städten unter 25 Jahre alt. Aber auch die überdurchschnittliche Anzahl außerehelicher Geburten und alleinerziehender Familien sowie die überproportionale Abhängigkeit von Transferleistungen stehen in engem Zusammenhang zur Altersstruktur der *ghetto underclass* (Wilson 1987: 37).

Außer demographischen Faktoren ist Wilson zufolge auch die ökonomische Entwicklung der amerikanischen Innenstädte von maßgeblicher Bedeutung. Er erkennt in der Transformation der städtischen Zentren von „centers of production and distribution“ zu „centers of administration information exchange and higher order service provision“ einen wesentlichen Erklärungsfaktor für die Misere der *ghetto underclass* (ebd.: 39). Mit dieser Entwicklung ging ein deutlicher Rückgang gering qualifizierter Jobs einher, bei gleichzeitig gestiegenen Anforderungen an Qualifikation in den Wachstumsbranchen. Gering qualifizierte Jobs wie etwa im Bereich der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie wurden insbesondere zwischen 1975 und 1985 in die amerikanischen Suburbs ausgelagert, weit weg von den Armen (ebd.: 42). Die Folge war der rapide Anstieg der Arbeitslosenrate bei jungen männlichen Afroamerikanern seit 1969 (ebd.).



Neben Altersstruktur, ökonomischer Entwicklung und massiver Zunahme von Arbeitslosigkeit unter afroamerikanischen Männern in den Innenstädten spielt Wilson zufolge das Wohngebiet bei der Produktion sozialer Ungleichheit eine besonders wichtige Rolle. Die starke Konzentration schwarzer Armutsbevölkerung in den innerstädtischen Ghettos resultiert zunächst aus den historischen Wanderungsströmen aus dem landwirtschaftlich geprägten Süden in die Zentren des industrialisierten Nordens, und dann v.a. aus dem sozialen Aufstieg von Teilen der schwarzen Mittelschicht bzw. Arbeiterklasse zwischen den 1940er und 1960er Jahren, die die Nachbarschaften verließen und die am stärksten benachteiligten Bevölkerungsteile in den Innenstädten zurückließen. Die steigende Konzentration der schwarzen Armutsbevölkerung in den Innenstädten hat weitreichende Effekte auf die soziale Situation in den betroffenen Quartieren:

„If I had to use one term to capture the differences in the experiences of low-income families who live in inner-city areas from the experiences of those who live in other areas of the central city today, that term would be concentration effects. The social transformation of the inner city has resulted in a disproportionate concentration of the most disadvantaged segments of the urban black population, creating a social milieu significantly different from the environment that existed in these communities several decades ago.“  
(Wilson 1987: 58)

Das Schlüsselement zur Analyse von Konzentrationseffekten liegt nach Wilson in der Wirkung von sozialer Isolation. Darunter versteht er nachhaltigen Interaktions- oder Kontaktmangel mit Individuen und Institutionen der Mehrheitsgesellschaft. Die Präsenz der Arbeiterklasse und Mittelschicht stärkte ehemals die soziale Organisation der innerstädtischen Quartiere (Wilson 1987: 49). Mit den schwarzen Mittelschichten verschwand Wilson zufolge ein „sozialer Puffer“ aus den Quartieren. Durch die Präsenz wirtschaftlich stabiler Familien konnten zum einen negative Konsequenzen für grundlegende Nachbarschaftseinrichtungen (Geschäfte, Schulen, Freizeiteinrichtungen, Kirchen) abgefedert werden, zum anderen aber auch Rollenmodelle in den Gebieten sichtbar bleiben, „that help keep alive the perception that education is meaningful, steady employment is a viable alternative to welfare, and that family stability is the norm, not the exception“ (ebd.: 56).

Insbesondere Kinder sieht Wilson durch die geringeren Interaktionschancen mit sozioökonomisch stabilen Familien hinsichtlich ihrer kognitiven und sprachlichen Entwicklung benachteiligt. Auch andere beschäftigungsrelevante Aspekte wie Zuverlässigkeit und Regelmäßigkeit können mangels entsprechender Kontakte nicht ausreichend erlernt werden. Dies zeigt sich in extrem schlechten Bildungserfolgen und hohen Schulabbruchsquoten in innerstädtischen Gebieten (ebd.: 57). Berufliche Erfolgsaussichten werden aber auch durch Informationsmangel über freie Stellen beeinträchtigt. Selbst wenn im Gebiet freie Stellen existieren, erfahren es die betroffenen Einwohner nicht (ebd.: 60). Da die Hoffnung auf einen Job abnimmt, nimmt die Abhängigkeit von Wohlfahrt und Schattenwirtschaft zu und wird zunehmend als „way of life“ betrachtet (ebd.: 57). Frauen bekommen zunehmend uneheliche Kin-

der, weil Kandidaten knapp werden, die es zu heiraten „lohnt“, also „employed black men“ (ebd.). Dabei betont Wilson, dass der Mangel an Mittelschichtkontakten im Wohngebiet nicht durch einen größeren Aktionsraum mit Freunden und Verwandten in stabileren Gebieten ausgeglichen wird (ebd.: 60). Ein Teufelskreis wird in Gang gesetzt:

„In short, the communities of the underclass are plagued by massive joblessness, flagrant and open lawlessness, and low-achieving schools, and therefore tend to be avoided by outsiders. Consequently, the residents of these areas, whether women or children of welfare families or aggressive street criminals, have become increasingly socially isolated from mainstream patterns of behaviour.“ (Wilson 1987: 58)

Durch die schlechte wirtschaftliche Situation und zunehmende soziale Isolation spitzen sich die Problemlagen in den betroffenen Gebieten weiter zu, als Folge hieraus werden die Gebiete verstärkt von Außenstehenden gemieden, was die soziale Isolation weiter verstärkt.

Auch wenn Verhalten bei der Reproduktion und Verstärkung sozialer Ungleichheit von Wilson eine große Rolle zugewiesen wird, ist das Schlüsselkonzept hier nicht *culture of poverty* sondern *social isolation*, die durch komplexe gesamtgesellschaftliche Prozesse bedingt ist (Wilson 1987: 61). Dennoch wird Wilson häufig zu den Vertretern kulturalistischer Ansätze der Armutsforschung gezählt. So erkennt beispielsweise Kronauer zwei grundlegende Ansätze bei der Underclass-Debatte, zum einen konservative Ansätze, bei denen das Verhalten der Armen im Mittelpunkt steht, und Ansätze, die mit sozialem Bewusstsein argumentieren, zu denen er neben Myrdal auch Wilson zählt (Kronauer 2002: 52).

An Wilson wurde insbesondere kritisiert, dass er die Bedeutung von Diskriminierung für die Erklärung der Misere der afroamerikanischen Innenstadtbevölkerung unterschätzt habe – eine Einschätzung, die er selbst später revidiert hat. Wilsons Konzept der Konzentrationseffekte gilt sowohl in den USA als auch in der europäischen Forschung zu Quartierseffekten als einer der wichtigsten theoretischen Bezüge hinsichtlich der Entstehung möglicher (negativer) Quartierseffekte durch soziale Isolation.

### 3.3.3. Soziales Kapital

Etwa seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre erfuhr das Konzept des sozialen Kapitals einen massiven Bedeutungsgewinn in den Sozialwissenschaften. Seitdem wurde eine Vielzahl von theoretischen Abhandlungen und empirischen Analysen zu der Form des Kapitals publiziert, die aus sozialen Beziehungen gewonnen wird. Innerhalb der Forschung zu Quartierseffekten spielt das Konzept des sozialen Kapitals immer dann eine wichtige Rolle, wenn Effekte des Quartiers auf den Bereich sozialer Beziehungen und Netzwerke untersucht werden. Hier spielen insbesondere zwei Fragestellungen eine wichtige Rolle: zum einen die Frage, welche Ressourcen den Bewohnern durch die sozialen Netzwerke im Quartier zur Verfügung gestellt werden, zum anderen Fragestellungen, die auf die Bildung gemeinschaftlicher Werte und Normen im Gebiet abzielen. Für die theoretische Entwicklung des Konzepts des sozialen Ka-

pitals sind in diesem Zusammenhang insbesondere Beiträge Bourdieus, Colemans und Putnams einflussreich, auf welche hier zunächst eingegangen wird.

Bourdieu ist einer der Pioniere der Forschung zu sozialem Kapital. Er führte bereits Anfang der 1980er Jahre einen erweiterten Kapitalbegriff ein, der zwischen ökonomischem Kapital, kulturellem Kapital und sozialem Kapital unterscheidet (Bourdieu 1983)<sup>45</sup>. Das ökonomische Kapital umfasst materiellen Besitz, während das kulturelle Kapital Zeugnisse, kognitive Fähigkeiten und Geschmack umfasst (ebd.: 187). Unter sozialem Kapital versteht Bourdieu Ressourcen, die aus beständiger Beziehungsarbeit resultieren. Es umfasst die „Gesamtheit der aktuellen und potentiellen Ressourcen, die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von mehr oder weniger institutionalisierten Beziehungen gegenseitigen Kennens oder Anerkennens verbunden sind; oder, anders ausgedrückt, es handelt sich dabei um Ressourcen, die auf der Zugehörigkeit zu einer Gruppe beruhen“ (ebd.: 190f).

Für Bourdieu ist diese Erweiterung des Kapitalbegriffs um eine kulturelle und eine soziale Dimension notwendig, um „der Struktur und dem Funktionieren der gesellschaftlichen Welt gerecht zu werden“ (ebd.: 184). Das Konzept des sozialen Kapitals dient bei ihm insbesondere dazu, eine feinere Analyse der Mechanismen sozialer Ungleichheit und der Aufrechterhaltung von Machtverhältnissen zu ermöglichen. Für Bourdieu ist hierbei der Umfang des sozialen Kapitals entscheidend, über welches das Individuum verfügt. Dieser ergibt sich zum einen aus der Ausdehnung des Beziehungsnetzes, das vom Individuum mobilisiert werden kann, zum anderen aus dem Umfang des Kapitals, das diejenigen besitzen, mit denen es in Beziehung steht (ebd.: 191). Dabei bilden die Profite, die sich aus der jeweiligen Gruppenzugehörigkeit ergeben, wiederum die Grundlage dafür, dass die Solidarität der einzelnen Gruppenmitglieder gestärkt und der Zusammenhalt gefestigt werden kann (ebd.: 192).

Hier kommen bereits zwei Funktionen von sozialem Kapital zum Ausdruck: zum einen soziales Kapital als eine Ressource, die aus sozialen Netzwerken gewonnen wird, zum anderen soziales Kapital als Mittel zur Stabilisierung von sozialen Beziehungen. Die unterschiedlichen Formen von sozialem Kapital werden von Coleman konkretisiert (Coleman 1988). Er beschreibt soziales Kapital zunächst allgemein als den Strukturen der sozialen Beziehungen innewohnend (ebd.: 98). Soziales Kapital kann Coleman zufolge unterschiedliche Formen annehmen, wobei zwei Charakteristika gelten: „[...] they [a variety of different entities] all consist of some aspect of social structures, and they facilitate certain actions of actors [...] within the structure“ (ebd.). Coleman beschreibt drei Formen von sozialem Kapital: Erstens Verpflichtungen, Erwartungen und Zuverlässigkeit von Strukturen,<sup>46</sup> zweitens Informationen und schließlich Normen und effektive Sanktionen (ebd.: 102-105).

---

<sup>45</sup> Auf das symbolische Kapital, welches von Bourdieu später mit in den erweiterten Kapitalbegriff einbezogen wird, wird an dieser Stelle nicht eingegangen.

<sup>46</sup> Auch als „generalisiertes Vertrauen“ übersetzt (vgl. Schnur 2003: 61).

Soziales Kapital als *Verpflichtungen, Erwartungen und Zuverlässigkeit von Strukturen* beschreibt bei Coleman den Umstand, dass innerhalb sozialer Beziehungen, in denen Mitglieder etwas füreinander tun, die Erwartung eine Rolle spielt, dass irgendwann eine Art Gegenleistung erwartet werden kann. In diesem Sinne gibt der Gebende einen Kredit. Für den Nutznießer des Kredits, den „Schuldner“, kann wiederum eine Verpflichtung angenommen werden, reziprok zu handeln (Coleman 1988: 102). Für diese Form von sozialem Kapital spielen insbesondere zwei Dinge eine wichtige Rolle: zum einen das Vertrauen des sozialen Netzwerks, zum anderen die Anzahl offenstehender Kredite bzw. Verpflichtungen (ebd.).

*Informationen* stellen eine weitere Form von sozialem Kapital dar. Sie sind wichtige Grundlage des Handelns und „teuer“ im Erwerb (Coleman 1988: 104). Eine Möglichkeit, an Informationen zu gelangen, ist, diese aus sozialen Netzwerken zu erhalten, die eigentlich zu einem anderen Zweck aufrechterhalten werden (ebd.). Diese Informationen können konkrete Hilfe leisten, wie beispielsweise Informationen über Stellenangebote oder freie Wohnungen, können aber auch im weiteren Sinne von Nutzen sein, wie beispielsweise im wissenschaftlichen Bereich, wenn sich durch den Kontakt und Small Talk mit den Kollegen über fachliche Entwicklungen auf dem Laufenden gehalten wird (ebd.).

*Normen und Sanktionen* sind eine weitere wichtige Form sozialen Kapitals. Sie liegen beispielsweise vor, wenn effektive Normen Kriminalität verhindern und das sichere Bewegen im öffentlichen Raum möglich ist (Coleman 1988: 104). Ein anderes wichtiges Beispiel für soziales Kapital in Form von Normen liegt vor, wenn Normen existieren, die dem Bildungserfolg einen hohen Stellenwert einräumen und somit ein bildungsorientiertes Klima schaffen. Für soziale Beziehungen spielt insbesondere die Norm eine Rolle, dass Eigennutz zugunsten des Gemeinschaftsinteresses überwunden werden sollte (ebd.). Normen können internalisiert sein oder durch äußere Sanktionierungen wie Bestätigung oder Missbilligung aufrechterhalten werden (ebd.: 105).

Putnams Konzeption sozialen Kapitals zielt weniger auf die Analyse sozialer Ungleichheit und individueller Ressourcen, die durch soziales Kapital bereitgestellt werden, als dass es soziales Kapital in den Zusammenhang zur Qualität des öffentlichen Lebens und der Leistungs- und Tragfähigkeit sozialer Institutionen stellt (Putnam 1995). Beides ist Putnam zufolge stark von Netzwerken bürgerlichen Engagements abhängig: „[...] social capital refers to features of social organization such as networks, norms, and social trust that facilitate coordination and cooperation for mutual benefit“ (ebd.: 66).

Dabei konstatiert Putnam für die USA einen dramatischen Rückgang sozialen Kapitals, den er anhand einer Fülle von Indikatoren zum Rückgang der Wahlbeteiligung, politischer Partizipation und Mitgliedschaft in Vereinen belegt. Er fordert die Stärkung sozialen Kapitals durch die Förderung sozialer Kontakte, bürgerlichen Engagements und Vertrauens (ebd.: 77). Er betont, dass das Leben in einer sozialkapitalreichen Gemeinschaft aus vielerlei Gründen leichter sei. Dabei unterstreicht er, ähnlich wie Coleman, die Funktion von sozialem Kapital, Nor-

men von Reziprozität und sozialem Vertrauen zu stärken. Soziale Netzwerke erleichtern darüber hinaus die Kommunikation und Koordination und tragen zu einer guten Reputation bei (ebd.: 67). Auch können sie helfen, Probleme kollektiven Handelns zu lösen und politischen Opportunismus zu reduzieren (ebd.).

### *Soziales Kapital auf lokaler Ebene*

Die konzeptionellen Überlegungen zum sozialen Kapital werden von Schnur auf der lokalen Ebene der Nachbarschaft konkretisiert (Schnur 2003). In Anlehnung an Coleman und Putnam beschreibt er zwei vornehmliche Wirkungsweisen des „lokalen Sozialkapitals“ (ebd.: 76-82): einerseits *soziales Kapital als individueller Nutzen* der Bewohner, andererseits *soziales Kapital als kollektiver Nutzen* für das Quartier. Auf der Individualebene kann dieser Nutzen in Form von erleichtertem Informationszugang und als Versicherung gegen Risiken wirken (Schnur 2003: 78). Darüber hinaus besitzt er für das Individuum eine Erziehungs-, Identitäts- und Mobilisierungsfunktion. Der kollektive Nutzen für die Gemeinschaft besteht zunächst in einem funktionierenden Normensystem, das Prozesse kollektiver Problemlösung erleichtern und damit Probleme wie Verschmutzung des öffentlichen Raums und Vandalismus ohne Zwang mildern oder beheben kann (ebd.). Ein anderer kollektiver Nutzen des sozialen Kapitals liegt darin, dass der Anstieg an sozialem Kapital in einem Gebiet auch zu einer „besseren“ Partizipation in einem Quartier führt und sich damit auch ein erweiterter Planungsfokus ergibt (ebd.: 80).

Ebenso wie die einzelnen Formen von lokalem sozialem Kapital lassen sich Schnur zufolge auch die Voraussetzungen für die Bildung von sozialem Kapital nach Individual- und Gebietsebene differenzieren (Schnur 2003: 82f). Auf der Individualebene sind Kommunikation und Interaktion im sozialen Umfeld wesentliche Voraussetzungen, während Sprachbarrieren und eingeschränkte Mobilität den Erwerb von sozialem Kapital erschweren können. Offenheit, Toleranz, ein Maß an Vertrauen und gemeinsame Interessen sind förderlich, ebenso wie ein Maß an Ortsbindung.

Hinsichtlich der Gebietsstruktur ist anzunehmen, dass Faktoren wie der Bildungsstand, die Alters- und Erwerbsstruktur die Bildung von sozialem Kapital beeinflussen (Schnur 2003: 84). Daneben sind die Quartiersinfrastruktur und der öffentliche Raum in diesem Zusammenhang von Bedeutung, wie auch der Grad der Vernetzung zwischen den Bewohnern und der Geschichtsträchtigkeit von Quartieren (ebd.). Die Produktion von sozialem Kapital kann also beispielsweise positiv von bestehenden Kommunikations- und Interaktionsmöglichkeiten im Quartier beeinflusst werden (ebd.: 82). Problematisch könnten sich hingegen eine hohe Fluktuation, eine schwierige ökonomische und soziale Situation und individuelle Hilfsbedürftigkeit auswirken (ebd.: 85).

Im Rahmen der Forschung zu Quartierseffekten in benachteiligten Stadtvierteln dominiert meistens eine negative Perspektive auf die Bildung von sozialem Kapital. Dies betrifft sowohl den Sozialkapitalertrag auf individueller Ebene als auch den kollektiven Nutzen für das Ge-

biet. Neben den oben angesprochenen Aspekten der Sozialstruktur (geringerer Bildungsstand, hoher Problemdruck, geringere Mobilität etc.) wird in diesem Zusammenhang oft die erhöhte Fluktuation in benachteiligten Gebieten angesprochen. Häufig wird argumentiert, dass das soziale Kapital selbst beim Vorherrschen von engen Netzwerken in einem Gebiet in benachteiligten Stadtvierteln aufgrund der ähnlich marginalisierten Lage der Beteiligten wenig ertragreich ausfällt. In diesem Zusammenhang spielen zwei Unterscheidungen von sozialem Kapital eine Rolle: die Bindungs- versus Brückenfunktion sowie die Unterscheidung von sozialem Kapital aus starken bzw. aus schwachen Bindungen.

Zunächst verdeutlicht die Differenzierung in ‚Bonding Social Capital‘ und ‚Bridging Social Capital‘ die unterschiedliche Qualität verschiedener sozialer Netzwerke (Putnam & Goss 2001: 29): Während die Bindungsfunktion durch starke Bindungen innerhalb einer Gruppe die Funktion erfüllt, ähnliche Menschen zusammenzubringen und eher sozialen Rückhalt bietet, bringt die Brückenfunktion unterschiedliche Menschen zusammen.<sup>47</sup> Hier ist die Außenwirkung tendenziell positiv, während bei der Bindungsfunktion das Risiko einer negativen Außenwirkung besteht (ebd.). Ähnlich ist die in Anlehnung an Granovetter formulierte Unterscheidung zwischen starken und schwachen Bindungen, die häufig bei der Bewertung des sozialen Kapitals in benachteiligten Stadtvierteln getroffen wird. Hier wird die Stärke des sozialen Kapitals dahingehend unterschieden, wie häufig und ausschließlich die Kontakte sind. Dabei können flüchtige Bekanntschaften, bei der keine der beteiligten Personen viele gemeinsame Freunde hat, als schwache Bindungen formuliert werden, wohingegen starke Bindungen durch häufige und ausschließliche Kontakte definiert werden. Dabei wird davon ausgegangen, dass schwache Bindungen bei Jobsuche wichtiger als starke sind (ebd.: 27).

Meist wird davon ausgegangen, dass in benachteiligten Nachbarschaften genügend *bonding social capital* sowie soziales Kapital aus starken Bindungen zur Verfügung steht, jedoch ein Defizit von sozialem Kapital mit Brückenfunktion sowie von sozialem Kapital aus schwachen Bindungen besteht (Fitzpatrick 2004).

### **3.4. Quartierseffekte – Stigmatisierung und Verschleierung?**

Innerhalb der sozialwissenschaftlichen Forschung zu Segregationsprozessen und ihren Folgen überwiegt deutlich eine defizitorientierte Perspektive, die bevorzugt negative Aspekte von Segregationsprozessen thematisiert (Häußermann 2007, Pott 2002, Peach 1996). Dies betrifft Prozesse ethnischer und sozialer Segregation gleichermaßen. Für Forschungsarbeiten zu Quartierseffekten, die an die amerikanische Forschung zu *neighborhood effects* anknüpfen, gilt diese „Problemorientierung“ bei Segregationsprozessen im besonderen Maße. Dem Hauptteil der Arbeiten liegen Fragestellungen zu Beeinträchtigungen und negativen Folgen

---

<sup>47</sup> Putnam betont, dass in der Praxis die Mehrzahl der Beziehungen brückenbildend und bindend zugleich sind (Putnam & Goss 2001: 29).

von städtischen Armutskonzentrationen zugrunde und zumeist beschränkt sich die Definition von Quartierseffekten per se auf negative Folgen des Lebens in armen Stadtteilen. Nicht nur die Gebiete werden überwiegend über ihre Mängel charakterisiert, auch die Bewohner werden hauptsächlich defizitorientiert beschrieben und deren Handlungsressourcen vernachlässigt (Gilbert 2011: o.S.). Positive Effekte des Wohngebiets auf die Situation seiner Bewohner werden kaum unter dem Titel Quartierseffekte diskutiert.

Durch diese Defizitorientierung der Forschung zu Quartierseffekten werden arme Stadtteile und ihre Bewohner fast ausschließlich als problembehaftet wahrgenommen. Sie werden zwangsläufig als „etwas Besonderes“ dargestellt, als städtische Gebiete, die sich von anderen „normalen“ Quartieren in mannigfaltiger Art unterscheiden. Erklärt werden kann die Problemorientierung der Forschung zu Quartierseffekten (und der Segregationsforschung allgemein) durch den hohen Stellenwert, den die Analyse sozialer Ungleichheit inmitten des Themas einnimmt, was dazu beiträgt, dass städtische Armutsgebiete tendenziell als Abweichung von einem gesellschaftlichen bzw. städtischen Durchschnitt betrachtet werden (Pott 2002: 65, Neef & Keim 2007: 12f). Die Forschung zu Quartierseffekten muss sich also den Vorwurf gefallen lassen, einen handfesten Beitrag zur sozialen Konstruktion von „Gegenorten“ (Hafner 2006) beizusteuern und damit die Stigmatisierung städtischer Armutsgebiete und ihrer Bewohner zu befördern (Gilbert 2001: o.S., Neef & Keim 2007: 17). Neef und Keim betonen bei ihrer Kritik an dieser Defizitperspektive der Sozialforschung zusammenfassend, dass so erstens die Stigmatisierung der Gebiete unterstützt wird, zweitens die Bewohner verallgemeinernd zu Opfern gemacht werden, drittens soziale Probleme individueller Verantwortlichkeit zugeschrieben werden und schließlich viertens „die sozialen Verheerungen des gesellschaftlichen Strukturwandels in sog. Quartierseffekten“ verortet werden (Neef & Keim 2007: 17).

Diese Kritik an der Forschung zu Quartierseffekten ist gerechtfertigt. Tatsächlich besteht bei der Thematisierung negativer Effekte des Wohnviertels die Gefahr der Verfestigung eines negativen Labels von so genannten Problemvierteln und ihren Bewohnern. Dies wiegt besonders schwer, da ein Schwerpunkt der Forschung auf der Frage beruht, inwiefern das soziale Milieu und die sozialen Beziehungen in Armutsgebieten zur Verfestigung von Armut beitragen. Hier wird häufig an kulturalistische Argumente für die Erklärung von Armut angeknüpft und die Entstehung einer besonderen Armutskultur oder Underclass-Mentalität angedeutet (vgl. Kapitel 3.3.1.). Dabei liegt der Fokus häufig auf die Gruppe der männlichen Jugendlichen, die den öffentlichen Raum z.T. dominieren und die bei solchen Schilderungen meist im Vordergrund stehen (Gilbert 2011: o.S.). So wird häufig argumentiert, durch das Fehlen von positiven Rollenvorbildern werde das Entstehen abweichenden Verhaltens bis hin zu Kriminalität gefördert und die Orientierung an ökonomischer Selbstständigkeit und beruflicher Integration gehe verloren.

Bei derartigen Argumentationen besteht die Gefahr, die Hauptverantwortung für Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit von staatlichen Transfereinkommen im Gebiet und bei den Armen

selbst zu suchen, anstatt zu unterstreichen, dass die Transformation städtischer Arbeitsmärkte und die zunehmende Einschränkung sozialer Sicherungssysteme der Hauptgrund für Arbeitslosigkeit und Armut ist. Die Gefahr der Verschleierung der eigentlichen Ursache für Benachteiligung und Marginalisierung besteht grundsätzlich immer, wenn das Quartier als Quelle sozialer Ungleichheit in den Mittelpunkt der Analyse gestellt wird, ohne dass die relevanten Entwicklungen auf der Ebene des Arbeits- und Wohnungsmarktes thematisiert werden. Nicht zuletzt stellt sich angesichts des empirischen Befunds, dass Quartierseffekte gegenüber Individual- und Haushaltsmerkmalen eine deutlich zu vernachlässigende Wirkungskraft aufweisen (vgl. Kapitel 3.6.), die Frage, inwiefern die Analyse sozialer Ungleichheit unter dem Titel „Quartierseffekte“ überhaupt einen Erkenntnisgewinn zeitigt.

Trotz der Fallstricke des Konzepts und der berechtigten Kritik spricht dennoch Einiges für die Forschung zu Quartierseffekten. So bietet die Annahme von Quartierseffekten ein ausbaufähiges konzeptionelles Instrumentarium, um Prozesse sozialer Ausgrenzung in ihrem individuellen Erleben auf lokaler Ebene zu beschreiben und zu erklären. Die Analyse von Quartierseffekten kann wichtige Erkenntnisse dazu erbringen, welche Zusammenhänge und Prozesse darüber entscheiden, ob soziale Ungleichheit auf lokaler Ebene eher verstärkt oder abgefedert wird und ob und warum ein Quartier für einzelne Bewohner oder Bewohnergruppen benachteiligend wirkt oder nicht.

Voraussetzung hierfür ist ein komplexes Verständnis von Quartierseffekten, gemäß dem das Quartier die sozialen Prozesse der Makroebene zum einen „verortet“, zum anderen das individuelle Erleben und Bewältigen dieser sozialen Prozesse – positiv wie negativ – mitgestaltet. Hierzu zählt also auch die Feststellung, dass Quartierseffekte in allen Quartieren, egal ob sozial ent- oder gemischt, arm oder privilegiert, für unterschiedliche Bewohnergruppen angenommen werden können und dass Quartierseffekte negativ, aber auch positiv sein können. Um dem Ungleichgewicht der Forschung und der damit verbundenen Defizitorientiertheit entgegenzutreten, ist es sinnvoll und notwendig, Forschung zu Quartierseffekten nicht nur auf sozial benachteiligte Stadtquartiere zu beschränken und das Begriffsverständnis von Quartierseffekten auf positive Effekte auszudehnen.

Dennoch ist darüber hinaus weitere Forschung zu negativen Quartierseffekten in Gebieten mit einer hohen Konzentration armer Bevölkerung nötig. Hierfür gibt es v.a. ein vorrangiges Argument, nämlich die politische Notwendigkeit der „Skandalisierung“ sozialer Deprivation auf lokaler Ebene, wie sie bei der politischen Durchsetzung gebietsbezogener Strategien sozialer Stadtentwicklung wie dem Programm *Soziale Stadt* eine wichtige Rolle spielte (Neef & Keim 2007: 12). Es ist klar, dass Ansätze der sozialen Stadterneuerung keinen Ersatz für eine verantwortungsvolle Sozial-, Wohnungs- und Arbeitsmarktpolitik darstellen können, und auch, dass die zentralen Ursachen für die soziale Situation im Quartier außerhalb desselben liegen. Dennoch treten die sozialen Folgen der wirtschaftlichen Transformation räumlich konzentriert auf und treffen bestimmte Quartiere mit bestimmten Bewohnertypen in besonderem Maße.



Und diese sozialräumliche Dimension des Strukturwandels bedarf auch einer sozialräumlichen Intervention. In Zeiten der massiven Kürzung der Ausgaben für soziale Stadterneuerung ist die Betonung der Bedeutung der lokalen Ebene beim Erleben und Bewältigen von Depri-  
vation also auch eine politische Notwendigkeit, und hier kann die Forschung zu Quartierseffekten gute Dienste leisten.

### **3.5. Empirische Forschung**

Im Folgenden geht es darum, zu betrachten, wie empirische Forschung zu Quartierseffekten im amerikanischen und europäischen Kontext umgesetzt wird und welche zentralen Forschungsergebnisse inzwischen vorliegen. Die wichtigsten Forschungsfragen zum Einfluss der Nachbarschaft auf die Bewohner lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Existieren Quartierseffekte tatsächlich? Können Effekte der Nachbarschaft, die unabhängig von Individualmerkmalen und Haushaltsmerkmalen wirksam werden, empirisch nachgewiesen werden?
- In welchen Bereichen wirken sie vorrangig?
- Wer ist von ihnen besonders betroffen?
- Welche Mechanismen und Wirkungszusammenhänge sind dabei entscheidend?

Bevor diese Fragen vor dem Hintergrund des aktuellen Forschungsstands diskutiert werden, wird zunächst auf wesentliche Aspekte der Messung von Quartierseffekten eingegangen. Dabei geht es weniger um eine umfangreiche Methodendiskussion als um einen Überblick über zentrale Merkmale der empirischen Forschung zu Quartierseffekten. Im Anschluss wird ein Einblick über die amerikanische Forschung zu Quartierseffekten gegeben, um abschließend aktuelle Forschungsarbeiten zu Quartierseffekten in europäischen Städten zu behandeln.

#### **3.5.1. Messung**

Die genaue Bestimmung bzw. Messung von Quartierseffekten gestaltet sich grundsätzlich schwierig. Ein Grund dafür, dass der empirische Nachweis für Quartierseffekte so schwierig zu erbringen ist, liegt im komplexen Verhältnis zwischen dem Individuum, seinem Quartier und seinen Handlungsressourcen<sup>48</sup>. Friedrichs et al. beschreiben dieses Verhältnis mit einem Mehrebenenmodell, welches eine Makro-, eine Meso- und eine Mikroebene unterscheidet (Friedrichs et al. 2003: 801).

Auf der Makroebene sind es beispielsweise Arbeitsmarkttrends oder regulative Aktivitäten des Wohlfahrtsstaats, die sowohl auf die Nachbarschaft als auch das Individuum einwirken. Auf der Mesoebene spielen u.a. die Qualität sozialer Institutionen (z.B. Schule, Polizei), die Ausstattung des Gebiets mit sozialer und kommerzieller Infrastruktur und erwachsene Rollenvorbilder oder lokale Peergroups eine Rolle. Schließlich wirken auf der Mikroebene

---

<sup>48</sup> Eine ausführliche Methodendiskussion zur Messung von Quartierseffekten in den Sozialwissenschaften und der Ökonometrie findet sich bei Durlauf 2004.

Merkmale des Individuums bzw. Haushalts wie beispielsweise Alter, Bildungsstand oder soziale Netzwerke.

So wird ersichtlich, dass die Messung von Quartierseffekten nicht nur sehr viele Faktoren berücksichtigen muss, um zu aussagekräftigen Ergebnissen zu kommen, sondern auch die richtigen, also relevanten Variablen ausgewählt bzw. kontrolliert werden müssen. Die gemessenen Effekte können zudem immer beeinflusst sein von nichtbeobachtbaren Variablen, wie beispielsweise der Fähigkeit der Erwachsenen, Kinder zu erziehen (Musterd & Andersson 2006: 138). In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass gerade qualitativen Studien, die versuchen, die Wirkungsmechanismen von Quartierseffekten nachzuzeichnen, angesichts der Komplexität des Forschungsgegenstands eine große Bedeutung zuteil wird.

Eine weitere Herausforderung bei der Analyse von Quartierseffekten liegt in der Konzeptionalisierung von Nachbarschaft bzw. in der Grenzziehung der Untersuchungsgebiete. Je nach betrachteter Gebietsgröße können deutliche Unterschiede bei der Messung von Quartierseffekten entstehen. Der Hauptteil der Studien orientiert sich an der Verfügbarkeit von Daten und somit an administrativen Gebietseinheiten, und nur sehr wenige legen ihrer Grenzziehung konzeptionelle Kriterien zugrunde (Durlauf 2004: 2224, Lupton 2003: 3, 8). Dies betrifft im besonderen Maße die quantitativen Untersuchungen. Somit muss der Sozialraumbezug oft unter den Tisch fallen: Die Gebiete werden tendenziell eher als Container denn als sozial konstruierter Raum konzeptualisiert.

Bei der Messung von Quartierseffekten wird allgemein vermutet, dass Selektionseffekte, die nicht in die Rechnung eingehen, die Quartierseffekte stärker ausfallen lassen, als sie tatsächlich sind (Friedrichs et al. 2003: 800, Durlauf 2004: 2219). Mit Selektionseffekten sind Effekte gemeint, die mit der Motivation und Entscheidung zusammenhängen, in einem bestimmten Stadtteil zu wohnen. Die Motivation wird meist nicht durch geeignete Variablen gemessen, so dass Quartierseffekte gemessen werden, ohne dass Merkmale des Individuums kontrolliert werden, die die Wohnstandortwahl begründen (Friedrichs et al. 2003: 800).<sup>49</sup> Das Problem der Selbst-Selektion betrifft quantitative wie qualitative Forschungsansätze gleichermaßen. Durlauf weist darauf hin, dass in Untersuchungen, in denen instrumentelle Variablen eingeführt wurden, Quartierseffekte statistisch nicht mehr signifikant seien. Für ihn ist die Frage der Kontrolle der Selbst-Selektion also entscheidend für den empirischen Beleg von Quartierseffekten (Durlauf 2004: 2219).

---

<sup>49</sup> Friedrichs et al. weisen darauf hin, dass inzwischen Lösungen für das Problem der Selbst-Selektion existieren: zum einen in Form von instrumentellen Variablen, die auf die Simultanität von Nachbarschaft und anderen Entscheidungen, die die Ereignisse beeinflussen, hinweisen, zum anderen durch die Studie von Verwandten, welche elterliche Merkmale eliminieren und dann Quartierseffekte deutlicher zutage treten lassen (ebd.: 802).

### *Differenzierung von Studien zu Quartierseffekten*

Im Großen und Ganzen lassen sich, was die methodische Herangehensweise betrifft, drei Richtungen im Forschungsfeld Quartierseffekte unterscheiden. Dies sind zunächst qualitativ ausgerichtete Fallstudien, dann statistische Analysen oft sehr umfangreicher Datenbanken und schließlich die Datengewinnung und Auswertung von Mobilitätsexperimenten. Während die beiden ersten Ansätze sowohl in der europäischen wie auch der amerikanischen Forschung eine Rolle spielen, existieren Mobilitätsexperimente nur im amerikanischen Forschungskontext und nehmen dort eine wichtige Rolle bei der Forschung zu Quartierseffekten ein.

Die *qualitativen Fallstudien* stehen in der Tradition der amerikanischen Community Studies (Chicago School) und ethnographischer Studien und versuchen überwiegend, die Wirkungsmechanismen von Quartierseffekten nachzuvollziehen. So stehen hier meist das Nachzeichnen sozialer Beziehungen und die Bedeutung der Nachbarschaft für die Individuen im Vordergrund. Dabei beziehen sich diese qualitativen Fallstudien überwiegend auf benachteiligte Stadtviertel, sozial gemischte oder privilegierte Stadtviertel werden seltener untersucht.

Die *quantitativen Analysen nichtexperimenteller Datenbanken* verwenden multivariate Verfahren, um Korrelationen zwischen dem Quartier und dem Individuum herauszufinden. Sie stützen sich häufig auf große Stichproben und Längsschnitsdaten. Anders als bei den qualitativen Fallstudien werden hier häufiger auch sozial gemischte Stadtviertel untersucht (Lupton 2003: 1). Meist handelt es sich um sehr komplexe Modellrechnungen, so dass in diesem Forschungsbereich die Methodendiskussion eine sehr große Rolle spielt.

Amerikanische *Mobilitätsexperimente* wie das Gautreaux-Programm oder das Programm *Moving to Opportunity* basieren auf der Idee, Quartierseffekte dadurch zu bestimmen, dass ein Teil der Bewohner in sozial (und ethnisch) gemischte Gebiete gebracht wird, ein anderer Teil dagegen im armen Stadtteil verbleibt. Die Ergebnisse stützen sich dann auf Vergleichsdaten der beiden Gruppen bezogen auf die Entwicklung der individuellen Situation durch den Umzug. Diese Untersuchungen betrachten häufig Längsschnitsdaten und kombinieren inzwischen immer häufiger quantitative und qualitative Forschungsansätze, wobei Erstere immer noch deutlich überwiegen.

Neben methodischen Kriterien zur Unterscheidung von Studien zu Quartierseffekten können Forschungsarbeiten auch danach unterschieden werden, ob Folgen ethnischer oder sozialer Segregation betrachtet werden sollen. Darüber hinaus lassen sich grundsätzlich Studien anhand ihres zugrunde liegenden Verständnisses von Quartierseffekten untersuchen, je nachdem ob positive oder negative oder beide Effekte des Wohngebiets betrachtet werden. Schließlich lassen sich die vorliegenden Studien auch danach differenzieren, welcher Wirkungsbereich von Quartierseffekten untersucht wird. Tabelle drei zeigt eine Übersicht über eine mögliche Differenzierung von Forschungsarbeiten zu Quartierseffekten.

**Tab. 3: Differenzierung von Studien zu Quartierseffekten**

Dimension der Segregation	Art des Effekts	Wirkungsbereich	Methode
Analyse ethnischer Segregation	Analyse positiver Effekte	Objektive Ressourcen	Qualitative Fallstudie
Analyse sozialer Segregation: a) Konzentration benachteiligter Bevölkerung b) Konzentration privilegierter Bevölkerung c) Sozial gemischte Bevölkerung d) Vergleichsstudien	Analyse negativer Effekte	Soziale Beziehungen	Quantitative v.a. multivariate Analyse
Kombinierte Analyse: Effekte ethnischer und sozialer Segregation	Kombinierte Analyse positiver und negativer Effekte	Symbolik	Integrierte Analyse
		Soziale Mobilität	Mobilitätsexperiment (USA)
		Gesundheit	
		Politische Repräsentation	
		(...)	

Quelle: eigene Darstellung

### 3.5.2. Neighborhood effects in der amerikanischen Forschung

Ab dem Ende der 1980er Jahre entstand in den USA eine Fülle von Untersuchungen, die die Auswirkungen der Nachbarschaft auf ihre Bewohner thematisierte (Jencks & Mayer 1990, Ellen & Turner 1997, Katz et al. 2001, Rosenbaum & De Luca 2000, Rosenbaum et al. 2002, Leventhal & Brooks-Gunn 2003, Young 2003). Die hohe Zahl von Forschungsarbeiten zu Quartierseffekten in den USA spiegelt den hohen Grad sozialer und ethnischer Segregation nordamerikanischer Städte wider, wobei hier insbesondere der Hypersegregation amerikanischer Innenstadtgebiete, die ab dem Ende der 1960er Jahre einsetzte, große Bedeutung beigemessen werden muss.

Im Verlauf des Prozesses der Hypersegregation wandelte sich das innerstädtische „black ghetto“ von einem städtischen Raum mit vorhandenen Schutzfunktionen zu einem Ort der sozialen Verbannung und Ausgrenzung der afroamerikanischen Bevölkerung (Wacquant 2006). Wacquant erkennt in der Transformation der städtischen Ökonomie, dem Handeln des Staates und den staatlichen Desinvestitionen die Hauptursachen für die wachsende Kluft zwischen dem Ghetto und dem Rest der Stadt. Diese Quartiere der sozialen Ausgrenzung, die institutionell quasi aufgegeben werden und mannigfaltige Deprivationen und Diskriminierung für die

afroamerikanische Innenstadtbevölkerung mit sich bringen, bilden den Ausgangspunkt für einen großen Teil der Forschung zu Quartierseffekten.

In den USA wurde die Forschung zu Quartierseffekten in hohem Maß von Wilsons Konzept der Konzentrationseffekte und seinen Annahmen zu sozialer und physischer Isolation stimuliert (vg. Kapitel 3.3.2.). Darüber hinaus spielen kulturalistische Ansätze der Armutsforschung eine große Rolle für die amerikanische Forschung zu Quartierseffekten. Folgerichtig konzentrierten sich die Forschungsfragen innerhalb der amerikanischen Sozialwissenschaften in ihrer Themenwahl tendenziell auf Aspekte des sozialen Milieus wie die Effekte der Nachbarschaft auf z.B. Schulabbrecherquoten, Gewaltverhalten, Drogenkonsum und -handel und weniger auf Aspekte sozialer Mobilität (Marpsat 1999). Seit einiger Zeit gerät aber auch der Bereich der sozialen Mobilität in den Fokus der empirischen Forschung. Ein weiteres Merkmal der amerikanischen Forschung liegt in ihrem Fokus auf Kindern und Jugendlichen, die als Hauptbetroffene von Quartierseffekten gelten.

Im großen akademischen Interesse an Quartierseffekten in den USA kommt auch das starke politische Interesse am Thema zum Ausdruck, denn ein sehr großer Teil der Veröffentlichungen ist Bestandteil der umfassenden Begleitforschung zu so genannten Mobilitätsexperimenten. Diese wohnungspolitischen Maßnahmen ermöglichen Bewohnern innerstädtischer Armutsgebiete den Umzug in besser gestellte Wohngebiete, um dann zu untersuchen, ob mit dem Umzug positive Veränderungen für die teilnehmenden Familien verbunden sind. Das erste dieser sozialen Experimente war das so genannte Gautreaux-Programm, welches im Zeitraum von 1976 bis 1998 in der Stadt Chicago durchgeführt wurde.<sup>50</sup>

Das Gautreaux-Programm geht auf die afroamerikanische Community-Aktivistin Dorothy Gautreaux und den Anwalt Alexander Polikoff zurück, die 1969 im Namen von 40.000 afroamerikanischen Bewohnern von Sozialwohnungen gegen die *Chicago Housing Authority* vor Gericht gingen (Budnick 2011: 41). Sie beschuldigten die Behörde, sowohl bei der Standortwahl von Sozialwohnungen als auch bei den Wohnungsbescheiden auf der Basis von ethnischer Segregation zu agieren („racially segregated basis“) (Budnick 2011: 41). Nach langem Rechtsstreit erging das Urteil, dass die Praxis tatsächlich gegen den Civil Rights Act verstoße und es wurde erlassen, dass afroamerikanischen Bewerbern Sozialwohnungen in wohlhabenderen suburbanen Gebieten mit weniger als 30 Prozent schwarzer Bevölkerung zugewiesen werden müssen (ebd.). Umgesetzt wurde dies durch die Vergabe von Mietbeihilfen für den privaten Mietwohnungsmarkt und durch die begleitende Unterstützung der teilnehmenden

---

<sup>50</sup> Genau genommen handelt es sich bei Gautreaux nicht um ein Experiment. Da die Teilnehmer die Anforderungen des privaten Mietwohnungsmarktes erfüllen mussten, wurden selektive Auswahlkriterien zugrunde gelegt (nicht mehr als vier Kinder, keine hohen Schulden oder inakzeptable Haushaltsführung) (Rosenbaum et al. 2002: 73). Außerdem gab es keine explizite Kontrollgruppe (ebd.). Dennoch kann die Stichprobe als repräsentativ für die Empfänger von Transfereinkommen gelten (hinsichtlich der Länge des Wohlfahrtsbezugs und des Familienstands), sie weist insgesamt einen nur leicht verbesserten sozioökonomischen Status aufwies (ebd.).

Familien bei der Wohnungssuche und dem Abschluss des Mietvertrags. Insgesamt nahmen etwa 7.000 afroamerikanische Familien, meist alleinerziehende Mütter und ihre Kinder, an Gautreaux teil, davon zog etwa die Hälfte in überwiegend weiße Vorortsiedlungen.

Im Rahmen der Begleitforschung und Evaluation von Gautreaux, die in großen Teilen vom Institute for Policy Research der Northwestern University durchgeführt wurde, wurde zu verschiedenen Zeitpunkten nach dem Wohnortwechsel empirisch überprüft, welche Effekte durch den Umzug festzustellen waren (z.B. Rosenbaum & De Luca 2000, Rosenbaum et al. 2002, Rosenbaum & de Luca 2003).<sup>51</sup> Insgesamt wird Gautreaux von der Mehrheit der Forschungsergebnisse ein großer Erfolg bescheinigt, da eine Reihe von positiven Effekten für die Familien, die in überwiegend weiße Vororte gezogen waren, nachgewiesen werden konnte. So wurden bei den Müttern positive Effekte auf die Beschäftigungsrate und den Bezug von Transferleistungen nachgewiesen (Rosenbaum & De Luca 2000, Mendenhall et al. 2006). Darüber hinaus verbesserte sich das Sicherheitsempfinden der Teilnehmer, sie fühlten sich von vielen Ängsten des Alltags befreit und die nun „bessere“ Adresse öffnete Wege zu Jobs und Krediten (Rosenbaum et al. 2002). Die Verbleibestudie von Rosenbaum und De Luca zeigt darüber hinaus auch langfristige Effekte, da die Mehrheit der Gautreaux-Familien nach 14 Jahren weiterhin in eher privilegierten suburbanen Gebieten wohnten und nur etwa 30 Prozent der Familien in innerstädtische und überwiegend schwarze Nachbarschaften zurückkehrten (Rosenbaum & De Luca 2003).

In der Folge des großen Interesses an Gautreaux und dem weitgehend anerkannten Erfolg des Programms wurden Mobilitätsexperimente bzw. die Vergabe von standortgebundenen Mietwohnungsgutscheinen („housing vouchers“) in besser situierte bzw. von einem geringeren Anteil afroamerikanischer Bevölkerung bewohnte Gebiete auch in anderen Orten durchgeführt. So lancierte das US Department of Housing and Urban Development das *Moving to Opportunity for Fair Housing Demonstration Program* (MTO) in den fünf Großstädten Boston, Baltimore, Chicago, Los Angeles und New York (US Department of Housing and Urban Development 2003). Anders als bei Gautreaux, das stärker als wohnungspolitisches Programm denn als Experiment betrachtet werden kann, steht bei MTO der Experimentalcharakter deutlicher im Vordergrund. Am MTO konnten Haushalte mit Kindern teilnehmen, die in Gebieten mit einer Armutsquote von mindestens 40 Prozent und im öffentlichen Wohnungsbau bzw. im geförderten Mietwohnungsbau wohnten. Die freiwilligen Teilnehmer wurden nach Zufallsprinzip einer von drei Programmgruppen zugeordnet: Die erste Experimentalgruppe erhielt Mietgutscheine für den privaten Wohnungsmarkt, die nur in Gebieten mit einer Armutsquote unter zehn Prozent einsetzbar waren. Außerdem erhielten diese Familien Beratung bei der Wohnungssuche. Eine zweite Gruppe erhielt Gutscheine, die im gesamten Stadt-

---

<sup>51</sup> Eine Übersicht der Begleitforschung findet sich auf der Seite des Northwestern University Institute for Policy Research, <http://www.northwestern.edu/ipr/publications/Gautreaux.html> (Stand: 17.08.2011).

gebiet einsetzbar waren, und eine dritte Gruppe, die Kontrollgruppe, verblieb im Armutsquartier.

Nach einem längeren Zeitraum wurden verschiedene Studien zu den drei Vergleichsgruppen durchgeführt, die insbesondere die Veränderungen im Bereich sozialer Mobilität messen sollten, wobei MTO, genau wie Gautreaux, von einem sehr hohen Maß an Begleitforschung und Evaluierung flankiert wurde (z.B. Goering et al. 2002, Katz et al. 2001, Katz et al. 2005).<sup>52</sup> In der Zwischenevaluation von MTO wurden zusammenfassend Effekte im Bereich der Wohnzufriedenheit, der Nachbarschaftsqualität, Sicherheit, Gesundheit und Delinquenz festgestellt (US Department of Housing and Urban Development 2003). Das mit dem Umzug einhergehende erhöhte Sicherheitsempfinden stellte für die Familien der Experimentalgruppe sicherlich eines der wichtigsten Ergebnisse dar, da in allen fünf Programmstädten Angst vor Verbrechen und Unsicherheitsgefühle als Hauptmotiv für die Teilnahme am Experiment angegeben wurde (Katz et al. 2001: 612).<sup>53</sup>

Ob mit dem Umzug auch langfristige positive Effekte hinsichtlich der sozialen Mobilität verbunden waren, wurde in der Zwischenevaluierung anhand von Indikatoren im Bereich Bildung, Beschäftigung und ökonomische Selbstständigkeit untersucht. Hierbei stellten die Autoren lediglich geringe Effekte bei Bildungserfolgen von Kindern fest, die sich in etwas besseren Schulabschlüssen der Experimentalgruppe ausdrückten<sup>54</sup>. Im Hinblick auf Beschäftigung, Einkommen und Abhängigkeit von staatlichen Leistungen konnten in der Zwischenevaluierung keine signifikanten Effekte festgestellt werden.

Die eher geringen Effekte im Bereich sozialer Mobilität durch MTO haben in der amerikanischen Forschung nicht dazu geführt, dass an der Existenz von Quartiereffekten in diesem Bereich grundlegend gezweifelt wird. Die unterschiedlichen Ergebnisse hinsichtlich von Quartiereffekten im Bereich sozialer Mobilität, wie sie die Ergebnisse der Studien zu Gautreaux und MTO belegen, können zum einen als Hinweis auf die Bedeutung der ethnischen Segregation für Diskriminierung interpretiert werden (bei Gautreaux lag ein auf ethnischer Zugehörigkeit basierendes Gebietskriterium für den Umzug vor und die Teilnehmer zogen in überwiegend von Weißen bewohnte Quartiere). Zum anderen können sie auch als Hinweis auf die Bedeutung des *spatial mismatch* von Wohn- und Arbeitsplätzen interpretiert werden, da

---

<sup>52</sup> Übersicht über zahlreiche Studien gibt die Seite des National Bureau of Economic Research: [http://www.nber.org/mtopublic/previous\\_findings.htm](http://www.nber.org/mtopublic/previous_findings.htm) (17.08.2011).

<sup>53</sup> Das resultiert zum großen Teil aus persönlicher Betroffenheit: 24% gaben in der Eingangsbefragung an, dass in den letzten sechs Monaten eine Person des Haushalts geschlagen oder verletzt wurde, in 11% der teilnehmenden Haushalte verstarb im gleichen Zeitraum ein Familienmitglied aufgrund eines Verbrechens (Katz et al 2001: 617).

<sup>54</sup> Die geringen Effekte im Bildungsbereich werden von den Autoren der Studie darauf zurückgeführt, dass etwa drei Viertel der Kinder der Experimentalgruppe weiterhin denselben Schulbezirk bzw. sogar dieselbe Schule besuchten, was zum Teil am großen Zuschnitt der Schulbezirke, zum Teil am Umstand, dass die Familien in die Nähe ihres alten Wohnorts gezogen waren, lag (US Department of Housing and Urban Development 2003).

die Gautreaux-Familien in weiter entfernte Gebiete in den Suburbs gezogen waren. Oder man sieht in der geringen Evidenz von Quartierseffekten im Bereich sozialer Mobilität bei MTO einen Hinweis auf die langfristige Art und Weise, wie die Mechanismen der Effekte wirken (Budnick 2011:72).<sup>55</sup>

Die Mobilitätsexperimente gelten jedenfalls weitgehend als Erfolg, was sich u.a. in der Fortsetzung des Gautreaux-Programms mit ‚Gautreaux II‘ seit 2002 ausdrückt. Tatsächlich belegen die Studien zu den Mobilitätsexperimenten positive Effekte durch den Umzug in ein besser gestelltes Gebiet, insbesondere im Bereich Gesundheit und bei Kindern und Jugendlichen, und so bergen sie hinsichtlich der Forschung zu Nachbarschaftseffekten ein großes Potential.

Inwiefern sie als wohnungspolitisches Instrument von Nutzen sind, ist hingegen weniger eindeutig. Einerseits ist der Ansatz, soziale und ethnische Segregation in besser gestellten Gebieten anzugehen und dort erschwinglichen Mietwohnungsbestand für sozial Schwache bereitzustellen, positiv zu bewerten, andererseits kann die Zufallsauswahl, wie sie bei MTO praktiziert wurde, als stark dirigistisch kritisiert werden. Darüber hinaus ist zu diskutieren, inwiefern es mit Aspekten sozialer Gerechtigkeit vereinbar ist, dass Faktoren wie ausreichendes Sicherheitsgefühl, mentale und physische Gesundheit u.a. in bestimmten städtischen Teilräumen (insbesondere für den afroamerikanischen Teil der Gesellschaft) nicht gewährleistet werden können. Die betroffenen Menschen in andere Gebiete zu schicken und dies als politische Strategie zu betrachten, kommt doch in Ansätzen der weiteren (symbolischen) Aufgabe der Innenstadtgebiete gleich. Und schließlich kann der Lebensstil, der mit dem Leben in Suburbs verbunden ist, nicht als allgemein erstrebenswert erachtet werden, er ist schließlich nicht jedermanns und v.a. nicht jederfraus Sache (Atkinson 2005).

### 3.5.3. Forschung in Europa

Mobilitätsexperimente wie in den USA existieren im europäischen Kontext nicht. Die hiesige Forschung zu Quartierseffekten unterteilt sich im Wesentlichen in qualitative Gebietsfallstudien und quantitative Untersuchungen, die oft auf großen Stichproben basieren und multivariate statistische Verfahren anwenden. Vereinzelt werden beide Ansätze verknüpft.

Ein anderer zentraler Unterschied zur amerikanischen Forschung besteht darin, dass in Europa ein größeres Interesse an Fragestellungen zur Wirkung der Nachbarschaft auf die Dimensionen sozialer Mobilität besteht, während sich die nordamerikanische Forschung stärker auf Fragestellungen zu Sozialisationseffekten, Gewalt und Devianz konzentriert. Aber auch in Europa liegen mittlerweile einige Untersuchungen vor, die den Einfluss des Wohnquartiers auf das Verhalten beziehungsweise die Einstellung seiner Bewohner zum Gegenstand haben.

Einen Spitzenplatz in der europäischen Forschung zu *area effects* nimmt Großbritannien ein (z.B. Bolster et al. 2004; Buck 2001; Glennerster et al. 1999; McCulloch 2001). Aber auch in

---

<sup>55</sup> Eine ausführliche methodische Diskussion der beiden Programme findet sich bei Budnick 2011.



den Niederlanden (Musterd, Ostendorf & DeVos 2003; Schneiders et al. 2003), Schweden (Andersson & Musterd 2005 und 2006; Brännström 2004; Andersson 2004), Frankreich (Issehnane & Sari 2010; Goux & Maurin 2007; Dujardin & Goffrette-Nagot 2006) und Deutschland (Friedrichs & Blasius 2000 und 2008; Farwick 2001; Callies 2003; Kronauer & Vogel 2004) besteht ein zunehmendes Forschungsinteresse an den Fragestellungen zu Quartierseffekten. Hinsichtlich des deutsch-französischen Vergleichs zeigt sich, dass das Interesse am Konzept der Quartierseffekte in Frankreich vergleichsweise verspätet eingesetzt hat. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass die Forschung zu Folgen sozialer Segregation in Frankreich stark vom Konzept der sozialen Ausgrenzung bestimmt wird.

Im Folgenden werden die zentralen empirischen Ergebnisse aus der europäischen Forschung vorgestellt. Berücksichtigt werden Studien zu den Folgen sozialer Segregation. Der umfangreiche Forschungsbereich, der sich explizit mit den Konsequenzen ethnischer Segregation beschäftigt, wird hier nicht berücksichtigt.<sup>56</sup> Zunächst werden empirische Erkenntnisse aus dem Wirkungsbereich der sozialen Mobilität – Bildung, Beschäftigung und Einkommen – vorgestellt, die im Zentrum des europäischen Forschungsinteresses stehen. Weiterhin werden Ergebnisse aus dem Bereich der Symbolik und dem Komplex der sozialen Beziehungen behandelt. Die Auswahl orientiert sich an den inhaltlichen Schwerpunkten der europäischen Forschung. Als untergeordnete Auswahlkriterien dienen zum einen die Bedeutung der Studien für die europäische Fachdebatte, zum anderen werden Analysen aus Deutschland und Frankreich, entsprechend des Schwerpunkts dieser Arbeit, bevorzugt dargestellt.

#### **3.5.3.1. Soziale Mobilität**

Im europäischen Rahmen wurden bisher drei Langzeitstudien, die den Einfluss von Quartiereffekten auf Faktoren sozialer Mobilität untersuchen, durchgeführt. Diese wurden in den Niederlanden, Schweden und Großbritannien realisiert (Musterd, Ostendorf & DeVos 2003, Andersson & Musterd 2005 und 2006, Bolster et al. 2004). Darüber hinaus liegen einige quantitative Untersuchungen mit meist sehr großen Stichproben vor.

Die *niederländische* Langzeitstudie untersucht eine Stichprobe von etwa 2 Millionen Personen und deren wirtschaftliche Entwicklung im Zeitraum 1989 bis 1994 (Musterd, Ostendorf & DeVos 2003). Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die Frage, inwiefern die wirtschaftliche Entwicklung der Haushalte von der sozioökonomischen Zusammensetzung der Nachbarschaft beeinflusst wird. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass in den Niederlanden das Umfeld nur einen geringen Einfluss auf die soziale Mobilität von Haushalten mit schwacher sozialer Position aufweist. Musterd, Ostendorf und DeVos stellen fest, dass bei Haushalten, die am Anfang der Studie von Transfereinkommen lebten, die Anzahl von Haushalten im Quar-

---

<sup>56</sup> In dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass die empirische Analyse von Konsequenzen sozialer Segregation auf die Situation von Gebietsbewohnern nicht auf die Forschung zu Quartierseffekten beschränkt ist. So werden im Rahmen dieser Betrachtung vereinzelt auch Studien berücksichtigt, die konzeptionell nicht explizit an die amerikanische Debatte um Quartierseffekte anknüpfen.

tier mit gleichem sozialem Profil kaum Einfluss auf die positive Veränderung der Beschäftigungssituation hatte. Dagegen war bei wirtschaftlich besser gestellten Haushalten ein stärkerer Einfluss der Umwelt feststellbar (ebd.: 890). Dieses Ergebnis steht im Widerspruch zu der Annahme, dass Quartierseffekte insbesondere arme Bewohner betreffen (ebd.: 891). Die Autoren legen zwei mögliche Erklärungen für dieses Ergebnis nahe: Zum einen könnten Quartierseffekte erst ab einem bestimmten ‚Niveau‘ der sozialen Lage zur Wirkung kommen, zum anderen könnten spezifische politische Programme für Langzeitarbeitslose und benachteiligte Gebiete einen Puffer darstellen, der potentielle Quartierseffekte verhindert.

Die Studie von Musterd und Andersson betrachtet die Beschäftigungssituation von etwa 5,5 Mio. Personen im Zeitraum zwischen 1991 und 1999 in *Schweden* (Andersson & Musterd 2005). Auch hier wird die Beziehung zwischen sozialer Mobilität und der sozialen Zusammensetzung des Wohngebiets von den Autoren als insgesamt moderat eingeschätzt. Eine Fortsetzung der Studie mit einem erweiterten Datensatz stellt im Gegensatz zur ersten Untersuchung und den niederländischen Ergebnissen eine relativ hohe Bedeutung von Quartierseffekten fest. Diese besteht auch nach Kontrolle einer Reihe zentraler Lagemerkmale wie Alter und Bildung (Andersson & Musterd 2006). Für Personen, die im Beobachtungszeitraum aus der Arbeitslosigkeit langfristig in ein Beschäftigungsverhältnis wechselten, sowie für den Personenkreis der Arbeitslosen, die im Untersuchungszeitraum keine Beschäftigung fanden, ging mit dem Leben in einer sozial schwachen Gegend eine geringere Wahrscheinlichkeit einher, einen Arbeitsplatz zu bekommen (ebd.: 127f). Eine Ausnahme bildete die Personengruppe, die im Beobachtungszeitraum ihre Qualifikation verbessern konnte. Für sie fand sich kein Nachweis für Quartierseffekte (ebd.: 137). Darüber hinaus zeigte die Studie, dass der Quartierseffekt in größeren Städten zwar bedeutender, aber auch in kleineren Städten feststellbar ist. Letztendlich konnten unabhängige Quartierseffekte auch für die Gruppe der Migranten nachgewiesen werden (ebd.: 130).

Für *Großbritannien* legen die Ergebnisse von Bolster et al. dagegen einen geringen Einfluss der Nachbarschaft auf soziale Mobilität nahe (Bolster et al. 2004). Sie betrachten den Zusammenhang zwischen Einkommen und sozialer Zusammensetzung der Nachbarschaft anhand der Veränderungen des jährlichen Haushaltseinkommens von über 5.500 britischen Haushalten im Zeitraum von 1991 bis 2000. Als Ergebnis der Untersuchung konnte nur ein schwacher, dabei aber signifikanter Quartierseffekt identifiziert werden. Die Arbeit von Buck (2001) analysiert den gleichen Datensatz des BHPS (British Household Panel Survey). Er findet einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Benachteiligung der Nachbarschaft und einzelnen Aspekten sozialer Ausgrenzung. Aber dennoch wird die Bedeutung von Quartierseffekten im Hinblick auf soziale Mobilität relativiert: „Area is an important influence, but there are other equally and more important influences at the individual and household levels” (ebd.: 2272). Ein weiteres zentrales Ergebnis der Studie ist, dass die Quartierseffekte je nach Maßstabsebene der Quartiere sowie je nach betrachtetem Indikator sozialer Ausgrenzung erheblich variieren können (ebd.: 2274).

Dujardin et al. untersuchen in *Belgien* für die Agglomeration Brüssel den Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und dem Leben in einem benachteiligten Quartier (Dujardin et al. 2008). Die Studie basiert auf dem Zensus des Jahres 1991 und einer Stichprobe aller Bewohner zwischen 19 und 64 Jahren in insgesamt 328 Quartieren (ebd.: 94). Sie kommen zu dem Schluss, dass Arbeitslosigkeit durch die soziale, wirtschaftliche und ethnische Segregation des Wohnorts beeinflusst wird. Das Leben in einem Quartier mit einem niedrigen sozioökonomischen Status erhöht die Wahrscheinlichkeit für Arbeitslosigkeit signifikant, besonders für junge Erwachsene (ebd.: 109). Dabei können sie die These eines *spatial mismatch* als Verursacher ausschließen und betonen die Notwendigkeit für weitere Forschung zu den verantwortlichen Mechanismen dieses Befunds.

Für *Frankreich* liegt für die Region Lyon eine Studie vor, die Effekte des Lebens in einem benachteiligten Quartier auf die Beschäftigungsrate untersucht (Dujardin & Goffrette-Nagot 2006). Die Stichprobe basiert auf 10.474 Männern und 540 Nachbarschaften, das Datenmaterial entstammt dem Zensus 1999 (ebd.: 10/11). Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass das Leben in einem der benachteiligten Quartieren der Agglomeration Lyon die Wahrscheinlichkeit signifikant erhöht, arbeitslos zu sein. Dies betrifft insbesondere die Mieter von Sozialwohnungen. Es wird in der Studie aber auch gezeigt, dass das Quartier keinen signifikanten Einfluss auf die Art der Jobsuche besitzt oder die Mobilität in dem Maße reduziert, dass ein Einfluss auf die Beschäftigungssituation festzustellen wäre (ebd.: 21). Auch hier schlussfolgern die Autorinnen, dass zur Beschreibung der zugrunde liegenden Mechanismen für Nachbarschaftseffekte weitere Forschung von Nöten sei.

Eine Studie für die Pariser Agglomeration geht ebenfalls der Frage nach, welche Effekte das Leben in einem benachteiligten Stadtteil auf den Beschäftigungsstatus der Bewohner hat (Sari & Calavrezo 2009). Die Stichprobe basiert auf etwa 47.000 Haushaltvorständen in insgesamt 2.590 Quartieren, davon über 500 benachteiligte Wohngebiete. Auch hier liegt der Zensus des Jahres 1999 zu Grunde. Diese Studie kommt ebenfalls zu dem Ergebnis, dass die Wahrscheinlichkeit arbeitslos zu sein, mit dem Wohnen in einer benachteiligten Nachbarschaft ansteigt. Dabei betonen die Autoren, dass es nicht möglich ist zu entscheiden, ob unterschiedliches Sozialverhalten oder Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt die entscheidende Erklärung für diesen Quartierseffekt ist (ebd.: 111).

Der Einfluss des Quartiers auf die Dauer von Arbeitslosigkeit steht im Mittelpunkt einer weiteren französischen Studie (Choffel & Delattre 2003). Hier besteht die Stichprobe aus mehr als 8.000 Arbeitslosen, die zum einen in benachteiligten städtischen Quartieren (ZUS), zum anderen in sozial gemischten Quartieren wohnen. Die Beschäftigungssituation der Arbeitslosen wurde über einen Zeitraum von 33 Monaten analysiert und in Beziehung zum Wohnort gesetzt (ebd.: 8). Dabei zeigte sich, dass der Umstand, in einer der so genannten ZUS (*zone urbaine sensible*) zu wohnen, einen signifikanten Einfluss auf die Dauer der Arbeitslosigkeit hat. Gleichzeitig wurde aber auch hier deutlich, dass der Einfluss des Wohnquartiers gemes-

sen am Einfluss von Individualmerkmalen wie Alter, Qualifikation, Nationalität und der Zugehörigkeit zu regionalen Arbeitsmärkten eine untergeordnete Rolle spielt. Außerdem wurden bei identischen Individualmerkmalen regionale Unterschiede in der Ausprägung des Quartierseffekts deutlich. In einigen Quartieren konnte gar kein Effekt, in anderen ein sehr ausgeprägter Effekt festgestellt werden (ebd.: 4). Dies erklären die Autoren durch den unterschiedlichen Grad der Anbindung der Quartiere, der stärkeren Ausgrenzung der Quartiersbewohner oder schließlich durch unterschiedliche lokale berufliche Eingliederungsmaßnahmen (ebd.: 4). Darüber hinaus treten deutliche Unterschiede bei verschiedenen Gruppen von Arbeitslosen auf: Der Quartierseffekt auf den Einfluss der Dauer der Arbeitslosigkeit ist für den Teil der Arbeitslosen mit nichteuropäischem Migrationshintergrund sehr stark ausgeprägt, während er für den Teil ohne Migrationshintergrund geringer ausfällt und für den Teil mit europäischen Migrationshintergrund neutral ist (ebd.: 4). Hinsichtlich der Rolle der Stigmatisierung bei der Wirkung von Quartierseffekten vermuten die Autoren, dass die Nationalität entscheidender als das Quartier sei (ebd.: 8).

Für Frankreich liegen zwei weitere Studien vor, die den Einfluss des Quartiers auf den schulischen Erfolg betrachten (Issehnane & Sari 2010; Goux & Maurin 2007). Beide beziehen sich auf einen Datensatz der Studie „Emploi“ des nationalen Statistikinstituts INSEE. Dieser enthält Daten für den Zeitraum 1991 bis 2002 auf der Basis von Mikroquartieren mit 20 bis 40 Wohnungen. Goux und Maurin gehen dabei der zentralen Frage nach, ob der schulische Erfolg von Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 16 Jahren vom schulischen Erfolg der gleichaltrigen Kinder abhängt, die in enger Nachbarschaft leben (Goux & Maurin 2007: 1196). Die Ergebnisse zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit, ein Schuljahr wiederholen zu müssen, stark ansteigt, wenn andere Jugendliche in der Nachbarschaft bereits ein Jahr wiederholt haben (ebd.: 1210). In Sozialwohnungen wird außerdem der schulische Erfolg für Jugendliche negativ vom Anteil der Familien mit geringem Bildungsstand (*non-educated families*), die in der nahen Nachbarschaft wohnen, beeinflusst (ebd.: 1206).

Die Studie von Issehnane und Sari untersucht den gleichen Datensatz für 18-jährige Jugendliche (Issehnane & Sari 2010). Der schulische Erfolg wird anhand dreier Indikatoren betrachtet: die Wahrscheinlichkeit des Schulabbruchs, die Wahrscheinlichkeit einen gehobenen Abschluss zu erreichen (BEP; BAC; BAC plus 2) und schließlich die Wahrscheinlichkeit mit dem schulischen Niveau – gemessen am Altersdurchschnitt – zurück zu liegen. Es findet sich kein signifikanter Zusammenhang zwischen der sozioökonomischen Zusammensetzung des Quartiers und der Wahrscheinlichkeit, die Schule abzubrechen. Auf die Wahrscheinlichkeit, einen gehobenen Schulabschluss zu erreichen, konnte dagegen ein stark signifikanter Effekt des Wohngebiets festgestellt werden. Dies traf auch auf die Wahrscheinlichkeit zu, ein gegenüber dem Altersdurchschnitt geringeres Schulniveau aufzuweisen (ebd.: 20). Die Autoren kommen zusammenfassend zu dem Schluss, dass ein großer Teil des schulischen Misserfolgs auf Quartierseffekte zurückzuführen ist. Als wahrscheinlichste Erklärung hierfür werden Sozialisationseffekte genannt. Die Autoren schließen jedoch auch nicht aus, dass es sich um einen nicht

kontrollierten „effet d'établissement“ (Effekt der schulischen Einrichtung) handelt (ebd.: 24).<sup>57</sup>

Zum Einfluss der Nachbarschaft auf die Dauer von Armutslagen liegt eine Studie für *Bremen und Bielefeld* vor (Farwick 2003). Sie findet anhand von Längsschnittdaten zur Bezugsdauer von Sozialhilfe einen deutlichen Zusammenhang zwischen dem Leben in Armutsquartieren und der Verweildauer in Armutslagen. Betrachtet wurde der Verlauf des Bezugs von Sozialhilfe unter Berücksichtigung des Wohnorts für eine Erstbezugskohorte des Jahres 1989 (Bremen) bzw. des Jahres 1993 (Bielefeld). Auch unter Kontrolle der Individualmerkmale konnten sowohl auf großräumiger als auch auf kleinräumiger Gebietsebene Quartierseffekte nachgewiesen werden, die dazu führen, dass mit einer steigenden Dichte von Sozialhilfeempfängern geringere Chancen auf Beendigung einer Armutslage verbunden sind (ebd.: 178f). Hinsichtlich möglicher Erklärungen für diesen Zusammenhang kommt Farwick anhand einer Sekundäranalyse zum Schluss, dass v.a. das Erlernen falscher Handlungsmuster und Einstellungen sowie Stigmatisierungsprozesse bei der Entstehung von Quartierseffekten zum Tragen kommen.

### 3.5.3.2. Soziale Beziehungen

Im Folgenden wird auf Studien zur Qualität sozialer Netzwerke sowie zu Sozialisationseffekten in benachteiligten Quartieren eingegangen.

#### *Soziale Netzwerke*

Empirische Ergebnisse zur Reichweite und Qualität sozialer Netzwerke unterstreichen den Einfluss der Nachbarschaft. Keim und Neef (2000) erkennen in ihrer Untersuchung in einem benachteiligten Altbauquartier für die arme deutsche Bevölkerung ein wenig integriertes Milieu, welches sich durch konflikthafte Familien- und Nachbarschaftsbeziehungen und geringe Kontakte zu Freunden und Bekannten auszeichnet (ebd.: o.S.). Enge Freundschaften der armen Haushalte bieten meist keine materiellen Hilfestellungen. Die armen Haushalte nehmen in geringem Maße am Vereinsleben teil oder haben nur selten regelmäßige Treffen mit Freunden in Kneipen, da hierzu die finanziellen Mittel fehlen. Die Untersuchung zeigt aber auch, dass die Bewohnerschaft des Quartiers je nach kulturellem Hintergrund und sozialem Status sehr heterogen hinsichtlich ihres Beziehungsverhaltens und ihrer Netzwerke ist. Pauschale Urteile über Netzwerke in benachteiligten Gebieten sind daher nicht möglich.

Tobias und Boettner (1992) zeigen in ihrer qualitativen Fallstudie eines benachteiligten Duisburger Viertels eher schwache Netzwerke. Zwar unterstreichen die Ergebnisse der Studie eine hohe Netzwerkdichte, die jedoch durch eine starke Unverbindlichkeit geprägt sind. Sie konstatieren einen starken Drang der Bewohner, sich verbal von den anderen Bewohnern des

---

<sup>57</sup> Damit ist gemeint, dass Eltern bevorzugt in Quartiere ziehen, die sich in der Nähe einer Schule mit einem guten Ruf befinden (ebd.: 24).

Quartiers abgrenzen und Kontakte im Gebiet meiden zu wollen. Gleichzeitig gibt es aber eine große Kontakthäufigkeit. Die Autoren interpretieren dies als Wunsch, „sich einerseits über die Menschen des nächsten sozialen Umfeldes sozial zu erheben und in eben diesem Umfeld das Bedürfnis nach sozialem Kontakt zu befriedigen“ (ebd.: 42).

Die Hamburger Untersuchung von Callies in St. Pauli und Mümmelmannsburg untersucht u. a. die Frage, inwiefern im Bereich des sozialen Milieus benachteiligende Effekte für arbeitslose Jugendliche festgestellt werden können (Callies 2003). Hinsichtlich der Art und Intensität der sozialen Beziehungen innerhalb der Quartiere kommt die Studie zu dem Schluss, dass zwar vergleichsweise viele Spannungen und Konflikte existieren, aber dennoch sehr enge und nachhaltige Kontakte bestehen. Ähnlich der Duisburger Untersuchung wird eine „starke Ambivalenz und Divergenz der Sozialbeziehungen“ konstatiert, bei der Nähe und Distanz, Identifikation und Abgrenzung, Unterstützung und Konflikt häufig koexistieren (ebd.: 146).

Eine europäische Studie untersucht für Nachkriegssiedlungen in verschiedenen europäischen Ländern unter anderem den Einfluss der Wahrnehmung der sozialen Mischung im Wohngebiet auf die Stärke der sozialen Netzwerke (Musterd 2008). Sie kommt zu dem Ergebnis, dass kein signifikant negativer Zusammenhang zwischen dem wahrgenommenen Grad sozialer Mischung und der Stärke der sozialen Netzwerke festzustellen ist (ebd.: 906). Nur die Gruppe der als sozial relativ homogen wahrgenommenen Gebiete ist überwiegend durch schwache soziale Netzwerke mit tendenziell weniger Bezugspersonen charakterisiert (ebd.). Der Anteil der Bewohner, die über positive Beziehungen mit anderen Bewohnern berichten, ist in Siedlungen, die als sozial gemischt wahrgenommen werden, gegenüber sozial homogenen Siedlungen leicht erhöht (ebd.: 913).

Hinweise auf den „Ertrag“ sozialer Netzwerke finden sich bei Atkinson und Kintrea (2001). In ihrer Vergleichsstudie zu Glasgow und Edinburgh können sie zeigen, dass sich die Netzwerke in den benachteiligten Gebieten weitestgehend aus Arbeitslosen zusammensetzen (ebd.: 2288). Dabei ist eine direkte Benachteiligung in Form eines geringeren Ertrags aus den Netzwerken aufgrund geringerer Informationen nicht erkennbar. Der Anteil der Befragten, die angeben, von ihrem Arbeitsplatz mittels Beziehungen erfahren zu haben, liegt in den sozial gemischten und benachteiligten Quartieren auf vergleichbarem Niveau. Leichte Unterschiede zwischen den beiden Quartierstypen zeigen sich hinsichtlich der Quartiersbezogenheit, die in den benachteiligten Gebieten leicht höher ist (ebd.: 2289). In allen Quartieren herrscht gleichzeitig ein großer Bezug zur Gesamtstadt, was nicht auf isolierte Quartiersbewohner schließen lässt (ebd.).

Die quantitativ ausgerichtete Studie von Atkinson und Kintrea wurde um eine qualitative Untersuchung ergänzt (Atkinson & Kintrea 2004). Dafür wurden in den vier Untersuchungsgebieten knapp 50 Tiefeninterviews mit Gebietsexperten durchgeführt. Eine der zentralen Fragestellung war, inwiefern begrenzte soziale Netzwerke vorliegen, die dazu führen, dass den Bewohnern benachteiligter Stadtteile ein geringerer Anteil an Informationen und Hilfe aus

Netzwerken zur Verfügung steht. Die Ergebnisse zeigen positive und negative Quartierseffekte vor allem für arme Bewohner, die sowohl in sozial benachteiligten als auch sozial gemischten Quartieren auftreten (ebd.: 451). Zu den positiven Effekten zählen in den benachteiligten Gebieten insbesondere lokale Unterstützungsstrukturen, Unterstützung durch Familie und Freunde und ein starker Gemeinschaftssinn. In den gemischten Gebieten wird vor allem der Kontakt zu Erwerbstätigen und zu positiven Rollenbildern als positiver Effekt benannt. Für die benachteiligten Quartieren – beschrieben als geographisch isoliert, mangelhaft durch ÖPNV erschlossen und mit überlasteten Wohlfahrtseinrichtungen ausgestattet – ist zusammenfassend das Fehlen von gebietsübergreifenden Beziehungen charakteristisch. Negative Effekte in den sozial gemischteren Gebieten bestanden v.a. im Mangel an Unterstützungsstruktur für ärmere Bewohner.

Auch eine Studie von Blasius und Friedrichs untersucht anhand mehrerer Aspekte den Einfluss des Quartiers auf soziale Beziehungen (Blasius & Friedrichs 2000). Grundlage war eine standardisierte Befragung von 661 Bewohnern in vier Kölner Quartieren mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil armer Bevölkerung. Für die deutsche Bevölkerung kommen sie zu dem Schluss, dass Erwerbstätige überdurchschnittlich viele Erwerbstätige, Arbeitslose überdurchschnittlich viele Arbeitslose als Netzwerkpersonen angeben (ebd.: 65f). Für die Netzwerke der türkischen Bewohner trifft das nicht zu: Hier haben Erwerbstätige zwar überwiegend mit Erwerbstätigen zu tun, Arbeitslose aber nur eine geringe Anzahl von arbeitslosen Netzwerkpersonen (ebd.: 71).

Ein signifikanter Gebietseffekt wird hinsichtlich der Anzahl der Kontakte festgestellt: So kommt die Studie zu dem Schluss, dass mit steigender Armut die Zahl der Netzwerkpersonen geringer wird (ebd.: 66). Dies trifft sowohl für die deutschen als auch die türkischen Bewohner zu (ebd.: 72). Mit steigender Benachteiligung der Quartiere konzentrieren sich darüber hinaus die Aktivitäten der Bewohner stärker auf das Wohngebiet, wobei Bezieher von Transfereinkommen mehr Aktivitäten im Gebiet ausüben, als Erwerbstätige (ebd.: 80ff). Dieser Zusammenhang gilt für die türkische Bevölkerung im besonderen Maße (ebd.: 83f).

In einer aktuelleren Untersuchung zu einem Kölner Stadtteil gehen Friedrichs et al. im Rahmen einer kombinierten Bewohnerbefragung unter anderem der Frage der Beschaffenheit sozialer Netzwerke im Quartier nach. Anhand einer Stichprobe von etwa 700 Personen kommen sie zu dem zentralen Ergebnis, dass mit steigendem Anteil von Sozialhilfebeziehern im Quartier die Zahl der Netzwerkpersonen der deutschen Befragten signifikant sinkt (Blasius, Friedrichs & Klöckner 2008: 147).<sup>58</sup>

Eine kombinierte Befragung von Schnur untersucht in vier Berliner Quartieren mit einer Konzentration armer Bevölkerung die unterschiedlichen Formen lokalen Sozialkapitals. Die Stu-

---

<sup>58</sup> Dies gilt mit einer Gebietsausnahme auch für die türkischen Befragten (Blasius, Friedrichs & Klöckner 2008: 147).

die macht vor allem deutlich, dass bei allen Unterschieden in der Ausstattung mit verschiedenen Formen sozialen Kapitals dennoch alle Quartiere über nützliche Erträge aus sozialen Netzwerken, funktionierenden Nachbarschaftsbeziehungen und engagierten Bewohnern verfügen (Schnur 2003: 321). Ähnlich der Ergebnisse der Studie von Pan Ké Sho für Frankreich (s.u.) wird deutlich, dass pauschalisierende Annahmen hinsichtlich einer geringeren Netzwerkichte, der mangelnden Qualität lokaler Netzwerke und der geringen Ausstattung mit Sozialkapital in benachteiligten Quartieren empirisch nicht haltbar sind (ebd.). Schnur empfiehlt, die spezifischen Qualitäten und Potentiale des Sozialkapitals in den einzelnen Quartieren gezielt zu erfassen und nutzbar zu machen. Dies kann dann im Rahmen von sozialraumorientierten Strategien zur Stabilisierung der Quartiere berücksichtigt und gefördert werden (ebd.: 322).

### *Sozialisationseffekte*

Zum Einfluss der Nachbarschaft auf Haltungen und Einstellungen gibt die Untersuchung von Blasius und Friedrichs zu vier Kölner Quartieren mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil armer Bevölkerung Aufschluss (Blasius & Friedrichs 2000). Sie stellen grundsätzlich fest, dass es nicht gerechtfertigt sei, „im Sinne von Wilson hier von Wohngebieten mit einem hohen Anteil abweichender Normen zu sprechen“ (ebd.: 90). Zwar zeigte sich, dass einige Formen abweichenden Verhaltens in den Quartieren durchaus verbreitet sind. Dieser Verbreitung steht jedoch auch eine hohe Ablehnung eines solchen Verhaltens in den Gebieten gegenüber (ebd.).<sup>59</sup> Die These, man gewöhne sich an abweichendes Verhalten, bestätigt sich hier also nicht (ebd.: 90). Für den Zusammenhang zwischen Einstellungen zu devianten Verhaltensweisen und dem Quartier zeigen die Studienergebnisse, dass mit wachsender räumlicher Konzentration deutscher Sozialhilfeempfängern die Akzeptanz abweichenden Verhaltens steigt. Dies gilt allerdings nur dann, wenn die Personen einen hohen Zeitanteil im Gebiet verbringen und einen sehr hohen Anteil von Netzwerkpersonen im Gebiet haben (ebd.: 92). Die türkischen Bewohner lehnen abweichendes Verhalten sehr viel deutlicher ab (ebd.).

In der aktuelleren Untersuchung zu einem Kölner Stadtteil kommen die Autoren zu dem zentralen Ergebnis, dass der Anteil an Sozialhilfeempfängern eines Quartiers mit der Häufigkeit, mit der von deviantem Verhalten berichtet wird, korreliert (Blasius, Friedrichs & Klöckner 2008: 146). Die einzelnen (Sub-)Quartiere der Untersuchung unterscheiden sich dahingehend, in welchem Ausmaß abweichendes Verhalten beobachtet wurde. Quartiersmerkmale haben dagegen keinen Einfluss auf die Billigung abweichenden Verhaltens (ebd.: 145f).

Die Untersuchung von Oliver Callies in Hamburg findet keine Hinweise auf das Entstehen einer besonderen lokalen Subkultur, die den Jugendlichen den Weg ins Berufsleben versperren würde, etwa weil sie gar nicht mehr den Wunsch verspüren, Geld zu verdienen (Callies

---

<sup>59</sup> Abweichendes Verhalten ist hier insbesondere Betrunkenheit im Stadtgebiet, Beschimpfungen, Schwarzarbeit (Friedrichs & Blasius 2000: 88).



2003: 146). Die Jugendlichen fühlen sich durch den Kontakt mit Menschen in einer ähnlichen Lebenslage weniger stigmatisiert und gesellschaftlich isoliert als in anderen Wohngegenden. Dadurch stehen sie unter einem geringeren sozialen Druck, aus der Arbeitslosigkeit herauszukommen. Der Wunsch nach Arbeit und die weitere Orientierung an Erwerbsarbeit bestehen dennoch fort (ebd.).

Die Untersuchung von Oberwittler (2004) zu Freiburg und Köln beschäftigt sich mit der Wirkung von Quartierseffekten auf das Delinquenzverhalten Jugendlicher. Die Mehrebenenanalyse findet Effekte benachteiligter Gebiete auf schwere Formen von Jugendkriminalität, insbesondere schwere Eigentumsdelikte. Dieser Zusammenhang besteht allerdings nur bei deutschen Jugendlichen (ebd.: 163). Die Neigung zu schwerer Delinquenz steht in positiver Beziehung zur Sozialhilfedichte von Kindern und Jugendlichen im Wohngebiet, unabhängig von der individuellen sozialen Lage. Der festgestellte Effekt ist aber nur dann gegeben, wenn sich der Freundeskreis auf das Wohngebiet konzentriert. Neben der Wohndauer und der Entfernung zur Schule determiniert insbesondere der Schultyp die räumliche Orientierung: Hauptschüler haben gegenüber Gymnasiasten eine 90 Prozent erhöhte Wahrscheinlichkeit, Freunde mit Wohnsitz im eigenen Stadtteil zu haben. Angesichts des gegenüber dem Wohnviertel vermutlich noch stärker segregierten deutschen Schulsystems vermutet Oberwittler, dass eher die Schule als der Wohnort den größten Effekt auf das Verhalten von Kindern und Jugendlichen hat (ebd.: 168).

Inwiefern Sozialisationsprozesse in benachteiligten Stadtteilen sich auf Erwartungen und Ziele auswirken, stand unter anderem im Mittelpunkt der bereits zitierten qualitativen Untersuchung in Edinburgh und Glasgow (Atkinson & Kintrea 2004). Sie kommt zu dem Schluss, dass in den gemischten Gebieten vermehrt positive Quartierseffekte feststellbar sind, wie beispielsweise ein erhöhtes Selbstwertgefühl (ebd.: 445ff). In den benachteiligten Gebieten wurden keine Anzeichen für deviantes Verhalten gefunden. Die Autoren kommen aber zu dem Schluss, dass die tendenziell geringeren Erwartungen armer Bewohner dort oftmals dazu beitrugen, dass sie ihre Potentiale nicht vollständig entwickeln konnten.

### 3.5.3.3. *Stigma*

Die Stigmatisierung städtischer Räume stellt einen der zentralen Wirkungsmechanismen von Quartierseffekten dar. Stigmatisierungs- und Entsolidarisierungsprozesse gegenüber armen Stadtteilen und ihren Bewohnern gewinnen vor dem Hintergrund der Zunahme aktueller sozialräumlicher Spaltungen immer mehr an Bedeutung (Heitmeyer & Anhut 2000; Wehrheim 2002). Empirische Forschungsfragen zur Wirksamkeit von Gebietsstigmata sind z.B. die direkten Folgen eines negativen Gebietsstigmatas hinsichtlich der Diskriminierung durch Dritte. Auch von Interesse sind Prozesse der Aneignung beziehungsweise Abgrenzung der Bewohner gegenüber einem schlechten Quartiersimage.

Die schon erwähnte Studie von Sako Musterd untersucht unter anderem den Einfluss der sozialen Zusammensetzung eines Wohngebiets auf den Ruf eines Quartiers und seiner Bewoh-

ner (Musterd 2008). In 16 europäischen Städten wurden in 29 Siedlungen der Nachkriegszeit standardisierte Bewohnerbefragungen durchgeführt. Eine der zentralen Fragen der Studie war, welcher Zusammenhang zwischen dem subjektiv wahrgenommenen Grad an sozialer Mischung des Wohngebiets und der subjektiven Einschätzung des Gebietsimages besteht. Die Ergebnisse belegen, dass der Grad an sozialer Mischung eines Wohngebiets Einfluss auf das Gebietsimage ausübt. So konnte ein positiver Zusammenhang zwischen dem subjektiv wahrgenommenen Grad sozialer Mischung und einem besseren Image festgestellt werden (ebd.: 913). Dabei wird einschränkend betont, dass es sich tendenziell um kleinere Unterschiede in der Einschätzung handele und Gebiete mit relativ guten, relativ schlechten und sehr schlechten Image sowohl in der Gruppe stark gemischter als auch in derjenigen moderat gemischter Quartieren vertreten sind. Die Gruppe der als sozial relativ homogen wahrgenommenen Siedlungen besaßen hingegen ausnahmslos einen schlechten Ruf (ebd.: 906).

Die komparativ ausgerichtete Studie von Atkinson und Kintrea (2001) zu Glasgow und Edinburgh unterstreicht zunächst den hohen Stellenwert empfundener Stigmatisierung in benachteiligten Gebieten. Die Befragung in jeweils einem sozial gemischten und einem sozial schwachen Gebiet in Edinburgh und Glasgow verdeutlicht, dass ein sehr hoher Anteil der Befragten im benachteiligten Gebiet davon ausgeht, dass der schlechte Ruf ihres Quartiers bei der Arbeitssuche zu Benachteiligungen führen würde (Atkinson & Kintrea 2001: 2290). Dabei gibt die Mehrheit der Befragten in den sozial segregierten Quartieren an, dass die schlechte Außenwahrnehmung nicht der eigenen Wahrnehmung entspricht (ebd.). Dies deckt sich mit Ergebnissen der Untersuchung von Friedrichs und Blasius (2000), die zeigen, dass die Wahrnehmung des eigenen Wohngebiets nach Einschätzung der Befragten bei Freunden und Bekannten schlechter als die eigene ausfällt und die der übrigen Stadtbevölkerung nochmals schlechter als die der Freunde.

Die Studie von Atkinson und Kintrea verdeutlicht darüber hinaus die Bedeutung des gesamtstädtischen Kontexts für die Entstehung von Quartierseffekten. Sie zeigt, dass Stigmatisierungsgefühle je nach sozioökonomischen Kontext unterschiedlich ausfallen können: Im benachteiligten Gebiet in Edinburgh wurden Stigmatisierungen aufgrund der wirtschaftlich stabileren Situation und der geringeren Anzahl benachteiligter Gebiete von den Bewohnern viel stärker wahrgenommen als in Glasgow (ebd.: 2295).<sup>60</sup>

Eine Untersuchung zur Stigmatisierung in einer französischen Siedlung des sozialen Wohnungsbaus in Toulouse zeigt anhand qualitativer Interviews mit Jugendlichen die Bedeutung der Stigmatisierung des Wohnorts für die Betroffenen auf (Zermani 2006). In der Mehrzahl der Interviews wird deutlich, dass die Betroffenen sich des schlechten Images ihres Quartiers

---

<sup>60</sup> Diese Studie wurde um eine qualitative Untersuchung ergänzt (Atkinson/Kintrea 2004). Diese bestätigte die Ergebnisse zu negativen Effekte in benachteiligten Gebieten für den Bereich Stigmatisierung und Diskriminierung. So wurden in den sozial gemischten Quartieren deutlich seltener von Diskriminierung bei der Arbeitssuche berichtet (ebd.).

bewusst sind und das Gefühl haben, dass sie aufgrund der Zugehörigkeit zu diesem verurteilt werden und außerhalb des Gebiets in erster Linie als „banlieuesard“<sup>61</sup> definiert werden (ebd.: 48). Dabei ist die Stigmatisierung außerhalb des Quartiers für die Jugendlichen vor allem im Kontakt mit Jugendlichen aus anderen städtischen Teilbereichen spürbar. Diese ziehen sich in dem Moment zurück oder reagieren ängstlich und misstrauisch, sobald der Wohnort des Gegenübers bekannt wird. Dieses Gefühl der Ablehnung und Zurückweisung auf der Grundlage der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Quartier beeinflusst nicht nur die Gefühlswelt der Jugendlichen, sondern hat ebenfalls Einfluss auf das Handeln und die Identität der Jugendlichen sowie auf das Handeln externer Akteure wie Lehrer und Erzieher. Beispielsweise bauen die Jugendlichen außerhalb des Quartiers Spannungen ab, indem sie lauter sprechen oder in größeren Gruppen auftreten. In der Mehrzahl der Interviews kommt das Gefühl zum Ausdruck, eine bestimmte Rolle spielen zu müssen und unter permanenten Druck zu stehen. Die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Quartier wird für die Jugendlichen zu einer der zentralen Referenzen, wobei die Beziehung zum Wohngebiet durch ein ambivalentes Verhältnis von Ablehnung und Verbundenheitsgefühl charakterisiert ist (ebd.: 49-52).

Im Rahmen einer Studie des nationalen Statistikinstituts INSEE wird der Frage nachgegangen, inwiefern die Stigmatisierung der Bewohner der städtischen ZUS (zone urbaine sensible) zur Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt führt (Couppié et al. 2010). Anhand der ‚Studie Génération 98‘, die im Jahr 2001 eine Stichprobe von etwa 55.000 Schulabgängern und Universitätsabsolventen des Jahrgangs 1998 befragte, wurden enorme Unterschiede im beruflichen Erfolg der Berufsanfänger festgestellt. Dieser war abhängig davon, ob sie in städtischen Problemgebieten oder in anderen städtischen Teilräumen wohnten: Die Jugendlichen der ZUS nahmen in deutlich geringem Ausmaß qualifizierte Arbeitsplätze ein und verfügten über ein deutlich geringeres Einkommen (ebd.: 55). Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass sich etwa 90 Prozent der Einkommensunterschiede anhand unterschiedlicher Individualmerkmale der Jugendlichen erklären lassen. Dabei hatte neben Qualifikation und Geschlecht insbesondere das Bildungsniveau der Eltern – hier des Vaters – einen signifikanten Einfluss. Auch der Gebietskontext spielte eine Rolle: Die Tatsache, in der Hauptstadtregion zu wohnen, wirkte sich positiv auf den Zugang zu mittleren und höheren Berufskategorien aus. Außerdem hatte die Berufszugehörigkeit des sozialen Umfelds (Freunde und Bekannte) im Wohngebiet einen signifikanten Einfluss auf die Karriereaussichten. Dieser Zusammenhang trat in den ZUS deutlicher als in den anderen Gebieten hervor (ebd.: 59). Dennoch schlussfolgern die Autoren anhand ihrer Berechnungen, dass keine spezifischen Barrieren existieren, die den Jugendlichen aus den ZUS den Zugang zu höher qualifizierten und besser bezahlten Beschäftigungspositionen erschweren. Sie schätzen die Bedeutung von Stigmatisierungs- und Diskriminierungsprozessen als nicht entscheidend ein. Vielmehr vermuten sie die Ursachen für die Unterschiede in der unterschiedlichen Qualität der lokalen Bildungsinstitutionen (ebd.: 56-63).

---

<sup>61</sup> Abschätzige Bezeichnung für Bewohner der französischen Banlieue.

Die schon zitierte qualitative Untersuchung von Oliver Callies in zwei Hamburger Quartieren – der Großwohnsiedlung Mümmelmannsberg und dem Altbauquartier St. Pauli – geht auf mehreren Ebenen der Frage nach, inwiefern benachteiligte Stadtviertel benachteiligende Effekte auf arbeitslose Jugendliche haben (Callies 2003). Hinsichtlich der Stigmatisierung durch den Wohnort zeigen die Interviews mit den Jugendlichen zum Teil deutliche Belastungen und Diskriminierungen für die Bewohner (ebd.: 147). Dies betraf allerdings nur einen geringen Anteil der Befragten, für die wenigsten war der Wohnort mit Scham oder empfundener Entwürdigung verbunden und für relativ wenige der Befragten war „der Ruf des Viertels überhaupt ein wichtiges Thema“ (ebd.: 147).

Mit der Frage der Bedeutung des Quartiers für seine Bewohner beschäftigt sich auch eine weitere französische Studie, die hierzu die Aussagen von etwa 12.000 Bewohnern auswertet (Pan Ké Shon 2005). Die Typologisierung der Bewohner anhand ihrer Antworten zeigt, dass die Merkmale der Nachbarschaft dann einen geringen Einfluss auf die Wahrnehmung gerade armer Nachbarschaften aufweisen, wenn sich die Bewohner durch einen hohen Grad an Geselligkeit auszeichnen. So weist die Gruppe der „Niedergelassenen“ einen deutlich positiven Bezug zu ihrem Quartier auf. Sie wohnt v.a. in privilegierten beziehungsweise armen Quartieren und hat die dichtesten und die am stärksten auf das Quartier bezogenen Netzwerke (ebd.: 11).<sup>62</sup> Die Befragung kann zeigen, dass emotionale Bindungen durch soziale Netzwerke vor einer schlechten Wahrnehmung des eigenen Quartiers schützen. Bestehende Nachteile in armen Quartieren können durch die Orientierung auf Stabilität, Unterstützung und das Zusammensein mit Freunden und Familie ausgeglichen werden (ebd.).

In ihrer Untersuchung zur Bewertung des Wohngebiets durch seine Bewohner verdeutlichen Kronauer und Vogel anhand einer Studie zu einer Großwohnsiedlung und einem Altbauquartier in Hamburg, dass sich die klare Mehrheit der Befragten in beiden Quartieren überwiegend positiv zu ihrem Wohnumfeld äußert (Kronauer & Vogel 2004: 51). Die qualitative, leitfadengestützte Befragung von knapp 100 arbeitslosen Personen zeigt, dass die Mehrheit der Befragten es nicht bevorzugt, in einem anderen Wohngebiet zu wohnen. Für die beiden Quartierstypen treten recht unterschiedliche Gründe für die Zufriedenheit mit dem Wohnviertel hervor: Domnieren im Altbauviertel das „spezifische soziale Klima des Stadtteils, die nachbarschaftlichen Kontakte, das ‚Wir – gefühl‘ (...) und die Vielfalt des sozialen und wirtschaftlichen Lebens im Stadtteil“ (ebd.: 51), werden in der Großwohnsiedlung eher die Infrastruktureinrichtung, die Qualität der Wohnungen und die familiären Netzwerke im Gebiet geschätzt. Die Untersuchung verdeutlicht, wie differenziert die Beurteilung des eigenen (benachteiligten) Wohngebiets für unterschiedliche Bewohnergruppen in Abhängigkeit zu den Nutzungsanforderungen an den jeweiligen Quartierstyp abläuft. Außerdem wird gezeigt, dass die Umstände, die die Bewohner in das Quartier geführt haben (Zwang vs. freiwillige Ent-

---

<sup>62</sup> Wobei sich immer noch die Mehrheit der Bezugspersonen außerhalb des Quartiers befindet (Pan Ké Shon 2005: 11).

scheidung), im Gründerzeitquartier eine entscheidende Rolle bei der Frage spielen, ob ein schlechtes Gebietsimage bei der eigenen Bewertung des Wohngebiets Relevanz erlangt.

### **3.6. Zwischenfazit: Forschungsstand**

An dieser Stelle sollen nun noch einmal die zentralen Fragen der Forschung zu Quartierseffekten in Erinnerung gerufen werden. Auf einer ganz grundsätzlichen Ebene ist die Frage nach der *empirischen Evidenz unabhängig von Individual- und Haushaltsmerkmalen wirken-der Quartierseffekte* angesiedelt. Die in verschiedenen europäischen Städten durchgeführten empirischen Studien kommen diesbezüglich zu dem Ergebnis, dass signifikant negative Effekte benachteiligter Quartiere im Bereich sozialer Mobilität fast immer nachgewiesen werden können. Die empirische Evidenz von Quartierseffekten lässt sich also klar bejahen. Zugleich ist es Konsens in der Forschung, dass ihre Bedeutung geringer einzuschätzen ist als die von Individualmerkmalen und Merkmalen des Haushalts bzw. Elternhauses. Als wie relevant sie im Vergleich zu den dominanten Merkmalen der Individual- und Haushaltsebene, wie v.a. Bildung, Alter, Geschlecht und Herkunft, einzuschätzen ist, wird immer noch kontrovers diskutiert und ist m.E. nicht abschließend zu klären.

Nationale Unterschiede hinsichtlich der Existenz von Quartierseffekten wurden nicht festgestellt. Negative Quartierseffekte im Hinblick auf soziale Mobilität konnten sowohl in Ländern mit gut ausgebauten sozialen Sicherungssystemen, wie Schweden oder die Niederlande, als auch in Ländern mit einer vergleichsweise geringen staatlichen Absicherung, wie Großbritannien, nachgewiesen werden.

Weiterhin stellt sich die Frage nach den *vorrangigen Wirkungsbereichen von Quartierseffekten*. Der europäische Forschungsschwerpunkt im Bereich sozialer Mobilität hat dazu geführt, dass bei diesem Punkt zumeist Bildung, Beschäftigung und Einkommen im Vordergrund stehen. Ein großes Interesse besteht auch an der Erforschung symbolischer Deprivation und sozialer Beziehungen, wobei hier vor allem die Beschaffenheit sozialer Netzwerke und, in geringem Maße, die Entstehung abweichender Normen beziehungsweise abweichenden Verhaltens untersucht werden. Darüber hinaus werden in Europa verschiedene Studien zu Quartierseffekten in den Bereichen Gesundheit und politische Partizipation durchgeführt, auf die an dieser Stelle nicht eingegangen wurde.

Im Hinblick auf *soziale Mobilität* können folgende empirisch nachgewiesenen Effekte als zentral benannt werden: Die sozioökonomische Struktur eines Quartiers hat sowohl auf die Wahrscheinlichkeit, von Arbeitslosigkeit betroffen zu werden, als auch auf die Dauer von Arbeitslosigkeit beziehungsweise Transfereinkommensbezug einen signifikanten Einfluss. Darüber hinaus hat das Quartier Einfluss auf den Bildungserfolg von Jugendlichen. Gleichwohl ist wichtig festzuhalten, dass diese Effekte oftmals eher geringfügig ausfallen und es angesichts der vorrangigen Bedeutung von Individualmerkmalen unklar ist, inwiefern bzw. in welchem Ausmaß sie sich beim Individuum auswirken.

Bei der Thematik der *sozialen Beziehungen* werden im europäischen Forschungskontext vor allem Analysen zu lokalen sozialen Netzwerken und sozialem Kapital durchgeführt, wohingegen Analysen zu abweichenden Orientierungen oder abweichendem Verhalten eine geringere Bedeutung zukommt. Die Forschungsergebnisse zur Beschaffenheit und Reichweite sozialer Beziehungen und dem daraus resultierenden sozialen Kapital zeigen eine große Bandbreite an lokalen Situationen. So wird in einigen Studien festgestellt, dass sich die sozialen Beziehungen in benachteiligten Gebieten häufiger durch kleinere Netzwerke mit weniger Bezugspersonen auszeichnen (Keim & Neef 2000, Blasius & Friedrichs 2000 Blasius, Friedrichs & Klöckner 2008). Andere Studien zeigen, dass in sozial benachteiligten Quartieren häufig *bonding capital*, welches aus eher engen sozialen Netzwerken zwischen Personen der gleichen sozialen Position resultiert, vorherrscht (Atkinson & Kintrea 2001, Blasius & Friedrichs 2000). Auch hohe Netzwerkdichten konnten in benachteiligten Quartieren nachgewiesen werden (Tobias & Boettner 1992). Darüber hinaus illustrieren einige Forschungsarbeiten bei den Bewohnern benachteiligter Stadtviertel eine starke Ambivalenz im Hinblick auf die sozialen Beziehungen (Callies 2003, Tobias & Boettner 1992). Einerseits wollen sie zum näheren sozialen Umfeld der Nachbarschaft in Kontakt treten, andererseits haben sie den Wunsch nach sozialer Abgrenzung. Einige Studien lassen eine deutliche Tendenz zu geringen Reichweiten sozialer Beziehungen bzw. der Aktionsräume in benachteiligten Quartieren erkennen (Atkinson & Kintrea 2001 und 2004, Blasius & Friedrichs 2000). Dabei zeigt eine französische Studie, dass dies auch für privilegierte Gebiete mit einer starken Konzentration einkommens- und bildungsstarker Bevölkerung zutrifft (Pan Ké Shon 2005).

Die Bandbreite der Ergebnisse der Studien verdeutlicht v.a., dass bei allen Unterschieden der Beschaffenheit der lokalen sozialen Netzwerke und des daraus resultierenden sozialen Kapitals dennoch in allen Quartieren Erträge aus sozialen Netzwerken und Nachbarschaftsbeziehungen existieren, so wie dies auch anhand der Berliner Fallstudien gezeigt werden konnte (Schnur 2003). Inwiefern diese Faktoren hinsichtlich des beruflichen Weiterkommens Relevanz erlangen, ist wiederum umstritten (Atkinson & Kintrea 2001 und 2004). So zeigt der Forschungsstand zu Quartierseffekten im Bereich der Qualität sozialer Beziehungen in benachteiligten Quartieren meist positive wie negative Effekte für die Bewohner.

In schottischen Städten durchgeführte Studien zu Quartierseffekten auf die *Sozialisation* zeigen, dass das Wohngebiet Effekte auf die Erwartungen, individuellen Ambitionen und Selbsteinschätzungen der Bewohner ausüben kann (Atkinson & Kintrea 2004). Darüber hinaus weisen Untersuchungen zu deutschen Städten nach, dass negative Effekte bezüglich der Akzeptanz abweichenden Verhaltens sowie schwerer Delinquenz bei Jugendlichen möglich sind (Blasius & Friedrichs 2000, Oberwittler 2004). Eine Bestätigung fand dies jedoch nur bei der Gruppe der deutschen Bewohner. Beim Einfluss des Quartiers auf Delinquenz vermutet Oberwittler in seiner Studie jedoch eher Effekte des deutschen Schulsystems als des Wohngebiets.

Im Hinblick auf den Wirkungsbereich der *Stigmatisierung* wird davon ausgegangen und durch empirische Untersuchungen auch belegt, dass mit der Zunahme der Armut und ihrer räumlichen Konzentration auch eine wachsende Stigmatisierung von Armen und städtischen Teilbereichen, in denen überwiegend arme Bewohner anzutreffen sind, einhergeht (Heitmeyer & Anhut 2000, Wehrheim 2002). Mit zunehmender Konzentration sozial schwacher Bevölkerung nimmt somit auch die Gefahr zu, dass ein Gebiet an Reputation verliert. Die betrachteten Studien sehen weiterhin deutliche Hinweise auf Diskriminierung aufgrund des Wohnortes (Atkinson & Kintrea 2001, Zermani 2006, Callies 2003), können aber keinen signifikanten Einfluss von Stigmatisierung auf die Beschäftigungssituation nachweisen (Couppié et al. 2010).

Ein wichtiges Ergebnis in diesem Kontext besteht in der Beobachtung, dass die schlechte Außenwahrnehmung eines Gebiets sich meist *nicht* mit jener der Gebietsbewohner deckt, die häufig eine hohe Wohnzufriedenheit aufweisen (Atkinson & Kintrea 2001, Friedrichs & Blasius 2000, Kronauer & Vogel 2004). Pan Ké Shon (2005) kann für Frankreich aufzeigen, dass insbesondere soziale Netzwerke und daraus entstehende emotionale Bindungen an das Quartier die Bewohner vor negativen Effekten der Stigmatisierung benachteiligter Quartiere bewahren können. Kronauer und Vogel (2004) verdeutlichen, dass dem Weg, der die Bewohner in das Gebiet führte (freiwillig versus erzwungen) eine entscheidende Rolle für die Wirkungskraft eines Gebietsstigmas zukommt. Außerdem zeigen sie, dass individuelle Nutzungsansprüche einen starken Einfluss auf die eigene Wohnzufriedenheit haben. Zudem hat auch der sozioökonomische Kontext der Gesamtstadt einen wesentlichen Einfluss auf den Grad der empfundenen symbolischen Deprivation (Atkinson & Kintrea 2001).

Schließlich zeigen die Studien auch, dass die Bewohner sozial benachteiligter Quartiere in der Mehrheit der Fälle gezwungen sind, sich mit dem schlechten Image ihres Wohnquartiers auseinanderzusetzen. Die Untersuchungsergebnisse deuten darauf hin, dass mit steigender Stigmatisierung des Quartiers der Wohnort als Referenz für seine Bewohner an Bedeutung gewinnt, sei es im Hinblick auf die eigene Gefühlswelt, auf das Verhalten oder auch auf potentielle Diskriminierungen durch Dritte (Zermani 2006, Callies 2003).

#### *Zielgruppen und Erklärungszusammenhänge*

Eine weitere zentrale Forschungsfrage zu Quartierseffekten zielt auf deren Bedeutung für bestimmte Personengruppen: Welche *Zielgruppen* sind besonders von negativen Effekten des Quartiers betroffen und welche erweisen sich ihnen gegenüber als besonders geschützt? Die Ergebnisse, so lässt sich zusammenfassend sagen, unterstreichen die Bedeutung von Quartierseffekten vor allem für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche und sozioökonomisch schwächer gestellte Personengruppen wie Arbeitslose und Empfänger von Transfereinkommen. Dabei gibt es auch Untersuchungen, die diesbezüglich weiter differenzieren und darauf hindeuten, dass Quartierseffekte erst ab einem bestimmten Einkommensniveau zum Tragen kommen (Musterd, Ostendorf & DeVos 2003).

Die Frage, welche Mechanismen in welchem Kontext entscheidend für die *Entstehung von Quartierseffekten* sind, stellt wohl neben der Komplexität der Messung die größte Herausforderung der Forschung zu Quartierseffekten dar und ist am schwierigsten zu beantworten. Die Forschungsergebnisse in den Bereichen soziale Netzwerke, Sozialisation und symbolische Abwertung und Diskriminierung haben einige zentrale Zusammenhänge aufgezeigt. Dennoch ist mit Blick auf die europäische Forschung kritisch festzuhalten, dass die Frage, auf welche Zusammenhänge und Mechanismen die gemessenen Effekte zurückzuführen sind, eine vergleichsweise untergeordnete Rolle spielt. Der überwiegende Anteil der Studien zu Quartierseffekten im Bereich der sozialen Mobilität besteht aus komplexen multivariaten Verfahren, bei denen die Methodendiskussion einen großen Raum einnimmt. Zwar wird oftmals der Versuch einer (nachgeordneten) Erklärung und Interpretation der Ergebnisse unternommen, diese geht aber häufig nicht über ein allgemeines Beschreiben potentiell möglicher Wirkungsdimensionen hinaus.

#### *Der Forschungsstand in Deutschland und Frankreich*

Beim *Vergleich des deutschen und französischen Forschungsstands* zu Quartierseffekten fällt zunächst auf, dass in Deutschland – gemessen an der Anzahl der Studien – in geringerem Maße von Effekten des Wohngebiets auf die soziale Mobilität ausgegangen wird. Eine Erklärung könnte die vergleichsweise geringe sozialräumliche Spaltung in deutschen Städten sein. Tatsächlich zeigen zahlreiche französische Forschungsergebnisse im Hinblick auf soziale Mobilität signifikante Effekte des Quartiers auf die Chancen auf Beschäftigung, schulischen Erfolg und die Dauer von Arbeitslosigkeit (Dujardin & Goffrette-Nagot 2006, Sari & Calavrezo 2009, Choffel & Delattre 2003, Issehnane & Sari 2010; Goux & Maurin 2007). Allerdings konnten auch für Bremen und Bielefeld Effekte des Quartiers auf die Dauer von Armutslagen festgestellt werden (Farwick 2001).

Der vorrangige Bereich, in dem in der deutschen Forschung Quartierseffekte vermutet werden, sind die sozialen Beziehungen, wobei insbesondere die sozialen Netzwerke im Mittelpunkt stehen. Demgegenüber spielt die Qualität der sozialen Beziehungen in der französischen Forschung zu Quartierseffekten eine eher untergeordnete Rolle. Abgesehen von der Studie von Pan Ké Shon (2005) lagen hier keine Forschungsarbeiten vor. Die Recherche zu Frankreich ergab keine Untersuchungen zum Zusammenhang von Quartierseffekten in Form ungünstiger Handlungsmuster oder abweichenden Verhaltens und dem Leben in einem armen Quartier. Ursache könnte sein, dass diese Diskussion innerhalb der französischen Sozialforschung unter anderen konzeptionellen Gesichtspunkten geführt wird. So spielen das Lebensgefühl und der Habitus der Jugendlichen der *cités* im Rahmen des Konzepts der sozialen Ausgrenzung (*l'exclusion sociale*) in Frankreich eine bedeutende Rolle (Dubet & Lapeyronnie 1994). In Deutschland besteht hingegen ein größeres Interesse an diesem Thema und werden entsprechend mehr Studien hierzu durchgeführt. Die qualitative Studie von Callies (2003) erkennt eine deutliche Orientierung von Jugendlichen an den Normen und Werten der Mehr-



heitsgesellschaft und auch die Ergebnisse von Blasius und Friedrichs zeigen keinen Zusammenhang zwischen der Entstehung abweichender Normen und dem Leben in einem benachteiligten Quartier (Friedrichs & Blasius 2000). Zwar steigt für die deutsche Zielgruppe die *Akzeptanz* von abweichendem Verhalten mit steigender Anzahl von Sozialhilfeempfängern im Gebiet, aber eine Tendenz dazu, dass solches abweichendes Verhalten tatsächlich ausagiert würde, ließ sich nicht erkennen. Lediglich die Studie von Oberwittler (2004) belegt für Jugendliche einen Zusammenhang zwischen dem Leben in benachteiligten Quartieren und erhöhtem Hang zu schwerer Delinquenz, wobei hier der räumlichen Konzentration der sozialen Netzwerke und dem jeweiligen Schultyp die entscheidende Erklärungskraft zukommt.

Einen Schwerpunkt der französischen Forschung bildet die Frage nach der Bedeutung von Stigmatisierungsprozessen für die Entstehung von Quartierseffekten. Hier zeigen die Ergebnisse sehr drastische Stigmatisierungsprozesse für die Jugendlichen der französischen *cités*, die sich auf die Gefühlswelt der Jugendlichen und ihr Handeln auswirken und häufig einen enormen Druck für sie darstellen (Zermani 2006). Es wurden aber keine empirischen Belege für eine territoriale Stigmatisierung auf dem Arbeitsmarkt erbracht (Couppié et al. 2010). Auch für deutsche Quartiere kann die Bedeutung von Stigmatisierungsprozessen für die Bewohner nachgewiesen und ihre Abhängigkeit vom städtischen und individuellen Kontext gezeigt werden (Kronauer & Vogel 2004). Gleichwohl kann insgesamt von einer weitaus geringeren Bedeutung von Stigmatisierungsprozessen ausgegangen werden (Callies 2003).

## **Teil B: EMPIRISCHER TEIL**

### **3.7. Quartierseffekte und ihr Wirkungskontext in den Untersuchungsgebieten**

Bevor an dieser Stelle auf die qualitative Erhebung in den Untersuchungsquartieren eingegangen wird, sollen zunächst die zentralen konzeptionellen Rückschlüsse aus der Forschung zu Quartierseffekten erörtert werden, die die Grundlage der Untersuchung bilden. Das dieser Arbeit zugrunde liegende Verständnis von Quartierseffekten – Effekten des Wohnquartiers auf Lebenschancen und Perspektiven von Bewohnern, die unabhängig von Individualmerkmalen wirken – knüpft an ein erweitertes Begriffsverständnis an, wie es von Atkinson und Kintrea formuliert wurde (Atkinson & Kintrea 2001). Es umfasst negative, aber auch positive Effekte des Wohngebiets und geht zudem davon aus, dass nicht nur in benachteiligten Wohngebieten Quartierseffekte wirksam sind, sondern grundsätzlich in jedem Quartier. Dieses zweifach erweiterte Verständnis von Quartierseffekten beruht somit auf konzeptionellen Überlegungen, ist aber auch strategisch sinnvoll, um einen auf Defizite fixierten Diskurs zu städtischen Problemvierteln und die weitere Stigmatisierung von benachteiligten Quartieren zu vermeiden.

Dabei wird davon ausgegangen, dass in Gebieten mit einer Armutskonzentration deutlich häufiger negative Effekte festzustellen sind, die die Lebensqualität und Perspektiven der Bewoh-

ner einschränken, als in privilegierten Gebieten. Ferner wird davon ausgegangen, dass Arme und Marginalisierte stärker von negativen Quartierseffekten bedroht sind als Angehörige der mittleren und hohen Einkommensgruppen. Schließlich wird angenommen, dass Kinder und Jugendliche in besonderem Maße von Quartierseffekten betroffen sind.

Dieser Arbeit liegt die Überzeugung zugrunde, dass die Frage nach potentiellen Quartierseffekten und die Analyse ihrer lokalen Wirkungszusammenhänge von zentraler Bedeutung für Strategien der politischen Stabilisierung und Unterstützung benachteiligter Quartiere und ihrer Bewohner sind. Zum einen liefert die wissenschaftliche Auseinandersetzung Argumente für die politische Legitimierung sozialräumlich orientierter, integrierter Quartierspolitik. Zum anderen liegt mit dem Konzept der Quartierseffekte – wie zu zeigen sein wird – ein sinnvolles Instrumentarium vor, um die vielfältigen Dimensionen sozialer Ungleichheit auf lokaler Ebene in ihrem sozialräumlichen Kontext zu erfassen. Wissen über die zentralen Wirkungszusammenhänge von Quartierseffekten in unterschiedlichen städtischen Kontexten, wie es v.a. in Fallstudien aufgezeigt wird, kann zu einer begründeten und gezielten Gestaltung gebietsbezogener Strategien beitragen. Deshalb stellen Forschungen zu Quartierseffekten in benachteiligten Gebieten, auch wenn zu wünschen wäre, dass zukünftige Arbeiten Quartierseffekte in gemischten und privilegierten Quartieren stärker berücksichtigen, weiterhin eine sinnvolle Aufgabe dar. In diesem Sinne stehen in dieser Untersuchung Quartiere im Mittelpunkt des Forschungsinteresses, die hinsichtlich des städtischen Durchschnitts eine Konzentration von armen Bevölkerungsgruppen aufweisen.

Auf der Grundlage der bisherigen Forschung zum Thema Quartierseffekte wird in dieser Arbeit von der empirischen Evidenz von Quartierseffekten in verschiedenen europäischen Städten und Agglomerationen ausgegangen. Mögen Individual- und Haushaltsmerkmale auch wichtiger sein, so sind Quartierseffekte gleichwohl ebenfalls bedeutend. Statt also noch länger darum zu streiten, ob sich Effekte nachweisen lassen, sollte im Anschluss an Lupton verstärkt darüber diskutiert werden, für wen und unter welchen Bedingungen Nachbarschaften benachteiligende Wirkungen entfalten (Lupton 2003). Die größte Herausforderung der empirischen Forschung zu Quartierseffekten stellt m.E. aktuell die Frage dar, welche Wirkungszusammenhänge im lokalen Kontext entscheidend für die Entstehung von Quartierseffekten sind. Hierfür bieten sich insbesondere rekonstruierende Untersuchungen an, die das komplexe Verhältnis zwischen Individuum, Nachbarschaft und Handlungsressourcen betrachten.

Analysen zu den Wirkungsmechanismen von Effekten des Wohngebiets lassen sich gut im Rahmen von qualitativen Gebietsstudien durchführen. Solche Untersuchungen können dabei auch die quantitative Forschung zum Thema befruchten, indem sie aufzeigen, welche relevanten Variablen in die Betrachtungen einbezogen werden sollten. Zur Differenzierung der zentralen Wirkungsmechanismen wird von drei zentralen Wirkungsdimensionen ausgegangen, aus denen Quartierseffekte für die Bewohner resultieren können: von den objektiven Ressourcen der Quartiere, den sozialen Beziehungen der Bewohner sowie dem symbolischen Bereich.

Die wesentlichen lokalen Wirkungszusammenhänge für die Entstehung von Quartierseffekten werden in diesen Bereichen vermutet.

Die Auseinandersetzung mit den zentralen theoretischen Einflüssen des Konzepts und die Diskussion um das Leitbild der sozialen Mischung haben gezeigt, dass die Diskussion um Quartierseffekte stark von ideologischen Elementen geprägt ist. So grenzt sich diese Arbeit bei der Erklärung von Quartierseffekten deutlich von kulturalistisch orientierten Theorien für Quartierseffekte ab, wie sie insbesondere in der US-amerikanischen Forschung in Form des *Underclass-Konzepts* oder dem Konzept *Kultur der Armut* anzutreffen sind. Weder spielen das Verhalten und die Einstellungen der Armen eine zentrale Rolle als Ursachen für ihre soziale Situation, noch ist davon auszugehen, dass sich ein geschlossenes Armutsmilieu in europäischen Städten herausgebildet hat. Wilsons Konzept von *Konzentrationseffekten* legt den Schwerpunkt auf den Begriff der sozialen Isolation. Hierbei kann deutlich differenziert werden zwischen dem extrem hohen Grad der sozialräumlichen Ausgrenzung wie sie für das nordamerikanische Ghetto charakteristisch ist, und der Situation in europäischen Städten. Aber es ist dennoch anzunehmen, dass das Ausmaß der räumlichen und sozialen Isolation einen entscheidenden Einfluss auf die Entstehung von Quartierseffekten besitzt. Es ist davon auszugehen, dass dem *Konzept des sozialen Kapitals* eine große Erklärungskraft für die Entstehung von positiven wie negativen Quartierseffekten zukommt. Die Diskussion des Forschungsstands hat gezeigt, dass der Beschaffenheit der sozialen Netzwerke in europäischen Städten einen großen Einfluss auf die Entstehung und Wirkungsweise von Quartierseffekten besitzt.

### 3.7.1. Zentrale Forschungsfragen

Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen räumliche Dimensionen sozialer Ungleichheit, wie sie unter dem Konzept von Quartierseffekten diskutiert werden. Entsprechend dem zugrunde liegenden Begriffsverständnis werden hierbei negative wie positive Effekte des Quartiers auf die Perspektiven und die Lebensqualität seiner Bewohner berücksichtigt.

Die übergeordnete Frage der Untersuchung ist, welche Zusammenhänge im städtischen Kontext der vier Untersuchungsgebiete entscheidend für die Entstehung von Quartierseffekten sind und wie der jeweilige Gebietskontext auf diese einwirkt.

Dies beinhaltet zunächst die Frage, welche potentiellen Effekte in den Quartieren festgestellt werden können, um dann deren Entstehung und Wirkungszusammenhänge in einem zweiten Schritt zu diskutieren.

Es wird von drei zentralen Wirkungsdimensionen ausgegangen: den objektiven Ressourcen des Quartiers, den sozialen Beziehungen im Quartier sowie dem Bereich der Symbolik. In diesen drei Bereichen wird die Existenz von Quartierseffekten in den vier Untersuchungsquartieren diskutiert, um im Anschluß zentrale Wirkungszusammenhänge in den vier Quartieren zu analysieren.

Der Untersuchung liegen mehrere Annahmen zur Wirkungsweise von Quartierseffekten zu Grunde, die anhand der Untersuchungsergebnisse diskutiert werden:

Ich gehe davon aus, dass jedes Quartier positive und negative Effekte auf die Lebensqualität seiner Bewohner aufweist. So bieten auch benachteiligte Stadtviertel immer auch Ressourcen für ihre Bewohner und sind nicht einseitig hinsichtlich weiterer Einschränkungen zu interpretierten.

Hinsichtlich des deutsch-französischen Vergleichs gehe ich davon aus, dass negative Quartierseffekte in den französischen Gebieten eine größere Rolle spielen als in den deutschen Gebieten. Hierfür sprechen insbesondere das höhere Ausmaß sozialer Problemlagen sowie die größere Bedeutung der Stigmatisierung benachteiligter Stadtviertel in Frankreich.

Bezüglich der unterschiedlichen Bedeutung der einzelnen Wirkungsmechanismen von Quartierseffekten gehe ich davon aus, dass dem Bereich der Symbolik in Frankreich die dominierende Rolle zukommt, wohingegen seine Bedeutung für die deutschen Gebiete geringer ist.

Weiterhin gehe ich davon aus, dass die Gruppe der Jugendlichen in besonderem Maße von Quartierseffekten betroffen ist. Dies betrifft in besonderem Maße die Jugendlichen der französischen *cités*, die von massiver Arbeitslosigkeit, geringeren Bildungschancen und starker Stigmatisierung betroffen sind.

Schließlich nehme ich an, dass der städtische Kontext bei der Entstehung von Quartierseffekten eine große Rolle spielt: So schätze ich die Bedeutung negativer Quartierseffekte in einem Gebiet mit einer überdurchschnittlichen Konzentration von Armut in einer prosperierenden Stadt bzw. Region als höher ein, als in benachteiligten Gebieten in einem weniger prosperierenden Umfeld.

Diese Annahmen werden anhand der Ergebnisse der qualitativen Fallstudie erörtert. Dabei geht es bei der Fallstudie nicht darum, zu generalisierenden Erkenntnissen zur quantitativen Bedeutung und Wirkungsweise von Quartierseffekten zu gelangen. Vielmehr steht die Bedeutung des lokalen Kontexts für die Entstehung und Wirkungsweise von Quartierseffekten im Zentrum des Interesses.

### 3.7.2. Methodisches Vorgehen

Das methodische Vorgehen beruht auf einer qualitativen Fallstudie in den vier Untersuchungsquartieren, wie sie im Kapitel 2.6. vorgestellt wurden. Die Gebietsauswahl erfolgte nach dem Hauptkriterium der erhöhten Konzentration armer Bevölkerung im Vergleich zum städtischen Durchschnitt. Die Auswahl der Quartiere orientierte sich außerdem an dem Ziel, für die beiden Untersuchungsländer charakteristische Quartierstypen auszuwählen, um somit auch auf lokaler Ebene einen Einblick in den jeweiligen Länderkontext sozialer Segregation und ihrer Folgen zu ermöglichen. Für die französischen Gebiete galt zudem als entscheidend, dass bereits persönliche Kontakte zu einzelnen Gebietsexperten vorlagen, was den For-

schungsprozess, insbesondere die geeignete Auswahl von Interviewpartnern und die Kontaktaufnahme, erheblich erleichterte.

Der zentralen Frage der Untersuchung, welche Zusammenhänge im städtischen Kontext der vier Untersuchungsgebiete entscheidend für Entstehung von Quartierseffekten sind, wurde im Rahmen von leitfadenzentrierten Experteninterviews nachgegangen. Dabei orientierte sich die Methodik an den Merkmalen und den Grundpositionen des problemzentrierten Leitfadeninterviews (Witzel 2000, Lamnek 1995: 74ff). Dementsprechend stand weniger eine systematische und vollständige Informationsgewinnung im Vordergrund, sondern die „möglichst unvoreingenommene Erfassung [...] subjektiver Wahrnehmungen und Verarbeitungsweisen gesellschaftlicher Realität“ (Witzel 2000: o.S.). Es geht also um die Rekonstruktion der „subjektiven Dimension des Expertenwissens“ (Bogner & Menz 2005: 38). Bei dem problemzentrierten Leitfadeninterview steht die „Konzeptgenerierung durch den Befragten zwar immer noch im Vordergrund, doch wird ein *bereits bestehendes wissenschaftliches Konzept* durch die Äußerungen des Erzählenden evtl. modifiziert“ (Lamnek 1995: 74). In diesem Sinne handelt es sich um eine „*Kombination aus Induktion und Deduktion* mit der Chance auf *Modifikation der theoretischen Konzepte* des Forschers“ (Lamnek 1995: 75).

Für die Fragestellung der Arbeit bedeutete dies, die subjektiven Konstruktionen und Vorstellungen der Gebietsexperten über die Bedeutung von Quartierseffekten und deren Wirkungsmechanismen im jeweiligen Gebietskontext im gemeinsamen Gespräch zu rekonstruieren.

Als Gebietsexperten wurden Personen definiert, die beruflich im oder mit dem Quartier zu tun haben und das Gebiet und seine Bewohner gut kennen. Die Personen, auf die diese Beschreibung zutrifft und die als Gesprächspartner ausgewählt wurden, setzten sich aus folgendem Personenkreis zusammen:

- Mitarbeiter in Vereinen
- Experten im Bereich integrierter Stadtentwicklung (Quartiersmanagement, *politique de la ville*)
- Experten aus der Kommunalverwaltung
- Sozialarbeiter
- Lehrer
- Mitarbeiter von Wohnungsbaugesellschaften
- Priester bzw. Seelsorger

Es ist klar, dass bei dieser Auswahl das Risiko besteht, dass die individuelle Wahrnehmung und subjektive Konstruktion von Quartierseffekten und ihren Wirkungsweisen in den Quartieren je nach Berufsgruppe zum Teil recht unterschiedlich ausfällt. Dies bestätigte sich insofern, als dass sich die Spannbreite vom berufsbedingten Optimismus bei Mitarbeitern der Kommunalverwaltungen und Wohnungsbaugesellschaften, bis hin zum berufsbedingten Pessimismus überlasteter Sozialarbeiter als charakteristisch skizzieren lässt. Dennoch gelang bei der Mehr-

zahl der Gespräche eine vertiefende Reflexion des Themas, was zum einen durch die relativ lange Gesprächsdauer sowie die prozessorientierte Gesprächsführung gefördert wurde.

Die konkrete Auswahl der konsultierten Experten erfolgte zum Teil durch eigene Vorrecherchen, ein weiterer Teil der Gesprächspartner wurde über persönliche Empfehlungen vorab vermittelt und ein dritter Teil wurde innerhalb des Erhebungsprozesses durch Empfehlungen anderer Gesprächspartner vermittelt. Eine anonymisierte Übersicht der Gesprächspartner kann im Anhang eingesehen werden.

Insgesamt wurden 43 Interviews durchgeführt, davon die Mehrzahl im Zeitraum zwischen Ende 2009 bis Beginn 2011, mit Ausnahme von vier Interviews in Frankreich, die ins Frühjahr 2008 fielen. Im Einzelnen liegen für das Gebiet Lille-Sud 9, für das Quartier La Noë 12 für das Angerviertel 13 und für den Reuterkiez 9 Interviews vor. Die Länge der Interviews variierte von 30 Minuten bis zu 1,5 Stunden, wobei die Mehrzahl der Gespräche etwa eine Stunde umfasste.

#### **3.7.2.1. Interviewleitfaden und Gesprächsführung**

Der Interviewleitfaden ergab sich aus den inhaltlichen Vorüberlegungen zum Forschungsthema Quartiereffekte. Er diente als Gedächtnisstütze und Orientierungsrahmen (Witzel 2000: o.S.). Als Gesprächseinstieg diente die Aufforderung an die Interviewpartner, sich und ihre Beziehung zum Quartier vorzustellen. Dann folgten zwei inhaltliche Blöcke, die den Verlauf des Interviews strukturierten. Der erste Block war der Beschreibung des Quartiers und seiner Bewohner gewidmet, der zweite Block beschäftigte sich mit den lokalen Strategien zur Stabilisierung der Gebiete, wie sie im vierten Kapitel dieser Arbeit behandelt werden. Innerhalb der einzelnen Blöcke wurden Stichworte formuliert, die als Checkliste dienten. Hierzu zählten im Bereich der Quartiersbeschreibung Fragen zu Merkmalen der objektiven Ressourcen, sozialen Beziehungen und der Symbolik, als auch Fragen zur Situation der Jugendlichen im Quartier. Zum Bereich der Quartierspolitik zählten Fragen zu zentralen Zielen und Zielgruppen der politischen Strategien, sowie zur Einschätzung ihrer Wirkung und Umsetzung.

Die Handhabung der einzelnen inhaltlichen Blöcke und Stichworte wurde flexibel geregelt, d.h. die konkrete Reihenfolge ergab sich meist im Gesprächsverlauf. Dabei überschneidet sich der Block „Beschreibung des Quartiers und seiner Bewohner“ häufig mit dem Block „Jugendliche im Gebiet“. Der inhaltliche Bereich der gebietsbezogenen Strategien wurde meist anschließend separat diskutiert. Der Leitfaden kann im Anhang eingesehen werden.

Grundsatz der Gesprächsführung waren möglichst offene Fragen mit viel Beschreibungscharakter, die durch direkte Rückfragen und Zurückspiegelungen unterstützt wurden. Die Interviews wurden so geführt, dass die Experten die inhaltlichen Schwerpunkte innerhalb der einzelnen Blöcke in hohem Maße selbst setzen konnten. So ging es nicht um das vollständige „Abfragen“ der einzelnen Stichworte, sondern die subjektive Wahrnehmung der einzelnen Gesprächspartner.

### 3.7.2.2. *Die Auswertung*

Die Interviews wurden mehrheitlich aufgenommen, bis auf drei Interviews, bei denen keine Einwilligung der Gesprächspartner vorlag. Im Anschluss wurden die Gespräche transkribiert, wobei nur solche Teile des Gesprächs transkribiert wurden, die in die Analyse einfließen. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurde auf die Darstellung von Dialekt oder die Wiedergabe von Füllwörtern verzichtet. Dies wäre bei der Transkription aus einer Fremdsprache, wie hier zum Teil der Fall, auch nicht machbar gewesen. Die drei Interviews, die nicht aufgezeichnet werden konnten, wurden im direkten Anschluss an das Gespräch in Form eines Protokolls zusammengefasst und flossen ebenfalls in die Analyse ein.

Die Auswertung wurde von der Verfasserin allein durchgeführt. Aus organisatorischen Gründen wurde sie nicht um die von Witzel geforderte Phase der kontrollierten Interpretation, bei der mehrere, voneinander unabhängige Interpretationen von unterschiedlichen Personen durchgeführt werden, ergänzt (Lamnek 1995: 78). Die einzelnen Transkripte wurden zu Beginn um die Absätze gekürzt, die für die inhaltliche Fragestellung der Untersuchung irrelevant waren.

Der somit gekürzte Text wurde im Hinblick auf das Thema Quartierseffekte zunächst im Rahmen einer Einzelauswertung anhand der drei übergeordneten Kategorien „Aussagen zu den objektiven Ressourcen des Gebiets“, „Aussagen zu sozialen Netzwerken“ und „Aussagen zur Symbolik“ ausgewertet (zur Analyse von Leitfadenterviews Schmidt 2010). Dafür wurden die einzelnen Textpassagen für jedes Interview diesen drei Auswertungskriterien zugeordnet. Dann erfolgte die weitere Zuordnung zu untergeordneten Auswertungskategorien. Eine Übersicht über die einzelnen übergeordneten Auswertungskriterien sowie der zentralen Unterkategorien zeigt Tabelle 4.

Im nächsten Schritt erfolgte die gebietsbezogene Zusammenführung der Ergebnisse der einzelnen Interviews anhand der einzelnen Auswertungskriterien. Abschließend wurden diese Zusammenführungen einer Fallinterpretation unterzogen, bei der die zentralen Ergebnisse zu Quartierseffekten und ihren relativen Entstehungszusammenhängen vertiefend untersucht wurden.

**Tab. 4: Auswertungskriterien der Experteninterviews**

<b>Auswertungskriterien</b>	
<b>Übergeordnet</b>	<b>Untergeordnet</b>
<b>objektive Ressourcen des Quartiers</b>	Lage Freiraum- und bauliche Qualität im Gebiet Anbindung an die Reststadt Ausstattungsmerkmale der sozialen, kulturellen und gewerblichen Infrastruktur
<b>soziale Beziehungen</b>	<b>Qualität sozialer Netzwerke:</b> Kommunikations- und Interaktionsmöglichkeiten im Quartier, Vernetzungsgrad und Partizipation im Gebiet, Fluktuation, Wohnzufriedenheit, Qualität der Nachbarschaftsbeziehungen, Reichweite sozialer Netzwerke und Aktionsräume <b>Sozialisierungseffekte:</b> Bildungssituation im Gebiet, Existenz erwachsener Rollenvorbilder, Gruppenverhalten, Erwartungen und Ambitionen der Jugendlichen
<b>Symbolik</b>	<b>Eigenwahrnehmung:</b> Wohnzufriedenheit, subjektiv empfundene Deprivation, Stolz, Scham <b>Außenwahrnehmung:</b> Medienberichte, Wertungen von Freunden und Bekannten, Stigmatisierung auf dem Arbeitsmarkt oder bei diversen Vertragsabschlüssen

Quelle: A.N.

### 3.7.3. Ergebnisse aus den Quartieren

In den folgenden vier Falluntersuchungen sollen potentielle Quartierseffekte in den ausgewählten Quartieren La Noë (Paris), Lilli-Sud (Lille) Angerviertel (Erlangen) und Reuterkiez (Berlin) ermittelt werden. Dabei werden zunächst Effekte in den Bereichen objektive Ressourcen, soziale Beziehungen und Symbolik in den Fokus genommen, um anschließend die Entstehung und Wirkungsweise dieser Effekte genauer zu analysieren. Bevor nun die vier Fallstudien im Einzelnen vorgestellt werden, möchte ich vorab drei Aspekte hervorheben, die bei der Interpretation der Ergebnisse besonders ins Gewicht fallen.

Erstens möchte ich an dieser Stelle betonen, dass die subjektive Einschätzung der Experten zur Wirksamkeit und zur Entstehung von Quartierseffekten im Mittelpunkt der Darstellung steht. Erörtert werden also positive und negative Effekte, die die konsultierten Experten für relevant erachten. Ziel dieser Studie – und der ausgewählten Methoden – ist es *nicht*, empirisch zu überprüfen, ob und inwiefern diese Effekte tatsächlich Relevanz für die Bewohner der Untersuchungsgebiete haben. D.h. nicht der empirische Nachweis von Quartierseffekten



steht im Mittelpunkt der Untersuchung, als vielmehr Wirkungszusammenhänge, die von den Experten erkannt werden, nachzuzeichnen. Es wird davon ausgegangen, dass durch die Auswahl der Experten, die fast ausnahmslos seit vielen Jahren im oder für das Quartier tätig sind, über große Gebietskenntnisse verfügen und überwiegend in engem Kontakt zu den Quartiersbewohnern stehen, valide Aussagen über Quartierseffekte und ihre Wirkungsweisen getroffen werden können. Dabei ermöglichten die Experteninterviews es mir, mehrere Quartiere mit ausreichender Tiefenschärfe zu untersuchen und auf dieser Grundlage einen aussagekräftigen Vergleich anzustellen.

Zweitens ist es für eine sinnvolle Interpretation wichtig, auf die Frage nach der Generalisierbarkeit der Ergebnisse hinzuweisen. Diese berührt eine der zentralen Forschungsfragen innerhalb der Arbeiten zu Quartierseffekten, wer bzw. welche Gruppen besonders von Quartierseffekten betroffen sind. Der Fokus in den Interviews liegt auf der Zielgruppe der einkommensschwachen und sozial benachteiligten Bewohnergruppen, weil ich zum einen davon ausgehe, dass Quartierseffekte für diese Gruppen eine besondere Relevanz besitzen, und weil zum anderen der Schwerpunkt der Schilderungen der Experten häufig auf dieser Gruppe lag. Dabei wurde aber auch deutlich, dass die Experten bei einer Vielzahl von Effekten davon ausgehen, dass sie auch für andere Bewohner des Quartiers Wirksamkeit entfalten und nicht auf die Gruppe der Marginalisierten oder Einkommensschwachen beschränkt bleiben.

Drittens sei darauf hingewiesen, dass die Zitate der Experten im Folgenden in anonymisierter Form wiedergegeben werden. Dies geschieht aufgrund der Bitte einiger Gesprächspartner, die sich nur unter dieser Voraussetzung zur Aufnahme des Gesprächs bereit erklärt haben. Im Folgenden werden die empirischen Ergebnisse aus den vier Beispielquartieren getrennt für die Bereiche objektive Ressourcen, soziale Beziehungen und Symbolik vorgestellt.

### 3.7.3.1. *La Noë*

„C’est lié aussi à la construction de la ville elle même, qu’il y a haut, Chanteloup haut, et bas, le ghetto.“<sup>63</sup>

In der französischen Alltagssprache, den Medien, aber auch den Sozialwissenschaften wird der Begriff des Ghettos häufig für die *cités*, die Großwohnsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus, angewandt. So wie im Eingangszitat, wird in den Expertengesprächen in La Noë das Bild des Ghettos mehrfach für das Quartier verwendet. Am pejorativen Gebrauch des Ghettos äußert sich die weitreichende symbolische Krise der Quartiere des sozialen Wohnungsbaus in Frankreich, die auf diese Weise mit Motiven des Zwangs und der Abgeschlossenheit in Verbindung gebracht werden.

Es liegt also nahe, im Falle La Noë davon auszugehen, dass negative Effekte des Quartiers, die aus der tief greifenden symbolischen Abwertung des Quartiers resultieren, eine zentrale

---

<sup>63</sup> „Das hängt auch mit der Bauweise der Stadt selbst zusammen, dass es oben gibt, ein Chanteloup oben, und unten, das Ghetto“ (Zitat einer Expertin).

Rolle spielen. Im Folgenden werden die Ergebnisse der Interviews in La Noë geschildert, um zu einer Einschätzung der zentralen Expertenannahmen zu Quartierseffekten und ihren Wirkungsmechanismen in La Noë zu kommen.

#### 3.7.3.1.1. Objektive Ressourcen

Die Ergebnisse der Expertenbefragung in La Noë lassen für den Bereich der objektiven Quartiersressourcen hinsichtlich mehrerer Aspekte negative Effekte des Quartiers auf seine Bewohner und deren Lebensqualität vermuten. Dabei spielen insbesondere die Lage und Anbindung des Gebiets, bauliche Defizite, sowie Mängel in der Freiraumgestaltung und bei der kommerziellen Ausstattung des Gebiets eine Rolle. Positive Effekte wurden v.a. hinsichtlich der sozialen Infrastruktur, der Größe der Wohnungen sowie angesichts der aktuellen Maßnahmen der Stadterneuerung angenommen.

Zunächst kommt in den Interviews hinsichtlich der *Lage* des Quartiers zum Ausdruck, dass das Quartier als Fremdkörper in der Region und in der Stadt Chanteloup-les-Vignes betrachtet wird. Damit wird sich zunächst auf die sozioökonomische Diskrepanz bezogen, die zwischen dem Quartier mit vorwiegend armen Bevölkerungsgruppen und den umliegenden, eher wohlhabenden Gemeinden besteht.<sup>64</sup> Außerdem spielt auf kommunaler Ebene der starke Antagonismus zwischen dem Dorf und dem Quartier La Noë eine Rolle. Die Trennung zwischen „oben“ (Dorf) und „unten“ (La Noë) kommt in der Mehrzahl der Interviews immer wieder zur Sprache:

„Oben gibt es die Rue d’Andrésy [die Straße Andrésy], die das Oben vom Unten trennt. Weil das Dorf, das ist eine Sache, und das untere Chanteloup, das ist eine andere. Und...das stimmt, es macht einen Unterschied [...]“<sup>65 66</sup>

Dabei wird in den Interviews immer wieder das Bild der Enklave für das Quartier gebraucht. Es bezieht sich nicht nur auf die Diskrepanz zwischen der Sozialstruktur des Gebiets und der seiner Umgebung, sondern auch auf die Architektur des Quartiers: vor allem der westliche Teil ist von einer stark geschlossenen, nach innen gerichteten Bauweise geprägt. Diese diene ursprünglich dazu, den Autoverkehr aus dem Inneren der Siedlung herauszuhalten und einen geschützten Raum für Fußgänger und Kinder zu schaffen. Durch die Stadterneuerungsmaßnahmen im Rahmen des aktuellen *Grand Projet de Ville* (GPV-„Großes städtisches Projekt“) wurde durch mehrerer Maßnahmen versucht, diese interne Geschlossenheit des Quartiers durch bauliche Öffnungen nach außen zu durchbrechen, was von der Mehrzahl der Experten begrüßt wird:

---

<sup>64</sup> Im Departement Yvelines, in dem La Noë liegt, existieren weitaus weniger ZUS als in anderen Departements der Hauptstadtregion, wie beispielsweise in Seine Saint Denis.

<sup>65</sup> Im Folgen werden die Zitate in Übersetzung der Verfasserin wiedergegeben, die Originalversion kann als Fußnote eingesehen werden. Dabei ist zu beachten, dass die Übersetzung versucht, die einzelnen Zitate in ihrem individuellem Ausdruck wiederzugeben, d.h. grammatikalische Auffälligkeiten oder unvollständige Sätze werden auch als solche übersetzt.

<sup>66</sup> „Après, il y a la rue d’Andrésy la haut, qui fait la différence entre le haut et le bas. Parce que le village, c’est une chose, et le bas Chanteloup, c’est une autre. Et ... c’est vrai, ça fait un peu de différence [...]“

„Das war positiv, wissen sie, das öffnet, weil vorher war das ganz geschlossen, alles war in sich geschlossen, das war wie ein Ghetto. Das war... das wirkte schmutzig, geschlossen. Wenn man jetzt von einem Platz auf einen anderen geht, da gibt es eine Öffnung.“<sup>67</sup>

Die *Anbindung* des Quartiers an den ÖPNV wird in den Interviews ambivalent dargestellt:

„Vor allem der Bus beispielsweise, das nervt wirklich, zu versuchen einen Bus zu kriegen, Samstag, Sonntag, ab Samstagnachmittag...es gibt nicht ausreichend Transportmittel. Der Zug ist auf jeden Fall schon bisschen besser als der Bus. Weil während der Woche funktioniert der Zug gut, ich denke alle zwanzig, fünfundzwanzig Minuten gibt es zumindest einen Zug, das geht.“<sup>68</sup>

Die Anbindung an das Wirtschaftszentrum Paris durch die Regionalbahn RER, der das Quartier und die Hauptstadt in etwa 45 Minuten miteinander verbindet, muss differenziert betrachtet werden. So wird der Fahrturnus während der Woche positiv beurteilt, die mangelhafte Anbindung am Wochenende und vor allem die hohen Fahrpreise, die die Mobilität vieler Bevölkerungsteile einschränken, werden allerdings mehrfach kritisiert:

„Das ist kompliziert. Schon allein weil es teuer ist, nach Paris zu kommen. 10 Euros hin und zurück. Ein Jugendlicher der Arbeit sucht, das muss man sich vorstellen, seine Eltern arbeiten nicht viel [...]. Und wie soll der die Mittel aufbringen, um auszugehen?“<sup>69</sup>

Eingeschränkt ist v.a. die Anbindung an die umliegenden Gemeinden durch den ÖPNV, wobei insbesondere die schwierige Erreichbarkeit des Regionalzentrums Poissy betont wird:

„Wir haben schon nicht viele Transportmittel, wir haben ein Transportproblem. Sogar um Poissy zu erreichen, was nebenan ist, die Stadt Poissy, die vier Kilometer von hier entfernt ist, wenn sie nicht genau richtig kommen, warten sie stundenlang auf den Bus. Sie können ihre Zeit verplempern während sie eine, zwei Stunden lang auf den Bus warten.“<sup>70</sup>

Hinsichtlich der *Infrastrukturausstattung* des Quartiers werden besonders die gute Ausstattung mit Vereinen und Hilfsangeboten, deren ausgesprochen enge Vernetzung, sowie die guten Beziehungen zur Stadtverwaltung positiv hervorgehoben. Vor Ort existiert eine Vielzahl von Vereinen, die unterschiedliche Hilfsangebote im Bereich der Alphabetisierung, des Spracherwerbs, der Sozialberatung und der Familien- und Jugendarbeit anbieten. Außerdem existiert ein Sozialzentrum mit unterschiedlichen Hilfs- und Freizeitangeboten und die *Mai-*

---

<sup>67</sup> „Ça était positif, parce que, vous savez, ça ouvert, parce que avant, c'était tout fermé, tout était renfermé, ça faisait vraiment ghetto. C'était... ça faisait sale, ça faisait renfermé. Maintenant, vous allez sur une place, vous allez sur une autre place, il y a une ouverture.“

<sup>68</sup> „Surtout p. e. le bus, c'est vraiment galère, samedi, dimanche à partir de samedi après-midi, pour avoir un bus... on n'a pas suffisamment de transport. Le train plutôt mieux que le bus, en tout cas. Parce que le train, pendant la semaine ça fonctionne bien, je trouve chaque vingt, vingt-cinq minutes il y a un train quand même, ça va.“

<sup>69</sup> „C'est compliqué. Parce que déjà, pour aller à Paris, ça coûte cher. 10 euros aller-retour. Un jeune qui doit chercher du travail, il faut s'imaginer, les parents du jeune, ne travaillent beaucoup [...]. Et comment il va trouver les moyens pour sortir?“

<sup>70</sup> „Déjà on n'a pas beaucoup des transports, on a un problème des transports. Même pour aller à la ville qui est à côté, Poissy, la ville de Poissy, qui est de quatre km, si vous ne prenez pas bien comme il faut, vous attendez des heures un bus. Vous pouvez perdre votre temps, en attendant une heure, deux heures un bus.“

*son d'Emploi*, die im Bereich Berufsberatung und Stellensuche vor Ort tätig ist.<sup>71</sup> Die Einschätzung zur Ausstattung von La Noë mit kommerzieller Infrastruktur fiel eher negativ aus. Die Cafés und Kneipen im Quartier mussten in den letzten Jahren schließen und nun existieren nur noch zwei Cafés bzw. Bistros im Dorf. Im Quartier selbst gibt es eine Apotheke, eine Bäckerei und ein kleines Lebensmittelgeschäft. Viele Ladenlokale stehen leer. Die weite Entfernung zum nächsten Supermarkt wurde von mehreren Interviewpartnern bemängelt:

„Sehen Sie, da oben gibt es die Post, die Post und eine Apotheke. Da, da gab es ein Geschäft. Aber da es Privatgelände war, wurde das Gelände verkauft [...] Am anderen Ende der Stadt gibt es ein Geschäft das Ed heißt [Supermarkt]. Seit die das an das andere Ende der Stadt platziert haben, macht das Probleme, v.a. für die älteren Leute. Für Mütter, die kein Auto haben, so muss man vier Kilometer zu Fuß gehen, um zum Geschäft zu kommen. Außerdem gibt es hier ein kleines Lebensmittelgeschäft, das aber sehr teuer ist. Und angesichts der Mittel, die die Leute hier haben, ist das nicht genial...“<sup>72</sup>

Darüber hinaus handelt es sich bei dem genannten Supermarkt um ein kleineres Geschäft mit einem limitierten Angebot, was Einkäufe in der weiteren Umgebung per Auto nötig macht:

„Mehr mit dem Auto. Weil es hier kein Geschäft gibt, man muss ein bisschen weit gehen. Es gibt ein Einzelhandelszentrum in Conflans, in Cergy...Also ich habe kein Auto und um meine Einkäufe bei Ed da unten zu machen, ist das nicht praktisch [...] Man muss immer ein Auto haben um einkaufen zu gehen.“<sup>73</sup>

Nach Angaben vieler Experten verfügt die Mehrheit der Bewohner von La Noë über ein Auto, berichtet wird aber auch gerade von älteren Bewohnern und weiblichen Familienvorständen, die unmotorisiert sind und versuchen, sich mit Fahrgemeinschaften zum gemeinsamen Einkauf zu behelfen. Außerdem wird der Markt, der zweimal wöchentlich in La Noë stattfindet, positiv hervorgehoben, hier werden Lebensmittel und auch Kleidung angeboten.

Hinsichtlich der *baulichen Qualität der Wohnungen* wurde in den Interviews immer wieder betont, dass die Größe der Sozialwohnungen in La Noë eine der Stärken der Siedlung darstellt:

„Verglichen mit dem was ich vorher gesehen habe, ich habe in Paris gewohnt, als ich hierher gezogen bin und mich das erste Mal in einem Treppenhaus umgedreht habe, habe ich gesagt, ‚also nein, ich gehe zurück nach Paris. Dann später, als ich die Wohnungen gesehen habe, habe ich gut gesagt, weil in Paris sind die Wohnungen ganz klein, das sind

---

<sup>71</sup> Diese gute Ausstattung an sozialer Infrastruktur war nicht immer vor Ort. Anfang der 1980er Jahre schloss die Mehrzahl der sozialen Einrichtungen, nach tagelangen schweren Unruhen im Quartier.

<sup>72</sup> „Vous voyez, il y a la poste la haut, la poste, et une pharmacie. Là, il y avait un magasin. Mais comme le terrain, le terrain est privé, le terrain a été racheté [...]. À l'autre bout de la ville, il y a un magasin qui s'appelle Ed. [Supermarché] Depuis qu'ils l'ont mit à l'autre bout de la ville, ça pose problèmes, surtout pour les personnes âgées. Pour les mères de familles, qui n'ont pas de voiture, sinon il faut marcher 4 km pour aller au magasin. Sinon on a une petite épicerie locale, mais elle est très chère. Et vu les moyens qu'ils ont, les gens ici, ce n'est pas génial...“

<sup>73</sup> „C'est plus avec la voiture. Parce qu'il n'y a pas de magasin, il faut aller un peu loin. Il y a le centre commercial à Conflans, à Cergy... C'est vrai, moi, j'ai pas de voiture et pour faire mes courses à Ed là-bas, ce n'est pas pratique [...]. Mais il faut toujours avoir une voiture pour aller faire tes courses.“

wirklich Hasenställe. Und hier gibt es große Wohnungen. Das ist die einzige Stadt in den Yvelines, in der die Wohnungen so groß sind. Wir haben große, große Wohnungen.“<sup>74</sup>

Dabei werden die schönen großen Wohnungen oft den Nachteilen gegenübergestellt, die sich aus dem tendenziell eher vernachlässigten Wohnumfeld ergeben (vgl. Abb. 13). Neben der Verschmutzung des öffentlichen Raums, werden v.a. die Dominanz des Betons, die vielen trostlosen Plätze sowie das fehlende Grün bemängelt.

**Abb. 13: Platz im östlichen Bereich des Quartiers La Noë**



Quelle: A.N.

Dabei wird deutlich, dass sich die *Freiraumqualitäten* von La Noë in den letzten Jahren positiv entwickelten, da im Rahmen des *Grand Projet de Ville* umfangreiche Umbaumaßnahmen im Quartier durchgeführt wurden. So wurde mehrfach betont, dass das Quartier durch die Maßnahmen der Stadterneuerung insbesondere an Freiraumqualität gewonnen habe:

„Seitdem ist es grüner, das verändert doch, das verändert wirklich. Das wird den Leuten helfen, sich sicherer zu fühlen. Sich besser zu fühlen in ihrem Quartier. Also das ist sehr gut. Das schafft Räume. Das lockert das Quartier auf.“<sup>75</sup>

Positiv hervorgehoben wurde in nahezu allen Interviews, dass das Quartier durch die Begrünung, das Einrichten von Spielplätzen und ähnlichen Maßnahmen nun auch zunehmend Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum besitze, während man sich früher eher nach drinnen in die eigene Wohnung zurückgezogen habe. Es wird, was die Umgestaltung des Viertels an-

---

<sup>74</sup> „Par rapport ce que j’ai vue avant, moi qui habitait à Paris, moi, quand j’ai déménagé ici, la première fois que je suis retourné dans un cage d’escalier, j’ai dit, ah non, je n’ai pas envie d’être dans cet commune, ah non, je me retourne à Paris. Et puis après, bon, j’ai dit, j’ai vue les appartements, parce que à Paris, les appartements sont tout petits, ce sont vraiment les cages à lapins. Et ici, vous avez des grands appartements. C’est la seule ville dans les Yvelines, où les appartements sont assez grands. On a des grands, grands appartements.“

<sup>75</sup> „C’est plus vert depuis, même ça change, ça change vraiment [...] .Ca va aider les gens à se sentir plus en sécurité. A se sentir mieux dans leur quartier. Donc c’est très bien. Ca fait des espaces. Ca aère le quartier.“

geht, eine klare Aufbruchstimmung spürbar, die v.a. dadurch zu erklären ist, dass sich La Noë über einen langen Zeitraum hinweg einer massiven Degradation ausgesetzt sah, was sowohl den Zustand der Wohnhäuser als auch den stark verwahrlosten Außenraum der Siedlung betraf:

„Also ja, ja, weil hier herrschte die Schlamperei, sagen wir mal in Anführungszeichen, die *cité* war ein bisschen aufgegeben, also die Schlamperei hatte sich in allen Bereichen eingeschlichen, bei der Hygiene, der Sicherheit, im Wohnungswesen.“<sup>76</sup>

Jahrelange Desinvestitionen und Mängel bei der Verwaltung durch die Wohnungsbaugesellschaft, die die Mehrheit des Bestands an Sozialwohnungen im Quartier verwaltet, bilden den Hintergrund dafür, dass der bauliche Zustand der Wohnungen und auch des Wohnumfelds jahrzehntelang keinen Grundansprüchen gerecht wurde. Berichtet wurde im Einzelnen von einem stark baufälligen und ungepflegtem Umfeld und fehlender Beleuchtung. Bei mehreren Experten war hier eine deutliche Wut angesichts der unhaltbaren Zustände spürbar:

„Also ich traf einmal einen Vermieter [...] der sagte ‚Wir haben ja schließlich zwanzig Millionen Euro Eigenkapital in die *Renovation urbaine* gesteckt‘. Das war eine sehr bekannte Persönlichkeit und ich habe gesagt: ‚Entschuldigen sie Herr Präsident, ich habe das nicht richtig verstanden, wenn sie mir sagen, sie haben zwanzig Millionen Euro Eigenkapital, das auf einem Konto ruht und ihren Bankerfreunden das Spekulieren ermöglicht, und sie haben die Menschen gleichzeitig in der Scheiß leben lassen, und wenn ich Scheiß sagen, Herr Präsident, dann ist das nicht bildhaft gemeint. Ich habe die Wohnhäuser ihres Bestandes und ihrer Gemeinde besucht und da ich bin in Scheiß gelaufen. Glücklicherweise hatte ich Stiefel an. Das ist ein Verbrechen.“<sup>77</sup>

In den Interviews wurde von fehlenden Standards berichtet (z.B. keine, bzw. zerstörte Briefkästen, keine Klingeln, Probleme mit der Müllentsorgung), unzureichender Problembehebung bei Schwierigkeiten mit der Energie- und Wasserversorgung oder anderen Wohnungsm  ngeln, starker Verwahrlosung der Treppenhäuser und des Au  enraums. In den Schilderungen der Experten wird deutlich, dass die bauliche, funktionale und ästhetische Degradierung des Viertels eine sehr starke Belastung für die Bewohner von La No   darstellte. Aktuell wurden insbesondere Erfolge bei der Freiraumgestaltung des Viertels erzielt, durch die die Wohnzufriedenheit der Bewohner spürbar erhöht wurde. In den Interviews wird deutlich, dass allein schon durch das Erreichen von Mindeststandards (funktionierende Müllentsorgung, Klingeln bzw. *Digicodes*, Briefkästen) und das Sichtbarwerden baulicher Maßnahmen und Investitionen ein höheres Maß an Wohnzufriedenheit erreicht wurde und eine deutliche Aufbruchstimmung spürbar wird:

---

<sup>76</sup> „Ah oui, oui, parce qu’il avait un laissez-aller, on va dire entre guillemets, la cité était un peu abandonné, donc c’était un laissez-aller, dans tout les domaines, hygiène, sécurité, à l’intérieur d’habitation.“

<sup>77</sup> „Moi, j’ai eu un bailleur un jour, (...) qui dit ‘Nous avons quand même mis vingt million d’euro de fonds propre dans la rénovation urbaine’. C’était une personne très connu et moi, j’ai dit : ‘Pardon, j’ai pas bien compris, Monsieur le Pr  sident, au moment que vous me dites que vous aviez vingt million d’euro de fond propre, qui dormait sur un compte, qui permettait à vos amis banquiers de spéculer, et que vous avez laissez les gens vivre dans la merde, et quand je dis dans la merde, Monsieur le pr  sident, c’est pas une image. C’est que moi, j’ai visit   des immeubles de votre parc, et de votre commune et je suis marché dans la merde. Heureusement j’ai eu des bottes. C’est un crime.“

„Also als ... vorher glaubten wir nicht an das GPV. Weil das wirklich unerträglich war. Aber als es das GPV gab, die Unterzeichnung des GPV, es gab Pläne, da haben wir gesagt, schau an, der Staat fängt an, an uns zu denken. Das ist bei allen Bewohnern so, sie sagen, es gibt Arbeiten, eine Baustelle ist neben der anderen, es gab viele Arbeiten und das war ein Vergnügen und es stimmt, dass das die Gefühlslage der Menschen ändert.“<sup>78</sup>

Gleichzeitig existieren weiterhin sichtbare Mängel, insbesondere bei den Fassaden vieler Wohnungen und bei der Sauberkeit im Viertel. Von mehreren Experten wurden Befürchtungen geäußert, dass es nach der Großinvestition im Rahmen des GPV zu einer erneuten Degradierung im Viertel kommen könnte, da es weiterhin an einer adäquaten Verwaltung durch die Wohnungsbaugesellschaft mangle:

„Was ich vor allem denke ist, dass es ein großes Problem mit der Verwaltung und Instandhaltung des Quartiers gibt ... wenn es einfach weniger schmutzig wäre [...]. Ich denke, dass ist doch die große Herausforderung im Quartier. Aber gut.“<sup>79</sup>

Inwiefern die negativen Effekte eines von Defiziten geprägten Wohnumfeldes langfristig dominieren, oder ob die positiven Effekte der aktuellen Bemühungen sich durchsetzen können, wird in hohem Maße davon abhängen, inwiefern es der Gemeinde und der Wohnungsbaugesellschaft auf lange Sicht gelingen wird, die durch das GPU gehobenen Standards zu halten.

#### 3.7.3.1.2. Soziale Beziehungen

Der Bereich der sozialen Beziehungen wird sowohl unter dem Aspekt der Qualität der sozialen Beziehungen, wie auch unter dem Aspekt von Sozialisationseffekten betrachtet. Was die Qualität sozialer Beziehungen angeht, wurde vor allem auf die Wohnzufriedenheit, Interaktions- und Kommunikationsmöglichkeiten im Quartier, Partizipation und Vernetzung, sowie die Reichweite der sozialen Netzwerke und Aktionsräume der Bewohner eingegangen. Was die *Wohnzufriedenheit* der Bewohner von La Noë angeht, zeichnen die Experten ein ambivalentes Bild. Angenommen wird zunächst, dass die Mehrzahl der Bewohner eine starke Bindung zu ihrem Quartier empfindet. Trotz so mancher Einschränkung im Bereich der objektiven Ressourcen und der starken symbolischen Abwertung des Quartiers, ist für viele Bewohner der Wohnort La Noë mit einem Gefühl von starker emotionaler Verbundenheit verknüpft. Inzwischen sind, laut Aussage einiger Experten, deutliche Anzeichen einer höheren Wohnzufriedenheit spürbar, die mit den umfassenden Maßnahmen der Stadterneuerung einhergeht:

„Wir haben in diesem Quartier große Wohnungen. Außerhalb der Wohnungen ist es nicht genial, was die aktuelle Situation angeht. Aber die Wohnungen sind gut, wir haben gute Schulen, wir haben sehr, sehr gute Schulen, ein gutes *collège*, gut. Das was ich wahrnehme, das ist, dass die Leute nicht allzu unzufrieden sind. An Anbetracht dessen, dass jetzt

---

<sup>78</sup> „Donc le moment... on croyait pas au GPV avant. Parce que c'était vraiment insupportable. Mais quand il y eu la GPV, la signature du GPV, on avait des projets, nous on a dit, tiens, au moins l'Etat commence à penser à nous. Donc c'est pareille pour tout les habitants de la ville, donc ils disent, voilà, il y a des travaux, il y a un chantier qui cache l'autre, il y avait beaucoup de travaux, et ça fait plaisir, et c'est vrai, ça a changé la mentalité des gens.“

<sup>79</sup> „Ce que je pense surtout, c'est qu'il y a un gros problème de gestion et d'entretien du quartier, c'est simplement, si c'était moins sale simplement [...] Je pense que c'est un gros enjeux sur le quartier quand même.“

überall ein bisschen begonnen wird, zu renovieren, zu bauen, ihnen die Stadt ein bisschen angenehmer zu gestalten, da bleiben die Leute. Sie wollen gerne bleiben.“<sup>80</sup>

Im Zusammenhang zur Wohnzufriedenheit werden von vielen Experten die guten Nachbarschaftsbeziehungen angesprochen, die durch die Überschaubarkeit der Gemeinde und eine Art dörfliche Vertrautheit befördert werden. Immer wieder wird in den Interviews die herzliche Verbundenheit der Quartiersbewohner untereinander thematisiert:

„Vielleicht haben wir auch Glück, weil Chanteloup nicht sehr groß ist, wir sind seit Langem bei Neuntausend, das stagniert und das hilft auch. [...] Hier in Chanteloup kennt jeder jeden. Wirklich, das stimmt. [...] Ja, die Leute sind wirklich freundlich, [...] wirklich die Stimmung hier im Quartier ist sehr, sehr, sehr nett.“<sup>81</sup>

Man kennt sich, hat ein Auge aufeinander und hilft sich gegenseitig aus. Aussagen, die auf einen engen sozialen Zusammenhalt und ein starkes Gemeinschaftsgefühl hindeuten, werden von vielen Experten gemacht. Insbesondere die Experten, die selbst im Quartier wohnen, bestätigen dies:

„Das ist wie ein Dorf, wenn meine Kinder draußen herumhängen, wenn da eine Mutter ist, die meine Kinder gut kennt, wird sie mir sagen, wird sie den Kindern sagen: Was machst du da, das ist nicht dein Quartier, dreh ab. Das ist wie ein großes Dorf. Das stimmt, die Leute verstehen sich gut in Chanteloup.“<sup>82</sup>

Dabei wird auch von vielen Experten, die nicht in der Gemeinde wohnen, geäußert, dass sie aufgrund der guten Stimmung und der guten Beziehung zu den Bewohnern, gerne in La Noë arbeiten und die Arbeit vor Ort einem Job in einem bourgeoiseren Quartier vorziehen würden. Dabei weisen die Experten häufig auf die besonderen Qualitäten und Eigenheiten von La Noë hin, die die Bewohner trotz vorhandener Probleme und Mankos an La Noë binden und das Leben im Quartier bereichern würden.

Neben diesen positiven Annahmen der Experten zum Thema Wohnzufriedenheit, kommt in den Interviews aber auch die Auffassung zum Ausdruck, dass einige Bewohner das Gefühl verspürten, im Quartier eingesperrt zu sein. Demnach empfinden sie es als unmöglich – in erster Linie aufgrund der schwierigen Wohnungssituation in Île-de-France und den eigenen beschränkten finanziellen Mitteln – die Siedlung verlassen zu können. Dies spielt v.a. bei je-

---

<sup>80</sup> „Dans le quartier, on a des grands appartements. A l’extérieur, ce n’est pas, vu l’actualité qu’on a sur la ville, ce n’est pas génial. Mais les appartements sont bien, on a des bonnes écoles, on a des très, très bonnes écoles, un bon collège, et bon. Moi, ce que j’entends bien, c’est que les gens, ils ne sont pas trop mécontents. Vue que ça commence à rénover un tout petit peu partout, à faire des travaux, à leur rendre la ville un peu plus agréable, les gens ils restent. Ils sont contents de rester.“

<sup>81</sup> „Peut-être qu’on a une chance aussi, parce que Chanteloup c’est pas très grand, on est à neuf mille, depuis longtemps, ça a stagné, et ça aide aussi. [...] Ici sur Chanteloup, tout le monde connaît tout le monde. [...] Oui, les gens sont tellement accueillants, [...] vraiment, l’ambiance dans le quartier, c’est très, très, très sympa.“

<sup>82</sup> „Ça fait comme un village, moi, mes enfants, ils vont traîner en dehors, s’il y a un maman, qui connaît bien mes enfants, elle va me dire, elle va dire au enfant : qu’est-ce que tu fais là, c’est n’est pas ton quartier, tourne de l’autre côté. Ça fait un peu comme un grand village. C’est vrai, les gens ils s’entendent bien à Chanteloup.“



nen Bewohnern eine Rolle, bei denen ökonomische Zwänge den Weg in das Quartier bestimmten:

„Weil, für viele Leute war das die letzte Etappe, wenn man in Chanteloup ankommt. Man könnte sagen, völlig gefangen, wenn sie eine Wohnung wollen, auf nach Chanteloup-les-Vignes, da haben sie eine Chance, eine zu finden [...]. Für viele ist es das Ende, das Ende der Reise, in Chanteloup.“<sup>83</sup>

Insbesondere von jenen Experten, die im Bereich Jugendhilfe im Quartier arbeiten, wurde geäußert, dass die Mehrzahl der Jugendlichen, die ihre schulische und berufliche Ausbildung mit Erfolg abschließen, das Quartier verlässt, sobald es ihre finanziellen Möglichkeiten zulassen. So auch der Leiter des lokalen Sozialzentrums, der in La Noë aufgewachsen ist:

„Sobald ich mein Studium beendet hatte und einen Job gefunden hatte und meinen Lebensunterhalt selbst verdienen konnte, bin ich abgehauen, wie viele Jugendlichen aus dem Quartier. Und ich bin zurückgekommen, um hier zu arbeiten.“<sup>84</sup>

Negative Annahmen zur Wohnzufriedenheit der Bewohner La Noë lassen sich auch aus einigen Aussagen zur Stadterneuerung ableiten. So wird von einer Expertin berichtet, dass die Mehrzahl der Bewohner, die aufgrund des Abrisses ihres Wohnhauses umziehen musste, nicht in der Gemeinde verbleiben wollte:

„Als man dabei war, die Leute woanders unterzubringen wegen der Abrisse, wollten die Leute woanders wohnen, also das heißt ja wohl, dass ihnen das Quartier nicht so gefiel. Aber OPIEVOIE hat entschieden, alle vor Ort unterzubringen [...]. Also ich denke, das kann Grund für Frustration für die Bewohner sein, die Vorstellung, dass Sie nicht mal unter diesen Umständen das Quartier verlassen können und andere Dinge erreichen können.“<sup>85</sup>

Es liegt also nahe, davon auszugehen, dass das Wohnen im Quartier für einige Bewohner als Zwang empfunden wird und somit als Belastung gewertet werden muss. In diesem Zusammenhang ist auch die hohe Leerstandsquote von 7,3 Prozent von Bedeutung, die angesichts des sehr angespannten Mietwohnungsmarktes in Île-de-France eine große regionale Ausnahme darstellt und laut vielen Experten die starke symbolische Abwertung des Quartiers verdeutlicht.

Hinsichtlich der *Kommunikations- und Interaktionsmöglichkeiten* im Quartier bewerten viele der Experten die Zweiteilung der Gemeinde Chanteloup-les-Vignes in das überwiegend von Einfamilienhäusern geprägte Dorf und das Quartier La Noë, das größtenteils aus Sozialwohnungen besteht, sehr kritisch. Diese Zweiteilung trage für die Bewohner von La Noë zu einem

---

<sup>83</sup> „Parce que, pour beaucoup des gens, quand on arrive à Chanteloup-les-Vignes, c'était la dernière étape. On dit complètement captif, 'si vous voulez un logement, alors faites Chanteloup-les-Vignes, vous avez donc une chance d'en trouver un'. [...] Pour beaucoup c'est la fin, la fin du voyage, à Chanteloup.“

<sup>84</sup> „Dès que j'ai fini mes études et que j'ai trouvé un boulot et je pourrais gagner ma vie, je me suis tiré, comme beaucoup des jeunes du quartier. Et je suis revenue pour y travailler!“

<sup>85</sup> „Quand ils ont relogé les gens pour les démolitions, les gens voulaient aller habiter ailleurs, donc ça veut dire quand même, que le quartier leur plaisait pas beaucoup. Mais l'OPIEVOIE a choisi de reloger tout le monde sur place. [...] Donc je pense, que cela peut être une source de frustration pour les habitants, l'idée qu'ils ne peuvent pas, même dans ces occasions là, sortir du quartier et accéder à autre chose.“

Gefühl des Ein- oder Ausgeschlossenenseins bei. Hierbei wirke, so einige der befragten Experten, das historische Erbe des Quartiers nach, insbesondere die staatliche Implementierung der ZUS auf dem Gemeindegebiet, die gegen den Willen der Gemeinde durchgeführt wurde und mit der „oben“ im Dorf immer noch kein Frieden geschlossen wurde:

„Da sind ja mehrere Gründe, die dazu beitragen, das Problem auf sein höchstes Niveau zu heben, den Antagonismus Dorf – ZAC, da sind mehrere Sachen [...] Dieses kleine gallische Dorf, das sah eines Tages 8.000 Bewohner vor seiner Haustüre, ohne Autorisation, ohne Baugenehmigung, ohne ... das ist schon eine enorme Gewalt [...]. Also das ist die Geschichte der Gemeinde Chanteloup-les-Vignes. Also da ist viel Gewalt, es gibt viele Möchtegern - Bohemiens aus Paris [die sagen], ‚Oh wie schrecklich, die Leute aus dem Dorf lehnen das Quartier ab.‘ Ja, aber sie haben schließlich auch gelitten.“<sup>86</sup>

Dazu kommen laut eines Experten aktuelle soziale Gegensätze, die dazu beitragen, dass die Quartiersbewohner „oben“ im Dorf, nur fünf Minuten von ihrem Wohnort entfernt, als Fremde wahrgenommen werden:

„Es gab die Cafés des Quartiers La Noë, die zu gemacht wurden, also kommen die Jugendlichen des Quartiers La Noë hierher [in das Dorf]. Das heißt abends fragt man sich wirklich manchmal wo man ist. Mit Praktiken, die Quartierspraktiken sind, aber die die Leute im Dorf eben nicht kennen. Parken zwischen..., also schließlich Sachen, die in der ZAC La Noë üblich sind, aber hier...“<sup>87</sup>

Zwischen dem alten Dorf und dem Quartier La Noë gibt es, so die Mehrzahl der Experten, wenig Berührungspunkte oder gemeinsame Begegnungsorte, so dass aktuell die Durchbrechung der Dichotomie *village – cité* eines der zentralen Ziele der *politique de la ville* in der Gemeinde bildet. Der Wochenmarkt im Quartier La Noë stellt nach Ansicht vieler Experten den einzigen Ort im Quartier dar, wo Dorfbewohner auf Quartiersbewohner treffen:

„Der Markt ist vielleicht der einzige Ort wo die Leute [aus dem Dorf] hinkommen. Man hat an ihm gearbeitet, um ihn zu verändern und um neue Möglichkeiten zu schaffen, dass die Leute aus dem Dorf auf den Markt kommen.“<sup>88</sup>

In der Mehrzahl der Interviews wird die Annahme deutlich, dass zwischen Dorf- und Citébewohnern kaum Berührungspunkte existieren. Für das Quartier selbst wird – wie schon bei den Ausführungen zum Thema Wohnzufriedenheit deutlich wurde – meist von einem hohen Maß an Vertrautheit und Bekanntheit zwischen den Quartiersbewohnern berichtet. Dabei wird auch

---

<sup>86</sup> „Puisque il y a plusieurs choses, qui contribuent à remettre à son plus haut niveau ce problème, d’antagonisme village – ZAC, c’est plusieurs choses [...] Ce petit village gaulois, qui a vu quand même un jour 8000 habitants arriver en bas de chez lui, sans aucune autorisation, sans permis de construire, sans ... c’est quand même de la violence énorme. [...] Alors c’est ça, l’histoire de la commune de Chanteloup-les-Vignes. Donc c’est beaucoup de violence, il y a beaucoup de bobos parisiens, ‘ah, c’est horrible, les gens du village sont en rejette le quartier’. Oui, mais enfin ils ont souffert aussi“

<sup>87</sup> „Il y eu les cafés du quartier de La Noë, qui ont été fermés, donc tout les jeunes du quartier de La Noë viennent ici [dans le village]. C’est à dire le soir, on se demande vraiment où vous êtes quelquefois. Avec des pratiques, qui sont des pratiques du quartier, mais que les gens du village ne connaissait pas quand même. Garer entre le ..., enfin des choses qui sont courants dans la ZAC de La Noë, mais ici...“

<sup>88</sup> „Le marché, c’est peut-être le seul lieu, où les gens [du village] vont. On a travaillé autour du marché pour essayer de modifier et d’offrir une capacité nouvelle pour les gens du village de venir au marché.“

deutlich, dass die Maßnahmen im Bereich GPV deutlich dazu beigetragen haben, dass sich das Leben der Bewohner stärker in den öffentlichen Raum des Quartiers auslagern konnte. Wirkten die Plätze und Straßen des Quartiers lange Zeit überwiegend von Jugendlichen dominiert, sorgen die neuen Freiraumqualitäten in Form kleiner Parks, neu gestalteter Plätze und Spielplätze dafür, dass sich nun auch andere Bevölkerungsgruppen vermehrt den öffentlichen Raum aneignen:

„Vorher gab es hier nur Beton, wir hatten keine Grünflächen. Beton im Inneren, Beton draußen, wir hatten einen Kopf aus Beton [Lachen]. Nun, ...das ist normal. Und jetzt ist es schön, das macht Lust, raus in die *Cité* zu gehen, unseren Kindern ein bisschen zuzuschauen, sie spielen, gut, das hat sich verändert, das stimmt, das hat sich jetzt wirklich verändert.“<sup>89</sup>

In zwei Interviews von Experten, die auch im Quartier wohnen, wurde darüber hinaus von Einschränkungen der sozialen Kontakte und deren Reichweite für den Zeitraum vor den Maßnahmen der Stadterneuerung berichtet: Aufgrund des desolaten Zustands der Siedlung wurde von ihnen vermieden, Arbeitskollegen oder Bekannte von außerhalb nach Hause einzuladen, weil man sich ob der Verwahrlosung und Degradierung des öffentlichen Raums schämte, Einladungen auszusprechen.

Der Bereich *Partizipation und Vernetzung* wird von den meisten Experten als eine große Stärke des Viertels betrachtet. In La Noë existiert ein dichtes Netz von Vereinen mit einer Vielzahl von unterschiedlichen Aktivitäten und Hilfsangeboten. Dieses rege Vereinsleben und das hohe Engagement der Quartiersbewohner wurde von vielen Experten immer wieder als Besonderheit des Quartiers hervorgehoben. Ein großer Teil der lokalen Vereinsstruktur ist auf die Bereitstellung von Hilfsangeboten ausgerichtet, über die versucht wird, die Bewohner zu erreichen. Hierbei handelt es sich vielfach um Beratungsangebote im Bereich Jobsuche und Qualifikation, Hilfe bei Ämtergängen und dem Stellen von Anträgen, Alphabetisierungskurse, sowie Schuldner- und Mietberatungen. Viele Gebietsexperten berichten, dass auf diese Weise ein sehr großer Teil der Bevölkerung von La Noë erreicht wird:

„Weil, um die Bevölkerung von La Noë zu erreichen, muss man einen Verein erreichen, eine Struktur, die die Bewohner kennt [...]. Sobald es Kummer in der Gemeinde gibt, ein Problem mit dem Vermieter, machen sie hier Konferenzen. Wir rufen die Vermieter an, und man gibt...man bringt Vermieter, Stadtverwaltung und Mieterverein zusammen [...]. Wir arbeiten mit der Stadtverwaltung zusammen, sobald es ein Projekt in der Stadt gibt, schließen wir uns kurz mit der Stadtverwaltung. Wir und die Stadtverwaltung sind Partner. Wir haben einen sehr freundlichen Bürgermeister, sehr freundlich.“<sup>90</sup>

---

<sup>89</sup> „Avant, il y avait que de béton, on n’a pas eu des espaces verts. Béton à l’intérieur, béton à l’extérieur, on avait une tête de béton [rires]. Alors,...c’est normal. Eh maintenant, c’est joli, ça donne envie de sortir dans la cité, de regarder un petit peu nos enfants, ils jouent quand même, bon, ça a changé, c’est vrai que cela a changé maintenant. «

<sup>90</sup> „Parce que, pour atteindre la population de La Noë, il faut atteindre une association, une structure qui connaît les habitants [...]. Dès qu’il a un souci sur la commune, un problème avec le bailleur, ils font des conférences ici. On appelle les bailleurs, et on donne ...on associe les bailleurs, le mairie et l’association de locataires.

Die Mehrzahl der Hilfsangebote werden stark nachgefragt, wodurch die Kontakte zu den Bewohnern intensiviert und ausgebaut werden können, so dass inzwischen auch gemeinsame Freizeitaktivitäten, Feste, Ausflüge oder Reisen rege in Anspruch genommen werden. Immer wieder wird von einer sehr guten Vernetzung zwischen den einzelnen Vereinen und Trägern berichtet: So werden zahlreiche Feste und Veranstaltungen gemeinsam organisiert und es besteht eine enge Zusammenarbeit in den verschiedensten Bereichen:

„Wir arbeiten alle zusammen, hier in Chanteloup ist das eine..., das ist außergewöhnlich weil wir uns alle kennen, wir uns wirklich respektieren für die Arbeit, die jeder macht, wir vertrauen uns und das ist super wichtig und dann denke ich, dass im Inneren der Strukturen, die hier auf dem Gebiet wirken, eine exzellente Stimmung herrscht. Wir sind hier eine Familie.“<sup>91</sup>

In mehreren Interviews wird festgestellt, dass ein großer Teil der Bevölkerung von La Noë sich stark in Gebietsfragen engagiere, was sich zum einen am großen Interesse und der Anteilnahme bei den aktuellen Stadterneuerungsprojekten zeige, aber auch bei der Artikulation von Gebietsinteressen, etwa als beispielsweise das lokale Sozialzentrum geschlossen werden sollte:

„Ein großer Anteil der Angestellten wurde entlassen, weil sie Lohnkürzungen nicht akzeptiert haben, die Bevölkerung hat dann eine Petition mit 400 Unterzeichnern auf die Beine gestellt, die der Stadtverwaltung mitteilte, dass das Sozialzentrum wieder geöffnet werden muss und die Stadtverwaltung hat sich das Ziel gesetzt, ein Mittel zu finden, das Sozialzentrum wieder zu öffnen.“<sup>92</sup>

Dabei wird in einigen Interviews thematisiert, dass Engagement auch Vertrauen in die (lokale) Politik bedarf und dass dieses – angesichts der massiven Verwahrlosung des Viertels – in La Noë für lange Zeit erschüttert war. Mehrfach wurde berichtet, dass die Bewohner sich vor dem Beginn der umfangreichen Stadterneuerungsmaßnahmen im Stich gelassen und aufgegeben fühlten. Auch unter vielen Experten ist, ob der sozialen und baulichen Probleme, mit denen das Quartier und seine Bewohner konfrontiert sind, immer wieder eine enorme Wut spürbar:

„Man wird eine Familie hinauswerfen, weil sie Fünftausend Euro Mietschulden hat. Das ist doch ein Skandal, erstens, dass es Leute gibt, die ihre Miete nicht bezahlen, aber wirklich, das ist skandalös und das sage ich ohne Lächeln. Also wird man sie rauswerfen, weil der Vermieter nicht zulassen kann, dass man seine Miete nicht bezahlt. Das hindert die Vermieter aber nicht daran, Milliarden beantragt zu haben für die *Renovation urbaine* [Stadterneuerung], obwohl das ihre Wohnung ist und sie sie degradieren haben lassen.“

---

[...] On s'associe avec la mairie, dès qu'ils ont un projet sur la ville, on s'associe avec la mairie. On est partenaire avec la mairie. On a un très gentille maire, très gentille.“

<sup>91</sup> „On travaille tous ensemble. Ici à Chanteloup c'est une ..., c'est extraordinaire parce que on se connaît tous, on se respecte vraiment pour le travail que chacun fait, on se fait confiance, et c'est super important et puis je crois que vraiment au sein des structures qui agissent sur le territoire, il y a une excellente ambiance. Nous, ici on est une famille.“

<sup>92</sup> „Une gros partie des salariés a été viré, parce qu'ils on refusé des baisses du salaire, la population avait monté une pétition de 400, disant à la mairie, qu'il faut ouvrir le centre social et la mairie, c'était fixé d'un objectif de trouver un moyen de rouvrir le centre sociale qu'il a contractué aux CUCS.“

Aber das ist ein Skandal! [...]. Wenn man den Leuten Geld gibt, die in der Scheiße sitzen, sagt man, dass sei Abhängigkeit vom Staat, aber wenn man den Banken und Firmen Geld gibt, betreibt man Konjunkturförderung...“<sup>93</sup>

An dieser Stelle wird ein Problem angesprochen, von welchem in den Interviews öfter die Rede ist: Die Räumung von Sozialwohnungen, deren Mieter, meist Familien, Mietschulden angehäuft haben. In der Folge kommt es oft zur jahrelangen Trennung von Kindern und Eltern, die nach der Räumung in unterschiedlichen Heimen untergebracht werden. Aus bürokratischen Gründen dauert es meist sehr lange, bis die Familie wieder gemeinsam in einer Wohnung zusammenleben kann. Dies kommt nach Angaben mehrerer Experten gehäuft vor, obgleich es sich bei den Mietschulden oft nur um vergleichsmäßig geringe Summen handelt. Insgesamt wird in den Interviews deutlich, dass angesichts solcher Vorgehensweisen der Behörden, sowie der von vielen Bewohnern empfundenen jahrelangen Passivität bei der Sanierung des Gebiets, sich die politischen Akteure und Verantwortlichen vor Ort das Vertrauen in die Politik erst „zurückverdienen“ müssen:

„Und wenn man davon sprach, die Stadt auf der Stadt neu zu machen, abreißen oder bauen, haben sie [die Bewohner] wirklich zu verstehen gegeben, dass sie keinerlei Vertrauen haben, weil man ja jeden Tag unter Beweis gestellt hat, dass man nicht in der Lage war, das Alltägliche zu verwalten, den Müll, die Sauberkeit, all das. Also das ist ein wenig wie in einem Haus: Wenn sie nicht in der Lage sind, einmal am Tag durchzuputzen, wie sollen ihnen die Leute glauben, dass sie von einem Tag auf den anderen Kompetenzen entwickelt haben...“<sup>94</sup>

Von allen Experten wird die herausragende Rolle des ehemaligen Bürgermeisters Pierre Cardo bei der Rückgewinnung des Vertrauens der Bevölkerung betont. Dieser stammt selbst aus La Noë, war lange im lokalen Vereinsmilieu aktiv und räumte der direkten Beziehung zu den Quartiersbewohnern und der lokalen *politique de la ville* eine große Bedeutung in seiner politischen Arbeit ein:

„Man muss mit seiner Bevölkerung eng verbunden sein. Man muss ein tiefes Verständnis dafür haben, was sie empfindet. Ich würde sagen, da ich vorher beim Staat gearbeitet habe, kenne ich viele Orte, ich war in Paris, dann Versailles, dann Chanteloup [Lachen]... Das ist diese Positionierung des Bürgermeisters, wirklich eng mit seiner Bevölkerung verbunden zu sein und ich glaube, dass viele Angelegenheiten aus dem Gefühl von Stolz entstanden sind, ein Gefühl von Glück, das sowohl die Bewohner als auch den Bürger-

---

<sup>93</sup> „On va expulser une famille, qui doit cinq mille d’euro de loyer. C’est un scandale quand même déjà, des gens qui ne payent pas leur loyer, mais franchement, c’est scandaleux, et je dis ça sans sourire. Alors, on va les expulser, parce que le bailleur ne peut pas permettre, qu’on ne paye pas son loyer. Ça n’empêche pas les bailleurs d’avoir demandé des milliards pour faire la rénovation urbaine, alors que c’était leur logement qu’ils le laissaient se dégrader. Mais c’est scandaleux! [...]. Quand on donne l’argent aux gens qui sont dans la merde, on dit que c’est l’assistanat, tandis qu’on donne l’argent aux banques et aux entreprises, on fait de la relance...“

<sup>94</sup> „Et quand on parlait du refaire la ville sur la ville, démolir où construire, ils ont exprimé vraiment qu’il n’avait aucune confiance, puisque on démontrait tout les jours, qu’on n’était déjà pas capable de gérer le quotidien, les ordures, la propreté, tout ça. Alors c’est un peu comme dans une maison: si vous n’êtes déjà pas capable de faire le ménage une fois par jour, comment les gens vont pouvoir croire, que vous allez tout un coup vous mettre avoir des compétences...“

meister bewegt, ich denke da an viele Projekte in Chanteloup, die wir auf die Beine gestellt haben.“<sup>95</sup>

Wie schon im Bereich der Kommunikations- und Interaktionsbedingungen im Quartier angesprochen, spielt hinsichtlich der *Reichweite der sozialen Netzwerke und Aktionsräume* in La Noë nach Ansicht der Experten die Zweiteilung der Gemeinde eine große Rolle. Aus dieser leiten sich zwei zentrale Ziele der lokalen Stadtpolitik ab, wie sie von den Experten immer wieder genannt werden, nämlich zum einen, Bewohner von „oben“ in das Quartier zu bewegen, zum anderen, die Gebietsbewohner in ihrer Mobilität über das Quartier hinaus zu fördern.

Sowohl was die Aktionsräume angeht, als auch den Kontakt zu Bewohnern anderer Viertel oder Gemeinden, gehen die Experten für La Noë von engen Grenzen aus, die oft nicht über das Quartier hinausreichen. Zwei Zielgruppen scheinen hiervon besonders betroffen: Jugendliche und Migrantinnen. Dabei wird insbesondere für die Jugendlichen thematisiert, dass die enge Bindung an das Quartier der beruflichen Integration der Jugendlichen in La Noë oft im Wege steht:

„Gut, die Jugendlichen hier, sie haben viele Schwierigkeiten raus zu gehen, um woanders zu arbeiten. Die Cité, das ist ihre Welt. Und rausgehen, das ist für sie...nicht selbstverständlich. [...] Woanders arbeiten. Sie würden gerne arbeiten, aber vor Ort. [...] Weil...ich weiß nicht. Das ... [Lachen], vielleicht beruhigt sie das, vor Ort zu sein, aber gut auch...[...] Ich will sagen, das ist ein bisschen...was ich sagen will, das ist eine etwas geschlossene Gesellschaft hier, die Cité. Auf Französisch kann man *microsocme* [Mikrokosmos] sagen. In der Tat ist das so. Eine Gesellschaft, in der die Leute..., also, es ist ein großes Hindernis für sie, sich nach außerhalb zu wenden...“<sup>96</sup>

Neben Einschränkungen durch die Lage des Quartiers und seine Anbindung an die wirtschaftlichen Zentren der Region (mangelnde Busverbindung und teure Ticketpreise für die Regionalbahn) werden von den meisten Experten, ähnlich wie im obigen Zitat, eher psychologisch orientierte Erklärungen herangezogen, um die begrenzten Aktionsräume der Jugendlichen zu erklären:

„Aber ich glaube, dass sie [die Jugendlichen] trotzdem daran leiden. Weil in der Tat gibt es zwei Welten: Es gibt die Welt der *cité* und es gibt das Außerhalb. Nun, in ihrer *cité* fühlen sie sich gut, weil na ja, das ist ihre Umgebung, das ist ,hier mache ich den Cador, hier bin ich groß, also ich, ich kenne das Gefängnis, ich mache dies, ich habe alles durch-

---

<sup>95</sup> „Il faut être en alliance forte avec sa population. Il faut être en compréhension fondamentale avec de ce qu’elle ressent. Moi je dirais, parce que j’étais    l’Etat auparavant, je connais beaucoup de lieux, je ferais Paris, Versailles, Chanteloup, ce qui est assez rare. En général, on fait Chanteloup, Versailles, Paris (rigoles)... C’est ce positionnement vraiment de maire, vraiment en alliance avec sa population, et je crois que, pour beaucoup de choses, je pense à plein de projets à Chanteloup, qu’on a mis en place, naissait d’un sentiment de fierté, un sentiment de bonheur, qui agite les habitants et le maire.“

<sup>96</sup> „Bon, les jeunes ici, ils ont beaucoup de mal à sortir pour aller travailler ailleurs. La cité, c’est leur monde. Eh, sortir pour eux, c’est .... pas évident [...] aller travailler ailleurs. Ils aimaient bien travailler, mais sur place, quoi. [...] Parce que [...] C’est ... (rires), peut être   a, leur assure d’être sur place, mais bon aussi...[...] Ce que je veux dire, c’est un peu ...[...], une société un peu fermée ici, la cité. Au terme français on peut dire microcosme. En fait, c’est ça. Une société où les gens ..., bon, il y un gros obstacle pour eux de se rendre à l’extérieur ...“

gemacht, jetzt kann mir nichts mehr passieren, etc. Also wenn sie in ihrer Umgebung sind, sind sie anerkannt, sie fühlen sich gut, sie machen ihre Mausestreuungen, ihre Geschäfte etc. Wenn sie hingegen die Umgebung wechseln, nach draußen, dort fühlen sie sich nicht gut, sie fühlen sich unwohl.“<sup>97</sup>

Immer wieder wird von den zwei Welten der *cité* und der „Normalgesellschaft“ gesprochen, in denen unterschiedliche Ausdrucksweisen, Orientierungen und Anerkennungsmechanismen vorherrschen. Von vielen Experten wird die relative Geschlossenheit und Stigmatisierung der *cité* als Hauptgrund für die Ausgrenzung der Jugendlichen benannt, die dazu beiträge, dass man sich in der „anderen Welt“ unsicher bewege und sich nicht anerkannt fühle. Dabei wird die Geschlossenheit der *cité* auch dadurch verdeutlicht, dass, im gleichen Maße wie sich der Cit  bewohner „draußen“ fremd fühle, „Fremde“ in der *cité* als solche sofort identifiziert würden:

„Wenn man manchmal die Polizei hört, die ankommt, dann rufen die Jugendlichen ‚es geht ab‘ [Lachen], das bedeutet, dass die Polizei im Quartier ist [Lachen]. Ab dem Moment, wo ein Fremder im Quartier ist, wissen sie das. Also sie wissen, dass sie da sind. Sie versuchen die Leute auszutesten.“<sup>98</sup>

Für die Frauen mit Migrationshintergrund werden dagegen eher praktische Gründe angeführt, um die starke Beschränktheit ihrer Aktivitäten auf Chanteloup zu erklären, wie im folgenden Zitat deutlich wird:

„Also, ich gehe nach Paris, weil ich selbstständig bin, aber die einfache Sache, den Zug nach Paris zu nehmen, [...] das ist für viele Frauen aus Chanteloup ... das ist eine außergewöhnliche Sache. Für mich, meine Generation und andere Generationen, ist das normal. Aber für sie...[...] Weil sie nicht ausgehen. Die Tatsache, nicht lesen zu können, die Hürden der Sprache. Sich nicht auszukennen. Weil da sind einige, die vom Land kommen und die nichts anderes als Chanteloup kennen. Nur die Gemeinde, sonst nichts. Wenn man denen vorschlägt, los geht’s, wir fahren nach Paris, wir gehen aus, dann ist das außergewöhnlich.“<sup>99</sup>

Im Bereich der *Sozialisation* wurde v.a. der Bereich Bildung angesprochen, aber auch der Bereich der Effekte durch Peergroups und Rollenvorbilder. Das Thema *Bildung* nimmt in nahezu allen Interviews einen sehr großen Raum ein. Dabei werden zwei Facetten des The-

---

<sup>97</sup> „Mais je pense, qu’ils [les jeunes de la cité] en souffrent malgré tout. Parce que, en fait, il y a deux mondes: Il y a le monde de la cité, et il y a l’extérieur. Donc dans leur cité, ils sont bien, parce que voilà, c’est leur environnement, c’est ‘moi je fais le cador, moi je suis grand, voilà’ moi, je connais la prison, je fais ça, je fais   a, moi, j’ai tout passé, maintenant il ne peut plus rien m’arriver, etc. Donc, quand ils sont dans leur environnement, ils sont reconnus, ils sont bien, ils font leurs magouilles, leur trafic etc., voilà. Par contre, quand ils changent d’un environnement comme   a à l’autre, à l’extérieur, là ils ne se sentent pas bien, ils sont mal à l’aise. Donc ils ont besoin de passer par ces phases de réinsertion pour apprendre ce que c’est, l’autre monde.“

<sup>98</sup> „Quand on entend des fois la police qui arrive, bon, les jeunes, ils crient ‘  a passe’ (rires), ça veut dire, que la police est dans le quartier (rires). Dès qu’il y a quelqu’un d’étrange dans le quartier, ils savent. Donc ils savent, que vous êtes là. Ils essayent de tester les gens.“

<sup>99</sup> „Moi, je vais à Paris, parce que je suis autonome, mais même le simple fait d’aller prendre le train pour Paris, [...] pour les femmes de Chanteloup ...c’est quelque chose d’extraordinaire. Pour moi, pour ma génération et d’autres générations, c’est normal. Mais pour elles... [...] Parce qu’elles ne sortent pas. Le fait de ne pas savoir lire, le barrage de la langue. Et de ne pas connaître. Parce qu’il y a quelques-unes qui viennent du pays, et qui ne connaissent que Chanteloup. Que la commune, rien d’autre à coté. Alors quand on leur propose, allez, on va aller à Paris, on va sortir, c’est extraordinaire.“

mas beleuchtet: Zum einen die zentrale Bedeutung von Schule und Bildungserfolg bei der sozialräumlichen Spaltung der Gemeinde allgemein, zum anderen die vergleichsweise geringen Bildungserfolge der Schüler in La Noë im Besonderen:

„Wenn man dazu gehört und in einem Quartier wohnt, dann geht man auf die Schule im Quartier. Das ist in Bezirke aufgeteilt. Also hat man nichts miteinander zu tun. Man kennt sich nicht. Die Jugendlichen, die aus der *cité* La No   sind, werden auf die Schule in der *cité* La No   gehen, oder auf die Schule in der Nähe und schlussendlich werden wenige der Jungs in der Schule erfolgreich sein, wegen der Intelligenz, wegen Eltern, die ein bisschen offener sind, dann werden sie später auf andere Lycées gehen, auf Universitäten, studieren etc.. Aber die Mehrheit wird in ihrer Umgebung verkommen, und ab einem Moment zieht die Schule nicht mehr, sie machen Dummheiten, sie gehen nicht mehr regelmäßig zur Schule, sie gehen nicht mehr korrekt, sie werden der Schule verwiesen und dann, dann sind sie auf der Straße.“<sup>100</sup>

Das Thema Schule und ihre Rolle bei der Produktion sozialer Segregation werden in Chanteloup viel diskutiert. Deutlich wird, dass das Thema Schule und Bildung im Rahmen der *politique de la ville* einen herausragenden Platz einnimmt. Gerade in den Interviews mit Experten aus dem Bereich Quartierspolitik zeigt sich, dass das Ziel, durch Maßnahmen der Stadterneuerung eine sozial gemischtere Bevölkerung zu etablieren, stark vom Thema Schule bestimmt wird:

„Alle Eltern auf der Welt wünschen sich, dass ihr Kind Erfolg hat. Das gilt für ziemlich alle... nur gibt es in Chanteloup-les-Vignes eine Diskrepanz, eine extrem wichtige Diskrepanz..., was das Niveau angeht, die Kapazität zu bestehen, die Kapazität, so genannte Exzellenz Bereiche zu erreichen, etc... Also die Aufgabe besteht darin, und man sieht gut, dass das Abneigung erzeugt, oder die Attraktivität des Gebiets ausmacht, die normalen Leute werden sich nicht in Chanteloup-les-Vignes niederlassen, weil sie den Eindruck haben, dass ihre Kinder sehr viel schlechter abschließen, als woanders. Und das macht in immenser Weise die Attraktivität eines Gebiets aus.“<sup>101</sup>

Die Gespräche zeigen auf, dass eine sehr segregierte Schulstruktur vorliegt: Die Bewohner des Dorfes Chanteloup schicken ihre Kinder meist auf private Schulen und vermeiden die öffentlichen Schulen des Quartiers. Die damit einhergehende „soziale Spezialisierung“ der Schulen auf dem Gemeindegebiet wurde durch die Aufweichung der *carte scolaire*, der Schulleinzugsgebiete,verstärkt. Dies hatte insbesondere für eine der beiden Schulen des Viertels

---

<sup>100</sup> „Et quand on fait partie et qu'on habite dans un quartier, on va à l'  cole du quartier. C'est sectorisé. Donc on ne se fréquente pas. On ne se connaît pas. Les jeunes qui sont de la cité de La No   vont aller à l'  cole de la cité de La No  , ou de l'  cole d'   coté et peu, finalement de gamins, certains réussissent bien à l'  cole parce que l'intelligence, parce que des parents peut être un peu plus ouverts, là ils vont pouvoir aller après dans d'autres lycées, à l'université, faire des études etc. Mais la plupart, voilà, ils tombent dans la déchéance de leur environnement et puis à un moment donné ça colle plus à l'  cole, ils font des bêtises, ils ne vont plus à l'  cole régulièrement, il ne vont plus correctement, ils sont déscolarisé et après, ils sont dans la rue.“

<sup>101</sup> „Tous les parents du monde souhaitent, que leur enfant réussisse.   a s'est assez communément ..., sauf qu'à Chanteloup-les-Vignes, il avait un écart, il est toujours un écart extrêmement important..., de niveau, de capacité à réussir, de capacité à accéder à des filières dits excellentes, de capacité etc. Donc l'enjeu, et on voit bien que   a, ça fait la répulsion, ou ça fait l'attractivité du territoire, les gens ordinaire ne viennent pas s'installer à Chanteloup-les-Vignes, parce que ils ont l'impression que, si ils mettent leurs enfants à l'  cole, ils vont beaucoup moins bien réussir qu'ailleurs. Donc ils font fondamentalement l'attractivité de territoire.“



zur Folge, dass die besseren Schüler die Schule verließen und auf Schulen in anderen Gemeinden auswichen:

„Jedenfalls ab elf Jahren, der Siebten, ist die Abschaffung der Schuleinzugsgebiete und wie sich das bei uns ausgewirkt hat, das ist karikaturesk. Soll heißen, wir hatten zwei Collèges, einem ging es nicht so gut, einem ging es sehr viel besser, das hatte relativ gute Ergebnisse. Das Collège, dem es gut ging, hat die besten Schüler abwandern sehen, damit die Kinder noch größere Erfolgchancen haben. Also hat dieses Collège, das doch ein bisschen ein Ort sozialer Mischung war, plötzlich die besten Schüler verloren. Also befand sich das eine Collège plötzlich in derselben schwierigen Situation wie das andere, so ist das. [...] Das sind nicht die Kinder aus schwierigen Familien die...sie sind die eigentlichen Gefangenen des Sektors.“<sup>102</sup>

Die größere Wahlfreiheit der Eltern bei der Wahl der Schule wird vor diesem Hintergrund von allen Experten in Chanteloup kritisch betrachtet. Auch eine der zentralen Grundintentionen der Maßnahme, nämlich Quartiere mit einer hoher Konzentration sozial schwacher Haushalte für sozial gemischtere Bevölkerungsgruppen attraktiv zu machen, indem der „Push-Faktor Schule“ durch die Aufweichung der Schuleinzugsgebiete entkräftet wird, stößt auf breite Ablehnung:

„Weil die Aufweichung der Schulsprengel, um zu sagen ‚schauen sie, sie können in Chanteloup-les-Vignes wohnen und sind außerdem nicht gezwungen, ihre Kinder hier einzuschulen, das können sie woanders machen‘, also ich kann solche Gedankengänge nicht akzeptieren. Wenn man in einer Stadt wohnt, muss man die Gesamtheit der Stadt unterhalten. D.h. gleichzeitig die erzieherischen, sportlichen, kulturellen Strukturen, die Vereine, sonst werden sich unsere erzieherischen, sportlichen, kulturellen Strukturen, die Vereine, alle auf das Versagen spezialisieren. Also ich denke im Gegenteil, die Schuleinzugsgebiete, im Gegenteil, man muss [...] unsere Collèges und Strukturen, unsere Schulen anziehend machen, durch innovative Projekte, originelle Projekte, die man woanders nicht findet.“<sup>103</sup>

Vor dem Hintergrund der schulischen Segregation wird von allen Experten bekräftigt, dass die öffentlichen Schulen in Chanteloup-les-Vignes von einem deutlichen Niveauunterschied zum regionalen und nationalen Durchschnitt gekennzeichnet sind, was sich z.B. in häufigeren Schulabbrüchen und einem geringeren Leistungsniveau zeige. Dies wird von allen Experten als ein zentrales Problem der Gemeinde betrachtet. Außerdem wurde von zwei Experten ange-

---

<sup>102</sup> „Par contre, à partir de onze ans, la sixième, la suppression de la carte scolaire et l'exemple chez nous est caricaturale, c'est-à-dire nous avons deux collèges, un qui ne vivait pas très bien, et un qui vivait beaucoup mieux, qui a eu relativement bons résultats. Le collège qui vivait bien, assez bien, a vu partir les meilleurs de leurs élèves partir ailleurs, pour que les enfants ont des chances de réussite encore plus grandes. Et donc ce collège, qui était quand même un peu le lieu de la mixité sociale, a brusquement perdu les meilleurs éléments. Donc un collège se retrouvait du coup dans les mêmes difficultés que l'autre collège, voilà, [...]. Ce ne sont pas les enfants en difficultés familiales qui ... ils sont en fait prisonnier du secteur quoi.“

<sup>103</sup> „Parce que l'assouplissement de la carte scolaire, si pour dire, ‘regardez, vous pouvez venir habiter à Chanteloup-les-Vignes, ce sera moins cher et, en plus, vous n’êtes pas obligés de mettre vos enfants ici, vous pouvez les mettre ailleurs’, moi, je ne peux pas accepter cet genre de réflexion. Quand on vient habiter une ville, il faut entretenir la totalité de la ville. C’est à dire, à la fois la structure éducative sportive, associative, culturelle, sinon en fait nos structures éducatives, nos écoles, nos collèges, seront spécialisées dans les échecs. Donc je pense que, au contraire, la carte scolaire, au contraire, il faut [...] attirer vers nos collèges, vers nos structures, vers nos écoles par des projets tout à fait innovant, tout à fait originaux, qu’on trouve pas ailleurs.“

führt, dass selbst erfolgreiche Schüler von Anfang an eher geringer qualifizierte Berufe mit kürzeren Ausbildungszeiten und geringeren Einkommensperspektiven anstreben.

Für das geringere Leistungs- und Qualifikationsniveau an den Schulen von La Noë werden unterschiedliche Ursachen angeführt. So spielen die eher ungünstige individuelle Lernumgebung (kein eigenes Zimmer, keine Ruhe) eine Rolle, aber auch ein wenig bildungsorientiertes Elternhaus:

„Eltern, Strukturen, um in Ruhe zu lernen, um Lust zu haben, zu lernen. Das ist ein System hier, das nicht unbedingt die langen Ausbildungen begünstigt.“<sup>104</sup>

Immer wieder wird auf die Bedeutung des Elternhauses für den Bildungserfolg der Kinder eingegangen. Zahlreiche Experten heben dabei hervor, dass viele Eltern in La Noë nicht in der Lage seien, ihre Kinder angemessen zu unterstützen und positive Rollenvorbilder in der Familie meist fehlen würden:

„Häufig arbeitet die Frau in ihrer Umgebung nicht, der Mann arbeitet, aber ist meist nur gering qualifiziert und bekommt also ein geringes Gehalt, er lebt mit staatlicher Unterstützung, aber finanziell ist das Leben hart. In den *cités*, ist das sehr hart. Oftmals gibt es viele Brüder und Schwestern, das sind große Familien, also ist das wirklich einfach ein paar Geschäfte unten in seiner *cité* zu machen, um sich anzuziehen, zu essen, auszugehen...“<sup>105</sup>

Erklärt wird die mangelnde Unterstützung der Eltern zum einen durch äußere Umstände, wie z.B. eine große Anzahl von Kindern bei gleichzeitigem Platzmangel in der Wohnung, oder Zeitmangel. Zum anderen wird die Überforderung der Eltern angesprochen, die sich angesichts der Komplexität des französischen Schulsystems, etwaiger Sprachschwierigkeiten und der schwierigen sozialen Situation vieler Familien in Hilflosigkeit manifestiere.

Neben der fehlenden familiären Unterstützung der Schüler werden geringere Bildungschancen in La Noë häufig auch auf negative *Einflüsse Gleichaltriger oder älterer Schüler* zurückgeführt. Derartige Erklärungsmuster nehmen in den Experteninterviews eine große Rolle ein. Viele der Experten gehen davon aus, dass sich die Jugendlichen in der *cité* vor allem durch problematische Wertvorstellungen und Orientierungen negativ beeinflussen, wie es etwa im folgenden Zitat zum Ausdruck kommt:

„Der Jugendliche, der zur Schule geht, der gute schulische Ergebnisse haben wird, den wird man in der *cité* ausgrenzen. Das ist einer, der nicht ..., in Anführungszeichen ‚man macht sich so keine Freunde‘, wohingegen der, der Autos anzünden wird und der für drei Monate ins Gefängnis gehen wird... Wenn der aus dem Gefängnis raus kommt, wird er ankommen, er wird sagen, ich bin ein ganz Harter. Und zwangsläufig wird er in den Au-

---

<sup>104</sup> „Les parents, les structures pour étudier au calme, pour avoir l’envie d’étudier. C’est un système qui n’avantage pas forcément les longues études ici.“

<sup>105</sup> „Bien souvent dans leur environnement, la femme ne travaille pas, l’homme travaille, mais avec bien souvent un petit niveau de qualification, donc un petit salaire, il vit avec les allocations que donnent le gouvernement, mais la vie est dure financièrement. Dans les cités c’est très dur. Souvent il y a beaucoup de frères et soeurs, c’est de gros famille, donc c’est tellement facile de faire un peu de trafic en bas de sa cité, pour s’habiller, manger, sortir ....“

gen der Jungs dort, bei den Jüngeren, die Jüngeren werden ihn bewundern, weil er anerkannt ist, er existiert. So ist das. Derjenige, der in der *cité* nicht existiert, das ist kompliziert..<sup>106</sup>

In vielen Interviews wird davon gesprochen, dass die Jugendlichen Normen, Orientierungen und Verhaltensformen entwickeln, die sie am sozialen Aufstieg hindern würden. Bei diesen Erklärungen werden La No   und die dort lebenden Jugendlichen meist als kaum durchdringbares, geschlossenes System beschrieben. Den Jugendlichen wird ein spezieller Habitus unterstellt, der über eine spezifische Ausdrucksweise und Gestik, bis hin zu besonderen Orientierungen und Wertvorstellungen reiche, der sie miteinander verbinde und damit vom Rest der Gesellschaft trenne:

„Nein, sie haben ihre Sprache. Das ist ein sozialer Code. Die Sprache ist ein sozialer Code in der *cité*. Und außerhalb herrscht ein anderer Code [...]. Und dann haben sie Codes, den Code der Kleidung, wie sie reden folgt einem Code, ihre Sprache, sie haben einen Code der Gestik, manchmal müssen sie hier nicht miteinander sprechen, um sich zu verstehen. Sie haben ihren Code, das ist ein System. Sie funktionieren...sie haben das bei den Großen gesehen und machen das also den Großen nach. Sie werden groß, die Kleinen machen es wie die Großen und schließlich wird das eine Endlosschleife.“<sup>107</sup>

Anhand dieser und ähnlicher Argumentationen zeigt sich, dass die Situation der Jugendlichen in La No   oftmals als repräsentativ für die Problematik von jugendlichen Bewohnern in den ZUS, den Großwohnsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus in Frankreich, angesehen wird.

Viele der konsultierten Experten gehen davon aus, dass die *cités* Frankreichs von einer spezifischen Jugendkultur geprägt sind, die sich von der anderer Quartiere unterscheidet, und die dazu beiträgt, dass viele jugendliche Cit  bewohner Probleme bei der beruflichen Integration haben. Als eine der möglichen Ursachen wird dabei immer wieder der Mangel an positiven Rollenvorbildern angeführt, einerseits würden Kontakte zu Erwachsenen fehlen, die „es zu etwas gebracht“ hätten, andererseits seien auch negative Sozialisationseffekte von älteren Jugendlichen auf jüngere Kinder und Jugendliche zu beobachten. Nach Ansicht der meisten Experten spielen auch die Stigmatisierung und Diskriminierung der Jugendlichen hier eine entscheidende Rolle – konflikthafte Verhalten und die Herausbildung opponierender Wertvorstellungen seien als Reaktionen der Jugendlichen auf ihre soziale Ausgrenzung zu werten.

---

<sup>106</sup> „Le jeune qui va marcher à l’  cole, qui va avoir des bons résultats scolaires, on va le mettre en marge dans la cité. C’est quelqu’un qui n’est pas ..., entre guillemets, ‘on se fait pas un copain’, alors que c’est lui qui va aller faire brûler des voitures et qui va se prendre trois mois de prison. Quand il va sortir de prison il va arriver, il va dire, moi je suis un dur, quoi. Donc forcément le regard de ce gars là, par rapport au plus jeunes, les plus jeunes vont être en admiration devant lui parce qu’il est reconnu, il existe. Voilà. Celui qui n’existe pas, dans la cité, c’est compliqué, hein.“

<sup>107</sup> „Non, ils ont leur langage. C’est un code social. Le langage, c’est un code social dans la cité. Et à l’extérieur c’est un autre code [...]. Et puis ils ont de codes, ils ont de codes vestimentaires, ils ont de codes au niveau du discours, du langage, ils ont de codes au niveau des gestes, parfois ils ont pas besoin de se parler ici pour se comprendre. Ils ont leur code, quoi, c’est un fonctionnement. Ils fonctionnent...ils ont vue les grands faire, donc ils font pareil que les grands. Ils deviennent grands, les petits font comme les grands et en fait,   a tourne en boucle comme   a.“

Dabei spielt häufig auch die Annahme eine Rolle, die Kinder und Jugendlichen in La Noë seien verstärkt dem Risiko ausgesetzt, in kriminelle Machenschaften verwickelt zu werden:

„Ja, weil die Jugendlichen, die auf der Straße rumhängen und die noch keine Probleme haben, da reicht es, wenn sie keinen Ort finden, wo sie hingehen können. Die bleiben draußen, sie können...da sind die Großen, die sie rufen, um dabei mitzumachen. Also ist es gut eine Struktur wie die unsrige zu haben, oder wie andere, das kann ein Ort sein, ein Ort in der *cité*. Statt draußen zu bleiben und in Versuchung geführt zu werden, mit Geschäften anzufangen.“<sup>108</sup>

Gleichzeitig wird von den meisten Experten betont, dass das Kriminalitätsniveau gegenüber anderen *cités* in Frankreich nicht erhöht sei, auch wenn es gelegentlich kleinere Vorfälle gebe:

„Es gibt auch Kriminalitätsprobleme im Quartier, das steht fest. Das ist ein Quartier das häufig in den Medien erscheint auf Grund von brennenden Autos, solchen Sachen. So ist das. Aber insgesamt denke ich, dass das ein Merkmal der sensiblen Quartiere in Frankreich ist. Ich denke nicht, dass das Kriminalitätsniveau [hier] besonders hoch ist.“<sup>109</sup>

Bei den meisten Vorkommnissen handele es sich um Eigentums- und Drogendelikte, Gewalt oder Körperverletzung komme, so die Mehrheit der Experten, kaum vor. Auch seitens der Polizei wird hervorgehoben, dass Gewaltdelikte eher Einzelfälle seien und es sich bei den Tätern meist um dieselben Jugendlichen handele. Jugendunruhen, die so genannten *émeutes*, kamen in den letzten Jahren im Quartier nicht vor. Sie spielten vor allem im Zeitraum von 1988 bis 1999 eine Rolle. Alle Seiten betonen, dass es in La Noë kein besonderes Kriminalitätsproblem gebe und das Quartier weit davon entfernt sei, eine „rechtsfreie Zone“ zu sein:

„Weil hier ist keine rechtsfreie Zone. Nein, ist es nicht. Die Polizei kommt, mehr oder weniger zahlreich, weil das Prinzip ist, dass die Einhaltung der Gesetze sicherzustellen ist [...] Es gibt eine Polizeiwache, mit den gleichen Leuten, die oben arbeiten [...] Aber der Kontakt ist vielleicht nicht mehr so wie früher, aber das ist auch schwierig für die Polizisten, weil das v.a. junge Polizisten sind.“<sup>110</sup>

In den Interviews wird deutlich, dass in erster Linie nicht die Kriminalitätsrate der Jugendlichen im Viertel als problematisch gesehen wird, sondern vielmehr die Beziehung zwischen Polizei und Jugendlichen. Regelmäßig kommt es zu kleineren Reibereien, wie in folgendem Zitat beschrieben:

---

<sup>108</sup> „Oui, parce que les jeunes qui sont dans la rue, qui n’ont pas encore des problèmes, bah, il suffit, qu’ils n’arrivent pas à trouver un endroit où aller. Bah, en restant dehors, bah, ils peuvent ... il y a des grands qui les appellent pour participer à ça, quoi. Donc c’est bien d’avoir une structure comme la nôtre, ou d’autre, ça peut être un lieu, un lieu de vie dans la cité. Au lieu de rester dehors et d’être tenté de commencer à faire du business.“

<sup>109</sup> „Il y a des problèmes aussi de délinquance dans le quartier, c’est certain. C’est un quartier, qui revient assez souvent dans les médias pour des voitures brûlées, des choses comme ça. Voilà. Mais après, je pense que c’est assez caractéristique des quartiers sensibles en France. Je ne pense pas, que le niveau soit particulièrement fort de délinquance ...“

<sup>110</sup> „Parce que ici, ce n’est pas une zone de non droit. Non, il n’y a pas. La police elle vient, plus au moins au nombre, parce que le principe c’est que forcer de rester à la loi quand même. [...] Il y a un poste de police, avec les mêmes personnes qui travaillent dessus [...] Mais il y a peut-être pas ce contact qu’il avait à une époque, mais c’est difficile aussi pour les policiers parce que se sont surtout des policiers jeunes.“

„Also hier hatten wir schon seit Langen keine Unruhen mehr. Von Zeit zu Zeit gab es Zwischenfälle, also...die Polizei Patrouille kommt vorbei, die Jugendlichen werfen Steine, aber das sind keine Unruhen. Man könnte sagen kleine..., aber keine Unruhen. Unruhen, meiner Meinung nach hatten wir die hier schon lange nicht mehr.“<sup>111</sup>

Mit Abschaffung der im Gebiet bekannten Nahbereichsbeamten haben sich die Beziehungen zur Polizei in jüngster Zeit weiter verschlechtert. Ein Experte beschreibt den Zusammenhalt der Jugendlichen gegenüber der Polizei folgendermaßen:

„Ein ‚amerta‘, das ist ein korsisches oder italienisches Wort, das Gesetz des Widerstandes. Das heißt, dass hier niemand spricht [mit der Polizei], niemand. Sogar wenn sie sie sehen, sagen sie es nicht. Sie mögen es nicht, mit jemanden der Polizei gesehen zu werden. Deswegen habe ich vorhin gesagt, wenn jemand nicht spricht, ist es deshalb, weil sie eine Institution repräsentieren. Sie mögen Institutionen nicht. Das ist kompliziert.“<sup>112</sup>

In vielen Gesprächen wird die schwierige Beziehung der Jugendlichen des Quartiers zu Institutionen im Allgemeinen und der Polizei im Besonderen thematisiert. Diese wird teilweise durch Diskriminierungserfahrungen der Jugendlichen, wie beispielsweise repressives Verhalten der Polizei, teilweise auf einen Verhaltenskodex der Jugendlichen zurückgeführt.

### 3.7.3.1.3. Symbolik

Was die Symbolik angeht, berichten die Experten in Chanteloup-les-Vignes alle übereinstimmend, dass das Quartier La Noë mit einem sehr schlechten Image behaftet ist und seine Bewohner massiven Stigmatisierungserfahrungen ausgesetzt sind:

„Wenn sie aus Chanteloup-les-Vignes kommen, dann stehen sie in dem Ruf, alle Makel dieser Erde zu haben. Sie sind pestkrank, sie haben die Pest, Cholera, Aids, alles auf einmal, sie haben keinerlei Chance, eine Wohnung zu finden, wenn sie Chanteloup-les-Vignes verlassen.“<sup>113</sup>

Unmittelbare Konsequenz dieses schlechten Rufs sind vergleichsweise niedrige Immobilienpreise und ein ungewöhnlich hoher Wohnungsleerstand, wie in den Interviews mehrfach angesprochen. So liegt der Wohnungsleerstand in Chanteloup-les-Vignes trotz des sehr angespannten Wohnungsmarkts der Hauptstadtregion und einer extrem hohen Nachfrage nach Sozialwohnungen bei knapp 7 Prozent:

„Die einzigen Haushalte von außerhalb des Quartiers, die sich im Quartier niederlassen wollen, das waren in der Tat Leute, die von weit kamen. Z.B. aus Paris, aber nicht den näheren Gemeinden. Weil das Quartier einen allgemein sehr schlechten Ruf innerhalb des Departements Yvelines hatte und die Leute nicht herziehen wollten nach Chanteloup-les-

---

<sup>111</sup> „Donc ici, on n’a pas eu des émeutes depuis longtemps. De temps en temps, il peut y avoir des incidents, donc...la patrouille de police passe, les jeunes jettent des caïous, mais ce ne sont pas des émeutes. On va dire des petits ..., mais pas de émeutes. Les émeutes, à mon avis, on n’a pas eu pour longtemps à mon avis ici.“

<sup>112</sup> „Une ‘amerta’, c’est un mot corse ou italien, la loi de résistance. C’est que personne parle ici [avec la police], personne. Mêmes s’ils voient, ils ne disent pas. Ils n’aiment pas être vus avec quelqu’un de la police. C’est pour ça, que j’ai dit tout à l’heure, quelqu’un qui ne parlera pas, c’est parce que vous représentez une institution. Ils n’aiment pas les institutions. C’est compliqué.“

<sup>113</sup> „Vous êtes de Chanteloup-les-Vignes, vous êtes réputé d’avoir alors tout les défauts de la terre. Vous êtes pestiféré, vous avez la peste, le choléra, le sida à la fois, vous n’avez aucune chance de trouver un logement si vous sortez de Chanteloup-les-Vignes.“

Vignes. Jedenfalls nicht in den sozialen Wohnungsbau [...] Ich denke, die Leute ziehen es vor, in vielleicht schwierigeren Umständen zu wohnen, als nach Chanteloup zu ziehen. Das ist wirklich ... das Image ist wirklich sehr beschädigt.“<sup>114</sup>

Nahezu alle Experten bestätigen im Fall von Chanteloup-les-Vignes negative Quartierseffekte für die Bewohner. Vor allem bei der Arbeitssuche wird der Wohnort zu einem Makel in der Bewerbung, der nach Meinung aller befragten Experten zur Diskriminierung der Bewohner von Chanteloup-les-Vignes führen kann:

„Da ist wirklich die Vorstellung, also weil wenn sie sich vorstellen und sagen ‚so ist das, ich wohne *place du pas* Nummer fünf, dann sind sie für die Leute ein Dieb, sie sind dann ein Randalierer, sie sind schlecht erzogen. Man stellt sie nicht ein.“<sup>115</sup>

Die Stigmatisierung des Quartiers La Noë wird, so betonen es viele der Experten, außerhalb der Gemeinde auf die gesamte Stadt übertragen, da diese von den Medien und der Öffentlichkeit stark auf das Bild der ZUS reduziert wird. So vermeiden viele Bewohner bei Bewerbungen die Nennung ihrer Herkunftsgemeinde:

„Die Mehrheit der Jugendlichen, die einen Job suchen, schreiben 78570 Andrésy, das ist die gleiche Postleitzahl. Die Post kommt an, es gibt keine Probleme [...]. Das Quartier hat eine traurige Berühmtheit erlangt und einige haben Angst, Leute aus Chanteloup einzustellen. Das ist idiotisch, aber das ist so. Das ist eine Realität.“<sup>116</sup>

Um potentielle Diskriminierungen bei Bewerbungen zu umgehen, wird also von den Bewohnern von Chanteloup-les-Vignes der Name des Nachbarorts angegeben, da dieser die gleiche Postleitzahl hat. Dabei handelt es sich, so betonen es mehrere Experten, um ein weit verbreitetes Verfahren, das einer Expertin auch von Seiten der staatlichen Arbeitsvermittlung empfohlen wurde, als sie selbst auf der Suche nach Arbeit war:

„Als ich arbeitslos war und Arbeit gesucht habe, da hat mein Berater beim Jobcenter gesagt, Madame, wenn sie Arbeit finden wollen, dann schreiben sie auf ihren Lebenslauf nicht Chanteloup. Er hat gesagt, schreiben sie Andrésy drauf, weil Andrésy-Chanteloup sind zwar zwei Gemeinden, haben aber die gleiche Postleitzahl. Also hat er mir geraten, nicht Chanteloup drauf zu schreiben. Vielleicht ist das ein bisschen übertrieben, ich weiß nicht. Aber gut, er kennt sich da besser aus als ich.“<sup>117</sup>

---

<sup>114</sup> „Les seules ménages extérieurs au quartier, qui demandaient à s’installer dans le quartier, c’étaient des gens qui venaient de loin, en fait. Par exemple de Paris, mais pas des communes proches. Parce que, le quartier avait très mauvaise réputation dans les Yvelines en général, et que les gens ne voulaient pas venir habiter à Chanteloup-les-Vignes. Dans le logement sociale en tout les cas. [...] Je pense que les gens préfèrent se loger, enfin dans des conditions peut-être plus difficiles, que de venir s’installer à Chanteloup. C’est vraiment... l’image est vraiment très dégradé.“

<sup>115</sup> „Bah, voilà, c’est l’idée, parce que quand vous vous présentez, vous dites ‘voilà, j’habite 5, place du pas, Chanteloup-les-Vignes’, pour les gens, vous êtes un voleur, vous êtes un casseur, vous êtes mal éduqués. On ne vous prend pas. C’est tout, c’est comme ça.“

<sup>116</sup> „La plupart des jeunes qui cherchent un boulot, ils mettent 78570, Andrésy, c’est le même code postal. Le courrier arrive, il n’y a pas de problèmes [...]. Le quartier est tristement célèbre et certains ont peur d’embaucher des gens qui sont de Chanteloup. C’est con, mais c’est comme ça. C’est une réalité.“

<sup>117</sup> „Moi, quand j’étais au chômage, je cherchais du travail, mon conseiller à l’ANPE, il m’a dit, Madame, si vous voulez trouver de travail, sur votre CV ne mettez pas Chanteloup. Il m’a dit, mettez Andrésy, parce que Andrésy - Chanteloup, deux communes, mais on a le même code postal. Alors il m’a conseillé de ne pas mettre

Dabei wird in den Interviews deutlich, dass viele der Experten davon ausgehen, dass auch schon die jüngeren Bewohner von Chanteloup von Benachteiligungen aufgrund des Wohnorts betroffen sind:

„Schon die ganz Kleinen haben Probleme ...[...] Also zum Beispiel, wir arbeiten gerade, weil wir haben Schüler der Collèges, Schüler der Lycées, die Praktika suchen. Und es stimmt, das ist nicht leicht. Das ist ein Albtraum [...], bis ein Schüler eines Collège aus Chanteloup, oder eines Lycées aus Chanteloup ein Praktikum in einer Firma findet. Man versucht was zu finden, telefoniert herum, es gibt einen Verein in Mantes la Jolie, die haben ein Firmennetzwerk, aber das befindet sich in den anderen Departements. Loire Atlantique und noch weiter weg, damit wir unsere Schüler der Collèges und Lycées in die Firmen schicken können.“<sup>118</sup>

Doch nicht nur bei der Wohnungs- und Jobsuche, sondern auch etwa bei der Organisation von kommunalen Familienreisen wird von Ausgrenzung berichtet, die sich auf die Herkunft aus Chanteloup zurückführen lässt:

„Ich habe das erlebt, vor zwei Jahren wollte ich zehn Bungalows auf einem Campingplatz reservieren, damit die Familien, die nicht als Familie wegfahren, fahren. Also ich bin da nicht nach Südfrankreich, wo viel los ist, ich bin in die Picardie, wo das Wetter nicht gut ist...ich habe einen Campingplatz gefunden, der wirklich glücklich war, zehn Bungalows besetzen zu können und als ich dann die Reservierung per Mail gemacht habe, habe ich Chanteloup notiert. Ich habe eine Mail erhalten mit dem Vermerk ‚ausgebucht‘. Also Diskriminierung existiert.“<sup>119</sup>

Zusammenfassend zeigen die Gespräche, dass die Experten sehr deutlich von negativen Quartierseffekten ausgehen, die aus dem schlechten Ruf der Siedlung bzw. der Gemeinde resultieren und sich in Form von Diskriminierungen in den verschiedensten Lebensbereichen der Bewohner von La Noë manifestieren.

Dabei wird in den Interviews deutlich, dass die Stigmatisierung durch den Wohnort insbesondere für jene Bevölkerungsgruppen schwer wiegt, die aufgrund ihres Migrationshintergrunds ohnehin schon verstärkt Diskriminierungen unterworfen sind. Eine Mitarbeiterin im Bereich der beruflichen Qualifikation betont in diesem Zusammenhang, dass es gerade für Jugendliche wichtig sei, Diskriminierungen aufgrund der Herkunft oder des Wohnorts nicht als determinierend zu begreifen und überzubewerten:

---

Chanteloup. Peut être que c'est un peu exagéré, je ne sais pas. Mais bon, lui quand même il est mieux placé que moi et si il m'a conseillé comme ça...“

<sup>118</sup> „Déjà les tout petits ont des problèmes... [...] Aussi, par exemple, maintenant nous travaillons, parce qu'on a les collégiens, on a nos lycéens qui cherchent des stages. Et c'est vrai, ils ne trouvent pas facilement. C'est un cauchemar [...] pour qu'un collégien de Chanteloup, ou un lycéen de Chanteloup trouve un stage dans des entreprises. On essaye de trouver, de passer de coups de téléphone, il y a une association à Mantes la Jolie, qui ont un réseau d'entreprises mais qui se trouve sur d'autres départements. Loire Atlantique et plus loin, pour qu'on puisse envoyer nos collégiens et lycéens dans des entreprises.“

<sup>119</sup> „Moi, je l'ai vécu, il y a deux ans, je voulais réserver dix bungalows dans un camping pour que les familles qui ne partent pas en famille partent, donc je ne suis pas allé dans le sud de la France, où il y a beaucoup de monde, je suis allé en Picardie, où il ne fait pas beau... j'ai trouvé un camping, qui était vachement heureux de voir dix bungalows se remplir, et quand j'ai fait la réservation par mail, j'ai marqué Chanteloup, j'ai reçu un mail en disant 'occupé'. Donc la discrimination existe!“

„Aber ja, Diskriminierung, die gibt es, aber nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, in jedem Bereich gibt es sie. Und es wird nun mal immer solche Leute geben.“<sup>120</sup>

Sie vertritt die Meinung, dass das Herkunfts- und Gebietsstigma bei hinreichender beruflicher Qualifikation und individueller Anstrengung keine allzu große Rolle spielen und warnt davor, sich hinter Stigmatisierungstendenzen zu „verstecken“.

In den Interviews werden unterschiedliche Arten und Weisen aufgezeigt, wie insbesondere Jugendliche mit dem Gebietsstigma umgehen. So wird zum einen von Jugendlichen berichtet, die sich verstärkt darum bemühen, sich durch gute Leistung hervorzutun, um dem schlechten Ruf ihres Viertels zu entkommen, wie von der oben zitierten Expertin empfohlen. Dabei wird im Interview mit einem Sozialarbeiter deutlich, welcher Druck dabei auf den Jugendlichen lastet:

„Auch die Stigmatisierung ihrer Haut. Aber man kann damit fertig werden. Aber das steht fest, man muss doppelt so viel arbeiten. Um...Das ist so. Man muss doppelt so mutig sein. Dabei stehen ihnen [den Jugendlichen im Quartier] nicht doppelt so viele Mittel als woanders zur Verfügung ...Tja..., das ist schwierig.“<sup>121</sup>

Andere Experten berichten davon, dass das schlechte Image des Quartiers zu einem vermehrten Rückzug der betroffenen Jugendlichen in das Quartier und der Konzentration auf ihre dort bestehenden sozialen Kontakte führe, da Selbstbestätigung von außen verwehrt werde:

„Ja ich glaube, was den Blick einer gewissen Anzahl französischer Leute angeht, ich glaube, dass die Jugendlichen sich unwohl fühlen, was das [das Image des Viertels] angeht. Schließlich sind sie in ihrer Umgebung anerkannt, da haben sie Gefallen dran, was ja normal ist, weil die Selbstachtung, die braucht man, um zu leben. Also sie fühlen sich anerkannt in der *cité*.“<sup>122</sup>

Neben der Frage nach den Folgen der schlechten Reputation Chanteloups, wurden in den Interviews auch deren Ursachen und Hintergründe in besonderem Maße thematisiert. Dabei ergab sich ein komplexes Bild aus unterschiedlichen Zusammenhängen. Zunächst wurde klar, dass das schlechte Image des untersuchten Quartiers eine Konsequenz der allgemeinen Stigmatisierung französischer Großwohnsiedlungen ist und das Schicksal La Noës in diesem Sinne mit dem vieler anderer französischer *cités* vergleichbar ist:

„Ja, aber das ist nicht nur Chanteloup. Deswegen mag ich das Wort stigmatisiert nicht, das ist nicht nur Chanteloup, da gibt es schon auf nationaler Ebene das Problem, die Arbeitslosigkeit. Arbeitsplätze für Jugendliche, das ist auf nationaler Ebene, und später, das Etikett des Quartiers, natürlich. Aber da gibt es nicht nur das Quartier Chanteloup, wenn

---

<sup>120</sup> „Mais oui, la discrimination il y en a, mais il n’y en a pas que sur le marché de l’emploi. Il y en a pour tout, la discrimination. Et puis il ira toujours des gens comme ça.“

<sup>121</sup> „La stigmatisation de leur peau aussi. Mais c’est possible de s’en sortir. Mais c’est sûr, qu’il faut travailler deux fois plus. [...] C’est ça. Faut être deux fois plus courageux. Donc, s’ils n’ont pas deux fois plus de moyens qu’ailleurs... [...] Bah,...c’est difficile.“

<sup>122</sup> „Oui, je pense que, par rapport au regard d’un certain nombre de gens français, je pense que les jeunes sont très mal à l’aise par rapport à ça [la réputation du quartier]. Et finalement, comme dans leur environnement ils sont reconnus, ils se complaisent là dedans, ce qui est normal, puisque l’estime de soi, on en a besoin pour vivre. Donc, ils se sentent reconnus dans la cité.“



man sich beispielsweise die Pariser Region ansieht, nur den Großraum Paris, da gibt es nicht nur Chanteloup. Deswegen sag ich ihnen, dass ich dieses Wort stigmatisiert nicht mag. Wenn das nur Chanteloup wäre, dann würde man sagen, ja, Chanteloup. Aber so...“<sup>123</sup>

In diesem Zitat eines Gebietsexperten und Bewohners wird auch der Wille deutlich, sich gegen den allgemein negativen Diskurs über das Viertel abzugrenzen, was in mehreren Interviews eine Rolle spielte. Zu den Ursachen der allgemeinen symbolischen Abwertung der Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus in Frankreich erläutert eine Gebietsexpertin:

„Die Angst vor dem Unbekannten, die Angst vor dem Anderen, die Angst..., vor der Repräsentation der Bewohner des sozialen Wohnungsbaus, nicht wahr.“<sup>124</sup>

Neben der Feststellung, dass das Gebietsimage eben jenem aller französischen *cités* gleicht und sich somit im Grunde nicht aus der Spezifik Chanteloups herleiten lässt, ergaben die Interviews auch weitere Aspekte, die den Blick auf die Hintergründe der symbolischen Abwertung des Quartiers erweitern und konkretisieren. Hier spielt zunächst die sozioökonomische Diskrepanz zum Umfeld der Siedlung eine Rolle, die in diesem Kontext mehrfach angesprochen wurde:

„Ich denke, du hast sicherlich ein bisschen die Nachbargemeinden angesehen, das sind Gemeinden mit Einfamilienhäusern, sehr... , relativ wohlhabend, die Bevölkerung. Das ist ein bisschen der Schandfleck, dieses Quartier in den Gemeinden, die relativ reich sind und ich denke, dass das auch zu einer weiteren Abwertung beigetragen hat. Weil, wenn es in einem ...wenn es beispielsweise in Seine - Saint - Dennis wäre, dann wäre ich mir nicht so sicher, ob es ein derartig schlechtes Image hätte wie hier. Ich habe wirklich den Eindruck, dass diese Diskrepanz [zur Abwertung] beiträgt.“<sup>125</sup>

In nahezu allen Interviews wird zudem der Film „La Haine / Hass“ von Mathieu Kassovitz aus dem Jahr 1995 in hohem Maße mit verantwortlich für das schlechte Gebietsimage gemacht. Der Film thematisiert den von Gewalt und Perspektivlosigkeit geprägten Alltag von drei jungen Männern in einer französischen Großwohnsiedlung und trug, da er in La Noë gedreht wurde, enorm zum Bekanntheitsgrad von La Noë bei, das – obgleich anonymisiert gezeigt – doch aufgrund seiner baulichen Spezifik leicht identifizierbar war. Trotzdem die Mehrzahl der Experten den Film selbst schätzen, sehen sie seine Bedeutung für das Image von La Noë sehr kritisch:

---

<sup>123</sup> „Oui, mais ce n'est pas uniquement Chanteloup. C'est pour ça, que je n'aime pas ce mot stigmatisé, ce n'est pas seulement Chanteloup, il y déjà le problème à l'échelle nationale, le chômage. L'emploi des jeunes c'est à l'échelle nationale, et après, l'étiquette du quartier, bien sur, mais il n'y a pas uniquement le quartier de Chanteloup, si on voit par exemple sur la région parisienne, uniquement la grande parisienne, il n'y a pas seulement Chanteloup. C'est pour cela que je dis, que je n'aime pas ce mot stigmatisé. Si c'était uniquement Chanteloup, on va dire oui, Chanteloup. Mais là...“

<sup>124</sup> „La peur de l'inconnu, la peur de l'autre, la peur..., voilà, de la représentation de la population du logement social, hein.“

<sup>125</sup> „Je pense, que tu as du regarder un peu les communes à côté, ce sont des communes pavillonnaires très..., assez aisé, la population. Ça fait un peu une verrue, ce quartier dans les communes, qui sont assez riches et je pense que ça contribue à dévaloriser encore plus. Parce que, s'il était dans un ... par exemple, si ce quartier là est en Seine-Saint-Denis, je ne suis pas sûr, qu'il n'aurait une aussi mauvaise image qu'ici. J'ai l'impression vraiment le décalage contribue [à la dévalorisation].“

„Ich verstehe nicht, warum man akzeptiert hat, dass der Film hier gedreht wurde, mich hat das etwas enttäuscht [...]. Ich denke, die Leute erleben schon im Alltag genug Gewalt. Die Gewalt existiert im Alltag und man lässt noch einen Film über Gewalt drehen. Sie hätten genauso gut einen Film über andere Dinge machen können, aber sie machen einen Film über die Gewalt.“<sup>126</sup>

Als hauptverantwortlich für das schlechte Image des Quartiers und die daraus resultierende Stigmatisierung seiner Bewohner, sieht die Mehrheit der Befragten die französischen Medien, die mit ihrer Fixierung auf Ereignisse, die sich als Negativschlagzeilen in den *faits divers* verarbeiteten ließen, jenes Image dauerhaft fortschrieben und so zementierten:

„Aber das liegt an den Medien, wenn in der *cité* etwas Gutes passiert, sagt man es nicht. Aber sobald es ein brennendes Auto gibt, oder auf jemanden geschossen wird, spricht man davon. Und das, das finde ich schade. Das ist schlimm. Die Medien machen das Quartier kaputt, das stimmt, sie sorgen dafür, dass man über es spricht.“<sup>127</sup>

Nahezu alle Interviewpartner kritisieren die negative Berichterstattung besonders der regionalen Medien und ihre große Bedeutung für die symbolische Abwertung des Quartiers, die „draußen“ Angst vor La Noë und seinen Bewohnern schüre. Bei vielen Experten ist eine klare Ablehnung der Medien und ihrer Vertreter spürbar, welche auch für die Bewohner der Siedlung bestätigt wird.

#### 3.7.3.1.4. Zentrale Ergebnisse

Für viele Bewohner können laut Expertenaussagen Belastungen durch Einschränkungen in der ÖPNV-Anbindung, sowie der nicht zufriedenstellenden lokalen Nahversorgung angenommen werden. Zudem spielten in den Gesprächen die negativen Effekte durch die Verwahrlosung des Wohnumfeldes eine Rolle. Mehrere Experten gehen davon aus, dass die mangelhafte Freiraumqualität bei vielen Bewohnern den Rückzug in ihre Wohnungen und damit die Aufgabe des Außenraumes des Quartiers zur Folge hatte. Und damit einhergehend das Gefühl von Scham und einem Verlust an Würde. Eine der möglichen in den Interviews thematisierten Konsequenzen darauf war die Einschränkung der sozialen Beziehungen. Allerdings beziehen sich die Aussagen zur Freiraumqualität meist auf die Zeit vor dem GPU und den damit verbundenen Stadterneuerungsmaßnahmen, so dass die Prognosen deutlich optimistischer ausfallen. Viele der Experten erwarten durch die Wohnumfeldverbesserungen der letzten Zeit einen Wandel hin zum Positiven.

Einen weiteren Schwerpunkt der Gespräche stellten negative Bildungseffekte dar, die von der überwiegenden Mehrheit der Experten thematisiert werden. Vor dem Hintergrund einer mas-

---

<sup>126</sup> „Je ne comprends pas, pourquoi on a accepté de tourner ce film ici, ça m’a un peu déçu [...] Moi, je trouve, les gens ils vivent déjà la violence au quotidien. La violence est déjà là au quotidien, et on fait encore tourner un film sur la violence. Ils auront pu bien faire un film sur d’autre chose, mais ils font un film sur la violence.“

<sup>127</sup> „Mais ça, c’est du au médias, quand il se passe quelque chose de bien dans la cité, on ne dit pas. Mais dès qu’il y a qu’une voiture qui brûle, ou qu’on tire sur quelqu’un, on en parle. Et ça, je trouve ça dommage. C’est grave. Ce sont les medias qui cassent le quartier, c’est vrai qu’ils le font parler.“

siven schulischen Segregation im Quartier, die durch die Abmilderung der *carte scolaire* (Schuleinzugsgebiete) noch zusätzlich verstärkt wurde, ist hier ein im nationalen Vergleich deutlich geringeres Leistungsniveau festzustellen. Neben den Eltern, denen in vielen Fällen die Möglichkeit fehle, die Bildung ihrer Kinder zu unterstützen und zu fördern, spielen in diesem Kontext laut vieler Experten auch negative Sozialisationseffekte eine Rolle, die auf eine problematische Beeinflussung der Jugendlichen durch Peergroups oder ältere Jugendliche zurückzuführen seien. Von einigen Experten werden zudem auch negative Effekte auf die Mobilität der Jugendlichen angenommen, die aus der geringen Reichweite der Aktionsräume und sozialen Netzwerke resultiere und sich vor allem bei der Jobsuche nachteilig auswirken. Zudem kam in einigen der Interviews auch die Annahme zum Ausdruck, dass viele der Jugendlichen im Quartier ein angespanntes Verhältnis zu Institutionen im Allgemeinen und zur Polizei im Besonderen haben.

In den Interviews werden insbesondere negative Quartierseffekte thematisiert, die im Bereich der Symbolik durch das schlechte Image von La Noë, hervorgerufen werden. Damit bestätigt sich die Eingangsthese von der zentralen Bedeutung der Stigmatisierung der *cités* für die Entstehung von Quartierseffekten. Explizit berichtet wurde von Diskriminierungen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, sowie bei der Planung von Freizeitaktivitäten. Darüber hinaus lassen die Expertenaussagen vermuten, dass der schlechte Ruf La Noës dazu beiträgt, dass einige Bewohner ihr Leben im Quartier – trotz einer allgemein hohen Quartiersbindung – als erzwungen empfinden. Hierbei dürfte sicherlich die Frage eine Rolle spielen sein, inwiefern ökonomische Zwänge ausschlaggebend für die Wahl des Wohnortes waren oder aktuellen Wegzugswünschen im Wege stehen.

Auch positive Effekte des Quartiers wurden von den Experten formuliert. Es ist bemerkenswert, dass die Experten, trotz der symbolischen Abwertung und der genannten Einschränkungen bei den objektiven Ressourcen des Quartiers, von einer relativ hohen Wohnzufriedenheit und starkem Verbundenheitsgefühl der Bewohner gegenüber ihrem Quartier ausgehen. Dies deckt sich nur zum Teil mit den Ergebnissen einer früheren Bewohnerbefragung, die insgesamt negativer ausfielen (Vieillard-Baron 2007b).<sup>128</sup>

Diese wird zum Teil auf die großen Wohnungen im Quartier zurückgeführt, die in der Hauptstadtregion rar sind. Vermutet wird aber v.a., dass der relativ enge soziale Zusammenhalt, der sich laut der Mehrzahl der Experten in einer Vielzahl sozialer Netzwerke und einem hohen Maß an Partizipation ausdrückt, einen positiven Einfluss auf die Wohnzufriedenheit und Quartiersbindung hat. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang auch, so wird es immer wieder in den Gesprächen thematisiert, die Aufwertungsmaßnahmen, die im

---

<sup>128</sup> Hier wurde von einem Viertel der Befragten angegeben „Wir sind allesamt Freunde“, ein weiteres Viertel hatte einzelne persönliche Beziehungen zum Nachbarn. Allerdings wird vermutet, dass dieses positive Ergebnis auf die einseitige Befragten-Auswahl zurückzuführen ist und eine kühle Nachbar-Beziehung dominiere (Vieillard-Baron 2007b: 244f).

Gebiet stattfanden. Die damit verbundene Aufbruchstimmung trägt, so zeigen es viele der Gespräche, zu einer stärkeren Aneignung des öffentlichen Raums bestimmter Bewohnergruppen, der positiven Eigenwahrnehmung und damit insgesamt zu einer größeren Wohnzufriedenheit bei. Dies wird immer wieder deutlich, wenn die Experten die Maßnahmen der Stadterneuerung in den Kontext einer Rückgewinnung der Würde der Bewohner stellen.

### *Wirkungszusammenhänge*

Viele der Hintergründe, die zur Entstehung von Quartierseffekten führen können und von denen in den Interviews in La Noë die Rede ist, sind als stellvertretend für viele französische Quartiere des sozialen Wohnungsbaus zu betrachten. Dazu zählen beispielsweise die massive kulturelle Abwertung des Siedlungstyps Großwohnsiedlung, funktionale und bauliche Mängel der industriell gefertigten Quartiere, starke Stigmatisierung des sozialen Wohnungsbaus und seiner Bewohner und die Angst vieler vor Armen und ihren städtischen Räumen. Somit kann La Noë, wie auch mehrere Experten betonen, als stellvertretend für die meisten der französischen *cités* betrachtet werden. Dies gilt m. E. in besonderem Maße beim Thema negativer Sozialisationseffekte bei Jugendlichen, welches in den Interviews verstärkt diskutiert wurde. Hier kommt deutlich die Auffassung der Experten zum Ausdruck, dass sich der Habitus der Jugendlichen der *cité* signifikant von jenem anderer Jugendlicher und jenem der französischen „Normalgesellschaft“ unterscheidet. Dieser *cité*spezifische, überwiegend negativ bewertete Habitus umfasst den Experten zufolge negative Einstellungen, insbesondere bezogen auf Leistungsbereitschaft und Motivation, sowie eine spezielle Sprache und eigene Gesten. Bei dieser Diskussion handelt es um einen Diskurs, der sich nicht auf La No  beschränkt, sondern sich vielmehr auf die Gesamtheit der französischen *cités* und ihrer Jugendlichen bezieht. In den Interviews wurde dieser Diskurs lediglich unter dem Stichwort negativer Sozialisationseffekte geführt. Vielleicht wäre es hier fruchtbarer gewesen, die Frage nach der Bedeutung von Anerkennungskonflikten in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen. Die Anerkennung ihrer Jugendkultur und deren wesentlichen Bestandteile (Rap, Slang, Style) als einer der bedeutendsten Lebensstile Jugendlicher in Frankreich würde sicherlich einen großen Teil des Anerkennungsdrucks von den Jugendlichen nehmen und dadurch potentiell negative Effekte abmildern. Dieser Anerkennung steht jedoch die große Angst vor den *cités* und ihren Jugendlichen gegenüber, die, gefördert durch die sporadisch auftretenden Jugendunruhen, häufig als gefährlich und kriminell stigmatisiert werden.

Bei den von den Experten formulierten relevanten Wirkungszusammenhängen für die Produktion von Quartierseffekten lassen sich auch einige quartierspezifische Muster erkennen, die interessant für die weitere Erklärung von Quartierseffekten sind. Hierzu zählt zunächst die enorme Bedeutung der st dttebaulichen Intervention im Quartier, die laut Experten zum Abmildern negativer Quartierseffekte (Rückzug nach Innen, Scham, Reduzierung der sozialen Kontakte, Wohnunzufriedenheit) und zur Förderung positiver Effekte (Rückeroberung des öffentlichen Raums, Wohnzufriedenheit) beigetragen hat. Ein zentrales Motiv dieser *vorher-*

*nachher-Diskurse*, mit denen diese Veränderungen in den Interviews beschrieben wurden, ist das Motiv der Würde. Immer wieder hieß es dort, die Wohnbedingungen im Quartier seien würdelos gewesen und die aktuellen städtebaulichen Maßnahmen hätten deutlich dazu beigetragen, den Bewohnern das Gefühl von Würde zurückzugeben. Auch wenn es zunächst selbstverständlich erscheinen mag: Am Beispiel von Chanteloup-les-Vignes wird deutlich, wie bedeutsam ein weitgehend gepflegtes und sauberes Wohnumfeld und die damit einhergehende Möglichkeit, den öffentlichen Raum zu nutzen, sowie das Einhalten von Mindeststandards bezüglich Ausstattung und Verwaltung der Wohnungen für das Wohlbefinden und Selbstwertgefühl der Bewohner sind. Inwiefern die bauliche Aufwertung des Gebiets auch zu seiner symbolischen Aufwertung beizutragen vermag, bleibt angesichts des sehr schlechten Images des Quartiers fraglich und wird auch daran zu messen sein, inwiefern es gelingen wird, den gehobenen bzw. normalisierten Standard durch eine verantwortungsvolle Verwaltung weiter zu halten.

Das Beispiel Chanteloup zeigt außerdem, welche Bedeutung einer oder mehrere engagierte und bürgernahe Lokalpolitiker für die Bereiche Wohnzufriedenheit, Vernetzung und Partizipation haben. In vielen Interviews wurde formuliert, dass die jahrzehntelange Präsenz und das Engagement von Pierre Cardos in besonderer Weise die Stimmung vor Ort beeinflusste und dazu beitrug, das Vertrauen in die Politik zurückzugewinnen und Engagement und Partizipation im Quartier zu fördern. Selbst lange in zahlreichen Vereinen von Chanteloup engagiert, maß er der lokalen Vereinskultur eine große Bedeutung bei und förderte die lokale Zusammenarbeit in hohem Maße. Daneben wirken vor Ort noch weitere Persönlichkeiten der Lokalpolitik, die in den Gesprächen immer wieder positive Erwähnung finden und bei der Bevölkerung beliebt und bekannt sind. Die Interviews lassen vermuten, dass ein solchermaßen gutes Klima der Lokalpolitik positive Auswirkungen sowohl auf das Abmildern negativer Effekte (v.a. Frust, Wohnunzufriedenheit, geringe Partizipation) hat, als auch auf die Förderung positiver Effekte (v.a. Wohnzufriedenheit, Aktivierung, Partizipation, Vernetzung, gute soziale Infrastruktur).

Auch hinsichtlich der symbolischen Abwertung des Quartiers zeigen die Interviews für La Noë quartiersspezifische Mechanismen. Denn obwohl es in der Hauptstadtregion viele Quartiere mit vergleichbaren oder sogar massiveren städtebaulichen und sozialen Problemen gibt, haben nicht alle einen ähnlich massiven Stigmatisierungsprozess durchlaufen. Der besonders schlechte Ruf der Siedlung resultiert, so vermuteten es einige Experten, zum hohen Maße aus der starken sozioökonomischen Diskrepanz auf Ebene der Kommune und deren massiver städtebaulicher Manifestierung durch ein „Chanteloup haut et bas, le ghetto“ („ein Chanteloup oben und unten, das Ghetto“) wie es von einem Experten formuliert wurde. Hinzu kommt eines von relativ wenigen, gleichwohl bekannteren „städtischen Problemvierteln“ auf der Ebene des Departements zu sein. Zur Spezifik La Noës zählt außerdem der Umstand, durch den Film „La Haine“ überregionale Bekanntheit als Prototyp einer städtischen Problemsiedlung erlangt zu haben. Diese Berühmtheit befördert im Grunde die übliche Praxis der Medien,

so wurde es von vielen Experten kritisch berichtet, das Quartier nur in negative Zusammenhänge zu stellen und somit Ablehnung und Angst vor dem Gebiet und seinen Bewohnern zu fördern.

Die Interviewergebnisse zeigen abschließend, dass der zentrale Zusammenhang, der in La Noë laut Experten Auswirkungen auf nahezu alle negativen Quartierseffekte hat, die Abgeschlossenheit des Quartiers darstellt. Diese relative Ein- oder Abgeschlossenheit, die in den Interviews oft mit dem Bild der Enklave, oder prozesshaft als *enclavement* beschrieben wird, bezieht sich im Fall La Noë auf ganz unterschiedliche Aspekte. Zunächst wird sie auf Merkmale der Sozialstruktur der Bewohner bezogen, die das Quartier deutlich von seiner Umgebung unterscheidet. Im Bereich der objektiven Ressourcen werden die Lage und die Anbindung La Noës an seine Umgebung von den Experten mit dem Begriff der Enklave verdeutlicht. Auf städtebaulicher Ebene spielt die bauliche Geschlossenheit des Quartiers in das Bild des *enclavement* hinein. Im Bereich der sozialen Beziehungen beschreibt *enclavement* in den Interviews zum einen die starke Trennung der Gemeinde in ein „oben“ und ein „unten“, zum anderen die vergleichsweise geringere Reichweite der Aktionsräume und Beziehungen v.a. der Jugendlichen des Quartiers, die von mehreren Interviewpartnern angenommen wird. Die Schulen des Quartiers werden vom Rest der Gemeinde gemieden und damit laut Experten zur besonders betroffenen Zone des *enclavement*. Die Expertenwahrnehmung der Jugendlichen und ihres Habitus ist ebenfalls häufig davon betroffen, indem ihre Welt, ihre Zielstellungen und Orientierungen dem Rest der Gesellschaft konträr gegenübergestellt werden. So wird die Außenwahrnehmung der Bewohner La Noës, die andernorts – sei es „oben“ im Dorf, sei es im Rest der französischen Gesellschaft – als Fremde wahrgenommen werden, in den Interviews als eine weitere zentrale Dimension des *enclavement* beschrieben. Und schließlich berührt das Bild der Enklave in den Interviews die symbolische Ebene, wenn durch die einseitige Berichterstattung der Medien La Noë als eine Insel der Gefahr und des Verbrechens skizziert wird. Im Gegenzug dazu könnte der verhältnismäßig starke sozialer Zusammenhalt in La Noë, sei es unter der erwachsenen Bevölkerung in Form von gegenseitiger Hilfsbereitschaft, oder unter den Jugendlichen als ausgeprägtes „In-group-Verhalten“, einen der wenigen positiven Aspekte des *enclavement* darstellen.

### 3.7.3.2. Lille-Sud

„Donc c’est un quartier où on a beaucoup de logements sociaux, l’un des quartiers où il y a le plus d’emploi, et un quartier où il y a un taux de chômage important. Donc on a un certain nombre de contrastes vraiment très élevé sur le territoire de Lille-Sud.“<sup>129</sup>

Lille-Sud ist keine klassische Großwohnsiedlung. Das Quartier besteht aus einer Vielzahl sozial wie baulich heterogener Subquartiere, die im Verlauf der letzten 150 Jahre entstanden sind, wobei mehr als zwei Drittel des Gesamtwohnbestands des Quartiers aus Sozialwohnungen der 1950er bis 1970er Jahre bestehen. Für die Fallstudie Lille-Sud wird die Frage interessant sein, wie sich die Kleinteiligkeit der Siedlung und die mangelnde Kohärenz des Quartiers laut Expertenmeinung auf die Entstehung von Quartierseffekten auswirken.

Darüber hinaus stellt sich wie beim Erlanger Anger die Frage, inwiefern sich der Umstand, in einer prosperierenden Stadt zu liegen, auf die Entwicklung von Effekten des Quartiers auswirkt und ob Marginalisierung und das Leben in einem ärmeren Quartier hier tatsächlich als belastender und stigmatisierender empfunden werden (Atkinson 2001). Im Folgenden wird anhand der Einschätzung der Experten die Bedeutung der Quartierseffekte in Lille-Sud betrachtet, um auf dieser Basis anschließend einige der lokal wirksamen Wirkungszusammenhänge zu beschreiben.

#### 3.7.3.2.1. Objektive Ressourcen

Die Mehrzahl der Experten beurteilen die Effekte, die sich aus der *Lage und Anbindung* des Quartiers ergeben, eher kritisch. Lille-Sud bildet den südlichsten Teil der Stadt Lille und ist durch die Stadtautobahn und die dazu parallel verlaufenden Gleisanlagen der Regionalbahn vom Rest der Stadt getrennt. Diese sehr markante Trennungslinie wird von der Mehrheit der Experten als massiver Bruch der städtischen Umgebung wahrgenommen, der das Quartier in vielerlei Hinsicht prägt:

„Das ist ein innerstädtisches Quartier, da es zur Stadt gehört, aber es ist außerhalb der Stadt, weil es von einer physischen Trennung geprägt ist. Wenn man sich eine Karte ansieht, gleichzeitig ... von der *Périphérique*, einer Stadtautobahn, und dann von der Eisenbahn. Wenn man sich also eine Karte von Lille ansieht, dann ist der Teil eigentlich außerhalb der Stadt. Die anderen Quartiere sind mehr im Inneren der Stadt.“<sup>130</sup>

In allen Interviews spielt diese von Autobahn und Eisenbahn geformte, den städtischen Raum prägende, Grenzlinie eine wichtige Rolle (vgl. Abb. 14).

---

<sup>129</sup> „Das ist also ein Quartier, wo es viel sozialen Wohnungsbau gibt, eines der Quartiere mit den meisten [städtischen] Arbeitsplätzen und ein Quartier mit einer hohen Arbeitslosenquote. Man hat also eine gewisse Anzahl von sehr starken Gegensätzen auf dem Gebiet von Lille – Süd.“ (Gebietsexpertin)

<sup>130</sup> „C’est un quartier *intra muros*, puisqu’il est un quartier de la ville, mais il est *extra muros*, puisqu’il connaît une coupure physique. Quand on regarde une carte à la fois par ... la périphérie, une autoroute globalement, et puis par les voies de chemin de fer. Donc quand on regarde une carte de Lille *intra muros*, effectivement la partie est *extra muros*. Les autres quartiers sont plus à l’intérieur de la ville.“

**Abb. 14 Der Weg nach Lille-Sud**



Quelle: A.N.

Vor allem das enorme Ausmaß der städtebaulichen Barriere wird dabei häufig thematisiert:

„Außerdem ist das ein Quartier, das vom Rest der Stadt separiert ist, isoliert wenn man so will. Nicht zuletzt deswegen, weil Ende der 1960er, Anfang der 1970er-Jahre eine südliche Stadtautobahn errichtet wurde, mit einem täglichen Verkehrsaufkommen von 100.000 bis 150.000 Fahrzeugen, die außerdem nach Richtlinien erbaut wurde, die sehr ausgedehnte Autobahnkreuze vorsahen – ein Raum, der das Quartier Lille-Sud wirklich in zwei Teile schneidet, und das stimmt.“<sup>131</sup>

Die Konsequenzen, die sich aus dieser Barriere für das Quartier und seine Bewohner ergeben, werden von den Experten nach mehreren Gesichtspunkten erörtert. Zunächst wird sie als eine Hürde bezeichnet, die die Zugänge vom Norden in das Quartier, wie auch vom Quartier ins Zentrum oder in andere städtische Teilräume, erschwert – besonders für Fußgänger oder Fahrradfahrer:

„Außerdem, um da rüberzugehen, um nach Lille-Sud zu kommen, müssen Sie hier eine Brücke überqueren, hier eine Brücke überqueren, hier eine Brücke überqueren.“<sup>132</sup>

Auch wenn das Quartier mit öffentlichen Verkehrsmitteln de facto nur fünf Minuten von der Reststadt und fünfzehn Minuten vom Zentrum Lilles entfernt ist, wird das Überqueren von Stadtautobahn und Gleisanlagen laut Experten als deutliches Hindernis empfunden, was sicherlich auch an der Breite der Überführung und der dort herrschenden Lautstärke liegt. Doch in vielen Interviews kommt auch zum Ausdruck, dass die Autobahn auch eine psychologische Grenze darstellt, die sich auf das Zugehörigkeitsgefühl der Quartiersbewohner zum Rest der Stadt auswirkt. Die physische Separation hat, so betonen es viele Experten, dazu beigetragen,

---

<sup>131</sup> „En plus c’est un quartier qui est séparé, isolé, si vous voulez du reste de la ville, notamment lorsqu’il a été réalisé à la fin des années 60, et au tout début des années 70, un boulevard périphérique sud, qui enregistre 100 ou 120 mille véhicules au jour, qui en plus a été construit selon des normes autoroutières avec des échangeurs très vaste, une espace qui vraiment coupe le quartier de Lille-Sud en deux quoi, et c’est vrai, hein.“

<sup>132</sup> „Et donc d’ailleurs, pour franchir, pour venir à Lille-Sud, vous êtes obligés de passer ici, par un pont, ici, vous passez par un pont, ici, vous passez par un pont.“



dass die Einwohner von Lille-Sud einen ausgeprägten Territorialbezug entwickelt haben. Mehrfach wurde in den Interviews darauf hingewiesen, dass sich keiner der Quartiersbewohner als „Lillois“, also Einwohner von Lille, bezeichnen würde, sondern stattdessen als „Sudiste“, oder „Lille-Sudien“, als Einwohner von Lille-Sud:

„Das ist wirklich ein eigenständiges Quartier. Das von der Autobahn zerschnitten ist. Vom CHR. Dem Friedhof. Wir sind wirklich im Herzen...Und was sich außerhalb abspielt, das ist eine andere Stadt. Sicher, das Quartier ist groß. Vielleicht ist das in anderen Städten auch so, aber ich habe nicht den Eindruck, dass das z.B. in Lyon auch so ist, das ist auch eine sehr große Stadt mit Arrondissements, ich bin nicht sicher, ob die Kinder dort sagen, dass sie Lyoneser sind. Hier sind sie aus Lille-Sud.“<sup>133</sup>

Die deutlich spürbare räumliche Trennung von der Gesamtstadt trägt einerseits, das betont die Mehrheit der Experten, zu einer verstärkten Tendenz der Absonderung der Quartiersbewohner vom Rest der Stadt Lille bei, die sich auch im Sprachgebrauch ausdrückt, und fördert andererseits eine stärkere Bindung an das Quartier, das verstärkt als eigenständige Einheit wahrgenommen wird.

Was die Anbindung von Lille-Sud an den ÖPNV betrifft, überwiegen in den Expertengesprächen die negativen Aussagen. Nach Norden hin ist das Gebiet mit zwei Stationen an die Metro angebunden, diese liegen allerdings außerhalb des Quartiers und erfordern das fußläufige Überqueren der Autobahn und der Gleisanlagen. Dazu gibt es zwei Stationen im westlichen und südwestlichen Teil von Lille-Sud, die den Krankenhauskomplex CHR mit der Gesamtstadt verbinden, beide sind allerdings am Rand des Quartiers lokalisiert und führen nicht in dessen Zentrum. Im Inneren sind vor allem Busverbindungen relevant. Doch auch diese sind nach Ansicht vieler Experten unzureichend, nicht nur was die Fahrpläne und den Fahrturnus angeht, sondern auch die Streckenführung, so dass das Quartier nicht in seiner Gesamtheit verkehrstechnisch erschlossen sei. Insbesondere die Experten aus dem Bereich Bildung und Qualifikation weisen darauf hin, wie wichtig eine bessere Anbindung an den ÖPNV für die Mobilität der Bewohner und ihre berufliche Integration wäre:

„Und selbst, wenn es sie gibt, es gibt zumindest die Metro, aber trotzdem muss man festhalten, dass der Verkehr im Inneren des Quartiers eher schlecht funktioniert und für den ÖPNV bedeutet das, dass man Busse braucht in Straßen, die sehr eng sind, das ist kompliziert. Und schließlich existiert ein Mangel an öffentlichen Verkehrsmitteln, besonders der Busse in diesem Quartier. Das ist eine große Herausforderung für das Quartier, denke ich. Und außerdem hat das ja auch einen Einfluss auf Fragen der beruflichen Eingliederung, weil die Frage der Mobilität in solchen Quartieren schließlich die entscheidende ist.“<sup>134</sup>

---

<sup>133</sup> „C’est vraiment un quartier à part. Qui effectivement est coupé par l’autoroute. Par le CHR. Le cimetière. Vraiment on est au cœur....Et ce qui se passe à l’extérieur, c’est une autre ville. Le quartier est grand, certes. Peut-être, que ça se passe comme ça dans d’autres villes, mais je n’ai pas l’impression, que, à Lyon par exemple, qui est une très grande ville avec des arrondissements aussi, je ne suis pas sûre, les enfants sont Lyonnais. Là, ils sont de Lille-Sud.“

<sup>134</sup> „Et même s’il est là, je dirais, il y quand même le métro, c’est quand même quelque chose qu’il faut noter, la circulation à l’intérieur du quartier, elle se fait mal et donc pour les transports en commun, bah, il faut des bus

Hinsichtlich der Lage von Lille-Sud, sowie seiner Anbindung an die Stadt Lille, lassen sich gemäß der Einschätzung der Experten also in erster Linie negative Effekte für die Bewohner feststellen. Was nun die *bauliche Qualität* der Wohnungen und Gebäude im Quartier angeht, so wurden auch hier unterschiedliche Aspekte erörtert. Ähnlich wie in La Noë, wurde etwa die Größe der Sozialwohnungen positiv hervorgehoben:

„Hier sind die Wohnungen beispielsweise relativ groß. Die Wohnungen, die wir hier haben, sind größer, als die Wohnungen, die künftig gebaut werden,...als die neuen Wohnungen.“<sup>135</sup>

Neben den Wohnungsgrößen finden auch die geringen Mietkosten positive Erwähnung. Da auch in Frankreich im sozialen Wohnungsbau die Höhe der Miete von den jeweiligen Baukosten mitbestimmt wird, gibt es hier – je nach Baujahr und Lage – oftmals erhebliche Differenzen. In Lille-Sud mit seinem relativ hohen Anteil an Sozialwohnungen aus den 1960er- und 1970er-Jahren, sind die Mietenkosten im nationalen Vergleich daher recht gering. Trotz dieser positiven Aspekte ist es doch vor allem die eingeschränkte bauliche Qualität der Wohnungen, die von der Mehrheit der Experten hervorgehoben wird. Moniert werden insbesondere fehlende thermische und akustische Isolierungen, wie überhaupt eine mangelhafte Instandhaltung. So seien viele der Gebäude in Lille-Sud, und hier besonders die gemeinschaftlich genutzten Bereiche wie etwa Treppenhäuser, in einem beschädigten oder heruntergekommenen Zustand, ohne dass im Lauf der letzten Jahre von den Wohnungsbaugesellschaften dagegen etwas unternommen worden sei. In diesem Kontext fällt immer wieder das Stichwort von den mangelnden Investitionen in den Wohnungsbestand seitens der Unternehmen des sozialen Wohnungsbaus. Ähnliches gilt für die bauliche Qualität der öffentlichen Einrichtungen und hier vor allem der Schulen.

Auch was die *Freiraumqualität* des Gebiets angeht, werden deutliche Mängel thematisiert. Neben der Lage direkt an der Stadtautobahn, wird in nahezu allen Interviews die Kleinteiligkeit und mangelnde Kohärenz des Gebiets angesprochen. Diese wird in einzelnen Interviews als Folge einer eher chaotischen Stadtentwicklung erklärt, der über einen langen Zeitraum die Gesamtstrategie gefehlt habe. So hat Lille-Sud aufgrund der zahlreichen Einzelprojekte, die prägend für seine bauliche Entwicklung waren, heute die Anmutung einer Ansammlung aus vielen nebeneinander existierenden Einzelteilen, die sich nur schwerlich zu einem einheitlichen Gesamtbild fügen:

„Mit einer Urbanisierung, die ab den 1950er bis 1970er Jahren ein bisschen anarchistisch abgelaufen ist, mit aneinander gereihten Gebäuden, ohne dabei über Stadtplanung nachzudenken, Straßen, Wegen, irgendwie das Gefühl, dass man sich manchmal in einem

---

dans les rues, qui sont très étroites, c'est compliqué de circuler. Et donc de fait, il a une manque de circulation de transport en commun et de bus en particulier dans ce territoire, ce qui fait que, je pense que c'est un enjeu fort. Et puis ça a aussi un impact avec les questions de l'insertion, parce que la question de la mobilité des populations dans ces quartiers, elle est finalement cruciale.“

<sup>135</sup> „Je prends l'exemple d'ici, les logements sont relativement grands. Les logements qu'on a ici sont plus grands que les logements, qui vont être construits, ...que les nouveaux logements.“

Quartier bewegt, wo es schwierig wird, einige Ecken zu finden, wo die Bewohner keine richtige Adresse haben. Man ist oft in Einbahnstraßen und Sackgassen, etc., etc., das also als erste Ausgangssituation, die mit den Mängeln der Stadtplanung zusammenhängt oder der Stadtplanung auf Minimal-Niveau, die ein bisschen anarchistisch ist, mit öffentlichen Einrichtungen ohne richtige Strategie [...].“<sup>136</sup>

Die Unübersichtlichkeit des Quartiers wird in fast allen Interviews angesprochen. Dafür verantwortlich ist – neben einer teils chaotischen Straßenführung und Bebauung – vor allem der mangelnde Zusammenhang zwischen den einzelnen Siedlungsteilen, die oftmals durch Brachflächen voneinander getrennt sind. Negative Konsequenzen für die Bewohner, so die Experten, sind zum einen erhöhte Orientierungsschwierigkeiten, aber auch eingeschränkte soziale Kontakte zwischen Bewohnern verschiedener Teilgebiete.

Das Nebeneinander von Wohnhäusern, Brachen und wilden Grünflächen wird von der Mehrzahl der Experten kritisch betrachtet, da es wenig Freiraumqualität böte, zumal die Wohn- und Grünanlagen nicht in Stand gehalten und gepflegt sind, sondern, so wird es mehrmals betont – im Gegenteil – eher durch Verwahrlosung und Verschmutzung auffallen würden. Allein der Friedhof findet in einigen Interviews positive Erwähnung, obgleich auch er von manchem Befragten als städtebauliche Barriere wahrgenommen wird, die zur weiteren Spaltung des Quartiers beiträgt:

„Der drittgrößte Friedhof Frankreichs, was die Fläche betrifft, genau in der Mitte des Quartiers. Also was Fragen der Quartierseinheit angeht, ist das ein wenig komplex. Aber gleichzeitig stellt er auch ein Potential an Biodiversität dar, einen Ort der Geschichte und des Erinnerns, gut, einen Ort zum Spaziergehen, gut, das gibt es.“<sup>137</sup>

Aufgrund dieser aktuell sehr eingeschränkten Freiraumqualitäten von Lille-Sud betont die Mehrzahl der Interviewpartner, dass sich die zentralen Anstrengungen und aktuellen Strategien der Quartierspolitik vor allem auf die Umgestaltung und Aufwertung der Quartiersumgebung fokussieren sollten:

„Es stimmt, dass die städtische Frage und die soziale Frage in diesem Quartier eng miteinander verbunden sind, da man es tatsächlich weitreichend renovieren muss. Dabei muss bedacht werden, dass das nicht nur eine Rolle für das Wohnumfeld spielt, auch wenn das Wohnumfeld wichtig ist, weil wenn man ein schönes Wohnumfeld hat, hat man auch mehr Lust, es zu respektieren [...].“<sup>138</sup>

---

<sup>136</sup> „Avec une urbanisation, qui s’est fait à partir des années 50 jusqu’aux 70, un peu anarchique avec des bâtiments qui se sont alignés sans forcément une réflexion sur l’urbanisation, les routes, les voies, du coup le sentiment, des fois qu’on circule dans un quartier, à peine un trou trouvé ou les habitants n’ont pas vraiment d’adresse. On se retrouve souvent dans des rues en cul de sac, des impasses etc., etc., donc ça, c’est une première donne, liée des défauts de l’urbanisation ou micro urbanisation un peu anarchique, avec des équipements publics sans vraiment une stratégie [...].“

<sup>137</sup> „Le troisième cimetière en superficie de France, donc en plein milieu du quartier. Donc pour tout ce qui est finalement unité de quartier, c’est un peu complexe. Mais en même temps un potentiel en terme de biodiversité, de lieu d’histoire, de lieu de mémoire, bon, de lieu de promenade, bon, vous avez ça.“

<sup>138</sup> „C’est vrai que la question urbaine et la question social, elle est très liée dans ce quartier, parce qu’il faut effectivement le rénover en profondeur, en ayant en tête, que c’est pas juste pour cadre de vie, même si cadre de vie c’est important, parce que, quand on a un beau cadre de vie, on a plus envie de le respecter [...].“

Die meisten Interviewpartner unterstreichen in diesem Kontext die Bedeutung der jahrelangen Desinvestitionen für die Degradierung des öffentlichen Raums. Neue Projekte, die auf eine Aufwertung des Wohnumfelds abzielen, werden laut Experten daher von der Mehrheit der Bewohner sehr begrüßt. Wenngleich die vielen ungenutzten Flächen und Brachen hinsichtlich ihrer Freiraumqualität für die Bewohner negativ zu bewerten sind, so wird in den Interviews doch auch deutlich, dass diese für die zukünftige Entwicklung des Quartiers zugleich auch ein großes Potential darstellen:

„Es ist eines der Quartiere in Lille, wo es die meisten Reserven an Baugrund gibt. Zusammen mit Faubourg de Béthune, also zwei Quartieren des sozialen Wohnungsbaus, den man auch in Lomme und Hellemmes hat. Aber heute ist es eines der Quartiere, in dem es die größten Möglichkeiten zu Bauen gibt.“<sup>139</sup>

Die große Disponibilität an vergleichsweise günstigem Baugrund stellt eine der zentralen Voraussetzungen für das Gelingen des GPV dar. Indem die Bautätigkeiten besonders auf mittlere und höhere Einkommensschichten zugeschnitten werden, soll ein höheres Maß an sozialer Mischung im Quartier erreicht werden.

Hinsichtlich der kommerziellen *Infrastrukturausstattung* des Gebiets wird in den meisten Interviews betont, dass das weitreichende Angebot an kleinen Geschäften, Lebensmittelläden, Supermärkten und Discounter in Lille-Sud den täglichen Bedarf der Bewohner gut zu decken vermag. Zudem haben sich hier auch einige kleinere Restaurants und Bistros angesiedelt – die meisten davon in unmittelbarer Nähe zum Geschäftszentrum, der Rue du Faubourg du Poste. Auch die kulturelle und soziale Infrastruktur wird von der Mehrzahl der Experten positiv beurteilt. Zahlreiche Vereine, aber auch die beiden Sozialzentren des Quartiers, bieten eine Vielzahl von Festen, Kursen und Ausflügen an, hinzukommen diverse Hilfs- und Beratungsangebote. In den Interviews wurde allerdings nicht nur die hohe Anzahl der bestehenden Vereine lobend erwähnt, sondern auch die gute Vernetzung und Kooperation untereinander.

### 3.7.3.2.2. Soziale Beziehungen

Die Qualität der sozialen Beziehungen wurde von den befragten Experten unter verschiedenen Aspekten beurteilt. Hier spielten die Wohnzufriedenheit der Bewohner und die nachbarschaftlichen Beziehungen eine Rolle, ebenso wie der Bereich Partizipation und Vernetzung, die Aktionsräume und schließlich die Reichweite der bestehenden sozialen Netzwerke.

Zur *Wohnzufriedenheit* der Einwohner von Lille-Sud ergeben die Expertengespräche ein eindeutiges Bild: Trotz diverser Einschränkungen der Wohnqualität gehen die Gebietsexperten von einer sehr starken emotionalen Bindung an das Quartier aus. So berichtet eine Expertin, die selbst seit über 20 Jahren hier wohnt, von zahlreichen Unannehmlichkeiten des Alltags wie aufgebrochenen Autos oder gestohlenen Fahrrädern, aber auch von den entsetzten Reakti-

---

<sup>139</sup> „C’est l’un des quartiers, où il y a les plus de réserves foncières à Lille. Avec Le Faubourg de Béthune, donc les deux quartiers d’habitat social, qu’on a aussi à Lomme et Hellemmes, mais c’est aujourd’hui l’un des quartiers où il y a le plus de possibilités de construction.“

onen, die sie bisweilen erntet, wenn sie sich außerhalb der Quartiersgrenzen als Bewohnerin von Lille-Sud zu erkennen gibt. Doch auf die Frage, warum sie und ihr Mann dennoch nie das Quartier verlassen haben, lautet die prompte Antwort:

„Weil wir das Quartier mögen.“<sup>140</sup>

Die enge Verbundenheit der Bewohner zu ihrem Quartier, ihre Identifikation mit Lille-Sud, offenbart sich unter anderem in der bereits erwähnten sprachlichen Praxis, sich als „Sudiste“ oder „Lille-Sudois“ zu bezeichnen und sich vom Rest der Stadt abzugrenzen. Als ein weiteres Anzeichen für die enge Quartiersbindung sieht die Mehrzahl der Experten die hohe Anzahl von Menschen an, die das Quartier nicht verlassen, sondern hier wohnen bleiben möchten. So haben die Umsetzungen von Mietern im Zuge des Abrisses einzelner Wohnhäuser gezeigt, dass die überwiegende Mehrheit nicht in andere städtische Quartiere ziehen wollte, die Experten gehen hier insgesamt von einem Anteil von 70 bis 80 Prozent aus. Dies ist umso beachtlicher, als die Wohnungsbestände in den zum Abriss vorgesehen Gebäuden sich z.T. in desolatem Zustand befinden und im Vergleich zum Rest des Quartiers die geringste Wohnqualität aufweisen:

„Wir haben gesagt, wir werden euer hässliches Wohnhaus abreißen, und ihr könnt jetzt woanders in Lille wohnen. Und da haben mehr als 70 Prozent der Leute gesagt, dass sie im Quartier bleiben wollen. Als Erstwunsch. Also es gibt gewissermaßen ganz und gar nicht diese Wahrnehmung von einem hässlichen Quartier. Wenn sie sagten, im Quartier bleiben, dann meinten sie das wirklich die kleinen Ecken im Quartier, wo sie eben sind.“<sup>141</sup>

Diese starke Bindung der Bewohner an Lille-Sud beschäftigt viele der Experten und wird immer wieder als Besonderheit des Quartiers hervorgehoben:

„Bei den Umsetzungen ist das...man spürt den sehr starken Willen der Bewohner, in Lille-Sud zu bleiben, es gibt hier eine sehr starke Bindung der Bewohner.“<sup>142</sup>

In den Interviews werden verschiedene Gründe angeführt, um die große Wohnzufriedenheit der Einwohner von Lille-Sud zu erklären, allen voran die positive Stimmung und große Herzlichkeit zwischen den Bewohnern, die untereinander enge soziale Kontakte pflegen. Es zeigt sich, dass auch die Experten sich ihrem Quartier eng verbunden fühlen. Besonders die *Nachbarschaftsbeziehungen* sind hier entscheidend. Viele der Befragten betonen den engen sozialen Zusammenhalt der Bewohner, deren gegenseitige Hilfsbereitschaft und Solidarität:

„Denn es gibt in Lille-Sud eine echte Solidarität zwischen den Bewohnern, es gibt einen richtigen Zusammenhalt bei vielen Dingen. Die Leute tauschen, teilen, geben enorm viel,

---

<sup>140</sup> „Parce qu’on aime bien le quartier.“

<sup>141</sup> „On a dit, on va démolir votre immeuble tout moche, et vous pouvez aller habiter ailleurs à Lille. Et là, plus de 70 pour cent de gens souhaitait rester sur le quartier. Dans leur souhait premier. Donc il n’est pas du tout cette perception de quartier maudit en quelque sorte. Et quand ils disaient rester dans le quartier, c’était vraiment rester dans les petits bouts du quartier où ils sont quoi.“

<sup>142</sup> „Autour du relogement, c’est..., on sent la volonté très forte des habitants de rester à Lille-Sud, il y a un attachement très fort des habitants.“

und unglücklicherweise schaffen wir es nicht, dass das wertgeschätzt wird, d.h. man spricht immer nur über Räume der Delinquenz, man spricht immer über die Prekarität, die städtische Gewalt, marode Wohnungen, aber selten über Solidarität, das Teilen, den Austausch [...].“<sup>143</sup>

Im Kontext dieser mehrheitlich sehr positiven Einschätzung der Qualität der nachbarschaftlichen Beziehungen geht die Mehrzahl der Experten davon aus, dass diese meist auf der Ebene einzelner Subquartiere stattfinden. Vor dem Hintergrund der Größe des Gebiets, der baulichen – und damit oftmals auch sozialen – Heterogenität der einzelnen Gebietsteile und der damit einhergehenden Kleinteiligkeit des Quartiers, wird mehrheitlich beschrieben, dass die Nachbarschaftsbeziehungen in den meisten Fällen auf enge räumliche Nahbereiche beschränkt bleiben:

„Also ja, das ist genau das, was ich vorhin sagte, es gibt wirklich Mikro-Territorien. Das heißt, dass sogar in Lille-Sud, hier, hier, hier und hier, das sind vier unterschiedliche Gebiete. Und hier mischt man sich nicht mit dort, und hier und hier, das mischt sich ein bisschen, weil das ähnlich ist, aber hier und hier, das mischt sich nicht, hier und hier, das mischt sich nicht, hier und hier das mischt sich nicht und hier und hier, das mischt sich nicht.“<sup>144</sup>

Die Annahme, dass aufgrund der Kleinteiligkeit des Gebiets die engen nachbarschaftlichen Bindungen oftmals nur innerhalb einzelner Wohnblöcke stattfinden und soziale Kontakte zwischen den Bewohnern verschiedener Ortsteile untereinander kaum existieren, wird in fast allen Interviews erwähnt. An dieser Stelle zeigt sich deutlich, dass die Experten davon ausgehen, dass die mangelnde bauliche bzw. planerische Kohärenz von Lille-Sud konkrete Auswirkungen auf die sozialen Beziehungen der Bewohner hat. In diesem Zusammenhang häufig erwähnt und mit großer Aufmerksamkeit bedacht wird die in bestimmten Teilen des Quartiers sehr einseitige soziale und ethnische Zusammensetzung der Bewohner. Einige Experten vertreten die Ansicht, dass vor allem die mangelhafte Belegungspolitik im sozialen Wohnungsbau auf Ebene einzelner Wohnhäuser dazu geführt hat, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen, wie vor allem Einwanderer aus dem Maghreb, relativ abgeschlossen leben und kaum Kontakt zum Rest der Quartiersbevölkerung haben:

„D.h. man findet hier in Lille-Sud Riegel und Hochhäuser, die vollständig von Leuten bewohnt werden, die aus derselben Stadt kamen, v.a. aus Marokko. Nador und Oujda hauptsächlich ..., also man findet tatsächlich, also die beiden größten Städte, die man hier in Lille-Sud findet, hier und hier, das sind Nador und Oujda. [...] Das hat natürlich ein

---

<sup>143</sup> „Parce qu’il y a une vraie solidarité à Lille-Sud entre les habitants, il y a une vraie complicité sur un tas de choses. Les gens échangent, partagent, donnent énormément et ça par contre malheureusement on arrive pas à valoriser, c’est-à-dire on parle toujours des poches de délinquance, on parle toujours en fait de la précarité, de la violence urbaine, de l’habitat pourri etc., mais rarement on parle de la solidarité, du partage, des échanges [...].“

<sup>144</sup> „Alors, oui, c’est exactement ce que je disais tout à l’heure, il y a vraiment des micro territoires. C’est-à-dire que, même dans le quartier de Lille-Sud, là, là, là et là, c’est quatre territoires différents. Et là, on ne se mélange pas avec là, alors là et là, ça se mélange pas trop mal, parce que c’est à peu près similaire, mais là et là ça se mélange pas, là et là ça se mélange pas, là et là se mélange pas, là et là ça se mélange pas.“

bisschen Probleme bereitet, denn wenn es keine soziale Mischung gibt, dann sind die Leute zusammengeschlossen, und dann gab das leider eine Art der Isolation, ...“<sup>145</sup>

Neben dieser Problematik des engen Bezugsrahmens der sozialen Bindungen im Quartier und der daraus resultierenden Tendenz zur sozialen und ethnischen Geschlossenheit der nachbarschaftlichen Beziehungen und Netzwerke, berichten die Experten von weiteren Schwierigkeiten, die das Zusammenleben augenblicklich trüben. Hierzu zählen zunächst Konflikte, die durch das Zusammenleben auf engem Raum entstehen und so oder ähnlich in vielen Wohnhäusern bestehen würden:

„Die Regeln des Zusammenlebens in der Gemeinschaft werden in den Wohnhäusern, die Mehrfamilienhäuser sind, wenig respektiert. Man stellt sein Musikgerät an und stört damit die Nachbarn bis zwei Uhr morgens, weil man morgens nicht aufstehen muss. Aber wenn sie darunter sind, also in der Wohnung darunter wohnen und aufstehen müssen, dann bedeutet das eine Störung, die die Nachbarschaftsprobleme, die Probleme des Zusammenlebens und Spannungen vervielfacht [...].“<sup>146</sup>

Doch neben solchen kleineren Störungen des Zusammenlebens, wie sie zum Teil durch die mangelhafte akustische Isolierung der Wohnungen befördert werden, werden von allen Experten in Lille-Sud Konflikte schwerwiegenderer Art beschrieben, die oftmals in engen Zusammenhang mit dem starken Territorialbezug auf Ebene der Subquartiere gestellt werden.

„Wir haben im Moment sehr große Schwierigkeiten, das betrifft die starke Ablehnung der Institutionen, eine große Verunsicherung ...die Jugendlichen in diesem Bereich, die machen den Bewohnern gerade das Leben zur Hölle. Sie machen den Vermietern das Leben zur Hölle, sie machen den Firmen das Leben zur Hölle, die von den Vermietern beauftragt werden, also wir sind gerade dabei das zu bearbeiten, anhand unterschiedlicher Aspekte, Repression, Prävention, berufliche Eingliederung ...“<sup>147</sup>

Im konkreten Fall geht es hier um eine Gruppe von Jugendlichen, meist ist die Rede von etwa vierzig Personen, die den öffentlichen Raum im Südosten des Quartiers dominieren und ein starkes Territorialverhalten an den Tag legen. Bewohner, Gewerbetreibende und Fremde werden dort durch Einschüchterung, aggressives Verhalten und Sachbeschädigungen in hohem Maße belästigt. Die meisten dieser Vorfälle finden rund um den Gebäudekomplex *La Briqueterie* statt, einem Ziegelbau des sozialen Wohnungsbaus von enormem Ausmaß. Bei diesem

---

<sup>145</sup> „C'est-à-dire on retrouve ici à Lille-Sud des barres et des tours complets des gens qui habitaient la même ville, principalement de Maroc, donc c'est Nador et Oujda, qui sont les principaux ..., alors en fait on retrouve, les deux grands villes qu'on retrouve ici à Lille-Sud là et là, c'est Nador et Oujda. [...] Ce qui a créé un peu de problèmes forcément, parce que comme il n'y a pas de mixité sociale, les gens se sont regroupés, et donc malheureusement ça a donné une sorte d'isolation, voilà complètement... [...]“

<sup>146</sup> „Die Regeln des Zusammenlebens in der Gemeinschaft werden in den Wohnhäusern, die Mehrfamilienhäuser sind, wenig respektiert. Man stellt sein Musikgerät an und stört damit die Nachbarn bis zwei Uhr morgens, weil man morgens nicht aufstehen muss. Aber wenn sie darunter sind, also in der Wohnung darunter wohnen und aufstehen müssen, dann bedeutet das eine Störung, die die Nachbarschaftsprobleme, die Probleme des Zusammenlebens und Spannungen vervielfacht [...].“

<sup>147</sup> „On a actuellement des difficultés très fortes, du point de vue d'un grand rejet des institutions, d'un gros inquiétude...les jeunes dans cette partie là, mais qui pourrissent actuellement la vie des habitants. Qui pourrissent la vie des bailleurs, qui pourrissent la vie des entreprises commandité par les bailleurs, bon, nous sommes en train de travailler la dessus, selon les différents aspects, à la fois répressive, préventive, d'insertion ...“

Teil von Lille-Sud handelt es sich um das sozial benachteiligste Gebiet von Lille, hier ist nicht nur die Armut am größten, hier gibt es auch den höchsten Anteil an Schulabbrechern und die Jugendkriminalitätsrate ist eine der höchsten der Stadt. Nahezu allen Experten haben mich im Vorfeld eindringlich davor gewarnt, diesen Bereich des Quartiers zu betreten oder gar dort Fotos zu machen:

„Es gibt Orte, da gehen nur wir [Mitarbeiter der Stadt] oder die Polizei vorbei, es gibt die...das was man jetzt den Süden des Südens nennt, neben [...], wir haben vorhin darüber gesprochen, der *Briqueterie*, da ist eine kleine Ecke, die ist ein bisschen gefährlich. [...] Also dort, da gibt es Schwierigkeiten, das ist sehr, sehr, sehr gefährlich.“<sup>148</sup>

Alle Experten berichten sehr ausführlich von den dortigen Problemen und dem aggressiven Verhalten der Jugendlichen. Sowohl Polizei als auch Straßensozialarbeiter würden ihrer Tätigkeit dort nur mit sehr großer Angst nachgehen, bzw. das Gebiet inzwischen gänzlich meiden. Thematisiert wird auch die Angst der übrigen Bewohner, darunter viele Familien mit kleinen Kindern, die sich tagtäglichen Einschüchterungsversuchen ausgesetzt sehen. Die Mehrzahl der Ladenlokale musste aufgrund der Belästigungen und Verwüstungen geschlossen werden und steht inzwischen leer (vgl. Abb. 15):

„Und hier, da gab es einen kleinen Laden, und hier einen zerstörten Laden, und hier, da war ein Vereinslokal [...]. Ich musste vor einem Jahr alle umsetzen. Wegen Morddrohungen, Einbrüchen [...], zertrümmerten Autos, eingeschlagenen Fenstern und ab einem bestimmten Moment war das dann zu viel... Außerdem waren das Frauen, die dort arbeiteten, also fortwährende Einschüchterung, und ab einem bestimmten Moment war die nervöse Spannung zu stark, dann haben wir sie da rausgeholt und ich habe sie hier oben hin versetzt.“<sup>149</sup>

Eine kommunalpolitische Veranstaltung, die in der Nähe abgehalten werden sollte, musste ins Rathaus verlagert werden, da sich einige der geladenen Politiker weigerten, das Gebiet zu betreten.

Viele der Berichte über die Zerstörungen und Ausschreitungen konzentrieren sich auf dieses Gebiet, den „Süden des Südens“, dem angesichts der hohen Anzahl beteiligter Jugendlicher, wie auch der Massivität der Übergriffe sicherlich eine Sonderstellung zukommt. Dennoch zeigt sich in den Expertengesprächen, dass es in Lille-Sud noch weitere Ortsteile gibt, in denen Gruppen männlicher Jugendlicher den öffentlichen Raum dominieren und Fremden gegenüber aggressiv auftreten.

---

<sup>148</sup> „Il y a des lieux où il y a que nous et la police qui passent, il y a le...maintenant ce qu'on appelle le sud du sud, à côté de, [...] on a parlé tout à l'heure, la briqueterie, il y a un petit coin là, un petit chaud. [...] Donc là, il y a des difficultés, c'est très, très, très chaud.“

<sup>149</sup> „Et ici, il y avait un petit commerce, et ici un commerce détruit, et ici, il y avait un local associative [...]. J'ai dû faire partir tout le monde, ça fait un an, parce que menace de mort, effractions [...], voitures fracassés, huîtres cassés et à un moment c'était trop... C'était des femmes qui travaillaient là en plus, donc intimidation tout le temps, et donc à un moment, il y avait une tension nerveuse trop forte, et donc on les a enlevées et j'ai les mis là haut.“



**Abb. 25: Leerstehende Ladenlokale in der Nähe der Briqueterie**



Quelle: A.N.

Als fremd kann dabei nahezu jeder betrachtet werden, so wird es in mehreren Interviews deutlich, der nicht im gleichen Häuserblock wohnt, also schon der Nachbar von zwei Straßen weiter:

„Die Schwester meines Mannes, sie ist Ärztin und geht jeden Tag zum Krankenhaus, jetzt ist sie gerade in Rente gegangen. Als sie Lille-Sud zwischen dem CHL und dem Faubourg du poste durchquerte, kamen Jugendliche zu ihr und sagten ‚was machen sie hier, sie wohnen hier nicht‘. Also das sollte heißen, dass sie in einer kleinen Straße war, in die sie nicht das Recht zu gehen hatte [...]. Also, das ist die Realität, es gibt nicht nur das. Aber natürlich gibt es hier Ghetto-Situationen, nicht wahr.“<sup>150</sup>

Nahezu jeder der befragten Experten berichtet aus seinem Umfeld von Belästigungen oder aggressiven Übergriffen, die meist unter dem Motto „Fremder/Fremde betritt unzulässigerweise das Gruppenterritorium“ beschrieben werden. Es sind Berichte wie der einer Mitarbeiterin der Stadtverwaltung, die wegen eines Bauprojekts Fotos machte und im Anschluss von einer Gruppe Jugendlicher bedroht und zur Herausgabe ihres Fotoapparats gezwungen wurde. Berichte von langjährigen Bewohnern des Viertels, die auf dem Weg zur Arbeit in bestimmten Gebieten plötzlich als „Fremde“ bedroht werden. Berichte von Stadtführungen per Bus, bei denen die Fahrgäste an manchen Stationen gebeten werden, aus Sicherheitsgründen im Bus zu bleiben.

---

<sup>150</sup> „Parce que la sœur de mon marie, qui est médecin et qui va tous les jours à l’hôpital, elle vient d’être à la retraite maintenant, il est lui arrivée de traverser Lille-Sud entre CHL et le faubourg du poste, [...] et que des jeunes viennent lui dire ‘qu’est-ce que vous faites ici, c’est pas chez vous.’ Donc elle était dans une petite rue où elle n’avait pas le droit d’aller, quoi en gros. [...] C’est la réalité, mais il n’y a pas que ça. Alors bien sur, il y a aussi des situations de ghetto, hein.“

In den Interviews wird deutlich, dass dieses aggressive Territorialverhalten eines Teils der jugendlichen Bewohner zum einen eine Belastung der Nachbarschaftsbeziehungen darstellt, zum anderen aber auch die ohnehin bereits eingeschränkten *Kommunikations- und Interaktionsmöglichkeiten* im öffentlichen Raum des Quartiers einschränkt. Die Mehrheit der Experten beschreiben, dass bestimmte Bereiche des Quartiers von Bewohnern gefürchtet oder gar gemieden werden und dass viele der Bewohner sich von einer Gruppe Jugendlicher aus dem öffentlichen Raum gedrängt fühlen:

„... und viele Zusammenschlüsse von Jugendlichen, die auf ihren Dealer warten. Und gleichzeitig haben die Jugendlichen vom Quartier Besitz ergriffen, so dass die Polizei Angst hat, in das Quartier zu kommen. Und auf einmal kommt es dann, dass man eine rechtsfreie Zone hat.“<sup>151</sup>

Auch wenn die Mehrzahl der Experten betont, dass der Anteil der sich aggressiv verhaltenden Jugendlichen vergleichsweise gering sei, so werden doch Einschränkungen im subjektiven Sicherheitsempfinden vieler Quartiersbewohner beschrieben, die aus dem Territorialgebarren dieser kleinen Gruppe resultieren.

Die Experten nennen, neben der schwierigen sozialen Situation der betreffenden Jugendlichen, sowie der baulichen Besonderheiten – allen voran der bereits mehrfach erwähnten Kleinteiligkeit des Gebiets – mehrere mögliche Ursachen für das offensive Verteidigungsverhalten. So bliebe etwa vielen der Jugendlichen im Quartier, die angesichts der starken Belegung der Wohnungen oftmals über kein eigenes Zimmer verfügten, nur der öffentliche Raum, um sich mit Freunden zu treffen. Zudem habe sich, so kritisieren einige der Experten, die Beziehung zwischen den Jugendlichen und der Polizei erheblich verschlechtert, seitdem im Jahr 2002 die damalige konservative Regierung die *police de proximité*, die so genannten Nahbereichsbeamten, abgeschafft hatte und nun vor Kurzem die Polizeipräsenz im Quartier erhöht wurde. Der aktuelle Anstieg der Probleme im öffentlichen Raum wird von diesen Experten auch als Protest gegen die erhöhte Anzahl von Polizisten vor Ort und ihren oftmals repressiven Umgang mit den Jugendlichen gewertet:

„Es gibt einen Widerstand, einen Widerstand gegen ihre Präsenz [die der Polizei], weil sie jetzt näher sind, sie versuchen jetzt auch mehr, das, was passiert, ist ihr Auftrag. [...] Zweitens bin ich davon überzeugt, dass dieses urbane Projekt eine Wiedereroberung des Territoriums darstellt. [...] Und so gibt es einen doppelten Widerstand gegenüber der Tatsache, dass das städtische Projekt umgesetzt wird, dass es Veränderung bringt, und gleichzeitig, dass der Staat wieder mehr Beamte vor Ort eingeführt hat, das bringt Bewegung.“<sup>152</sup>

---

<sup>151</sup> „... et beaucoup de regroupement des jeunes qui attendent leur dealer. Et à la fois, les jeunes ont pris possession du quartier, que la police a peur de venir dans le quartier. Et que du coup, ça fait qu’il y a une zone de non droit.“

<sup>152</sup> „Il y a une résistance, il y a une résistance à leur [la police] présence, parce qu’ils sont plus proche, donc ils essaient aussi plus, ce qui se passe, c’est leur mission. [...] Deuxième point, je suis convaincu que ce projet urbain, c’est aussi un reconquête du territoire. [...] Et donc il y a une double résistance par rapport au fait que

Das ausgeprägte Territorialverhalten vieler Jugendlichen in Teilbereichen des Quartiers wird hier als Machtdemonstration gegenüber der Polizei betrachtet. Außerdem wird sie, wie im obigen Zitat eines Experten, vereinzelt auch als Widerstand gegen die Aufwertung des Quartiers durch die aktuellen Maßnahmen im Rahmen des GPU betrachtet. So wird beispielsweise von Sachbeschädigungen und Diebstählen auf den Baustellen berichtet, wodurch die Bauarbeiten in einzelnen Teilbereichen erheblich gestört werden.

Der Bereich der *Partizipation und Vernetzung* der Bewohner von Lille-Sud nimmt in den Interviews einen vergleichsweise geringeren Stellenwert ein. Deutlich wird aber dennoch, dass die Mehrzahl der Befragten davon ausgehen, dass die sozialen Einrichtungen und Vereine im Gebiet außerordentlich gut kooperieren und eine enge Vernetzung untereinander besteht. Dies wird laut Experten zum einen durch kleinere übergreifende Arbeitsgruppen erreicht, von denen die Experten berichten, zum anderen durch das Engagement des *conseil de quartier* – eines Quartiersgremiums, das monatlich zusammenkommt und dabei maßgebliche Vertreter aus der Stadtverwaltung, diversen Quartierseinrichtungen, sowie Bewohnern zusammenführt. Dieses Gremium kann nicht nur Vorschläge für verschiedenste Maßnahmen im Gebiet machen, sondern muss bei den Entscheidungen des Gemeinderats konsultiert werden.

Die gute Vernetzung der unterschiedlichen Akteure im Quartier wird in mehreren Interviews hervorgehoben, wie hier beispielsweise bei der Frage nach der Zusammenarbeit der verschiedenen Sozialzentren vor Ort:

„Wir in Lille-Sud sind ein bisschen die Pioniere, was das sich Zusammentun angeht. Also die drei Verwaltungsräte kennen sich, es gibt zwischen ihnen regelmäßige Treffen, die Präsidenten der anderen Sozialzentren sitzen in den gegenseitigen Verwaltungsräten, das bringt wirklich Gewinn. Das stellt einen Reichtum hier im Gebiet dar.“<sup>153</sup>

Die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure manifestiert sich über die Vernetzungsgremien hinaus auch in der gemeinsamen Organisation von Festen, Ausflügen oder anderen sozialen oder kulturellen Angeboten. Einen hohen Stellenwert bei der sozialen Arbeit im Quartier nimmt dabei die Aktivierung der Bewohner ein, dies gilt insbesondere für die Projekte des GPV. In der Mehrzahl der Interviews wurde betont, dass – trotz einer durch die geplanten Maßnahmen in weiten Teilen der Bevölkerung hervorgerufenen Aufbruchstimmung – das Vertrauen in die politischen Akteure und Verwaltungsangestellten vielfach erst zurück gewonnen werden muss:

„Als der Bürgermeister ihnen 2006 das Sanierungsprojekt vorgestellt hat, gut, da waren sie einverstanden, aber andererseits glaubten sie nicht, dass... Wenn sie so wollen, schon vor zwanzig Jahren gab es Abrisse von Sozialwohnungen, man sagte ihnen, dass sie

---

le projet urbain rentre dans sa réalité physique, faire bouger, faire transformer, eh, et en même temps, le fait qu'on a mis en place, enfin que l'Etat a mis en place une police de proximité, ça fait bouger.“

<sup>153</sup> „On est un peu les pionniers, nous à Lille-Sud, à se regrouper ensemble. Donc les trois conseils d'administration se connaissent, il y a des rencontres régulières des trois CA, les présidents des autres centres sociaux siègent de droit dans les conseils administratifs respectifs, pour apporter une réelle plus value. C'est ça qui apporte de la richesse ici sur le territoire.“

schöne Wohnungen vor Ort oder in anderen Quartieren bekommen sollten und sie wissen, dass das nicht eingetreten ist. [...] Die Bewohner in diesem Quartier glauben wirklich nicht mehr daran. Wenn ich dann außerdem die Wahlen zusammenfasse, die Leute wählen nicht. Warum wählen sie nicht? Weil sie das Vertrauen in öffentliche Aussagen verloren haben.“<sup>154</sup>

In diesem Zusammenhang wird des Öfteren darauf hingewiesen, dass es vor allem zu Beginn des Sanierungs- und Stadterneuerungsprojekts zu einer sehr kritischen Rezeption des Planungsziels der sozialen Mischung im Gebiet gekommen sei, besonders bei eher einkommensschwachen Bevölkerungsteilen:

„Wir haben viel über die soziale Mischung gesprochen und die Leute haben sehr oft gesagt, ihr werdet uns deportieren, das ist ein sehr starker Begriff, den sie gebraucht haben, ihr werdet einen Teil von uns deportieren, weil wir in der Landschaft nicht hübsch aussehen, und ihr wollt keine Armen mehr, also werdet ihr uns in die Peripherie verstoßen, was ja überhaupt nicht der Fall war.“<sup>155</sup>

Da sich zumindest bislang erwiesen hat, dass der Großteil der Bewohner, die wegen der Abrissmaßnahmen ihre Wohnungen verlassen mussten, dennoch im Quartier verbleiben konnte, habe sich die Aufregung mittlerweile wieder etwas gelegt, so eine Expertin. Dennoch sehen viel der Bewohner, wie auch einige der Experten, der Ankunft neuer, einkommensstärkerer Bevölkerungsgruppen, die durch aktuelle Bauprojekte nach Lille-Sud „gelockt“ werden sollen, mit eher gemischten Gefühlen entgegen. Auch deshalb wird in vielen Einzelprojekten im Quartier versucht, die Bewohner zu aktivieren und in die aktuellen Planungen einzubeziehen. Inzwischen gelingt dies laut dem Bekunden einiger Akteure oft auch sehr gut, so etwa bei der Konzeption des neuen Sozialzentrums, *Centre Social de l'Arbrisseau*, oder bei der Anlage von Mieter- und Gemeinschaftsgärten.

Viele Experten berichten von einem wachsenden Interesse der Bewohner, an der Umgestaltung des Viertels aktiv mitzuwirken. Möglich wird dies beispielsweise durch Anregungen „von oben“, durch von der Stadt-, bzw. Quartiersverwaltung ins Leben gerufene und gesteuerte Partizipationsmöglichkeiten im Rahmen der Maßnahmen der Stadterneuerung bzw. der *politique de la ville*. Dabei zeigt sich allerdings nach Angaben der Experten, dass viele Mitarbeiter der Stadtverwaltung auch Schwierigkeiten mit der stärkeren Einbeziehung der Bewohner haben, so dass diese nicht selten auf der Informationsebene stecken bleibe.

---

<sup>154</sup> „Quand le maire est allé leur présenter le projet de rénovation en 2006, bon, ils étaient contents, mais d'un autre côté, ils ne croient pas parce que ... Si vous voulez, il y a déjà vingt ans, qu'il y a eu des démolitions des logements sociaux, on leur avait dit qu'on va les faire dans des beaux logements sur place ou dans les autres quartiers, et ils savaient que ça ce n'est pas produit. [...] Parce que les habitants dans ce quartier, honnêtement, ils croient plus quoi, d'ailleurs quand je résume les élections, les gens ne votent pas. Pourquoi ils ne votent pas? Parce que ils ne croient plus à la parole publique.“

<sup>155</sup> „Nous, on a parlé beaucoup de la mixité sociale et en fait, les gens ont très souvent dit, en fait vous allez déporter, c'est un mot assez fort qu'ils ont employé, vous allez déporter une partie d'entre nous, parce que, on fait pas joli dans le paysage, et vous ne voulez plus avoir des pauvres et donc vous allez nous repousser à la périphérie, ce qui n'était pas tout à fait le cas.“

Was die Reichweite der *Aktionsräume und sozialen Netzwerke* insgesamt angeht, so wird in vielen Interviews davon ausgegangen, dass die Mehrheit der Bewohner stark auf ihr Quartier fixiert ist. Viele Experten gehen davon aus, dass sich die sozialen Beziehungen in Lille-Sud häufig auf die unmittelbare Nachbarschaft konzentrieren und die Aktionsräume der Bewohner kaum über das Gesamtquartier Lille-Sud hinausreichen. Mehrfach wird erwähnt, dass viele der sozial schwachen Familien selten bis nie in die Innenstadt oder andere städtische Quartiere fahren. Verantwortlich für den geringen Aktionsraum der Bewohner ist nach Ansicht der Experten, neben der engen emotionalen Bindung an Lille-Sud, auch die gute lokale Versorgung und Infrastruktur, die ein Verlassen des Quartiers unnötig mache. Außerdem vermuten einige der Befragten, dass ein Teil der Bewohner sich außerhalb fremd fühle:

„Wenn sie ins Stadtzentrum gehen, ist das etwas anderes. In der Innenstadt ist ein ganz anderes Publikum und sie identifizieren sich zwangsläufig viel weniger mit der Öffentlichkeit dort, als mit der, wo sie das ganze Jahr sind.“<sup>156</sup>

Viele Familien aus sozial schwachen Verhältnissen, so die Experten, verbringen auch ihre Freizeit überwiegend vor Ort. Was allerdings die Jugendlichen angeht, so kommt in den Interviews zum Ausdruck, dass diese – wenngleich ihre sozialen Netzwerke auch stark auf den Nahbereich beschränkt sind – doch durchaus regelmäßig die Innenstadt aufsuchen und an kulturellen Aktivitäten außerhalb ihres Quartiers teilnehmen:

„Es gibt gelegentlich mobile Leute, v.a. die Jugendlichen, je nach Aktivitäten gehen sie hierhin oder dorthin, aber es stimmt wiederum, dass die Familien im Allgemeinen eher in ihren Gebieten bleiben, es gibt wenig Mobilität bei den Familien [...]“<sup>157</sup>

Mehrere Experten berichten, dass die erweiterten Aktionsräume der Jugendlichen meist in größeren Gruppen gemeinsam erschlossen werden, weil sich die Jugendlichen dann sicherer fühlten:

„Oder aber, wenn sie [die Jugendlichen] ins Zentrum fahren, dann geschieht das in der Gruppe, zu zehnt, zu fünfzehnt, aber nicht...man geht nicht selbstverständlich in der Innenstadt spazieren [...]“<sup>158</sup>

Für viele Jugendliche ist es nach Ansicht der Experten nicht selbstverständlich, ihr Quartier zu verlassen.

Wie in allen untersuchten Quartieren, nimmt auch in Lille-Sud im Bereich der Sozialisation das Thema *Bildung* einen hohen Stellenwert ein – vor allem zwei Aspekte werden hierbei besonders betrachtet. Einerseits geht es in den Interviews um die lokalen Schulen und ihren

---

<sup>156</sup> „Quand ils vont dans le centre-ville, l’approche n’est pas la même. C’est-à-dire, en fait dans le centre ville, c’est un tout public et donc forcément ils s’identifient beaucoup moins à ce public là, que au public où ils sont toute l’année, quoi.“

<sup>157</sup> „Parfois il y a du public mobile, notamment les jeunes, en fonction des activités, ils vont venir là ou là ou là, mais par contre c’est vrai que sur les familles en général, elles restent quand même sur leur territoires, il y a peu de mobilité des familles [...]“

<sup>158</sup> „Ou alors, quand ils [les jeunes] vont aller dans le centre, ça sera en groupe de dix, quinze, mais pas... on va pas aller naturellement se promener dans le centre ville [...]“

Ruf, die einen wichtigen Standortfaktor bei dem Versuch darstellen, mittlere und höhere Einkommensschichten im Gebiet zu halten bzw. anzuziehen. Andererseits spielen die geringeren Bildungschancen für Kinder und Jugendlichen an den örtlichen Schulen eine große Rolle in den Interviews. Was die der Bedeutung der Schulen für die soziale Mischung im Quartier angeht, so wird in den Expertengesprächen zunächst deutlich, dass viele der einkommensstärkeren Familien ab dem *collège* die Schulen des Quartiers meiden und stattdessen Schulen in der Innenstadt oder in anderen Quartieren bevorzugen:

„Wir wissen, dass diese Schulen leider Opfer eines Phänomens der Vermeidung sind, nicht wahr. D.h., [...] diese Schulen, die heute in den Quartieren sind, verlieren ihre Mitglieder. [...] Weil die Schulen heute einen schlechten Ruf haben.“<sup>159</sup>

Hier ist bereits angedeutet, dass das Thema Schule auch innerhalb der Planungen des GPU eine große Rolle spielt. So beschäftigen sich einige Experten mit der Frage, wie sich der geplante Zuzug von besser verdienenden Familien auf die Schulsituation im Gebiet auswirken wird. Dabei bestätigt eine der Befragten aus dem schulischen Bereich, dass sich seit den letzten fünf Jahren eine Zunahme von Abmeldungen von Quartiersschulen bemerkbar mache und die Tendenz zur Vermeidung der Schulen im Quartier spürbar zugenommen habe:

„Die Eltern wollen nicht, sie wollen in die Innenstadt. Weil sie den Kindern aus dem Quartier nicht mehr begegnen wollen. Sie wollen, dass ihr Kind in eine gute Schule geht, woanders hin. Weit weg. Übrigens machen sie das nicht bei der Grundschule, weil das einfacher ist, wegen des Hinbringens, aber sobald sie in der Lage sind, die Metro zu nehmen, entfernen sie sie vom Quartier.“<sup>160</sup>

Insgesamt sind die Konsequenzen der Aufweichung der *carte scolaire* (Bindung an bestimmte Einzugsgebiete) im Quartier laut Experten noch nicht im Ganzen abzuschätzen. Vereinzelt wurde in den Interviews die Einschätzung laut, es habe sich nicht allzu viel geändert, da auch schon vorher die Möglichkeit bestanden habe, auf eine der zahlreichen privaten Schulen im Stadtgebiet auszuweichen. Seit der Auflösung der Schuleinzugsbereiche ist aber auch festzustellen, dass immer mehr Eltern aus sozial schwachen Verhältnissen die lokalen Schulen umgehen, also auch in dieser Bevölkerungsschicht die Bildungsorientierung eine an Bedeutung gewinnt.

Die Situation an den beiden lokalen *collèges* ist geprägt durch geringere Bildungserfolge, vor allem durch einen hohen Anteil an Schulabbrechern, sowie schlechtere Ergebnisse bei den bestandenen Schulabschlüssen. Viele der Schüler kommen aus problematischen familiären Verhältnissen. In den Interviews wird von einer relativ hohen Zahl an Disziplinarmaßnahmen

---

<sup>159</sup> „On sait que, malheureusement, ces écoles sont des victimes d’un phénomène d’évitement, hein. C’est-à-dire que, je vais dire, les écoles qui existent aujourd’hui dans les quartiers, ils perdent ses effectifs. [...] Parce que ces écoles aujourd’hui elles ont une mauvaise réputation.“

<sup>160</sup> „Les parents ne veulent pas, ils veulent aller au centre-ville. Parce qu’ils veulent plus retrouver les enfants du quartier. Ils veulent que leurs enfants aillent dans une bonne école ailleurs. Loin. D’ailleurs ils ne le font pas pour l’école primaire parce que, parce que c’est plus facile pour la conduite, mais une fois qu’ils peuvent prendre le métro, ils les éloignent du quartier.“

und Schwierigkeiten der Schüler untereinander berichtet, die sich negativ auf die Lernatmosphäre auswirken. Eine der beiden Schulen ist als ZEP klassifiziert und erhält aufgrund der geschilderten Problematik spezielle Unterstützung. Angesichts der angespannten Situation an den lokalen Schulen zeigt sich bei einigen Experten ein gewisses Verständnis dafür, dass bildungsorientierte Eltern es bevorzugen, ihre Kinder außerhalb des Quartiers einzuschulen:

„D.h. ... es gibt Leute, wenn die zu mir kommen, und sagen, es steht außer Frage, dass mein Kind auf diese oder jene Schule geht, dann kann ich das verstehen. Weil ich weiß, was hier passiert. Jetzt persönlich, wenn ich Kinder hätte, würde ich wie sie reagieren. Ich kann das also nicht verurteilen. Aber es ist gleichzeitig schade, dass es soweit gekommen ist, weil das auf Kosten der Schule geht und dieser Diskurs zwangsläufig dazu führt, dass sich der Ruf nicht bessern wird. Also das ist ein großes Problem.“<sup>161</sup>

Was die Gründe für den geringeren Bildungserfolg angeht, so sprechen viele der Experten die mangelnden Perspektiven der Kinder und Jugendlichen an. So sei es vielen kaum möglich, Motivation zu schulischer Anstrengung zu entwickeln, da es in ihrem nahen Umfeld an Vorbildern und Erfolgsgeschichten fehle. In vielen Familien seien beide Elternteile arbeitslos, bisweilen auch ältere Geschwister. Hinzu kommt, dass die Jugendarbeitslosigkeit in den letzten Jahren stark zugenommen hat. So betonen einige der Experten, dass für viele Jugendliche die Aussicht, nach der Schule einen Ausbildungsplatz oder eine Arbeitsstelle zu finden, immer unwahrscheinlicher erscheint. Mehrere Experten beschreiben die Gefühlslage vieler junger Menschen im Viertel angesichts der problematischen Zukunftsperspektiven als frustriert. Hinzu komme bei einigen der Eindruck, es kümmere sich niemand um sie, so wie es im folgenden Zitat zum Ausdruck kommt:

„Also viele, wenn sie betroffen sind, werden bestärkt in der Annahme, um es noch mal zu sagen, unbewusst, [...] niemand kümmert sich um uns. Also handeln sie nicht. Und wenn sie handeln, müssen sie sich doppelt bemühen: Derjenige, der...also ich, ich habe einen Abschluss. Ich wohne in Lille-Sud, ich habe einen Abschluss. Ich bin ausgebildet, ich kann mich höchstens verkaufen, um ...was zu finden. ... Ich habe kein Diplom und ich weiß, dass es eine Krise gibt, also werden ich keinen Job finden, also werde ich mich abschotten.“<sup>162</sup>

Neben dem Problem der Perspektivlosigkeit werden von den Experten die schwierigen räumlichen Gegebenheiten in den Sozialwohnungen angesprochen. Häufig kommt zur Sprache, dass einem Teil der Jugendlichen kein geeigneter Raum in der Wohnung zur Verfügung stehe, in dem ausreichende Intimität für eine ruhige Lernatmosphäre herrsche. Diese mangelhaften

---

<sup>161</sup> „C’est à dire que... il y a des gens, quand ils viennent me voir en disant, c’est hors de question que mes enfants aillent dans tel ou tel école, je peux l’entendre. Parce que je sais, ce qui s’y passe. Maintenant personnellement, si j’étais parent, je réagirais comme eux. Donc je ne peux pas porter du jugement. Mais à la fois c’est dommage d’en arriver là, parce que c’est au détriment de l’école et donc forcément le fait de tenir ce discours là, la réputation ne va pas s’améliorer. Donc c’est un vrai problème.“

<sup>162</sup> „Donc beaucoup, si ils sont touchés, ça leur renforce aussi dans l’idée, encore une fois inconsciemment, inconsciemment ça leur renforce dans l’idée de dire, bah voilà , il y a une personne qui s’occupe de nous. Donc ils ne se mobilisent pas. Et quand ils se mobilisent, ils doivent faire deux efforts: Celui qui...moi, j’ai un diplôme. J’habite à Lille-Sud, j’ai un diplôme. Je suis formé, je peux à la limite me vendre pour trouver du...J’ai pas de diplôme et je sais qu’il y a la crise, donc je ne vais pas trouver un boulot donc je renferme sur moi-même.“

räumlichen Voraussetzungen zu Hause seien, laut einem Experten, auch für diejenigen Eltern, die sich bei Sozialzentren oder Vereinen um Hausaufgabenbetreuung für ihre Kinder bemühen, die entscheidende Motivation.

*Einflüsse Gleichaltriger oder älterer Schüler* werden meist im Kontext der schon angesprochenen fehlenden Erfolgsgeschichten von Freunden und Bekannten angesprochen, die erfolgreich eine Schul- und Berufsausbildung gemeistert oder einen Job gefunden hätten. In dieser Situation sei es außerordentlich schwierig, so die Interviewpartner, die betroffenen Jugendlichen zu motivieren und davon abzuhalten, sich gehen zu lassen und die Orientierung zu verlieren. Folgeprobleme wie Diebstahl, Drogen oder Vandalismus nehmen in den Expertengesprächen einen großen Raum ein. So wird häufig auf das Kriminalitätsproblem im Quartier hingewiesen, das sich in der jüngsten Zeit – zumindest dem subjektiven Empfinden nach – noch verstärkt habe:

„Nein, es gibt wirkliche Probleme, es gibt wirkliche Kriminalitätsprobleme, wir haben eine große Jugendkriminalität, wir haben viel...das ist das Quartier mit den meisten Vorfällen im Bereich Jugendkriminalität, nein, wir haben wirklich..., das ist ein Quartier, wo man weiß, dass es Kriminalität gibt, dass es Handel gibt, man weiß, dass es Autodiebstahl gibt, dass regelmäßig Autos brennen, man muss auch nicht sagen, alles ist schön hier, alles ist perfekt. Nur dass es eigentlich, wie vielerorts, nur eine Minderheit der Bevölkerung ist.“<sup>163</sup>

Hier wird wieder das bereits erörterte Problem jener Gruppe von Jugendlichen angesprochen, die im Quartier durch ihr aggressives und territoriales Dominanzverhalten auffällig geworden ist. Doch betonen die Experten in diesem Zusammenhang erneut, dass es sich dabei um eine kleine Minderheit der Jugendlichen von Lille-Sud handelt:

„Noch einmal, das ist nur ein kleiner Prozentsatz, aber der ganze Rest, die haben Lust rauszugehen, sie haben Lust, einen Job zu finden, sie wollen freundlich zu sein, sie haben Lust, zu arbeiten und ruhig nach Hause zu gehen. Aber es gibt immer die, sagen wir mal drei bis fünf Prozent..., die von sich reden machen, von denen man hört und die stigmatisiert werden. Und die anderen, die 95 oder 97 Prozent, die haben Lust, da rauszukommen, sie wollen vorankommen, sie wollen nicht da bleiben, wo sie augenblicklich sind.“<sup>164</sup>

Eine weitere Spezifik der Jugendlichen vor Ort, die stark thematisiert wird, ist die schwierige Beziehung zu Institutionen, insbesondere zur Polizei. Die meisten Experten machen darin

---

<sup>163</sup> „Non, il y a des vraies problèmes, il y a des vraies problèmes de délinquance, on a beaucoup de délinquance juvénile, on a beaucoup...c'est le quartier où il y a les plus de mesures en PJJ, c'est police judiciaire juvénile, non, c'est vrai qu'on a..., c'est un quartier où on sait qu'il y a de délinquance, on sait qu'il y a du trafic, on sait qu'il y a un vol de voitures, qu'il y a des voitures brûlés régulièrement, il faut pas non plus dire, tout est beau ici, tout est bien et tout est parfait. Sauf qu'en fait, comme dans beaucoup d'endroits, ça reste une minorité de la population.“

<sup>164</sup> „Encore une fois, ce n'est qu'une fine pourcentage, mais tout le reste, ils ont envie de sortir, ils ont envie de trouver du boulot, ils ont envie vraiment d'être gentille, ils ont envie de travailler, de rentrer tranquillement. Mais il y a toujours les, on va dire de trois à cinq pour cent..., que elle, elle fait parler d'elle, c'est elle qu'on écoute, c'est elle qui est stigmatisé. Et eux, les 95 ou 97 pourcent, ils ont envie de s'en sortir, ils ont envie d'avancer, ils ne veulent pas rester là où ils sont.“



eine Konsequenz der Politik der ehemaligen Regierungspartei UMP aus, die den Bereich der Prävention zugunsten stärkerer Repressionsmaßnahmen stark abgebaut hat:

„Man muss Polizisten einsetzen, die nicht nur Repression, Repression und Kontrolle machen. Man braucht Polizisten, die die Dinge auch verstehen, die versuchen, in den Dialog zu treten, anstatt, deinen Ausweis, deinen Ausweis, deinen Ausweis. So spitzt sich das zu und dann, was sagen sie dann, sie werfen Steine, sie zünden Autos an, so ist das.“<sup>165</sup>

Zwar spielen größere Ausschreitungen in Form von *émeutes* in Lille-Sud keine größere Rolle, doch berichten viele der Befragten von den verschlechterten Beziehungen zu den am meisten benachteiligten Jugendlichen im Quartier und einige haben gar die Befürchtung, die Gruppen würden sich zunehmend bandenmäßig organisieren.

### 3.7.3.2.3. Symbolik

Lille-Sud hat seit Langem mit seinem schlechten Ruf zu kämpfen. Das Image des Quartiers und seine Konsequenzen für die Einwohner sind in allen Interviews von zentraler Bedeutung. Zunächst wird wie in La Noë deutlich, dass dieses Image jenem aller existierenden französischen Großwohnsiedlungen gleicht. So bildet auch hier die massive Abwertung des sozialen Wohnungsbaus, aber zum Teil auch die Etikettierung als benachteiligter Stadtteil durch die französische Quartierspolitik, die Grundlage für die Stigmatisierung der Bewohner:

„In der Tat schleppt das Quartier Lille-Sud einen Ruf mit sich herum wie Chanteloup-les-Vignes, wie Vénissieux, wie alle Quartiere dieser Art. Das war das erste Quartier hier in Lille, das im Rahmen der *politique de la ville* klassifiziert wurde, das war 1984.“<sup>166</sup>

Zur Bekanntheit von Lille-Sud als Siedlung des sozialen Wohnungsbaus trugen, so berichten es mehrere Experten, zwei symbolträchtige Gebäude bei, die so genannten *Les biscottes*, die 1989 und 1991 abgerissen wurden. Diese klassischen Riegel des industriellen Bauens waren aufgrund ihrer enormen Ausmaße weithin sichtbar und prägten das Bild des Quartiers in sehr hohem Maße.

Die Versatzstücke, aus denen sich das schlechte Image von Lille-Sud speist, setzen sich aus Schlagworten wie Kriminalität, Drogen, fehlende soziale Mischung oder Fremdheit zusammen. Bei allen Beschreibungen der Experten wird deutlich, dass die Angst vor dem Quartier oder dem Betreten des Quartiers in der allgemeinen Wahrnehmung eine große Rolle spielt:

„Das ist Lille-Sud, das ist gefährlich, da gibt es Probleme, es gibt da kein Gesetz, das ist ein rechtsfreier Raum, man kann dort nichts machen, wir werden da überfallen, wir wer-

---

<sup>165</sup> „Il faut qu’on mette des policiers qui vont pas...répression, répression, contrôle. Il faut des policiers qui vont comprendre aussi les choses, qui essayent de dialoguer au lieu de, voilà, ta carte d’identité, ta carte d’identité, ta carte d’identité. Donc là, ça exagère, et donc du coup, qu’est-ce qu’il disent, ils balancent des cailloux, ils vont brûler des voitures, bah voilà.“

<sup>166</sup> „Donc effectivement ce quartier ici, Lille-Sud, traîne une réputation comme Chanteloup-les-Vignes, quoi, comme Vénissieux, comme tous les quartiers de ce genre. Ça était le premier quartier ici à Lille qui était classé dans le cadre de la politique de la ville, c’était 1984.“

den da beklaut, wir werden dort belästigt. Die Leute leben in ihrer Fantasievorstellung, obwohl man auch mitten in der Innenstadt belästigt oder angequatscht werden kann.“<sup>167</sup>

Bei der Konstruktion dieses gefährlichen Bildes von Lille-Sud kommt den Medien eine zentrale Rolle zu. In den Experten-Interviews wird immer wieder darauf hingewiesen, dass die Berichterstattung einseitig negativ sei und sich vorrangig auf kriminelle Vorkommnisse konzentriere. Neben der negativen Presse mit ihrem Fokus auf der Rubrik „Vermischtes“, werden vor allem die *émeutes*, die Jugendunruhen, die es in den letzten Jahren in vielen französischen Quartieren gegeben hat, für das negative Image von Lille-Sud verantwortlich gemacht. Diese Unruhen haben laut Experten vermehrt dazu beigetragen, das Bild von den gewalttätigen Jugendlichen der *cité* in den Köpfen der übrigen Bevölkerung festzusetzen:

„Es stimmt, dass wir leider häufig in der Presse katalogisiert werden, als schwierige Zone, Jugendunruhen, so ist das, mit Begriffen, die manchmal Kriegsbegriffe sind, das heißt, man spricht von Krieg...“<sup>168</sup>

Aus den Interviews geht hervor, dass die Interviewpartner mehrheitlich davon ausgehen, dass die Einwohner von Lille-Sud unter konkreten Folgen des schlechten Rufs ihres Quartiers zu leiden haben. Eine direkte Konsequenz, die sich für die Bewohner aus dem Gebietsstigma ergibt, sei dabei zunächst die negative Reaktion von Bekannten oder Arbeitskollegen auf die Bekanntgabe des Wohnortes:

„Und die Leute von außerhalb haben Angst, nach Lille-Sud zu kommen. Wenn sie erfahren, dass man in Lille-Sud wohnt, sagen sie ‚mein Gott, sie wohnen in Lille-Sud! Wie machen sie das nur...?‘“<sup>169</sup>

Mit solchen Reaktionen sind nicht nur die Bewohner des Quartiers konfrontiert – auch zahlreiche Experten erfahren sie, wenn es um ihren Arbeitsort geht:

„Wenn ich Kollegen treffe, die mich fragen wo ich arbeite...Oder wenn...Im Moment sind wir in einer Bewerbungsphase. Also, wenn dann die Namen der Schulen mit den freien Stellen veröffentlicht werden, rufen die Leute an und fragen, wo, denn sie haben Lille und nicht Lille-Sud gelesen. ‚Oh l  , l  ‘, sagen sie dann ‚ist gut, danke schön‘ [Lachen]. Wirklich. Meine Kolleginnen erzählen das auch, wenn die sich unterhalten und erzählen, dass sie in Lille-Sud arbeiten, dann kommt ‚ahhhh‘.“<sup>170</sup>

---

<sup>167</sup> „C’est Lille-Sud, c’est dangereux, il y a des problèmes, il y a pas de loi, c’est un territoire de non droit, on ne peut rien faire là-bas, on va nous faire d  trousser, on va nous voler, on va nous agresser. Les gens vivent dans le fantasme, alors qu’on peu se faire agresser ou râler en plein centre-ville, hein.“

<sup>168</sup> «C’est vrai que, malheureusement, on est souvent catalogué dans la presse en étant une zone difficile, des émeutes, voilà, c’est ça, avec des termes qui sont parfois des termes de guerre, c’est-à-dire on parle de, on parle de guerre ...“

<sup>169</sup> „Et les gens de l’extérieur de Lille ont peur de venir à Lille-Sud. Quand ils savent qu’on habite à Lille-Sud ils disent ‘mon dieu, vous habitez Lille-Sud! Mais comment vous faites...?’“

<sup>170</sup> „Quand je rencontre des collègues, qui me demandent où je travail .... Ou quand...Là, en ce moment, on est dans une période de mutation. Donc quand il y a les noms des écoles apparaissent avec des postes, des gens qui téléphonent, ils me demandent où, parce qu’ils lisent ‘Lille’ et pas Lille-Sud, ‘oh l   l  , ils font, ‘c’est bon, merci’ [rires]. Effectivement. Mes collègues le disent aussi, quand elles discutent et qu’elles disent qu’elles travaillent    Lille-Sud on fait ‘ahhhh’.“

In mehreren Gesprächen wird klar, dass die Kinder und Jugendlichen aus Lille-Sud besonders vom schlechten Image ihres Quartiers betroffen sind und man ihnen vielerorts mit Vorurteilen begegnet. Sei es durch direkte Diskriminierungen oder sei es dadurch, dass man ihnen unbewusst anders gegenübertritt, wie im Folgenden am Beispiel von Polizeikontrollen dargestellt:

„Und gleichzeitig ist das auch das Bild der Leute, die Polizei, sie führt eine Personenkontrolle durch, nicht in Lille-Sud. In, ich weiß nicht wo, in der Innenstadt. Derjenige, der den Ausweis anschaut, der sieht, dass einer aus Lille-Sud kommt, also die Bemerkungen, die Sprache, also das wird nicht das Gleiche sein. Das ist nicht das gleiche Verhalten. Das Verhalten ändert sich, weil man aus Lille-Sud kommt. So ist das. Selbst wenn das unbewusst geschieht, das ist sogar gar nicht beabsichtigt, sogar unbewusst, das liegt an den Repräsentationen.“<sup>171</sup>

Von Benachteiligungen aufgrund des Wohnorts berichtet die große Mehrzahl der Experten, hierbei wird insbesondere die Situation auf dem Arbeitsmarkt diskutiert. Alle der Befragten sind sich darin einig, dass es wieder besonders die Jugendlichen sind, die unter dem Stigma des Wohngebiets zu leiden haben, und dabei vor allem jene mit Migrationshintergrund:

„Es gibt da eine sehr starke Stigmatisierung durch die Allgemeinheit und ich würde sagen, dass hier, wenn man in Lille- Sud wohnt und man dann unglücklicherweise auch noch Algerier oder Marokkaner ist und eine geringe Qualifikation aufweist, dann ist der Arbeitsmarkt sehr schwierig.“<sup>172</sup>

Einzelne Gesprächspartner weisen in diesem Zusammenhang zwar darauf hin, dass in Bewerbungsschreiben der Wohnort nicht für jeden Empfänger sofort eindeutig identifizierbar sei und daher auch nicht unbedingt Vorurteile gegenüber dem Absender provozieren müsse:

„Auch wenn Lille-Sud nicht das einzige Quartier von Lille ist, das ein wenig Opfer von Diskriminierung ist, wie soll ich das sagen, die Bevölkerung von Lille kennt nicht alle Straßennamen. Also wenn sie auf einen Lebenslauf, beispielsweise für eine Bewerbung, wenn sie da Rue Pierre Loti draufschreiben, oder, wie soll ich das sagen, Rue de Canne, dann wird derjenige, der den Lebenslauf erhält, nicht unbedingt wissen, dass das in Lille-Sud ist. Also es gibt eine Art der Diskriminierung, aber die drückt sich eher im Bild der Quartiersmarke aus, als im persönlichen Erleben der Bewohner.“<sup>173</sup>

Die Mehrzahl der Experten geht dagegen jedoch durchaus davon aus, dass die Herkunft aus Lille-Sud konkrete negative Auswirkungen besonders auf dem Arbeitsmarkt hat. Dennoch

---

<sup>171</sup> „Et au même temps, c’est aussi la vision des gens, la police, elle ne va interpellier quelqu’un pas à Lille-Sud. Ils vont les interpellier je ne sais pas, au centre-ville. Qui regarde la carte, la pièce d’identité, qui voit, qui vient de Lille-Sud, et bah, les remarques, les paroles, voilà, ce n’est pas pareil. Ce n’est pas le même comportement. Ça change, le comportement, parce qu’on vient de Lille-Sud. Voilà. C’est, mais c’est inconsciemment, ce n’est même pas voulu, c’est même conscient, c’est dans les représentations.“

<sup>172</sup> „Il y a une stigmatisation du public très forte et je dirais qu’ici, quand on habite Lille-Sud, qu’en plus on est malheureusement algérien, ou marocain, et qu’on a peu de qualification, le marché de l’emploi est très difficile.“

<sup>173</sup> „Même si d’abord, ce n’est pas le seul quartier de Lille un peu victime de discrimination, mais comment j’allais dire, les Lillois ne connaissent pas tous les noms des rues. Et donc quand vous mettez sur un CV, par exemple pour une demande d’emploi, si vous mettez Rue Pierre Loti, ou si vous mettez, comment j’allais dire, Rue de Canne, celui qui reçoit le CV, la demande d’emploi, n’est pas à même de savoir c’est dans le quartier de Lille-Sud. Donc il y a une certaine discrimination, mais qui se réalise plus par l’image de marque du quartier, que par le vécu des habitants.“

halten die Wenigsten etwas davon, den Herkunftsort auf Bewerbungsschreiben zu kaschieren. Zwar erwähnen einige der Befragten – im Kontext des anonymen Lebenslaufs, der in Frankreich aktuell als Mittel gegen Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt diskutiert wird – diese in anderen stigmatisierten Quartieren durchaus gängige Praxis, in Lille-Sud jedoch scheint sie eine untergeordnete Rolle zu spielen. Ein Experte, der im Bereich der beruflichen Qualifikation arbeitet, drückt es folgendermaßen aus:

„Ich ziehe es vor, dass auf einem Lebenslauf, also, dass auf einem Lebenslauf Lille-Sud steht, aber du wirst dich präsentieren, du wirst erklären, du wirst gut sprechen und das wird das Image ändern. Sie werden sagen ‚oh, er kommt aus Lille-Sud, aber er drückt sich gut aus. Er kommt aus Lille-Sud, aber er ist korrekt, er kommt aus Lille-Sud, aber er ist geeignet. So ist das. Man muss dieses Image verändern, zu sagen, ‚oh nein, ich muss das verstecken‘, nein, das ist jedenfalls unser Diskurs. Du kommst als du selbst, du musst dich nicht ändern.“<sup>174</sup>

Die meisten Einwohner von Lille-Sud versuchen, so die Experten, sich gegenüber dem Gebietsstigma abzugrenzen – zumal es der Eigenwahrnehmung in so hohem Maß entgegensteht. Dies zeigt sich auch bei den Experten, die sehr intensiv darum bemüht sind, dem allgemein vorherrschenden schlechten Bild von Lille-Sud ihre persönlichen, weit positiveren Eindrücke gegenüberzustellen. Schließlich weist besonders die Wohnzufriedenheit der Bewohner darauf hin, dass die negative Außenwahrnehmung des Quartiers in keiner Weise der Wahrnehmung der Bewohner entspricht:

„Und das Bild das die Leute von Lille-Sud in Zentrum haben ist zwangsläufig nicht gut. Und paradoxerweise, wir haben die Bewohner ein bisschen befragt, und die Einwohner, die in Lille-Sud wohnen, sind nicht nur stolz darauf, in Lille-Sud zu wohnen, sie haben auch z.T. keine Lust, hier wegzugehen.“<sup>175</sup>

Besonders für die Jugendlichen wird thematisiert, dass die Abgrenzung gegenüber dem Quartiersimage eine schwere Herausforderung darstellt. Für viele ist sei schwierig, so schildern es mehrere Experten, der ihnen von außen aufgedrängten Etikettierung zu entkommen und ein gesundes Selbstbewusstsein – auch außerhalb des Quartiers – zu entwickeln.

„Und es gibt welche, die spielen damit, die sagen, wir sind so oder so stigmatisiert, dann spielen wir damit. Wir machen auf Opfer. Ein kleiner Teil, das ist nicht ...und dann gibt es wiederum einen Teil, der darunter leidet. Weil, wenn die sich mit ihrem Lebenslauf vorstellen und sie dann gefragt werden, wo wohnst du, wenn dann kommt ‚Lille –Sud‘, das bremst die Leute [...].“<sup>176</sup>

---

<sup>174</sup> „Je préfère que ça soit sur un CV, moi, que sur un CV c’est marqué Lille-Sud, mais tu va te présenter, tu vas expliquer, tu vas parler bien et que ça va changer l’image. Ils vont dire, ‘bah, il vient de Lille-Sud, mais il s’exprime bien. Il vient de Lille-Sud, mais il est correct, il vient de Lille-Sud, mais il est propre sur lui. Voilà. Il faut changer cet image là, de dire, ‘bah non, il faut que je le cache’, non, nous, en tout cas, c’est notre discours. Tu vas toi-même, t’as pas besoin de changer.“

<sup>175</sup> „Et l’image qu’ont les gens de Lille-Sud dans le centre n’est pas forcément bonne. Et paradoxalement nous, on avait questionné un petit peu les habitants et les habitants qui habitent Lille-Sud, non seulement sont fières d’habiter Lille-Sud, mais parfois n’ont pas envie de partir.“

<sup>176</sup> „Et il en a, qui jouent avec ça, qui disent, bah, de toute façon on est stigmatisés, stigmatisés, bah on joue avec. On fait la victime. Une partie fine, hein, ce n’est pas ... et par contre, il y a une partie, elle souffre de ça. Parce

Von einem Experten wird betont, dass trotz einer hohen emotionalen Bindung an den Wohnort, ein schulischer oder beruflicher Erfolg der Jugendlichen meist auch mit einer Abkehr vom Quartier verbunden:

„Sobald sie Erfolg haben oder sie es schaffen, da rauszukommen, wünschen sie sich, das Gebiet zu verlassen. Sobald...so ist das, sie sagen, auch wenn sie eine Bindung haben, wenn sie im Quartier geboren sind und sie...Sie sind mit dem Quartier verbunden, sie mögen ihr Quartier. Aber gleichzeitig, sobald sie Erfolg haben, sagen sie, wir würden das Quartier gerne verlassen, wir würden gerne was anderes sehen.“<sup>177</sup>

Interessant in diesem Kontext ist eine Spezifik von Lille-Sud, die eng mit der Kleinteiligkeit des Quartiers und der Verschiedenheit der einzelnen Gebietsteile zusammenhängt. So wird in mehreren Gesprächen betont, dass schlechtes Image auch innerhalb von Lille-Sud eine Rolle spielt und dass es hier durchaus Subquartiere gibt, denen die Bewohner anderer Subquartiere mit Vorbehalten begegnen – meist sind das statusschwächere Gebietsteile:

„Hier leben sie ein bisschen zurückgezogen [...]. Auch die *Rue de rose*, die momentan eine Sackgasse ist [...] und die Leute wollten nicht, dass sie zum neuen Quartier hin geöffnet wird. Wir werden da im Moment eine Sackgasse haben ...[...] Wir werden uns nicht von anderen durchdringen lassen. Das sind Sozialwohnungen. Stellen sie sich eine Sekunde lang vor, dass wir daran denken konnten, dort Sozialwohnungen zu bauen.“<sup>178</sup>

Hier wird beispielsweise vom Protest der Bewohner des eher gutbürgerlichen *quartier des fleurs* berichtet, die sich weigerten, im Rahmen eines Bauprojekts von Sozialwohnungen den aktuellen Status der *Rue de rose* als Sackgasse ändern zu lassen.

#### 3.7.3.2.4. Zentrale Ergebnisse

Trotz der Vielzahl der negativen Effekte des Quartiers auf die Lebensqualität seiner Bewohner gehen die Experten in Lille-Sud von einem erstaunlich hohen Maß an Wohnzufriedenheit und einer sehr engen emotionalen Bindung an das Quartier aus – dies ist eines der zentralen Ergebnisse der Expertenbefragungen. Erstaunlicher ist dies umso mehr, als die Beurteilungen zu den im Einzelnen untersuchten Aspekten in allen Fällen mehrheitlich negativ ausgefallen sind, wie etwa bei der *objektiven Ressourcenausstattung*. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang die durch Autobahn und Gleisanlagen gebildete massive städtebauliche Hürde, die, so beschreiben es viele der Experten, nicht nur das Betreten und das Verlassen des Gebiets erschwere, sondern auch eine psychologische Barriere darstelle, die dazu beitrage, das Zuge-

---

que, quand ils se présentent avec un CV et qu'on leur dit, ou t'habites, Lille-Sud, bah, les gens ils freinent [...]“

<sup>177</sup> „Dès qu'ils réussissent ou qu'ils arrivent à s'en sortir, ils souhaitent partir du quartier. Dès que...voilà, ils disent, bah voilà, même s'ils sont attachés, qu'ils sont nés dans le quartier et qu'ils...Ils sont attachés, ils aiment bien leur quartier, hein. Mais en même temps, dès qu'ils réussissent, ils disent on aimerait bien quitter, on aimerait bien voir autre chose, quoi.“

<sup>178</sup> „Et ici ils sont un petit peu refermés sur eux-mêmes [...]. Et donc aussi bien la rue de rose, qui est pour le moment une impasse [...] et les gens veulent pas que ça soit ouvert sur le nouveau quartier. Pour le moment on va avoir des impasses...[...] On va s'envahir par d'autres personnes. Ce sont des logements sociaux. Imaginez une seule seconde, qu'on ait pu penser à mettre là des logements sociaux.“

hörigkeitsgefühl der Bewohner von Lille-Sud zum Rest der Stadt zu mindern. Dazu kommt die schlechte Anbindung an den ÖPNV, vor allem was die Erreichbarkeit des Quartierszentrums, aber auch des östlichen Teils angeht. Auch bei den baulichen Besonderheiten von Lille-Sud überwiegen die Negativ-Bewertungen. Zwar existieren hier große und bezahlbare Sozialwohnungen, doch sind die Wohngebäude und Gemeinschaftsräume mangelhaft instand gehalten und entsprechen in vielerlei Hinsicht nicht den baulichen Standards.

Hinzu kommen die mangelhaften Freiraumqualitäten des Quartiers – kaum gepflegte oder verwahrloste Außenflächen, wenige vorhandene Naherholungsmöglichkeiten, sowie die Konsequenzen aus der Kleinteiligkeit des Gebiets dominieren das von den Experten gezeichnete Bild von Lille-Sud, was die Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raums für seine Bewohner deutlich einschränkt. Einzig hinsichtlich der Infrastrukturausstattung zeichnen die Experten ein positives Bild und heben die gut ausgebaute soziale, kulturelle und kommerzielle Infrastruktur hervor.

Eine mögliche Erklärung für die trotz allem hohe Wohnzufriedenheit der Bewohner liegt im Bereich der *Qualität der sozialen Beziehungen*. Diese wird von den Experten überwiegend als positiver Effekt der engen sozialen Kontakte zwischen den Bewohnern und der starken Quartiersbindung betrachtet. Sie zeigt sich unter anderem in dem hohen Anteil von Haushalten, die nach einer Umsetzung im Zuge der aktuellen Stadterneuerungsmaßnahmen im Quartier verbleiben wollen. Für den Bereich der Nachbarschaftsbeziehungen lassen die Interviews auf enge und dichte Netzwerke auf Ebene der Subquartiere schließen, die sich durch ein hohes Maß an Hilfsbereitschaft auszeichnen. Gefördert werden diese engen Beziehungen laut Experten durch die für Lille-Sud spezifische kleinteilige Gebietsstruktur mit ihrer baulichen, sozialen, aber zum Teil auch ethnischen Heterogenität der einzelnen Gebietsteile. Negative Effekte im Bereich der Nachbarschaftsbeziehungen zeigen sich vereinzelt in Nachbarschaftskonflikten, wie sie etwa durch Ruhestörung und Lärmbelästigung entstehen. Konflikte in der Nachbarschaft werden aber vor allem hinsichtlich des ausgeprägten Territorial- und Gruppenverhaltens einiger Jugendlicher, die den öffentlichen Raum bestimmter Bereiche des Quartiers dominieren, thematisiert. In der Folge leiden die Bewohner unter Belästigungen und aggressiven Übergriffen, sowie einem Anstieg des subjektiven Unsicherheitsgefühls.

Was die Reichweite der sozialen Beziehungen und Aktionsräume angeht, so deuten die Interviews eher auf negative Quartierseffekte hin. Angesichts der starken Quartiersbindung der Bewohner und dem Gefühl der Unsicherheit und Fremdheit in anderen städtischen Räumen, aber auch gefördert durch die gute Infrastruktur des Gebiets, werden die sozialen Netzwerke als eher begrenzt beschrieben und konzentrieren sich laut Experten bei Familien und Jugendlichen überwiegend auf die Ebene der Subquartiere. Doch wird hierbei eine deutliche Unterscheidung zwischen Familien und Jugendlichen getroffen: während für Familien eher auf das Quartier beschränkte Aktionsräume angenommen werden, weist die Gruppe der Jugendlichen

ausgedehntere Aktionsräume auf, die überwiegend gemeinsam, im Gruppenverband, erschlossen werden.

Besonders stark thematisiert werden negative Effekte im Bereich der Bildung. Die lokalen Schulen leiden unter einem schlechten Ruf und werden zunehmend – vor allem seit Auflösung der *carte scolaire* – von den Quartiersbewohnern gemieden. Doch sind die vorhandenen geringeren Bildungserfolge an den Schulen in Lille-Sud nach Ansicht der Experten nicht primär auf die Qualität der Schulen zurückzuführen, sondern auf soziale Probleme und die schwierigen familiären Verhältnisse, aus denen vieler Schüler kommen. Hinzu komme, so berichtet es die Mehrheit der Befragten, der Mangel an Perspektiven angesichts fehlender Erfolgsgeschichten im Nahbereich (Familie und Freunde), sowie steigender Jugendarbeitslosigkeit in den sozial benachteiligten Quartieren, die für Frustration Sorge und sich negativ auf die schulischen Leistungen der Betroffenen auswirke. In diesem Zusammenhang warnen, vor dem Hintergrund der zunehmenden Kriminalitätsrate im Quartier, einige der befragten Experten vor der Gefahr eines Abrutschens vieler Jugendlicher in die Kriminalität.

Für den Bereich der *Symbolik* zeichnen die Experteninterviews deutlich negative Effekte, die aus dem schlechten Image des Quartiers resultieren und sich unter anderem in der Angst von Außenstehenden offenbart, Lille-Sud zu betreten. In viele der Interviews wird thematisiert, dass für die Bewohner selbst (wie auch für die befragten Experten), sich daraus das Problem ergibt, im Umgang mit der Außenwelt ihr Wohngebiet als „normales städtisches Quartier“ zu verteidigen. Außerdem nehmen einige der Interviewpartner an, dass die Bewohner auch vor der Herausforderung stehen würden, sich selbst gegenüber dem schlechten Image abzugrenzen, um nicht an Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl einzubüßen. Abgesehen davon haben die Bewohner laut der Mehrheit der Experten, insbesondere Jugendliche, mit Vorurteilen zu kämpfen, mit denen ihnen vielerorts bewusst oder unbewusst begegnet wird, bis hin zu Diskriminierungen, die von den Experten vor allem für den Arbeitsmarkt bestätigt werden. Besonders für Migranten kann dies zu doppelter Benachteiligung führen.

### *Wirkungszusammenhänge*

In den Interviews in Lille-Sud wurde zunächst deutlich, dass der starken sozioökonomischen Diskrepanz zur eher reichen Gesamtstadt keine größere Bedeutung für Entstehungszusammenhänge von Quartiereffekten beigemessen wird, zumindest zeigen die Interviews keine Hinweise darauf, dass Marginalisierung und das Leben in einem ärmeren Quartier hier tatsächlich belastender und stigmatisierender empfunden werden. Dies mag der polyzentrischen Struktur der Agglomeration geschuldet sein, die von der Existenz mehrerer benachteiligter Quartiere bzw. Kommunen geprägt ist, so dass Lille-Sud keinen Einzelfall darstellt.

Wie auch in La Noë, so zeigt sich auch in Lille-Sud die herausragende Bedeutung des Gebietsstigmas für die Entstehung von negativen Quartiereffekten für die Bewohner – betroffen sind in erster Linie die Jugendlichen. Auch hier wird ersichtlich, dass Lille-Sud stellvertretend für viele französische Quartiere des sozialen Wohnungsbaus steht und dass die zentralen Mo-

tive der Stigmatisierung nicht eigentlich quartiersspezifisch sind, sondern sich in allen Großwohnsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus in Frankreich, bzw. Orten der *politique de la ville*, wiederfinden lassen, wie etwa die kulturelle Abwertung des Siedlungstyps Großwohnsiedlung, funktionale und bauliche Mängel der Quartiere, eine starke Ablehnung des sozialen Wohnungsbaus und seiner Bewohner, oder die Angst vor Armen und ihren städtischen Räumen.

Für Lille-Sud ist in diesem Zusammenhang charakteristisch, so betonen es viele der Experten, dass das Stigma des Gebiets durch die geschilderte enorme symbolische und damit psychologische Wirkungskraft der *städtebaulichen Barriere* aus Autobahn und Gleisanlagen noch verstärkt wird. Wie auch im Fall von La Noë steigern sich die negativen Effekte zusätzlich durch den überregionalen Bekanntheitsgrad. In Lille-Sud zeichnet sich dafür die ungebrochene Popularität des Gebäudekomplexes *Les Biscottes* verantwortlich, der – obgleich vor mehr als zwanzig Jahren abgerissen – noch immer als Sinnbild für den hässlichen *logement social* steht und nach wie vor untrennbar mit dem allgemeinen Bild von Lille-Sud verbunden ist. Hier zeigt sich, dass die Existenz starker Symbole, die das Image bestimmter Quartiere wiederzuspiegeln vermögen, Quartierseffekte extrem verschärfen können.

Die Ergebnisse der Interviews vor Ort machen deutlich, dass der *mangelnden Kohärenz des Quartiers* eine große Bedeutung bei der Produktion von Quartierseffekten beigemessen wird. Die klare Unterteilung in Subquartiere, die kaum miteinander verbunden sind, oder oftmals noch durch städtebauliche Barrieren wie Brachen oder fehlende Straßenverbindungen voneinander getrennt sind, wirken sich, so wird es in den Interviews formuliert, in vielfacher Weise auf die Bewohner aus, wobei hier positive wie negative Effekte entstehen können. So nehmen die Experten an, dass die Inkohärenz des Gesamtquartiers im Positiven ein Gefühl der Gebietszugehörigkeit auf Ebene der Subquartiere befördert habe, wie auch das Entstehen von engen und dichten nachbarschaftlichen Netzwerken, die sich in hohem Maße durch gegenseitige Hilfsbereitschaft und Solidarität auszeichnen.

Es zeigen sich laut Experten aber auch deutliche negative Effekte der Quartiersinkohärenz. So zunächst die diffizile Orientierung im Gebiet, die durch fehlende oder chaotisch geführte Verbindungsstraßen erschwert wird. Des Weiteren das relativ geringe Maß an sozialen Beziehungen und Kontakten über die Grenzen der Subquartiere heraus. Und auch die häufig beschriebene – soziale wie ethnische – Einseitigkeit der sozialen Netzwerke ist zum Teil auf die bauliche und soziale Homogenität der einzelnen Subquartiere zurückzuführen. Dies alles hat nach Ansicht mehrerer Experten nicht zuletzt zur Folge, dass Konflikte zwischen einzelnen Subquartieren, die auf die Stigmatisierung einzelner statusschwacher Gebiete zurückzuführen sind, befördert werden und sich so die negativen Folgen der Quartiersinkohärenz verstärken.

Einer der augenblicklich als besonders relevant eingeschätzten negativen Quartierseffekte auf die Bewohner von Lille-Sud ist das in einigen Teilräumen des Quartiers anzutreffende, mit aggressiven Belästigungen einhergehende, Territorialverhalten einiger Jugendlicher. Auch in



diesem Zusammenhang kann der Inkohärenz des Gebiets sicherlich einige Wirkungskraft zugesprochen werden, da anzunehmen ist, dass die ihm eigene Kleinteiligkeit und Heterogenität insbesondere bei der Konstruktion von Fremdheit einen wesentlichen Bestandteil des territorialen Machtanspruchs der Jugendlichen ausmacht. Während in La Noë vornehmlich der „fremde Habitus“ der Jugendlichen des Quartiers thematisiert wurde, wird die Fremdheit hier in Lille-Sud laut Experten von den Jugendlichen aktiv hergestellt und nach „außen“ demonstriert.

Angesichts der großen Bedeutung, die das *Territorialverhalten* jener verhältnismäßig kleinen Gruppe von Jugendlichen für den Rest der Bewohner beigemessen wird, bietet es sich an dieser Stelle an, die Hintergründe noch etwas näher zu beleuchten. Vor allem die Beziehung zwischen den Jugendlichen und der Polizei spielt in diesem Kontext eine entscheidende Rolle, die, laut der Experten, besonders in den letzten zehn Jahren, bedingt durch den Wandel hin zu einer überwiegend repressiven Vorgehensweise, durch zunehmende Spannungen gekennzeichnet ist. Die aktuelle Aufstockung der Polizeipräsenz im Quartier hat bei den betroffenen Jugendlichen ein Gefühl der Bedrängtheit hervorgerufen und offensichtlich einige verstärkt dazu veranlasst, ihr Mikroterritorium gegen die Polizeibeamten, aber auch gegen andere „Fremde“ zu schützen und sich dadurch ein Gefühl von Macht zu erhalten, so wird es von mehreren Experten beschrieben. Hier zeigen sich, wie auch schon in La Noë angesprochen, die verheerenden Wirkungen der Rhetorik und Politik des ehemaligen Innenministers und späteren Präsidenten Sarkozy bei der Produktion von negativen Quartierseffekten, und es zeigt sich zugleich die Notwendigkeit der Entwicklung neuer Perspektiven hinsichtlich des staatlichen Vorgehens in den *cités*.

Die Interviews in Lille-Sud beschreiben einen engen Zusammenhang zwischen *Perspektivlosigkeit* und der Entstehung negativer Quartierseffekte, besonders was die Jugendlichen angeht. Das Fehlen von Erfolgsgeschichten und positiven Vorbildern im Familien- und Freundeskreis, verbunden mit dem Gefühl, aufgrund seines Wohnortes geringschätzig behandelt oder diskriminiert zu werden, führt bei vielen zu Frust, so wird es in vielen Interviews beschrieben. Die aus dieser Gemengelage entstehende Motivationslosigkeit sehen viele der Experten als eine der zentralen Ursachen für den schulischen Mißerfolg der Kinder und Jugendlichen in den lokalen Schulen an.

An dieser Stelle ist es zuletzt geboten, die Effekte des *Stadterneuerungsprozesses* im Quartier zu beleuchten. Hier werden zum einen deutlich positive Effekte beschrieben, wie die Aufbruchstimmung unter den Einwohnern und die große Bereitschaft vieler, sich aktiv einzubringen und im Rahmen von Projekten bei der Stadterneuerung mitzugestalten. Doch es kommt laut Experten auch eine große Verunsicherung der Bewohner zum Vorschein. Vor allem das Leitbild der sozialen Mischung und die daraus hervorgehenden Versuche, durch neue Bauprojekte mittlere und höhere Einkommensgruppen für das Quartier zu gewinnen, werden sehr skeptisch betrachtet. Angesichts der Sorgen der Bewohner von Lille-Sud zeigt sich in den

Interviews mehr als deutlich, dass der Kampfbegriff der sozialen Mischung nicht gerade zur Wertschätzung der lokalen Bevölkerung – insbesondere der einkommensschwachen Teile – beizutragen vermag, sondern vielmehr eine stigmatisierende Konnotation enthält, die der Lösung der bestehenden Probleme eher hinderlich als förderlich ist. In diesem Kontext sind auch die gezielten Schädigungen von Baustellen, meist durch Jugendliche, zu sehen, die von einigen Experten nicht als reiner Vandalismus, sondern als Widerstand gegen die Maßnahmen der Stadterneuerung interpretiert werden.

### 3.7.3.3. *Am Anger*

„Ja, in Berlin ist das ganz anders.  
Hier ist man ganz anders ausgegrenzt.“

Dieses Zitat aus einem der Erlanger Expertengespräche bringt einen der Grundgedanken von Quartierseffekten auf den Punkt: Das subjektive Erleben und die Bewältigung von sozialer Ausgrenzung und Marginalisierung wird immer auch vom lokalen Kontext mitbestimmt. So sind Quartierseffekte und deren Entstehungsmechanismen immer von den Bedingungen im Quartier und dem gesamtstädtischen Kontext abhängig.

Für den Erlanger Anger könnte dies bedeuten, dass negative Quartierseffekte trotz objektiv guter Ressourcenausstattung des Quartiers dennoch eine vergleichsweise große Rolle einnehmen, weil sich das Quartier in einer sehr wohlhabenden und prosperierenden städtischen Umgebung befindet (vgl. Atkinson & Kintrea 2001). Marginalisierung und das Leben in einem ärmeren Quartier können hier viel belastender und stigmatisierender erlebt werden (ebd.). Im Folgenden wird auf der Grundlage der Expertenaussagen die Bedeutung von Quartierseffekten im Anger diskutiert werden, um auf dieser Basis anschließend einige der lokal wirksamen Wirkungszusammenhänge zu skizzieren.

#### 3.7.3.3.1. Objektive Ressourcen

Die Ergebnisse der Expertenbefragung weisen für den Wirkungsbereich objektiver Ressourcen deutlich auf positive Effekte des Wohnquartiers für die Bewohner hin. Hier werden von den Experten insbesondere die positiven Lagemerkmale des Quartiers hervorgehoben: Der Anger grenzt unmittelbar an die Erlanger Innenstadt und ist damit sehr zentral gelegen. Mehrere Buslinien sorgen für eine regelmäßige Verbindung zwischen Quartier und Stadtzentrum, welches nur zwei Busstationen entfernt ist. Mehrfach wird von den Interviewpartnern unterstrichen, dass es sich – trotz der Nähe zur Autobahn im westlichen Teil des Gebiets und der Bahnstrecke Erlangen-Nürnberg im östlichen Teil – um ein ausgesprochen ruhiges und attraktives Wohngebiet handelt:

„Es ist ein schöner Stadtteil zum Leben. Wir haben keine Industrie da drin, wenig Autoverkehr oder so was, es gibt etwas wenig Parkplätze, das ist normal.“

Positiv hervorgehoben werden ebenfalls mehrfach der gute bauliche Zustand und die Qualität der Wohnungen, v.a. was den sanierten Teil der städtischen Wohnungsbaugesellschaft betrifft und die für Erlanger Verhältnisse immer noch relativ günstigen Mieten:

„Hier kann man wohnen. Es ist stadtnah, hat noch ein bisschen Flair mit dem alten Zeug, ist nicht super teuer [...]. Und die Wohnungen sind gut geworden.“

Mehrfach werden von den Experten die guten Freiraumqualitäten des Wohngebiets, insbesondere das viele Grün und das Angebot an Spielplätzen hervorgehoben. Außerdem wurde das gepflegte Erscheinungsbild des Wohngebiets angesprochen, was insbesondere auf die regelmäßige Reinigung durch die GEWOBAU zurückgeführt wurde:

„Es gibt Spielplätze für die Kinder. Und mit dem Garten, da kommt eine Firma mit Gärtner zum sauber machen.“

Neben der Lage- und Freiraumqualitäten des Angers zählt auch die gute gewerbliche Infrastrukturausstattung des Gebiets laut Experten zu den zentralen Stärken im Bereich objektiver Ressourcen (vgl. Abbildung 16).

**Abb. 16: Kleineres Nahversorgungszentrum im westlichen Teil des Angers**



Quelle: A.N.

Hierzu wird insbesondere auf ein neueres Nahversorgungszentrum verwiesen. Dieses umfasst eine Bäckerei mit Café, einen Supermarkt, eine Apotheke sowie ein Schreibwaren- und Blumengeschäft. Außerdem existieren zwei weitere Supermärkte im Quartier. Hinzu kommt eine sehr gute soziale Infrastruktur, die im Gebiet seit den 1970er entstanden ist:

„Am Anger gibt es 1000 Sachen, da gibt es die Mutter Kind Gruppe oder Lernstuben, zwei oder sogar drei. Dann gibt es dort viele Vereine, die da vorhanden sind. Es gibt zwei Bürgertreffs in der Isarstrasse und ...[...] Also es gibt 1000 Sachen, es gibt Angebote für Kinder und Frauen, für Männer, für alle. Und ich denke, dass da einiges abgedeckt wird.“

Das umfangreiche Angebot an Beratungs- und Hilfeeinrichtungen wird in der Mehrheit der Expertengespräche hervorgehoben, wobei betont wird, dass dies eine traditionelle Stärke des Gebiets darstellt:

„Im Anger sind wir sehr gut bestückt mit Hilfsangeboten. Wir hatten bis vor kurzem die absolute Komm-Struktur. Wir haben mündige Bürger und die kommen zu uns. Es gibt aber auch nachgehende Hilfe, die geht dann auf die Bürger zu.“

Inmitten der Befragung zu den objektiven Ressourcen des Quartiers wird immer wieder deutlich, welche große Rolle die Sanierung durch die GEWOBAU für die Einschätzung der Experten spielt. Insbesondere die Freiraumqualitäten und die bauliche Qualität der Wohnungen haben laut der Erlanger Experten deutlich durch die Sanierungsmaßnahmen gewonnen:

„Also es gibt keinen Vergleich mehr zum Anger vor der Sanierung. Es gibt keine Schuppen, keine kleinen Häuschen, keine dunklen versteckten Ecken mehr. Es gibt keine Schleichwege, es ist alles frei gemacht [...]. Die Grünbepflanzung ist einheitlich, es gibt Spielplätze, die wirklich mit Überlegung angeordnet sind, möglichst weit weg vom nächsten Balkon.“

Mieterhöhungen fanden in erster Linie bei Neubeziehern statt, wobei diese nach Angaben mehrerer Experten im städtischen Vergleich immer noch im unteren Mietsegment liegen. Die Mieterhöhungen für Bestandsmieter seien nur in geringem Maße erhöht worden, was sich durch die geringeren Nebenkosten ausgleichen würde. In einem Interview wird beklagt, dass die Mietergärten im Rahmen der Sanierung abgeschafft wurden und Kommunikationsmöglichkeiten und Treffpunkte im Außenraum somit reduziert wurden.

Insgesamt deuten die Aussagen der Experten auf deutlich positive Effekte des Gebiets hinsichtlich seiner Lage und Ausstattungsmerkmale für seine Bewohner hin. Objektiv gegebene negative Lagemerkmale, wie die direkte Nähe zur Autobahn im westlichen Teil des Gebiets und zur Bahnstrecke Erlangen Nürnberg an der östlichen Gebietsgrenze werden von den Experten in keiner Weise erwähnt.

#### 3.7.3.3.2. Soziale Beziehungen

Die Ergebnisse zur Bedeutung und zur Wirkungsweise von Quartierseffekten im Bereich sozialer Beziehungen werden im Folgenden getrennt für die Bereiche Qualität sozialer Netzwerke sowie für Sozialisationseffekte betrachtet. Hinsichtlich der *Qualität sozialer Netzwerke* wird von den Experten insbesondere auf die Aspekte Wohnzufriedenheit, die Qualität der Nachbarschaftsbeziehungen, den Vernetzungsgrad im Gebiet und die Reichweite sozialer Beziehungen eingegangen.

Insgesamt lassen die Ergebnisse der Experteninterviews auf eine hohe *Wohnzufriedenheit* im Anger schließen. Dies zeigt sich bereits im Bereich der objektiven Ressourcen. Hier wurde deutlich, dass die Interviewpartner von deutlich positiven Effekten des Quartiers ausgehen, insbesondere aufgrund der zentralen Lage und der Freiraumqualitäten des Gebiets. Die Mehrzahl der Aussagen zum Bereich Wohnzufriedenheit lassen v.a. aufgrund dieser positiven Lage- und Freiraumqualitäten ein hohes Maß an Zufriedenheit mit dem Quartier vermuten:

„Seit ich den Anger kenne bin ich zufrieden und hier ist es schön. Da passt schon zusammen. Die Stadt ist nicht so weit und du hast an jeder Ecke Fahrstellen [Haltestellen]... Da hast du jede Möglichkeit.“<sup>179</sup>

Neben der positiven Lage- und Ausstattungsmerkmale spielt für die hohe Wohnzufriedenheit auch die *Qualität der Nachbarschaftsbeziehungen* eine Rolle. Diese wird in der Mehrzahl der Interviews sehr positiv beurteilt.

„Man kennt sich über die Jahre, hilft sich auch mal aus, ganz klar. Das ist ein gutes Zusammenleben hier.“

Immer wieder kommt in den Interviews zum Ausdruck, dass die Nachbarschaftsbeziehungen von einem hohen Maß an gegenseitiger Hilfe und Unterstützung geprägt sind. Eine Mitarbeiterin der städtischen Wohnungsbaugesellschaft betont im Gespräch, dass Nachbarschaftskonflikte im Anger eine vergleichsweise geringe Rolle spielen:

„Man hat ja die ganz schweren Fälle im Kopf und im Anger haben wir einen Fall, der andauert und andauert, das heißt, dass er so seit 12 Monaten läuft und alles andere sind Bagatellen.“

Zu diesen Bagatellen zählen insbesondere kleinere Konflikte, die mit dem beginnenden Generationswechsel im Quartier zusammenhängen:

„Wir haben jedes Jahr im Frühjahr die Diskussion über fußballspielende Kinder oder sonst irgendwas. Das halte ich aber nicht für schwierig. Ich sage da ‚ihr wollt nicht, dass die Kinder Amok laufen, also lasst sie spielen‘. Im Winter haben wir keine Probleme.“

In diesem Zusammenhang spielen auch die Sanierung des Quartiers durch die GEWOBAU und der damit einhergehende Bewohnerwandel eine wichtige Rolle. So wurden leerstehende Wohnungen oftmals an Familien vermietet, um die soziale wie demographische Mischung im Quartier zu befördern:

„Im Angergebiet ist die Verjüngung schon eingetreten. Dadurch, dass es nach der Sanierung eine Menge Neubezüge, Um- und Auszüge gegeben hat, gibt es dort eine ganz deutliche Verjüngung. [...] Da haben wir dieses Phänomen, dass der Erstbezug drin ist und dann wegstirbt und dann auf einmal eine Familie mit Kinder nachziehen. Und irgendwie sind Kinder heute anders als vor 20 – 30 Jahren. Das ist Konfliktpotenzial pur. Hier war so ein gewachsener Hauseingang, hier hatten alle zur gleichen Zeit ihre Kinder und da hat es niemanden gestört, wenn mal ein Kind laut war und dann sind die Kinder groß geworden und ausgezogen, es wurde immer ruhiger und auf einmal zieht eine Familie nach.“

Mieterwechsel, die im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel und der Sanierung des Quartiers stehen, befördern nicht nur intergenerationelle Konflikte. Vereinzelt wurde auch ein zunehmender die wachsende Anonymität konstatiert, die mit dem Bewohnerwechsel einhergingen:

„Früher war es anders gewesen, da hast du, wenn ich raus zum Laufen ging, da habe ich vor 14 Jahren fast 80 Prozent der Leute gekannt. Da haben wir uns begrüßt und wussten, wer wir sind. Aber in der heutigen Zeit leider, da haben wir schon fast alles vergessen.“

---

<sup>179</sup> So das Zitat eines Gebietsexperten, der im Gebiet arbeitet und wohnt.

Bei der Beurteilung der Nachbarschaftsbeziehungen wird z. T. eine interne Differenzierung im Quartier vorgenommen. Anonymität und Konflikte werden dann in bestimmten Teilbereichen des Gebiets verortet, zumeist im Bereich der Hochhäuser im südwestlichen Teil der Siedlung.

„Bei der Isarstraße, das ist bisschen ein unruhiger Teil geworden. Damals war das eine schöne Ecke gewesen, aber in letzter Zeit sind da Krawalisten dort. [...] Jugendliche und die neuen Umgezogenen dort, aber so schlecht ist es auch nicht. Da wo die Hochhäuser gebaut wurden, es ist soviel gemischt gewesen. Jetzt, der Nachbar kennt den Nachbarn nicht und es sind alles Jugendliche. Nicht wie hier, da ist der lebendige Teil, sagen wir mal.“

Hier wird zunächst eine Differenzierung des Gebiets deutlich, wobei eine schlechtere Qualität für Nachbarschaftsbeziehungen für ein Teilgebiet im Westen des Quartiers angenommen wird. Hier befinden sich zum einen die Hochhäuser, zum anderen der Großteil der noch unsanierten Wohnungen der GEWOBAU. Das obige Zitat zeigt darüber hinaus beispielhaft für mehrere Experteneinschätzungen, dass die Bewertung der Nachbarschaftsbeziehungen z. T. von einer Differenzierung in „früher“ und „heute“ geprägt ist.

Konflikte im öffentlichen Raum, wie etwa Ruhestörung oder Vandalismus spielen in den Experteninterviews kaum eine Rolle:

„Krawall oder so was findest du hier ganz selten. Deswegen ist es so gemütlich.“

Allerdings wird auch hier in einigen Interviews eine gebietsbezogene Differenzierung vorgenommen, wobei Nutzungskonflikte bzw. störendes Verhalten in bestimmten Teilbereichen verortet wird:

„Was ich im Anger nicht sehe, was in Bruck gesehen habe, dass sind diese neuralgischen Punkte, wo sich dann halt die Säufer treffen. Das kannte ich in Bruck. Das war bei Anger teilweise hinten an der Pestalozzistrasse und so, dass hat sich aber alles verlagert. Und das ist jetzt auch auf der anderen Seite, Isarstrasse und die Hochhäuser, da ist es mittlerweile schlimm.“

Von einigen Experten wird angenommen, dass die zentrale Lage des Quartiers dazu führt, dass Konflikte des öffentlichen Raums, insbesondere von Jugendlichen des Gebiets, in der benachbarten Innenstadt ausgetragen werden und somit aus dem Quartier „ausgelagert“ werden:

„Jetzt wissen wir auch über die Polizei und die Jugendlichen auch so von vereinzelten [schwierigen Jugendlichen]. Die hingen dann am Hugo rum oder am Bahnhof. Das kann man dann nicht mehr so zuordnen, weil vom Anger ist es nicht mehr weit. Also direkt am Anger nicht, die sind dann eher in der Stadt.“

Hier wird vermutet, dass die Innenstadtnähe des Quartiers dazu führt, dass sich potentielle Konflikte im öffentlichen Raum verlagern und für das Gebiet selbst somit eine eher untergeordnete Rolle spielen.

Trotz der erwähnten Einschränkungen wird die Qualität der Nachbarschaftsbeziehungen von den Experten zusammenfassend sehr positiv bewertet. Besonders hervorgehoben wird in die-

sem Zusammenhang auch der hohe *Vernetzungsgrad* im Gebiet. Es existiert eine Vielzahl von sozialen Einrichtungen und Vereinen im Angerviertel, die stark miteinander kooperieren. Dies wird von allen Experten als Besonderheit des Stadtteils hervorgehoben. Zum Ausdruck kommt der hohe Grad an Vernetzung beispielsweise bei dem Stadtteilarbeitskreis, der seit Längerem im Quartier existiert und sich regelmäßig trifft, um sich auszutauschen und gemeinsame Aktivitäten zu organisieren:

„Also jetzt der Stadtteilarbeitskreis ist eher so ein Arbeitskreis von den Leuten, die direkt vor Ort arbeiten. Wir haben dann noch mal seit zwei Jahren jetzt ein Stadtteilstadtteilfest mit organisiert, dass macht ein anderer Kreis und da beteiligt sich auch die GEWOBAU, die Sparkasse und auch noch andere Unternehmer. Da ist auch ganz spannend, also vom Bäcker bis zum Apotheker. Also Leute, die da auch so ein Bewusstsein haben. Also bei Leuten, die seit Generationen hier im Anger wohnen, da ist es auch schon ausgeprägt, dass sie etwas für den Stadtteil tun wollen. Es gibt schon auch eine Verbundenheit zum Stadtteil.“

Es zeigt sich, dass sich durch die Vielzahl der Initiativen und auch durch die personelle Kontinuität der Stellenbesetzung ein dichtes Netzwerk mit ausgeprägten Kooperationsstrukturen entwickelt hat. So wird mehrfach betont, dass die Stadt viel in die soziale Infrastruktur und Netzwerkarbeit investiert habe und somit „kleinteilige Absprachen, pragmatisches Handeln und gute Kontakte“ im Gebiet vorherrschen. Die Vernetzung und Aktivierung im Stadtteil wird durch mehrere regelmäßig stattfindende und inzwischen etablierte Stadtteilstadtteilfeste unter Beteiligung verschiedener lokaler Institutionen gefördert:

„Die Türkische Moschee, die machen seit Jahren offene Straßenfeste, die auch gut angenommen werden. Mit Zauberer und Hüpfburg und lecker Essen und so.“

In den Experteninterviews zeigt sich außerdem sehr deutlich, dass sich der hohe Grad an Vernetzung im Quartier auch in guten Beziehungen zur Stadtverwaltung niederschlägt, so dass die Kooperation zwischen Quartierseinrichtungen und Stadtverwaltung überwiegend positiv dargestellt wird:

„Ich muss aber sagen, dass ich mich am Anger genügend von der Politik unterstützt fühle. Es ist keine Kränkung.“

Trotz der in mehreren Interviews geäußerten Vermutung, dass sich insbesondere die Aktionsräume der Jugendlichen in die Erlanger Innenstadt ausdehnen, wird in einigen der Interviews die Annahme deutlich, dass zumindest bei einem Teil der Bewohner die *Reichweite der Aktionsräume* eingeschränkt sind:

„Was bei vielen Kindern nicht so ist, sind Ausflüge oder Reisen. Die Mittelschichtseltern, die in den Zoo gehen, andere Sachen machen, das fehlt vielen. Das versuchen wir auch anzuregen oder selbst zu machen. Aber auch die Eltern anregen und sagen, geht doch da mal hin. Ihr könnt auch Ermäßigung bekommen, vieles wissen sie auch nicht. Es gab jetzt in Erlangen an der Volkshochschule als Hartz IV Empfänger 70 Prozent Ermäßigung. Das hat ganz gut gewirkt. Es wurde aber auch wieder zurückgenommen.“

Die eingeschränkten Aktivitäten vieler Kinder und Jugendlicher werden von den Experten überwiegend auf die beschränkten finanziellen Möglichkeiten der Familien zurückgeführt:

„Also so allgemein, da ich nicht in der Jugendsozialarbeit bin, erlebe ich die Mädchen in ihren Freizeitverhalten. Sehen tue ich natürlich einiges, dass sie sehr wenig Geld haben, sehr wenige Möglichkeiten, es teilweise sehr große Familien sind. Wenn wir Schwimmen gehen, dann sagen wir immer drei Euro und das können sie oft nicht anschaffen. Da kommen sie es eben umsonst oder machen eben Sozialarbeit, kleinere Hilfsdienste, um das Geld eben zu verdienen. Ich denke aus reichen Familien kommt da kein Kind. Es sind eher die, die in der Lernstube oder im Hort sind und die in schwierigen Familienverhältnissen leben“.

Neben den Einkommensverhältnissen, wird in mehreren Gesprächen auch der jeweilige Schultyp im Zusammenhang zur Ausdehnung der Aktionsräume und sozialen Netzwerken der Kinder und Jugendlichen gesetzt:

„Also gerade bei den Jugendlichen, die benachteiligt sind [...]. Bei den anderen überhaupt nicht. Die vom Gymnasium, da kommen alle irgendwo zusammen, genauso bei der Realschule. Da ist es nicht so stadtteilbezogen, bei allen die in der Grund- und Hauptschule sind, die werden ja auch in Stadtteilen zusammengefasst. Und da ist es viel stärker ausgeprägt.“

Die Annahme von negativen *Sozialisationswirkungen* beispielsweise in Form der Aneignung ungünstiger Einstellungen und Verhaltensweisen spielt im Angerviertel laut Experten keine Rolle. Vereinzelt werden zwar Angaben zu Milieueffekten gemacht, diese werden aber in anderen Erlanger Quartieren verortet:

„Das würde ich sagen, ist hier am Anger nicht so. Da gibt es eher die Krasserer, wo die Übergangswohnungen, Notwohnungen sind. Das ist in Bruck und in Büchenbach. Da ist es noch mal richtig anders. Ganz schlimm. Da ist eine Kultur, da sterben die Leute jung, Drogen und Alkohol und ne andere Lebenskultur, wirklich! Die sind noch eine Stufe tiefer. Hier sind ja noch die richtigen Wohnungen.“

Für den Anger selbst werden von den Experten keine Milieueffekte angenommen, Delinquenz oder die Entwicklung von bedenklichen Wertevorstellungen bleiben auf Einzelfallniveau und werden überwiegend als harmlos eingestuft:

„Wir haben ja auch die Stadtteilversammlungen, wo der Bürgermeister ist und da wird dann richtiger Kinderkram besprochen. Da gibt es dann mal Mofarocker, aber keine Gangs und da haben sich Leute aufgeregt. Das hat halt eher dörfliches Niveau. Und da gibt es dann auch welche, die ich kenne. Da der eine Gangster, der hat hier eingebrochen in die Pfarrhäuser... aber das ist kein Problem.“

Ungünstigen Sozialisationswirkungen auf Verhalten oder Einstellungen Jugendlicher kommt nach Ansicht der konsultierten Experten keine Bedeutung zu. Dafür werden Bildungseffekte für Kinder und Jugendliche sehr stark thematisiert. Die Frage nach den *Bildungschancen* der Kinder und Jugendlichen im Anger nimmt einen wichtigen Platz inmitten der Ausführungen der Experten ein. Hier kommen v.a. zwei unterschiedliche Perspektiven auf das Thema zum Ausdruck. Bei der ersten werden die Qualität der lokalen Grundschule und das große Engagement des Lehrpersonals hervorgehoben, bei der zweiten werden vielmehr die vergleichsweise geringeren Bildungschancen der Schüler an der Quartiersschule diskutiert. Die Qualität der lokalen Grundschule wird in vielen Expertengesprächen hervorgehoben:



„Ja das hat sich gemischt [im Anger]. Es mag sein, dass es noch einen hohen Ausländeranteil gibt, da wir im Anger einen hohen Bewohneranteil von Ausländern haben. Die [...] Schule ist im Erlanger Stadtbild aber eine unkritische Schule.“

Positiv hervorgehoben werden im Einzelnen das Engagement der Lehrer, die gute Kooperation zu anderen Akteuren des Stadtteils sowie die engagierte Schulleiterin:

„Wobei sich jetzt viel verbessert hat, die haben jetzt eine wahnsinnig gute Rektorin [...]. Die ist sehr engagiert [...]. Die macht auch überall mit und unterstützt auch alle Initiativen wo es nur gibt, geht auf die Probleme der Eltern ein. Seit dem sie da ist, werden die Feiertage der muslimischen Familien auch in sofern geehrt, dass an diesen Tagen nicht unterrichtet wird, sondern nur gespielt. Die haben es eingesehen, die haben auch Rechte und auf ihre Feiertage und dann sollen sie auch. Die ist sehr, sehr offen und sehr engagiert.“

Dem gegenüber wird auch häufig thematisiert, dass die soziale Zusammensetzung der Klassen für manche Schüler zu einer Benachteiligung hinsichtlich des Lernerfolgs an der örtlichen Grundschule führen würde. Hierbei wird v.a. auf Sprachprobleme durch einen höheren Anteil von Kindern nichtdeutscher Herkunftssprache verwiesen:

„Also ich würde sagen die Schulsituation [ist das Hauptproblem des Angers]. Weil in der [...] Schule ein dermaßen hoher Ausländeranteil ist und dadurch eine wahnsinnige Unruhe in den Klassen. Ist insgesamt durch die Sprache und so weiter, dass ich da schon sagen würde, es ist eine schwere Benachteiligung. Man hat ja den direkten Vergleich zur [...] Innenstadt Schule, die Eliteschule ist.“

In mehreren Interviews kommt die Befürchtung zum Ausdruck, dass selbst motivierte Schüler durch die soziale Zusammensetzung an der lokalen Grundschule und den Problemen in den Familien geringe Lernerfolge erzielen könnten:

„Und es ist eben in keinster Weise ausgewogen. Selbst wenn die Kinder was lernen wollten, durch diese ganzen Defizite, die da sind, ist es fast nicht mehr möglich.“

In diesem Zusammenhang wird von zwei Experten die schwierige soziale Situation vieler Eltern und die daraus resultierende geringere Betreuung durch die Eltern als mitverantwortlich für den geringeren Bildungserfolg betrachtet:

„Da ist auch durch die Mehrfachbelastung der Eltern oft dann gar nicht so viel Energie da, sie können sich nicht so um die Kinder kümmern.“

Die Konsequenzen dieses als ungünstiger beschriebenen Lernklimas an der lokalen Grundschule werden vereinzelt auch hinsichtlich der Erfolgsaussichten der Kinder beim Übertritt ins Gymnasium thematisiert. Angenommen werden hier geringere Übertrittschancen nach der vierten Klasse auf das Gymnasium. Hierfür werden nicht nur geringere Bildungschancen und –erfolge verantwortlich gemacht, auch eine „Vorverurteilung“ der Kinder aus einem eher bildungsfernen oder migrantischen Niveau spielt nach Einschätzung eines Experten eine Rolle:

„Ich weiß, dass von den Quoten bei Übertritt in anderen Schulen eine wesentlich höhere Quote ist. Da geht ja kaum ein Kind auf die Hauptschule. In der [...] Schule sind es immer nur ein paar Kinder, die es auf das Gymnasium schaffen. Was ich merke ist, dass bei dem akademischen und deutschen Hintergrund ganz andere Kriterien angelegt werden. Da ist schon klar, dieses Kind geht auf das Gymnasium.“

Hier wird angenommen, dass insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund von möglichen Benachteiligungen durch Vorverurteilung und Vorurteile betroffen sind. In einem anderen Interview werden mögliche Folgen dieser Benachteiligung thematisiert:

„Es gibt eben auch türkische Familien, die sagen, sie wollen aus dem Anger weg, weil sie eben den Kindern die Möglichkeit geben wollen, auf eine höhere Schule zu kommen und da auch Erfahrungen gemacht werden, dass das von vornherein nicht zugetraut wird.“

Auch bei Familien ohne Migrationshintergrund wird von einer Expertin von der Tendenz berichtet, wegzuziehen oder auf Schulen in anderen Stadtteilen auszuweichen, um somit die Bildungschancen der Kinder zu erhöhen:

„Die Leute stellen ständig Anträge (...). Wenn man eine Oma aufzuweisen hat, wo das Kind dann am Nachmittag ist. Das ist eine elitäre Geschichte, ich kann es aber auch verstehen.“

Zusammenfassend kann betont werden, dass das Thema von Bildungs- bzw. Schuleffekten in den Erlanger Interviews eine sehr große Bedeutung zukommt und mögliche negative Effekte in diesem Bereich sehr stark thematisiert werden.

### 3.7.3.3.3. Symbolik

Die Ergebnisse hinsichtlich des Wirkungsbereichs Symbolik zeigen überwiegend eine positive Einschätzung des Images des Quartiers. Nur vereinzelt werden auch negativere Einschätzungen zum Image des Stadtteils deutlich, wie sie sich im folgenden Zitat äußern:

„Also das Image ist schon noch da. Die sagen schon noch ‚aus dem Glasscherbenviertel‘.“

Eine ähnliche Einschätzung kommt im Gespräch mit einer anderen Gebietsexpertin zum Ausdruck:

„Also ich denke schon, dass es immer noch einen schlechten Ruf hat. Ich kann es nicht vergleichen mit vor 10 Jahren, aber es hat noch immer einen schlechten Ruf. Also gern gehen die Leute nicht hin. Wobei es immer so beworben wird [...]. Ich denke, am Anger ist eben Null Mischung dabei. Also ganz, ganz wenig und es ist eben viel geballter aufeinander.“

In diesem Zitat werden zwei Aspekte angesprochen, die in vielen Gesprächen zum Ausdruck kommen: Zum einen die Frage nach der Bedeutung der Sanierung für die Reputation des Quartiers und dem damit einhergehenden Wandel des Quartier, zum anderen der Einfluss der ethnischen und v.a. sozialen Mischung auf das Image des Stadtteils:

„Der Anger ist jetzt nicht das grässlich Wohngebiet. Es gibt deutlich schlechtere Wohngebiete. Es gibt eben auch Einfamilienhäuser, es ist wirklich etwas durchmischt. Es ist eben kein Ghetto. Das kann man hier nicht sagen“.

Viele Beurteilungen des aktuellen Images des Stadtteils werden wie hier mit der jeweiligen subjektiven Einschätzung des Grads der sozialen Mischung begründet. Dabei führte die Annahme einer geringen sozialen Mischung zu negativen Einschätzungen des Quartiersimages, die Annahme einer stärkeren Mischung zu positiven Einschätzungen. In einem Interview wird

dieser Zusammenhang direkt angesprochen und darauf hingewiesen, dass die Daten zur Sozialstruktur des Quartiers trotz des positiven Wandels des Gebietsimages immer noch eine stigmatisierende Wirkung besitzen würden:

„[...] in den offiziellen Sachen schon [noch das Image eines sozialen Brennpunkts]. Da sind dann die richtigen Zahlen, da sind weiterhin viele Transferleistungsempfänger, viel Alleinerziehende und viele mit Migration sind statistisch einfach da.“

Die Mehrzahl der Experten zeichnet jedoch ein eindeutig positives Bild des Gebietsimages, wobei in den Gesprächen deutlich wird, dass der Erlanger Stadtraum von einer klaren sozial-räumlichen Hierarchie geprägt ist:

„Also ich bin hier so selten, ich wohne in der Altstadt, das ist auch eine ganz andere Welt. Also die Altstadt, dann die Bergleute, die Reichen. Dann kommt der andere Teil von Erlangen. Irgendwann kommen dann die anderen Gebiete. Das ist schon geteilt.“

Das vergleichsweise positive Image des Angers wird häufig dadurch unterstrichen, dass auf Gebiete verwiesen wird, deren Ruf laut Experten schlechter beurteilt wird:

„Ja, vor 10 Jahren war der Anger schon kein Thema mehr, aber rechts vom Kanal, da wohnt man nicht.“

Viele Experten verweisen auf zwei andere städtische Quartiere, die über eine schlechtere Reputation verfügen. Dies trägt im Fall des Angers stark dazu bei, das Gebietsimage aufzuwerten. Zwar unterscheiden sich die anderen Quartiere hinsichtlich der Sozialstruktur kaum vom Anger, scheinen aber aus unterschiedlichen Gründen dennoch gravierendere Probleme aufzuweisen:

„Bruck ist da mehr. Von meinem Gefühl mehr. Eher auch noch Büchenbach. Beim Anger ist die Wohnqualität gut (...). Vom Ruf her glaube ich, dass Brück und Büchenbach verrufter sind als wir.“

Hier wird das bessere Image durch eine gute Wohnqualität begründet, auch in anderen Aussagen von Experten wird ähnlich argumentiert, indem auf Stärken im Bereich der objektiven Ressourcen des Quartiers hingewiesen wurde:

„Also Bruck ist schlechter, so vom Image her. Der Anger ist ein auch näher an der Innenstadt von daher ist es auch nicht schlecht. Die Infrastruktur ist nicht schlecht, also der Kindergarten speziell der von der Erlöserkirche ist auch ganz gut. So schlecht ist die Schule auch nicht.“

Objektive Ressourcen wie die Innenstadtnähe, eine gute Infrastrukturausstattung und die gute Qualität der Wohnungen tragen dazu bei, dass sich der Anger von Quartieren mit ähnlicher Sozialstruktur positiv unterscheidet. Dabei wird z. T. eine interne Differenzierung der einzelnen Gebiete durchgeführt:

„Früher hieß es Bruck und Büchenbach. Es stimmt aber so auch nie für den ganzen Stadtteil. Also auch in Bruck nicht. Es gibt da so eine Art Ghetto und außen wohnen dann die Siedlerhäuschen und so weiter. Also ich habe den Anger nie so als sozialen Brennpunkt empfunden als ich noch in Bruck war“.

Es zeigt sich also zusammenfassend, dass sich der Anger hinsichtlich seiner objektiven Ressourcen, wie v.a. Innenstadtnähe, Wohnumfeldqualität und baulicher Qualität nach der Sanierung von den anderen Gebieten mit ähnlicher Sozialstruktur unterscheidet und damit im subjektiven „Imageranking“ fast aller Gebietsexperten nach oben rutscht.

Außerdem wird in mehreren Gesprächen deutlich, dass für den Anger eine bessere Qualität der Nachbarschaftsbeziehungen und ein geringeres lokales Konfliktpotential angenommen werden, als insbesondere für ein anderes Erlanger Gebiet. Dies trägt zu einer Aufwertung des Images bei. In diesem Zusammenhang wird des Öfteren darauf verwiesen, dass es sich insbesondere bei den Bewohnern mit Migrationshintergrund im Anger um „integrierte“ Bevölkerungsgruppen handelt, die zumeist seit Jahrzehnten im Quartier leben, wohingegen in einem anderem Quartier Gruppen dominieren würden, die „weniger integriert“ seien und mit zahlreichen sozialen Problemen konfrontiert seien:

„Wir haben auch einen ganz hohen Ausländeranteil dort. Aber wenn sie sich ein Gebiet angucken wollen in dem Migration, nach meiner Wahrnehmung das geringste Problem darstellt, ist das der Anger. Da haben wir in Erlangen West, gerade dort, wo es die Wohnungen gibt, die für einen bestimmten Personenkreis gefördert waren, haben wir ganz andere Problemfälle.“

Im Erlanger Kontext profitiert das Quartier also von der Existenz der anderen Quartiere, deren subjektiv als schlechter empfundenen Image dazu beiträgt, den Anger symbolisch aufzuwerten. Der zweite Argumentationsstrang, der für den Bereich Symbolik eine sehr große Rolle einnimmt, liegt in der Bedeutung der umfassenden Sanierung des Gebiets, die vor etwa zehn Jahren durchgeführt wurde. Hierzu der Erlanger Oberbürgermeister Siegfried Balleis in einer Veröffentlichung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GEWOBAU:

„Viele können heute stolz als ihre Adresse den Anger nennen, weil es sich dabei um einen attraktiven Standort handelt, während dies vor der Sanierung häufig verschwiegen wurde.“<sup>180</sup>

Ein ähnlich umfassender Imagewandel durch die Sanierung wird dem Gebiet auf der Homepage der GEWOBAU attestiert, wo eine Entwicklung vom „Problemviertel zum Vorzeigeviortel“ proklamiert wird ([www.gewobau-erlangen.de](http://www.gewobau-erlangen.de)). Diese vorher-nachher-Diskurse bestimmten auch die Ergebnisse der Expertengespräche. Die Bedeutung der Sanierung des Gebiets für eine stärkere soziale Durchmischung und deren positive Wirkung auf das Image des Quartiers, wird hier deutlich:

„Also uns fallen ja, wenn wir an Erlangen denken, schon ein paar Problemgebiete ein, aber da gehört der Anger nicht hin (...). Überhaupt nicht mehr! Also es wurde dort saniert. Unter anderem wurde auch abgerissen, Gebäude die nicht mehr sanierungswürdig waren, wo der Aufwand zu groß war. Dann hat man die Mieter, die in den sanierten Wohnungen verbleiben wollten, also Bestandsmieter, die sind drin geblieben zu einer

---

<sup>180</sup> Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis im Vorwort einer Jubiläumsschrift der GEWOBAU (GEWOBAU 2010: 8/9).

günstigeren Miete, als Mieter, die neu zugezogen sind. Aber dadurch dass die Wohnungen von der Ausstattung einen wirklich guten Standard haben, alles was man so braucht dichte Fenster Wärmedämmung, Zentrale Warmwasser Versorgung und Heizung, und es für Erlangen eine hervorragende Lage ist, also stadtnah und fahrradfreundlich, kam es da schon in dem Prozess nach der Modernisierung zu einer starken Durchmischung, von alten und neuen Mietern [...]. Das ist alles erst nach der Sanierung angestoßen wurden und hat diesen Stadtteil aufgewertet“

Dieser vorher-nachher-Diskurs drückt sich in den meisten Interviews durch Verweise auf „früher“ oder Einfügungen wie „nicht mehr“ aus:

„Zunehmend nicht mehr. Die andere Seite schon, also da wo es zur Autobahn geht. Da schon eher. Sonst wird es eher ein begehrter Stadtteil. Er ist mitten in der Stadt, ist schön grün, ist nicht verdichtet gebaut und ideal“.

Im obigen Zitat wird ein weiteres Merkmal deutlich, das für die Aussagen zur symbolischen Ebene von Quartierseffekten für das Quartier charakteristisch ist. Dieser besteht darin, dass das von den Gesprächspartnern betonte gute Image des Stadtteils durch eine „interne Differenzierung“ der Bewertung ergänzt wird. Häufig wird hier, wie im obigen Zitat, auf die unsanierten Gebiete im westlichen Quartiersbereich, sowie auf die Hochhäuser, die ebenfalls im Westen an die Autobahn angrenzen, verwiesen:

„Ich denke wo es sich in den letzten Jahren zugespitzt hatte ist der Bereich der Isarstrasse...“

Zusammenfassend lässt sich anhand der Ergebnisse der Experteninterviews schlussfolgern, dass symbolische Abwertungsprozesse für den Anger keine bedeutende Rolle spielen. Dies liegt zum einen an den Stärken im Bereich objektiver Ressourcen, die durch die Sanierung unterstützt wurden, zum anderen an der Möglichkeit, auf andere Gebiete mit schlechterem Ruf verweisen zu können bzw. das schlechte Image auf einen Teilbereich des Gebiets zu reduzieren. Konkrete Nachfragen nach Quartierseffekten aufgrund eines schlechten Gebietsstigmatas, wie etwa Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt werden, bis auf eine Ausnahme, ausgeschlossen:

„Ich weiß, dass es, bevor es in der Michael Vogel Strasse die Eigentumswohnungen gab, brauchte man sich nicht bewerben. Ich weiß nicht, wie es jetzt ist [...]“

Auch hier wird einschränkend betont, dass dies nur vor der Sanierung und der damit einhergehenden Aufwertung des Viertels denkbar gewesen wäre. In allen anderen Gesprächen wird eine diskriminierende Wirkung des Quartiers auf seine Bewohner ausgeschlossen.

#### 3.7.3.3.4. Zentrale Ergebnisse

Die Ergebnisse der Erlanger Experteninterviews belegen insgesamt v.a. die Annahme positiver Effekte des Wohngebiets für die Lebensqualität der Bewohner. Diese werden insbesondere für den Bereich objektiver Ressourcen angenommen. Hierzu gehören v.a. Merkmale wie die Innenstadtnähe, das hohe Maß an Freiraumqualitäten und die gehobene Qualität der Wohnungen nach der Sanierung durch die GEWOBAU, sowie die für Erlanger Verhältnisse immer noch günstigen Mieten.

Vor dem Hintergrund dieser guten Ressourcenausstattung des Quartiers werden von den Experten auch positive Effekte im Bereich sozialer Beziehungen angenommen. Dies gilt insbesondere für die gute Qualität der Nachbarschaftsbeziehungen und die hohe Wohnzufriedenheit im Quartier. Aber auch die hohe Dichte und der hohe Vernetzungsgrad sozialer, kultureller und städtischer Einrichtungen vor Ort werden als Indiz für positive Effekte im Bereich sozialer Beziehungen von den Experten unterstrichen. Diese fördern laut Experten durch unterschiedliche Aktivitäten wie Stadtteilstefte wiederum die Wohnzufriedenheit und Ortsbindung der Bewohner und Akteure vor Ort und unterstützen auch gleichzeitig eine gute Beziehung zu verschiedenen Bereichen der Stadtverwaltung. Sozialisations-effekte bei Jugendlichen, wie die Aneignung ungünstiger Verhaltensweisen oder Einstellungen, werden von den Erlanger Experten kaum thematisiert und spielen den Interviewergebnissen zufolge im Anger keine Rolle. Dagegen wird deutlich, dass die Frage negativer Bildungs- bzw. Schuleffekte von den Experten stark thematisiert wird. Hervorgehoben wird von allen die gute Qualität der lokalen Grundschule. Dennoch befürchten viele Experten negative Effekte auf den Bildungserfolg, die aus der Sozialstruktur der Schülerschaft, dem daraus resultierenden erschwerten Lernklima, sowie Vorverurteilungen resultieren könnten.

Positive Effekte des Wohngebiets für seine Bewohner lassen sich aus der Mehrzahl der Experteninterviews für den Bereich Symbolik, sowohl für die Eigenwahrnehmung als auch die Außenwahrnehmung des Quartiers, ableiten. Der Anger profitiert von seiner guten Lage und Ausstattung und seiner Bevölkerungszusammensetzung, die als unproblematischer gegenüber anderen Erlanger Quartieren gilt. Letztere liefern dem Anger einen „Reputationspuffer“ und tragen zu einem guten Image bei. Hierbei spielt auch die Sanierung und das damit einhergehende „Promoten“ des gewandelten Stadtteils von Seiten der Stadtverwaltung und der städtischen Wohnungsbaugesellschaft eine große Rolle.

### *Wirkungszusammenhänge*

Die Ergebnisse der Erlanger Expertengespräche weisen einige Charakteristika auf, die einen interessanten Beitrag zur Frage nach relevanten Wirkungszusammenhängen der Entstehung von Quartierseffekten leisten. Hierzu lässt sich allgemein feststellen, dass die gute Ressourcenausstattung des Angers laut Experten positive Wirkung sowohl auf den Wirkungsbereich soziale Beziehungen als auch auf die Symbolik des Wohnorts erkennen lässt. So deuten die Experteninterviews darauf hin, dass die gute Ressourcenausstattung damit in der Lage ist, potentiell negative Effekte auszugleichen. Außerdem deuten einzelne Aussagen darauf hin, dass es durch die Innenstadt-nähe des Gebiets möglich wird, Konflikte des öffentlichen Raums in die Innenstadt auszulagern, die somit für das Gebiet kaum eine Rolle spielen. Schließlich lassen sich nach Ansicht der Experten drei zentrale Wirkungsmechanismen erkennen, die bei der Entstehung von Quartierseffekten für den Erlanger Kontext relevant sind. Diese fasse ich unter den Schlagwörtern „interne Differenzierung“, „vorher-nachher“ und „Delegation“, zu-

sammen. Dabei gehe ich davon aus, dass alle drei Wirkungszusammenhänge im Fall des Angers überwiegend zur Entstehung positiver Quartierseffekte beitragen.

Unter dem Begriff der *internen Differenzierung* fallen Argumentationslinien, die dazu beitragen, dass mögliche negative Quartierseffekte auf bestimmte Teilbereiche eines Gebiets reduziert werden. Im Erlanger Kontext konnte eine solche von den Experten durchgeführte Differenzierung dazu beitragen, dass die Annahme negativer Effekte im Bereich der Qualität der Nachbarschaftsbeziehungen und Symbolik auf einen kleinen, westlichen Gebietsteil beschränkt blieb, während der Rest des Quartiers durch diese Differenzierung „entlastet“ wurde. Konflikte und störendes Verhalten im öffentlichen Raum sowie anonymes Nebeneinanderherleben und eine schlechte Gebietsreputation blieben so auf ein sehr kleines Teilgebiet beschränkt und werden zum Rest des Gebiets kontrastiert. Durch diese Kontrastierung wird der Anger insgesamt in der Argumentation der Experten aufgewertet und „profitiert“ in diesem Sinne von der Existenz eines kleinen Teilbereichs, der sich hinsichtlich der baulichen Qualität, der unmittelbaren Nähe zur Autobahn und, nach Ansicht vieler Experten, von der Bewohnerschaft negativ vom Rest des Quartiers unterscheidet.

Neben dieser möglichen internen Differenzierung profitiert der Anger deutlich von der Sanierung des Gebiets durch die städtische GEWOBAU, welche vor etwa zehn Jahren durchgeführt wurde. Diese und die damit einhergehenden Verbesserungen im Bereich objektiver Ressourcen führten, verbunden mit der intensiven Werbung durch Wohnungsbaugesellschaft und Stadtverwaltung, zu einer umfassenden symbolischen Aufwertung des Gebiets. In den Erlanger Interviews wird dies in Form zahlreicher „*vorher-nachher-Diskurse*“ deutlich. Insbesondere die Annahme positiver Quartierseffekte im Bereich der objektiven Ressourcen, aber auch das nun verbesserte Image, spielte in den Interviews eine große Rolle. Die Sanierung des Angers, so verdeutlichen es die Erlanger Interviews, stellt einen wichtigen Wendepunkt in der Geschichte des Quartiers dar, der dazu beiträgt, potentiell negativen Quartierseffekten entgegenzuwirken und positive Effekte im Bereich objektiver Ressourcen und Symbolik zu fördern. Am Erlanger Anger wird somit das Potential planerischer bzw. politischer Intervention bei der Vermeidung von Quartierseffekten deutlich gemacht. Vereinzelt wurden auch negative Effekte der Sanierung im Rahmen von *vorher-nachher-Diskursen* thematisiert. Diese beziehen sich auf veränderte Nachbarschaftsbeziehungen, die durch den Zuzug neuer Bewohner nach der Sanierung laut Aussagen einzelner Experten an Anonymität gewinnen und sich z. T. durch kleinere intergenerationelle Konflikte auszeichnen.

Der dritte Wirkungszusammenhang von Quartierseffekten, der im Anger laut der Experten eine zentrale Rolle spielt, wird von mir als *Delegation* beschrieben. Unter Delegation fasse ich jene Argumentationslinien zusammen, die die Entstehung positiver Quartierseffekte für ein Gebiet dadurch befördern können, indem auf „noch schlimmere Problemgebiete“ verwiesen wird. Im Erlanger Fall spielte dies bei der objektiven Ressourcenausstattung, der Qualität der Nachbarschaftsbeziehungen und im Bereich Symbolik jeweils eine große Rolle. Durch die

Möglichkeit der Übertragung und Weiterreichung, beispielsweise einer vergleichsweise schlechteren Ressourcenausstattung, schlechteren Nachbarschaftsbeziehungen oder einer schlechteren Reputation anderer städtischer Quartiere, wird der Anger in den Gesprächen aufgewertet. Zwar unterscheiden sich die angesprochenen Gebiete hinsichtlich der Sozialstruktur kaum vom Anger, scheinen aus unterschiedlichen Gründen dennoch gravierendere Probleme aufzuweisen. Der Erlanger Anger profitiert in diesem Sinne von der Existenz anderer städtischer Quartieren, die als problematischer gelten.

Greift man nun abschließend die Ausgangsfrage der Erlanger Fallstudie auf, ob die Entstehung negativer Quartierseffekte im Fall des Angers, trotz guter objektiver Ressourcenausstattung durch die prosperierende städtische Umgebung, befördert wird, lässt sich diese auf der Grundlage der Expertenaussagen verneinen. Die Kontrastierung des Angers mit einem vergleichsweise hohen Anteil einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen zur „reichen“ Reststadt spielt in den Interviews keine Rolle. Vielmehr sind es die oben beschriebenen Mechanismen der „interne Differenzierung“, „vorher-nachher-Diskurse“ und „Delegation“, mit denen die Entstehung von Quartierseffekten im Erlanger Anger von den Experten charakterisiert wird und die, den Experten zufolge, überwiegend zur Entstehung positiver Quartierseffekte beitragen.

#### 3.7.3.4. *Reuterkiez*

„Der Reuterkiez ist eine Mischung aus einem Gebiet, 2003 da war es wirklich noch ein Gebiet, was bekannt war für hohe Arbeitslosigkeit, Verwahrlosung und hohen Migrantenanteil, Armut. Inzwischen existiert das immer noch, gleichzeitig gibt es ein ganz anderes, geldkräftigeres Publikum [...] was sich breit macht.“  
(Gebietsexpertin)

Dieses Zitat einer Expertin aus dem Reuterkiez bringt die aktuelle Entwicklung des Quartiers auf den Punkt: Einerseits zeigen sich deutliche Merkmale der Aufwertung, wie u.a. die verstärkte Ansiedelung von Bars, Restaurants und Galerien und der deutliche Anstieg der Mieten bei Neuvermietung zeigt. Andererseits existiert im Kiez immer noch ein hoher Anteil einkommensschwacher Bevölkerung und Migranten. Wenngleich der Reuterkiez aktuell unter dem Stichwort Kreuzkölln v.a. als Szenekiez verhandelt wird, so ist er gleichzeitig (noch) ein Ort sozialer Segregation einkommensschwacher Bevölkerung in Berlin. Dieser Doppelcharakter aus Hype und Armut, der manchmal den Eindruck vermittelt, als ob „man von einem Universum ins nächste kommen“ würde, so eine Expertin, ist eine Spezifik innerstädtischer Großstadtquartiere in Deutschland, die in dieser Form in Frankreich seltener existiert, da hier die Aufwertung der Innenstädte in vielen Städten schon abgeschlossen ist.

In Bezug zur Ausgangsfrage von Quartierseffekten und ihren Mechanismen vor Ort kann am Beispiel Reuterkiez diskutiert werden, in welchem Maße die Entwicklung von Quartierseffekten durch einzelne Aspekte der Aufwertung beeinflusst wird und inwiefern der Anteil armer Bevölkerung im Quartier durch die Aufwertung profitieren kann.



#### 3.7.3.4.1. Objektive Ressourcen

Die objektiven Ressourcen des Quartiers werden von der Mehrzahl der Experten überwiegend positiv eingeschätzt, wobei insbesondere die gute Lage und Anbindung des Quartiers, die Freiraumqualitäten und die kommerzielle, kulturelle und soziale Infrastrukturausstattung positiv hervorgehoben werden. *Die Lage und Anbindung* des Quartiers an den ÖPNV wird von allen Experten positiv hervorgehoben. So werden insbesondere die unmittelbare Nähe zu Kreuzberg positiv eingeschätzt, sowie die Nähe zum Verkehrsknotenpunkt Hermannplatz, wo neben zwei U- Bahnlinien zahlreiche Busse eine sehr gute Anbindung an den Rest der Stadt ermöglichen:

„Von der Lage her ist es relativ gut, also es ist halt gut an den ÖPNV angebunden, und das würde ich jetzt sagen, das ist für die Bewohner auch die hauptsächliche Ressource, also da sozusagen, das ist das Verkehrsmittel der Wahl in Berlin und der Innenstadt und deswegen würde ich sagen, ist das gut angebunden.“

Darüber hinaus ermöglichen die Innenstadtlage des Quartiers und die direkte Nähe zum Landwehrkanal und den dortigen Radwegen eine gute Anbindung per Fahrrad. Allerdings wird der Mangel an Fahrradwegen im Gebietsinnern von einzelnen Experten kritisiert.

Positive Effekte werden von den Experten auch aus den *Freiraumqualitäten* des Gebiets abgeleitet. Hier wird zunächst die gute Ausstattung mit hochwertigen Spielplätzen hervorgehoben, die vor allem in den letzten Jahren im Rahmen der Interventionen im Sanierungsgebiet bzw. im Rahmen des Programms *Soziale Stadt* neu angelegt bzw. erneuert wurden. Eine weitere Stärke im Bereich der Freiraumqualitäten des Quartiers stellt nach Meinung vieler Experten seine Kanalrandlage dar. Der Uferweg am Landwehrkanal bietet eine hohe Aufenthaltsqualität, einen regelmäßigen Wochenmarkt, sowie einem Kunst- und Flohmarkt. Darüber hinaus wurde die Nähe zum Volkspark Hasenheide positiv betont, der, östlich an das Gebiet angrenzend, einen grünen Naherholungsraum mit zahlreichen Optionen wie Freiluftkino, Kinderbauernhof, Spielplätzen oder Minigolf darstellt. Das Quartier wird als relativ grün, mit vielen Bäumen beschrieben, wobei sich Grünflächen im Innern des Quartiers auf den Reuterplatz beschränken. Positiv erwähnt wird von einzelnen Experten die bauliche Geschlossenheit des Quartiers, die zur Stärkung der Gebietsidentität beitragen würde:

„Insgesamt würde ich sagen, so von der räumlichen Struktur ist der Reuterkiez doch so in sich gewandt, nicht so nach außen geöffnet, vielleicht liegt das an der Breite der Straßen, ich weiß es gerade gar nicht, also wenn man auf die andere Seite geht, auf den Gräfekiez ist das viel offener, also die Straßen führen viel eher auf allen anderen Öffnungen zum Gräfekiez als im Reuterkiez.“

Hinsichtlich der Qualität des Wohnumfelds wird öfters die starke Verschmutzung des öffentlichen Raums kritisiert. Hier werden herumliegender Müll und abgestellter Sperrmüll angesprochen, und Beeinträchtigungen durch eine hohe Hundekotdichte auf den Gehwegen im

Quartier betont (vgl. Abb. 17).<sup>181</sup> Von zwei Expertinnen wird der Eindruck vermittelt, dass das Gebiet bei der Müllentsorgung durch die städtische Müllabfuhr benachteiligt werde. Ähnliches wird von einer Expertin bezüglich der Schneeräumung in den Wintermonaten geäußert:

„[...] ich hatte auch tatsächlich den Eindruck, letzten Winter als so viel Schnee war, dass da halt viel schlechter geräumt wird als z.B. schon allein hier [in Kreuzberg 36] oder woanders. Und hab dann gedacht, na ja, vielleicht geht ja die BSR da doch nach dem Einkommensschnitt oder so. Wer am meisten Steuergelder zahlt wird am ersten bedient. [...] Von der öffentlichen Daseinsversorgung, auf der Straßenebene, würde ich sagen, ist es benachteiligt, eben mit der Beobachtung mit dem Schneeräumen, auch Müll gibt es mehr als hier [in Kreuzberg 36], zum Beispiel mehr Möbel, die einfach raus gestellt werden.“

Außerdem wird von Einschränkungen der Aufenthaltsqualität in Form von zunehmenden Belastungen durch Autoverkehr berichtet, der in der letzten Zeit, bedingt durch die Zunahme an Kneipen und Restaurants insbesondere den Bereich Weser- und Friedelstraße betrifft. Neben der daraus resultierenden Zunahme an Lärmbelastungen (überwiegend Kopfsteinpflaster) wird die oftmals überhöhte Geschwindigkeit der Autos kritisiert, die das Gebiet insbesondere für Kinder gefährlicher mache. In diesem Zusammenhang wird auf die mangelnde Ausschilderung der Tempo 30 Zone hingewiesen, die nur bei der Einfahrt ins Quartier ersichtlich sei. Zunehmende nächtliche Lärmbelästigung durch die wachsende Anzahl von Kneipen und Restaurants wird von einzelnen Experten angesprochen.

Auf Merkmale des *baulichen Zustands* des Gebiets wird in den Gesprächen kaum eingegangen. Es wird nur vereinzelt bemerkt, dass ein deutlicher Anstieg bei privaten Sanierungsmaßnahmen im Gebiet sichtbar sei. Die Ausstattung des Quartiers mit *kommerzieller Infrastruktur* wird überwiegend positiv bewertet. So wird die gute Ausstattung mit mehreren Supermärkten im Gebiet, kleineren Gemüsehändlern und Bioläden positiv vermerkt. In einem Fall wird kritisiert, die Läden würden sich alle dezentral am Gebietsrand befinden und somit längere Wege erforderlich machen. Eine klare Stärke des Quartiers, die in allen Interviews angesprochen wurde, besteht in der Vielfalt an Cafés, Bars und Restaurants und der *kulturellen Infrastruktur* wie kleinen Galerien, Programmbars o. ä. In diesem Zusammenhang wird meist hervorgehoben, dass die Ansiedlung von kreativen Gewerbe und Gastronomie in den letzten Jahren stark zur Belebung des Stadtteils beigetragen habe. Von den meisten Experten wird der Beginn dieser Entwicklung positiv beurteilt:

„Und die Veränderung der letzten zwei drei Jahre, na ja das ist ja alles so offensichtlich. Es fing ja an mit dieser Ausweitung der Kunst und Kultur und Designer Läden, die es dann gab. Die dann auch immer mehr geworden sind [...]. Im Moment sieht das eben alles so nett aus und so hoch geboomt, aber ich habe so meine Zweifel, dass sich das so hält.“

In vielen Gesprächen wird deutlich, dass die „erste Welle“ von Neueröffnungen im Quartier und die damit einhergehende Belebung des ehemaligen Gewerbeleerstandes von den Experten

---

<sup>181</sup> Das Quartiersmanagement Reuterkiez versuchte bislang mit unterschiedlichen Aktionen, sich des Problems anzunehmen, hier der Flyer zu einer „Hundeparade“ (Quartiersmanagement 2008).

begrüßt werden. Dabei wird häufig zwischen den Anfängen dieser Entwicklung und der aktuellen Situation unterschieden:

„Die Ersten, das waren ja auch Leute, die hier gewohnt haben oder die ziemlich dicht am Gebiet irgendwie dran waren und das finde ich, ist dann ja auch noch was anders. Das sind dann eher so Existenzgründungen, ich habe so das Gefühl, dass ist jetzt aber auch nicht belegt, dass die, die jetzt nachkommen, Leute von irgendwoher [sind], die jetzt mitkriegen, hier geht irgendwas, da setzten wir noch Eins drauf.“

Die Unterscheidung bei der Bewertung der kommerziellen und kulturellen Infrastruktur zwischen den ersten Existenzgründern, die positiv beurteilt werden und der zweiten Welle, den Nachzüglern, die „auf den Hype Kreuzkölln aufspringen“ und eher skeptisch betrachtet werden, wird in den Interviews öfters deutlich.

Eine weitere Stärke des Quartiers, die in fast allen Interviews angesprochen wird, liegt in der Reichhaltigkeit und Vielfalt der *sozialen Infrastruktur*:

„Was die soziale Infrastruktur angeht, habe ich jetzt den Eindruck, dass es ganz gut ist. Also gerade mit den neuen Initiativen im Umfeld der Rütlistraße, dann der 1qm Bildung. Und dann ist da ja am Reuterplatz dieses komische Pekipecafe [...], also da, und da wo jetzt diese Brandwand gestaltet wurde, da ist ja auch ganz viel.“

**Abb. 17: Fränkische Spezialitäten und türkischer Bildungsverein am Reuterplatz**



Quelle: A.N.

Hervorgehoben werden insbesondere die vielen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe im Stadtteil und die Vielzahl von Vereinen mit einem breit gefächerten Angebot an Hilfs- und Freizeitangeboten.

#### 3.7.3.4.2. Soziale Beziehungen

Der Bereich sozialer Beziehungen wird zunächst getrennt für den Bereich Qualität sozialer Beziehungen und dann für Effekte im Bereich Sozialisation betrachtet. Im Bereich der *Qualität sozialer Beziehungen* gehen die Experten v.a. auf die Wohnzufriedenheit im Quartier, den

Bereich Partizipation und Vernetzung und die Reichweite der sozialen Netzwerke und Aktionsräume der Bewohner ein. Hinsichtlich der *Wohnzufriedenheit* wird deutlich, dass alle Experten von einer hohen Wohnzufriedenheit im Quartier ausgehen:

„Das was die Eltern sagen ist, dass sie gern hier im Reuterkiez wohnen. Das ist ein Bezirk, der uns gefällt.“

So oder ähnlich formulieren die meisten Experten die Annahme einer großen Zufriedenheit der Bewohner mit ihrem Quartier. Aspekte wie Unzufriedenheit oder Zwang spielen in den Gesprächen überhaupt keine Rolle. Allerdings wird deutlich, dass die aktuellen Veränderungen im Quartier bei der Beurteilung der Wohnzufriedenheit durch die Experten einen zentralen Stellenwert einnehmen. Wie schon im Bereich der objektiven Ressourcen aufgezeigt, wird der aktuelle Entwicklungstrend des Reuterkiezes hin zu einem Ausgeh- und Szeneviertel von einigen Experten ambivalent eingeschätzt. Viele Interviewpartner begrüßen die Belebung des Stadtteils durch die Ansiedelung von Kneipen, Gastronomie und Kulturinitiativen: So wird v.a. die optische Belebung des Quartiers und die Möglichkeit, selbst gastronomische und kulturelle Angebote im Quartier verstärkt nutzen zu können, positiv beurteilt. Gleichzeitig kann bei fast allen Experten Skepsis bzw. Kritik festgestellt werden, die Einschränkungen im Bereich der Wohnzufriedenheit vermuten lassen:

„Na ja, jetzt gibt es ein nettes Cafe, das Eiscafe Fräulein Frost zum Beispiel, wie reizend, man muss nicht nach Kreuzberg rüber. Fand ich auch ganz nett. Jetzt ist es so, dass es mir langsam auf den Keks geht. Und das Mona Lisa, egal wie man zum Essen steht ...aber dass die weg gehen, da hätte ich weinen können. Man weiß ja nicht was dahinter steht, manchmal haben die Leute ja auch keine Lust mehr, mag ja alles sein. Aber dass da so ein Inder rein kommt... Also da dachte ich auch, also Leute, irgendwie ist es jetzt auch nicht mehr nett. Oder so Sachen wie die Pigalle, da denkst du kommt jetzt mal was rein, also so ein ehemaliger Puff der immer leer steht ist ja auch nicht so schön. Ich fand die Leute da auch nicht so toll. Sie sind ja kaum da und gleich so laut. Gleich am ersten Tag war da gleich die Polizei da, dass war gleich ein bisschen krass.“

Zunehmende Lärmbelastung durch die neuen Nutzungen wird auch von einigen anderen Experten kritisiert, vereinzelt auch die spürbare Zunahme an Autoverkehr im Kiez. Dennoch entsteht in den meisten Gesprächen der Eindruck, dass es weniger die objektiv benennbaren Veränderungen sind, die vielen Interviewpartnern „schwer im Magen liegen“, als vielmehr ein diffuses Gefühl der Verunsicherung angesichts der rasanten Veränderungen im Gebiet. Bei einigen Gesprächspartnern kommt zum Ausdruck, dass sie davon ausgehen, dass viele Bewohner (und auch sie selbst) sich von der Entwicklung im Gebiet überrannt und verunsichert fühlen und in mehreren Interviews wird darüber hinaus deutlich, dass sich einige Bewohnergruppen durch die neuen Entwicklungen im Kiez aus dem öffentlichen Raum verdrängt fühlen:

„Ich habe das Gefühl, dass die Mischung nicht mehr so richtig funktioniert. Ich vermisse manchmal auch die Orte, an denen sich die Älteren erholen können. Das kann nicht sein, dass es nur Hope ist oder die Stadtmission oder die Kirche. Also wenn mir Ältere zunehmend sagen, sie fühlen sich bedrängt. Es ist eine ganz eigene Kultur jüngerer Leute die hier entsteht, die ich auch nicht für zukunftsweisend halte, da die Älteren da nicht vor-

kommen. Ich wünsche mir ein Zusammenleben.... Nehmen wir den Reuterplatz, wenn das ein Platz wäre, an dem ein tolles Cafe wäre, in dem die Ältern sitzen...”

Dieser Interviewpartner geht davon aus, dass sich die älteren Bewohner im Reuterkiez aus dem öffentlichen Raum verdrängt und sich von den aktuellen Entwicklungen überrannt fühlen. Hinzu komme, dass der Radverkehr durch die Belebung des Stadtteils stark zugenommen hat. Da aufgrund der mangelnden Radwege und des vorherrschenden Kopfsteinpflasters meist die Gehwege befahren werden, fühlen sich laut diesem Experten viele ältere Bewohner in ihrer Bewegung im öffentlichen Raum stark verunsichert und eingeschränkt. Aber auch für andere Bewohnergruppen stellt die Aufwertung ihres Kiezes eine Herausforderung dar, so wird es in einem anderen Interview beschrieben:

„Also die älteren Jugendlichen sind ratlos. Sie besetzten nicht mehr die Ecken, weil sie es nicht mehr können. Sie ziehen sich zurück in die Internetcafés, in den arabischen Wasserpfeifencafés, aber auch die werden ja von Studenten gekapert. Klar, diese Betreiber dieser Cafés, die nehmen alles mit und dann richten sie sich halt ein. Dann wird der Preis für die Wasserpfeife erhöht. Sie haben total verloren und sie wissen das. Und die Tendenz geht ja auch dahin, dass die Mieten so kräftig steigen, dass auch Familien abwandern müssen. Einige verschwinden auch, die werden garantiert in Ahrensfelde oder Hellersdorf auftauchen. In den Plattenbauten wo es eine Wohnung gibt.“

Von Beeinträchtigungen oder Verunsicherungen durch die Aufwertung des Reuterkiezes werden von den Experten v.a. für Senioren aber auch für die Gruppe der benachteiligten Jugendlichen berichtet. Dabei geht es hauptsächlich um das zunehmende Gefühl der Betroffenen, aus dem öffentlichen Raum verdrängt zu werden. Es wird deutlich, dass einige Bewohnergruppen durch die Dominanz neuer Lebensstilgruppen im öffentlichen Raum (Studenten bzw. junge, gut qualifizierte Bewohner und Besucher) verunsichert sind. Von daher wird des Öfteren der Bedarf angesprochen, dass Miteinander der unterschiedlichen Bewohnergruppen zu stärken:

„Das [die Verunsicherung der Jugendlichen] zu erleben und auch diese Kommunikation etwas zu stärken, zwischen diesen Neubewohnern, die gar nicht wissen, wo sie sind, und glauben, es sei ein offener Partyraum, der seit eh und je auf sie gewartet hat. Einige könnten da auch ein bisschen tiefer gucken, wo sie sind. Wenn es die Möglichkeit gibt, dann versuchen wir auch ein bisschen zu verbinden.“

In diesem Zusammenhang werden von fast allen Experten Verunsicherung angesprochen, die die Mietpreissteigerung im Quartier betreffen und vielen Bewohnern Sorge bereiten:

„Das ist natürlich immer so eine Sache, einerseits ist es ja auch positiv wenn Stadtviertel [sich] verändern und belebter werden. Andererseits ist die Angst davor, dass die Mieten steigen, auch da.“

Diese hier formulierte Angst vor Mietpreissteigerungen wird in der Mehrzahl der Interviews angesprochen. In Einzelfällen wird auch von Bekannten berichtet, die den Kiez verlassen mussten, weil bei einem anstehenden Wohnungswechsel kein bezahlbarer Wohnraum mehr gefunden wurde. Besonders betroffen von dieser Entwicklung sind laut Experten Haushalte mit Migrationshintergrund und Empfänger von Transfereinkommen, aber auch Familien mit durchschnittlichem Einkommen, die keine bezahlbare größere Wohnung finden und deswegen

den Kiez verlassen müssen. Angst vor steigenden Mieten stellt ganz klar einen wichtigen Aspekt der Verunsicherung der Bewohner dar, die angesichts der Veränderungen im Kiez empfunden wird, so wird von der Mehrheit der Experten beschrieben.

Deutlich positive Effekte werden von den Experten für die Bereiche *Partizipation und Vernetzung* angenommen. Diese Bereiche werden von der Mehrheit der Experten als große Stärke des Quartiers betrachtet. Insbesondere die Partizipationskultur und das große Engagement der Bewohner werden von den Experten als lokale Besonderheit betont:

„Hier gibt es eine bewusste Bewohnerschaft, die sich engagiert, einen großen Quartiersbeirat und schon sehr viel Vereinsinitiativen, die hier versuchen, was zu entwickeln. Dieser Wandel, der hier passiert, bringt andere Leute in den Kiez, wertet das ganze auf.“

In diesem Zitat einer Expertin kommt zum Ausdruck, dass die neu zuziehenden Bewohner engagiert sind und die Beteiligungskultur im Quartier beleben. Der Eindruck, dass es nun mehr Bewohner gibt, die sich engagieren, wird von mehreren Interviewpartnern geteilt. Gleichzeitig betont der Anteil der Experten, die das Quartier schon lange kennen (als Bewohner und/oder Experte) die lange Tradition des Gebiets hinsichtlich Engagement und Partizipation. Diese wird dann meist im Sinne einer politischen Protestkultur interpretiert, die, so eine Expertin, auch durch die Nähe zu Kreuzberg im Sinne „Kreuzberger Verhältnisse“ zu interpretieren sei:

„Was ich jetzt für den Reuterkiez finde, ist, und das hängt vielleicht auch mit den Leuten zusammen, die man selber kennt, ich fand, es gab hier immer so Asterix und Obelix Strukturen. Also es war immer so, wir sind das kleine rebellische Dorf irgendwo und das fand ich auch schön. Man hat hier immer und inzwischen sind es auch mehr Leute geworden, viele Leute gefunden, die auch bereit waren, sich für irgendwas zu engagieren und was zu machen und das ist ja auf jeden Fall eine Ressource und was positives [...]. Das hat für mich den Reuterkiez ausgezeichnet und das ist glaube noch etwas anderes als in anderen Quartieren in Norden von Neukölln.“

Die meisten Experten betonen, dass die Partizipations- und Vernetzungskultur durch das Programm *Soziale Stadt*, insbesondere durch den Quartiersrat und verschiedene Arbeitsgruppen sehr positiv beeinflusst worden sei und eine starke Belebung stattgefunden habe. Dabei wird trotz positiver Gesamteinschätzung von einer Expertin kritisiert, die Vernetzungsgremien des Quartiersrats würden anderen Gremien das Wasser abgraben, weil „die Leute natürlich in die Gremien rennen, in denen die Geldscheine winken“. Außerdem wird von mehreren Experten, die selbst in Quartiersgremien vertreten sind, die Beschränkung der Partizipation auf bildungsnahe Bewohnergruppen und die zu geringe Repräsentanz bildungsferner Bewohnergruppen und von Bewohnern mit Migrationshintergrund kritisiert:

„Das Problem aus unserer Sicht ist, dass schon das Design dieses Programms *Soziale Stadt*, was ja im Grunde eine gute Sache ist, das ist aber schon so angelegt, dass im Grunde nur die Bildungsbürger durch halten. Leute mit mindesten Abi, Hornbrille und Laptop, meisten Hochschulabschluss, die so ein Grundinteresse mitbringen. Weil in der Praxis besteht dieses immer wieder aus ganz vielen Debatten, Sitzungen, Diskussionen, Excel Tabellen. Das ist richtig komplex so, das halten die wenigsten Migranten und auch die wenigsten Deutschen - nicht Bildungsbürger durch.“

Berichtet wird von Problemen, in der Vergangenheit den vorgegebenen Anteil an Bewohnern mit Migrationshintergrund von 6 bis 12 Prozent im Quartiersbeirat und in anderen Projekten zu erreichen. Hiervon ausgenommen waren Projekte, die auf die Zielgruppe Migranten zugeschnitten waren, wobei diese es, einem Experten zufolge, „meistens doof fanden, dass sie immer die Migranten hier sein müssen“. Demzufolge wird von mehreren Experten die Notwendigkeit betont, das interkulturelle Zusammenleben im Gebiet und die Partizipation von Bewohnern mit Migrationshintergrund zu stärken:

„Eben diese persönlichen Erfahrungen, die man mit Menschen aus unterschiedlichen Ländern macht, da lernt man was und kann Dinge auch anders einschätzen. Das wäre auch noch so was, das durch das Quartiersgeschehen noch weiter verstärkt werden müsste. Eben diese Bereitschaft zu Kontakten oder um Miteinander. [...]. Also ich kann mich erinnern, ich bin ja hier in Berlin groß geworden. Da gab es so diese Hoffeste. Da haben sich alle zusammen getan. Das fing halt an mit irgendwelchen Kinderbelustigungen und man saß dann bis zum Abend zusammen. Das wäre schön, wenn so was wieder entdeckt werden könnte. Das hat man zum Beispiel auch durch diese Baumscheiben versucht. Das ist aber alles noch so ein bisschen ..., das steckt noch so in den Anfängen.“

In den Interviews wird deutlich, dass die Experten davon ausgehen, dass der hohe Grad an Vernetzung für viele Bewohner zur Einbindung in enge soziale Netzwerke geführt hat, die die Nachbarschaftsbeziehungen im Reuterkiez insgesamt auszeichnen.

Trotz des hohen Anteils an Bewohnern im Reuterkiez, die sich für den Kiez und im Kiez engagieren, kann bei vielen der konsultierten Experten eine eher kritische Einstellung gegenüber der Bezirkspolitik festgestellt werden:

„Das [der Campus Rütli] wird vom Bürgermeister von oben nach unten bestimmt, also das hat mit Demokratie nichts zu tun. Also Neukölln ist ein feudales System, wir haben einen Provinzfürsten hier und solange der seine Amtszeit hat und der populistisch genug ist, um in der nächsten Wahl wieder gewinnen zu können. Solange der im Amt ist, das ein Regent.“

Kritisiert wird wie hier der Regierungsstil des Bezirksbürgermeisters, aber auch die geringe Offenheit der Verwaltung und Politik gegenüber den Bemühungen der Bewohner. Bei mehreren Experten ist das Gefühl von Frust spürbar, wenn von der Beziehung zur Bezirksverwaltung die Rede ist:

„Eben so Leute [, die sich engagieren,] zu kennen ist für einen selber ja auch eine Bereicherung, aber ich denke, es ist auch für ein Quartier eine Bereicherung, weil es so eine Art von Gewährleistung ist, dass bestimmte Missstände angegangen werden. Also wenn dann die Verwaltung und die Politik noch ein bisschen offener wären für die Bemühungen der Leute, die hier wohnen und was manchen wollen, wäre es natürlich ganz toll irgendwo.“

Diese kritische Einstellung der Experten mag ebenfalls Ausdruck der schon angesprochenen lokalen Protestkultur sein. Sicherlich spielt auch Empörung gegenüber den aktuellen politischen Geschehnissen eine Rolle. So standen während der Interviewphase zum einen die Top-Down Planung des im allgemein positiv beurteilten Campus Rütli bei einigen Experten in der Kritik, zum anderen Kürzungen im Bereich der Jugendhilfe, die von einigen Interviewpart-

nern als parteipolitisches Kalkül der regierenden SPD gegenüber der grünen Jugendstadträtin interpretiert wurden.

Hinsichtlich der *Reichweite der sozialen Beziehungen und Aktionsräume* wird von einigen Experten berichtet, dass sich, bedingt durch die eingeschränkten familiären Aktivitäten, die Aktionsräume der Kinder und vieler Jugendlichen hauptsächlich auf den Kiez beschränken. Dementsprechend lägen bei einigen Kindern und Jugendlichen häufig nur sehr eingeschränkte Kenntnisse und Erfahrungen von anderen Orten oder Sehenswürdigkeiten in Berlin vor, was insbesondere bei gemeinsamen Aktivitäten außerhalb des Quartiers sichtbar wird. Allerdings sei, insbesondere was die Aktionsräume der Jugendlichen angeht, eine deutliche Veränderung in den letzten 10 bis 15 Jahren eingetreten, so die Meinung zweier Experten aus dem Bereich der Jugendarbeit:

„Inzwischen werden die Jugendlichen offener mobiler, über die engen Kiezugrenzen hinaus. Erstmal einen Stadtteil als Ganzes. Ich höre aus Süd-Neukölln bei Treffen mit anderen Einrichtungsleitern, dass viele Jugendliche aus Nord-Neukölln sich auch mal im Süden blicken lassen. Das gab es früher gar nicht. Die Mobilität ist größer geworden. Auch Angebote in der Gesamtstadt sind angesetzt, Diskotheken, Kinos oder sonst was, werden mehr wahrgenommen als früher.“

Die Erklärung für diese Ausweitung der Aktionsräume liegt nach Meinung eines Experten insbesondere darin, dass die Jugendlichen besser informiert und konsumorientierter sind:

„Die sind permanent online und von daher haben sie Kommunikation mit allen Menschen auch außerhalb des Kiezes. Egal wie die Qualität dieser Kommunikation ist, sie findet aber statt. Das spielt sicher eine Rolle mit. Das Konsumverhalten hat sich auch geändert [...]. Jedes Kind hat mit 6 Jahren ein Handy, einen Computer zu Hause, manchmal mehrere Laptops. Die Konsumorientierung ist größer geworden und so negativ wie das ist, hat das sicherlich auch einen positiven Effekt, dass man auch da hinget, wo man sich was reinziehen kann, auch wenn das außerhalb des Kiezes ist. Der Kommerz sprengt die Grenzen.“

Im Bereich der *Sozialisations-effekte* nimmt *Bildung* bei den Neuköllner Experten einen zentralen Platz ein. In allen Interviews wird dieses Thema aufgegriffen und als die vorrangige Herausforderung des Kiezes behandelt. Dabei kommt meist ganz deutlich die Annahme zum Ausdruck, dass negative Bildungseffekte aus dem Besuch einer Schule im Reuterkiez resultieren würden. Das Thema Bildung wird auch im Reuterkiez hinsichtlich zweier Fragestellungen diskutiert: Zum einen bezüglich der zentralen Rolle der lokalen Schulen für die weitere Entwicklung des Kiezes, zum anderen hinsichtlich der geringeren Bildungschancen für Kinder an Schulen im Quartier. Dabei wird zunächst deutlich, dass alle Experten den „Brandbrief“ der Rütli Schule positiv beurteilen, da so das Thema Bildung im Kiez öffentlich gemacht wurde und somit viel politisches Engagement in Gang gesetzt werden konnte:

„Am Anfang spielte die Bildung keine Rolle, vor dem Brandbrief der Rütli Schule haben die [engagierte Eltern] immer gesagt, wir wollen unsere Kiezsche, die wollten nicht hier wegziehen, wenn die Kinder in die erste [Klasse] kommen. Die wollten hier die Schule ihres Vertrauens und haben alle Schulen angesprochen. Bis auf die Franz Schubert Schule hat keiner reagiert. Wenn sie doch geantwortet haben, haben sie gesagt, wir haben kein Problem [...]. Dann kam der Brandbrief im Spiegel. Dann sind so nach und nach die



Schulen alle wach geworden. Dann kamen ganz viele Wunschlisten an Projekten, die wir dann alle absegnen sollten. Und dann hieß es 30 – 35 Prozent Jahresbudget, so 450.000 Euro muss in die Bildung, das kam dann von oben. Es wurden dann so quantitative Vorgaben gemacht.“

Für nahezu alle Experten kommt den lokalen Bildungseinrichtungen zentrale Bedeutung für die weitere Entwicklung des Quartiers zu. Ausgangspunkt dieser Perspektive ist die Feststellung, dass trotz der aktuellen Aufwertung des Gebiets ein immer noch sehr großer Anteil bildungsnaher und sozial besser gestellter Familien den Kiez verlässt, wenn der Einschulungszeitpunkt der Kinder erreicht wurde:

„Die Ausgangssituation hier im Reuterkiez ist natürlich klar, es ist einfach die Situation da, dass hier tatsächlich eine starke Segregation stattfindet oder stattgefunden hat. Ich hoffe, dass wir bald auf dem Weg sind, das ändern zu können. Bisher ist es aber so, dass Eltern dann, wenn sie entscheiden müssen, soll ihr Kind hier in die Kita, soll es hier in die Schulen gehen, dass ihnen Zweifel am bestehenden Bildungssystem kommen und das sie sich dann häufig entscheiden, weg zu ziehen. Wenn man die Zahlen anguckt, wie viel Kinder im Alter von 0 bis 6 hier leben und wie viel von 6 bis 12 hier in die Schulen gehen, dann ist da ein deutlicher Unterschied.“

Die Mehrzahl der Experten macht die weitere Entwicklung des Quartiers von daher von der Frage abhängig, inwiefern es gelingen wird, bildungsnahen Eltern an das Gebiet zu binden und Vertrauen in die lokalen Bildungseinrichtungen zu schaffen. Von mehreren Experten wurde bestätigt, dass dies für die Kitas und Kinderläden im Gebiet schon gelungen sei, da dort der Anteil von Kindern aus Akademikerhaushalten und sozial stabilen Verhältnissen in den letzten Jahren stetig zugenommen habe.<sup>182</sup> Von einzelnen Experten aus dem Bildungsbereich wird diese Entwicklung, wenngleich nur in Ansätzen, auch für den Grundschulbereich bestätigt:

„Es ist immer noch so, dass die Schulen 80 bis 100 Prozent Migrationshintergrund haben. Dass diejenigen, die Lehrmittelbefreiung haben, also auf Zusatzleistungen angewiesen sind, dass die Zahlen sehr hoch sind, weit über dem Berliner Durchschnitt. Das ist immer noch so. Was man spüren kann, ist, dass die Kitas sagen, dass mehr Kinder, die hier in den Kitas waren, gehen auch hier in die Schule oder wollen das. Das kann ich in Zahlen nicht wirklich belegen, aber das ist so die gefühlte Entwicklung. Die Anmeldezahlen hier im Kiez in den Schulen sind in den letzten Jahren angestiegen. Wie immer man das werten mag. Was uns fehlt, ist tatsächlich so ein ganz kleinteiliges Bildungsmonitoring, dass haben wir so nicht.“

Die Eltern, die versuchen, die Schulen des Quartiers zu vermeiden, sei es durch Umzug oder durch „Schultourismus“ (der Anmeldung der Kinder an Schulen in anderen Quartieren), stellen nach Angaben der meisten Experten weniger die Qualität der lokalen Schulen und Lehrkräfte in Frage, als vielmehr die soziale Zusammensetzung der Schülerschaft:

„Ich glaube, das Image der Schule ist gar nicht mal so schlecht. Nur, wir haben eben das Problem im Reuterkiez, [dass wir Eltern] dann schwer halten können, wenn ihre Kinder

---

<sup>182</sup> So wurde berichtet, dass in einzelnen Kitas schon über Quoten für Kinder mit Migrationshintergrund nachgedacht wurde, damit diese Gruppe weiterhin angemessen in den Einrichtungen des Quartiers vertreten bleiben. Hintergrund sei, dass Eltern aus „Akademikerfamilien“ sich meist sehr frühzeitig um Betreuungsplätze bemühen und so die Plätze der Einrichtungen belegen.

schulpflichtig werden. Oftmals habe ich mich mit Eltern in der Schulanmeldungsphase unterhalten, die ihre Kinder auf dem Papier hier bei uns anmelden müssen, sich dann aber gleich mit dieser Anmeldung die Karte für andere Bezirke geholt haben. Die haben sich dann erstmal hier umgesehen und ich habe sie dann auch angesprochen, aber so sinngemäß ‚Wenn die Schule in einem andern Umfeld liegen würde, würden wir unser Kind hier sofort anmelden‘.“

Die Sorge der Eltern bezieht sich meist darauf, so beschreiben es viele Experten, dass der Bildungserfolg ihrer Kinder in einer Klasse mit hohem Anteil von Kindern aus sozial schwachen Familien bzw. Familien mit Migrationshintergrund nicht gewährleistet ist. In der Einschätzung vieler Experten ist dies eine berechtigte Sorge:

„Bildung heißt, mit was für Chancen leben die Kinder hier. Die sind, wenn man aus den Schulen hier kommt, viel geringer als wenn man aus anderen Schulen kommt. Das sind ganz viele Faktoren die zusammen spielen. Wie wird Bildung in den Schulen und im Elternhaus vermittelt. Was für eine Rolle spielt es, wo du zur Schule gehst.“

Die Mehrheit der Experten berichtet von einem erschwerten Lernklima an den Schulen, welches auf die soziale Zusammensetzung der Schülerschaft zurückzuführen ist. Hier spielen mangelnde Sprachkenntnisse und Konzentrations- und Aufmerksamkeitsprobleme, von denen insbesondere Pädagogen aus dem Quartier berichten, eine große Rolle. Insbesondere die Lehrkräfte berichten davon, dass die Arbeit an den Schulen deutlich mehr als nur einen hochwertigen Unterricht umfasse. Deutlich wird, dass ein bedeutender Anteil der pädagogischen Arbeit darin besteht, bei sozialen Problemen zu intervenieren und eine engmaschige Elternarbeit zu gewährleisten. Den Eltern wird bei den geringeren Bildungschancen der Kinder eine zentrale Rolle beigemessen:

„Man kann sagen dass eine komplette Grundschule aus Neukölln weg zieht. Das sind natürlich die Eltern, die überall sonst gern aufgenommen werden. Es sind die aktiven Eltern und an den Schulen führt das dazu, dass diejenigen, die es sich nicht leisten können, übrig bleiben. Die sind nicht unbedingt weniger bildungsorientiert, aber sie haben wenige Ressourcen, ihre Kinder zu unterstützen. Es ist für die Lehrer und Kollegen, die an den Schulen arbeiten, deutlich schwieriger, damit umzugehen.“

Bei den mangelnden Ressourcen der Eltern für die Förderung der Kinder unterscheiden mehrere Experten zwischen der Situation von Kindern aus sozial schwachen Familien ohne Migrationshintergrund und Familien mit Migrationshintergrund:

„Die Probleme sind ..., die deutschen Kinder haben öfters das Problem, die Anforderungen bei uns zu erfüllen, weil sie aus relativ armen Verhältnissen kommen und weil die Familien nicht mehr intakt sind, alleinerziehende Eltern und so weiter. Das ist dann einfach schwieriger. Da achten die Eltern weniger auf das, was anliegt, weil sie eben weniger Zeit haben oder es auch nicht gewohnt sind. [...] Das sind dann meist finanzielle Gründe oder eben mangelnde Betreuung. Während bei Kindern nicht deutscher Herkunft die familiären Verhältnisse intakt sind. Familie spielt bei den türkischen und arabischen Kindern eine ganz große Rolle. Da ist eben eher die große Distanz zur Schule, von der ich bereits sprach.“

In nahezu allen Interviews wird deutlich, dass Elternarbeit, d.h. die verstärkte Kommunikation und Beziehung zur Familie von den Experten eine zentrale Bedeutung für die pädagogi-

sche Arbeit an den Schulen im Gebiet beigemessen wird. Dabei wird v.a. die Notwendigkeit thematisiert, die Eltern in Bildungs- bzw. Schulfragen einzubeziehen und „mit in die Verantwortung zu nehmen“. Mehrere Experten betonen dabei, dass die Eltern schon Interesse am Bildungserfolg der Kinder haben, hier aber in ihren Möglichkeiten eingeschränkt sind:

„Manchen Eltern muss man auch mal sagen, dass sie ein bisschen locker lassen müssen. Grundsätzlich ist es aber positiv. Das würde ich auch immer Richtung Buschkowsky und solcher Pappnasen vertreten, dass es eben ganz viele Eltern gibt, die für ihre Kinder was tun. Weil wenn die sich auch darum kümmern, dass die Kleinen am Nachmittag herkommen und dass die andere Freizeitangebote wahrnehmen, dann ist das auch erst mal positiv. Das sind schon so genannte bildungsferne Eltern, die das machen. Da finde ich dann schon ganz interessant.“

Als Erklärung für die geringeren Bildungserfolge wird von den Experten auch immer wieder das Thema der *Perspektivlosigkeit* erörtert. Es wird in der Mehrzahl der Gespräche deutlich, dass die Experten davon ausgehen, dass bei vielen Jugendlichen im Quartier ein Gefühl der Hoffnungslosigkeit bezüglich der weiteren schulischen und beruflichen Entwicklung vorherrscht. Die Annahme, man habe sowieso keine Chance, hemme die Anstrengungsbereitschaft und die Motivation:

„Die Chance auf ein normales Leben ist eine Utopie. Sie hätten es gern, sie träumen davon, wollen nichts lieber als das, aber sie spüren sehr früh, dass es schwer, wenn nicht sogar unmöglich ist. Von daher, leben mit Hartz IV, mit ein paar Zusatzgeschäften mit denen man es ein bisschen erhöht, dass ist die Perspektive und das ist das größte Problem. Bildung, das was sie in den Schulen haben. Die Schulproblematik hängt natürlich eng damit zusammen. Wie sollen diese Jugendlichen mit dieser Perspektive für ihr eigenes Leben eine Motivation aufbringen, etwas zu lernen? Sie sagen, das brauchen wir auch nicht. Von daher auch die hohe Zahl von Schulverweigerern in Nord-Neukölln. Die Motivation sinkt mit der fehlenden Perspektive. Wenn ich weiß, wofür ich lerne und habe konkrete Ziele, die ich erreichen kann, dann schaffen sie es auch.“

Negative Erfahrungen, die die Grundlage für diese Perspektivlosigkeit bilden, werden von den Experten in unterschiedlichen Bereichen und Situationen beschrieben: So z.B. beim Übergang zum Gymnasium, wo es in den Klassen häufig nur eine sehr geringe Anzahl von Schülern schafft, bei den Bewerbungen um eine Lehrstelle, die bei der Mehrzahl der Schüler erfolglos bleiben.<sup>183</sup> Dabei wird vereinzelt auch deutlich, dass auch Lehrkräfte von dieser Perspektivlosigkeit betroffen sein können:

„Dann war es eben nicht nur so, dass die Schüler, die mir gegenüber saßen, mir gesagt haben, wozu soll ich mich noch anstrengen, es hat ja sowieso keinen Sinn. Sondern die Lehrer, die auf der anderen Seite standen, haben gesagt ‚und denen soll ich jetzt hier was in Deutsch beibringen, ich habe doch eine ganz andere Ausbildung, ich habe eine anderen Anspruch‘. Also da stimmte das überhaupt nicht mehr überein.“

Dazu kommt laut mehrerer Experten der *Mangel an positiven Rollenvorbildern*, die „es geschafft haben“, da viele Familienmitglieder und Freunde selbst über lange Zeiträume arbeits-

---

<sup>183</sup> Berichtet wurde beispielsweise von drei bis fünf erfolgreichen Bewerbungen um einen Ausbildungsplatz bei 25 Schülern mit bestandener mittlerer Reife.

los sind. Insgesamt nimmt das Thema negative Rollenvorbilder für den Bereich Bildung und Sozialisationseffekte einen großen Raum ein. Dabei geht es zunächst um den familiären Nahbereich, der keine erfolgreichen Beispiele liefert, die zeigen, dass schulische Anstrengungen sinnvoll sind:

„Die haben natürlich ihre Vorbilder in der Familie wie Bruder, Onkel oder Vater. Aber dass sich auch schulische Leistungen lohnen, um eben seine Ausbildung zu verbessern, eben auch um eine bessere Ausbildung zu bekommen und auch entsprechende Berufe ergreifen zu können, da haben sie einfach zu wenig. Die Ansprüche der Eltern an ihre Kinder sind sehr hoch. Offensichtlich haben die Eltern aber die Einstellung, es fällt vom Himmel. [...] Das merken auch die Kinder und sagen, ‚meine Mutti und mein Papa sind ja nicht dumm, die sind ja auch zur Schule gegangen, aber was haben die jetzt für Jobs. Warum soll ich mich da anstrengen, wenn es nachher sowieso heißt, dann gehst du eben zum Jobcenter.“

Die erlebte Abkopplung von Anstrengung und Erfolg hat weitreichende Folgen für die Motivation der Kinder und Jugendlichen, davon sind viele Experten überzeugt. Neben einer geringeren Leistungsbereitschaft wird von einigen Experten thematisiert, dass in manchen Familien die Grundstrukturen, die für Schulbesuch und Ausbildung wichtig sind, fehlen würden. So wird mehrfach davon berichtet, manche Kinder seien in ihrer Familie die einzigen, die morgens aufstehen müssten und bei einigen Kindern würde der private Rückzugsraum, der zur Anfertigung von Hausaufgaben und Lernen benötigt wird, in den Familien nicht geboten.

Nicht nur geringere Bildungschancen durch den Besuch einer Schule im Quartier werden von den Experten thematisiert, auch weitere negative Effekte im Bereich Sozialisation werden in den Interviews angesprochen. Hierbei werden *unerwünschte Einstellungen und Haltungen*, die im Klassenverband weitergegeben werden, angesprochen, aber auch von Diskriminierungen einzelner Minderheiten wird berichtet:

„Also ich habe meine Kinder, wie mir dann jemand vorgeworfen hat, ich habe meine Kinder damals auf dem Altar der Integration geopfert [D.h. auf eine Schule im Quartier eingeschult]. Sie haben es auch überlebt, war aber auch naiv. Ich würde auch nicht sagen dass die nichts gelernt haben. Das ist dann auch immer etwas überzogen von so Mittelschichteltern, die dann meinen, ihre Kinder lernen bestimmte Sachen nicht, weil in diesen Schulen der Stoff nicht durchgenommen wird. [...] Die Probleme liegen eher so in den Klassenverbänden und in dem sozialen Miteinander der Kinder und da wird es sehr schwierig.“

Im Einzelnen angesprochen werden in den Interviews Diskriminierungen zwischen einzelnen ethnischen Gruppen, aber auch problematische Genderbeziehungen. Außerdem die Diskriminierung von Kindern mit Gymnasialempfehlung, die dann, so ein Experte, „auch nicht mehr so cool waren“. Angesprochen wird v.a. der Bereich des sozialen Lernens und des Miteinanders. Hinsichtlich der Entwicklung abweichenden Verhaltens und unerwünschter Einstellungen, die den Normen der Mehrheitsgesellschaft entgegenstehen, bis hin zu kriminellen Tendenzen, wird von der Mehrheit der Experten die Meinung vertreten, dies spiele im Reuterkiez keine besondere Rolle und bleibe auf Einzelfallniveau:

„So ein paar Einzelfälle gibt es, andere total fixe Jungs hatten nur Duldung und durften überhaupt keine Ausbildung machen, sind natürlich kriminell geworden. Die haben Autos geknackt, was nichts anders zeigt, nehmen wir es mal als positive Ressource, dass zeigt dass sie Timing haben und gut organisieren können.“

Von vielen Experten wird deutlich gemacht, dass sich gerade die Gruppe der marginalisierten Jugendlichen sehr stark an den Normen und Werten der „Normalgesellschaft“ orientiert und eher wertkonservativ eingestellt ist und von daher die Diskussion über abweichendes Verhalten und Normentwicklung für den Reuterkiez völlig abwegig sei:

„Die zentralen Probleme für Jugendliche sind ganz klar die fehlende Chance irgendwo auf dem Arbeitsmarkt, der nicht mehr existiert, Fuß fassen zu können. Also Existenzsicherung in der Zukunft. Die Kinder und Jugendlichen haben sehr konservative Vorstellungen vom Leben. Also Familie, eigene Wohnung, Auto und Kinder haben, dann reicht das auch schon. Aber das ist nicht mehr erreichbar. Das ist auch seit langer Zeit nicht mehr erreichbar. Wenn dann nur über äußerst krumme Wege, über Wege der totalen Selbstaussbeutung, wenn einer noch das Glück hat, irgendwo im Familienunternehmen unter zu kommen und da 14 Stunden an 7 Tagen der Woche arbeiten zu können. Im Restaurant oder, es ist ja meistens Gastronomie, oder im Einzelhandel. Ein ganz normales Leben, was vergleichbar wäre mit den Normen, die man hier so im Kopf hat. Das ist für sie unerreichbar. Das ist das zentrale Problem, dass es keine Jobs gibt. Darunter leidet dann jeder.“

Dieses Zitat macht deutlich, dass weniger ungünstige Einstellungen und Orientierungen problematisch sind, sondern der Mangel an Perspektiven, individuelle Wünsche und Ziele auch erreichen zu können. Insgesamt wird von der Mehrheit der Experten bestätigt, wie bodenständig die Wünsche und Vorstellungen der Jugendlichen über ihr eigenes Leben sind.

#### 3.7.3.4.3. Symbolik

In den Interviews werden zwei unterschiedliche Perspektiven auf das Image des Reuterkiezes sichtbar: Zunächst das „neue“ Image, welches unter dem Stichwort Kreuzkölln verhandelt wird und das Quartier als coolen Kneipen- und Kulturstandort, sowie als Ort kreativer Ökonomie beschreibt. Die zweite Perspektive zielt auf das Image Nord-Neuköllns ab, welches, über die eigentlichen Quartiersgrenzen hinausreichend, für Bildungsversagen, Armut und so genannte Integrationsprobleme steht. Auch wenn der Reuterkiez gegenwärtig von einem Aufwertungsprozess gekennzeichnet ist, bleibt er, so die Annahme der Mehrheit der Experten, immer noch mit dem negativen Image Nord-Neuköllns verbunden. Wirksam zeigt sich dabei v.a. die Verbindung zu Bildungsversagen und schulischen Problemen, wozu laut Experten v.a. das bundesweite Interesse am „Fall Rütli“ und die damit verbundene Berichterstattung in den Medien beigetragen hat. Diese Auffassung kommt in nahezu allen Interviews zu Ausdruck. Beide Gebietsrepräsentationen werden von den Experten als wirksam betrachtet, im Einzelfall werden sie auch zu einer Gesamtheit zusammengefügt:

„Also ich würde sagen, es ist eigentlich ein super attraktives Image, weil es eben nicht quasi tot aufgewertet ist, sondern es hat halt eben noch so bisschen den Charme des eigenbrötlerischen, ärmlichen z. T. noch verschlafenen, wo man sagt, hier ist noch so bisschen Urbevölkerung da, die da auch bleibt. Und dann gibt es eben viele neue spannende Projekte, und diese Kneipen, wo man denkt, hier machen neue Sachen auf, da sind Leute,

die den Kiez interessant auch finden und da voranschreiten und was auf die Beine stellen. Ich habe das Gefühl, dass es ein sehr gutes Image hat und für mich persönlich, seit ich da arbeite, ist es auch für mich viel attraktiver geworden.“

Im Gegensatz zu dieser Auffassung stehen sich in den meisten Interviews beide Gebietsreputationen unversöhnlich gegenüber. Dabei unterschieden sich die Meinungen der Experten dahingegen, welche Bedeutung das negative Image Nord-Neuköllns für die Bewohner besitzt. In einzelnen Interviews wird angezweifelt, ob das Stadtteilimage überhaupt Relevanz für benachteiligte Bewohnergruppen besitzt:

„Wenn ich an meine Problemfamilien denke, dann habe ich nicht das Gefühl, dass die ein schlechtes Selbstwertgefühl haben. Ich glaube, dass es bei denen gar nicht vorkommt, das [Image Neuköllns] zu reflektieren. Sie kenne ihre Welt, sie fühlen sich da daheim, das stimmt. Aber da sie selbst auch nicht gelernt haben, einen weiteren Blick zu haben, der auch raus geht aus ihrem Umfeld.“

Die Mehrheit der Experten geht allerdings davon aus, dass insbesondere benachteiligte Kinder und Jugendliche vom negativen Image Nord-Neuköllns betroffen sind und gezwungen sind, sich aktiv mit dem schlechten Image Neuköllns auseinanderzusetzen. Konstatiert wird dabei v.a. ein erheblicher Einfluss des Images auf die *Eigenwahrnehmung* der Jugendlichen. Dabei werden in mehreren Interviews zwei hauptsächliche Strategien im Umgang mit dem Negativeimage thematisiert, die auf Aneignung auf der einen Seite und Aufbegehren auf der anderen Seite basieren:

„Das heißt, es entsteht ja auch so ein Bild von Neukölln in der Öffentlichkeit, von Armut, Bildungsnotstand und Gewalt. Die Kinder müssen ja mit diesem Bild auch umgehen. Sie gehen so damit um, dass sie sagen, ich habe ja eh keine Chance, also was soll es überhaupt, das ist so eine Reaktion. Oder sie sagen, so wie meine Eltern das machen, so will ich auf gar keinen Fall. Ich will möglichst schnell weg. Sie setzen sich mit diesem Bild auseinander. Das ist für die Kinder auch schwierig, damit umzugehen. Vielfach wird ihnen nicht viel zugetraut, dass sie Leistung bringen können.“

Die Selbstübertragung des schlechten Images kann sich, wie hier beschrieben, in Perspektivlosigkeit und Hoffnungslosigkeit ausdrücken. Diese Reaktion wird von mehreren Experten beschrieben. Im obigen Zitat wird außerdem eine weitere Konsequenz des Negativeimages Nord-Neuköllns angesprochen, die in Form von Vorverurteilungen im Sinne einer Diskriminierung gewertet werden kann. In mehreren Interviews wird auch beschrieben, dass bei einzelnen Jugendlichen durch das schlechte Quartiersimage die Motivation gefördert wird, sich durch Leistung von der Gebietsreputation abzugrenzen:

„Die einen ziehen sich dieses Bild an und andere sagen, nee, das bin ich nicht und ich bewiese euch das auch. Natürlich sind nicht alle ständig mit ihrem Neukölln-Bild unterwegs und kämpfen dagegen an. Das Bild wirkt aber. Sie erfahren es aber auch in den Medien.“

Bei einigen Jugendlichen trägt das Gebietsstigma zur Entwicklung eines ausgeprägten Quartiersbezugs bei. Hierbei gilt der ehemalige Postleitzahlenbereich Neukölln 44 (in Abgrenzung zu Kreuzberg 36) als wesentliche Referenz und Identitätskonstruktion:

„Dieses 44 ist auch so ein zentraler Bezugspunkt von Identifikation mit allen negativen Mustern. Da musst du dir hier Rap anhören, der hier in Neukölln geschrieben wird. Da sind sie total stolz drauf, dass sie von hier kommen, das ist halt der große Unterschied zu allen anderen. Das ist, was man daraus macht. Aber der Kern ist sicherlich, sicherlich ist es eine Stigmatisierung, die auch als solche empfunden wird.“

Es wird in mehreren Interviews beschrieben, dass der Territorialbezug insbesondere bei benachteiligten Jugendlichen im Reuterkiez Teil einer Jugendkultur geworden ist. Hier wird sich mit dem Negativimage Nord-Neuköllns kreativ auseinandergesetzt und auf individueller Ebene versucht, es positiv zu wenden. Dieser „44 Kult“ wird von mehreren Experten als eine Art „literarisches Gangster Image“ beschrieben, zu dem Coolness, Rap hören und eben der Bezug zu Neukölln gehört. Das Gebiet wird somit zur Referenz für Gruppenzugehörigkeit und Lifestyle, was von den meisten Experten im Sinne eines produktiven Umgangs mit dem Gebietsstigma bewertet wird.

In der Mehrzahl der Interviews werden die negativen Effekte des schlechten Images Nord-Neuköllns thematisiert. Insbesondere die Einschränkung des Aktionskreises und der Größe der sozialen Netzwerke benachteiligter Jugendlicher als indirekte Konsequenz des Negativimages Neuköllns wird mehrfach beschrieben:

„Die sind alles stolze Neuköllner. Die kennen wenig vom Rest der Stadt.“

In den Expertengesprächen wird des Öfteren von einer Verunsicherung der Jugendlichen gesprochen, die aus der Gewissheit des schlechten Rufs des Herkunftsquartiers resultiere. Der starke Territorialbezug, der innerhalb der Gruppe im Gebiet stabilisierend wirkt, scheint, davon wird von einigen Experten ausgegangen, in anderen städtischen Räumen Verunsicherung auszulösen. In mehreren Interviews wurde, wie im folgenden Zitat deutlich, dass viele Jugendliche in ihrer Eigenwahrnehmung das schlechte Image insofern verinnerlicht haben, als dass es zu einer Einschränkung im Selbstwertgefühl der Jugendlichen kommt:

„Es betrifft natürlich stärker die Jugendlichen. Ganz kleine Kinder ist das sicherlich noch nicht so ..., ich glaube aber, dass sie die Atmosphäre auch so mitkriegen. Aber bei den Jugendlichen ist das ganz deutlich. [...] Die sagen, ich geh auch nicht gern aus Neukölln raus, weil ich dann auch weiß, was ich zuhören bekommen. Kolleginnen gegenüber, die im Bereich der Gewaltprävention stark zusammenarbeiten, die haben auch berichtet, dass sie mit Jugendlichen in den Tiergarten gefahren sind, um mal raus zu kommen, und bei der Rückfahrt sagte dann ein Jugendlicher am Hermannplatz, dass es hier stinkt. So was kommt da und das zeigt, dass sie mit dem Bild leben müssen.“

Neben den Auswirkungen auf die Eigenwahrnehmung wird in den Gesprächen mit den Experten aus dem Reuterkiez thematisiert, inwiefern das negative Gebietsimage zu direkten *Diskriminierungen* der Bewohner, insbesondere auf dem Arbeits- bzw. Ausbildungsmarkt für Jugendliche führt. Hier wird zunächst deutlich, dass diese Annahme von vielen Experten bestätigt wird:

„Im Bewerbungsscheiben, wenn du eine Strasse in Nord-Neukölln angibst.... Natürlich gucken die Personalabteilung schon drauf und wenn jemand seine schulische Sozialisation in der Rütli Schule gemacht hat, das war zumindest lange Zeit ein absolutes Aus-

schlusskriterium. Das waren die Zeiten wo, also von 0,0 Prozent einen Ausbildungsplatz gefunden haben und wenn einer mal doch einen gefunden hat, dann wurde das als großer Erfolg gefeiert, bei 50, 60 Leuten. Das lag sicherlich auch an der Herkunft, ganz klar.“

Es wird deutlich, dass die Experten davon ausgehen, dass v.a. der Ruf einzelner Schulen im Gebiet als Quelle der Diskriminierung im Vordergrund stehe:

„In der Vergangenheit war es schon so, dass wenn ich von der Rütli Schule kam oder von der Heine Schule dann habe ich es schon erlebt, ich hatte immer so bis zur 10 Klasse eine Hand voll Schüler, da lagen auf dem Lehrerpulten so die Glatten, wo stand, wo sich Fritz und Liselotte beworben haben. Da stand immer, wo die Bewerbung war und ob eine Einladung kam oder ob die Unterlagen zurück geschickt wurden. Das war ja frustrierend. Da waren ja von Leuten die einen durchschnittlichen Realabschluss geschafft haben, von 25 Schülern 2 oder 3 die eine Lehrstelle hatten. Die anderen sind alle auf ein OSZ gegangen [...] Das kann zusammen gegangen haben mit Herkunft ...also mit Nord Neukölln, also mit den Schulen.“

Wie in diesem Zitat, besteht bei den meisten Experten eine gewisse Unsicherheit, inwiefern Misserfolge auf dem Arbeits- bzw. Ausbildungsmarkt auf das schlechte Image der lokalen Schulen und damit verbundene Diskriminierung zurückzuführen sind. In Einzelfällen wird das Thema der Diskriminierung der Jugendlichen Nord-Neuköllns auf dem Arbeitsmarkt auch in die Nähe eines urbanen Mythos gestellt:

„Also das scheint jetzt auch nicht so krass zu sein. Manchmal wird dann aber auch so ein Märchen weiterverbreitet, was dann so in der Realität nicht so ist. Also auch für einen Arbeitgeber ist doch eher interessant, wen hat er da vor sich und was hat der für Grundlagen und was kann der für Leistungen bringen. Also ohne große Vorurteile.“

In vielen Interviews wird aber davon ausgegangen, dass Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt als Möglichkeit von den meisten Jugendlichen selbst in Betracht gezogen wird:

„Also, vielleicht liegt das aber auch daran, dass wir das hier ständig thematisieren. Also ich weiß das von den Rütli-Schülern, dass dem so ist. Dass die sagen, es ist scheiße, wenn man von der Rütli-Schule kommt und wenn man da ein Zeugnis hat, wo Rütli-Schule draufsteht. Das hat eine von den interkulturellen Moderatorinnen erzählt, die sind ja jetzt auch offiziell Gemeinschaftsschule. Da gab es auch Jahrgänge, die haben angefangen, da war es noch nicht Gemeinschaftsschule, da wollten die, dass auf irgendeinem Zeugnis, es war auch kein offizielles Zeugnis, sondern so ein Beleg, dass da Gemeinschaftsschule und nicht Rütli steht. Die dachten auch, es ist total furchtbar, weil die Schule so einen schlechten Ruf hat.“

Es wird also deutlich, dass selbst wenn das Gebietsstigma zu keiner unmittelbaren Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt führen würde, anzunehmen ist, dass negative Auswirkungen durch die subjektive Annahme der Diskriminierung für die Jugendlichen auftreten können.

Wie bereits beschrieben, bezieht sich das Gebietsstigma Nord-Neuköllns in hohem Maße auf das Thema Bildungsversagen und Schulprobleme. So wird in der Mehrzahl der Interviews von den Experten die Wirkung des Falls Rütli auf das Gebietsimage thematisiert. Dabei stand die Frage, inwiefern das damit einhergehende öffentliche Interesse zur Verfestigung des Gebietsstigmas beigetragen hat, im Mittelpunkt der Ausführungen. In der Mehrzahl der Interviews herrschte Übereinstimmung darüber, dass der Fall Rütli und das darauf folgende politi-



sche Engagement, welches in Form zahlreicher Bildungsprojekte und politischer Interventionen zu Tage trat, eine Aufbruchstimmung für die Jugendlichen mit sich brachte:

„Ich glaube, dass es so gewesen ist, dass diese harten Jungs vielleicht plötzlich Aufmerksamkeit gespürt haben. Dass die plötzlich gemerkt haben, dass da bis zur hohen Politik die Leute ein und aus gingen und das tagelang. Das hat natürlich am Anfang dazu geführt, das hat man ja im Fernsehen gesehen, dass die sich so hingestellt haben und dann Faxen gemacht haben. Die merkten aber in der Folge davon, dass da was anders wird und sich was entwickelt. Man guckt auf uns, da ist auf einmal Interesse da. Ich glaube, dass dies schon so ein positiver Schub war.“

Die Konsequenzen des Fall Rütli werden hier wie in mehreren Interviews positiv bewertet, weil angenommen wird, dass die Jugendlichen durch das öffentliche Interesse endlich das Gefühl hatten, Gehör für ihre Probleme zu finden. Dazu kam die schon angesprochene Aufbruchstimmung, die bei vielen das Gefühl von Bewegung und Hoffnung hervorrief. In anderen Interviews wird der Fall Rütli jedoch auch als imageperpetuierend betrachtet, da die damit einhergehende Berichterstattung über Nord-Neukölln oftmals sehr skandalisierend und einseitig negativ war. Außerdem wurden die Jugendlichen plötzlich in geballter Form mit ihrer Außenwirkung konfrontiert:

„Ich kann dir so ein paar Erfahrungsbilder geben. Am Anfang war, als die Journalisten da waren, war die erste Frage, da haben die Jugendlichen abgesahnt. Die haben ihr Klischee, die harten Gangster, auf einmal richtig bestätigt. Die meisten waren selber richtig erstaunt, was da abgegangen ist. Alle wollten Gewalt haben und ... ok. Dann haben sie tatsächlich, die Journalisten haben ihnen dann gesagt, wie Gewalt geht. Also hier 150 Euro und du wirfst einen Mülleimer aus dem Fenster raus und das ist passiert [...]. Das ging eine Zeit lang und davon haben sie profitiert, ökonomisch. Dann haben sie aber am nächsten Tag in den Zeitungen gelesen, was über sie geschrieben wurde und dann, was ist das für ein Mist. Das war total widersprüchlich das Ding. Da wurde alles sehr sichtbar. Dann waren sie nicht mehr einverstanden. Dann gab es eine Phase, nach der ersten Phase, in der die Journalisten mit ihnen hoch kooperiert haben, da gab es eine nächste Phase, in der sie die Kooperation gekündigt haben. Da hatten es Journalisten, es ging ja über Wochen, dass immer wieder welche vorbei kamen. Die hatten es dann schwer, da haben sie ihre Zettel aus der Hand gerissen und Kameras kaputt gemacht. Da haben sie sich gegen dieses mit ihnen erzeugte Image gewehrt. Das war die nächste Phase und in der dritten Phase haben sie gemerkt, was der Effekt des Ganzen war. Also eine Bewerbung mit Rütli ist Scheiße [...] Genau so ticken sie, also zuerst gibt es Kohle, klar machen wir. Dann aber auch die Ernüchterung, das dagegen Wehren, zum Schluss die totale Frustration.“

In dieser Schilderung wird die aktive Beteiligung der Medien an der Konstruktion des Negativimages Nord-Neuköllns deutlich. Das Zitat lässt vermuten, dass der Fall Rütli trotz positiver Wirkungen auch zu einer Verfestigung des Negativimages beigetragen hat.

Ein weiteres Thema, das in den Interviews stark aufgegriffen wird, ist die Frage, inwiefern benachteiligte Bevölkerungsgruppen vom neuen Aufschwung des Reuterkiezes und dem neuen Szene Image profitieren können. Eine Expertin betont die Erweiterung des Erfahrungshorizontes durch die Ansiedelung der Kreativwirtschaft vor Ort und schließt auf direkte positive Wirkungen des neuen Images bei Arbeitgebern:

„Na ja, ich glaube, dass, also wenn man mal auf der ganz grundsätzlichen Ebene bleibt, so was man sehen und erleben kann, ist es schon ein Vorteil, auch wenn es nur ein Gefühl

ist, dass man sieht, dass es unterschiedliche Lebensbereiche, Schaffens- und Wirkensbereiche gibt. Und man sieht auch, dass die dort sind, wo man selbst ist. Auch wenn man es nicht versteht. Es ist einfach so, dass es jenseits von Dönerladen und Zeitungskiosk sichtbar wird, dass es andere Tätigkeits- und Wirtschaftsfelder gibt, die man einfach erfährt. [...] Und...jetzt konkret so bei der Ausbildungssuche, jemand aus dem Reuterkiez, ein Jugendlicher sucht einen Ausbildungsplatz, glaube ich, dass das gewandelte Image bei Arbeitgebern auch ein bisschen, sozusagen weniger problematischer eingeschätzt wird.“

So positiv wie diese Expertin beurteilen die wenigsten Interviewpartner die Konsequenzen des neuen Images Kreuzköllns für benachteiligte Bewohnergruppen. Es dominiert eine zurückhaltende Skepsis bei der Frage, welchen Nutzen das Szeneimage für benachteiligte Bevölkerungsgruppen mit sich bringen könnte. Vereinzelt wurden positive Zukunftsszenarien angedacht, wie beispielsweise im folgenden Zitat:

„Ich glaube, dass die kaum davon profitieren. Also nur, wenn Leute wie du ihre Kinder hier in die Schulen schicken, wo sich so was eher mischt. Wo es sich in Schulen mischt, in Kitas mischt es sich schon. Momentan denke ich ... also Räume werden weniger für das Klientel.“

Wirkungen des neuen Images auf die soziale Zusammensetzung an den Schulen im Quartier werden, wie hier, von mehreren Experten für möglich gehalten und als positive Wirkung des neuen Images des Quartiers betrachtet, von dem insbesondere auch sozial benachteiligte Kinder und Jugendlichen profitieren können. Darüber hinaus wurden, wie im folgenden Zitat eines Experten, positive Wirkungen auf die Selbstwahrnehmung der Jugendlichen nicht ausgeschlossen:

„Jetzt glaube ich, dass durch die Aufmerksamkeit so ein Trend entstanden ist, ich komme aus Nord-Neukölln, da ist was in Bewegung, es wird vielleicht bald positiv. Ich weiß es nicht.“

Die Mehrheit der Experten war jedoch bezüglich der Frage, inwiefern sozial schwache Bevölkerungsgruppen von der neuen Quartiersreputation profitieren, eher skeptisch eingestellt. In den meisten Interviews wurde davon ausgegangen, dass das neue Image parallel zum alten bestehen bleibt, zumindest in den nächsten Jahren.

#### 3.7.3.4.4. Zentrale Ergebnisse

Die Einschätzungen der Experten zu Quartierseffekten im Bereich der objektiven Ressourcen des Reuterkiezes zeichnen überwiegend ein positives Bild. Dabei werden positive Effekte insbesondere aufgrund der innerstädtischen Lage des Quartiers und seiner guten Anbindung durch den ÖPNV vermutet. Außerdem herrscht Einigkeit, dass die Freiraumqualitäten des Gebiets, bedingt durch die Kanalrandlage, die Nähe zum Volkspark Hasenheide und die gute Qualität und große Anzahl der Spielplätze, sehr positiv einzuschätzen sind und die Lebensqualität der Bewohner erhöhen. Positiv hervorgehoben wird außerdem die infrastrukturelle Ausstattung des Quartiers, sei es auf kommerzieller, kultureller und sozialer Ebene. Die Zunahme an kulturellen und gastronomischen Angeboten, die mit der Aufwertung des Quartiers einhergeht, wird ambivalent betrachtet: Zum einen wird die Belebung des Stadtteils begrüßt, zum anderen wird die zunehmende Kommerzialisierung des Quartiers kritisiert. Negative Ef-

Effekte im Bereich objektiver Ressourcen werden vereinzelt hinsichtlich des relativ hoch empfundenen Grads an Verschmutzung des öffentlichen Raums formuliert, der die Freiraumqualitäten des Quartiers einschränke.

Effekte des Quartiers aus dem Bereich sozialer Beziehungen werden in unterschiedlicher Weise für den Reuterkiez formuliert. Dabei spielt zunächst das Thema *Wohnzufriedenheit* eine große Rolle, wobei die meisten Experten von einer hohen Wohnzufriedenheit der Bewohner ausgehen. Positive Effekte werden hier v. a. vor dem Hintergrund der, bereits oben erwähnten, Freiraumqualitäten des Quartiers, der Nutzungsvielfalt und der Belebung des Quartiers durch die Ansiedelung kultureller und gastronomischer Angebote thematisiert. Der hier positiv angesprochene Wandel hat dabei laut Experten durchaus ambivalente Wirkungen auf die Wohnzufriedenheit der Quartiersbewohner: Es wird in der Mehrzahl der Interviews deutlich, dass hier eine tief greifende Verunsicherung der Bewohner (und Experten) festzustellen ist, die v.a. aus dem Gefühl der Dominanz bestimmter Gruppen im öffentlichen Raum oder der Angst vor Mietpreissteigerung und Verdrängung gespeist wird und die als Einschränkung der Wohnzufriedenheit betrachtet werden muss.

Positive Quartierseffekte werden von der Mehrheit der Experten für den Bereich *Partizipation und Vernetzung* thematisiert. Die Interviews zeigen eine tief verwurzelte Partizipations- und Engagementkultur im Kiez, die durch die in den letzten Jahren hinzugezogenen Bewohner weiter getragen und unterstützt wird. Von den Experten wird deutlich gemacht, dass von dem hohen Sozialkapital im Gebiet die Bewohner selbst profitieren und Gebietsinteressen gut vertreten werden können. Dabei wird hier von vielen Experten hervorgehoben, dass Partizipation und Engagement häufig auf Bildungsbürger beschränkt bleibe und das interkulturelle Zusammenleben sowie das Zusammenleben alter und neuer Bewohnergruppen gestärkt werden müsse. Negative Effekte für Jugendliche im Quartier werden von vielen Experten hinsichtlich der *Aktionsräume und Reichweite der sozialen Beziehungen* im Quartier formuliert: Hier wird von eingeschränkten Netzwerken und Aktionsräumen berichtet, wobei vereinzelt von einer aktuellen Ausdehnung gesprochen wird.

Im Bereich der Sozialisation gehen die Experten überwiegend von negativen Quartierseffekten für marginalisierte Jugendliche aus. Hier werden v.a. negative Bildungseffekte thematisiert, die auf die soziale Zusammensetzung der Schülerschaft und daraus resultierender Probleme zurückgeführt werden (v.a. mangelnde Sprachkenntnisse, geringes Konzentrationspotential und fehlende Ressourcen der Eltern). Negative Effekte werden auch für den Bereich des sozialen Zusammenlebens der Kinder und Jugendlichen formuliert, insbesondere von Diskriminierungen und Ausgrenzung im Klassenverband ist hier die Rede. Ein weiterer negativer Effekt im Bereich Sozialisation besteht laut vieler Experten in dem Gefühl der Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit vieler Jugendlichen. Dieses wird auf erlebte Misserfolge im Nahbereich zurückgeführt und wird von den meisten Experten als Motivationsbremse betrachtet. Negative Effekte in Form von abweichendem Verhalten in Richtung kriminellern Verhalten,

spielen in den Interviews keine Rolle. Im Gegenteil, von der Mehrheit der Experten wird thematisiert, dass die Jugendlichen sehr bodenständige Vorstellungen und Ziele für ihr Leben verfolgen und sehr stark an Werten der „Mainstreamgesellschaft“ orientiert sind.

Für den Bereich der Symbolik wird weiter deutlich, dass die Experten davon ausgehen, dass das Image Nord-Neuköllns als Ort der Armut und des Bildungsversagens trotz aktueller Aufwertungsprozesse und bildungspolitischen Engagements immer noch über große Wirksamkeit verfügt. Vermutet werden hier negative Effekte für Kinder und Jugendliche, insbesondere auf die Eigenwahrnehmung der Jugendlichen. Thematisiert werden Reaktionen wie Aneignung des schlechten Images bzw. Resignation, welche Gefühle wie Perspektivlosigkeit und ein geringes Selbstwertgefühl fördern können. Eine von den Experten meist positiv bewertete Spielart der Aneignung des Negativimages beruht auf der kreativen Wendung des Images, welches sich in einem starken Territorialbezug als 44ler (Neukölln 44, in Abgrenzung zu Kreuzberg 36) manifestiert. Negative Effekte des schlechten Images manifestieren sich laut einiger Experten in Form geringer Aktionsräume, hier wird insbesondere von Einschränkungen des Selbstwertgefühls und der Eigenwahrnehmung berichtet, die zu einer Verunsicherung beim Bewegen in anderen Stadtteilen beitragen würden. Inwiefern direkte negative Effekte in Form von Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt eine Rolle spielen, wird von den Experten unterschiedlich bewertet. So oder so wird deutlich, dass viele Jugendlichen von derartigen Diskriminierungen ausgehen. Hinsichtlich der Frage, inwiefern positive Effekte vom neuen Image Kreuzköllns auf benachteiligte Gruppen zu erwarten seien, herrscht eher Skepsis bei den Experten. Positive Effekte wie eine höhere soziale Mischung an den Schulen, die Erweiterung des Erfahrungshorizontes der Jugendlichen und auch positive Effekte bei Bewerbungen werden zwar vereinzelt für möglich gehalten. Die Mehrzahl der Interviewpartner geht allerdings eher davon aus, dass die beiden konkurrierenden Quartiersimages parallel zueinander bestehen bleiben und ihre Zielgruppen weiterhin getrennt voneinander betroffen sind.

### *Wirkungszusammenhänge*

In den Expertengesprächen im Reuterkiez werden einige zentrale Zusammenhänge der Produktion von Quartierseffekten im Gebiet formuliert. Die Experten im Reuterkiez thematisieren in starkem Maße Effekte im Bereich Sozialisation und Bildung. Dabei spielt immer wieder der Begriff der *Perspektivlosigkeit* eine Rolle, dem laut Experten eine zentrale Rolle bei der Produktion negativer Quartierseffekte im Reuterkiez zukommt. Sie resultiere aus mehreren Erfahrungen, die, so zeigen es die Interviews, im Reuterkiez charakteristisch für viele Jugendlichen aus einem sozial schwachen Elternhaus seien: Hierzu gehöre zunächst das Bewusstsein des schlechten Images Nord-Neuköllns, von dem die Jugendlichen v.a. negative Konsequenzen bei der Job- und Ausbildungsplatzsuche erwarten. Aber auch Misserfolge bei sich persönlich oder im Klassenverband, wie sie sich beispielsweise beim Eintritt aufs Gymnasium oder bei der Bewerbung um einen Ausbildungsplatz verstärkt zeigen, tragen zum Eindruck bei, dass schulische Anstrengungen selten von Erfolg gekrönt sind. Verstärkt wird dies,

so vermuten es viele der Experten, zusätzlich durch den Mangel an Vorbildern im Freundes- oder Familienkreis, an denen berufliche Erfolge sichtbar werden könnten. In der Mehrzahl der Interviews wird betont, dass diese unterschiedlichen Faktoren bei vielen Jugendliche eine geringere Anstrengungsbereitschaft und Motivation zur Folge haben und oftmals das Gefühl vorherrsche, man habe ohnehin keine Chance, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen und durch ökonomische Unabhängigkeit ein weitgehend selbst bestimmtes Leben führen zu können.

Ein weiterer zentraler Wirkungszusammenhang, der im Reuterkiez laut Experten als Verursacher positiver Quartierseffekte eine Rolle spielt, wird im Folgenden unter dem Begriff *lokale Partizipationskultur* zusammengefasst. Dieser beschreibt die hohe Engagement- und Partizipationsbereitschaft der Kiezbewohner, die nach Angaben der meisten Experten zum einen tief im Kiez verwurzelt ist und zum anderen durch neue, engagierte Bewohner weiter gestärkt wird. Als bemerkenswert wird der hohe Grad an Vernetzung der einzelnen sozialen Initiativen und Vereine betrachtet, sowie der hohe Bevölkerungsanteil, der bereit ist, sich im und für den Kiez zu engagieren. Erklärt wird er partiell von einer Expertin mit der direkten Nähe zu Kreuzberg, wobei impliziert wird, dass gesellschaftskritische Milieueffekte in den benachbarten Reuterkiez „herüberschwappen“. Positive Effekte dieses hohen Maßes an lokalem Sozialkapitals werden, so beschreiben es viele der Interviewpartner, in Form einer hohen Wohnzufriedenheit sichtbar, aber auch in der gesteigerten Durchsetzungsfähigkeit von Interessen der Quartiersbewohner. Das Beispiel Reuterkiez zeigt laut einiger Experten nicht zuletzt auch, dass eine kritische Grundhaltung gegenüber Bezirkspolitik und Verwaltung in bestimmten Zusammenhängen durchaus positiv zu werten ist, nämlich dann, wenn sie nicht Ausdruck politischen Desinteresses sondern kritischen Engagements ist. Dabei ist das Gefühl der Bewohner und lokaler Initiativen, so wird es in mehreren Interviews betont, auch Gehör und Anerkennung bei Politik und Verwaltung zu finden, dennoch bedeutend für die Motivation für weiteres Engagement. Hier zeigen sich in mehreren Gesprächen mit den Experten deutliche Anzeichen von Frustration.

Ein weiterer relevanter Wirkungszusammenhang bei der Produktion von Quartierseffekten ist im Reuterkiez der starke Territorialbezug der Jugendkultur, der einen Teil der (v.a. männlichen) Jugendlichen kennzeichnet und den ich im Folgenden 44 bezeichne. Von den Experten wird 44 meist als Gangster Image beschrieben, welches sich zum einen aus der Konfrontation mit dem negativen Image Nord-Neuköllns ergibt, und sich zum anderen als Abgrenzung zum Image vom benachbarten Kreuzberg (S036) begreifen lässt. Einzelne Elemente dieses Styles sind ein starker Neuköllnbezug, Coolness, Rap hören und selbst machen. Von den Experten, die über 44 berichten, wird der starke Territorialbezug positiv, im Sinne einer „kreativen Wendung“ des Negativimages, gewertet: Die Jugendlichen übernehmen im ersten Schritt das schlechte Image ihres Quartiers, um es dann durch aktive Auseinandersetzung „ins Coole“ zu transformieren und somit einer Herabwürdigung zu entgehen. Dabei werten die Experten das 44 Gangster Image als harmlose Spielerei, die dazu beiträgt, die Gruppenzugehörigkeit und das Selbstwertgefühl zu steigern. Negative Milieueffekte werden im Zusammenhang mit 44

nicht formuliert, wobei zu diskutieren ist, ob 44 nicht zu einer Verunsicherung der Jugendlichen bei der Aneignung anderer städtischer Räume beiträgt und somit räumlich beschränkte soziale Netzwerke und Aktionsräume befördert.

Auch bezüglich der Bedeutung des Aufwertungsprozesses für die Entstehung von Quartierseffekten im Reuterkiez lassen die Interviews einen zentralen Zusammenhang erkennen, den man unter dem Begriff der *Koexistenz* zusammenfassen kann. Er steht zunächst für das Gegensätzliche des Quartiers: Auf der einen Seite wird das Quartier und seine Nutzungen von den Kreativen und bildungsstarken Bewohnern geprägt. Auf der anderen Seite lebt hier die „alte“ Bevölkerung, deren Situation überdurchschnittlich oft von Arbeitslosigkeit, Armut und Bildungsproblemen geprägt ist. Diese Gegensätzlichkeit wird auch auf symbolischer Ebene widergespiegelt: Der Reuterkiez ist genauso „Kreuzkölln“, so wie er unter „Nord-Neukölln“ subsumiert wird und der „Rütli – Kiez“ ist. Er repräsentiert laut Experten den Trend in gleichem Maße, wie er für Bildungsversagen und Armut steht. Diese Koexistenz zweier Quartiersidentitäten und Quartiersrepräsentationen prägt die aktuelle Situation im Reuterkiez und wird als Quelle sowohl negativer wie positiver Quartierseffekte beschrieben, die in unterschiedlichem Maße für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen wirksam werden. Dabei wird deutlich, dass die Experten meist davon ausgehen, dass die sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen und hier besonders die älteren Bewohner und benachteiligten Jugendlichen kaum von den positiven Effekten des neuen Images profitieren, sondern vielmehr mit Verunsicherung und Verdrängungsängsten konfrontiert sind. Zwar werden von einzelnen Experten positive Prognosen hinsichtlich einer größeren sozialen Mischung an den Schulen im Kiez sowie eines erweiterten Erfahrungshorizontes erstellt, aber die Mehrheit geht doch davon aus, dass es zu keiner Aufweichung des Negativimages durch den Aufwertungsprozess kommt. Die Zukunft wird zeigen, ob im Gegenteil, die starke Kontrastierung der unterschiedlichen Lebensstile und sozialen Gruppen im Reuterkiez nicht sogar zu einer weiteren Zementierung des Negativimages für einen Teil der Bevölkerung führt.

Der Mechanismus, den ich unter dem Begriff der *Verunsicherung* beschreibe, konkretisiert die Bedeutung des Aufwertungsprozesses für die Produktion von Quartierseffekten im Reuterkiez weiter. In einigen Interviews werden positive Effekte der Aufwertung thematisiert, die insbesondere unter dem Stichwort der Belebung des Quartiers diskutiert werden. Dennoch überwiegt in fast allen Interviews eine Skeptik gegenüber dem schnellen Wandel im Quartier. In dieser Skeptik mischen sich unterschiedliche Aspekte: erhöhte Lärmbelästigung und Verkehrsaufkommen, aber auch Kritik gegenüber der zunehmenden Kommerzialisierung, der Dominanz neuer Lebensstil- und Bewohnergruppen im öffentlichen Raum und das enger Werden von Räumen für ältere Bewohner und Jugendliche aus dem Kiez. Besonders betonen wird hierbei die Angst vor Mietsteigerung und Verdrängung, die mehrfach in den Interviews geäußert wird. Insgesamt unterstreichen die Expertengespräche die Annahme einer Verunsicherung gegenüber den schnellen Veränderungen im Kiez. Dies ist insofern interessant, als dass die Stabilisierung und Aufwertung sozial benachteiligter Gebiete das zentrale Ziel quar-

tierspolitischer Interventionen darstellt, um die Lebenssituation der Bewohner zu verbessern. Die Ausführungen der Experten zum Reuterkiez legen nahe, dass Aufwertungsprozesse nicht nur zur Abmilderung negativer Quartierseffekte führen können und positive Effekte befördern, sondern zumindest kurzfristig zur Entstehung negativer Effekte, insbesondere für sozial schwache Bewohnergruppen, beitragen können.

### **3.8. Zwischenfazit**

Die Interviewergebnisse der vier Fallstudien verdeutlichen anhand vieler Beispiele die Bedeutung von Quartierseffekten in den Quartieren und zeigen einige zentrale lokale Wirkungszusammenhänge ihrer Entstehung auf. Die Annahme, dass sich jedes Quartier durch negative *und* positive Effekte auszeichnet, wird durch die Aussagen der Experten bestätigt. In allen vier untersuchten Quartieren werden positive und negative Effekte des Quartiers auf die Lebensqualität und die Perspektiven ihrer Bewohner formuliert. Auch in den beiden französischen Untersuchungsquartieren, in denen die Experten von zahlreichen negativen Konsequenzen des Lebens im Quartier berichten, existieren ihrer Meinung nach immer auch positive Effekte, die zur Stabilisierung der Situation der Bewohner beitragen.

Dies wird anhand eines weiteren zentralen Ergebnisses der Untersuchung verdeutlicht: So gehen die Gebietsexperten auch in La Noë und Lille-Sud davon aus, dass eine starke Quartiersbindung und ein hohes Maß an Wohnzufriedenheit bei den Bewohner festgestellt werden können. Viele Experten interpretieren dies als positive Wirkung der überwiegend dichten sozialen Netzwerke in der Nachbarschaft, von denen in allen Untersuchungsquartieren berichtet wird und die Unterstützung und Hilfestellungen bieten. Außerdem zeigt sich laut Experten in allen vier Quartieren, dass durch die gute Ausstattung an Einrichtungen der sozialen Infrastruktur, deren enge Vernetzung und abgestimmten Aktivitäten aktiv zur Steigerung der Wohnzufriedenheit beigetragen wird. Es wird deutlich, dass positive Quartierseffekte aus sozialem Kapital in den Quartieren in hohem Maß andere negative Effekte des Quartiers abzumildern vermögen.

Die Untersuchung zeigt darüber hinaus, dass, wie im Vorfeld angenommen, negative Quartierseffekte in den französischen Gebieten eine größere Rolle spielen, als in den deutschen Gebieten. Dies wird u.a. an den Interviewergebnissen im Bereich der objektiven Ressourcen deutlich: In den französischen Untersuchungsquartieren formulieren die Experten deutlich negative Effekte auf die Lebensqualität der Bewohner. Dazu gehören neben einem beschwerlicheren Alltag, beispielsweise wie in La Noë wegen einer schlechten ÖPNV Anbindung und dezentralen Nahversorgung, bei einigen Bewohnergruppen der verstärkte Rückzug ins Wohnungsinnere und die Vermeidung des öffentlichen Raums. Auch Auswirkungen auf die sozialen Beziehungen der Bewohner werden deutlich, etwa wenn wie in La Noë berichtet, aus Scham keine Freunde oder Bekannten von außerhalb eingeladen werden oder wenn, wie in Lille-Sud, Nachbarschaftskonflikte wegen der Hellhörigkeit der Wohnungen entstehen. Negative Effekte treten laut Experten in beiden Quartieren aufgrund der jahrelangen Vernachlässi-

gung des Gebiets auch in Form eines geringeren Vertrauens in die Politik auf. In den beiden deutschen Untersuchungsquartieren spielen derartig massive negative Effekte, die auf die objektive Ressourcenausstattung des Quartiers zurückgehen, in den Interviews keine vergleichbare Rolle. Sicherlich ist hier auch die zentrale Lage des Erlanger Angers und des Berliner Reuterkiezes von Bedeutung, aber auch die umfangreichen baulichen Investitionen, die in der Vergangenheit in die Quartiere erfolgt sind und das somit weitaus höhere Instandhaltungsniveau der Quartiere.

Bezüglich der Annahme, dass dem Bereich der Symbolik in Frankreich die dominierende Rolle zukommt, wohingegen seine Bedeutung für die deutschen Gebiete geringer ist, zeigt die Untersuchung in La Noë und Lille-Sud zunächst, dass die Experten hier davon ausgehen, dass das negative Gebietsimage tatsächlich eine Vielzahl solcher Effekte für die Bewohner mit sich bringt. Diese äußern sich laut Experten in den französischen Untersuchungsgebieten in Form von direkter Diskriminierung auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt. Außerdem wird in den Interviews immer wieder deutlich, dass den Bewohnern der Gebiete, wenn z.T. auch unbewusst, von Außenstehenden, voreingenommen begegnet wird. Die Bewohner, so berichtet es die Mehrheit der Gesprächspartner, sind im Umgang mit der „Außenwelt“ regelmäßig damit konfrontiert, ihr Wohngebiet als „normales städtisches Quartier“ zu verteidigen und stehen vor der Herausforderung, auch sich selbst gegenüber dem schlechten Image ihrer Nachbarschaft abzugrenzen, um nicht an Selbstwertgefühl zu verlieren. Dies ist laut Experten mit einem massiven Druck verbunden.

In den deutschen Untersuchungsgebieten besitzen negative Effekte eines schlechten Gebietsimages in der Beurteilung der Experten keine vergleichbar große Bedeutung. Im Anger lassen sich vielmehr positive Effekte im Bereich Symbolik feststellen, sowohl für die Eigenwahrnehmung der Bewohner als auch die Außenwahrnehmung des Quartiers. Hier profitiert der Anger laut Experten von seiner guten Lage und gehobenen Wohnqualität nach der Sanierung und dem Vergleich mit anderen städtischen Quartieren, die ein problematischeres Image haben. Im Reuterkiez zeigen sich trotz aktueller Aufwertungsprozesse laut Experten weiterhin negative Effekte, die aus dem Image Nord-Neuköllns als Ort der Armut und des Bildungsversagens resultieren. Wirksam sind diese v.a. für Kinder und Jugendliche, insbesondere hinsichtlich der Eigenwahrnehmung der Jugendlichen, so wird es von vielen Experten beschrieben. Thematisiert wurden Reaktionen wie Aneignung des schlechten Images bzw. Resignation, wodurch Gefühle wie Perspektivlosigkeit und ein geringes Selbstwertgefühl gefördert werden.

Die Eingangsthese, dass insbesondere die Gruppe der Jugendlichen von Quartiereffekten betroffen ist, kann für den Bereich der Symbolik klar bestätigt werden. Im Berliner Reuterkiez fanden sich zwar keine Belege für Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt, es wurde aber ersichtlich, dass laut Experten viele der Jugendlichen mit solchen Diskriminierungen rechnen und das negative Gebietsimage insofern eine Belastung für sie darstellt. Auch in den



französischen Quartieren beschreiben die Experten die Jugendlichen als die Hauptbetroffenen von negativen Quartierseffekten durch die symbolische Abwertung der Quartiere. Das Stigma der französischen *cités* rekurriert sich zu einem großen Teil aus Bezügen zu Kriminalität und Gewalt, was, auch bedingt durch die regelmäßigen Jugendunruhen in den Quartieren, dazu führt, dass das Bild der „gefährlichen Jugendlichen der cités“ und die Angst vor ihnen in Frankreich sehr präsent ist. So zeigen die beiden französischen Fallbeispiele sehr deutlich, dass die massive Stigmatisierung der Quartiere und die damit verbundene abwertende Reaktion von Außenstehenden gerade für die Jugendlichen eine große Belastung darstellt. Neben Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt, zeigen sich die Folgen der Stigmatisierung laut der Experten auch in Form begrenzter Aktionsräume der Jugendlichen bzw. als Verunsicherung beim Verlassen des Quartiers.

In den französischen Quartieren wurde darüber hinaus deutlich, dass Jugendliche auch in besonderem Maße als Betroffene von negativen Quartierseffekten auf Verhalten und Wertevorstellungen gelten. Gerade in La Noë kommt die Auffassung der Experten zum Ausdruck, dass sich die Jugendlichen durch citéspezifische, überwiegend negativ bewertete Verhaltensweisen und Einstellungen auszeichnen. Viele der Experten gehen davon aus, dass sich die Jugendlichen gegenseitig vor allem durch problematische Wertvorstellungen und Orientierungen negativ beeinflussen. Dieser Diskurs spielt in Lille-Sud eine geringere Rolle, hier wird stärker betont, dass es sich um einen sehr geringen Teil der Jugendlichen handelt. Diskussionen um die Entwicklung ungünstiger Normen und Verhaltensweisen durch das Leben im Quartier spielen in den deutschen Untersuchungsquartieren keine Rolle, im Gegenteil: Für den Reuterkiez wird vielmehr die starke Orientierung der Jugendlichen an konservativen Lebensmodellen von den Experten betont.

Kinder und Jugendliche sind in besonderem Maße von Bildungseffekten betroffen, hiervon gehen die Experten in allen vier Untersuchungsgebieten aus. Die Mehrzahl nimmt an, dass die Bildungschancen für Kinder und Jugendliche an Schulen im Quartier schlechter ausfallen als an Schulen anderer Quartiere. Hierfür werden in Frankreich wie Deutschland ähnliche Erklärungen angeführt. So würden Sprachdefizite, Aufmerksamkeitsprobleme und eine dadurch ungeeignete Lernatmosphäre eine wesentliche Rolle spielen, sowie die geringen Ressourcen der Eltern bei der Unterstützung ihrer Kinder. Aber auch Vorverurteilungen werden angeführt, in dem Sinne, dass Kindern aus sozial schwachem Milieu oft von vornherein wenig zugetraut wird.

Für La Noë, Lille-Sud und den Reuterkiez wird darüber hinaus für die Gruppe der benachteiligten Jugendlichen das Gefühl von Perspektivlosigkeit stark thematisiert. Angesichts der schwierigen Arbeitsmarktsituation und mangelnder schulischer oder beruflicher Erfolgsgeschichten in der Schule, im Freundeskreis oder in der Familie, werden laut Experten wenig positive Perspektiven für das eigene schulische oder berufliche Weiterkommen sichtbar. Viele der Jugendlichen seien frustriert und so falle es ihnen zunehmend schwer, Motivation für Ler-

nen und Anstrengung aufzubringen. Hier zeigen sich laut Experten deutlich negative Effekte der Quartiere auf die individuellen Ambitionen der Jugendlichen und ihr Selbstbewusstsein. Angesichts der besseren Arbeitsmarktsituation in Erlangen spielen hier derartige Wirkungszusammenhänge in den Schilderungen der Experten keine Rolle.

Die Untersuchung ging schließlich auch der Frage nach, welche Bedeutung der städtische Kontext bei der Entstehung von Quartierseffekten einnimmt. Dabei wurde davon ausgegangen, dass negative Quartierseffekte im Bereich Stigmatisierung in einem benachteiligten Gebiet in prosperierenden Städten bzw. Regionen eine höhere Bedeutung zukommt, als in benachteiligten Gebieten in einem weniger prosperierenden Umfeld. Der Erlanger Anger zeigt laut Experten keine negativen Effekte durch die Quartiersreputation. Der Vergleich mit der „reichen“ Reststadt spielt in den Interviews keine Rolle, vielmehr wird sich auf zwei andere städtische Quartiere mit einer überdurchschnittlichen Konzentration einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen bezogen, die hinsichtlich ihrer Lage, der Wohn- und Wohnumfeldqualität und der Sozialstruktur als „problematischer“ gelten. Durch diesen Vergleich wird der Anger symbolisch aufgewertet und somit zur Entstehung positiver Quartierseffekte im symbolischen Bereich beigetragen.

In La Noë hingegen zeigt sich laut Experten eine deutlich negative Wirkung der sozioökonomischen Diskrepanz zwischen dem Quartier und der Gemeinde Chanteloups im Bereich Stigmatisierung. Die sozioökonomische Zweiteilung der Gemeinde und deren städtebaulicher Ausdruck in der Trennung in das „reiche“ Chanteloup mit seinen Einfamilienhäusern einerseits und der *cité* des sozialen Wohnungsbaus andererseits trägt nach Ansicht vieler Experten deutlich negativ zum Gebietsstigma und daraus resultierenden Beeinträchtigungen für die Bewohner bei. Auch auf der Ebene des Departements ist La Noë eines von relativ wenigen, gleichwohl bekannteren benachteiligten Gebieten. Obwohl in der Hauptstadtregion zahlreiche Quartiere mit vergleichbaren oder sogar massiveren städtebaulichen und sozialen Problemen existieren, ist die Diskrepanz zum näheren städtischen Umfeld des Quartiers (in diesem Fall Kommune und Departement) der entscheidende Faktor für die symbolische Einordnung des Quartiers.

In Lille-Sud wurde der starken sozioökonomischen Diskrepanz zur eher reichen Gesamtstadt keine größere Bedeutung für die Entstehung von Quartierseffekten beigemessen und es zeigen sich keine Hinweise darauf, dass Marginalisierung und das Leben in einem ärmeren Quartier hier tatsächlich belastender und stigmatisierender empfunden werden. Dies könnte der polyzentrischen Struktur der Agglomeration geschuldet sein, die von der Existenz mehrerer benachteiligter Quartiere bzw. Kommunen geprägt ist, so dass Lille-Sud keinen Einzelfall darstellt. Auch in Berlin spielten Bezüge zum sozioökonomischen Kontext der Gesamtstadt keine Rolle bei der Thematisierung von Effekten im Bereich Stigmatisierung. Es ist dennoch nicht auszuschließen, dass die Existenz einer Reihe benachteiligter Stadtviertel hier zur Abmilderung von Stigmatisierungsprozessen beiträgt. Im Folgenden wird es darum gehen, die zentra-

len Ansätze der Quartierspolitik in Frankreich und Deutschland, die auf die Abmilderung negativer Folgen von Segregationsprozessen abzielen, zu erörtern.

## 4. Quartierspolitik in Deutschland und Frankreich

Frankreich kann inzwischen auf 30 Jahre Erfahrung im Bereich integrierter Quartierspolitik im Rahmen der *politique de la ville* zurückblicken. Damit gehört Frankreich zu einem der europäischen Pioniere gebietsbezogener Strategien gegen soziale Ausgrenzung, dessen Erfahrungen die Entwicklung der Quartierspolitik in Deutschland wesentlich beeinflusste. In Deutschland wird seit 1999 im Rahmen des Bund-Länder Programms *Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt* auf Quartiersebene mit einer Maßnahmenbündelung interveniert, um benachteiligte Stadtviertel zu stabilisieren.

Die Auseinandersetzung mit dem Konzept von Quartierseffekten im Rahmen des vorangegangenen Kapitels und ihre empirische Anwendung in den Untersuchungsgebieten haben sowohl die Bedeutung von negativen und positiven Quartierseffekten in den Gebieten, als auch zentrale Wirkungszusammenhänge vor Ort aufgezeigt. Diese hier zu Tage tretende Relevanz des Sozialraums für die Bedeutung und Wirkung sozialer Ungleichheit stellt einen wesentlichen Begründungszusammenhang für den Einsatz integrierter Maßnahmen der Quartierspolitik dar. Aber auch andere Argumente sprechen für den Einsatz integrierter Quartierspolitik (Lupton 2003): Sie kann als kosteneffiziente, weil räumlich konzentrierte Strategie der Armutsbekämpfung verstanden werden, stellt wichtige Erfahrungen aus Pilotprojekten für denkbare Mainstreaming-Programme zur Verfügung und steht letztendlich auch für die Erprobung neuer Formen städtischer Governance.

Im Folgenden steht der Vergleich der Quartierspolitik in Deutschland und Frankreich im Mittelpunkt, um so zu einer Einschätzung darüber zu gelangen, wie in den beiden Untersuchungsländern auf negative Folgen sozialer Segregation reagiert wird. Im Anschluß daran wird auf Ebene der vier Untersuchungsquartieren der Frage nachgegangen, inwiefern die jeweiligen politischen Ansätze auf die im vorherigen Kapitel von den Experten lokalisierten Quartierseffekte und deren Entstehungszusammenhänge abzielen und welche Wirkung einzelne Maßnahmen der Quartierspolitik auf die von den Experten beschriebenen Quartierseffekte ausüben können. Somit soll ein Beitrag zur Diskussion darüber geleistet werden, inwiefern die Analyse von Quartierseffekten und ihren Wirkungszusammenhängen eine probate Grundlage für die Ausrichtung von integrierter Quartierspolitik darstellen kann.

## Teil A: Theoretischer Teil

### 4.1. Quartierspolitik in Frankreich: *Politique de la ville*

Der Begriff *politique de la ville* beschreibt „l'ensemble des interventions mises en oeuvre à partir de 1981 pour combattre la crise des banlieues“ (Giblin 2009: 330).<sup>184</sup> Sie bildet die Schnittstelle verschiedener Sektoren der Sozial-, Wohnungs-, Wirtschafts- und Bildungspolitik (Cour de Comptes 2002: 9). Dabei ist die *politique de la ville* in Frankreich inzwischen als eigenständiges Politikfeld etabliert und bildet seit Beginn der 1990er Jahre ein zentrales Feld der Innenpolitik.

Die Vorläufer der *politique de la ville* waren die politischen Strategien für die Großwohnsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus, die im Zeitraum von 1977 bis 1980 in einer Experimentalphase des Vorhabens *Habitat et vie sociale* (HVS) in 39 Quartieren mit zwischen 350 bis zu 1800 Wohnungen durchgeführt wurden (Vieillard-Baron 2009: 188). Dabei lag der Schwerpunkt der Maßnahmen im Rahmen der HVS meist auf baulichen Erneuerungen an den Wohnhäusern, soziale Aspekte der Quartiersentwicklung wurden vernachlässigt.

Ab 1981 erfolgte im Rahmen der *politique de la ville* erstmalig eine umfassendere Ausrichtung der Quartierspolitik. Ein integrierter Ansatz sollte fortan auf die Komplexität der Problemlagen in den Siedlungen (mangelnde Freiraumqualität, Arbeitslosigkeit, Bildungsmisserfolg, Integration von Zuwanderern etc.) mit thematisch breiter angelegten Interventionen in investiver wie nicht-investiver Form reagieren. In den darauf folgenden Jahren kam es unter den unterschiedlichen Regierung häufig zu neuen Ausrichtungen und Schwerpunktsetzungen. Die einzelnen Phasen der französischen Quartierspolitik wurden inzwischen mehrfach analysiert und beschrieben (Vieillard-Baron 2009: 189f; Glasze & Weber 2010 und Loch 2009).

Trotz der jeweiligen Neuausrichtung der Quartierspolitik und der zunehmenden Expansion von betroffenen Quartieren, Maßnahmen und Institutionen der französischen *politique de la ville*, sind einzelne Merkmale seit ihren Anfängen bis heute charakteristisch für den Ansatz der französischen Quartierspolitik (im Folgenden Giblin 2009: 331f): Dazu gehört zunächst der *integrierte Ansatz der Maßnahmen* sowie der vergleichsweise *hohe Stellenwert der kommunalen Ebene* bei der Durchführung der Politik. Diese legen – in Absprache mit den Präfekten – die strategischen Schwerpunkte in den Quartieren fest und haben eine wichtige Rolle bei der Durchführung der Maßnahmen. Ein anderes zentrales Merkmal ist das *Vertragsprinzip*, bei dem unterschiedliche Partner wie Kommune, Wohnungsbaugesellschaften, Staat, sozialstaatliche Organisationen und Vereine auf der Grundlage eines Vertrages ein gemeinsames Projekt für die Programmgebiete. Außerdem gilt die *Partizipation der Bewohner* als wesentliches Element der französischen Quartierspolitik (ebd.: 332).

---

<sup>184</sup> „die Gesamtheit der Maßnahmen, die seit 1981 umgesetzt wurden, um die Krise der Vorstädte zu bekämpfen“.

Für die übergeordnete Zielstellung spielt das Leitbild der *mixité sociale*, der sozialen Mischung verschiedener sozialer Gruppen in städtischen Teilgebieten, eine große Rolle. Diese explizite Politik der sozialen Mischung wird auf gesamtstädtischer Ebene verfolgt: Im Rahmen der *politique de la ville* wird seit Beginn der 1980er Jahren versucht, benachteiligte Stadtviertel zu stabilisieren und für mittlere Einkommensgruppen attraktiv zu machen. Ergänzend dazu wird in privilegierten Gebieten seit einiger Zeit gesetzlich vorgeschrieben, sich sozial schwächeren Gruppen durch den Bau von Sozialwohnungen zu öffnen.

Im Folgenden wird zunächst auf das übergeordnete Leitbild der *mixité sociale* eingegangen und seine Bedeutung für die französische Quartierspolitik diskutiert. Im Anschluss daran werden wesentliche Merkmale der französischen Quartierspolitik für benachteiligte Stadtteile dargestellt, um dann auf politische Strategien einzugehen, die bevorzugte Quartiere zum Gegenstand haben. Abschließend werden aktuelle Reformbestrebungen und Wirkungen der französischen *politique de la ville* erörtert.

#### 4.1.1. Leitbild *mixité sociale*

Im Verlauf der letzten zwei Jahrzehnte ist das Leitbild der sozialen Mischung zu einem der zentralen Leitmotive der französischen Stadtpolitik avanciert.<sup>185</sup> Das Streben nach *mixité sociale* eint die unterschiedlichen politischen Lager von den Sozialisten bis zu den Konservativen und findet in Form einer Vielzahl stadt- und wohnungspolitischer Maßnahmen Eingang in die französische Gesetzgebung. Inzwischen lassen sich Tendenzen einer Homogenisierung der Ziele französischer Stadtpolitik erkennen, in deren Verlauf sich die Förderung der Kohabitation verschiedener sozialer Gruppen als einzig legitimes Ziel der Gesetzgebung herauskristallisiert (Epstein & Kirszberg 2006: 42).

Die immense Bedeutung der *mixité sociale* für die politische Praxis Frankreichs resultiert nicht nur aus dem hohen Maß der sozialräumlichen Spaltung französischer Städte, sondern steht auch im engen Zusammenhang mit dem republikanischen Staats- und Gesellschaftsverständnis. Dieses ist geprägt von der Vorstellung eines Zusammenschlusses einzelner Individuen auf der Grundlage eines normativen Konsens (Raulet 2002: 131). Die Egalität der einzelnen Mitglieder bildet einen wesentlichen Bestandteil dieser Übereinkunft und wird als Basis des sozialen Zusammenhalts der Gesellschaft verstanden. Der französische Staat sieht sich dabei als Garant von Gleichheit und sozialer Kohäsion. In diesem Verständnis stellen soziale und ethnische Gruppenbildungsprozesse tendenziell eine Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts dar.

Angesichts zunehmender sozialer und sozialräumlicher Spaltungsprozesse der französischen Gesellschaft steht die Bewahrung der sozialen Kohäsion immer stärker im Mittelpunkt der politischen Rhetorik. Seit einigen Jahren existiert ein Ministerium für soziale Kohäsion und

---

<sup>185</sup> Teile dieses Unterkapitels basieren auf einem Aufsatz der Verfasserin zur Bedeutung der *mixité sociale* für die französische Wohnungspolitik (Nieszery 2007).

zahlreiche sozial- und stadtpolitische Maßnahmen sind der Bewahrung und Förderung der *cohésion sociale* gewidmet. So erhält die neue Generation der ehemaligen Stadtverträge (*contrats de ville*) ab 2007 den programmatischen Namen der „Verträge über die soziale Kohäsion“ (*contrats urbains de cohésion sociale*) und ein staatliches Wohnungsbau- und Beschäftigungsprogramm wird 2005 als „Gesetz der sozialen Kohäsion“ (*Loi de programmation pour la cohésion sociale*) verabschiedet.

Soziale Mischung stellt in der republikanischen Lesart die zentrale Voraussetzung für soziale Kohäsion dar: *Mixité sociale* ist „die Antwort der Republik auf die Herausforderungen der Gemeinschaftsbildung und der Ausgrenzung“.<sup>186</sup> Soziale Segregation und Ausgrenzung gefährden in diesem Verständnis sowohl die soziale als auch die territoriale Einheit der französischen Gesellschaft. Ein republikanischer Staat, welcher sich als Garant von Gleichheit und sozialer Kohäsion versteht, muss demzufolge räumliche und soziale Nähe zur Grundlage der städtischen Politik erklären (Madoré 2005: 83). Die Ableitung des Handlungsziels der sozialen Mischung aus dem republikanischen Gesellschafts- und Integrationsverständnis ist ein wesentlicher Erklärungsfaktor für die Bedeutung der *mixité sociale* in der französischen Stadtpolitik. Dabei führt die „ideologische Aufladung“ (Avenel 2005: 63) des Prinzips der sozialen Mischung in Frankreich inzwischen dazu, dass soziale Mischung zunehmend den Stellenwert eines eigenständigen Wertes einnimmt, dem bei der Legitimation politischen Handelns eine große Bedeutung zukommt (ebd.: 63f).

Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass die ungleiche Verteilung des sozialen Wohnungsbaus auf die französischen Gemeinden schon seit langem als zentrales Problem der französischen Stadtentwicklung erkannt wurde. Die *Circulaire Guichard*, ein Rundschreiben des damaligen Infrastrukturministers, wies bereits im Jahr 1973 darauf hin, dass die Lokalisierung zukünftiger Bauprojekte des sozialen Wohnungsbaus aktuellen Segregationstendenzen auf interkommunaler Ebene entgegenzuwirken habe (Fribourg 2006: 27f). Darüber hinaus legte das Dokument den „richtigen“ Anteil des sozialen Mietwohnungsbaus fest, der sich zwischen 20 und 50 Prozent des Gesamtbestandes bewegen sollte, für zukünftige bauliche Sonderzonen.

Die Stadterneuerungsprogramme der 1970er Jahre waren bereits nachhaltig vom Ziel der Herstellung sozial gemischter Bevölkerung geprägt, aber die politische Anerkennung als allgemeines Ziel der Stadtpolitik vollzog sich erst im Verlauf der 1980er Jahre (Bacqué/Fol 2005: 61/62). Im Rahmen der *politique de la ville* wurden jetzt wesentliche Änderungen der Belegungsbestimmungen im sozialen Wohnungsbau durchgesetzt, die als Bestandteil eines integrierten Ansatzes baulicher, sozialer und ökonomischer Gebietsförderung mittlere Einkommensgruppen in den Gebieten halten bzw. anziehen sollten.

---

<sup>186</sup> So formuliert im Vorwort eines Dossiers zum Leitbild der sozialen Mischung in der Zeitschrift des Zusammenschlusses *Association des Maires de France* (Verein der Bürgermeister Frankreichs) im März 2005, in Übersetzung wiedergegeben (Maires de France 2005:2).

## Soziale Mischung durch Belegungspolitik

Im Bereich der Belegungspolitik im sozialen Wohnungsbau stellen finanzielle Anreize einen wesentlichen Bestandteil der Desegregationsstrategien dar. Die seit 1958 gesetzlich fixierte Fehlbelegungsabgabe für Haushalte, deren Einkommen die Mietobergrenzen des sozialen Wohnungsbaus übersteigt, wurde ab 1986 für die Wohnungsbaugesellschaften in benachteiligten Quartieren zunächst fakultativ und im Jahr 1996 in den 751 *zones urbaines sensibles* schließlich gänzlich abgeschafft (Deschamps 2001: 96). Es existiert zudem die Möglichkeit, Mietobergrenzen in den Gebieten der *politique de la ville* auszusetzen, sowie den Verkauf von Sozialwohnungen als Strategie zur Erzielung sozialer Mischung von Seiten der Wohnungsgesellschaften einzusetzen (ebd.: 95). Seit 1998 können die Vermieter des sozialen Wohnungsbaus in stark segregierten Gebieten außerdem von der Steuer auf leer stehenden Wohnraum befreit werden, wenn der Leerstand der Etablierung einer sozial gemischten Bevölkerung dienlich ist (ebd.).

Das *Loi Besson* von 1990 formuliert das Ziel einer sozial gemischten Bevölkerungsverteilung im Hinblick auf die Unterbringung der ärmsten Bevölkerungsgruppen. Es schreibt insbesondere den Wohnungsbaugesellschaften vor, bei der Unterbringung der benachteiligsten Gruppen auf die Herstellung von sozial gemischten Bevölkerungsstrukturen auf Ebene des Quartiers, der Gemeinde, und des Departements zu achten (Belmessous 2005: 45). Obgleich das Besson Gesetz nicht auf benachteiligte Gebiete beschränkt ist, zeigt sich, dass die Aktionspläne der Departements häufig nur die Gebiete des sozialen Wohnungsbaus in die Planungen einbeziehen (Bacqué/Fol 2005: 63). Die Unverbindlichkeit der Definition der sozialen Diversität bietet zudem eine große Interpretationsbreite dafür, was genau unter „sozialem Gleichgewicht“ zu verstehen ist und durch welche Maßnahmen dieses erzielt werden soll. So führt die häufig willkürliche Anwendung des Gesetzes entgegen seiner ursprünglichen Zielsetzung tendenziell eher dazu, dass sich die Zugangsbarrieren für die ärmsten Gruppen im sozialen Wohnungsbau erhöhen. Eine Studie zur Wohnungsvergabe im sozialen Wohnungsbau in einer Gemeinde im Osten der Île-de-France verdeutlicht diesen Zusammenhang zwischen Diskriminierungen bei der Vergabe von Sozialwohnungen und dem Ziel der *mixité sociale* (Tissot 2005). Es zeigt sich, dass die starke Institutionalisierung des Ziels der sozialen Mischung bei Wohnungsbaugesellschaften und Gemeindevertretern zum Teil illegale Vergabepraktiken nach Einkommen und Ethnizität zur Folge hat.

Konsequenzen dieser Praxis sind Formen unmittelbarer Diskriminierung, die in erhöhten Schwierigkeiten bestimmter Bevölkerungsgruppen bei der Wohnungssuche zum Ausdruck kommen. Hierbei sind Migranten besonders betroffen, so dass von einer „Ethnisierung“ der Zuteilungspolitik gesprochen werden kann (Simon 2005: 108). Die Politik der sozialen Mischung hat im Bereich der Belegungspolitik darüber hinaus auch langfristige Konsequenzen, die sich in der tief greifenden Stigmatisierung benachteiligter Bevölkerungsgruppen, die zunehmend als „Last“ empfunden werden, äußern (Tissot 2005: 68).



Die Politik der sozialen Mischung im Bereich der Belegungspolitik im sozialen Wohnungsbau macht deutlich, dass *mixité sociale* Gefahr läuft, zur „Diskriminierung im Ballkleid“ (Chanal/Uhry 2004: 31) zu werden. Desegregationsstrategien können gerade in jenen Gebieten, in denen die Chancen auf bezahlbaren Wohnraum für arme Bevölkerungsgruppen am höchsten sind, tendenziell dazu führen, dass sich Zugangsbarrieren für benachteiligte Bevölkerungsgruppen und Migranten erhöhen.

#### 4.1.2. Quartierspolitik für benachteiligte Stadtteile

Im Folgenden werden die konzeptionellen Grundlagen der aktuellen *politique de la ville* in benachteiligten Quartieren erörtert. Dies umfasst zunächst die Darstellung der wesentlichen Akteure und Institutionen der *politique de la ville*. Im Anschluss daran wird auf zwei zentrale Gestaltungsmerkmale der *politique de la ville* eingegangen, die die Basis der französischen Quartierspolitik darstellen: Zum einen das Prinzip der Zonierung, also die Ausweisung städtischer Quartiere, die somit zum Gegenstand der staatlichen Politik werden, zum anderen das Vertragsprinzip, welches das inhaltliche Fundament der Quartierspolitik und der daran beteiligten Akteure darstellt und aktuell mit den *Contrats Urbains de Cohésion Sociale* (CUCS) umgesetzt wird. Abschließend steht das *Programme National de Renovation Urbaine* (PNRU) im Mittelpunkt der Darstellung, das derzeit einen zentralen Platz inmitten der Strategien für benachteiligte Quartiere innehat.

##### 4.1.2.1. Institutionen und Akteure

In den 30 Jahren integrierter Quartierspolitik entstanden zahlreiche Institutionen, denen einzelne Aufgabenbereiche und Funktionen der *politique de la ville* zugeordnet sind. Im Jahr 1990 wurde von Francois Mitterand das *Ministère à la ville*, das Stadtministerium, gegründet. Dieses verfügt über ein eigenes Budget und soll als Koordinationsinstanz die interministerielle Zusammenarbeit und grundlegende Ausrichtung der *politique de la ville* gewährleisten (VIEILLARD-BARON 2000: 42).<sup>187</sup> In den darauf folgenden Jahren hatte das Ministerium häufig die Rolle eines beigeordneten Ministeriums (*ministère délégué* oder *secrétariat d'Etat*), das dem Sozialministerium zugeordnet war.

Das *Comité interministériel des villes* (CIV) ist das ausführende Organ der *politique de la ville*, welches die interministerielle Ausrichtung der Quartierspolitik gewährleistet (Ministère de la ville 2011b: o.S.). Es besteht aus den Ministern der betroffenen Ministerien und verfügt über die Entscheidungsgewalt bei der Mittelverteilung, der Ausrichtung und der einzelnen Maßnahmen der *politique de la ville*. Dabei werden die wesentlichen Entscheidungen von dem Generalsekretariat des CIV vorbereitet, dem *Secrétariat général du Comité interministériel des villes* (chemals DIV-*Délégation interministerielle à la ville*).

---

<sup>187</sup> Die Gründung des Ministeriums sollte Mitterands ambitioniertes Ziel unterstreichen, innerhalb von fünf Jahren die *politique de la ville* zum Erfolg zu führen (Giblin 2009: 333).

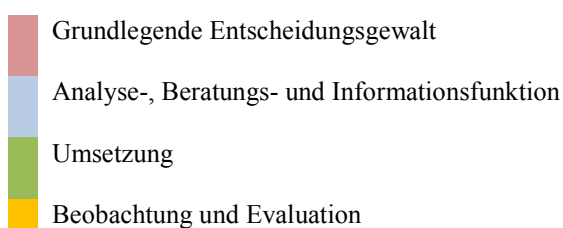
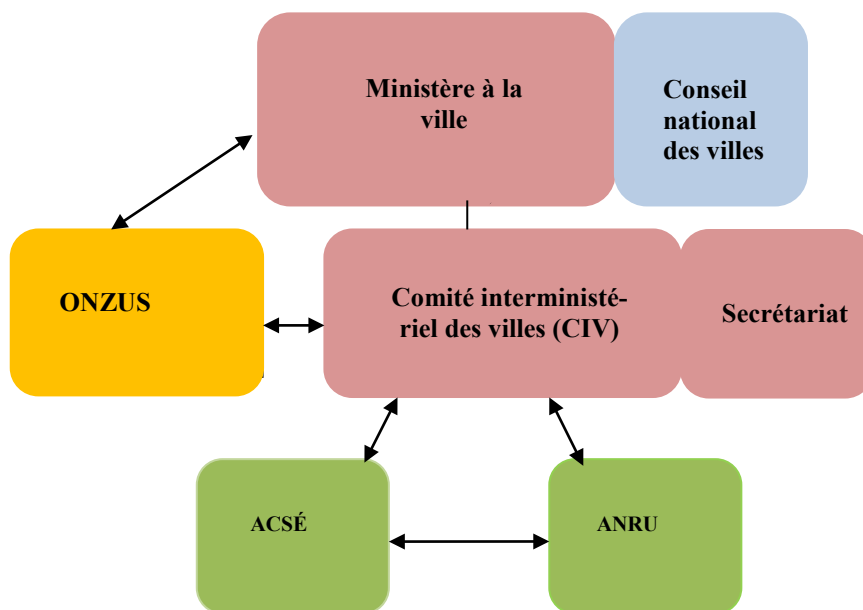
Dem Stadtministerium zugeordnet ist das *Conseil national des villes* (CNV). Dieses hat eine Analyse-, Beratungs- und Informationsfunktion zu den Entwicklung der nationalen *politique de la ville* und der sozialen Stadtentwicklung inne (Ministère de la ville 2011a: o.S.). Die 50 Mitglieder des CNV setzen sich aus verschiedenen Experten der *politique de la ville* zusammen (25 Landes- bzw. Lokalpolitiker, 15 Vereinsvertreter und 15 Experten) und werden vom Premierminister bzw. dem Stadtminister angeführt (ebd.). Dem CNV kommt v.a. eine Berichts- sowie Beratungsfunktion zu aktuellen Fragen der *cités* und der *politique de la ville* zu, wobei es nicht über Entscheidungsbefugnisse oder ein eigenständiges Budget verfügt.

Im Jahr 2004 wurde durch das so genannte Borloo Gesetz von 2003 die *Agence nationale pour la Rénovation Urbaine* (ANRU) gegründet, die mit der Umsetzung des Programms *Programme national pour la rénovation urbaine* (PNRU) beauftragt wurde. Die ANRU untersteht der DIV und wurde in der Absicht gegründet, die Durchführung der Programme der Stadterneuerung für die beteiligten kommunalen Akteure durch eine „einheitliche Schalterkassette“ (*guichet unique*) zu erleichtern. Diese fasst unterschiedliche Financiers der Stadterneuerung zusammen und vereinfacht somit das ehemals sehr komplexe Finanzierungsverfahren. Die ANRU begutachtet Projekte der Stadterneuerung von sozialen Wohnungsbaugesellschaften und Gemeinden, woraufhin das *conseil d'administration*, bestehend aus Vertretern des Staates, der Gebietskörperschaften, des sozialen Wohnungsbaus und anderen Experten, die einzelnen Projekte im Rahmen von so genannten *conventions* verabschiedet. Die Gründung der ANRU verdeutlicht zum einen den massiven Bedeutungsgewinn (städte-) baulicher Maßnahmen gegenüber dem Bereich sozialer Maßnahmen, zum anderen kann sie als Anzeichen dafür interpretiert werden, den integrativen Ansatz der Quartierspolitik aufzubrechen. Darüber hinaus wurde die Gründung der ANRU und das PNRU als rezentralisierend kritisiert, weil finanzielle Mittel und bauliche Maßnahmen, die zuvor im Rahmen von Stadtverträgen zwischen Regierung und Gemeinden vereinbart wurden, fortan in einer zentralen nationalen Behörde geregelt werden sollten. Dementsprechend kontrovers wurde im Expertenkreis auf die Gründung der ANRU reagiert und das Ende der traditionellen *politique de la ville* ausgerufen (Epstein 2005, Loubière 2005).

In enger Kooperation mit der ANRU steht die *Agence nationale pour la cohésion sociale et l'égalité des chances* (ACSE). Sie wurde im Jahr 2006 gegründet und ist dem Stadtministerium bzw. dem Stadtminister untergeordnet (Ministère délégué à la ville 2012). Sie setzt die staatliche Ausrichtung der *politique de la ville* im Bereich Chancengleichheit und Diversität um und umfasst hierbei die einzelnen Bereiche Bildung und Beschäftigung, Wohnen und Wohnumfeld, Gesundheit und Sicherheit. Die ACSE verwaltet die staatlichen Mittel für diese Einsatzbereiche der *politique de la ville*, welche sich im Jahr 2011 auf 400 Millionen Euro beliefen (ebd.). Im Rahmen der *contrats urbains de cohésion sociale* (CUCS) werden die einzelnen Maßnahmen festgeschrieben.

Darüber hinaus existiert seit 2003 das *Observatoire national des zones urbaines sensibles* (ONZUS). Es untersteht dem Stadtministerium und hat eine Beobachtungs- und Evaluierungsfunktion (ONZUS 20011: o.S.). Es soll dazu beitragen, das Wissen über die Gebiete der *politique de la ville* zu verbessern, insbesondere durch Wirkungs- und Qualitätsanalysen. Abbildung 18 zeigt die institutionelle Organisationsstruktur der *politique de la ville*.

**Abb.18: Organigramm der *politique de la ville***



Quelle: eigene Darstellung

Für die Umsetzung der *politique de la ville* ist darüber hinaus der so genannte *Dritte Sektor* von Bedeutung (Loch 2009: 255). Er befindet sich zwischen Staat und Markt, ist nicht gewinnorientiert und übernimmt in den benachteiligten Quartieren zahlreiche soziale Aufgaben. Diese umfassen beispielsweise Maßnahmen im Bereich der beruflichen Vermittlung und Qualifizierung oder Maßnahmen im Bereich der Beschäftigungsförderung.

Die Förderung der Partizipation der Bewohner stellt ein zentrales Ziel der *politique de la ville* dar. So sind die *citoyens* auf Gebietsebene ebenfalls Akteure. Durch Einrichtungen wie die *conseils de quartier* (Quartiersräte) und Vereine wird versucht, diese zu erreichen und in die

Gebietsentwicklung einzubeziehen. Dabei schätzt Loch die Einbeziehung und Förderung von Vereinen in Frankreich im Rahmen der Quartierspolitik als eher schwach ausgeprägt ein (Loch 2009: 258).

#### 4.1.2.2. *Der Vertrag*

Von 1994 bis 2006 war der *contrat de ville*, der „Stadtvertrag“, der zwischen dem französischen Staat und der Stadt beziehungsweise dem interkommunalen Zusammenschluss abgeschlossen wurde, zentrales Instrument der französischen *politique de la ville*. Dieser stellte das integrative Handlungskonzept der Maßnahmen dar und wurde in Kooperation von Staat und lokalen Akteuren formuliert. Die Stadtverträge galten für bestimmte Zeitspannen, wodurch eine Evaluation nach dem Ablauf der Programmphase ermöglicht werden sollte (Viellard-Baron 2000: 33).

Seit 2007 lösen die *contrats urbains de cohésion sociale* (CUCS - „Vertrag über die soziale Kohäsion“) die ehemaligen Staatsverträge ab, die nach ähnlichen Prinzipien aufgebaut sind. Ziel der Verträge ist es, die Vertragspartner dazu zu verpflichten, abgestimmte Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität in den benachteiligten Stadtvierteln umzusetzen (DIV 2012: o.S.). Die Verträge werden von den jeweiligen Bürgermeistern beziehungsweise den Präsidenten der interkommunalen Zusammenschlüsse und dem Präfekten des Departements initiiert und unterschrieben. Gegebenenfalls werden weitere lokale Akteure einbezogen, z.B. Familienkasse, Wohnungsunternehmen des sozialen Wohnungsbaus oder Schulämter. Ursprünglich waren die Verträge für den Zeitraum 2007 bis 2009 vorgesehen, sie sind nun bis 2014 verlängert worden.

Inhalt der CUCS sind strukturelle Maßnahmen für die Zielquartiere aber auch spezifische Maßnahmen, wie sie von der Gemeinde oder dem interkommunalen Zusammenschluss formuliert wurden (Ministère délégué à la ville 2012). Im Rahmen dieser Aktionsprogramme sollen die Projekte und Ziele für die vorrangigen Felder festgehalten werden. Für die aktuelle Generation der Verträge sind dies folgende fünf Handlungsschwerpunkte: Zugang zu Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung in den Gebieten, die Verbesserung der Lebensumstände, Bildungserfolg und *citoyenneté*, Kriminalitätsprävention und Gesundheit. Inzwischen existieren insgesamt 497 CUCS. Davon sind 263 von einzelnen Gemeinden unterschrieben, 204 von einem interkommunalem Zusammenschluss (EPCI) und 30 von mehreren Gemeinden (ebd.).

#### 4.1.2.3. *Zonierung*

Konzeptionelle Grundlage der *politique de la ville* ist die „territorialisation de l'action publique“<sup>188</sup> (Tissot 2007: 8). Diese basiert auf der Festschreibung von Quartieren, die gegenüber dem gesamtstädtischen Durchschnitt als benachteiligt bezeichnet werden können. Die im

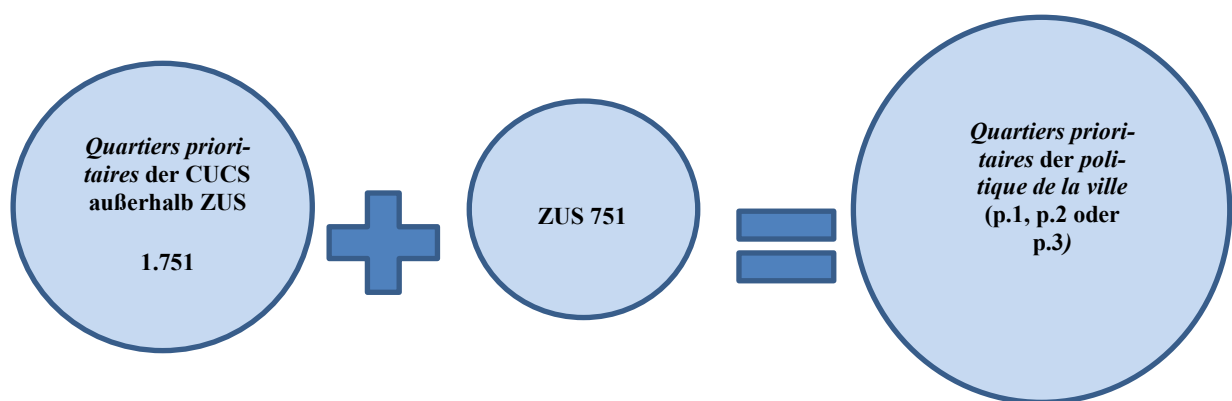
---

<sup>188</sup> „die Territorialisierung staatlichen Handelns.“

Allgemeinen auf der Basis der sozialen und demographischen Zusammensetzung der Quartiersbevölkerung ermittelten Quartiere erfahren eine „positive Diskriminierung“ in Form von spezifischen Fördermaßnahmen. Dieses Prinzip der *territorialisation* ist nicht neu, sondern wurde bereits zwischen 1945 und 1952 beim Wiederaufbau und bei Verfahren der Stadterneuerung in den Innenstädten angewandt (Vieillard-Baron 2009: 188).

Während der letzten 30 Jahren wuchs die Anzahl der Programmgebiete der französischen *politique de la ville* beständig: Begann die französische Stadtpolitik 1981 auf der Grundlage von 23 Quartieren (Vieillard-Baron 2000: 27), belief sich ihre Anzahl drei Jahre später bereits auf 148 Stadtviertel (ebd.: 33), um bis zum Jahr 2002 auf schließlich 1.500 Gebiete anzusteigen (COUR DE COMPTES 2002: 23). Heute existieren insgesamt knapp 2.500 Fördergebiete (*quartiers prioritaires* und ZUS), die sich je nach Förderbedarf und Förderschwerpunkt weiter differenzieren lassen (vgl. Abb. 19).

**Abb. 19: Die Quartiere der *politique de la ville***



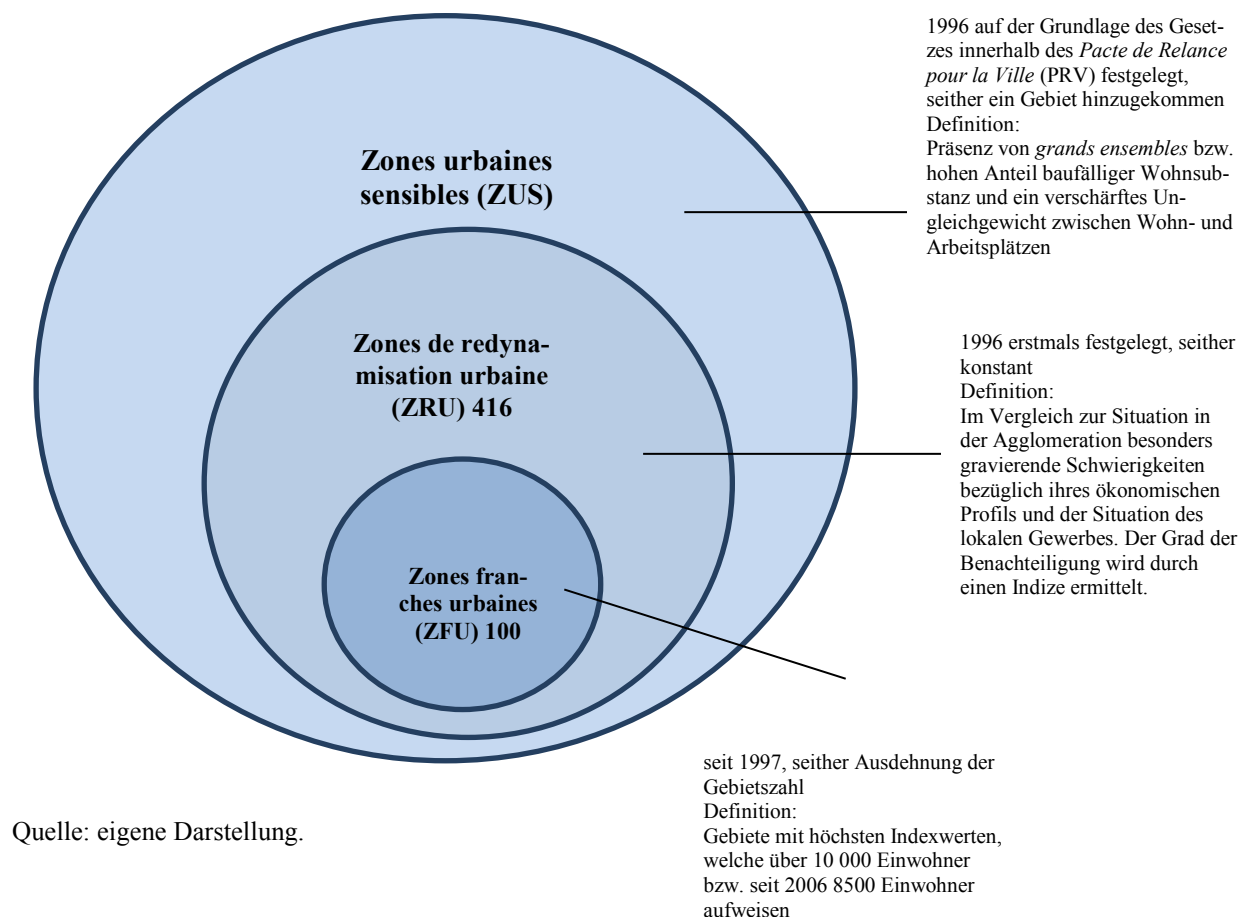
Quelle: eigene Darstellung.

Die Zonierung unterscheidet die *quartiers prioritaires* („prioritäre Quartiere“), die im Rahmen der *contrats urbains de cohésion sociale* (CUCS, die „städtischen Verträge der sozialen Kohäsion“) zwischen dem französischen Staat und den Kommunen bzw. kommunalen Zusammenschlüssen festgelegt werden und den allein vom Staat definierten Quartieren, den *zones urbaines sensibles* (ZUS), den „sensiblen städtischen Zonen“. Die Gesamtheit dieser Quartiere wird in drei weitere Kategorien (*priorité 1, 2 oder 3*) unterteilt, je nach dem Grad der lokalen Schwierigkeiten (CIV 2009: o.S.).

Die *prioritären Quartiere der CUCS außerhalb ZUS* stellen prioritäre Entwicklungszonen dar, die innerhalb der Verträge vom Bürgermeister bzw. Präsidenten des interkommunalen Zusammenschlusses und dem Präfekten des Departements als Vertreter des Staats festgelegt werden. Aktuell existieren 1751 *quartiers prioritaires*. Sie werden als Gebiete definiert, die mit Problemen konfrontiert sind und in denen der Alltag der Bewohner durch gezielte Aktionen verbessert werden soll (ONZUS 2011: o.S.).

Hinzu kommen Quartiere mit dem Status *zone urbaine sensible* (ZUS), die bis auf zehn Ausnahmen ebenfalls Quartiere der CUCS sind. Diese werden definiert durch die Präsenz von *grands ensembles*, den typischen Großwohnsiedlungen der 1960er und 1970er Jahren bzw. durch einen hohen Anteil baufälliger Wohnsubstanz sowie ein verschärftes Ungleichgewicht zwischen der Anzahl von Wohn- und Arbeitsplätzen (ONZUS 2011: o.S.). Der Großteil dieser Gebiete besteht aus Großwohnsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus. Aktuell existieren 751 ZUS mit knapp 4,7 Millionen Bewohnern, was etwa 7,5 Prozent der französischen Bevölkerung entspricht (ONZUS 2011: o.S.). Eine Spezifik der ZUS ist, dass es sich um eine verhältnismäßig starre Kategorie handelt: 750 der aktuellen ZUS wurden bereits 1996 auf der Grundlage des Gesetzes innerhalb des *Pacte de Relance pour la Ville* (PRV) festgelegt. Kein einziges Gebiet hat den Status einer ZUS bislang verlassen.<sup>189</sup> Innerhalb der ZUS werden zwei weitere Kategorien städtischer Sonderzonen klassifiziert (vgl. Abb. 20).

**Abb. 20: Die Differenzierung der „sensiblen städtischen Zonen“**



<sup>189</sup> Genauso starr sind die Grenzziehungen, die der Zonierung zugrunde liegen: lediglich ein Mal wurde im Jahr 2001 der Zuschnitt eines Gebiets verändert (CIV 2011b: o.S.).

Die insgesamt 416 *zones de redynamisation urbaine* (ZRU) – „Zonen städtischer Redynamisierung“ – weisen im Vergleich zur Situation in der Agglomeration besonders gravierende Schwierigkeiten hinsichtlich ihres ökonomischen Profils und der Situation des lokalen Gewerbes auf. Darüber hinaus ist ein von INSEE, dem nationalen Statistikinstitut, errechneter Index für ihre Klassifizierung entscheidend.<sup>190</sup> Ebenso wie die ZUS wurden die ZRU im Jahr 1996 erstmals festgelegt und unterlagen seither keinen Veränderungen was Anzahl und Auswahl der Gebiete betrifft.

Die ZRU mit den gravierendsten Problemlagen, welche über 10.000 Einwohner bzw. seit 2006 über 8.500 Einwohner haben, gehören schließlich der Gruppe der *zones franches urbaines* (ZFU), eine Art städtischer Sonderwirtschaftszone, an (ONZUS 2011: o.S.). Inspiriert von den Erfahrungen der amerikanischen *empowerment zones* existieren sie seit 1997. Es gibt mehrere Fördermaßnahmen für die lokale Wirtschaft, die die Niederlassung von Firmen und die Entwicklung ökonomischer Aktivität unterstützen sollen. Hierzu gehören verschiedene Formen von Steuererleichterungen und die Befreiung von Sozialabgaben. Die Anzahl von ZFU ist von ursprünglich 44 Gebieten auf inzwischen 100 angestiegen (Giblin 2009: 426f).<sup>191</sup>

Diese Expansion drückt eher den Druck aus, der auf den Bürgermeistern lastet, sich mit der Implantation einer ZFU um seine Gemeinde verdient gemacht zu haben, als den Erfolg der einzelnen Maßnahmen, die stark umstritten sind (im Folgenden Giblin 2009: 427f). So kam es zwar seit 2002 im Rahmen der Maßnahme zu jährlich etwa 3.000 bis 6.000 Firmenneugründungen bzw. neuen Niederlassungen, vor allem im Bereich Handel, Bau und Unternehmensdienstleistungen. In der Mehrheit sind es aber sehr kleine Firmen mit durchschnittlich 3 Angestellten. Ein Drittel der Firmen ist nur umgezogen und wurde nicht neu gegründet. Nur 26 Prozent existierten noch nach 6,5 Jahren. Außerdem profitiert nur ein vergleichsweise geringer Teil der Gebietsbevölkerung von den neuen Jobs: Im Jahr 2005 wurden nur 48 Prozent der neuen Arbeitsplätze von Bewohnern des Gebiets eingenommen. Diesen eher moderaten Ergebnissen stehen die extrem hohen Kosten der Maßnahme gegenüber. Bislang verblieben alle ZFU im Gebietsstatus und wurden bei Saturierung tendenziell eher erweitert.

Darüber hinaus existieren die Programmgebiete des *Programme Nationale de Rénovation urbaine* (PNRU). Dieses umfasst zwei Quartierstypen: Zum einen Gebiete mit der Klassifizierung ZUS, zum anderen Gebiete, die analoge wirtschaftliche und soziale Merkmale wie die ZUS aufweisen müssen, so genannte Artikel-6-Gebiete (Lienemann 2011: 29). Ende 2009

---

<sup>190</sup> Dieser resultiert aus der Multiplikation dreier Indikatoren (Bevölkerung unter 25 Jahren, Langzeitarbeitslose und Bevölkerung ohne Schulabschluss) mit der Anzahl der Gesamtbevölkerung des Quartiers geteilt durch das Steueraufkommen der Gemeinde (COUR DES COMPTES 2002: 25).

<sup>191</sup> Dabei unterschieden sich einzelne Bestimmungen bezüglich der Gebietsfestlegung hinsichtlich der Generation der ZFU, je nachdem ob es sich um die erste (1996: 44 Gebiete), zweite (2004: plus 41 Gebiete) oder dritte Generation (2006: plus 15 Gebiete) handelt (CIV 2011b: o.S.).

existierten insgesamt 192 prioritäre Gebiete (davon 189 ZUS und drei Artikel-6-Gebiete) und 577 *quartiers supplémentaires* (zusätzliche Gebiete).

Außerdem existieren *sektorielle Zonierungen*, die von einzelnen Ministerien vollzogen wurden, um dort prioritäre Maßnahmen durchzuführen. Eine der bekanntesten sind die seit 1982 existierenden so genannten prioritären Bildungszonen, die *zone d'éducation prioritaire* (ZEP). Dabei handelt es sich um sozioökonomisch benachteiligte Gebiete, die gleichzeitig durch einen schulischen Misserfolg charakterisiert sind (Giblin 2009: 425). Die Schulen in diesen Gebieten erhalten Sondermittel für die Ausstattung an Lehrkräften und Lehrmitteln. Dabei gilt die Wirksamkeit des Ansatzes als umstritten: Zum einen wird die mangelnde Stabilität der Lehrerkollegiums kritisiert. Die Mehrzahl der Lehrer bittet trotz entsprechender *prime de risque* („Risikoprämie“) angesichts der beruflichen Belastungen in den ZEPs sobald als möglich um Versetzung (ebd.). Zum anderen wird der stigmatisierende Effekt des Labels ZEP kritisiert. Dieser hält viele Eltern davor ab, ihre Kinder in solche Schulen zu schicken.

#### 4.1.2.4. *Programme Nationale de Rénovation Urbaine*

Seit dem Jahr 2003 existiert das *Programme Nationale de Rénovation Urbaine* (PRNU - Programm der städtischen Renovierung), durch das Abriss zu einem zentralen Instrument der französischen Quartierspolitik wird. Galt es lange Zeit noch als Tabu, den Abriss von Sozialwohnungen als adäquates Mittel zur „Zerstörung der Ghettos“<sup>192</sup> in Betracht zu ziehen, sollen nun im Zeitraum zwischen 2004 bis 2013 insgesamt 200.000 Wohnungen in den am stärksten degradierten und stigmatisierten Wohngebieten der *politique de la ville* abgerissen werden (Vieillard-Baron 2009: 195). Da angesichts des angespannten Wohnungsmarktes kein Wohnraum verloren gehen soll, sollen an deren Stelle ebenso viele neue Wohnungen errichtet werden. So ist der Neubau von 200.000 Wohnungen geplant. Außerdem sollen 200.000 Wohnungen renoviert und die *residentialisation*<sup>193</sup> von 400.000 Wohnungen umgesetzt werden. Weiterhin sind Investitionen in Gemeinschaftseinrichtungen und Freiraumgestaltung vorgesehen.

Die Neubebauung der vom Abriss betroffenen Gebiete soll die Entwicklung einer sozial gemischten Bevölkerung befördern. Die Attraktivität für mittlere und höhere Einkommenschichten soll u.a. durch ein diversifiziertes Wohnangebot und eine damit einhergehende Entdichtung erzielt werden. Demzufolge kann und muss der Ersatz für die abgerissenen Wohnungen auch außerhalb der Programmgebiete erfolgen. Bei den Umsetzungsmaßnahmen soll

---

<sup>192</sup> Zitat des *Ministre délégué à la Ville et à la Rénovation urbaine* (Stadtminister) im Juni 2003, (Le Monde 19.06.2003).

<sup>193</sup> Der Terminus *residentialisation* findet keine Entsprechung in der deutschen Sprache. Er umfasst Maßnahmen, die dazu dienen, den privaten Raum stärker vom öffentlichen Raum abzugrenzen. Hierzu zählt insbesondere die Umzäunung von Mehrfamilienhäusern bzw. die Zusammengruppierung mehrerer Mehrfamilienhäuser und Gemeinschaftsanlagen durch städtebauliche Maßnahmen (meistens Zäune). Dies erfreut sich gegenwärtig, insbesondere im Rahmen des PNRU, einer starken Popularität, wobei hier Sicherheitsaspekte eine wichtige Rolle spielen.



gewährleistet werden, dass die neuen Mieten dem Einkommen der Mieter angemessen sind und dass die Kinder in ihren alten Schulen verbleiben können (Giblin 2009: 80).

Neben dem Ziel der sozialen Mischung will das PNRU Wohnungsneubau fördern, der stärker aktuellen Anforderungen, v.a. hinsichtlich thermischer und akustischer Isolierung, entspricht. Weiterhin sollen die Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen und das Niveau der Instandhaltung und Verwaltung vor Ort verbessert sowie die wirtschaftliche Entwicklung in den Gebieten befördert werden (Vieillard-Baron 2009: 197). Letzteres soll bereits während der Programmdurchführung dadurch erzielt werden, dass die Bewohner von beteiligten Firmen vorrangig eingestellt werden (Giblin 2009: 80). Außerdem soll die Anbindung und Integration der Gebiete innerhalb der Agglomeration verbessert werden und die Partizipation der Bewohner bei der Programmumsetzung in Form von stärkerer Konsultation (*concertation*) zu gewährleisten (ebd.: 79).

Das PNRU wird von einem immensen Investitionsvolumen begleitet: Für die erste Periode von 2004 bis 2008 waren zunächst 2,5 Milliarden Euro bereitgestellt, welche bis 2013 nun auf insgesamt 6 Milliarden aufgestockt wurde (Giblin 2009: 79). Hinzu kommen etwa 34 Milliarden Euro, die von anderen Financiers wie etwa der *Caisse des Dépôts et Consignations* (CDC) einem staatlichen Finanzinstitut, den privaten und öffentlichen Wohnungsbauunternehmen sowie der EU kofinanziert werden (ebd.). Die genaue Ausgestaltung des Programms in den einzelnen Gebieten erfolgt in Abstimmung mit dem Präfekten durch den betroffenen Bürgermeister und der *direction départementale de l'équipement* (DDE), den Infrastrukturdirektionen in den Départements. Alle Beteiligten legen im Rahmen eines Planungsdokuments, der so genannten *convention*, die genauen Maßnahmen und die Finanzierung sowie den Zeitplan der Maßnahmen fest. Ende des Jahres 2009 lagen 356 unterzeichnete *conventions* vor (ONZUS 2010: 276).

Das *Programme Nationale de Rénovation Urbaine* markiert einen bedeutenden Kurswechsel der *politique de la ville*. Zum einen wird nun erstmals im großen Stil abgerissen. Zum anderen wird durch das PNRU und die Gründung der ANRU eine inhaltliche wie institutionelle Trennung innerhalb der vormals stärker einem integrierten Ansatz folgenden französischen Quartierspolitik vollzogen. Robert kritisiert die Maßnahmen innerhalb des „städtischen Renovierungsprogramms“ als bauliche und soziale Entdichtung, der die Gefahr innewohnt, mit baulichen Maßnahmen auf soziale Probleme reagieren zu wollen (Robert 2006: 43). Vieillard-Baron betont, dass das PNRU trotz des vorrangigen Ziels der Qualitätsverbesserung des Wohnumfelds und der Wohnungen, meist auch versucht, ein „soziales Gleichgewicht“ in den Gebieten zu erlangen und unerwünschte Bevölkerungsgruppen, wie sozial schwache Haushalte und Migranten, weiter entfernen soll. (Vieillard-Baron 2009: 198).

Ergebnisse des Programms zeigen, dass die Anzahl der abgerissenen Wohnungen bislang nicht durch entsprechenden Neubau von Sozialwohnungen kompensiert wurden. So wurden bis Ende des Jahres 2009 insgesamt knapp 63.000 Wohnungen abgerissen, etwa 33.500 wur-

den neu gebaut und 95.000 renoviert (ONZUS 2010: 281). Insgesamt deutet sich also die Gefahr an, dass die Desegregationsstrategien im Rahmen des *Programme Nationale de Rénovation Urbaine* zu einem Verlust an verfügbarem Wohnraum führen und somit zu einer Verschärfung der städtischen Wohnungskrise beitragen. Darüber hinaus sind mit dem Umsetzen der Mieter häufig höhere Mieten für die Bewohner verbunden. So kommen Goulard und Pupponi zu dem Schluss, dass trotz existierender Unterstützungsmaßnahmen der Umzug für die Hälfte aller Haushalte mit einer Erhöhung der Mietkosten einherging (Goulard & Pupponi 2010: 257).

Schwierigkeiten scheint es v.a. beim vorrangigen Ziel der Etablierung sozial gemischter Bevölkerungsstrukturen zu geben. So kommt Lienemann in ihrer umfangreichen Evaluation des Programms zu dem Schluss, dass das Ziel der *mixité sociale* oftmals an der Schwierigkeit scheitert, benachteiligte Gebiete für mittlere Einkommensgruppen interessant zu machen (Lienemann 2011: 31). Diese entscheiden sich tendenziell gegen die betroffenen Gebiete und ihre Bewohner und bevorzugen trotz höherer Immobilienpreise andere suburbane Wohngegenden. Außerdem gelingt es nicht wirksam, den Neubau der Sozialwohnungen auf der Basis der Agglomeration zu verteilen (ANRU zit. bei Lienemann 2011: 64). Dies liegt zum einen daran, dass die politischen Verantwortlichen in den Programmgebieten aus wahltaktischen Gründen ihre angestammte Bevölkerung durch Neubau von Sozialwohnungen vor Ort binden wollen. Zum anderen ist es die Zurückhaltung der Lokalpolitiker in privilegierten Gebieten, die aus den gleichen Gründen gegen den Neubau von Sozialwohnungen in ihren Gemeinden votieren.<sup>194</sup>

Eine weiterer Kritikpunkt an der bisherigen Umsetzung des Programms besteht in der mangelnden Partizipation der Bewohner bei der Umgestaltung ihrer Wohngebiete (Robert 2006: 44, Lienemann 2011: 73). Dies betrifft v.a. die mangelnde Information der Betroffenen über bevorstehende Maßnahmen (Lienemann 2011: 73). Die bauliche Transformation der Quartiere wird vor diesem Hintergrund häufig mit einem Gefühl von Verunsicherung und Ohnmacht erlebt.

Als erfolgreich werden die Programmergebnisse hinsichtlich der erhöhten Attraktivität des Wohnumfeldes und der „urbanen Qualität“ bewertet (Lienemann 2011: 31). Das *Comité d’Evaluation et de Suivi*, das evaluierende Gremium der ANRU, kommt hinsichtlich der Potentiale des PNRU zu dem Schluss, dass die zentralen Erfolge des Programms in der Verbesserung des Wohnraums, der Infrastruktur, des Straßen- und Schienenbaus sowie in der Aufwertung des sozialen Wohnungsbaus liegen (ANRU 2011: 16). Auch Pupponi und Goulard resümieren, dass die Neustrukturierung der Quartiere und die baulichen Verbesserungen die Lebensqualität und das Image erheblich verbessert haben (Pupponi & Goulard 2010: 258). An-

---

<sup>194</sup> So wurden beispielsweise im Département Seine-Saint-Denis 81 Prozent der Neubauten von Sozialwohnungen, die als Ersatz für die abgerissenen Wohnungen erbaut wurden, vor Ort errichtet (Giblin 2009: 80).

gesichts dieser Erfolge des Programms wird inzwischen von verschiedenen Seiten für eine Fortsetzung ab 2013 plädiert.

#### 4.1.3. Quartierspolitik für bevorzugte Stadtteile: Soziale Mischung per Quote

Seit dem Beginn der 1990er Jahre wird die Quartierspolitik in benachteiligten Gebieten im Rahmen der französischen Gesetzgebung um Quotenregelungen ergänzt, die den Bau von Sozialwohnungen in privilegierten Gebieten fördern sollen.<sup>195</sup> Schon in den 1960er Jahren gab es erste Gesetzesvorschläge, die vorsahen, dem ungleichen kommunalen Engagement beim Bau von Sozialwohnungen durch Zwang entgegenzuwirken (Bacqué & Fol 2005: 61).

Durch das im Jahr 2000 verabschiedete „Gesetz der städtischen Solidarität und Erneuerung“ (SRU – Loi de Solidarité Urbaine) wird den Schwächen vorangegangener Strategien zur Herstellung einer ausgewogeneren Verteilung des sozialen Wohnungsbaus Rechnung getragen. Im Artikel 55 des neuen Gesetzes wird die 20-Prozent-Quote beim sozialen Wohnungsbau für Gemeinden ab 3.500 Einwohner (1.500 in Île-de-France) bereits in Agglomerationen ab 50.000 Einwohner festgelegt. Sozialer Wohnungsbau wird per Definition auf Mietwohnungsbau beschränkt. Auf der Grundlage einer jährlichen Gemeindeinventur wird jede fehlende Sozialwohnung mit einer Abgabe von rund 152 Euro belegt, die in den Bau von Sozialwohnungen investiert werden müssen. Durch diese restriktive Maßnahme soll der bislang bestehende Möglichkeit des „Freikaufens“ vorgebeugt werden. Bei Nichtbeachtung des Artikels 55 bestehen rigide Interventionsmöglichkeiten von Seiten der Präfekten, die an Stelle des Bürgermeisters Baugenehmigungen für sozialen Wohnungsbau auf dem Gemeindegebiet aussprechen können. Im Jahr 2010 unterlagen insgesamt 980 Gemeinden der Quote, diese sollen bis zum Jahr 2020 ihr Defizit an Sozialwohnungen aufgeholt haben (FAP 2011: 39).

Das Gesetz der Städtischen Solidarität und Erneuerung ist bis heute ein sehr kontrovers diskutiertes Instrument in Frankreich und ist inzwischen hochgradig symbolisch aufgeladen. Anlässlich seiner Verabschiedung wurden zahlreiche Protestpetitionen in den vom Gesetz betroffenen Gemeinden durchgeführt und die damaligen Parlamentsdebatten waren von emotional stark aufgeladenen Diskussionen geprägt (Nieszery 2005: 56 ff). Wenngleich zwischen den einzelnen politischen Lagern ein klarer Konsens über das Ziel der sozialen Mischung herrschte, wurde der sanktionierende, dirigistische und rezentralisierende Charakter des Gesetzes von Seiten der Konservativen stark kritisiert. Die politische Spaltung wurde zusätzlich dadurch verschärft, dass die Mehrzahl der betroffenen Gemeinden von konservativen Kommunalregierungen regiert wird.

Die Zwischenbilanz des SRU zeichnet nach drei Jahren auf den ersten Blick ein positives Bild: Insgesamt wurden etwa 62.000 neue Sozialwohnungen gebaut, was den Zielvorgaben für diese Periode grob entspricht (Robert 2006: 39). Bei genauerer Betrachtung zeigt sich je-

---

<sup>195</sup> Teile dieses Unterkapitels stammen aus einem Aufsatz der Verfasserin von 2007 (Nieszery 2007).

doch eine sehr unterschiedliche Aktivität der betroffenen Gemeinden beim Bau von Sozialwohnungen: nur knapp 36 Prozent der Gemeinden erreichten die ihnen gesetzlich vorgeschriebene Zahl neufinanzierter Sozialwohnungen, während 64 Prozent unterhalb ihrer Vorgaben blieben. Von diesen hatten bis Ende des Jahres 2004 154 Gemeinden keine einzige Sozialwohnung gebaut (ebd.). Die Bilanz der Fondation Abbé Pierre über den Zeitraum von 2002 bis 2008 zeigt, dass die Menge der im Rahmen des Artikel 55 erbauten Sozialwohnungen im Betrachtungszeitraum bei 195.873 und somit bei etwa 29 Prozent des gesamten Neubaus von Sozialwohnungen in Frankreich liegt (FAP 2011: 3). Dabei kam etwa die Hälfte der betroffenen Gemeinden nicht ihrem Nachholbedarf nach und blieb unter ihren gesetzlichen Verpflichtungen. Nur neun Gemeinden haben im genannten Zeitraum gar keine Sozialwohnung gebaut (ebd.). Es zeigt sich insgesamt eine zunehmende Wirksamkeit des Artikels 55 im Verlauf seines Bestehens, wobei kritisiert wird, dass die gebauten Sozialwohnungen zu einem Drittel „intermediäre Wohnungen“ darstellen, die nicht für die sozial schwächsten Bevölkerungsgruppen zur Verfügung stehen (ebd.).

Die Zurückhaltung einiger Gemeinden beim Bau von Sozialwohnungen wird von betroffenen Bürgermeistern im Wesentlichen mit Verweis auf funktionale Hemmnisse wie beispielsweise vergleichsweise höhere Boden- und Immobilienpreise oder mangelnden Baugrund begründet. Sicherlich spielt hierbei auch der politische Druck eine Rolle, der auf einigen Bürgermeistern lastet: Durch die teilweise sehr massiven Abwehrhaltungen von Anwohnern gegenüber sozialem Wohnungsbau in ihrer Nachbarschaft ist das Engagement beim Bau von Sozialwohnungen in einigen Gemeinden mit einem politischen Risiko verbunden. Dabei schöpft der Gesetzgeber die Sanktionierungsmöglichkeiten für betroffene Gemeinden, die sich nicht beim Bau von Sozialwohnungen engagieren, bislang nicht aus. Zwar erfolgt die kommunale Budgetkürzung gemäß der Strafsumme pro fehlender Wohnung, Möglichkeiten des Präfekten, anstelle der Bürgermeister Baugenehmigungen auszusprechen und Wohnungsbaugesellschaften für den Bau von Sozialwohnungen auf dem Gemeindegebiet zu beauftragen, wurden aber bislang nicht genutzt.

Seit dem Regierungswechsel des Jahres 2002 wurde im Rahmen mehrerer Gesetzesentwürfe versucht, Lockerungen des Gesetzes durchzusetzen. Für die Modifikation des SRU setzt sich ein Verein namens „Koordinierung der städtischen Diversität“ (*Coordination de la Diversité Sociale*) ein, der aus betroffenen Bürgermeistern besteht und das Image und die Ehre der ihrer Meinung nach als Egoisten angeprangerten Gemeindevertreter wiederherstellen möchte (ebd.). Die inhaltliche Schwächung des Gesetzes der städtischen Solidarität und Erneuerung konnte lange durch die Intervention des ehemaligen Präsidenten Jacques Chirac verhindert werden, der anlässlich der Unruhen in den Vorstädten im Herbst 2005 in seiner ersten offiziellen Reaktion dazu aufrief, die 20-Prozent-Quote zu respektieren. Entgegen vieler Erwartungen hielt der Artikel 55 der Regierung Sarkozy stand. Kurz vor den Präsidentschaftswahlen 2012 wurden neue Reformbemühungen bekannt. So plädierte der Staatssekretär des Wohnungsministeriums Apparu unlängst für eine grundlegende Reform des „zu rigiden“ Gesetzes.

Entgegen aller Reformdiskussionen ist es wichtig zu unterstreichen, dass der Artikel 55 als komplementär zum *Programme Nationale de Rénovation Urbaine* gelten muss. Die ausgewogenere Verteilung von Sozialwohnungen auf der Ebene der Agglomeration kann angesichts des Wohnraumverlusts in den Programmgebieten des PNRU nur durch die Intervention in privilegierten Gemeinden erzielt werden.

#### 4.1.4. Reformen und Bilanzen

Die französische Quartierspolitik zeichnet sich durch eine zunehmend komplexe Struktur aus, v.a. was die unterschiedlichen Formen der Gebietszonierung, den institutionellen Aufbau des Politikfeldes, sowie das breite Spektrum unterschiedlicher Maßnahmen, die zum Bereich der *politique de la ville* zählen, betrifft. Diese Komplexität verkompliziert die Anwendbarkeit der einzelnen Maßnahmen, was insbesondere von kommunalen Akteuren seit langem beklagt wird (DELARUE 2001: 7).

Man kann die ausgeprägte Komplexität der französischen Quartierspolitik als Erbe aus mehr als dreißig Jahren Erfahrung mit gebietsbezogenen Ansätzen integrierter Stadtentwicklung verstehen, in denen vorhandene Ansätze immer wieder reformiert und ergänzt wurden. In diesem Sinne spiegelt die Komplexität der französischen *politique de la ville* den Erfahrungsschatz von mehr als drei Jahrzehnten integrierter Quartierspolitik wieder. Die Komplexität der französischen *politique de la ville* zeigt aber auch, welchen zentralen politischen Stellenwert das Politikfeld der Quartierspolitik einnimmt. Die Probleme der *cités* bewegen die Gemüter, sie stellen einen zentralen Diskurs in Frankreich und über die französische Gesellschaft dar. Befördert durch die regelmäßig auftretenden Ausschreitungen in den Siedlungen und die daran anknüpfenden Diskussionen um Sicherheit und Integration hat das Thema der *politique de la ville* einen sehr hohen politischen Stellenwert und eignet sich wie kaum ein zweites dazu, politische Handlungsfähigkeit und Entschlossenheit zu demonstrieren. Und so ist es auch kaum verwunderlich, dass die einzelnen Regierungen ihren Willen zur Lösung der Krise durch umfangreiche neue politische Vorhaben und Maßnahmen demonstrieren. Von Francois Mitterand, der Anfang der 1990er Jahre das Stadtministerium gründete, bis hin zu Nicolas Sarkozy, der zu seinem Regierungsantritt den Rettungsplan *Espoir Banlieue* auflegte, demonstrierten die verschiedenen französischen Regierungen mit großen Gesten ihre Handlungsfähigkeit durch umfangreiche Maßnahmen und Reformen im Bereich der Quartierspolitik. Insofern muss die aktuelle Komplexität der französischen Quartierspolitik auch als Ausdruck ihres hohen politischen Stellenwerts interpretiert werden.

Seit einiger Zeit wird auf politischer Ebene eine tief greifende Kritik an der französischen Quartierspolitik geübt. Zur Diskussion steht insbesondere die aktuelle Gebietszonierung, die die Basis der Quartierspolitik bildet. Dabei werden mehrere Folgen der Zonierung kritisiert: So wird zum einen die stigmatisierende Wirkung der Territorialisierung kritisiert, zum anderen steht die zunehmende Komplexität und Unübersichtlichkeit der einzelnen Gebietstypen und der dazugehörigen Förderkriterien und –maßnahmen im Zentrum der Kritik. Es existieren

aber auch grundlegendere Zweifel am Sinn der territorialen Förderlogik. So müsste sich die Wirksamkeit der Maßnahmen auch daran messen lassen, dass einzelne Gebiet den Status als Fördergebiet irgendwann verlassen. Demgegenüber steht aber die Tatsache, dass seit ihrer Schaffung Mitte der 1990er Jahre keine einzige ZUS den Status eines Fördergebiets verlassen hat. Die Fördermittel, die in Abhängigkeit zum „Förderlabel“ stehen, lassen in den Gebieten trotz des Stigmas meist auch gar kein Interesse daran entstehen, den Förderstatus zu verlassen.

So fordert der *cour de compte* seit 2007 ein Ende des „Gießkannenprinzips“ und die ehemalige Staatssekretärin der Stadt Fadela Amara setzt sich für die Reduzierung der ZUS auf die ärmsten Quartiere und damit auf nur mehr 550 Quartiere ein. Im Jahr 2009 kommt ein parlamentarischer Bericht zusammenfassend zu folgendem Schluss:

„[...] cette action par zonage n’a pas fait la preuve de son efficacité. Malgré la multiplication des actions conduites dans les territoires prioritaires, les écarts avec le reste de la ville ne se sont pas véritablement réduits, notamment dans le domaine clé de l’emploi”<sup>196</sup> (Hamel & André 2009: 9).

Die Autoren des Berichts kritisieren im Einzelnen die zu strikte Zonierung, die strategische Ansätze auf gesamtstädtischer Ebene verhindere und die Mobilisierung lokaler Akteure unzureichend zulasse (André & Hamel: 2009: 9). Sie fordern eine Reform der *politique de la ville* zugunsten eines lokalen Projekts auf kommunaler Ebene, das sich auf die ärmsten Gemeinden und nicht auf einzelne Quartiere beziehen sollte. Gefordert wird eine neue Gebietsziehung, nach transparenten und objektiven Methode, wobei die ärmsten Gemeinden vorrangig unterstützt werden sollen und als prioritäre Fördergebiete ausgewiesen werden sollen (ebd. 10).<sup>197</sup> Darüber hinaus soll einheitlicher Vertrag entwickelt werden, der die derzeitigen CUCS ersetzen soll und die Maßnahmen der *Rénovation Urbaine*, der ZFU und der anderer Verträge integrieren soll.

Zu ähnlichen Schlüssen kommt ein anderer Bericht der Abgeordneten Goulard und Pupponi (Goulard & Pupponi 2010):

“La géographie prioritaire, devenue complexe, n’en est pas pour autant satisfaisante. Elle laisse sans doute des quartiers très défavorisés hors de tout zonage et en inclut d’autres dont les difficultés économiques et sociales sont moindres. Surtout, le zonage, comme [...], ne va pas sans stigmatisation, parfois implicite.”<sup>198</sup> (Goulard & Pupponi 2010)

---

<sup>196</sup> „Die Zonierungen haben sich nicht wirklich bewährt. Trotz der Vervielfachung der in den prioritären Gebieten durchgeführten Maßnahmen hat sich das Gefälle zur Reststadt nicht wirklich reduziert, v.a. im entscheidenden Bereich der Beschäftigung.“

<sup>197</sup> Als transparente Kriterien werden die Arbeitslosenquote, der Anteil Jugendlicher ohne berufliche Ausbildung, Anteil des sozialen Wohnungsbaus, und Anteil von Transfereinkommen (RMI und Wohngeld) vorgeschlagen (André & Hamel 2009: 10).

<sup>198</sup> „Die komplex gewordene prioritäre Geographie ist nicht zufriedenstellend. Zweifellos lässt sie sehr benachteiligte Quartiere außerhalb jeder Zonierung und schließt andere ein, deren wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten geringer sind. Vor allem bringt die Zonierung zwangsläufig [...] eine Stigmatisierung der betroffenen Zone mit sich, manchmal implizit [...]“

Auch hier wird gefordert, die Maßnahmen der ANRU und der ASCÉ stärker zu verbinden und bauliche Maßnahmen und soziale Aktion wieder stärker zusammenzuführen sowie die interministerielle Kooperation zu stärken. Außerdem soll die lokale Ebene weiter in Form von Befugniserweiterungen im Bereich Bildung, Polizei und Beschäftigung gestärkt werden. Inzwischen zeichnen sich bereits Ansätze einer grundlegenden Reform des Bereichs der *politique de la ville* ab. So wurde von Seiten des Premierministers ein Gesetzesprojekt mit einer grundlegenden Reform für 2011 angekündigt, welches bislang verschoben wurde. Es ist anzunehmen, dass nach den Präsidentschaftswahlen 2012 neue weitreichende Veränderungen innerhalb der französischen Quartierspolitik stattfinden werden.

#### **4.2. Quartierspolitik in Deutschland: Das Programm „Soziale Stadt“**

Seit 1999 existiert mit dem Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ in Deutschland auf Bundesebene ein integrierter Ansatz der Quartierspolitik, der dazu dient, benachteiligte Quartiere zu stabilisieren. Für die Etablierung des Programms *Soziale Stadt* spielten die politischen Erfahrungen anderer europäischer Staaten mit integrierter Quartierspolitik, wie sie seit Längerem v.a. in Frankreich vorlagen, eine wichtige Rolle. Darüber hinaus hatte Deutschland durch die Teilnahme am europäischen URBAN Programm seit 1994 eigene Erfahrungen mit integrierter Quartierspolitik gemacht. Und schließlich hatten einzelne Bundesländer im Verlauf der 1990er Jahre positive Erfahrungen mit Länderprogrammen zur Stabilisierung benachteiligter Stadtteile erzielt. Diese Länderprogramme stellten wichtige Wegbereiter für die Entwicklung des Programms *Soziale Stadt* dar.<sup>199</sup>

Auf Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen wurde 1996 aufgrund zunehmender sozialräumlicher Spaltungsprozesse eine *Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt* der ARGEBAU eingerichtet (IfS 2004: 24). Im Jahr 1997 schlug das Bundesbauministerium dann das ExWoSt Programm „Urban Deutsch/die Soziale Stadt“ vor. Ein Jahr später legte die ARGEBAU ihren ersten Leitfaden zur Ausgestaltung des Programms vor und mit dem rot-grünen Regierungswechsel im selben Jahr wurde der Beschluss zur integrierten Städtebauförderung in die Koalitionsvereinbarung aufgenommen (ebd.). Im Herbst des Jahres 1999 trat das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ durch die Signatur der Bundesländer-Verwaltungsvereinbarung in Kraft.

Die *Soziale Stadt* wurde als Städtebauförderungsprogramm des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und der Länder konzipiert sowie durch den Art. 104a GG und den ARGEBAU - Leitfaden juristisch verankert. Jährlich wird das Programm durch die Verwaltungsvereinbarung von Bund und Ländern festgelegt. Mit der *Sozialen Stadt* wurde also kein neuer institutioneller Rahmen geschaffen, sondern traditionelle, bauliche

---

<sup>199</sup> So seit 1993 Nordrhein-Westfalen mit dem Programm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“, seit 1994 Hamburg mit dem „Pilotprojekt zur Armutsbekämpfung“ sowie seit 1998 Bremen mit „Wohnen in Nachbarschaften“ und Berlin mit dem „Quartiersmanagement“ (Becker et al. 2002: 14).

Maßnahmen der Städtebauförderung wurden um soziale Maßnahmen, z.B. in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Integration, Gesundheit, ergänzt.<sup>200</sup> Zum Programmstart im Jahr 1999 wurden insgesamt 161 Quartiere in 124 Städten in das Programm aufgenommen, zehn Jahre später waren es bereits 571 Quartiere in 355 Städten (Becker et al.: 2002: 19, DIFU o. J.: o.S.).

Im Folgenden geht es zunächst darum, die zentralen Ziele des Programms zu erörtern, um dann auf seine wesentlichen konzeptionellen Grundlagen einzugehen. Hierzu gehören die Übersicht über den institutionellen Aufbau und die beteiligten Akteure, die Grundlagen der Gebietsauswahl, sowie die zentralen Instrumente des integrierten Entwicklungskonzepts und des Quartiersmanagements. Abschließend werden bisherige Ergebnisse und Reformen des Programms diskutiert.

#### 4.2.1. Ziele und Leitbilder

Vorrangiges Ziel des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ ist es, benachteiligte Gebiete zu stabilisieren und somit die Lebensbedingungen ihrer Bewohner zu verbessern. Im § 171e des Baugesetzbuches werden die städtebaulichen Maßnahmen der Sozialen Stadt definiert als „Maßnahmen zur Stabilisierung und Aufwertung von durch soziale Missstände benachteiligten Ortsteilen oder anderen Teilen des Gemeindegebiets, in denen ein besonderer Entwicklungsbedarf besteht“ (Baugesetzbuch§171e (2)). Dabei sind „soziale Missstände“ dann gegeben „wenn ein Gebiet auf Grund der Zusammensetzung und wirtschaftlichen Situation der darin lebenden und arbeitenden Menschen erheblich benachteiligt ist“ (ebd.).

Im Zentrum steht also die Stabilisierung und Aufwertung von benachteiligten Quartieren. Beschrieben wird diese Benachteiligung durch den Terminus der „sozialen Missstände“, der die soziale und wirtschaftliche Zusammensetzung der Gebietsbevölkerung beschreibt. Zunächst fällt bei dieser Zielformulierung ins Auge, dass nicht explizit von der Herstellung sozial gemischter Bewohnerstrukturen gesprochen wird, wenngleich die soziale Zusammensetzung der Quartiere angesprochen ist und die Aufwertung eines Quartiers meist auch eine Veränderung der Sozialstruktur im Gebiet impliziert. Die Zielformulierung erscheint vielmehr zurückhaltend formuliert, ohne explizit städtebauliche Leitbilder wie das der „sozialen Mischung“ zu bemühen.

Es ist außerdem augenfällig, dass die Grundzüge der Argumentation dem Leitgedanken der Annahme von Quartierseffekten sehr nahe kommt: Gebiete gelten aufgrund der „Zusammen-

---

<sup>200</sup> Dies ist v.a. auf politische Gründe zurückzuführen, die die damalige rot-grüne Regierung dazu bewegten, eine möglichst schnelle Umsetzung des Vorhabens zu gewährleisten. Der Verzicht auf die Schaffung neuer institutioneller Rahmenbedingungen für den neuartigen Ansatz der Stadterneuerung, wie etwa eine ressortübergreifende Leitung des Programms statt der traditionellen Zugehörigkeit zum BMVBS wurde unter dem Motto „Neuer Wein in alten Schläuchen“ in Fachkreisen z.T. recht kritisch aufgenommen (Güntner & Walther 2011: 16).



setzung und wirtschaftlichen Situation der darin lebenden und arbeitenden Menschen“ als benachteiligt. Hier stehen nicht die baulichen Defizite der Gebiete im Mittelpunkt, sondern benachteiligende Effekte, die durch die soziale Zusammensetzung der Gebietsbewohner entstehen.

Die betroffenen Gebiete weisen einen „besonderen Entwicklungsbedarf“ auf, worunter verstanden wird, dass die Stabilisierung der Programmgebiete einer „aufeinander abgestimmte(n) Bündelung von investiven und sonstigen Maßnahmen bedarf“ (Baugesetzbuch §171e (2)). Gefordert wird ein ressortübergreifendes, integriertes Handeln. Neben dem Ziel der Stabilisierung der Gebiete geht es also auch um ein „explizit institutionenpolitisches Ziel“ hin zur Modernisierung lokaler Politikformen (Zimmermann 2011: 183). Hierunter fallen Zielstellungen wie die verbesserte Koordination im Verwaltungshandeln und abgestimmte Mittelbündelung sowohl auf Ebene des Bundes, der Länder als auch der Gemeinden, eine optimierte Kooperation mit Verbänden und der Wirtschaft und auch erweiterte Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürger (ebd.). Die übergeordneten Ziele des Bund-Länder-Programms lassen sich somit unterscheiden in ein „Gebiets- Ziel“ und ein „Policy-Ziel“ (Walther 2009: o. S.).

Durch die Definition der Sozialen Stadt als zeitlich befristetes Programm der Städtebauförderung und der damit einhergehenden degressiven Mittelvergabe ist ein weiteres zentrales Ziel die Verstetigung der Maßnahmen hin zu einer dauerhaften Stabilisierung der Gebiete. Nach mehr als zehnjähriger Programmlaufzeit wird inzwischen die Frage nach Verstetigungsstrategien zunehmend diskutiert, wobei insbesondere die Aufrechterhaltung geschaffener Strukturen und diesbezügliche Finanzierungsfragen im Mittelpunkt stehen (DIFU 2008b: 83).

Im dritten Leitfaden der ARGEBAU von 2005, der die inhaltliche Grundlage für die aktuelle Umsetzung des Programms darstellt, werden die einzelnen Zielstellungen der angestrebten Gebietsentwicklung konkretisiert (im Folgenden ARGEBAU 2005: 4-11). So sollen erstens die Lebensbedingungen in den Quartieren verbessert, stabile Sozialstrukturen geschaffen und die Teilhabechancen der Bewohner erhöht werden. Darüber hinaus wurden die vorrangigen Ziel und Maßnahmen für sechs thematische Schwerpunkte konkretisiert. Dazu gehört zunächst der Bereich *Bürgermitwirkung, Stadtteilleben und soziale Integration*. Hierbei geht es darum, lokale Potenziale zu aktivieren, die Entwicklung von „Bürgerbewusstsein für den Stadtteil“ zu unterstützen und eigenständige Bewohnerorganisationen und stabile soziale Netzwerke im Gebiet zu schaffen. Wenngleich Bürgerbeteiligung schon seit Längerem ein Bestandteil der traditionellen (investiven) Städtebauförderung war, wird sie mit dem Programm *Soziale Stadt* nun also erstmals zum eigenständigen Ziel der Städtebauförderung erklärt. Der Bereich *lokale Wirtschaft, Arbeit und Beschäftigung* umfasst die Ziele der Stärkung der lokalen Ökonomie, die Sicherung und Schaffung von lokalen Arbeitsplätzen, die Qualifizierung der Arbeitssuchenden sowie den Ausbau von Vermittlungs- und Beratungsangeboten für Arbeitssuchende. Hinsichtlich des Bereichs *Quartierszentren und Stadtteilbüros* werden als vorrangige Ziele die Stärkung der Nahversorgung im Quartier sowie die Stärkung der Zen-

tren als Mittelpunkt des städtischen Lebens angesprochen. Für den Bereich *soziale, kulturelle, bildungs- und freizeitbezogene Infrastruktur, Schule im Stadtteil und Gesundheit* wird die Verbesserung des Infrastrukturangebotes als vorrangiges Ziel formuliert. Hier steht insbesondere die Stärkung der Schulen als „Orte der Bildung und Integration“ im Zentrum. Im Bereich *Wohnen* geht es in erster Linie um die Verbesserung des Wohnwertes der Wohnungen, der Sicherung kostengünstigen Wohnraums, dem Schutz der Bewohner vor Verdrängung, um den Erhalt oder die Etablierung gemischter Bewohnerstrukturen, der Unterstützung aktiver Nachbarschaften und schließlich der Stärkung der Identifikation der Mieter mit „Wohnung und Wohnumfeld“. Die zentralen Ziele im Bereich *Wohnumfeld und Ökologie* liegen in der Verbesserung der Wohnqualität durch die Aufwertung des Wohnumfeldes, die Nutzbarmachung und Gestaltung von Freiflächen, erhöhte Sicherheit und Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum und die verstärkte Berücksichtigung ökologischer Aspekte.

Für die aktuelle Programmumsetzung ergeben sich – gestützt durch die Empfehlungen der letzten umfassenden Zwischenevaluierung von 2004 (IfS 2004) und des aktuellen Statusberichts zur Umsetzung des Bund-Länder-Programms (DIFU 2008a) – folgende zentrale Handlungsfelder: „Wohnen und städtebauliche Entwicklung“, „Schule und Bildung“, „Integration von Zuwanderern“, „Gesundheitsförderung“, „lokale Ökonomie“ sowie „Beschäftigungsförderung“. Diese inhaltlichen Handlungsfelder werden durch folgende Ansätze ergänzt, die die Programmumsetzung betreffen. Hierzu zählen integrierte Entwicklungskonzepte, Ressourcenbündelung, Quartiersmanagement, Aktivierung und Beteiligung, Evaluierung und Monitoring (DIFU 2008a: 6-9).

Zusammenfassend lässt sich bei Betrachtung der Programmziele ein enormer Erwartungsdruck hinsichtlich der Wirkungen des Bund-Länder-Programms erkennen. Die Gebietsziele umfassen einerseits eine große Bandbreite an unterschiedlichen Handlungsbereichen, in denen zur Stabilisierung beigetragen werden soll, und andererseits weitgreifende Erwartungen hinsichtlich der dauerhaften Erneuerung des Verwaltungshandeln hin zu integrierten Verfahrensweisen, Mittelbündelung und räumlichen Bezug. Und auch die angestrebte dauerhafte Verstetigung der geschaffenen Strukturen auf Gebietsebene ohne weitere Programmförderung ist angesichts knapper kommunaler Haushalte ein recht ehrgeiziges Ziel.

#### 4.2.2. Konzeptionelle Grundlagen

Im Folgenden werden wesentliche Charakteristika des Programms *Soziale Stadt* dargestellt. Dabei geht es zunächst um die beteiligten Akteure des Bund-Länder-Programms und deren Kompetenzen. Im Anschluss daran werden die wesentlichen Vorraussetzungen für den Mitteleinsatz behandelt. Hierzu zählen die Gebietsausweisung bzw. Zonierung, dann die Erstellung eines integrierten Entwicklungskonzepts und schließlich der Aufbau eines Stadtteilmanagements.

#### 4.2.2.1. *Institutionen und Akteure*

Die *Soziale Stadt* ist als Städtebauförderungsprogramm konzipiert und somit auf Bundesebene dem *Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)* unterstellt. Die Finanzierung des Programms liegt jeweils zu einem Drittel beim Bund, bei den Ländern und bei den Kommunen.

Das BMVBS übernimmt die Funktion einer Koordinierungsstelle auf Ebene des Bundes und soll insbesondere dafür Sorge tragen, die fachübergreifende Zusammenarbeit auf Bundesebene zu verbessern (ARGEBAU 2005: 15). Dabei wird „die Unterstützung des Bundesministeriums des Innern, für Wirtschaft und Arbeit, für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, für Bildung und Forschung sowie für Gesundheit und Soziales“ als besonders bedeutend angesehen (ebd.: 15).

Auf Ebene der *Länder* sind laut ARGEBAU-Leitfaden die organisatorischen Voraussetzungen für die Abstimmung der unterschiedlichen Ressorts und eine koordinierte Mittelbereitstellung für betroffene Gebiete zu schaffen (ARGEBAU 2005: 14). Dies kann beispielsweise durch interministerielle Arbeitsgruppen im Sinne von Steuerungs- und Lenkungsgruppen umgesetzt werden. Die Länder haben auch die Aufgabe, die Umsetzung auf kommunaler Ebene zu kontrollieren. Dabei sollen sie einerseits den Gemeinden viel gestalterischen Spielraum bei der Umsetzung gewähren und andererseits prüfen, dass die konzeptionellen Grundgedanken der Ämterkoordination, des Stadtteilmanagements und der Bürgerbeteiligung gewährleistet werden (ebd.). Darüber hinaus sind die Länder dafür verantwortlich, den Erfahrungsaustausch zwischen den Kommunen zu gewährleisten und Evaluationen und Begleitforschung durchzuführen (ebd.).

Die *Gemeinden* sind in erster Linie für die Umsetzung des Bund-Länder-Programms verantwortlich. Sie legen die Programmgebiete fest. Die Bündelung aller Ressourcen und verfügbaren Programme sowie die Zusammenarbeit zwischen einzelnen Fachressorts ist auf kommunaler Ebene sicherzustellen (ARGEBAU 2005: 13f.). Die Gemeinden sind mitverantwortlich für die Erarbeitung der Entwicklungskonzepte, deren Abstimmung mit verschiedenen Ressorts und den Aufbau von Stadtteilmanagements. Zu letzterem gehören die Auswahl der Träger sowie die Gewährleistung der Bürgerbeteiligung.

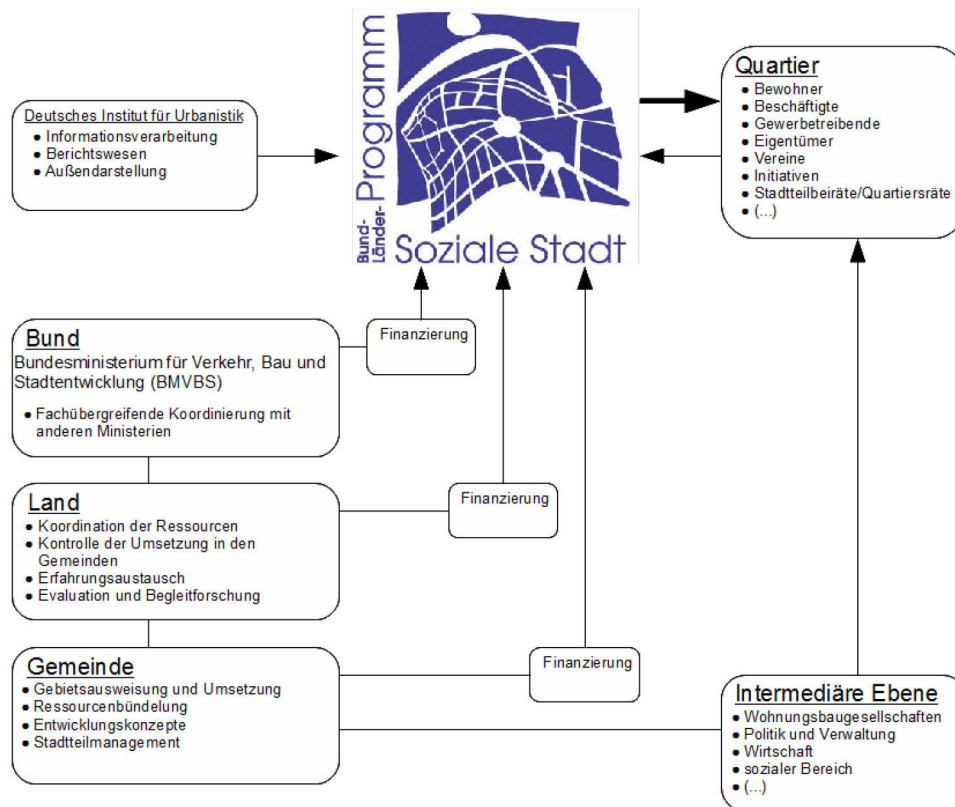
Zwischen Gemeinde- und Quartiersebene lässt sich eine *intermediäre Ebene* ausmachen (Runkel & Kiepe 2010: 11). Hierzu gehören Akteure, die für die Programmgebiete von Bedeutung, jedoch nicht zwangsläufig auch im Gebiet angesiedelt sind. Dazu zählen beispielsweise Wohnungsbaugesellschaften, Akteure aus Politik und Verwaltung, aus der Wirtschaft oder aus dem sozialen Bereich.

Auf der Ebene des Quartiers ist der „*Bürger*“ angesprochen (ARGEBAU 2000: 4f). Hierzu zählen Bewohner und Beschäftigte des Gebiets, lokale Gewerbetreibende und Eigentümer aber auch Vereine, Initiativen und andere Institutionen. Von besonderer Bedeutung sind Stadtteilbeiräte bzw. Quartiersräte. Diese Vernetzungsgremien sollen aktiv beim Erarbeiten

des integrierten Entwicklungskonzepts und bei den einzelnen Schritten der Quartiersentwicklung einbezogen werden.

Das *Deutsche Institut für Urbanistik* (DIFU) hat die Aufgabe einer Vermittlungs-, Beratungs- und Informationsagentur inne (Becker et al 2002: 12). Der neuartige Charakter des Programms sollte so durch ein hohes Maß an Erfahrungs- und Wissensaustausch unterstützt werden. Zu diesem Zweck wurde ein bundesweites Netzwerk zur Sozialen Stadt aufgebaut, das sich durch Veranstaltungen, kontinuierliches Berichtswesen, eine Internetpräsenz sowie die Bereitstellung und Vermittlung von Informationen, z.B. durch Veranstaltungen und Datenbanken, auszeichnet (ebd.). Abbildung 21 zeigt die Organisationsstrukturen des Programms.

**Abb. 21: Organisationsstrukturen der „Sozialen Stadt“**



Quelle: eigene Darstellung.

#### 4.2.2.2. Zonierung

Eine der wesentlichen konzeptionellen Grundlagen des Programms *Soziale Stadt* ist die Ausweisung von Gebieten. Dieses Verfahren ist nicht neu, sondern wurde schon im Rahmen der traditionellen Städtebauförderung, z.B. bei Sanierungsgebieten oder beim Milieuschutz, angewandt. Im Rahmen des Leitfadens zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative *Soziale Stadt* aus dem Jahr 2005 werden die Anforderungen an die Gebietsauswahl zunächst wie folgt festgelegt:

„Die Gemeinschaftsaufgabe (...) gilt Stadt- und Ortsteilen, die infolge sozialräumlicher Segregation davon bedroht sind, ins soziale Abseits abzurutschen. Es handelt sich dabei meist um hochverdichtete, einwohnerstarke Stadtteile in städtischen Räumen, die im Hinblick auf ihre Sozialstruktur, den baulichen Bestand, das Arbeitsplatzangebot, das Ausbildungsniveau, die Ausstattung mit sozialer und stadtteilkultureller Infrastruktur, die Nahversorgung sowie der Qualität der Wohnungen, des Wohnumfeldes und der Umwelt erhebliche Defizite aufweisen“ (ARGEBAU 2005: 2).

Schwerpunktmäßig sollten innerstädtische oder innenstadtnahe Quartiere, Großwohnsiedlungen der Nachkriegszeit und Wohnsiedlungen der abgezogenen Streitkräfte ausgewählt werden (ebd.: 2f). Die Quartiere, so die weitere Konkretisierung, zeichnen sich durch komplexe Defiziten aus (sozial, wirtschaftlich, städtebaulich und ökologisch), deren Stabilisierung einen umfassenden Ansatz benötigt und die dementsprechend als „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ charakterisiert werden (ebd.: 4).

Die Auswahl der Gebiete liegt bei den Gemeinden, die Aufnahme der Gebiete in das Programm bei den Ländern, die dadurch die Auswahl mit beeinflussen. Für eine Aufnahme ist nachzuweisen „dass sie [die Fördergebiete] hinsichtlich ihrer komplexen Defizite deutlich von den Durchschnittswerten abweichen“ (ARGEBAU 2005: 13). Das kommunale Auswahlverfahren soll transparent und nachvollziehbar gestaltet werden.

Für die objektive Nachvollziehbarkeit von Defiziten im städtischen Vergleich sind Daten zur sozialen Lage auf gesamtstädtischer Basis erforderlich, wie sie z.B. in Form von Sozialraumberichten oder Monitoringsystemen gegeben sind. Dabei zeigt die Zwischenevaluierung von 2004, dass Monitoringsysteme nur für die wenigsten Städte vorliegen (IfS 2004: 65). Hinsichtlich der Auswahl der Gebiete kommt die Evaluation zu dem Schluss, dass auf kommunaler Ebene in der Regel vier unterschiedliche Verfahren zur Auswahl der Gebiete herangezogen werden: erstens eine vergleichende Sozialraumanalyse, zweitens die Wahl von Gebiete aus Vorläuferprogrammen, drittens eine erfahrungsgestützte Gebietsauswahl und viertens die Auswahl durch externe Akteure (ebd.: 66-67).<sup>201</sup>

Hinsichtlich der Programmteilnahme lässt sich eine klare Ausweitung der Anzahl der Programmgebiete verzeichnen: Zu Beginn des Programms 1999 wurden insgesamt 161 Quartiere in 124 Städten in das Programm aufgenommen, im Jahr 2002 gehörten bereits 249 Quartiere in 184 Gemeinden zur Sozialen Stadt (Becker et al. 2002: 19). Im Jahr 2009 waren es dann 571 Gebiete in 355 Gemeinden und 2010 schließlich 603 Gebiete in 375 Gemeinden (DIFU o. J.: o.S.).

---

<sup>201</sup> Auch wenn die Zwischenevaluierung des IfS den Gemeinden i.d.R. eine gute Gebietsauswahl bescheinigt, kritisiert sie doch die schwer operationalisierbare Vorgabe des Leitfadens der ARGEBAU. Damit nicht nur die richtigen sondern auch die wichtigsten Gebiete ausgewählt werden, wird eine systematische Operationalisierung auf Gemeinde- und insbesondere auch auf Länderebene empfohlen (ebd.: 68).

Zum Zeitpunkt des Programmstarts liegen nur etwa 54 Prozent der Gebiete in Großstädten, davon 23 Prozent in Städten mit mehr als 500.000 Einwohnern (Becker et al. 2002: 19). Fast ein Drittel der Gebiete befindet sich in Städten mit weniger als 50.000 Einwohnern (ebd.). Gut je ein Drittel der Gebiete sind Stadtrandgebiete beziehungsweise befinden sich in innerstädtischer Randlage, knapp ein Fünftel sind Innenstadtgebiete (Becker et al. 2002: 19). Die durchschnittliche Einwohnerzahl beträgt 9.200 (8.400 alte Bundesländer, 11.600 neue Bundesländer), sie reicht von 60 Einwohner bis 25.000 Einwohner (ebd.: 21). Die Zwischenevaluierung des IfS, die die Programmgebiete für den Zeitraum von 1999 bis 2003 hinsichtlich der Aspekte Lage, Größe, Baualter, Bewohnertypen und Nutzungen differenzierte, zeigt eine große Bandbreite an Gebietstypen.

Es wurden sieben verschiedene, im Programm vertretene Gebietstypen charakterisiert (IfS 2004: 64):

- Altbauquartiere, teilweise Gründerzeitgebiete, überwiegend mit Gewerbeanteil
- Ältere Gebiete mit unterschiedlichem Bebauungsalter, teilweise mit Gewerbe, v.a. zentrumsnahe Arbeitersiedlungen
- Kleine Neubauensembles, v.a. aus den 1960er und 1970er Jahren, in meist aufgelockert bebautem Umfeld als baulicher und sozialer Fremdkörper wahrgenommen
- Gebiete, die sich aus früheren Wohnanlagen für Obdachlose oder Siedlungen mit Schlichthäusern entwickelten
- Neubaugebiete aus den 1960er und 1970er Jahren in den alten Bundesländern mit fast ausschließlich Sozialwohnungen
- Große Neubaugebiete v.a. der 1970er und 1980er Jahre in den neuen Ländern
- Konversionsgebiete aus den 1990er Jahren

Für die Autoren der Zwischenevaluierung deutet diese Gebietsvielfalt, die nicht nur stigmatisierte und ausgegrenzte Quartiere umfasst, zum einen darauf hin, dass Entmischungsprozesse in Deutschland zwar wirksam aber auch „vielgestaltig“ sind, und, dass das Ausmaß sozialräumlicher Entmischungsprozesse anderer europäischer Länder noch nicht erreicht ist (IfS 2004: 65).

Eine weitere interne Differenzierung der Programmgebiete, wie sie in Frankreich praktiziert wird, ist grundsätzlich nicht vorgesehen, auf Länderebene aber machbar. So existiert in Berlin seit 2005 eine Typisierung der Programmgebiete nach Interventionsgraden. Diese Typisierung soll der Vielfalt der Gebiete Rechnung tragen, gefährdete Gebiete längerfristig stabilisieren und auch das Ausscheiden stabilisierter Programmgebiete vorbereitend begleiten (Quartiersmanagement Berlin 2012: o.S.). So werden in Berlin je nach sozialer Zusammensetzung und Stärke der lokalen Probleme 19 Gebiete starker Intervention, 9 Gebiete mittlerer Intervention und 6 Präventionsgebiete unterschieden (Quartiersmanagement Berlin 2012: o.S.).

#### 4.2.2.3. *Integriertes Handlungskonzept*

Die Erstellung eines Handlungskonzeptes für die einzelnen Programmgebiete gehört wie die Gebietsausweisung zu einer der wesentlichen konzeptionellen Grundlagen des Programms. Sie ist Voraussetzung für eine Förderung. Das Handlungskonzept soll von den Gemeinden gemeinsam mit den lokalen Akteuren aufgestellt werden und ist als Planungs- und Umsetzungskonzept sowie Kosten- und Finanzierungsübersicht konzipiert. Es wird jährlich weiterentwickelt und ist damit die Grundlage für die integrierte Quartiersentwicklung.

Der ARGEBAU Leitfaden von 2005 definiert die wesentlichen Merkmale des Konzepts: Es soll eine offene Rahmenplanung enthalten sein, die „in erster Linie von den örtlichen Akteuren – den Bewohnern, den Gewerbetreibenden, den Grundeigentümern, den örtlichen Institutionen – während des Stadtteilentwicklungsprozesses mit möglichst viel Eigeninitiative auszufüllen ist“ (ARGEBAU 2005: 13). Dabei müssen Kosten- und Finanzierungsübersichten den erforderlichen gebündelten Mitteleinsatz aus unterschiedlichen privaten und öffentlichen Quellen verdeutlichen.

Das Handlungskonzept wird verstanden als „Grundlage für die Aktivierung der örtlichen Potentiale“ (ebd.: 14). Der ARGEBAU-Leitfaden sieht darüber hinaus vor, die gebietsbezogenen Handlungskonzepte in die gesamtkommunale Planungsebene in Form von umfassenderen Entwicklungskonzepten, wie sie im Baugesetzbuch § 171e (4) spezifiziert werden, einzubinden (ebd.: 13). Hier wird konkretisiert, dass diese Konzepte „insbesondere Maßnahmen enthalten [sollen], die der Verbesserung der Wohn- und Arbeitsverhältnisse sowie der Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen dienen“ (Baugesetzbuch § 171e (4)). Wenngleich eine relativ große Offenheit bei der Ausgestaltung der integrierten Handlungskonzepte existiert, werden vom DIFU zentrale Merkmale eines leistungsfähigen Konzepts auf der Grundlage der Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung des Jahres 1999/2000, des ARGEBAU-Leitfadens und den Anforderungen der einzelnen Bundesländer konkretisiert (Becker et al. 2001: o.S.). Hierzu gehören v.a. die Begründung der Gebietsauswahl und -abgrenzung, eine Struktur-, Problem- und Potenzialanalyse, die Berücksichtigung schon existierender Handlungsprogramme und Einzelmaßnahmen, die Formulierung der wesentlichen Leitlinien und Ziele sowie geplante Strategien, Maßnahmen und Projekte.

Die Evaluierung des IfS aus dem Jahr 2004 kommt zusammenfassend zu dem Schluss, dass zwischen den Ländern große Unterschiede bestehen, was die Ausgestaltung der Handlungskonzepte angeht (im Folgenden IfS 2004: 84-89). Die Mehrheit der Handlungskonzepte entstand erst nach dem Programmstart und häufig wurde der Beteiligung von Akteuren und Bewohnern so gut wie keine Rolle bei der Entwicklung der Konzepte zuerkannt. Oft existierte schon zu Beginn des Programms eine Art Gesamtkonzept mit Schwerpunktmaßnahmen, was wenig Gestaltungsspielraum übrig lies. Das IfS empfiehlt in der Evaluierung, dass eine stärkere Priorisierung der Handlungsziele und Felder vorgenommen und die gesamtstädtische Entwicklung sowohl bei der Auswahl des Gebiets als auch bei der Entwicklung von Leitlinien

der Gebietsentwicklung berücksichtigt werden sollten. Die Festschreibung der einzelnen Handlungsziele sollte mit Verwaltung, externen Akteuren und Bewohnern gemeinsam vollzogen werden. Im Rahmen des Statusberichts zum Programm *Soziale Stadt* des DIFU aus dem Jahr 2008 wurde darüber hinaus noch einmal grundsätzlich auf die Notwendigkeit der Erstellung der integrierten Entwicklungskonzepte hingewiesen, da noch immer nicht alle teilnehmenden Gemeinden Konzepte aufgestellt hatten (DIFU 2008a: 11).

#### 4.2.2.4. *Quartiersmanagement*

Wie bereits bei der Diskussion der Zielformulierungen des Programms deutlich wurde, stellt die Beteiligung und Aktivierung der Gebietsbewohner und der lokalen Akteure ein zentrales Programmziel dar. Im Mittelpunkt der Arbeit vor Ort stehen die Aktivierung der Potentiale im Gebiet und die Entwicklung von „Bürgerbewusstsein für den Stadtteil“ (ARGEBAU 2005: 5). In den Quartieren sollen eigenständige Bewohnerorganisationen und soziale Netzwerke geschaffen werden.

Das Schlüsselinstrument zur Erreichung dieser Ziele im Bereich Partizipation, Vernetzung und Aktivierung besteht im so genannten Quartiersmanagement, manchmal auch Stadtteilmanagement genannt. Dabei handelt es sich um ein lokal verankertes Stadtteilbüro, das die zentrale Steuerung des Stadtentwicklungsprozesses im Programmgebiet übernimmt. Der Aufbau von derartigen Stadtteilbüros wird vom Programm verbindlich vorgesehen und muss von den Gemeinden gewährleistet werden.<sup>202</sup>

Die zentralen Aufgaben des Quartiersmanagements liegen laut ARGEBAU-Leitfaden im Aufbau eigenständiger Bürgerorganisationen, der Bildung von Stadtteilbeiräten und der Bereitstellung von Bürgertreffs mit Gelegenheit zum Gemeinschaftsleben, um so die Selbsthilfepotentiale im Gebiet zu stärken (ARGEBAU 2005: 5). Besonders bedeutend ist der Aufbau von tragfähigen lokalen Netzwerken, da die Aktivierung der Quartiersbevölkerung unter Einbeziehung der lokalen Wirtschaft, ortsansässiger Institutionen (Schulen, Kitas etc.) sowie von Vereinen, Initiativen und Verbände gestaltet werden soll (DIFU 2008b: 177).

Im Einzelnen geschieht dies beispielsweise durch die Bereitstellung von Beratungsangeboten, die Durchführung von Stadtteilfesten und Veranstaltungen für verschiedene Zielgruppen sowie die Organisation von Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Themen, die für die Gebiete von Bedeutung sind. Außerdem ist vorgesehen, dass das Quartiersmanagement auch für den Einsatz kommunaler Mittel mitverantwortlich ist und mit kleineren oder größeren Verfügungsfonds ausgestattet ist. Lokale Vertretungsgremien – beispielsweise der Quartiersrat – bestimmt über die Verwendung dieser Quartiers- oder Verfügungsfonds mit. Dies soll dazu

---

<sup>202</sup> Allerdings zeigt der aktuelle Statusbericht des DIFU von 2008, dass die Länderrichtlinien von Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Thüringen keine Hinweise auf den Aufbau eines QM beinhalten (DIFU 2008b: 172). Insgesamt zeigt sich, dass die unterschiedlichen Länder dem QM als Instrument unterschiedliche Bedeutung zukommen lassen (ebd.: 172-175).



beitragen, die Verantwortung für das Gebiet zu stärken und die Beteiligung vor Ort zu fördern.

Geleitet werden die Büros von Trägern aus dem Sozial- oder Stadtplanungsbereich. Das Quartiersmanagement ist zum einen mit der Vernetzung der Akteure vor Ort betraut, soll zum anderen aber auch eine Verbindung zwischen dem Gebiet und den kommunalen Akteuren aus Verwaltung und Politik herstellen. Damit ist das QM auch wichtiger Akteur beim Überwinden der Ressortgrenzen auf kommunaler Ebene.

Sowohl in der Zwischenevaluierung des IfS als auch im letzten Statusbericht des DIFU wird zusammenfassend festgestellt, dass der Bereich der Aktivierung neben dem Bereich der Partizipation weiter gestärkt werden muss, damit insbesondere schwer erreichbare Bewohnergruppen und Akteure noch mehr einbezogen werden können (DIFU 2008a: 12, IfS 2004:193ff). Hierzu zählen in erster Linie Zuwanderer, gering Qualifizierte sowie Gewerbeakteure (DIFU 2008a: 12). Empfohlen wird den Gemeinden darüber hinaus, das QM zu verstetigen und auch nach Programmende weiter zu finanzieren.

#### 4.2.3. EXKURS: Stadtumbau Ost und West

Da es sich bei den beiden Bund-Länder Programmen Stadtumbau Ost bzw. Stadtumbau West nicht explizit um Quartierspolitik für sozial benachteiligte Stadtteile handelt, werden sie hier in Kürze im Rahmen eines Exkurses behandelt. Bei den beiden Bund-Länder-Programmen Stadtumbau Ost und Stadtumbau West handelt es sich um Städtebauförderungsprogramme, die in den Jahren 2002 und 2004 initiiert wurden. Die Diskussion um einen „Stadtumbau“ wurde zunächst von der Frage geprägt, wie ostdeutsche Städte auf den zunehmenden Wohnungsleerstand reagieren können. Beide Programme zielen auf Quartiere und Stadtbereiche ab, die in besonderem Maße von wirtschaftlichen und demographischen Schrumpfungsprozessen betroffen sind: Dies sind beispielsweise Wohnsiedlungen in industrieller Bauweise, ehemalige Industrieareale, vom Leerstand geprägte Innenstädte oder ehemalige Militärgelände. Da sich die wirtschaftliche und demographische Transformation in ost- und westdeutschen Städten unterscheidet, liegen zwei getrennte Bund-Länder-Programme mit unterschiedlichen Zielstellungen und Handlungsschwerpunkten vor.

Das Programm *Stadtumbau Ost* wurde im Jahr 2002 mit dem Ziel gestartet, Innenstädte und erhaltenswerte Stadtquartiere durch Aufwertungsmaßnahmen zu stabilisieren und gleichzeitig Städte durch den Abriss dauerhaft leer stehender Wohnungen zu stärken (BMVBS o.J.: o.S.). Die Stadtentwicklung der ostdeutschen Gemeinden war Anfang der 1990er Jahre vom Niedergang städtischer Arbeitsmärkte, einer daraus folgenden hohen Abwanderung sowie deutlichem Geburtenrückgang geprägt. Folgen waren hohe Wohnungsleerstände, hohe Arbeitslosigkeit und geringe Kaufkraft der Bevölkerung.

Das Städtebauförderungsprogramm geht auf die Ergebnisse der Regierungskommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den Neuen Ländern“ aus dem Jahr 2000 zurück, die zur Stabilisierung der ostdeutschen Wohnungsmärkte ein umfassendes Abrisspro-

gramm empfahl. Dieses sah vor, rund ein Drittel der leer stehenden Wohnungen abzureißen (Kommission Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den Neuen Ländern: 2000). Stadtumbau Ost verfolgt im Einzelnen die Ziele, durch eine nachhaltige Stadtentwicklung zukunftsfähige Städte und Wohnungsmärkte zu schaffen, Stadtteile zu stabilisieren, die durch baulichen Verfall und soziale Entmischung bedroht sind, innerstädtische Altbaubestände zu erhalten und schließlich die Attraktivität ostdeutscher Gemeinden als Wirtschaftsstandort zu verbessern (BMVBS o.J.: o.S.).

Die Interventionen konzentrieren sich auf die Bereiche Infrastruktur und Verkehr, Sanierung, Zwischennutzung, Sicherung und Rückbau. Hinzu kommen wohnumfeldorientierte Interventionen wie Brachen- und Freiflächenmanagement und sozialplanerische Bereiche und die Mobilisierung von Akteuren (ebd.). Instrumentelle Grundlage ist die Entwicklung von integrierten Stadtentwicklungskonzepten in den Gemeinden, in denen die städtebaulichen Leitbilder, Zielstellungen und Schwerpunktmaßnahmen sowie deren zeitlicher und finanzieller Rahmenplan festgeschrieben werden sollen (ebd.).

Für den Zeitraum von 2002 bis 2009 war ein Bundesfinanzvolumen von rund 1,1 Mrd. Euro vorgesehen. Einschließlich der Gelder von Ländern und Gemeinden ergab sich ein Gesamtvolumen von rund 2,5 Mrd. Euro (im Folgenden DIFU 2008a: 2f). Seit dem Programmstart 2002 wurden in insgesamt 413 Gemeinden Stadtumbaumaßnahmen durchgeführt. Anfangs konzentrierten sich die Maßnahmen verstärkt auf Plattenbausiedlungen, später dann in immer höherem Maße auf Innenstädte. Bis zum Ende des Jahres 2007 wurden etwa 221.000 Wohnungen abgerissen, was jährlich etwa 30-40.000 Wohnungen entspricht. Die Evaluierung zeigt, dass die Mittel für Rückbaumaßnahmen überwiegend in Plattenbaugebiete flossen, während sich die Aufwertungsmaßnahmen zu einem Drittel auf Plattenbaugebiete, zu einem weiteren Drittel auf Altbaubestände und zu einem Drittel auf gemischte Gebiete konzentrierten. Diese Maßnahmen konzentrierten sich auf die Bereiche Wohnumfeld, öffentlichen Raum und Infrastrukturmaßnahmen.

Die Evaluierung aus dem Jahr 2007 kommt zusammenfassend zu dem Schluss, dass das Programm hinsichtlich seiner Ziele der Stabilisierung der lokalen Wohnungsmärkte und der Leerstandentwicklung sehr erfolgreich war und bei der Aufwertung der Innenstädte und innerstädtischen Altbauten sichtbare Erfolge erzielt hat (DIFU 2008a: 4f.). Konstanten Handlungsbedarf sehen die Autoren der Studie in den Handlungsbereichen öffentlicher Raum, Grün- und Verkehrsflächen und Stadtbildpflege. Betont wird die Bedeutung von Zwischennutzungen und der Akzeptanz von „Zwischenlösungen“ als Planungsprinzip (ebd.: 5). Grundsätzlich wird die langfristige Weiterführung des Programms empfohlen, zum einen um nachhaltige Erfolge in den unterschiedlichen Handlungsfeldern zu sichern, zum anderen um den höher ausfallenden Rückgang der Haushaltszahlen in Ostdeutschland ab dem Jahr 2007 weiter abzufedern (ebd.).

Das Programm *Stadtumbau West* wurde 2004 gestartet, um den spezifischen Bedingungen des demographischen und wirtschaftlichen Wandels in westdeutschen Städten zu begegnen. Schrumpfung stellt im westdeutschen Kontext eher ein „singuläres Problem“ dar, das einzelne Teilräume betrifft (BMVBS & BBR 2008: 10). Während in den neuen Bundesländern vor allem Mittel- und Kleinstädte von Schrumpfungsprozessen und Leerstand betroffen sind, sind es im Westen Deutschlands strukturschwache Regionen wie z.B. Oberfranken, Nordhessen oder das Ruhrgebiet. Ebenso wie beim Stadtumbau Ost stehen Aufwertung und Rückbau im Zentrum der Maßnahmen, wenngleich Rückbaumaßnahmen hier eine deutlich geringere Rolle spielen. Die Schwerpunkte liegen in der Entwicklung der Innenstädte bzw. Ortskerne, von Wohnquartieren unterschiedlichen Baualters sowie von Industrie-, Gewerbe- und Militärbrachen (ebd.). Dabei soll der Erhalt sozialer Infrastruktur und Bestandserneuerung unterstützt werden und die Inanspruchnahme von Gebieten zu Siedlungszwecken reduziert werden. Auch beim Stadtumbau West nehmen Begleitforschung und Dokumentation einen hohen Stellenwert ein und werden durch die Einrichtung einer Bundestransferstelle mit Koordinierungs-, Vernetzungs- und Informationsfunktion seit dem Jahr 2008 gewährleistet.

Bis 2008 wurden Maßnahmen in 323 Gemeinden mit Bundeshilfen von rund 250 Mio. Euro gefördert, bis 2010 hat sich die Förderung auf 425 Maßnahmen in rund 400 Gemeinden ausgedehnt (BMVBS & BBSR 2010: 10). Über die Hälfte der teilnehmenden Gemeinden sind kleine Landgemeinden und Kleinstädte unter 20.000 Einwohner, weitere 22 Prozent sind Städte unter 50.000 Einwohner. Der Statusbericht des BBSR zum Umsetzungsstand bis zum Jahr 2009 zeigt zunächst recht unterschiedliche Schwerpunkte in den einzelnen Bundesländern (im Folgenden ebd.: 1, 12-43): In den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Saarland und Niedersachsen konzentriert sich die Förderung vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Strukturkrisen und dem Abzug des Militärs vor allem auf Innenstädte, Ortskerne sowie Brachflächen. In Rheinland-Pfalz steht die Konversion von militärischen Brachflächen im Mittelpunkt, in Schleswig-Holstein die Entwicklung der Innenstädte. In den Altindustriestädten Nordrhein-Westfalens werden vor allem Innenstädte, Großwohnsiedlungen und die Entwicklung von Brachflächen gefördert, in Bremen Wohngebiete unterschiedlicher Baualtersklassen. In den Stadtstaaten Berlin und Hamburg stehen Großwohnsiedlungen, Brachflächen und soziale Infrastruktur im Vordergrund, während dies in Hessen vor allem die interkommunale Zusammenarbeit ist.

Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass der breite und vielfältige Programmansatz den unterschiedlichen Anforderungen in den Gemeinden gerecht wird und sich das integrierte Entwicklungskonzept als konzeptionelle Grundlage bewährt hat (ebd.: 2). Besondere Mitwirkungskonzepte, die über pure Information hinausgehen und die Unsicherheit der Bewohner und die Interessen der Wohnungsbauunternehmen und Gemeinden berücksichtigen, haben sich beim Umbau von Gebieten mit Leerstand als sehr wichtig herausgestellt.

#### 4.2.4. Reformen und Bilanzen

Der bisherige Verlauf des Programms *Soziale Stadt* ist von zwei Charakteristika geprägt: Zum einen von der zunehmenden Ausweitung des Programms auf eine stetig steigende Zahl von Programmgebieten, zum anderen von der zunehmenden institutionellen Einbindung des Programms in die Gesetzgebung. Zu Programmbeginn wurden insgesamt 161 Quartiere in 124 Städten in das Programm aufgenommen, im Jahr 2002 waren es bereits 249 Quartiere in 184 Gemeinden (Becker et al.: 2002: 19). Im Jahr 2009 waren es dann 571 Gebiete in 355 Gemeinden, ein Jahr später bereits 603 Gebiete in 375 Gemeinden (DIFU o. J. : o. S.). Die Etablierung des integrierten Quartiersansatzes wird einerseits in der Aufnahme des Programms in das Baugesetzbuch im Jahr 2004 durch den Paragraphen 171e deutlich. Und auch in der *Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt*, die 2007 unter deutscher Ratspräsidentschaft verabschiedet wurde, steht das Bekenntnis zu einer integrierten Stadtentwicklungspolitik und die Notwendigkeit der Stabilisierung benachteiligter Gebiete im Zentrum (Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt, einsehbar unter BMVBS 2012: o. S.).

Das Programm *Soziale Stadt* hatte von Anfang an Experimentalcharakter und war als lernendes Programm konzipiert. Zwar stellen der Quartiersansatz und die institutionelle Einbindung in die traditionelle Städtebauförderung keine fundamentale Neuerung dar. Aber die dem Programm zugrunde liegende Erkenntnis, dass die Problemlagen in den Programmgebieten zu komplex sind, als dass nur bauliche Strategien angemessen wären, ist in hohem Maße innovativ. Genauso wie die aus dieser Einsicht resultierenden methodischen Konsequenzen der ressortübergreifenden, integrierten Vorgehensweise und der großen Offenheit bei der konkreten Ausgestaltung des Programms auf Gebietsebene. Insofern kann die stetige Ausweitung auf immer mehr Quartiere und die zunehmende Institutionalisierung im Sinne einer Etablierung des Ansatzes als Erfolg verbucht werden.

Diesen Erfolgen stehen inhaltliche wie finanzielle Kürzungen gegenüber, die im Jahr 2011 in Kraft traten. Dabei handelt es sich erstens um die Begrenzung der Fördermöglichkeiten auf rein investive Maßnahmen. Ursprünglich war das Programm *Soziale Stadt* ein reines Investitionsprogramm nach Art. 104a GG, d.h. die Förderung durch Bundesgelder war auf bauliche und investitionsvorbereitende Maßnahmen, wie Gutachten, Erstellung des Handlungskonzepts und später Quartiersmanagement mit Beratungs- und Unterstützungsfunktion, beschränkt (Runkel & Kiepe 2010: 9). Andere, nicht-investive Maßnahmen mussten durch Programm-bündelung mit anderen Ressorts erbracht werden (ebd.). Ab dem Jahr 2006 war es möglich, auch sozial-integrative Projekte durch Modellvorhaben zu fördern, bis die Förderung durch die Verwaltungsvereinbarung 2011 wieder auf rein investive Maßnahmen beschränkt wurde. Im Jahr 2010 konnten die Länder noch 44,91 Mio. Euro – knapp die Hälfte der Gesamtmittel – für soziale Projekte einsetzen (Güntner & Walter 2011: 15). Parallel zu dieser qualitativen Einschränkung wurden zweitens die Fördermittel des Bundes für das Jahr 2011 drastisch gesenkt. Standen im Jahr 2010 noch 95 Mio. Euro Fördermittel vom Bund zur Verfügung, wa-

ren es ein Jahr später nur noch 28,5 Mio. Euro Bundesmittel. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Kürzung von durchschnittlich etwa 70.000 Euro pro Gebiet (ebd.).

Dem politischen Bekenntnis zu einer integrierten Quartierspolitik und der zunehmenden Etablierung des Programms stehen also eine drastische Mittelkürzung und qualitative Beschneidung des Programms gegenüber. Zur weiteren Klärung dieser Diskrepanz soll im Folgenden die Frage nach den bisherigen Wirkungen des Programms anhand von Evaluationen der Sozialen Stadt diskutiert werden.

Bei den Ausführungen zu den einzelnen Zielkategorien des Programms (Kapitel 4.2.1) wurde bereits angesprochen, dass Evaluierung und Begleitforschung eine zentrale Rolle im Programmansatz einnimmt. An dieser Stelle werden die einzelnen Evaluationen auf Ebene der Länder nicht berücksichtigt, vielmehr steht die letzte bundesweite Zwischenevaluierung des Programms aus dem Jahr 2004 im Mittelpunkt (IfS 2004). Diese betrachtet die erste Programmphase von 1999 bis 2003. Darüber hinaus wird der letzte bundesweite Statusbericht zum Programm *Soziale Stadt* des DIFU berücksichtigt (DIFU 2008a).

In beiden Untersuchungen wird deutlich, dass häufig überzogene Erwartungen bei der Betrachtung der erzielten Erfolge des Programms eine Rolle spielen (IfS 2004: 192, 202-203; DIFU 2008a: 5-6). Quartierspolitik kann keine Sozial- und Beschäftigungspolitik und auch keine Wohnungspolitik ersetzen. Und sie ist v.a. nicht in der Lage, städtische Arbeitsmärkte im großen Stil zu verändern. Der große Erfolg des Programms liegt vielmehr darin, die Lebensqualität vieler Bewohner durch eine veränderte Stimmung bzw. Situationswahrnehmung im Gebiet zu verbessern, da wichtige Impulse in den Gebieten angestoßen wurden und damit das Gefühl der sozialen Ausgrenzung verringert werden konnte (IfS 2004: 203, DIFU 2008a: 5). Durch diese Aufbruchstimmung wurde vielerorts das Vertrauen in die lokale Politik sowie die Identifikation mit dem Gebiet gestärkt. Zentrale Erfolge des Programms liegen außerdem in der öffentlichen Aufmerksamkeit, die es für die Problematik der Gebiete erzielen konnte, und der Verbesserung des Images vieler Gebiete. Insgesamt konnte eine Stabilisierung der Situation in den Gebieten erzielt werden, insbesondere im Hinblick auf die Entschärfung und Vermeidung von Konflikten (IfS2004: 23). Ein weiteres großes Potential des Programms liegt in seiner Fähigkeit, eine lokale Integrationspolitik aufzubauen (ebd.). Bezogen auf einzelne Handlungsfelder werden die Erfolge des Programms hinsichtlich der verbesserten Wohnumfeldgestaltung und Wohnungsqualität sowie dem Angebot sozialkultureller Infrastruktur hervorgehoben (IfS 2004: 192, DIFU 2008a: 9).

Beide Evaluierungen betonen die Notwendigkeit des weiteren Ausbaus folgender drei Handlungsfelder: Schule und Bildung, die Integration von Migrantinnen und Migranten sowie die lokale Ökonomie und Beschäftigung (IfS 2004: 193f, DIFU 2008a: 9).<sup>203</sup> Unter den Bereich

---

<sup>203</sup> Dabei werden im Statusbericht von 2008 bereits Verbesserungen für die Handlungsbereiche Schule und Bildung sowie Integration von Migrantinnen und Migranten betont (DIFU 2008: 9).

Schule und Bildung fallen Aspekte verbesserter individueller Fördermöglichkeiten vor Ort sowie die Öffnung der Schulen zum Quartier. Des Weiteren soll das Handlungsfeld der Integration von Migrantinnen und Migranten gestärkt werden, da diese im lokalen Partizipationsprozess deutlich unterrepräsentiert sind und häufig nicht erreicht werden. Schließlich soll der Bereich lokale Ökonomie und Beschäftigung stärker gefördert werden, etwa durch die stärkere Einbeziehung der kommunalen Wirtschaftsförderung oder lokaler Unternehmen.

Verbesserungsbedarf wird auch für die ressortübergreifende Zusammenarbeit diagnostiziert, sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene. Die im ARGEBAU Leitfaden geforderte interministerielle Zusammenarbeit wurde auf Bundesebene für die *Soziale Stadt* bislang „nicht im erwünschten Umfang“ umgesetzt (IfS 2004: 51). Die Verknüpfung der Sozialen Stadt mit Programmen anderer Ministerien gelang im Fall des Ministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit dem Partnerprogramm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E & C) und mit dem Programm „Lokales Kapital für Soziale Zwecke“ (LOS). Ein arbeitsmarktpolitisches Ergänzungsprogramme liegt seit 2009 mit dem ESF-Programm „Soziale Stadt – Bildung, Wirtschaft und Arbeit im Quartier“ (BIWAQ) vor, welches durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung geleitet wird. Darüber hinaus wurde durch das Bundesministerium des Innern ein Programm für die Aussiedlerintegration aufgelegt. Die Zusammenarbeit mit anderen Ressorts wird in der Evaluierung des IfS zusammenfassend als „bescheiden“ bezeichnet und eine Intensivierung und weiterer Ausbau der Kooperationen mit den Ressorts Inneres, Arbeit und Bildung wird empfohlen (IfS 2004: 49).<sup>204</sup>

Hinsichtlich der Zusammenarbeit auf Länderebene zeigt sich, dass in den Bundesländern, in denen bereits Vorläuferprogramme existierten (Berlin, Bremen, NRW, Hamburg, Hessen und Saarland), eine umfassendere und kontinuierlichere Kooperation der unterschiedlichen Ressorts erzielt wurden (IfS 2004: 52). Grundsätzlich kommt die Evaluierung aber zu dem Ergebnis, dass auch auf Ebene der Länder noch Handlungsbedarf hinsichtlich der Ressortintegration existiert (ebd.: 61). Für die kommunale Ebene zeigt die Evaluation, dass meist abteilungsübergreifende Lenkungsgruppen vorhanden sind, diese Kooperationsgremien aber meist über keine Steuerungsmöglichkeit verfügen. Es zeigt sich eine deutliche Verbesserung der Kommunikation und Zusammenarbeit mit externen Akteuren, wobei allerdings projektbezogene Absprachen überwiegen.

Auf Gemeindeebene spielt darüber hinaus die Empfehlung zum Aufbau nachhaltiger Monitoringsysteme eine wichtige Rolle (IfS 2004: 205, DIFU 2008a:11). Diese existieren bislang nur in wenigen Städten. Sie sind aber zum einen für eine geeignete Gebietsauswahl wichtig, zum anderen sind sie zur Bestimmung von Wirkungen in den Programmgebieten sowie der Quali-

---

<sup>204</sup> Dies wird auf unterschiedliche Gründe zurückgeführt, wie die Kompetenzverteilung auf Basis einzelner Ressorts, die Aufgabenverteilung auf föderaler Ebene und unterschiedliche Förderlogiken einzelner Ressorts nach Zielgruppe und Umsetzung, was es erschwert, einen expliziten Gebietsbezug zu integrieren (IfS 2004: 50)

tätskontrolle notwendig. Damit eng verbunden ist auch die Feststellung der beiden Berichte, dass die Entwicklung von Verstetigungskonzepten weiter ausgebaut werden muss. Hintergrund dafür ist, dass das Programm auf eine begrenzte Zeitspanne und abnehmende Mittelvergabe in den Quartieren angelegt ist. Dennoch ist die Frage schwer zu beantworten, ab welchem Zeitpunkt die weitere Programmbegleitung nicht mehr notwendig ist und durch welche Maßnahmen Verstetigungsprozesse erfolgreich angestoßen werden können. Das IfS empfiehlt zunächst die längerfristige Unterstützung der Kommunen durch das Programm, wobei es Ziel sein sollte, „den Sozialraumbezug so im öffentlichen Handeln zu verankern, so dass längerfristig eine Sonderförderung überflüssig wird (IfS 2004: 203).

Zusammenfassend lässt sich die Ausgangsfrage nach den Wirkungen des Bund-Länder-Programms *Soziale Stadt* also deutlich positiv beantworten. Trotz der hier angesprochenen Verbesserungsbedarfe in unterschiedlichen Bereichen der Umsetzung wurde das Hauptziel, die betroffenen Gebiete zu stabilisieren und eine weitere Abwärtsentwicklung zu stoppen, in vielen Gebieten erreicht. Dies zeigt sich insbesondere in der verbesserten Stimmung vor Ort, die dazu beiträgt, das Gefühl der sozialen Ausgrenzung und des Vertrauensverlusts in die Politik zu reduzieren und Stigmatisierungsprozessen entgegenzuwirken. Die qualitativen wie quantitativen Kürzungen des Programms sind durch die Ergebnisse nicht zu rechtfertigen und sind wohl eher auf politische Gründe zurückzuführen.

Zwar wurde die Fortschreibung der Sozialen Stadt in den Koalitionsvereinbarung der liberal-konservativen Regierung aufgenommen, dennoch haftet dem Programm der Ruf eines „Soziprogramms“ an. So vermuten auch Güntner und Walther, dass „der sozialen Stadtpolitik, [...] nicht nur Ressortgrenzen entgegen[stehen], sondern sie wird von konservativen und liberalen Regierungen vor allem aus ideologischen Gründen als Relikt sozialdemokratischer Reformansätze abgelehnt“ (Güntner & Walther 2011: 18).<sup>205</sup> Ähnlich kritisch sieht Häußermann die Kürzungen des Jahres 2011. Den gescheiterten Versuch, die Kürzungen durch eine namentliche Abstimmung im Bundestag zu verhindern, beurteilt er als „eines jener unwürdigen Kämpfchen, die dazu führen, dass sich immer mehr Menschen von der institutionellen Politik abwenden [...]“ (Häußermann 2011: 23).

### **4.3. Zwischenfazit**

Sowohl die französische als auch die deutsche Quartierspolitik versuchen im Rahmen eines integrierten Ansatzes, der bauliche und soziale Maßnahmen umfasst, Quartiere mit einer hohen Konzentration sozial schwacher Bevölkerung zu stabilisieren. In Deutschland existieren, anderes als in Frankreich, wo das Thema Schrumpfung kein eigenständiges Feld der Stadterneuerung darstellt, darüber hinaus mit Stadtumbau Ost bzw. West spezifische Programme, die

---

<sup>205</sup> Hier wird sich nicht nur auf Deutschland, sondern auch auf Großbritannien bezogen, wo die konservative Tory-Regierung die quartierspolitischen Ansätze des New Deals für Communities - die unter der sozialdemokratischen Labour-Regierung umgesetzt wurden - radikal beschneidet (Güntner & Walther 2011: 18).

den Folgen des demographischen Wandels begegnen. Ein maßgeblicher Unterschied zwischen der deutschen und französischen Quartierspolitik besteht darin, dass diese in Frankreich auf gesamtstädtischer Ebene agiert, indem privilegierte Gemeinden durch den Artikel 55 des SRU in die Pflicht genommen werden, Wohnraum für sozial schwache Bevölkerungsgruppen bereitzustellen und damit einen Beitrag zur *mixité sociale* zu leisten. Hierin kommt auch die unterschiedliche Bedeutung des sozialen Wohnungsbaus in den beiden Ländern zum Ausdruck: Während der Sozialwohnungsbau in Frankreich eine sehr hohe Bedeutung für die staatliche Wohnungspolitik einnimmt und immer noch für die Wohnraumversorgung breiter Bevölkerungsschichten konzipiert ist, geht die Bedeutung des sozialen Wohnungsbaus in Deutschland gegen Null. Dies zeigt sich auch im Rahmen eines deutsch-französischen Vergleichs der Quartierspolitik.

Nicht nur die unterschiedliche Bedeutung des sozialen Wohnungsbaus kommt in der Intervention in privilegierten Gemeinden zum Ausdruck, auch der extrem hohe Stellenwert des Leitbilds der sozialen Mischung, die eng mit dem republikanischen Integrationsmodell verbunden ist. Trotz vieler Ambivalenzen des Leitbilds steht es hinter der Mehrzahl der Maßnahmen der französischen Stadt- und Quartierspolitik und eint die unterschiedlichsten politischen Lager. Die deutsche Zielformulierung für die Quartierspolitik sind diesbezüglich allgemeiner und zurückhaltender gehalten: Hier geht es um die Stabilisierung und Aufwertung von Quartieren, die durch soziale Missstände benachteiligt sind, wobei unter sozialen Missständen verstanden wird „wenn ein Gebiet auf Grund der Zusammensetzung und wirtschaftlichen Situation der darin lebenden und arbeitenden Menschen erheblich benachteiligt ist“ (Baugesetzbuch § 171e (2)). Im Baugesetzbuch § 171e (4) deutet sich das Handlungsziel sozialer Mischung als Grundlage der Maßnahmen stärker an, wenn gefordert wird, dass integrierte Entwicklungskonzepte „insbesondere Maßnahmen enthalten [sollen], die der Verbesserung der Wohn- und Arbeitsverhältnisse sowie der Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen dienen“ (ebd.).

Auch hinsichtlich des politischen Umgangs mit benachteiligten Stadtvierteln und diesbezüglicher Quartierspolitik existieren bedeutende Unterschiede in den beiden Ländern. In beiden Ländern ist die Quartierspolitik „ein heißes Eisen“, allerdings in unterschiedlicher Art und Weise. In Frankreich ist das politische Feld der *politique de la ville* stark umkämpft: Angesichts des hohen gesellschaftlichen Stellenwerts der Probleme in den *cités*, die immer wieder durch *émeutes* medial in Szene und in Erinnerung gerufen werden, ist das Thema städtischer Problemviertel von immenser Bedeutung für alle Parteien, von den Sozialisten zu den Konservativen. Es geht darum, politisches Handlungsvermögen durch neue Maßnahmen, Reformen oder die Gründung neuer Institutionen zu demonstrieren und zu symbolisieren. In Deutschland existiert eine implizite Verbindung des Programms mit der damaligen rot-grünen Regierung, unter der 1999 das Programm verabschiedet wurde. Dies hat zur Folge, dass liberale und konservative Regierungen (auch auf kommunaler Ebene) Vorbehalten gegen das Programm z.T. näher stehen.



Neben der sehr viel längeren Zeitspanne, innerhalb derer in Frankreich integrierte Quartierspolitik angewandt wird, hat sicherlich auch der hohe politische Stellenwert der französischen *politique de la ville* stark zum institutionellen Ausbau des Politikfeld beigetragen. Während das deutsche Bund-Länder Programm als Städtebauförderungsprogramm konzipiert wurde und damit als Ergänzung traditioneller, baulicher Maßnahmen der Städtebauförderung betrachtet werden kann, handelt es sich bei der französischen *politique de la ville* um ein durch dauerhafte Gesetze abgesichertes und eigenständiges Politikfeld, zeitweise mit eigenem Ministerium und interministeriellen Leitgremium in Form der CIV. Die französische *politique de la ville* zeichnet sich darüber hinaus durch einen sehr umfangreichen institutionellen Überbau aus, was durch die Eingliederung in vorhandene Strukturen in Deutschland weitgehend überflüssig war. Gerade hinsichtlich der Überwindung von Ressortgrenzen und der Mittelbündelung wurde dieser Verzicht auf die Schaffung neuer politischer Strukturen zugunsten der Einbindung in die traditionelle Städtebauförderung kritisiert.

Komplexer ist nicht nur der institutionelle Überbau der französischen Quartierspolitik, sondern auch die unterschiedlichen Zonierungsverfahren in *quartiers prioritaires*, die ZUS, ZRU und ZFU, mit welchen unterschiedliche Fördermittel und Maßnahmen verbunden sind. Diese Komplexität steht, insbesondere bei den Akteuren auf kommunaler Ebene, stark in der Kritik. Wenngleich auch im Rahmen der deutschen Quartierspolitik, wie das Beispiel Berlin zeigt, interne Differenzierungen der Programmgebiete existieren, verfolgt die Gebietsausweisung in Deutschland grundsätzlich keine weitergehende Typisierungen.

Ein weiterer konzeptioneller Unterschied der Quartierspolitik der beiden Untersuchungsländer liegt im Grad der Offenheit und der Flexibilität der jeweiligen Strategien. Bei der sozialen Stadt handelt es sich um ein flexibles Programm, welches mit großen Gestaltungsspielräumen sowohl auf Ebene der Länder, als auch auf kommunaler Ebene ausgestattet ist. Dies entspricht der allgemeinen Ausrichtung der Städtebauförderung in Deutschland, die sich angesichts der kontinuierlichen Weiterentwicklung des Baugesetzbuchs insgesamt als „lernendes Programm“ versteht (BMVBS 2011: 9). Für das Programm *Soziale Stadt* zeigt sich diese Offenheit beispielsweise in den jährlichen Verwaltungsvereinbarungen und jeweiligen Spielräumen auf Ebene der Länder und Gemeinden. Gestaltungsspielraum besteht zum einen hinsichtlich der Kooperation und den jeweiligen Organisationsformen auf Verwaltungsebene, aber auch bezüglich der konkreten Umsetzung in den Gebieten, bei der Partizipation, Vernetzung und Aktivierung eine Schlüsselfunktion einnehmen. Die französische *politique de la ville* hingegen ist eher geprägt von klaren Vorgaben auf staatlicher Ebene, bei denen der kommunale Gestaltungsspielraum (insbesondere für die Konzeption) eine geringere Rolle spielt.

Hier knüpft ein weiterer wesentlicher Unterschied bei der Ausgestaltung der Quartierspolitik an: In beiden Ländern kommt gemäß offiziellen Zielsetzungen der Partizipation der Bürger und der Akteure vor Ort eine große Rolle zu. De facto ist diese in Frankreich meist beschränkt auf *concertation*, also einer gemeinsamen Abstimmung, mit der meist Information gemeint

ist, während Aktivierung, Partizipation und Vernetzung in den Programmgebieten der sozialen Stadt im Mittelpunkt der Ziele aber auch der politischen Umsetzungsstrategie steht. Sowohl Vereine als auch Gremien mit direktdemokratischen Elementen wie Stadtteil- bzw. Quartiersräte spielen bei der Sozialen Stadt eine deutlich bedeutendere Rolle als im Rahmen der *politique de la ville*. Hier wird politische Beteiligung und Partizipation auf Quartiersebene angesichts des politischen Rückzugs in vielen betroffenen Quartieren zwar als prioritäres Ziel gehandelt, verbleibt aber auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau mit geringen Gestaltungsmöglichkeiten, was die Umsetzung der Quartierspolitik angeht.

Die Strukturen und die Organisation des Programms *Soziale Stadt* sind in die föderalen Strukturen eingebettet und so kommen den einzelnen Ländern und Kommunen eine große Rolle bei der Organisation und jeweiligen Ausgestaltung des Programms zu. Dies zeigt sich dann in der häufig sehr unterschiedlichen Umsetzung des Programms in den einzelnen Bundesländern. Auch wenn die aktuelle *politique de la ville*, insbesondere was die Vertragsgrundlage zwischen Staat, Kommune und anderen Akteuren angeht, als Teil des Dezentralisierungsprozesses der französischen Verwaltungsstrukturen betrachtet werden muss, spielt der französische Staat bei der jeweiligen Gestaltung der Quartierspolitik die entscheidende Rolle.<sup>206</sup> Dies zeigt sich nicht zuletzt in einer deutlich geringeren Vielfalt von unterschiedlichen Umsetzungen der Quartierspolitik in den einzelnen Kommunen und Quartieren.

Trotz der zahlreichen konzeptionellen Unterschiede zeigen sich bei den einzelnen Handlungsschwerpunkten deutliche Überschneidungen. Die Bereiche Bildung und Qualifizierung, Beschäftigung und lokale Ökonomie, Integration und Gesundheit stehen zunehmend im Mittelpunkt der Maßnahmen. Differenziert ist der Stellenwert des Themas Sicherheit zu bewerten: Während sich in Deutschland das Thema Sicherheit im Rahmen der Quartierspolitik überwiegend auf so genannte Disorder Phänomene wie insbesondere die Verwahrlosung des öffentlichen Raums beschränkt, stellt in Frankreich die Herstellung von *sécurité* einen wichtigen Handlungsschwerpunkt dar. Hier wird zum einen auf die erhöhte Kriminalitätsquote in den ZUS Bezug genommen (Eigentumsdelikte, Vandalismus, Drogenhandel- und Missbrauch), zum anderen spielen die Jugendunruhen die in regelmäßigen Abständen auftreten, eine ursächliche Rolle für die politische Bedeutung des Themas. Dabei rückt in Frankreich ab dem Ende der 1990er Jahre ein tendenziell eher repressives als präventives Vorgehen in den Mittelpunkt, insbesondere was die Funktion und Aufgaben der Polizei in den Gebieten der *politique de la ville* betrifft.

Dabei ergeben sich klare Unterschiede bei der Formulierung einzelner Zielgruppen: Während sich die Quartierspolitik in Deutschland ganz explizit an Zielgruppen wie Migranten und Jugendliche richtet, etwa in Form von spezifischen Partnerprogrammen oder Einzelmaßnahmen,

---

<sup>206</sup> So beschreibt Loch die Initiativfunktion des französischen Staates bei der Entwicklung neuer Programme im Rahmen der französischen *politique de la ville* als faktische Rezentralisierung (Loch 2009: 252).

existiert diese Zielgruppenspezifität im Rahmen der französischen *politique de la ville* nicht. Wenngleich sie sozialpolitische Maßnahmen und Maßnahmen der Gleichstellung ethnischer Minderheiten verbindet, sind dem republikanischen Integrationsmodell entsprechend alle Bewohner der betreffenden Gebiete gemeint (Loch 2009: 248). Insgesamt wird die Schaffung spezifischer Kriterien bei der staatlichen Quartierspolitik vermieden, was sich darin zeigt, dass keine spezifische Jugendpolitik in die Maßnahmen integriert ist und vor Ort keine zielgruppenspezifischen Maßnahmen angeboten werden (ebd.: 251).

## **TEIL B: Empirischer Teil**

### **4.4. Quartierspolitik in den Untersuchungsgebieten**

Im Mittelpunkt des empirischen Teils dieses Kapitels steht die Beziehung zwischen Quartierseffekten und Quartierspolitik. In beiden Untersuchungsländern zielen die Ansätze der Quartierspolitik darauf ab, negativen Effekten, die aus der Konzentration armer und marginalisierter Bevölkerungsgruppen sowie ungünstiger physischer Merkmale benachteiligter Quartiere entstehen, entgegenzuwirken und die Gebiete somit zu stabilisieren. Damit entsprechen die Zielformulierungen dem Grundgedanken des Konzepts der Quartierseffekte, gemäß dem das Leben in benachteiligten Quartieren benachteiligende Auswirkungen insbesondere für die armen Bevölkerungsteile zeitigen kann.

So ist es nur konsequent, dass sowohl in Frankreich als auch in Deutschland innerhalb der Diskussion um die konzeptionelle Weiterentwicklung der Quartierspolitik Forderungen laut werden, dass die politischen Strategien stärker darauf ausgerichtet werden müsse, den negativen Quartierseffekten entgegenzuwirken (Ifs 2004: 203, Centre d'analyse stratégique 2011). Und auch diese Arbeit vertritt die Position, dass eine solche Abstimmung der Quartierspolitik auf den jeweiligen Gebietskontext, also auf den Zusammenhang von benachteiligenden und stabilisierenden Effekten des Quartiers sowie ihren Wirkungsmechanismen, es ermöglichen kann, negative Effekte des Quartiers gezielter zu bekämpfen. Diese These soll durch eine Darstellung ausgewählter aktueller Maßnahmen der Quartierspolitik und ihrer möglichen Wirkung auf Quartierseffekte in den Untersuchungsgebieten untermauert werden. Ausgehend von der Umsetzung der jeweiligen Quartierspolitik in den vier Quartieren wird der Frage nachgegangen, inwiefern die jeweiligen politischen Ansätze auf die im vorangegangenen Kapitel diskutierten Quartierseffekte und deren Entstehungszusammenhänge abzielen und welche Wirkung einzelne Maßnahmen der Quartierspolitik auf die von den Experten definierten Quartierseffekte ausüben könnten. Somit soll ein Beitrag zur Diskussion darüber geleistet werden, inwiefern die Analyse von Quartierseffekten eine probate Grundlage für die Ausrichtung von Quartierspolitik darstellt. Im Mittelpunkt steht dabei Quartierspolitik gegen negative Effekte der Segregation.

Es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, sowohl die Gesamtheit der politischen Maßnahmen in den Quartieren als auch alle von den Experten thematisierten Quartierseffekte in

die Betrachtung einzubeziehen. Deswegen beschränkt sich das Vorgehen zunächst auf eine kurze Darstellung der Quartierspolitik in den Untersuchungsquartieren. Im Anschluss daran werden einzelne Maßnahmen der Quartierspolitik hinsichtlich ihrer Wirkung auf einige zentrale Quartierseffekte, die von den Experten thematisiert wurden, diskutiert. Die mögliche Wirkung der Quartierspolitik auf negative Quartierseffekte wird an dieser Stelle also weniger systematisch als vielmehr exemplarisch behandelt. Grundlage der Ausführungen sind neben der Auswertung der Sekundärliteratur zu aktuellen Maßnahmen der Quartierspolitik in den Untersuchungsgebieten die Ergebnisse der Experteninterviews.

#### 4.4.1. La Noë

La Noë ist seit dem Anbeginn der *Politique de la Ville* Anfang der 1980er Jahre Interventionsgebiet der französischen Quartierspolitik für benachteiligte Stadtteile. Seit 1996 hat es den Status einer ZUS (Zone Urbaine Sensible) und ist seither Gegenstand zahlreicher integrierter Maßnahmen der Quartierspolitik. Seit 1998 werden die Maßnahmen innerhalb des *Grand Projet de Ville* (GPV) durchgeführt, das die Gesamtstrategie aller baulichen, wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen beschreibt. Seit 2005 ist es offizielles Programmgebiet des *Programme Nationale de Rénovation Urbaine* (PNRU), welches umfangreiche Investitionen von insgesamt rund 100 Millionen Euro in die bauliche Transformation des Quartiers vorsieht. Die einzelnen Handlungsziele im Bereich der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Lille-Suds werden im CUCS (*Contrat de cohésion sociale* – Vertrag der sozialen Kohäsion) definiert. Er beschreibt die Schwerpunkte der Maßnahmen in den Bereichen Wohnen und Wohnumfeld, Schule, Kultur und Sport, der lokalen Wirtschaftsförderung sowie Gesundheit und bürgerschaftliches Engagement (*la citoyenneté*) (Chanteloup-les-Vignes 2007).

##### 4.4.1.1. Aktueller Kontext der Quartierspolitik

Die Bürgermeisterin Chanteloup-les-Vignes Catherine Arenou benennt im Interview die drei vorrangigen Ziele der aktuellen Quartierspolitik: Das Viertel soll grundlegend erneuert werden, um erstens die Lebensqualität der Bewohner zu erhöhen, zweitens neue Bewohner anzuziehen und drittens neue bauliche Investitionen in das Gebiet zu bringen. Inzwischen sind zahlreiche Maßnahmen abgeschlossen, insbesondere Aufwertungsmaßnahmen des öffentlichen Raums und der Bau bzw. die Renovierung öffentlicher Einrichtungen. So wurde zum einen durch die Verlängerungen einzelner Straßen und dem Abriss bzw. Durchbruch einzelner Riegel des sozialen Wohnungsbau versucht, das Quartier stärker nach außen zu öffnen. Zum anderen wurden die zahlreichen Plätze La Noës saniert, um durch die Anlage von Spielplätzen und kleineren Aufenthaltsbereichen die Qualität des öffentlichen Raumes zu steigern. Darüber hinaus wurden Grünflächen und Parks angelegt. Neue öffentliche Einrichtungen wie die *Maison d'Emploi* (Equivalent zur Arbeitsagentur), eine neue Sportanlage, die neue Grundschule *Milles Visages* oder die *Maison de la petite enfance* (Kinderbetreuungseinrichtung) wurden errichtet.

Seit 2006 wurden etwa 500 Sozialwohnungen abgerissen, gleichzeitig wurden bis 2010 etwa 500 neue Wohnungen gebaut.<sup>207</sup> Die Neubebauung besteht zu einem Teil aus Wohnungen in gefördertem Eigentum für Geringverdiener, aber auch aus privatem Mietwohnungsbau und Eigentum. In diesem Zusammenhang wurde von vielen Experten mit Stolz darauf hingewiesen, dass, angeregt durch das staatliche Investitionsprogramm, erstmals seit Jahrzehnten wieder private Investoren in das Quartier investierten. Des Weiteren soll der Gesamtbestand des sozialen Wohnungsbaus saniert werden. Hier begannen die Arbeiten mit starkem Verzug, so dass inzwischen im Außenraum des Quartiers schon deutliche Verbesserungen erzielt wurden, die Mehrzahl der Wohnhäuser jedoch immer noch in schlechtem baulichem Zustand ist. Dafür wurde inzwischen eine Vielzahl von baulichen Eingrenzungen einzelner Wohnkomplexe vorgenommen, die dazu beitragen sollen, den privaten Wohnbereich stärker vom öffentlichen Raum zu trennen und Sicherheitsgefühle der Bewohner zu stärken.

Die Mehrzahl der Bewohner, die von Abrissen betroffen waren, verblieb im Quartier. Dabei existieren widersprüchliche Aussagen zu den Wünschen der Bewohner: Von einigen Experten wurde betont, dass die Quartiersbindung bei den Betroffenen sehr ausgeprägt sei und die Mehrzahl der Mieter im Quartier verbleiben wolle. Die Aussagen der Wohnungsbaugesellschaft stehen im klaren Widerspruch zur Annahme einer hohen Ortsbindung: So soll gemäß einer Mitarbeiterin zwar die überwiegende Mehrheit der Bewohner im Quartier verblieben sein, allerdings nicht nach eigenem Wunsch, sondern weil der allgemein hohe Leerstand im Quartier von Seiten der Wohnungsbaugesellschaft keine andere Möglichkeit zugelassen habe.

#### **4.4.1.2.      *Maßnahmen der Quartierspolitik und ihre Wirkung auf Quartierseffekte***

In La Noë sind die baulichen Maßnahmen im Bereich Wohnumfeldgestaltung inzwischen so weit vorangeschritten, dass sich in den Interviews deutlich positive Wirkungen auf die Lebensqualität der Bewohner bemerkbar machen. Von den Experten wird hier insbesondere die Aufbruchstimmung betont, die sich positiv auf die Eigenwahrnehmung der Bewohner, das Ausmaß der Aneignung des öffentlichen Raums und der Wohnzufriedenheit auswirkt. Die Interviews zeigen, dass eine Reihe negativer Quartierseffekte, die von den Experten formuliert wurden, insbesondere der Rückzug nach Innen, die Scham gegenüber Dritten angesichts des verwahrlosten Wohnumfelds und die daraus resultierende Reduzierung der sozialen Kontakte, durch die grundlegende Aufwertung des Wohnumfelds abgemildert werden konnten. Dies wird immer dann besonders deutlich, wenn die Experten die Maßnahmen der Stadterneuerung in den Zusammenhang zur „zurück gewonnenen Würde“ der Bewohner stellen.

Eine weitere übergeordnete Maßnahme, die hier in Wirkung auf potentielle Quartierseffekte vorgestellt werden soll, ist die Diversifizierung des Wohnbestands. Diese soll die soziale Mischung im Gebiet befördern und das Quartier für mittlere Einkommensgruppen attraktiv ma-

---

<sup>207</sup> Bereits seit 1998 wurden in Chanteloup, auch aufgrund des hohen Leerstands, Sozialwohnungen in kleinerem Ausmaß abgerissen.

chen. So soll dazu beigetragen werden, einer Reihe von aktuellen, negativen Quartierseffekten entgegenzuwirken, wobei hier von den Experten insbesondere das Quartiersstigma hervorgehoben wird.

Die Voraussetzungen zur Förderung der *mixité sociale* sind in La Noë nach Ansicht vieler Experten nicht die besten. Zwar wird des Öfteren betont, dass die extrem günstigen Grundstückspreise in La Noë für Interessierte einen starken Anreiz bilden, dennoch räumt die Mehrzahl der Experten ein, dass das Gebietsstigma ein sehr starker Hindernisgrund für Leute von außen sei, Immobilien im Gebiet zu erwerben und in das Quartier zu ziehen. Neben dem Ziel, auswärtige Bewohner durch die Verbesserung des Images in das Quartier zu holen, ist es deswegen auch Absicht der Gemeinde, insbesondere den geförderten Eigentumserwerb der aktuellen Quartiersbewohner zu unterstützen. Ziel ist es, so wurde es von einigen Experten betont, den „*parcours résidentiel*“ (Wohnbiographie) für die Bewohner der Sozialwohnungen zu erweitern, um ihnen einen individuellen Aufstieg zu ermöglichen und das Gefühl zu nehmen, die Sozialwohnung in La Noë sei die Endstation ihrer Wohnbiographie.

Durch die intensive Werbung und Information über geförderten Eigentumserwerb im Quartier wurde tatsächlich ein relativ hoher Anteil der neu entstandenen geförderten Eigentumswohnungen und Häuser an Bewohner aus dem Quartier veräußert. So lag der Anteil der Käufer, die ursprünglich aus einer Sozialwohnung im Quartier kamen und sich ein kleines Einfamilienhaus in einer zwischen 2003 und 2005 entstandenen geförderten Einfamilienhaussiedlung am westlichen Rand des Quartiers kaufte, laut Expertenangaben bei etwa 20 Prozent, in einem anderen Projekt von 33 geförderten Eigentumswohnungen sogar bei 40 Prozent. Dies wird von mehreren Experten als großer Erfolg gewertet.

**Abb. 22: Neu entstandene Einfamilienhaussiedlung am westlichen Rand La Noës**



Quelle: A.N.

Ein Spaziergang durch die Einfamilienhaussiedlung zeigt, dass inzwischen viele Häuser leer stehen und laut einer Verantwortlichen der OPIEVOIE, mehren sich die Anfragen von Bewohnern der Siedlung, die aus finanziellen Gründen wieder zurück in eine Sozialwohnung ziehen wollen. Bislang zeigt sich also keine Veränderung der lokalen Sozialstruktur, weder scheint ein nennenswerter sozialer Aufstieg der ehemaligen Quartiersbewohner erfolgt zu sein, der sich durch den Erwerb von Eigentum auszeichnen würde, noch gelang es bisher im höheren Maß, Bewohner von außerhalb für das Quartier zu begeistern.

Im Rahmen einzelner Projekte, die hinsichtlich ihrer Wirkung auf Quartierseffekte besonders interessant erscheinen, nimmt der Neubau einer Grundschule eine Sonderstellung ein. Die Schule wurde im Rahmen des GPV genau auf der Grenze zwischen dem Dorf und dem Quartier gebaut (rue Andrézy), um die soziale Segregation der Schüler von Chanteloup-les-Vignes und die damit verbundenen negativen Effekten auf den Bildungserfolg zu überwinden. Direkt westlich der Schule befindet sich eine neu errichtete Einfamilienhaussiedlung. Bei den Planungen wurde bewusst darauf verzichtet, die Schule wie ursprünglich vorgesehen, im Dorf zu bauen. Vielmehr sollte die starke Trennung des Ortes Chanteloups, in das Dorf „oben“ und das Quartier „unten“ durch den Neubau auf der Grenze der beiden Gebiete symbolisch überwunden werden und eine Schule für alle Kinder der Gemeinde errichtet werden.

Dies sollte durch die besondere Attraktivität der Schule gewährleistet werden: Der Neubau ist sehr hochwertig gestaltet und durch spezifische Absprachen mit der *Education Nationale* (Nationale Schulbehörde) wurden besonders gute Konditionen bezüglich der Ausstattung der Schule verhandelt (v.a. sehr kleine Klassengrößen, guter Personalschlüssel). Seit der Eröffnung im Sommer 2008 zeigt sich, dass die intensiven Bemühungen der Gemeinde um Schüler aus der neuen Eigenheimsiedlung bzw. dem Dorf auf erhebliche Vorbehalte gegen die Schule stieß:

„Das war sehr kompliziert. Je mehr die Bewohner der sensiblen städtischen Zone bereit waren, zu kommen, desto absolut weniger wollte die Mittelschicht, oder sogar die Schichten darunter, sie wollte auf keinen Fall, selbst als ich ihnen gesagt habe, dass das eine sehr schöne Einrichtung ist und dass die Gelder, die zur Verfügung stehen sehr gut sind, sie sagten sogar, dass allein der Gedanke, sich der sensiblen städtischen Zone zu nähern, einige Eltern erschreckt hat.“<sup>208</sup>

Eine andere Expertin berichtet, dass zahlreiche medizinische Atteste von Eltern eingereicht wurden, um zu verdeutlichen, dass ein Schulbesuch auf dieser Schule zu schwerwiegenden psychischen und physischen Störungen führen würde. Berichtet wurde von hasserfüllten Reaktionen der Eltern aus dem Dorf, bei denen die Vorstellung, ihre Kinder könnten mit den

---

<sup>208</sup> „C’était très compliqué. Autant, les habitants de la zone urbaine sensible étaient tout à fait de venir, autant les habitants des classes moyennes, ou dessus même, ils voulaient pas du tout, même si on leurs disait que c’est un établissement très belle, et que les moyennes mises à la disposition étaient très biens, ils disaient même, de pouvoir s’approcher de la zone urbaine sensible a affolé un certain nombre des parents.“

Kindern aus La Noë zusammen eingeschult werden, „panische Angst“ hervorgerufen habe. Die Schule verzeichnete eine nur sehr geringe Anmeldezahl von Schülern (nahezu ausschließliche aus La Noë), so dass die Eröffnung gefährdet schien. Mit viel Mühe der Stadtverwaltung gelang die Eröffnung und auch wenn bislang die Reaktionen der Eltern weiter zurückhaltend sind, so hält die Stadt weiterhin an dem Konzept der Schule fest und setzt auf langfristige Erfolge. Die Schule hat entgegen der Ursprungsintention bislang keinen Beitrag zur Zuführung der Bewohnerschaft des Dorfes und der *cité* erbracht, sondern zumindest kurzfristig zu einer Zuspitzung des Konflikts beigetragen. Der öffentliche Diskurs in der Gemeinde über das Schulprojekt und die damit verbundenen Konflikte können aber durchaus als Erfolg der Maßnahme gewertet werden, genauso wie die ausgezeichneten Unterrichtsbedingungen, von denen im Moment überwiegend die Kinder aus La No   profitieren.

In einigen Interviews wurde thematisiert, dass das Vertrauen in die lokale Politik und Verwaltung angesichts der jahrelangen Verwahrlosung des Viertels in La No   für lange Zeit ersch  tert war. So wurde beim Start des GPU in Chanteloup-les-Vignes eine relativ große Skepsis der Bewohner gegenüber des städtebaulichen Gro  einsatzes spürbar. Um das Vertrauen der Bewohner in die lokale Politik zurück zu gewinnen, wurde nach einiger Zeit das *comité consultatif des habitants* gegründet, das aus Bewohner und lokalen Vertretern der ortsansässigen Vereine zusammengesetzt wurde. Dieses sollte eine Schnittstelle zwischen Bewohnern und Stadtverwaltung bilden und dazu beitragen, dass die Bewohner zum einen ausreichend informiert werden, zum anderen deren Perspektiven in die Bauplanungen stärker integriert wurden. Hierfür werden regelmäßige Treffen abgehalten und die Ergebnisse dokumentiert.

Die Mehrzahl der Experten bewertet das *comité consultatif des habitants* als wichtigen Beitrag für den Erfolg des GPV und die Rückgewinnung von Vertrauen in die lokale Politik. Einer der wesentlichen Erfolge des *comité consultatif des habitants* ist die zielgerichtete Information der Bewohner durch die Verantwortlichen des Stadterneuerungsprozesses, aber auch die stärkere Berücksichtigung ihrer Interessen. So wurde beispielsweise eine „Umsetzungscharta“ verabschiedet (*charte de relogement*), die die Grundsätze der Umsetzung der Bewohner der von Abriss betroffenen Bewohner festschrieb. Das *comité consultatif des habitants* konnte auf dieser Grundlage vermittelnd intervenieren, wenn es zu Interessenkonflikten zwischen Wohnungsbaugesellschaft und Mieter kam.

#### 4.4.2. Lille-Sud

Auch Lille-Sud ist seit dem Start der *Politique de la Ville* zu Beginn der 1980er Jahre ein Interventionsgebiet der französischen Quartierspolitik. Seit 1996 hat es den Status einer *Zone Urbaine Sensible* (ZUS) und zählt somit zu den 751 „sensiblen städtischen Quartieren“, die prioritäre Zielgebiete der Maßnahmen integrierter Stadtentwicklungspolitik darstellen. Außerdem gehört es, ebenfalls seit 1996, zu den *Zones de Redynamisation Urbaine* (ZRU) und hat seit 1999 den Status einer städtischen Sonderwirtschaftszone (*Zone Franche Urbaine – ZFU*).



#### 4.4.2.1. *Aktueller Kontext der Quartierspolitik*

Seit 2006 ist Lille-Sud zusammen mit einigen weiteren Stadtteilen, die überwiegend an das Quartier angrenzen, Gegenstand des *Grand Projet Urbaine* (GPU – „Großes städtisches Projekt“). Das GPU umfasst ein umfangreiches Maßnahmenpaket v.a. städtebaulicher Interventionen, die über das *Programme Nationale de Rénovation Urbaine* (PNRU) finanziert werden. Insgesamt sind 400 Millionen Euro aus Programmgeldern des PNRU bereitgestellt worden, davon sind 250 Millionen für Investitionen in Lille-Sud vorgesehen (Ville de Lille 2006: 1). Die übergeordneten Ziele der aktuellen Quartierspolitik für Lille-Sud sind die Diversifikation des Wohnangebots, die Anhebung der baulichen Standards der öffentlichen Einrichtungen im Quartier, die Steigerung der Qualität des öffentlichen Raums durch neue Freiraumgestaltung und die Wirtschaftsförderung am Standort (ebd.).

Seit 2007 werden innerhalb des *Contrat de Cohésion Sociale* (CUCS – „Vertrag über die soziale Kohäsion“) die wesentlichen Grundlagen des GPU im Bereich der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung von Lille-Sud definiert. Er beschreibt die Schwerpunkte der Maßnahmen in den Bereichen schulischer und sozialer Erfolg von Kindern und Jugendlichen, lokale Wirtschaftsförderung, berufliche Eingliederung, Ausbildung, bürgerschaftliches Engagement (*la citoyenneté*) und Kampf gegen Diskriminierung. Außerdem werden vom CUCS zentrale Handlungsbereiche wie Gesundheit, Kriminalitätsprävention, Kultur und Sport festgeschrieben. Jährlich werden für Maßnahmen des CUCS in Lille-Sud und fünf weiteren städtischen Gebieten etwa 750.000 Euro staatliche Fördergelder sowie die gleiche Summe an kommunalen Fördergeldern überwiegend in die Arbeit von Vereinen investiert.

Im Zeitraum von 2006 bis 2014 sollen in Lille-Sud 400 Wohnungen abgerissen und 1.135 neue Wohnungen gebaut werden (davon etwa 30 Prozent sozialer Mietwohnungsbau, 30 Prozent geförderte Eigentumswohnungen für Geringverdiener und 40 Prozent private Bauprojekte, überwiegend Eigentumswohnungen) (Ville de Lille 2006: 1). Außerdem sollen etwa 1.600 Wohnungen saniert und 2.600 Wohnungen stärker vom öffentlichen Raum abgegrenzt werden, ein Park und Grünflächen angelegt, zentrale öffentliche Einrichtungen wie Schulen und Sportanlagen neu gebaut und das Straßennetz des Quartiers komplett neu strukturiert werden. Inzwischen läuft die Umsetzung der baulichen Vorhaben im Quartier „auf vollen Touren“. Überall im Gebiet entstehen Baustellen, aktuell sind rund 300 Wohnungen abgerissen und einige Neubauten fertig gestellt worden, insbesondere zwei Schulgebäude und eine Eishalle. Die Veränderungen manifestieren sich schon deutlich im öffentlichen Raum, sind allerdings noch nicht so weit fortgeschritten, dass der städtische Wandel des Quartiers in seiner Konsequenz abzusehen wäre.

Die Maßnahmen des GPU knüpfen an die gesamtstädtische Entwicklungsstrategie der Stadt Lille an, die soziale Mischung in allen städtischen Teilräumen zu fördern. Eine Mitarbeiterin der Stadtverwaltung beschreibt die Investitionen im Rahmen des GPU in ihrer Massivität als „Elektroschock“ für das Quartier, der darauf abzielt, die Lebensqualität der Bewohner zu er-

höhen, aber auch darauf, das Quartier für mittlere und gehobene Einkommensschichten attraktiver zu machen. Ein kommunaler Abgeordneter formuliert das Handlungsziel der sozialen Mischung für Lille-Sud im Interview folgendermaßen:

„Wenn man mittlere soziale Kategorien in diese Quartiere bringen möchte, die nicht marginalisiert sind, muss man das Quartier attraktiver machen. Und eine gute Art, das Quartier attraktiver zu machen, besteht zunächst darin, die Anzahl der Sozialwohnungen zu reduzieren und sie woanders in der Stadt wieder aufzubauen. Aber man muss auch den öffentlichen Raum stark verbessern, die Qualität des öffentlichen Raums, die Qualität der Straße, nicht wahr, aber auch die öffentlichen Einrichtungen (...).“<sup>209</sup>

Hier wird die Bedeutung des sozialen Wohnungsbaus und seiner Verteilung für die Entwicklung der sozialen Segregation in der Stadt angesprochen. Die Stadt Lille verfolgt dabei eine gesamtstädtische Strategie, die auf Interventionen in bevorzugten *und* in benachteiligten Gebieten beruht. So legte die Stadt eine Quote von 30 Prozent Sozialwohnungen in gehobenen und mittleren Wohnquartieren fest, die bei privaten Bauprojekten von Mehrfamilienhäusern mit über 17 Wohnungen seit einigen Jahren verpflichtend ist.<sup>210</sup> Damit soll der Anteil an Sozialwohnungen in den Gebieten, in denen dieser Anteil gering ist, erhöht werden, während er in den benachteiligten Quartieren wie Lille-Sud durch Abriss und die Förderung privatwirtschaftlichen Wohnungsbaus reduziert werden soll. Die Voraussetzungen für die Anwerbung mittlerer Einkommensgruppen sind in Lille-Sud verhältnismäßig gut: Es steht eine große Zahl von unbebauten Freiflächen zur Verfügung, der regionale Krankenhauskomplex (CHR) im Westen des Quartiers ist einer der größten städtischen Arbeitgeber und das Quartier ist durch die Nähe zur Innenstadt und zur Autobahn verkehrsgünstig gelegen. So reagierte die private Bauindustrie nach jahrzehntelanger Zurückhaltung im Gebiet, so die Experten, mit großem Interesse auf die massiven öffentlichen Investitionen im Quartier.

Für jede Sozialwohnung, die im Gebiet abgerissen wird, muss eine andere gebaut werden. Diese müssen zu mindestens 50 Prozent in anderen städtischen Quartieren oder außerhalb der Stadt errichtet werden. Die Stadt Lille verfolgt, anders als andere Kommunen, nicht die Strategie, die betroffenen Bewohner überwiegend in Gebiete außerhalb der Stadt umzusetzen. Angesichts des hohen Anteils von vom Abriss betroffenen Bewohnern, die im Quartier bleiben wollen, stellt sich die Praxis der Vergabe der Umsatzwohnungen nach Aussagen der Experten als recht kompliziert dar. Vor dem Hintergrund des relativ hohen Leerstands in den abgerissenen Gebäuden und der moderaten Zahl der Abrisse konnte es laut Aussagen der konsultierten Experten bislang dennoch gewährleistet werden, ausreichend Umsatzwohnungen im Quartier bereitzustellen.

---

<sup>209</sup> „Si on veut faire venir dans ces quartiers des catégories sociales moyennes, qui ne sont pas marginalisés, il faut rendre le quartier plus attractif. Et une bonne façon de rendre le quartier plus attractif, c’est d’abord de diminuer le nombre des logements sociaux et d’en reconstruire ailleurs dans la ville, mais également d’améliorer considérablement l’espace public, la qualité de l’espace public, la qualité de la rue, hein, mais également les équipements publics [...]“

<sup>210</sup> Diese kommunale Quote liegt deutlich über den staatlichen Vorgaben, die eine allgemeine 20-Prozent-Quote auf kommunaler Ebene vorsieht.

#### 4.4.2.2. *Maßnahmen der Quartierspolitik und ihre Wirkung auf Quartierseffekte*

Im Folgenden sollen zentrale Maßnahmen der Quartierspolitik im Hinblick auf ihre Wirkung auf Quartierseffekte, wie sie im vorangegangenen Kapitel von den Experten thematisiert wurden, diskutiert werden. Dabei möchte ich an dieser Stelle zunächst kurz die Wirkungen des GPU insgesamt besprechen, um dann im Anschluss ausgewählte Einzelmaßnahmen zu erörtern.

Ein Großteil der Maßnahmen, die im Rahmen des GPU in Lille-Sud durchgeführt werden, zielt auf die Verbesserung der Freiraumqualität des Quartiers ab. So sollen ein größerer Park neu angelegt, zahlreiche Grünflächen aufgewertet bzw. neu angelegt werden und Sitzmöbel, die Gelegenheiten zum Aufenthalt im öffentlichen Raum bieten, aufgestellt werden. Darüber hinaus erfolgen große Investitionen in die bauliche Qualität von Wohnungen und öffentlichen Einrichtungen. Der Fokus dieser Strategien auf die physische Aufwertung des Quartiers und die davon erhoffte Verbesserung der Lebensqualität der Bewohner trifft hier also einen der Schwerpunkte der negativen Quartierseffekte, wie sie von den Experten in den Interviews thematisiert wurden. Außerdem wird durch die Neustrukturierung des öffentlichen Straßennetzes versucht, die Verbindung zwischen den Subquartieren zu verbessern, was auf die Verbesserung der Orientierung im Quartier, aber auch die Verbesserung der nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen den Subquartieren abzielt. Inwiefern die negativen Effekte des Wohnumfelds durch die Maßnahmen langfristig abgemildert werden können, wird sich nicht zuletzt daran messen lassen müssen, ob es gelingen wird, auch nach dem erfolgten „Elektroschock GPU“ (Zitat einer Expertin) durch eine angemessene Verwaltung, Pflege und Instandhaltung die gehobene Qualität des Freiraums und der Wohnungen langfristig zu halten. Die Ergebnisse der Expertengespräche zu Quartierseffekten verdeutlichen, dass mit den Maßnahmen des GPU trotz der oft zitierten Aufbruchstimmung auch ein Gefühl der Verunsicherung und Angst vor Verdrängung v.a. bei den einkommensschwachen und marginalisierten Bewohnergruppen verbunden ist. Insbesondere der „Kampfbegriff“ der sozialen Mischung sorgt laut einiger Experten für ein Gefühl von geringer Wertschätzung bei den betroffenen „Unerwünschten“. Dabei geht die viel diskutierte Entscheidung Martine Aubrys, der Bürgermeisterin von Lille, die Umsetzungen möglichst nach Wunsch zu vollziehen, auch wenn die Mehrheit der Bewohner in den Quartieren bleiben möchte, sicherlich in die richtige Richtung. Inwiefern dies jedoch für die Gesamtheit der noch erfolgenden Umsetzungen realisierbar sein wird, wird sich noch zeigen.

In der Reihe der einzelnen Maßnahmen der *Politique de la Ville* in Lille-Sud ist zunächst der geplante Neubau des Sozialzentrums *Arbrisseau* bemerkenswert, das im Verlauf des Jahres 2012 eröffnet werden soll. Nach den Entwürfen des renommierten Pariser Architektenbüros Colboc & Franzen entsteht im „Sud du Sud“, dem Gebietsteil mit der höchsten Konzentration sozialen Wohnungsbaus und einkommensschwacher und marginalisierter Bevölkerung, ein futuristischer Neubau.

Bei den Entwurfsplanungen wurden die Nutzer des Sozialzentrums stark einbezogen und laut Aussagen vieler Experten wurden die Vorschläge und Wünsche der Bewohner auch in hohem Maße berücksichtigt. Bei dem neuen *Centre Social de l'Arbrisseau* handelt es sich um ein Projekt mit hoher Symbolkraft. Laut Experten geht es hier v.a. darum zu zeigen, dass „à Lille-Sud, on a le droit d'avoir du beau“.<sup>211</sup> Der Standort des Prestigebaus sowie die Nutzung als Sozialzentrum sind eine starke symbolische Geste, die nach Einschätzung der Experten von der Mehrheit der Bewohner begrüßt wird. So wird häufiger davon gesprochen, dass die Bewohner das Gefühl haben, dass ihnen auf diese Weise Respekt gezollt wird, da nicht nur in den Gebieten der Reichen, den *beaux quartiers* und der Innenstadt, hochwertig gebaut werde. Hier wird deutlich, dass dieses Projekt auf das Gefühl von Wertschätzung der Bewohner abzielt, welches nach Aussagen der Experten aufgrund des ungepflegten Wohnumfelds, der Verunsicherungen durch die Maßnahmen der Stadterneuerung (Stichwort soziale Mischung) und des schlechten Images des Quartiers leidet. Dabei geht es den Experten zufolge auch darum, Architektur-Interessierte von außerhalb zum Besuch des Quartiers anzuregen, um die Distanz zum Quartier, die insbesondere auf negative Effekte des Gebietsstigmas zurückzuführen ist, zu durchbrechen. Das Projekt ist hinsichtlich seiner Wirkung auf das schlechte Gebietsimage auch insofern interessant, als dass das Gebietsstigma französischer Cités in hohem Maße aus architektonischen Elementen gespeist wird (in Lille-Sud v.a. aus dem Gebäudekomplex *Les Biscottes*) und hier ein markanter Kontrapunkt zum dominanten Bild der Riegel und Hochhäuser, die die allgemeine Repräsentation französischer „Problemviertel“ prägt, gesetzt wird.

Auch das Projekt *Faubourg du Mode* („Vorort der Mode“) zielt darauf ab, das Quartier für Außenstehende interessant zu machen und somit die Distanz zur Gesamtstadt zu verringern. Die Idee ist, durch die Förderung der Ansiedlung junger Modeschöpfer und Designer um die Hauptgeschäftsachse des Viertels, die *Rue du faubourg du poste*, Lille-Sud als kreativen Standort der Modebranche zu etablieren. Damit sollen an die lange Tradition der Textilproduktion in der Region angeknüpft, ein hochwertiges Angebot im Quartier geschaffen und junge Designer gefördert werden. Der Erfolg des Projekts ist umstritten, denn es existiert inzwischen zwar eine Reihe hochwertiger Boutiquen, aber diese werden kaum frequentiert. Anders als bei dem neuen Sozialzentrum wird bei diesem Projekt die Wirkung auf die Bewohner von Seiten der Experten deutlich negativ formuliert: Die Mehrzahl der Bewohner habe das Gefühl, das Ganze habe nichts mit ihnen zu tun, für sie sind die angebotenen Waren unerschwinglich. Es entsteht das Gefühl, die Geschäfte (z.B. Agnes B.) seien für die Reichen, womit die Verunsicherung, die mit der geplanten Aufwertung des Quartiers einhergeht, noch verstärkt wird.

---

<sup>211</sup> „man in Lille Sud das Recht auf etwas Schönes hat“.

Auf die Stärkung der nachbarschaftlichen Kontakte zwischen den einzelnen Subquartieren, die in Folge der Kleinteiligkeit des Quartiers von den Experten als sehr begrenzt eingeschätzt wurden, zielt die Einrichtung eines *jardin participative* („Garten der Partizipation“) ab. Außerdem soll hier die geringe Qualität des öffentlichen Raums und seine geringe Aneignung durch die Bewohner, ebenfalls Effekte, die im Bereich objektive Ressourcen des Gebiets thematisiert wurden, gesteigert werden. Der Garten, der im östlichen Teil an die Siedlung „*les 400 maisons*“ entstand, wurde gemeinsam mit den Bewohnern aus verschiedenen Subquartieren geplant und gilt heute bei den Experten als großer Erfolg: So sei der Garten ein gelungenes Beispiel für die Aneignung des öffentlichen Raums durch die Bewohner und das Zusammenbringen der unterschiedlichen Bewohner des Quartiers.

Ein weiteres Projekt, welches hier in seiner Wirkung auf mögliche Quartierseffekte vorgestellt werden soll, ist die so genannte *diagnostic marchant* („laufende Diagnostik“), die in Lille-Sud regelmäßig durchgeführt wird. Dabei handelt es sich um gemeinsame Spaziergänge von Vertretern der Stadtverwaltung, Technikern und Architekten, Bewohnern des Quartiers und Bewohnern von außerhalb, die einen Teilbereich des Quartiers zusammen begehen. Auf den Spaziergängen werden Mängel im öffentlichen Raum und an Gebäuden sowie Wünsche und Anregungen der Bewohner im Gespräch mit den Experten diskutiert und protokolliert. Die Ergebnisse werden in Form eines Berichts an die Verantwortlichen der Stadtverwaltung übergeben und an entsprechende Stellen wie Wohnungsbauunternehmen oder Verantwortliche des PNRU weitergeleitet. Auch hier steht der Aspekt der Aneignung des öffentlichen Raums durch die Bewohner im Vordergrund. Darüber hinaus vermittelt die *diagnostic marchant* den Bewohnern das Gefühl, Gehör bei den Verantwortlichen zu finden. Außerdem wurde von den Experten betont, wie wichtig es für die Bewohner sei, dass die Verantwortlichen in der Stadtverwaltung dadurch dazu gebracht werden, sich die „Zustände vor Ort“ persönlich anzusehen.

Ein kleineres Projekt schließlich visiert das Quartiersstigma und seine Folgen an. In dem Buch „*Raconte-moi Lille-Sud: Parole d’habitants*“ („Erzähl mir von Lille-Sud: Stimmen der Bewohner“) werden Aquarelle einer Künstlerin mit Motiven aus dem Quartier veröffentlicht und um dazugehörige Geschichten von Bewohnern des Quartiers ergänzt (Les Amis du Patrimoine de Lille-Sud 2010). So ergibt sich ein vielfältiges, facettenreiches Bild der Geschichte des Quartiers, das sich von den bestehenden Stereotypen positiv abhebt. Die Publikation will der negativen Außensicht auf das Quartier die Perspektive der Bewohner entgegensetzen und diesen eine Stimme geben. Damit fokussiert das Projekt einen der zentralen negativen Effekte des Quartiers, die Folgen der negativen Außenwahrnehmung. Das Buch erhielt in der regionalen Presse große Aufmerksamkeit und wurde sehr positiv rezipiert, darüber hinaus wurden stadtweit Ausstellungen der Originalbilder organisiert.

#### 4.4.3. Anger

Der Erlanger Anger ist das einzige der vier Untersuchungsgebiete, das kein Interventionsgebiet integrierter Quartierpolitik darstellt. Zwar würden die Kriterien des Bund-Länder-Programms *Soziale Stadt* für den Anger zutreffen, aber die Wahl fiel im Jahr 2004 auf ein anderes Gebiet und so wurde ein Teil der Erlanger Innenstadt als Programmgebiet ausgewählt. Dieses umfasst die zwei Sanierungsgebiete der Stadt (*Erlanger Nordstadt und Teile des Quartiers Lorleberg* sowie *Nördliche Altstadt*). Zur Einschätzung der möglichen Wirkung der Quartierspolitik auf Quartierseffekte im Anger wird hier deshalb auf Interventionen eingegangen, die im weiteren Sinne zur Stadtteilpolitik gezählt werden können.

##### 4.4.3.1. *Aktueller Kontext der Quartierspolitik*

Das Programm *Soziale Stadt* ist in Erlangen eher ein Instrument der Innenstadtentwicklung, als ein Instrument der Stabilisierung sozial benachteiligter Wohnquartiere. Vorwiegend dient es dem übergeordneten Ziel, den Sanierungsprozess im Gebiet zu begleiten. So stehen zum einen bauliche Maßnahmen im Zentrum des Programms (Wohnumfeldmaßnahmen, Straßenumbaumaßnahmen), zum anderen Entwicklungsstrategien zur Belebung der nördlichen Innenstadt, die sich durch einen verhältnismäßig hohen Gewerbeleerstand auszeichnet. Darüber hinaus sollen Konzepte zur Lärmberuhigung entwickelt werden, da es um den Bereich des Martin Luther Platzes durch die relativ hohe Kneipendichte seit Längerem zu nächtlicher Ruhestörung und Konflikten zwischen Anwohnern und Kneipenbesuchern kommt. Es wurde ein Quartiersmanagement eingerichtet, welches Veranstaltungen zu unterschiedlichen Aspekten städtebaulicher Förderung anbietet, Beratung für Eigentümer im Sanierungsgebiet durchführt und die Vernetzung zwischen Stadtverwaltung, Bürgern, Citymanagement (zuständig für die Erlanger Innenstadt- und Gewerbeentwicklung) und anderen Akteuren gewährleisten soll. Quartiers- oder Verfügungsfonds existieren nicht, auch kein Quartiersrat.

Bei den Experteninterviews wurde immer wieder rege darüber diskutiert, warum die Entscheidung bei der Gebietsauswahl zugunsten der Erlanger Innenstadt getroffen wurde und nicht für den Anger. Bei einigen Akteuren war angesichts dieser Entscheidung deutlich Unverständnis anzumerken, da das Programm als Chance für zusätzliche Vernetzungsmöglichkeiten und für die Akquirierung von Projektgeldern betrachtet wurde. Dabei wurden unterschiedliche Erklärungen für die Entscheidung der Gebietsauswahl deutlich gemacht. Im Zeitraum bis 2004 war die Stadt Erlangen im Bereich der Städtebauförderung nur in Länderprogrammen eingebunden, bis dann auf Landesebene der Hinweis gegeben wurde, dass „auch mal ein Bundesprogramm in Anspruch genommen werden könne“, so einer der Experten. Daraufhin wurden Voruntersuchungen für den Erlanger Anger durchgeführt, der Antrag auf Aufnahme in das Bund-Länder-Programm wurde jedoch abgelehnt. Hier liegen unterschiedliche Aussagen dazu vor, auf welcher Ebene der Antrag abgelehnt wurde. Einige Experten verweisen auf die CSU-Fraktion im Erlanger Stadtrat, die interveniert habe, andere Aussagen deuten darauf hin, dass der Antrag auf Ebene der Landesregierung abgelehnt worden sei.

In jedem Fall wurde mehrfach betont, dass bei der Entscheidung gegen den Erlanger Anger Imagegesichtspunkte eine wichtige Rolle spielen. So wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass es das Selbstverständnis Erlangens als innovativer und prosperierender Standort ausschließe, „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ zu haben. Darüber hinaus wurde von einigen Experten betont, dass auch bezüglich des Innenstadtgebiets vermieden wird, in der kommunalen Öffentlichkeitsarbeit den Programmnamen *Soziale Stadt* zu erwähnen. Erklärt wird dies von den Experten zum einen mit der politischen Konnotation des Programms als „Soziprogramm“, zum anderen mit dem bitteren Beigeschmack des Adjektivs *sozial*, was unmittelbar mit Armut und sozialen Problemlagen in Verbindung gebracht werde.

Für die städtische Planungspraxis wird auf grundsätzlicherer Ebene von mehreren Experten deutlich gemacht, dass, obwohl überdurchschnittliche Armutskonzentrationen in städtischen Teilräumen existieren, darauf im Bereich Planung und Stadtentwicklung kein Bezug genommen wird, sondern dies traditionell als Thema des Bereichs Jugendhilfe und Soziales betrachtet wird. Vorrangiges Thema der Erlanger Stadtentwicklungspolitik ist das Wachstum von Wohnen und Gewerbe, insbesondere die Schaffung von Wohnraum, da jeder zweite Erlanger Arbeitnehmer pendelt. Dabei existieren v.a. wenige Mietwohnungen im Niedrigpreissegment, wie die enorme Nachfrage nach Wohnungen und die extrem langen Wartezeiten bei der städtischen Wohnungsbaugesellschaft belegen. Da die überwiegende Mehrheit der Belegungsbindungen für geförderten Wohnraum inzwischen ausgelaufen ist, kauft die Stadt gegenwärtig Belegungsbindungen von der GEWOBAU zurück. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft hat hierfür einen Pool von etwa 600 Wohnungen eingerichtet, die über den Stadtraum verteilt sind und für die sie die Belegungsrechte an die Stadt verkauft.

Der Erlanger Anger wurde im Zeitraum von 2000-2002 grundlegend saniert. Zu diesem Zeitpunkt liefen die Belegungsbindungen im Gebiet aus und die Mieten unterlagen überwiegend nicht mehr den Mietobergrenzen des sozialen Wohnungsbaus. Die Möglichkeit, das Mietniveau ab dem Jahr 2000 heben zu können, war wesentliche Voraussetzung für den Sanierungsbeschluss der GEWOBAU. Insgesamt wurden knapp 1.000 Wohnungen modernisiert, wobei die Maßnahmen v.a. den Einbau neuer Bäder und Sanitäranlagen, Fußböden und Fenster umfassten, sowie die Erneuerung der Heizungsanlagen vorsahen, da noch ein hoher Anteil Kohleöfen in den Wohnungen existierte. Darüber hinaus wurden Sanierungsmaßnahmen im Bereich Wärmedämmung, Fassadengestaltung und der Gestaltung der Außenanlagen vorgenommen.

Insgesamt wurden rund 48 Millionen Euro von der GEWOBAU in die Sanierungsmaßnahmen investiert.<sup>212</sup> Im Schnitt müssen die Mieter nach dem Umbau rund 1,58 Euro pro Quadratmeter mehr bezahlen, wobei die Mieten damit weiter unter den Erlanger Durchschnittspreisen

---

<sup>212</sup> Bei der Sanierung des Angers handelt es sich um kein städtisches Sanierungsvorhaben, es wurde von der GEWOBAU durchgeführt.

bleiben (GEWOBAU Erlangen 2010: 27). Die Neuvermietungen verlaufen nach dem Prinzip einer stärkeren sozialen und demographischen Durchmischung, v.a. durch den Zuzug von Familien soll das Quartier „verjüngt“ werden, da noch immer ein hoher Anteil an Erstbeziehern im Stadtteil wohnt.

#### 4.4.3.2. *Maßnahmen der Quartierspolitik und ihre Wirkung auf Quartierseffekte*

In den Erlanger Interviews wird deutlich, dass die Experten den *Sanierungsmaßnahmen* einen großen Einfluss auf die Entstehung von Quartierseffekte einräumen. Dies betrifft v.a. die Unterstützung positiver Effekte hinsichtlich der hohen Wohnzufriedenheit, wie v.a. angesichts der gehobenen Qualität der Wohnungen und der Außenanlagen immer wieder von den Experten betont wird. Im Einzelfall werden hier auch negative Effekte angeführt, wie z.B. durch die Abschaffung der Mietergärten, die nachbarschaftliche Treffpunkte und Kommunikationsräume darstellten oder bei der Erneuerung der Bewohnerstruktur, die vereinzelt mit der Zunahme von Anonymität und intergenerationellen Nachbarschaftskonflikten in Zusammenhang gebracht wird.

Sehr deutlich wird, dass die Sanierungsmaßnahmen eine Zäsur des Negativimages des Stadtteils darstellen: Galt der Erlanger Anger laut Experten lange Zeit als „Glasscherbenviertel“ und städtisches „Problemviertel“, trugen die bauliche Aufwertung des Gebiets und die damit verbundene Werbung für das Quartier maßgeblich dazu bei, dass das ehemals negative Image des Angers kaum mehr eine Rolle spielt. Der Anger gilt nun zunehmend, gerade im Vergleich zu anderen städtischen Quartieren mit ähnlicher Soziastruktur, als unproblematisches und attraktives Wohngebiet.

Dabei wurde, trotz der gerade bei Neubezug deutlich höheren Mieten im Quartier, nie das Thema Verdrängung im Zusammenhang mit der Aufwertung thematisiert. Neubezug fand laut Expertenaussagen überwiegend in Wohnungen statt, die durch das Versterben der Erstbezieher frei geworden waren bzw. in Wohnungen des kleinen Anteils von Mietern, die es vorzogen, in ihren Umsatzwohnungen im unsanierten Teil des Angers zu bleiben und dort weiterhin in den Genuss des alten Mietniveaus zu kommen. Ängste oder Verunsicherungen der Bewohner angesichts der Aufwertung des Gebiets wurden von den Experten nicht thematisiert. Laut Aussage eines Experten spiele Angst vor Verdrängung im Anger schon allein deswegen keine Rolle, da man gar nicht wisse, wohin man verdrängt werden sollte: Es gäbe nirgendwo in Erlangen günstigere Wohnungen, nur einen Mangel an Wohnungen.

In den Interviews wurde von einigen Experten angesprochen, dass Konflikte von oder zwischen Jugendlichen des Quartiers hauptsächlich in der Innenstadt ausgetragen würden, da sich dort die zentralen Treffpunkte der Jugendlichen befinden würden. Daran anschließend wurde von zwei Experten argumentiert, dass das Programm *Soziale Stadt* als Innenstadtprogramm dennoch auch Wirkung auf die Jugendlichen aus dem Anger besitzen würde, da zwei Streetworker aus Fördergelder anschubfinanziert seien, die sich um die Probleme im öffentlichen Raum kümmern würden. Da der Anger selbst kein Interventionsgebiet integrierter Quartiers-



politik darstellt, werden neben der Wirkung der Sanierung auf unterschiedliche Effekte des Quartiers, abschließend zwei stadtteilpolitische Maßnahmen im Quartier betrachtet, denen von den Erlanger Experten eine wichtige Rolle bei ihrer Wirkung auf Quartierseffekte im Gebiet eingeräumt werden.

Positiv hervorgehoben wird von mehreren Experten des Gebiets der *Stadtteilkreis Anger*, der Vertreter der lokalen Initiativen und Einrichtungen umfasst und der seit Jahren von der Stadt Erlangen auch finanziell unterstützt wird, um Vernetzungsarbeit in der Stadtteilarbeit zu gewährleisten. Es finden regelmäßige Treffen statt und Stadtteilstes werden organisiert. Das Potential des Stadtteilkreises wird v.a hinsichtlich der Notwendigkeit des Austausches der Fachkräfte betont, der eine große Transparenz über die zentralen Herausforderungen im Quartier schaffe. Eine Reihe der Experten war im Stadtteilkreis vertreten und es machte sich auch im Rahmen der Interviews bemerkbar, dass diese sehr gut über aktuelle Prozesse im Gebiet sowie über die Arbeitsbereiche anderer Akteure informiert waren. Die Experten unterstreichen darüber hinaus die Bedeutung des Arbeitskreises für die Quartiersbindung und Wohnzufriedenheit der Bewohner, die durch gemeinsame Aktionen und Feste gefördert wird. Zudem fungiere der Arbeitskreis auch als Sprachrohr für Anliegen an die Stadtverwaltung, und trage in diesem Sinne zu guten Beziehungen zwischen den Akteuren vor Ort und der Stadtverwaltung bei.

Wie auch in den anderen Quartieren werden Bildungseffekte im Anger stark von den Experten thematisiert. Die Stadt Erlangen hat bereits in den 1970er Jahren zur Bildungsförderung benachteiligter Kinder und Jugendlichen in allen städtischen Quartieren mit überdurchschnittlicher Armutskonzentration so genannte *Lernstuben* eingerichtet. Finanziert werden die Kindertageseinrichtungen, in denen Kinder und Jugendliche mit erhöhtem Bedarf an Bildung, Betreuung und Erziehung betreut und gefördert werden, aus städtischen Mitteln sowie von einem Förderkreis. Drei von elf dieser Einrichtungen befinden sich im Anger. Von den Experten wird immer wieder betont, dass die Lernstuben im Anger zu einem unverzichtbaren Instrument der Förderung und Vernetzung mit anderen Quartiersakteuren geworden sind. Positiv Effekte auf den Bildungserfolg wären insbesondere durch die intensive Elternarbeit erzielt worden. So gelten die Erlanger Lernstuben bei den Experten im Anger als wirksame Interventionen gegen das Entstehen negativer Bildungseffekte im Quartier.

#### 4.4.4. Reuterkiez

Der Reuterkiez ist seit 2001 Programmgebiet des Bund-Länder-Programms *Soziale Stadt (Quartiersmanagementgebiet Reuterplatz)*. Gegenstand traditioneller städtebaulicher Förderung ist es schon länger: 1992 wurde das Sanierungsgebiet *Kottbusser Damm Ost* festgelegt, welches den westlichen Teils des Gebiets zwischen Kottbusser Damm, Friedelstraße und Sonnenallee abdeckt und im Jahr 2007 aufgehoben wurde. Seit Beginn 2011 ist nun der östliche Teil des Quartiers zwischen Pannier- und Weichselstraße Bestandteil des Sanierungsgebiets *Neukölln - Karl Marx Straße/Neukölln*. Außerdem gehört das Gebiet seit 2010 zu einem

der fünf Berliner Programmgebiete des Programms *Aktionsräume Plus (Nord-Neukölln)*. Dabei handelt es sich um ein Programm des Berliner Senats, welches auf der Grundlage einer quartiersübergreifenden Entwicklungsstrategie zur Stabilisierung benachteiligter Stadtteile beitragen will.<sup>213</sup>

#### 4.4.4.1. *Aktueller Kontext der Quartierspolitik*

Als das Sanierungsgebiet *Kottbusser Damm Ost* 1992 festgelegt wurde, standen städtebauliche Defizite, wie insbesondere fehlende Grünanlagen, Spielplätze und Gemeinschaftseinrichtungen im Mittelpunkt der Interventionen. Die übergeordneten Sanierungsziele bezogen sich dementsprechend auf die Verbesserung der Qualität des Wohnumfeldes, der Erhöhung der Grün- und Freiflächen und die Erhöhung von sozialen Einrichtungen insbesondere für Kinder und Jugendliche (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt 2008: o.S.). Bis das Sanierungsgebiet 2007 aufgehoben wurde, entstanden einige neue Spielplätze bzw. Spielplatzmodernisierungen, sowie Grünflächen und Bildungseinrichtungen.

Als das Quartiersmanagement 2001 eingerichtet wurde waren daher hinsichtlich der Wohnumfeldqualität bereits erhebliche Verbesserungen erzielt worden bzw. gerade im Gange, so dass die Schwerpunkte der Interventionen des Programms *Soziale Stadt* weniger auf dem baulichen Bereich lagen. Im Mittelpunkt der Handlungsziele des Quartiersmanagementgebiets Reuterplatz standen die Stärkung von Aktivierung und Beteiligung der Bewohner, die Erhöhung der Bildungschancen vor Ort, die Förderung der lokalen Ökonomie sowie der sozialen und kulturellen Integration der Quartiersbewohner (Quartiersmanagement Berlin 2012: o.S.). Seit 2003 existiert ein Quartiersrat im Reuterkiez, der aus Bewohnern und Vertretern von Initiativen und Institutionen im Gebiet gebildet wird und eines der zentralen Vernetzungsgremien im Quartier darstellt. Er bestimmt die Ausgestaltung der Quartierspolitik entscheidend mit und ist in zentrale Entscheidungsverfahren, insbesondere in die Mittelvergabe der Fördergelder, miteinbezogen. Neben dem Quartiersrat existiert noch der Vergaberat, der über Verfügungsfonds, also über die Verwendung kleiner Summen, entscheidet.

In den über zehn Jahren, in denen das Quartiersmanagement im Gebiet existiert, wurde eine Vielzahl von Projekten und Maßnahmen finanziert, die insbesondere die Vernetzungs- und Bildungsarbeit im Quartier entscheidend prägte: So wurde z.B. im Jahr 2007 der lokale Bildungsverbund gegründet, der die Schulen und Einrichtungen im Bereich schulischer Bildung vernetzt und eine gemeinsame Interessensverbindung darstellt. Ein Jahr später entstand die Elterninitiative Reuterkiez e.V.; ein Vernetzungsgremium der Eltern im Quartier. Im Jahr 2010 wurde ein lokales Kooperationsnetz der Immobilieneigentümer im Kiez ins Leben gerufen. Im Bereich der Förderung der lokalen Ökonomie wurde zum einen im Jahr 2005 die Zwi-

---

<sup>213</sup> Beim Programm *Aktionsräume plus*, das parallel zum Programm *Soziale Stadt* existiert, steht v.a. die Verbesserung der Mittelbündelung aus den Ressorts Stadtentwicklung, Integration, Bildung und Arbeit und Soziales in benachteiligten städtischen Gebieten im Mittelpunkt. Ziel ist es hierbei eine quartiersübergreifende Entwicklungsstrategie zu entwickeln (Quartiersmanagement Berlin 2012: o.S.).

schennutzungsagentur beauftragt, geeignete Maßnahmen gegen den hohen Gewerbeleerstand im Gebiet zu ergreifen, zum anderen wurde eine Ausbildungsberatung initiiert. Die Kiezzeitung *Der Reuter* wurde gegründet und eine Vielzahl kultureller Veranstaltungen gefördert, wie z.B. das Kulturfestival 48 Stunden Neukölln. Bauliche Maßnahmen wurden im Bereich der Aufwertung des Uferbereichs am Landwehrkanal und der Verkehrsberuhigung durchgeführt, sowie in Form der Aufwertung der Außengelände lokaler Kindertageseinrichtungen.<sup>214</sup>

Nachdem das Quartiersmanagementgebiet Reuterplatz im Jahr 2011 in die Gruppe der Gebiete „mittlerer Intervention“ herabgestuft wurde, wurden die Fördermittel für das Jahr 2012 deutlich reduziert. Diese Herabstufung ist Folge des Vergleichs aktueller Sozialstrukturdaten des Gebiets (auf Grundlage des Monitorings soziale Stadtentwicklung) mit den Durchschnittswerten aller Berliner Quartiersmanagement- Gebiete.<sup>215</sup> Aktuelle Zahlen führten dazu, dass der Reuterkiez im Verlauf des Jahres 2012 zur Kategorie der „Präventionsgebiete“ gezählt werden wird, was mit einer weiteren Mittelkürzung verbunden ist. Im Handlungskonzept des Jahres 2012 wird betont, dass die Kürzungen, verbunden mit den Bundeskürzungen im Bereich integrierter Stadtentwicklung, als verstärkter Rückzug der öffentlichen Hand aus benachteiligten Stadtvierteln betrachtet wird (Brandenburgische Stadterneuerungsgesellschaft mbH 2011:1). Inzwischen stehen vor dem Hintergrund der aktuellen Gebiets- bzw. Fördervergabeentwicklung insbesondere Verstetigungsstrategien im Mittelpunkt der Arbeit des Quartiersmanagements, um die nachhaltige Wirkung der Maßnahmen zu unterstützen.

#### 4.4.4.2. *Maßnahmen der Quartierspolitik und ihre Wirkung auf Quartierseffekte*

Die Ergebnisse der Experteninterviews zeigen, dass die Interventionen im Rahmen des Sanierungsvorhabens *Kottbusser Damm Ost* und dem *Quartiersmanagement Reuterplatz* laut Experten deutlich positive Effekte auf die Lebensqualität der Bewohner haben. Mehrfach wurde von den Experten die Qualität des Wohnumfelds positiv unterstrichen, insbesondere die qualitativ hochwertigen Spielplätze und Aufenthaltsqualität im Uferbereich des Landwehrkanals. Das hohe Ausmaß an sozialem Kapital, dass im Reuterkiez aktuell in Form von zahlreichen Vernetzungsgremien vorliegt, ist, so beschreiben es einige der Experten, auch ein Effekt der Quartierspolitik, die in den unterschiedlichsten Handlungsbereichen ihren Schwerpunkt auf Vernetzung, Partizipation und Aktivierung setzte. Wie die Interviews zeigen, war der Reuterkiez traditionell ein Gebiet mit ausgeprägter Partizipationskultur, die durch die Aktivitäten im Bereich der Sozialen Stadt gestärkt und ausgeweitet wurden.

---

214 Eine Projektliste aller durchgeführten Maßnahmen findet sich nach Jahrgängen sortiert auf der Homepage des Quartiersmanagementbüros (<http://www.reuter-quartier.de/Projekte.27.0.html>).

215 Gebiete mittlerer Intervention sind charakterisiert durch einen erhöhten Anteil von Arbeitslosen, Beziehern von Transfereinkommen und Migranten im Vergleich zum Durchschnitt der Berliner Programmgebiete, wohingegen Gebiete starker Intervention durch eine überdurchschnittliche Abweichung vom Durchschnitt charakterisiert sind (Quartiersmanagement Berlin 2012). Präventionsgebiete weisen schließlich nur einen leicht erhöhten Durchschnitt gegenüber den anderen Gebieten auf (ebd.).

Die Handlungsschwerpunkte der Quartierspolitik fokussieren im hohen Maße die positiven wie negativen Effekte des Quartiers, die von den Experten formuliert wurden. Hier spielt insbesondere der Schwerpunkt auf Bildungsarbeit, berufliche Eingliederung und Qualifikation eine Rolle. Dabei wurde durch die Zwischennutzungsagentur und daran anknüpfende Projekte ein Schwerpunkt auf den Bereich der lokalen Ökonomie gesetzt. Durch das Leerstandsmanagement der Zwischennutzungsagentur wurde der Aufwertungsprozess im Kiez maßgeblich politisch gesteuert.

Vor dem Hintergrund dieser starken Wirkung des Projekts Zwischennutz wird im Folgenden genauer auf das Projekt eingegangen. Das Quartiersmanagement beauftragte im Zeitraum von 2005 bis 2007 die so genannte *Zwischennutzungsagentur*, ein Konzept für ein Gewerbeleerstandmanagement zu entwickeln, um eine Lösung für den hohen Gewerbeleerstand im Gebiet zu schaffen. Das Vorgehen der Zwischennutzungsagentur bestand zunächst in einer Standortanalyse, um auf der Grundlage einer Kartierung geeignete Nutzungskonzepte für den Kiez zu schaffen. Im Anschluß daran wurde sich v.a. auf Kultur und Startup Unternehmen konzentriert, um dann Netzwerke zu Eigentümern und potentiellen Nutzern aufzubauen und zu vermitteln. Die übergeordneten Projektziele bestanden einerseits darin, die Lebensqualität der Bewohner durch die Belebung des öffentlichen Raums und einem breiteren Angebot an Nahversorgung zu verbessern, andererseits die lokale Ökonomie zu fördern und Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Arbeit der Zwischennutzungsagentur gilt als großer Erfolg für das Quartier: laut einer Expertin konnten über 50 Läden vermittelt werden und 200 Arbeitsplätze wurden geschaffen. Das Quartier wurde durch die Nutzung der leer stehenden Ladenlokale belebter und auch aufgrund des hohen Anteils Kulturschaffender unter den Nutzern, wurde der Aufwertungsprozess des Kiezes unter dem Stichwort Kreuzköln deutlich stimuliert.

**Abb.23: Alte und neue Nutzungen im Reuterkiez**



Quelle: A.N.

Im Jahr 2008 schlossen sich weiterführende Projekte an. So wurde das *Eigentümernetzwerk* im Reuterkiez gegründet, welches Beratung und Vernetzungstreffen der Eigentümer im Quar-

tier fördert und darüber hinaus das Verantwortlichkeitsgefühl der Eigentümer für das Quartier stärken will. So wurden im Rahmen des Eigentümernetzwerks beispielsweise Baumscheiben und Brandwände verschönert. Auch für die Nutzer wurden Kooperationsnetzwerke aufgebaut: So wurde ab 2009 das *Kreativnetzwerk Neukölln* ins Leben gerufen, welches die Nutzer quartiersübergreifend in Nord Neukölln in den Bereichen Vernetzung, Professionalisierung und positiver Außendarstellung unterstützt.

Die Aufwertung des Reuterkiezes wurde wesentlich von dem Gewerbeleerstandmanagement und der damit verbundenen Netzwerkarbeit initiiert und mitbestimmt. Es hat laut der Aussage mehrerer Experten dazu beigetragen, negative Effekte im Bereich Wohnumfeldqualität, Nahversorgung und lokaler Ökonomie abzumildern und positive Effekte des Quartiers im Bereich Vernetzung und Partizipation zu fördern. Das aktive Leerstandmanagement hat v.a. dazu beigetragen, dem negative Image Nord-Neuköllns ein positives Bild des Quartiers entgegen zu setzen. Inwiefern hiervon auch benachteiligte Bevölkerungsgruppen profitieren, wird augenblicklich ambivalent diskutiert (vgl. Kapitel 3.7.3.4).

Das im Rahmen des Quartiersmanagements geförderte Projekt *Rütli Wear* ist hinsichtlich seiner Wirkung gegen negative Effekte des Gebietsstigmas interessant, die hier mit dem Ziel der Qualifikationsförderung verbunden werden. Bei Rütli Wear handelt es sich um ein Modelabel, das im Jahr 2006 im Anschluß an den so genannten Brandbrief der Rütli Schule gegründet wurde. Den Initiatoren ging es darum, eine Gegenreaktion auf den stigmatisierenden Diskurs über die Schule und deren "gescheiterten und kriminellen Schüler" zu schaffen. Ziel war es, den Jugendlichen der Schule eine Stimme in der von Stereotypen geprägten Diskussion zu verleihen und dadurch eine Diskussion ins Leben zu rufen, „was Rütli eigentlich bedeutet“.<sup>216</sup> Diese Diskussion sollte anhand der Gründung des Modelabels Rütli Wear angestoßen werden. Der Projektablauf sah vor, dass die Schüler der Rütli Schule neben der Labelgründung, in alle Arbeitsschritte vom Produktdesign, der Drucktechnik bis hin zum Vertrieb über die eigene Website eingebunden sind und sich hier Wissen, insbesondere Soft Skills wie Teamwork, Verlässlichkeit und Kommunikationsfähigkeit aneignen. Das Projekt wurde ab dem ersten Halbjahr 2006/2007 an der Rütli Schule durchgeführt und wurde in den Kunst- und Arbeitslehreunterricht integriert. Inzwischen existiert eine Bandbreite an Produkten der Modelinie, die über die Homepage des Projekts bestellt werden können (<http://shop.ruetli.biz/index.php>).

Ab 2011 erfolgte mit dem Label *Made in Neukölln* eine Weiterentwicklung des Projekts, in dessen Rahmen die Existenzgründungen im Gebiet im Bereich Mode und Design aufgegriffen wurden, um sie als Ressource für die Jugendlichen zu nutzen. Es wurden Kooperationen zu lokalen Unternehmen geschaffen, die insbesondere in der Vermittlung und Betreuung von

---

<sup>216</sup> So einer der Initiatoren Tom Hansing von der Siebdruckwerkstatt Neukölln im Interview mit der Böll-Stiftung ([http://www.migration-boell.de/web/integration/47\\_2633.asp](http://www.migration-boell.de/web/integration/47_2633.asp), 23. Januar 2012).

Praktika bestehen, um den Jugendlichen berufliche Perspektiven im Bereich Mode, Textilindustrie und Gestaltung aufzuzeigen. Diese Projektweiterführung ist im Hinblick auf ihre Wirkung auf Quartierseffekte insofern interessant, als dass hier gezielt eine positive Verbindung zwischen der Aufwertung im Quartier und den Jugendlichen geschaffen wird. Die Interviews zeigen, dass die Veränderungen im Quartier für viele benachteiligte Jugendliche überwiegend mit Verunsicherungen einhergehen. Hier setzt das Projekt an, indem versucht wird, die Jugendlichen an positiven Effekten der Entwicklung teilhaben zu lassen.

Die Interviews zeigten, dass die Experten insbesondere von negativen Effekten im Bereich Bildung ausgehen. Hier wurden zum einen die geringere Chancengleichheit der Kinder und Jugendlichen thematisiert, zum anderen die Rolle der Schulen für den Wegzug bildungsorientierter, mittlerer und höherer Einkommensschichten. Auf diese beiden Problematiken zielt das Modellprojekt *Campus Rütli* ab: Durch ein neuartiges, sozialräumlich orientiertes Bildungs- und Erziehungskonzept sollen Chancendefizite abgebaut werden und gleichzeitig die Attraktivität lokaler Bildungseinrichtungen erhöht werden, so dass bildungsorientierte Eltern verstärkt im Kiez bleiben.

Der Campus Rütli wurde 2007 beschlossen. Grundlage ist der Aufbau eines umfassenden Bildungscampus rund um das Areal der Rütli Schule, der zum zentralen Ort der Bildung im Quartier werden soll. Bis zur Eröffnung 2016 soll eine Vielzahl an Institutionen im Bereich Bildung, Betreuung und Erziehung räumlich konzentriert auf dem Campusgelände angesiedelt werden (Verwaltung des Bezirksbürgermeisters 2009). Hierzu gehören zunächst die zur Rütli Gemeinschaftsschule fusionierte Real, Haupt und Grundschule in der näheren Umgebung und zwei Kitas. Darüber hinaus Freizeiteinrichtungen wie der Jugendclub Manege, die Volkshochschule und Musikschule. Hinzu kommen schließlich Beratungseinrichtungen wie der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst und die Jugendberufshilfe. Durch den Aufbau eines Elternzentrum und der neu errichteten Quartiershalle, soll sich der Bildungscampus den Eltern und dem Quartier gegenüber öffnen. Finanziert wird das Modellprojekt aus Fördermitteln der Programme *Soziale Stadt* sowie *Gemeinschaftsschulen*, der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Forschung und Entwicklung, dem Bezirk und den Stiftungen Zukunft Berlin und der Freudenberg Stiftung.

Dem Projekt kommt eine große symbolische Bedeutung zu. Christina Rau fungiert als Schirmherrin, der Bezirksbürgermeister Buschkowski selbst ist einer der zentralen Initiatoren des Projekts und es herrscht ein starkes mediales Interesse am so genannten Leuchtturmprojekt Campus Rütli. Bei den Experten wurde deutlich, dass die Mehrzahl der Befragten große Hoffnungen in das Projekt setzt und davon ausgeht, dass der Campus dazu beitragen wird, negative Effekte im Bereich Bildung und Stigmatisierung abzumildern.

#### 4.5. Zwischenfazit: Quartierseffekte und Quartierspolitik

Hinsichtlich der Fragestellung, inwiefern Maßnahmen der Quartierspolitik dazu geeignet sind, negative Effekte des Quartiers auf seine Bewohner zu mildern und positive zu fördern, wird zunächst in Frankreich deutlich, dass die Gebietsausweisung der *politique de la ville* und die damit einhergehende „Geographie“ benachteiligter Stadtteile zur Stigmatisierung der Gebiete beigetragen hat. Dies ist unmittelbare Konsequenz daraus, dass an der Zonierung der *zones urbaines sensibles* seit 1996 unverändert festgehalten wurde, ohne dass Gebiete den Status einer ZUS verlassen hätten. In den ersten zehn Jahren des Programms *Soziale Stadt* wurden insgesamt 571 Gebiete in 355 Gemeinden gefördert, davon gelten neun Programmgebiete als abgeschlossen, in 405 Gebieten laufen die Maßnahmen weiter, bei 157 Gebieten handelt es sich um ruhende Maßnahmen (Güntner & Walther 2011:15). Auch wenn es sicherlich strittig ist, die Zahl der Gebiete, die aus den politischen Maßnahmen ausschieden, als Erfolgskriterium für die Quartierspolitik zu betrachten, so hat die Tatsache, dass in Frankreich kein einziges Gebiet jemals den Gebietsstatus ZUS verlassen hat, zu tief greifender Kritik an der *politique de la ville* geführt. Insbesondere deshalb, weil somit die Stigmatisierung der Gebiete im Sinne eines Labelings stark gefördert wurde. Insofern ist die Frage nach Verstetigung und langfristigem Ausstieg aus der Quartierspolitik in beiden Ländern aktuell von zunehmender Bedeutung: Für die Glaubwürdigkeit der jeweiligen politischen Ansätze, aber auch für das Image der Gebiete.

Bisherige Evaluierungen der *politique de la ville* und des Programms *Soziale Stadt* haben zeigen können, dass sozialräumlich orientierte, integrative Ansätze der Quartierspolitik in hohem Maße dazu beitragen können, positive Effekte benachteiligter Gebiete zu fördern und negative Quartierseffekte abzumildern. In Frankreich gilt das besonders für aktuelle städtebauliche Maßnahmen, die im Rahmen des *Programme Nationale de Rénovation Urbaine* durchgeführt werden. Diese tragen dazu bei, das hohe Ausmaß negativer Effekte, das auf Lage, Ausstattung und Wohnumfeldqualität der Quartiere zurückzuführen ist, abzumildern. In Deutschland zeigen sich große Erfolge hinsichtlich der verbesserten Lebensqualität vieler Bewohner durch eine veränderte Stimmung bzw. Situationswahrnehmung im Gebiet und des Gewinns von sozialem Kapital durch die Förderung von Partizipation und Aktivierung.

Bei der Betrachtung der Umsetzung der jeweiligen Quartierspolitik in den Untersuchungsgebieten konnten weitere Einblicke in die Wirkung einzelner Maßnahmen auf Quartierseffekte gegeben werden. Für Frankreich wird die Abmilderung negativer Effekte laut Experten besonders im Bereich der objektiven Ressourcen durch bauliche Aufwertungsmaßnahmen bzw. Wohnumfeldmaßnahmen deutlich. In den beiden französischen Quartieren gingen diese nach Ansicht der Experten mit einer starken Aufbruchsstimmung einher, die sich positiv auf die Eigenwahrnehmung der Bewohner, das Ausmaß der Aneignung des öffentlichen Raums und die Wohnzufriedenheit auswirkte. Insbesondere die Interviews in La Noë zeigen, dass eine Reihe negativer Quartierseffekte, wie der Rückzug nach innen, die Scham gegenüber Dritten

angesichts des verwahrlosten Wohnumfelds und die daraus resultierende Reduzierung der sozialen Kontakte, durch die grundlegende Aufwertung des Wohnumfelds abgemildert werden konnten. Eine weitere bedeutende Wirkung der umfassenden baulichen Maßnahmen in den französischen Untersuchungsgebieten liegt laut Experten in der Stärkung des Vertrauens in die Politik, von der sich ein großer Teil der Bewohner in La Noë und Lille-Sud über eine lange Zeit im Stich gelassen fühlten. Angesichts der massiven Stigmatisierung der französischen Untersuchungsgebiete ist nicht abzuschätzen, ob die baulichen Maßnahmen auch positive Effekte im Bereich der Symbolik aufweisen werden.

Die Fallstudien in La Noë und Lille-Sud haben aufgezeigt, dass die Stigmatisierung der Gebiete in hohem Maße davon begleitet wird, dass Außenstehende sie als gefährlich wahrnehmen und meiden. In beiden Quartieren wurde die Bedeutung dieser symbolischen und physischen Distanz gegenüber den Quartieren für den Stigmatisierungsprozess und seine Folgen betont und immer wieder geschlussfolgert, man müsse den „Leuten von anderswo“ einen Anlass geben, die Quartiere zu besuchen und kennen zu lernen. Hier setzt der Neubau des *Centre Social de l'Arbrisseau* in Lille-Sud an, indem durch die Implantation eines futuristischen Neubaus Architekturinteressierte dazu angeregt werden sollen, das Quartier zu besuchen. Noch ist nicht abzuschätzen, ob dies gelingen wird. Zum aktuellen Zeitpunkt zeigen sich laut Experten v.a. positive Wirkungen des Projekts auf die Bewohner und deren Gefühl, durch das Renommeeprojekt Wertschätzung zu erfahren.

In beiden französischen Fallstudien offenbart sich die Ambivalenz des Leitbilds der sozialen Mischung. In La Noë zeigen sich angesichts des Gebietsstigmas trotz der günstigen Immobilienpreise Schwierigkeiten, mittlere Einkommensgruppen von außerhalb dazu zu bewegen, in das Quartier zu ziehen. Und auch das Ziel, den (geförderten) Eigentumserwerb der aktuellen Quartiersbewohner zu unterstützen, stößt aufgrund der sozialen Situation der Bewohner an seine Grenzen. Während in La Noë also v.a. die Realisierbarkeit des Leitbilds hinterfragt werden muss, zeigen die Aussagen der Experten in Lille-Sud, dass die politische Rhetorik der sozialen Mischung nicht zur Wertschätzung der lokalen Bevölkerung, v.a. jener der einkommensschwachen Teile, beiträgt, sondern vielmehr mit Stigmatisierung und Abwertung der Bewohner in Verbindung gebracht wird.

Für den Erlanger Anger wird deutlich, dass die Sanierungsmaßnahmen eine deutliche Imageverbesserung mit sich brachten. Hier zeigt sich, dass die bauliche Aufwertung des Gebiets und die damit verbundene Werbung für das Quartier, maßgeblich dazu beitrugen, dass das ehemals eher negative Image des Angers keine Rolle mehr spielt. Der Anger gilt nun zunehmend, gerade im Vergleich zu anderen städtischen Quartieren mit ähnlicher Sozialstruktur, aber schlechterer objektiver Ressourcenausstattung als unproblematisches und attraktives Wohngebiet. Dabei verdeutlicht der Erlanger Anger, der aufgrund politischer Entscheidungen kein Programmgebiet der *Sozialen Stadt* darstellt, nach Ansicht einiger Experten die Bedenken gegenüber einer integrierten Quartierspolitik für Stadtteile mit Entwicklungsbedarf auf-



grund von Befürchtungen damit einhergehender Stigmatisierung. Am Beispiel Erlangens wird ersichtlich, dass es hier weniger um ein Labeling des Quartiers selbst geht, als um jenes des gesamten Standorts Erlangen, der sich als prosperierender Standort für Medizin und Wissenschaft versteht. In diesem Selbstverständnis sind Bezüge zu „Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf“, so betonen es einige der Experten, tendenziell unerwünscht.

Vor allem im Reuterkiez zeigen sich die Potentiale der integrierten Quartierspolitik bei der gezielten Förderung des sozialen Kapitals im Gebiet. Das hohe Ausmaß an sozialem Kapital, dass im Reuterkiez aktuell in Form von zahlreichen Vernetzungsgremien vorliegt, ist auch ein Effekt der Quartierspolitik, die in zentralen Handlungsbereichen einen Schwerpunkt auf Vernetzung und Partizipation setzte. Die Interviews zeigen, dass der Reuterkiez traditionell ein Gebiet mit ausgeprägter Partizipationskultur war, die durch die Aktivitäten im Bereich der Sozialen Stadt gestärkt und ausgeweitet wurden. So wird am Berliner Beispiel deutlich, dass die Quartierspolitik hinsichtlich der sozialräumlich orientierten Förderung von Maßnahmen zur Steigerung von Partizipation und Vernetzung weit reichende Potentiale für die Abmilderung negativer Quartierseffekte bzw. für die Förderung positiver Effekte bergen kann. So wurde in allen Quartieren die positive Wirkung auf die Wohnzufriedenheit deutlich. Die Stärkung nachbarschaftlicher Netzwerke kann negativen Effekten des Quartiers effektiv entgegenwirken. Dies zeigt sich gerade in den französischen Quartieren, für die, trotz einiger starker Beeinträchtigungen der Bewohner, laut Experten eine meist hohe Quartiersbindung und ein hohes Maß an Wohnzufriedenheit der Bewohner charakteristisch sind. Hier zeigen sich nach Ansicht der Experten die positiven Auswirkungen der überwiegend dichten sozialen Netzwerke in der Nachbarschaft, von denen in allen Untersuchungsquartieren berichtet wurde und die Unterstützung und Hilfestellungen bieten.

Der Reuterkiez verdeutlicht darüber hinaus die Potentiale eines *Gewerbeleerstandsmanagements* für die Abmilderung negativer Effekte im Bereich Wohnumfeldqualität, Nahversorgung und lokaler Ökonomie. Die damit verbundene Vernetzungsarbeit konnte bestehende Potentiale des Quartiers im Bereich Partizipation und Vernetzung weiter ausbauen. Das aktive Leerstandmanagement und die damit verbundene Belebung des Quartiers haben laut Experten v.a. zu positiven Effekten für das Quartiersimage beigetragen und dem negativen Image Nord-Neuköllns ein positives Bild des Quartiers entgegengesetzt. Dabei ist es strittig, ob hiervon auch benachteiligte Bevölkerungsgruppen profitieren. Angesichts des Aufwertungsprozesses, der den Reuterkiez augenblicklich kennzeichnet, werden in den Interviews neben den genannten positiven Wirkungen auch negative Konsequenzen des Wandels im Quartier deutlich. Gerade bei älteren Bewohnern und benachteiligten Jugendlichen führt die aktuelle Quartiersentwicklung dazu, dass sie sich, so wird von einigen Experten berichtet, zunehmend aus dem öffentlichen Raum gedrängt und verunsichert fühlen. In diesem Zusammenhang zeigt sich das Potential von Projekten wie *Made in Neukölln*, wo versucht wird, eine Anschlussmöglichkeit für benachteiligte Jugendliche an den Aufwertungsprozess zu schaffen und dazu beizutragen, dass auch diese von ihm profitieren.

Alle vier Fallstudien zeigen, dass Strategien zur Abmilderung lokaler Bildungs- bzw. Schuleffekte augenblicklich eine der größten Herausforderung der Quartierspolitik darstellen. Im Rahmen der Fallstudien konnte gezeigt werden, dass in diesem Bereich interessante Strategien der lokalen Quartierspolitik bestehen, sowohl im Bereich von Vernetzungsarbeit, gezielter Bildungsförderung als auch im Rahmen von Leuchtturmprojekten mit großer symbolischer Wirkung. Hier zeigt das Beispiel der neuen Grundschule in Chanteloup-les-Vignes, dass es für die Überwindung der Vorbehalte bildungsorientierter Eltern gegenüber lokaler Schulen in benachteiligten Stadtteilen viel Überzeugungsarbeit und einen langen Atem braucht. Im Reuterkiez wird sich beim *Campus Rütli* ab 2016 zeigen, ob es mit dem Konzept des Bildungscampus gelingen wird, sowohl bildungsstarke Familien an die Schule im Kiez zu binden, als auch die Bildungschancen benachteiligter Kinder und Jugendlichen vor Ort zu erhöhen. In allen Untersuchungsgebieten wird deutlich, dass davon ausgegangen wird, dass die Verbesserung der Qualität und Erhöhung der Attraktivität der lokalen Schulen eines der zentralen Ziele der Quartierspolitik darstellt.

Zusammenfassend zeigt die Umsetzung der Quartierspolitik auf lokaler Ebene ein großes Potential hinsichtlich der Abfederung negativer Quartierseffekte, sowie der gezielten Förderung positiver Effekte der Quartiere. Damit macht der deutsch-französische Vergleich deutlich, dass die Analyse von Quartierseffekten als Verstärker bzw. Puffer von Marginalisierung, im hohen Maße der Legitimierung und der Ausrichtung integrierter Quartierspolitik dienen kann.

## 5. Resümee

In der theoretischen Auseinandersetzung mit dem Konzept der Quartierseffekte wurde zunächst deutlich gemacht, dass die häufig einseitige Thematisierung von Quartierseffekten als negative Effekte, die in Form von Beeinträchtigungen und Einschränkungen des Quartiers auf seine Bewohner untersucht werden, Gefahr läuft, zur Stigmatisierung benachteiligter Quartiere beizutragen. So zementiert die Mehrzahl der Arbeiten zu Quartierseffekten ein defizitäres Bild sowohl der Quartiere als auch ihrer Bewohner, während die Ressourcen der Quartiere vernachlässigt oder völlig ignoriert werden. Diese Arbeit stellt den Versuch dar, die Idee des Quartiers als Verstärker sozialer Ungleichheit sowie als Handlungsressource in einem erweiterten Verständnis von Quartierseffekten zu integrieren. Im Anschluss an das von Atkinson und Kintrea formulierte Begriffsverständnis wurden Quartierseffekte entsprechend als Wirkungen eines Quartiers konzipiert, die die Lebensqualität und Perspektiven ihrer Bewohner beschränken, aber auch stabilisieren und verbessern können. Quartierseffekte umfassen also negative wie positive Effekte eines Quartiers für seine Bewohner. Nur in diesem erweiterten Verständnis – so die Grundannahme der vorliegenden Untersuchung – können Prozesse sozialräumlicher Exklusion (und Inklusion) in ihrer Gesamtheit nachvollzogen werden.

Ein erweitertes Verständnis von Quartierseffekten vermeidet nicht nur eine zusätzliche Stigmatisierung benachteiligter Quartiere. Es kann im Rahmen der Stadtforschung auch dazu beitragen, den Gegensatz von Ansätzen der Erforschung von (negativen) Quartierseffekten auf der einen Seite und ressourcenorientierten Ansätzen auf der anderen Seite zu überwinden, um beide in einem integrierten Ansatz zu verbinden. Ein umfassendes Verständnis von Quartierseffekten ist nicht zuletzt auch der Quartierspolitik dienlich, da diese bei dem Ziel der Stabilisierung benachteiligter Stadtteile in ihrer Maßnahmenausrichtung auf Quartiersdynamiken und Handlungsressourcen eines Gebiets aufbauen muss. Die komplementäre Analyse negativer wie positiver Effekte bietet hierfür umfassende Analysekatégorien.

Eines der zentralen Ergebnisse der empirischen Analyse unterstreicht die Notwendigkeit dieses erweiterten Begriffsverständnisses: Denn in allen vier untersuchten Quartieren werden laut Experten positive Effekte der Quartiere auf die Lebensqualität und die Perspektiven ihrer Bewohner sichtbar. So existieren auch in jenen Quartieren, in denen die Experten von mannigfaltigen Konsequenzen des Lebens im Quartier berichten, immer auch positive Effekte, die zur Stabilisierung der Situation der Bewohner beitragen. Ohne die Berücksichtigung dieser Effekte bliebe das Bild des jeweiligen Quartiers daher einseitig und quartierspolitische Maßnahmen, die auf entsprechenden Analysen aufbauen, würden wichtige Handlungsressourcen außer Acht lassen.

Die Erhebung hat darüber hinaus zeigen können, dass Prozesse sozialer Segregation nicht grundsätzlich problematisch sind und dass Folgen für die Bewohner von Quartieren mit einer

überdurchschnittlichen Konzentration sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen variieren. Soziale Segregation führt nicht für alle Bewohner, nicht in jedem Quartier bzw. in jeder Stadt und nicht zu jedem Zeitpunkt zu negativen Effekten. Dies wurde insbesondere im spezifischen Fall des Erlanger Angers deutlich, wo außer der Diskussion um Schuleffekte und Bildungschancen kaum negative Effekte des Quartiers thematisiert wurden.

### *Segregationsregimes und ihre Folgen für die Entstehung von Quartierseffekten*

Die komparative Darstellung wesentlicher Merkmale der deutschen und französischen Stadtentwicklung und Wohnungspolitik und der daraus resultierenden Segregationsregimes hat einige Länderspezifika offenbart, die sich in ihrer Wirkung deutlich auf die Entstehungsbedingungen von Quartierseffekten niederschlagen. Dies betrifft v.a. die größere Bedeutung, die von negativen Effekten im Bereich der objektiven Ressourcen in den beiden französischen Quartieren sowie die vielgestaltigen negativen Effekte, die im Bereich der Symbolik in Frankreich dominieren. Diese spielen in den deutschen Untersuchungsgebieten laut Experten für den Bereich objektiver Ressourcen keine negative, für den Bereich der Symbolik eine geringere Rolle.

In Frankreich führten der massive Bau von Großwohnsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus, mit denen in den 1960er und 1970er Jahren die Wohnungskrise bekämpft werden sollte, und die spätere Entwicklung der so genannten *cités* dazu, dass sich heute der überwiegende Anteil benachteiligter Quartieren ebendort befindet. In der Mehrheit der Siedlungen zogen jahrelange Desinvestitionen v.a. von Seiten der Wohnungsbaugesellschaften eine massive Degradation der Wohnhäuser und des Wohnumfelds nach sich. Der häufig ohnehin mit wenig Grünflächen oder Spielplätzen ausgestattete öffentliche Raum der Siedlungen verlor so weiter an Aufenthaltsqualität. Ursprüngliche Schwächen der Wohnungen im Bereich thermischer und akustischer Isolierung bestehen z.T. bis heute und Schäden in den Wohnungen, Treppenhäusern oder an den Fassaden wurden mitunter über Jahre nicht behoben.

In Deutschland spielen wegen der geringeren Bedeutung von Großwohnsiedlungen, aber auch dank der umfangreichen baulichen Nachbesserungen und des höheren Instandhaltungsniveaus der Quartiere negative Effekte in diesem Bereich keine vergleichbare Rolle, so zeigen es die Interviews. In den französischen Untersuchungsquartieren, die beide sehr stark von sozialem Wohnungsbau geprägt sind, berichten die Experten hingegen im Bereich der objektiven Ressourcen von deutlich negativen Effekten auf die Lebensqualität der Bewohner. Dazu gehörten neben einem beschwerlicheren Alltag bei einigen Bewohnergruppen der verstärkte Rückzug ins Wohnungsinne und die Vermeidung des öffentlichen Raums. Dabei wurden auch Auswirkungen auf die sozialen Beziehungen der Bewohner geschildert, etwa wenn wie in La Noë berichtet aus Scham keine Freunde oder Bekannten von außerhalb eingeladen werden oder wie in Lille-Sud Nachbarschaftskonflikte wegen der Hellhörigkeit der Wohnungen entstehen. Negative Effekte werden von den Experten in beiden Quartieren aufgrund der jahrelangen ausbleibenden Interventionen auch in Form eines geringeren Vertrauens in die Politik thema-

tisiert. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, wie wichtig die aktuellen städtebaulichen Interventionen im Rahmen des *Programme National de Renovation Urbaine* für die Bekämpfung negativer Quartierseffekte in den beiden Untersuchungsgebieten sind, um, wie es in La Noë immer wieder formuliert wurde, „den Bewohnern ihre Würde zurückzugeben“.

Der französische Großwohnsiedlungsbau und die Entwicklung der Quartiere haben nicht nur Konsequenzen auf die Entstehung von Quartierseffekte im Bereich der objektiven Ressourcen. Auch die Beeinträchtigungen, die durch die massive Stigmatisierung der französischen Quartiere laut Experten für ihre Bewohner entstehen, stehen im engen Zusammenhang mit dem ausgeprägten Großwohnsiedlungsbau. Bedingt dadurch, dass sich die Räume der Armen so überdeutlich von anderen städtischen Räumen abheben, lassen sich die *cités* leichter als fremde und gefährliche Orte imaginieren: Sie sind oft peripher oder zumindest am Stadtrand gelegen und damit weit weg von den *beaux quartiers*. Sie repräsentieren die Architektur des industriellen Wohnungsbaus der 1960er und 1970er Jahre und sind häufig, was die bauliche Qualität und die Qualität des Wohnumfelds angeht, von ausgesprochen schlechter Qualität. Allein durch diese physischen Merkmale bieten sie sich als Objekte der Stigmatisierung geradezu an.

Für die deutsche Stadtentwicklung ist hingegen charakteristisch, dass unterschiedliche Quartierstypen von sozialen Entmischungsprozessen betroffen sind. Die benachteiligten Quartiere in Deutschland zeichnen sich insgesamt durch eine bauliche, die Lage und das Entstehungsalter betreffende Vielgestaltigkeit aus. So ist der Verlauf der sozialräumlichen Spaltungslinien im städtischen Raum sehr viel unschärfer als in Frankreich. Es ist anzunehmen, dass dies im starken Maße dazu beiträgt, dass die Stigmatisierung benachteiligter Stadtviertel und ihrer Bewohner in Deutschland nicht so allumfassend für alle Gebiete, für alle Bewohner und zu jedem Zeitpunkt festzustellen ist. Dies zeigt sich auf der Ebene der deutschen Fallbeispiele, wo der Erlanger Anger seit Längerem nicht mehr mit negativen Imageproblemen zu kämpfen hat, aber auch im Reuterkiez, wo laut Experteninterviews v.a. benachteiligte Jugendliche unter dem schlechten Ruf der Bildungssituation Nord-Neuköllns zu leiden haben.

#### *Quartierseffekte in deutschen und französischen Quartieren*

Eines der bemerkenswertesten Ergebnisse zur Relevanz von positiven Quartierseffekten in den Untersuchungsquartieren ist zunächst, dass selbst in den französischen Quartieren, die sich laut Expertenschilderungen durch einige starke Beeinträchtigungen für ihre Bewohner auszeichnen, dennoch von einer hohen Quartiersbindung und einem hohen Maß an Wohnzufriedenheit der Bewohner ausgegangen werden muss. Die Aussagen der Experten legen nahe, dass sich hier die positiven Auswirkungen der überwiegend dichten sozialen Netzwerke in der Nachbarschaft bemerkbar machen, von denen in allen Untersuchungsquartieren berichtet wurde und die Unterstützung und Hilfestellungen bieten. Hier zeigt sich sehr deutlich, wie lokales soziales Kapital zu einer wichtigen Ressource der Bewohner wird und zur Entstehung positiver Quartierseffekte beiträgt. Zu dieser zählen auch positive Effekte auf die Wohnzu-

friedenheit der Bewohner, die laut Experten in allen vier Quartieren durch die gute Ausstattung an Einrichtungen der sozialen Infrastruktur, deren enge Vernetzung und abgestimmten Aktivitäten gegeben sind.

Die Bedeutung des Quartiers für die Produktion bzw. Abmilderung sozialer Ungleichheit wurde quartiers- und länderübergreifend am deutlichsten beim Thema Bildung sichtbar. In allen vier Untersuchungsgebieten wird von den Experten von negativen Bildungseffekten ausgegangen und angenommen, dass die Bildungschancen für Kinder und Jugendliche an Schulen im Quartier schlechter ausfallen als an Schulen anderer Quartiere. Auch die Erklärungen hierfür ähneln sich in Deutschland und Frankreich: So werden insbesondere Sprachdefizite, Konzentrationsprobleme und eine dadurch ungeeignete Lernatmosphäre thematisiert sowie die geringen Ressourcen der Eltern bei der Unterstützung ihrer Kinder angeführt. Aber auch Vorverurteilungen spielen nach Meinung vieler Experten in dem Sinne eine Rolle, dass es Kindern aus sozial schwachem Milieu oftmals kaum zugetraut wird, gute Leistungen zu erzielen.

Wesentlich für die geringeren Bildungschancen ist nach Ansicht vieler Experten – das wurde in drei der vier Untersuchungsquartiere sehr deutlich – auch das Gefühl von Perspektivlosigkeit, das besonders die Gruppe der benachteiligten Jugendlichen charakterisiert. Angesichts der schwierigen Arbeitsmarktsituation und mangelnder schulischer oder beruflicher Erfolgsgeschichten im Nahraum, sei es in der Schule, im Freundeskreis oder in der Familie, werden, so wird es häufig beschrieben, wenig positive Perspektiven für das eigene schulische oder berufliche Weiterkommen sichtbar. Hier zeigen sich nach Ansicht der Experten deutliche Quartierseffekte auf das Selbstbewusstsein und damit auch auf die Ambitionen der Jugendlichen. Dies wurde für den Anger nicht bestätigt, vermutlich aufgrund des deutlich entspannteren lokalen Arbeitsmarkts. Die Experten in La Noë, Lille-Sud und im Reuterkiez berichten davon, dass viele der Jugendlichen sehr frustriert seien und es ihnen zunehmend schwerfalle, Motivation für Lernen und Anstrengung aufzubringen. Hinzu käme der Effekt der Stigmatisierung, mit dem sich viele Kinder und Jugendliche in den Quartieren auseinandersetzen müssen und der das Gefühl verstärkt, dass man ihnen nichts zutraut und sie ohnehin keine Chance haben.

So zeigt die Untersuchung, dass negative Effekte der sozialen Zusammensetzung der Quartiersbevölkerung insbesondere an den lokalen Schulen vermutet werden. Diese sind laut Experten zugleich einer der entscheidenden „Motoren“ sozialer Segregation, da Qualität und Reputation lokaler Schulen in Deutschland wie in Frankreich einen wesentlichen Standortfaktor für mittlere und höhere Einkommensklassen darstellen und so entscheidende Bedeutung für die weitere Quartiersentwicklung besitzen. Dabei ist dieser Zusammenhang in beiden Ländern unterschiedlich nuanciert: Während in Deutschland der selektiven Mobilität von Familien bei Schuleintritt ihrer Kinder eine entscheidende Rolle für die weitere soziale Entmischung benachteiligter Quartiere zugesprochen wird, spielt dies in Frankreich angesichts des

großen Angebots an Privatschulen und der seit einiger Zeit gelockerten Bindung an Schuleinzugsbereiche eine untergeordnete Rolle. Dort geht es vielmehr darum, die betreffenden Quartiere im Rahmen aktueller politischer Strategien der sozialen Mischung für mittlere Einkommensgruppen attraktiv zu machen. Und hier ist die Qualität der lokalen Schulen ein entscheidendes Kriterium der Standortwahl.

Der deutsch-französische Vergleich zur Bedeutung von Quartierseffekten im Bereich Sozialisation zeigt deutliche Unterschiede bei der Einschätzung von Sozialisationseffekten hinsichtlich der Entstehung ungünstiger Normen oder Verhaltensweisen. So werden negative Effekte des Lebens im Quartier im Sinne einer *citéspezifischen* Jugendkultur in La Noë sehr stark thematisiert. Hier werden die Jugendlichen oft als Bestandteil einer eigenen Welt betrachtet, in der Regeln und Wertvorstellungen gelten, die mit dem Rest der französischen Gesellschaft unvereinbar sind und die den Jugendlichen beim sozialen und beruflichen Weiterkommen im Wege stehen. Den Jugendlichen wird ein spezifischer Habitus zugeschrieben, der über eine spezielle Ausdrucksweise und Gestik bis hin zu devianten Orientierungen und Wertvorstellungen reicht. Dabei spielt nach Ansicht der meisten Experten die Stigmatisierung und Diskriminierung der Jugendlichen eine entscheidende Rolle, da konflikthafte Verhalten und die Ausbildung opponierender Wertvorstellungen meist als Reaktionen auf soziale Ausgrenzung gewertet werden. Dies wird in La Noë sehr generalisierend für alle Jugendlichen des Quartiers formuliert, in Lille-Sud nur für eine kleine Minderheit angenommen. In beiden Quartieren wird in diesem Zusammenhang befürchtet, dass die Kinder und Jugendlichen verstärkt dem Risiko ausgesetzt seien, in die Kriminalität abzugleiten. Deutlich wird v.a., dass die Experten in beiden Quartieren eine konflikthafte Beziehung zwischen den Jugendlichen und staatlichen und anderen Institutionen im Allgemeinen und der Polizei im Besonderen betonen. Letzteres wird insbesondere auf die Abschaffung der Nahbereichsbeamten und deren vermittelnde Rolle zurückgeführt.

In den deutschen Untersuchungsquartieren spielt die Debatte um negative Sozialisationseffekte hinsichtlich der Herausbildung ungünstiger Werte oder Verhalten in den Interviews keine Rolle. Im Anger wird diese Diskussion für die Jugendlichen gar nicht geführt bzw. im Einzelfall eher in anderen städtischen Quartieren verortet. Die Ergebnisse aus dem Reuterkiez stehen zu denen aus den französischen Untersuchungsquartieren sogar in einem auffälligen Kontrast: Hier wird die starke Orientierung eines großen Teils der Jugendlichen an traditionellen Lebensmodellen und der klassischen „Normalbiographie“ konstatiert. Das erweist sich laut einiger Experten insofern als problematisch, als diese für viele Jugendliche angesichts ihrer geringen Qualifikation und der aktuellen Arbeitsmarktsituation unerreichbar scheint und dies zu starker Frustration führen kann.

In drei der vier Fallstudien lassen sich nach Meinung der Experten negative Effekte aufgrund des schlechten Images der Quartiere konstatieren. Hier stellt der Erlanger Anger eine Ausnahme dar: Die umfassende Sanierung des Gebiets hatte nach Meinung der Experten deutlich

positive Effekte auf das ehemals negative Image und führte zu einer symbolischen Aufwertung des Quartiers. Dagegen beschreiben die Experten in den französischen Untersuchungsgebieten negative Effekte durch das Gebietsstigma in Form von direkter Diskriminierung auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie bei der Planung von Freizeitaktivitäten. Im Berliner Reuterkiez fanden sich keine Annahmen von Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt, es wurde aber deutlich, dass laut Experten viele der Jugendlichen mit solchen Diskriminierungen rechnen und das negative Gebietsimage insofern eine Belastung darstellt. Insbesondere die Jugendlichen der beiden französischen Untersuchungsquartiere haben, so schildern es die Experten, mit Vorurteilen zu kämpfen, mit denen ihnen vielerorts bewusst oder unbewusst begegnet wird, was v.a. für Migranten zu einer doppelten Benachteiligung führen kann. Es wird deutlich, dass die massive Stigmatisierung der Quartiere und die damit verbundene abwertende Reaktion von Außenstehenden eine große Herausforderung bzw. Belastung für die Jugendlichen darstellt. Dabei wird auch für den Reuterkiez thematisiert, dass diese Situation oftmals Einfluss auf das Selbstwertgefühl der Jugendlichen nehme.

#### *Zentrale Wirkungszusammenhänge der Entstehung von Quartierseffekten*

Hinsichtlich der Bedeutung des lokalen Wirkungskontexts für die Entstehung von Quartierseffekten lassen sich anhand der vier Fallstudien einige interessante Zusammenhänge aufzeigen. So wurde v.a. in La Noë und Lille-Sud von den Experten berichtet, dass dichte soziale Netzwerke in der Nachbarschaft oftmals negative Effekte des Quartiers, die z.B. aus mangelnder Freiraumqualität, schlechter Anbindung oder Stigmatisierung für die Bewohner resultieren, ausgleichen bzw. abmildern und somit die Wohnzufriedenheit steigern. Soziales Kapital, welches sich aus diesen sozialen Netzwerken in Form von Unterstützung, Geselligkeit und emotionalen Rückhalt ergibt, stellen in diesem Zusammenhang laut Experten positive Quartierseffekte und damit eine große Ressource der Bewohner dar, so wie dies auch bereits Pan Ké Shon (2005) und Schnur (2003) dargelegt haben.

Die Expertenaussagen zum Erlanger Anger geben Aufschluss über den Wirkungszusammenhang zwischen dem sozioökonomischen Umfeld eines Quartiers und negativen Effekten im Bereich Stigmatisierung. So zeigen sich im Anger laut Experten keine negativen Effekte durch die Quartiersreputation, und das trotz der vergleichsweise sozioökonomischen Diskrepanz zum prosperierenden städtischen Umfeld. Dies steht im deutlichen Gegensatz zu Atkinsons und Kintreas Forschungsergebnissen zu schottischen Städten (Atkinson & Kintrea 2001). Die Kontrastierung des Angers mit einem vergleichsweise hohen Anteil einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen zur „reichen“ Reststadt spielt in den Interviews keine Rolle. Hier ist, so wird es in vielen Expertenaussagen deutlich, vielmehr die Existenz zweier anderer städtischer Quartiere mit einer überdurchschnittlichen Konzentration einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen von Bedeutung, die hinsichtlich ihrer Lage, der Wohn- und Wohnumfeldqualität und der Sozialstruktur als „problematischer“ gelten. Durch diese Möglichkeit des Vergleichs wird der Anger symbolisch aufgewertet.



In La Noë hingegen zeigt sich laut Experten, wie bei Atkinsons und Kintrea, ein deutlich negativer Einfluss der sozioökonomischen Diskrepanz zwischen dem Quartier und der Gemeinde Chanteloups auf Effekte des Quartiers im Bereich Stigmatisierung. Das starke Gebietsstigma steht nach Ansicht der Experten in engem Zusammenhang zur sozioökonomischen Zweiteilung der Gemeinde und deren städtebaulicher Manifestierung in das „reiche“ Chanteloup mit seinen Einfamilienhäusern einerseits und dem „Ghetto“ (so die Wortwahl vieler Experten) des sozialen Wohnungsbaus andererseits. Hinzu kommt der Umstand, dass La Noë auf der übergeordneten Ebene des Departements eines von relativ wenigen, gleichwohl bekannteren „städtischen Problemvierteln“ ist. Hier zeigt sich, dass die Experten – obwohl in der Hauptstadtregion zahlreiche Quartiere mit vergleichbaren oder sogar massiveren städtebaulichen und sozialen Problemen existieren – die Diskrepanz zum näheren städtischen Umfeld des Quartiers (in diesem Fall Kommune und Departement) als entscheidenden Faktor für die symbolische Einordnung des Quartiers betrachten und dass dies ihrer Meinung nach zu massiven negativen Effekten im Bereich der Stigmatisierung beiträgt.

In Lille-Sud wird, ähnlich wie im Anger, der starken sozioökonomischen Diskrepanz zur eher reichen Gesamtstadt keine größere Bedeutung für die Entstehung von negativen Quartierseffekten beigemessen. So deutet laut Experten nichts darauf hin, dass das Leben in einem ärmeren Quartier hier tatsächlich belastender und stigmatisierender empfunden wird. Sicherlich spielt hier die polyzentrische Struktur der Agglomeration eine Rolle, die von der Existenz mehrerer benachteiligter Quartiere bzw. Kommunen geprägt ist. Dies könnte dazu beitragen, dass negative Effekte, die durch den Kontrast zur Stadt Lille entstehen könnten, abgemildert werden. Auch im Berliner Reuterkiez spielen Bezüge zum sozioökonomischen Kontext der Gesamtstadt keine Rolle bei der Thematisierung von Effekten im Bereich Stigmatisierung. Es ist nach Ansicht einiger Experten anzunehmen, dass dies auch ein Effekt dessen ist, dass hier eine Reihe benachteiligter Stadtviertel existiert.

Für den Zusammenhang zwischen lokalem Kontext und der Entstehung von negativen Quartierseffekten im Bereich Symbolik erwies sich außerdem ein Aspekt für die drei Untersuchungsgebiete La Noë, Lille-Sud und Reuterkiez charakteristisch: In allen drei Quartieren wird das negative Image nach Meinung der Experten stark dadurch befördert, dass jedes der drei Quartiere überregionale Bekanntheit erlangt hat. Dies trug in allen drei Fällen dazu bei, das negative Gebietsstigma öffentlich zu zementieren und immer wieder abrufbar zu machen. Im Fall La Noë beförderte der Film *La Haine* mit starken Bildern die Bekanntheit des Quartiers als Inbegriff der französischen *cité* und förderte somit die Angst vor dem Gebiet und seinen Bewohnern bzw. deren Ablehnung. In Lille-Sud sind es die markanten Sozialwohnungsbauten *Les biscottes*, die auch Jahre nach ihrem Abriss das Image von Lille-Sud als Standort des hässlichen sozialen Wohnungsbaus prägen. Im Berliner Reuterkiez schließlich war es der so genannte „Brandbrief“ der Rütlichschule. Dieser gab zwar einerseits den Anstoß zu einer umfassenden Diskussion über die Bildungssituation in benachteiligten Quartieren und trug zu zahlreichen bildungspolitischen Interventionen im Gebiet bei, führte aber anderer-

seits dazu, das Image des Gebiets als Sinnbild für Integrations- und Bildungsprobleme in der Öffentlichkeit zu verbreiten. Hier werden die Symbolkraft visueller Eindrücke – sei es durch Film oder durch Architektur – bei der Zementierung eines Quartiersimages und der hohe Stellenwert bildungspolitischer Fragen bei der Diskussion um soziale Segregation deutlich.

Die Fallstudie des Reuterkiezes zeigt einen Weg betroffener Jugendlicher auf, sich mit dem schlechten Quartiersimage auseinanderzusetzen und dessen Auswirkungen, insbesondere auf das eigene Selbstwertgefühl, kreativ zum Positiven zu wenden. Hierbei spielt ein starker Territorialbezug der Jugendlichen eine Rolle, welcher sich in der symbolischen Referenz zum ehemaligen Postleitzahlenbezirk 44 manifestiert. Dieser ergibt sich aus der Konfrontation mit dem negativen Image Nord-Neuköllns, lässt sich aber auch als Abgrenzung zum Image des benachbarten Kreuzbergs (SO 36) begreifen. Neben dem starken Neukölln-Bezug sind Coolness, Rap und ein gewisses „Gangster-Image“ Bestandteil der lokalen Jugendkultur. Dabei wird der starke Territorialbezug von den Experten positiv betrachtet, nämlich im Sinne einer „kreativen Wendung“ des Negativimages ihres Stadtteils: Die Jugendlichen übernehmen im ersten Schritt das schlechte Image ihres Quartiers, um es dann durch aktive Auseinandersetzung „ins Coole“ zu transformieren und somit einer Herabwürdigung zu entgehen. So kann „44“ laut Experten als wirksame Strategie zur Steigerung der Gruppenzugehörigkeit und des Selbstwertgefühls betrachtet werden.

Auch in Lille-Sud existiert ein starker Territorialbezug, der hier allerdings stärker zur Entstehung negativer Quartierseffekte beiträgt. Hier berichten Experten von einigen Gruppen von Jugendlichen, die in Teilbereichen des Quartiers ein aggressives Territorialverhalten an den Tag legen, welches mit starken Belästigungen und Übergriffen auf andere Bewohner sowie auf Besucher einhergeht. Bei den Bewohnern führt die aggressive Dominanz dieser Jugendlichen im öffentlichen Raum laut Experten zu einer tiefen Verunsicherung, wobei in der Folge bestimmte Bereiche des Quartiers gefürchtet oder gar gemieden werden, so dass viele der Bewohner sich aus dem öffentlichen Raum gedrängt fühlen. Die Demonstration dieses Machtverhaltens eines Teils der jugendlichen Bewohner des Quartiers ist im lokalen Kontext durch mehrere Wirkungszusammenhänge charakterisiert: So wird diese im Fall Lille-Suds von den Experten zum einen als Reaktion auf die Aufstockung der Polizeipräsenz vor Ort und Protest gegen aktuelle Aufwertungsmaßnahmen im Gebiet interpretiert, zum anderen steht er ihrer Meinung nach in engem Zusammenhang zur Kleinteiligkeit des Quartiers, die das Territorialverhalten einzelner Gruppen von Jugendlichen befördert.

In La Noë wird von den Experten immer wieder ein übergeordneter Zusammenhang thematisiert, dem Einfluss auf nahezu alle negativen Quartierseffekte zugeschrieben wird. Dieser wird meist mit dem Bild einer Enklave (bzw. prozesshaft als *enclavement*) beschrieben, was auf die Abgeschlossenheit und Fremdheit des Quartiers abzielt und auch zur Charakterisierung vieler anderer Bereiche herangezogen wird: Das Bild der Enklave veranschaulicht in den Schilderungen Merkmale der Sozialstruktur der Bewohner, hinsichtlich derer sich das Quar-

tier deutlich von seiner Umgebung unterscheidet. Außerdem wird beispielsweise die schlechte Anbindung La Noës an seine Umgebung mit diesem Bild verdeutlicht. Auf städtebaulicher Ebene manifestiert sich im Bild des *enclavement* die bauliche Geschlossenheit des Quartiers und im Bereich der sozialen Beziehungen verweist es auf die vergleichsweise geringe Reichweite der Aktionsräume und Beziehungen insbesondere der Jugendlichen des Quartiers. Die Schulen des Quartiers werden vom Rest der Gemeinde gemieden und damit zur besonders betroffenen Zone des *enclavement*. Die Wahrnehmung der Jugendlichen und ihres Habitus ist laut Experten ebenfalls häufig davon betroffen, insofern ihre Zielstellungen und Orientierungen denen der Gesellschaft konträr gegenübergestellt werden. Nicht zuletzt berührt das Bild der Enklave die symbolische Ebene, wenn durch die einseitige Berichterstattung der Medien La Noë als eine Insel der Gefahr und des Verbrechens skizziert wird. In dem Bild der Enklave bei der Beschreibung des lokalen Kontexts von La Noë kommt die Fremdheit zum Ausdruck, die das Gebiet in vielerlei Hinsicht gegenüber seinem Umfeld auszeichnet bzw. die ihm zugeschrieben wird und die im Zusammenhang mit einer Vielzahl negativer Quartierseffekte im Gebiet von den Experten thematisiert wird.

#### *Quartierseffekte und Quartierspolitik*

Hinsichtlich der Beziehung zwischen dem Konzept der Quartierseffekte und sozialräumlich orientierten Ansätzen der Quartierspolitik, die sowohl in Frankreich als auch in Deutschland vielfach in die Praxis überführt werden, hat diese Arbeit zwei Fragestellungen verfolgt: Zum einen galt es zu überprüfen, welches Potential das Konzept der Quartierseffekte für integrierte Strategien der Quartierspolitik zu bieten hat, und zum anderen sollte untersucht werden, inwiefern die Quartierspolitik dazu geeignet ist, positive Effekte des Quartiers auf seine Bewohner zu stärken bzw. negative Effekte abzumildern.

Bezüglich der ersten Frage hat der deutsch-französische Vergleich der Quartierspolitik zunächst deutlich gemacht, dass sich die Zielstellungen der Quartierspolitik in den beiden Untersuchungsländern ähneln: Sowohl in Deutschland als auch in Frankreich geht es darum, die Lebenssituation der Bewohner in benachteiligten Stadtvierteln zu stabilisieren und Benachteiligungen, die für sie durch das Leben im Quartier bestehen, entgegenzuwirken. In beiden Ländern spielt dabei das Leitbild der sozialen Mischung eine Rolle. In Deutschland äußert sich dies insbesondere im § 171e (4) des Baugesetzbuchs, in dem die „Schaffung sozial stabiler Bevölkerungsgruppen“ im Rahmen des Programms *Soziale Stadt* angeregt wird. Allerdings kommt dem Leitbild der sozialen Mischung in Frankreich, wo zahlreiche Maßnahmen der französischen Wohnungs- und Quartierspolitik von der *mixité sociale* geprägt sind, ein deutlich höherer politischer Stellenwert zu. Dies lässt sich nicht zuletzt auf das ausgeprägte republikanische Selbstverständnis zurückführen, gemäß dem soziale Entmischungsprozesse tendenziell als Bedrohung der sozialen Kohäsion der französischen Gesellschaft verstanden werden.

Sowohl bei der Annahme von Quartierseffekten als auch bei politischen Interventionen auf Quartiersebene wird die Bedeutung des sozialräumlichen Kontexts für soziale Ausgrenzung hervorgehoben. Dabei kann die Annahme von Quartierseffekten als Verstärker oder Puffer von Marginalisierung im hohen Maße der Legitimierung sozialräumlicher Ansätze dienen, was insbesondere in Zeiten massiver Kürzungen der Bundesfinanzhilfen in Deutschland gar nicht genug betont werden kann. Hierbei sollte das Konzept der Quartierseffekte nicht als generalisierendes Argument gegen soziale Segregation bzw. für eine strikte Politik der sozialen Mischung ins Feld geführt werden. Die theoretische Auseinandersetzung mit dem Leitbild der sozialen Mischung hat deutlich gemacht, dass dieses stark ideologisch aufgeladen ist, und seine Umsetzung in der französischen Wohnungspolitik zeigt, dass die marginalisierten oder einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen durch einzelne Maßnahmen der *mixité sociale* eher Benachteiligungen erfahren. Zudem unterstreichen die Expertenaussagen in Lille-Sud das Problem, dass die soziale Mischung und damit verbundene Strategien der Aufwertung vor Ort von vielen Bewohnern sehr skeptisch betrachtet werden, weil die politische Rhetorik der sozialen Mischung nicht gerade zur Wertschätzung der lokalen Bevölkerung und insbesondere der einkommensschwachen Bewohner des Quartiers beizutragen vermag, sondern vielmehr eine stigmatisierende und abwertende Konnotation enthält.

Ein Plädoyer für das Konzept der Quartierseffekte stellt vor diesem Hintergrund *nicht* automatisch einem Plädoyer für das Leitbild soziale Mischung dar. Vielmehr zeigt sich, dass die Analyse des Zusammenhangs zwischen dem Quartierskontext und seiner Wirkung auf die Situation der Bewohner Aufschluss über Dynamiken und Entwicklungen im Quartier zu geben vermag, die helfen, die soziale Ungleichheit in ihrem lokalen Bedeutungszusammenhang zu erfassen. Politische Interventionen können so auf vorhandene Potentiale, Probleme und Zusammenhänge im Quartier abgestimmt werden. Auch wenn die Wirkungsbereiche und Analysekatégorien z.T. sehr umfassend sind und von daher zuweilen das Risiko einer additiven Darstellung besteht, kann die Priorisierung einzelner Quartierseffekte und ihrer lokalen Wirkungszusammenhänge eine geeignete Grundlage für die strategische Abstimmung der Schwerpunkte der Quartierspolitik darstellen. Und schließlich bietet sich das Konzept der Quartierseffekte auch dafür an, durchgeführte Maßnahmen der Quartierpolitik hinsichtlich ihrer Wirkung auf lokale Quartierseffekte zu überprüfen.

Hinsichtlich der Fragestellung, inwiefern Maßnahmen der Quartierspolitik dazu geeignet sind, negative Effekte des Quartiers auf seine Bewohner zu mildern bzw. positive Effekte zu stärken, wird im Rahmen aktueller Reformdiskussionen in Frankreich deutlich, dass die Zonierung der *politique de la ville* und die damit einhergehende „Geographie“ benachteiligter Stadtteile in hohem Maße zur Stigmatisierung der Gebiete beigetragen hat und damit zum unmittelbaren Verstärker negativer Quartierseffekte in diesem Bereich geworden ist. Dies hängt unmittelbar damit zusammen, dass an der Gebietsausweisung der *zones urbaines sensibles* seit 1996 unverändert festgehalten wurde, ohne dass Gebiete den Status einer ZUS jemals verlassen hätten. In Deutschland ist, gemäß den Ergebnissen bisheriger Evaluierungen,

eher davon auszugehen, dass der Stigmatisierung der Programmgebiete durch die Maßnahmen bislang entgegengewirkt werden konnte. Hier wird deutlich, dass die Frage nach Verstärigungsansätzen und -möglichkeiten, wie sie derzeit für die *Soziale Stadt* diskutiert wird, einen wichtigen Stellenwert für die weitere Wirkung der Quartierspolitik auf negative Effekte im Bereich der Stigmatisierung einnimmt.

Bisherige Evaluierungen der *politique de la ville* und des Programms *Soziale Stadt* haben gezeigt, dass sozialräumlich orientierte, integrative Ansätze der Quartierspolitik in hohem Maße dazu beitragen können, die Lebensqualität der Bewohner zu fördern und negative Quartierseffekte abzumildern. In Frankreich gilt das im besonderen Maße für aktuelle städtebauliche Maßnahmen, die im Rahmen des *Programme Nationale de Rénovation Urbaine* durchgeführt werden und das hohe Ausmaß negativer Effekte, die auf Lage, Ausstattung und Wohnumfeldqualität einiger Quartiere zurückzuführen sind, abmildern. Dies wurde auch in den beiden französischen Untersuchungsquartieren deutlich. In Deutschland zeigen sich insbesondere große Erfolge hinsichtlich der verbesserten Lebensqualität vieler Bewohner durch eine veränderte Stimmung bzw. Situationswahrnehmung im Gebiet und der Förderung von lokalem sozialem Kapital durch die Förderung von Aktivierung und Partizipation.

Die exemplarische Darstellung einzelner Strategien der Quartierspolitik in den Untersuchungsgebieten hat anhand vieler interessanter Beispiele aufgezeigt, wie einzelne Maßnahmen im lokalen Kontext dazu beitragen können, positive Quartierseffekte zu nutzen bzw. negative Quartierseffekte abzumildern. Besondere Potentiale zeigen sich hierbei im Fall von städtebaulichen Interventionen zur Abmilderung der Stigmatisierung und der Unterstützung der Wohnzufriedenheit der Bewohner. Aber auch im Bereich der Förderung und Unterstützung des lokalen sozialen Kapitals, welches durch Aktivierung, Partizipation und Vernetzung in den Quartieren existiert, lassen sich angesichts sozialräumlich orientierter Maßnahmen, wie sie die Fallstudien aufzeigen, vielversprechende Potentiale der Quartierspolitik feststellen. Eine der augenblicklich größten Herausforderung der Quartierspolitik stellen Strategien der Abmilderung lokaler Bildungs- bzw. Schuleffekte dar. Im Rahmen der Fallstudien konnte gezeigt werden, dass auch in diesem Bereich interessante Strategien der lokalen Quartierspolitik bestehen. Wenngleich in diesen Bereich substanzielle bildungspolitische Schritte zu gehen sind und ein langer Atem vonnöten ist, zeigt sich hier die große Bedeutung der lokalen Ebene zur Abmilderung negativer Schuleffekte.

In den nordamerikanischen Großstädten beruhten die politischen Implikationen des Konzepts der *neighborhood effects* v.a. auf Maßnahmen der Mobilitätsförderung. Und auch in Frankreich und im geringeren Maße in Deutschland wird der Frage nachgegangen, inwiefern die Förderung von Wohnmobilität oder Mobilitätskonzepte wie das *busing* Erfolg versprechende Maßnahmen gegen benachteiligende Wirkungen armer Quartiere darstellen. Hierzu sei angemerkt, dass die Erhaltung erschwinglichen Wohnraums für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen in allen städtischen Teilbereichen eine wesentliche Voraussetzung dafür ist,

dass es nicht zu weiteren sozialen Entmischungsprozessen kommt und die sozialräumliche Spaltung der Städte vorangetrieben wird.

Dennoch existieren m.E. einige ernst zu nehmende Vorbehalte dagegen, Mobilitätsförderung als zentrale politische Implikation der Annahme von Quartierseffekten zu betrachten. So lässt sich gegen Konzepte wie das *busing* einwenden, dass zum Wohnen in einem Quartier mehr gehört, als nur dort zu schlafen, nämlich die Nutzung der Einrichtungen und der Infrastruktur vor Ort und das Eingebundensein in sozialen Netzwerken, das hieraus resultiert. Nicht zuletzt legen die Fallstudien den hohen Wert dieser Netzwerke für die Förderung positiver Quartiers-effekte nahe. Und auch im Hinblick auf Konzepte zur Förderung von Wohnmobilität haben die Fallstudien gezeigt, dass die Wohnzufriedenheit in den Untersuchungsquartieren meist hoch ist. Die Bewohner des Reuterkiezes haben i.d.R. genauso wenig Interesse daran, nach Zehlendorf zu ziehen, wie die *sudistes*, die Bewohner von Lille-Sud, sich im *Vieux Lille* sehen. Insofern liegt m.E. der Schwerpunkt der politischen Schlussfolgerungen des Konzepts der Quartierseffekte auf der sinnvollen Abstimmung einer Quartierspolitik, die es sich *vor Ort* zur Aufgabe macht, negativen Effekten des Quartiers auf die Lebensqualität der Bewohner entgegenzuwirken und positive Effekte zu fördern.

Folgen sozialer Segregation sind vielgestaltig. Sie variieren je nach Quartierstyp, gesamtstädtischem Kontext, Bewohnern und Zeitpunkt. Das Konzept der Quartierseffekte bietet umfassende Kategorien, diese Vielgestaltigkeit abzubilden und die spezifischen Wirkungszusammenhänge in einzelnen städtischen Quartieren zu rekonstruieren. Hier liegen die Stärken des Konzepts und hier sollte seine konzeptionelle Weiterentwicklung anknüpfen.

## Literatur

- AEHNELT, R. et al. (2009): Soziale Ungleichheit und sozialräumliche Strukturen in deutschen Städten. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6: 405-413.
- AGENCE DE DEVELOPPEMENT ET D'URBANISME DE LILLE METROPOLE (2008): Les parcs de logements et leur occupation dans l'Aire Urbaine de Lille et sa zone d'influence. Lille.
- AILLAUD, E. (1978): Chanteloup-les-Vignes. Quartier La Noë. Paris.
- AITEC (2005): Regard sur la métropole lilloise. 12/2005.  
<http://base.d-p-h.info/en/fiches/dph/fiche-dph-6561.html> (12. März 2008).
- ALISCH, M. & DANGSCHAT, J. (1993): Die solidarische Stadt – Ursachen von Armut und Strategien für einen sozialen Ausgleich. Frankfurt am Main.
- AMT FÜR STATISTIK BERLIN-BRANDENBURG (2011): Bevölkerungsstruktur im "lebensweltlich orientierten Planungsraum" (LOR) Reuterkiez.  
<http://www.reuter-quartier.de/Mietenentwicklung.2126.0.html> (07. Juni 2012).
- ANDERSSON, E. (2004): From Valley of Sadness to Hill of Happiness – The Significance of Surroundings for Socio-economic Career. In: *Urban Studies Journal*, Vol. 41, No 3: 641-659.
- ANDERSSON, R. & MUSTERD, S. (2006): Employment, Social Mobility and Neighbourhood Effects: The Case of Sweden. In: *International Journal of Urban and Regional Research*. Volume 30, Issue 1: 120–140.
- ANDERSSON, R. & MUSTERD, S. (2005): Housing Mix, Social Mix, and Social Opportunities. In: *Urban Affairs Review* 6: 761-790.
- ANDRE, P. & HAMEL, G. (2009): Rapport fait à la demande de M. François Fillon, premier ministre sur la révision de la géographie prioritaire et la contractualisation de la politique de la ville. Une conception renouvelée de la politique de la ville: d'une logique de zonage à une logique de contractualisation. Paris.  
<http://i.ville.gouv.fr/reference/5466> (21. August 2012).
- ANRU (2011): Rapport 2011 du CES de l'ANRU: Les quartiers en mouvement: pour un acte 2 de la rénovation urbaine.  
<http://www.anru.fr/Rapport-2011-du-CES-de-l-ANRU-Les.html> (11. Februar 2012).
- ARGEBAU (2005): Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative "Soziale Stadt". Stand 29. August 2005.  
<http://www.sozialestadt.de/programm/grundlagen/> (21. Februar 2011).
- ARGEBAU (2000): Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative "Soziale Stadt". Zweite Fassung vom 01.03.2000. In: DIFU (2000): Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt, Bd. 3. Berlin: o. S. .  
[http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/arbeitspapiere/band3/3\\_argebau.phtml](http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen/arbeitspapiere/band3/3_argebau.phtml) (24. August 2007).
- ATKINSON, R. (2005): Neighborhoods and the Impacts of Social Mix: Crime, Tenure Diversification and Assisted Mobility. (Australia: University of Tasmania).
- ATKINSON, R. & KINTREA, K. (2004): Opportunities and Despair, It's All in There: Practitioner Experiences and Explanations of Area Effects and Life Chance. In: *Sociology* 3: 437-455.

- ATKINSON, R. & KINTREA, K. (2002): Area effects: what do they mean for British housing and regeneration policy? In: *European Journal of housing research*, 2/2, 147-166.
- ATKINSON, R. & KINTREA, K. (2001): Disentangling Area Effects: Evidence from Deprived and Non-deprived Neighbourhoods. In: *Urban Studies*, 38/12: 2277-2298.
- AULETTA, K. (1982): *The Underclass*. New York.
- AVENEL, C. (2007): *Sociologie des „quartiers sensibles“*. Paris.
- AVENEL, C. (2005): La mixité dans la ville et dans les grands ensembles. Entre mythe social et instrument politique. In: *Informations sociales*, Nr. 125, Paris: 62-71.
- BACH, U. (2004): Vom „etwas besseren“ Viertel zum multikulturellen Stadtteil. Zur Sozial- und Zeitgeschichte des Reuterquartiers. In: Bach, U. & Hühe, C. (eds.): *Wo Neukölln auf Kreuzberg trifft. Das Reuterquartier im Wandel*. Berlin: 13-20.
- BACQUE, M. H. & FOL, S. (2005): La mixité comme injonction politique. In: *Urban*, Nr. 340: 61-63.
- BAHRDT, H.P. (1961): *Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau*. Opladen.
- BBR (2009): *Karte der Städte und Gemeinden im Programm Soziale Stadt, Programmjahr 2010*.  
<http://www.sozialestadt.de/gebiete/karten/2010-karte.html> (20. Juni 2012).
- BECKER, H. et al. (2002): Drei Jahre Programm Soziale Stadt – eine ermutigende Zwischenbilanz. *Die Soziale Stadt. Eine erste Bilanz des Bund-Länder Programms Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt*. D. I. f. Urbanistik. Berlin: 12-51.
- BECKER, H. et al. (2001): Integriertes Handlungskonzept. Steuerungs- und Koordinierungsinstrument für die soziale Stadtteilentwicklung. In: *Soziale Stadt Info*, Nr. 6: 2-6.
- BELMESSOUS, H. (2005): "La mixité sociale: une idée vraiment génèreuse?". In: *Urbanisme*, Nr. 340 : 44-45.
- BERNDT, H. (1961): *Das Gesellschaftsbild bei Stadtplanern*. Stuttgart.
- BEYME VON, K. (1999): Wohnen und Politik. In: Flagge, I. (ed.): *Geschichte des Wohnens*. Band 5. Von 1945 bis heute. Aufbau-Neubau-Umbau. Stuttgart: 81-152.
- BLASIUS, J., FRIEDRICHS, F. & KLÖCKNER, J. (2008): *Doppelt benachteiligt? Leben in einem deutsch-türkischen Stadtteil*. Wiesbaden.
- BLASIUS, J. & FRIEDRICHS, J. (2000): *Leben in benachteiligten Wohngebieten*. Opladen.
- BMBAU (Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau) (1994): *Großwohnsiedlungsbericht*. Bonn.
- BMVBS (o. J.): *Stadtumbau Ost. Praxis*.  
[http://www.bbr.bund.de/cln\\_032/nn\\_512358/StBauF/DE/StadtumbauOst/Praxis](http://www.bbr.bund.de/cln_032/nn_512358/StBauF/DE/StadtumbauOst/Praxis)  
 (06. Juni 2012).
- BMVBS (2010): *Neue Herausforderungen im Stadtumbau. 4. Statusbericht der Bundestransferstelle Stadtumbau Ost*. Berlin.
- BMVBS & BBSR (eds.) (2010): *Stadtumbau West – Eine Zwischenbilanz. Statusbericht der Bundestransferstelle Stadtumbau West*. Berlin.



- BMVBS & BBR (eds.) (2008): Stadtumbau in 16 Pilotstädten – Bilanz im ExWoSt-Forschungsfeld Stadtumbau West. Bonn/Oldenburg.
- BOGNER, A. & MENZ, W. (2005). Das theoriegenerierende Experteninterview. Erkenntnisinteresse, Wissensformen, Interaktion. In: Bogner, M., Littig B. & Menz, W. (eds.), Das Experteninterview – Theorie, Methode, Anwendung. Wiesbaden: 33-70.
- BOLSTER, A. et al. (2004): Neighbourhoods, Households and Income Dynamics: A semi-parametric investigation of Neighbourhood Effects. Bristol.  
<http://ideas.repec.org/p/cpr/ceprdp/4611.html> (02. August 2005).
- BORDREUIL, J.-S. (1997): Les gens de la cité n'ont rien d'exceptionnel. In: En marge de la ville, au coeur de la société: ces quartiers dont on parle. Paris.
- BORST, R. & KRÄTKE, S. (1993): Stadt der Inseln. Die sozialräumliche Ausdifferenzierung „metropolitaner“ Stadtregionen. In: SPV. Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft 72: 22-31.
- BOURDIEU, P. 1991: Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum. In: Wentz, M. (ed.): Stadt-Räume. Die Zukunft des Städtischen. Frankfurt am Main: 25-34.
- BOUZINA, L. & MIGNOT, D. (2007): Les disparités intercommunales s'accroissent en France, quelle que soit l'échelle d'observation, Constructif n18.  
[http://www.constructif.fr/Article\\_36\\_60\\_435/Les\\_disparites\\_entre\\_communes\\_augmentent.html](http://www.constructif.fr/Article_36_60_435/Les_disparites_entre_communes_augmentent.html) (07. September 2011).
- BRAILICH, A., GERMES, M., SCHIRMEL, H., GLASZE, G. & PÜTZ, R. (2008): Die diskursive Konstitution von Großwohnsiedlungen in Deutschland, Frankreich und Polen. In: Europa Regional, Band 16, Heft 3, 2008: 113-128.
- BRANDENBURGISCHE STADTERNEUERUNGSGESELLSCHAFT MBH (2011): Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept des Quartiersmanagements Reuterplatz 2012.  
[http://www.reuter-quartier.de/uploads/media/Handlungskonzept\\_2012.pdf](http://www.reuter-quartier.de/uploads/media/Handlungskonzept_2012.pdf) (20. August 2012).
- BRANDENBURGISCHE STADTERNEUERUNGSGESELLSCHAFT MBH (2010): QM Reuterplatz Integriertes Handlungs- und Entwicklungskonzept 2011. Berlin.  
<http://www.reuter-quartier.de/Downloadbereich.1573.0.html> (12. August 2011).
- BRÄNNSTRÖM, L. (2004): Poor Places, Poor Prospects? Counterfactual Models of Neighbourhood Effects on Social Exclusion in Stockholm, Sweden. In: Urban Studies, 41/13: 2515-2537.
- BRECKNER, I. et al. (1998): Armut im Reichtum: Erscheinungsformen, Ursachen und Handlungsstrategien in ausgewählten Großstädten der Bundesrepublik. Bochum.
- BREHM, P. & GESTRING, N. (1997): Urban Underclass – neue Formen der Ausgrenzung auch in deutschen Städten? In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 106, 27. Jg. 1997, Nr.1: 55-76.
- BRIANT, P. (2010): Les inégalités face au coût du logement se sont creusées entre 1996 et 2006. In: INSEE (ed): France, portrait social - édition 2010 : 1-15.  
[http://www.insee.fr/fr/ffc/docs\\_ffc/ref/FPORSOC10H.pdf](http://www.insee.fr/fr/ffc/docs_ffc/ref/FPORSOC10H.pdf) (24. März 2012).
- BRUN, J. (1994): Essai critique sur la notion de ségrégation et son usage en géographie urbaine. In: Brun, J. & Rhein, C. (eds.): La ségrégation dans la ville. Paris: 21-57.

- BUCK, N. (2001): Identifying Neighbourhood Effects on Social Exclusion. In: *Urban Studies*, 38/12: 2251-2275.
- BUDNICK, B. (2011): A door to opportunity? Comparing Programm Design and Outcomes of three Residential Policies in the U.S. In: *Midwest Journal of Undergraduate Research*: 39-83.
- BUNDESREGIERUNG (2008): Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.  
<http://www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/forschungsbericht-der-3-armuts-und-reichtumsbericht-der-bundesregierung.html> (24. August 2012).
- BURGESS, E.W. (1928): Residential Segregation in American Cities. In: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science* 140: 105-115.
- CACHEUX, D. (2010): Lille Sud – un quartier tout neuf pour ses 150 ans. In: Helleboid et al. (eds.): *Lille-Sud Entre [VUES]*. Lille: 58-61.
- CACHEUX, A. (2002). Le logement locatif social. Rapport au Premier Ministre de Monsieur Alain Cacheux, député du Nord. Paris.
- CALLIES, O. (2003): Nachbarschaft als Abseitsfalle? Junge Arbeitslose und ihr Wohnviertel. Hamburg.
- CARPENTER, J. & LEES, L. (1995): Gentrification in New York, London and Paris: An International Comparison. In: *International Journal of Urban and Regional Research*, 19,2: 286 -303.
- CASTEL, R. (2003): *L'Insécurité sociale. Qu'est-ce qu' être protégé?* Paris.
- CENTRE D'ANALYSE STRATEGIQUE (2011): Des “effets de quartier” à la politique de la ville. Perspectives internationales. La Note d'Analyse. Nr. 249, novembre.
- CHANAL, M. & UHRY, M. (2004): Contre la mixité social. In: *Territoires*. Nr. 450 : 29-31.
- CHANTELOUP-LES-VIGNES (2007): Contrat urbain de cohésion sociale de Chanteloup-les-Vignes 2007-2009.  
<http://www.sig.ville.gouv.fr/documents/cucs/CS1194.pdf> (25. März 2009).
- CHARLOT S., et al (2006): Périurbanisation, ségrégation spatiale et accès aux services publics. Rapport final de la consultation de Recherche ‘Polarisation sociale de l’urbain et services publics 2004-2006, Ministère de l’Équipement, des transports, de l’Aménagement du territoire, du Tourisme et de la Mer, Direction générale de l’urbanisme de l’habitat et de la construction, Plan Urbanisme Construction Architecture. Paris.
- CHOFFEL, P. & DELATTRE, E. (2003): Habiter un quartier défavorisé: quels effets sur la durée de chômage? In: *Premières Synthèses, Premières Informations*, n. 43.1:1-8.
- CIV (2009): Géographie prioritaire des Cucs. Quartiers prioritaires des Contrats urbains de cohésion sociale.  
<http://sig.ville.gouv.fr/page/13/geographie-prioritaire-des-cucs> (20. August 2012).
- COLEMAN, J. (1988): Social Capital in the Creation of Human Capital. In: *American Journal of Sociology*, 94 Supplement: 95-120.
- COMMISSION POU LA LIBÉRATION DE LA CROISSANCE FRANCAISE (2010): Une ambition pour dix ans. Une mobilisation générale pour libérer la croissance et donner un avenir aux générations futures. Rapport. La documentation française. Paris.

- COUPPIÉ et al. (2010): Lieu de résidence et discrimination salariale: le cas des jeunes habitant dans une zone urbaine sensible. In: Économie et Statistique, n. 433–434: 47-70.
- COUR DES COMPTES (2002): La politique de la ville. Rapport public particulier. Paris.
- COY, A. (2003): Paris – aktuelle Entwicklungstendenzen und Ansätze der Stadterneuerung in einer europäischen Megastadt. In: Petermanns Geographische Mitteilungen, 147: 60-69.
- DÄHNER, S. et al (2001): Von der Traumwohnung zum Arbeiterschließfach. Kritik an der ‚Platte‘ in der DDR. Seminarbericht. HU Berlin Institut für Sozialwissenschaften. Berlin.  
[http://www.sowi.hu-berlin.de/lehrbereiche/.../al/.../Kritik\\_an\\_der\\_Platte.pdf](http://www.sowi.hu-berlin.de/lehrbereiche/.../al/.../Kritik_an_der_Platte.pdf)  
 (01. Oktober 2010).
- DANGSCHAT, J. S. (1998): Segregation. In: Häußermann, H. (ed.): Großstadt – Soziologische Stichworte. Opladen: 207-219.
- DEBRAND, T. (2003): Le Parc de logements HLM et ses habitants. (Obstacles à l'intégration sociale et moyens d'y remédier) Rapport du CAE, version provisoire.
- DELARUE, J.-M. (2001): Préface. In: Revue des Affaires Sociales, 102: 3-10.
- DESCHAMPS, E. (2002): Les pouvoirs préfectoraux de sanction et de substitution contre les communes défaillantes dans la réalisation des logements sociaux. Actualité juridique. In: Droit administratif. n. 3: 218-223.
- DESCHAMPS, E. (2001): La politique urbaine de logement: l'objectif de mixité sociale. In: Revue des Affaires Sociales n. 1024, janvier/mars: 82-97.
- DEUTSCHER LÄNDERKREISTAG (2011): Daten zur Entwicklung der Hartz IV-Empfängerzahlen.  
[http://www.kreise.de/\\_\\_cms1/presseforum/4/485-pressemitteilung-vom-1-maerz-2011.html](http://www.kreise.de/__cms1/presseforum/4/485-pressemitteilung-vom-1-maerz-2011.html) (08. November 2011).
- DEUTSCHER MIETERBUND (2012): Bis 2017 fehlen 825.000 Wohnungen. Pressemeldung vom 18.06.2012.  
[http://www.mieterbund.de/pressemitteilung.html&no\\_cache=1&tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=15115&cHash=027278eab2d841932a8d20d964dcf73e](http://www.mieterbund.de/pressemitteilung.html&no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=15115&cHash=027278eab2d841932a8d20d964dcf73e) (25. Juli 2012).
- DIFU (2008a): Statusbericht zum Programm Soziale Stadt. Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) vertreten durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR). Berlin.
- DIFU (2008b): Gutachten. Evaluierung des Bund-Länder-Programms Stadtumbau Ost. Berlin.  
<http://www.stadtumbau-ost.info/aktuelles/Evaluierungsbericht-klein.pdf>  
 (12. März 2012).
- DIFU (o. J.): Programm Soziale Stadt. Homepage der Bundestransferstelle.  
<http://www.sozialestadt.de/programm> (12. August 2011).
- DIV (2012): Contrats urbains de cohésion sociale (Cucs).  
<http://sig.ville.gouv.fr/page/45> (03. Februar 2012).
- DONZELOT, J. M., MEVEL, C. & WYVEKENS, A. (2002): De la fabrique sociale aux violences urbaines. In: Esprit, Dezember 2002 (L'Etat face à la demande de sécurité): 13-34.
- DONZELOT, J. (1999): La nouvelle question urbaine. In: Esprit, November 1999 (Quand la ville se défait.): 87-114.

- DUARTE, P. (2000): Les Représentations de la dévalorisation urbaine. In: Les annales de la recherche urbaine, 88: 30-38.
- DUBET, F. & LAPEYRONNIE, D. (1994): Im Aus der Vorstädte. Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft. Stuttgart.
- DUJARDIN, C. et al. (2008): Residential Segregation and Unemployment: The Case of Brussels. In: Urban Studies January 2008 45: 89-113.
- DUJARDIN, C. & GOFFRETTE-NAGOT, F. (2006): Neighborhood Effects, Public Housing and Unemployment in France. In: ERSA conference papers, ersa 06. European Regional Science Association.
- DURLAUF, S. (2004): Neighbourhood Effects. In: Henderson, J. V. & Thisse, J. F. (eds.): Handbook of Regional and Urban Economics, edition 1, volume 4, chapter 50, Elsevier: 2173-2242.  
<http://ideas.repec.org/p/wiw/wiwr/ersa06p362.html> (02. Oktober 2010).
- DURTH, W. (1999): Vom Überleben. Zwischen totalem Krieg und Währungsunion. In: Flagge, I. (ed.): Geschichte des Wohnens. Band 5. Von 1945 bis heute. Aufbau-Neubau-Umbau. Stuttgart: 17-80.
- ELLEN, I. & TURNER, M. (1997): Does neighborhood matter? Assessing recent evidence. In: Housing policy debate, V. 8, Issue 4: 833-866.
- EPSTEIN, R. & KIRSZBAUM, T. (2006): Après les émeutes, comment débattre de la politique de la ville? In: Regards sur l'actualité, Nr. 319: 39-50.
- EPSTEIN, R. (2005): Les politiques territoriales post-contractuelles: le cas de la rénovation urbaine. In: Politiques et Management Public, 23: 3-5.
- FAP (2011): Seizième rapport sur l'état du mal-logement en France. Paris.
- FARWICK, A. (2003): Segregierte Armut und soziale Benachteiligung. Zum Einfluss von Wohnquartieren auf die Dauer von Armutslagen. Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3/4: 175-185.
- FARWICK, A. (2001): Segregierte Armut in der Stadt: Ursachen und soziale Folgen der räumlichen Konzentration von Sozialhilfeempfängern. Opladen.
- FITZPATRICK, S. (2004): Poverty of place. Paper JRF Centenary Conference. Poverty and place: Policies for Tomorrow. York.
- FONDATION ABBÉ PIERRE (2010): Rapport mal-logement 2010. Paris.
- FRIBOURG, A.-M. (2006): Évolution des politiques du logement en France. In: Regards sur l'actualité, Nr. 320: 19-29.
- FRIEDRICHS, J. (2003): Human Ecology in der Soziologie - Was ist geblieben? In: Serbser, W. (ed.): Humanökologie: Ursprünge – Trends – Zukünfte. Hamburg: 167-179.
- FRIEDRICHS, J. ET AL. (2003): Neighbourhood Effects on social opportunities: the European and American research and policy context. In: Housing Studies, 18/ 6: 797-806.
- FRIEDRICHS, J. & TRIEMER, S. (2000): Gespaltene Städte?: Soziale und ethnische Segregation in deutschen Großstädten. Wiesbaden.
- FRIEDRICHS, J. & KECSKES, R. (1996): Gentrification. Theorie und Forschungsergebnisse. Opladen.
- GANS, H. J. (1995): The Underclass and Antipoverty Policy. New York.

- GANS, H.J. (1961): The Balanced Community. Homogeneity or Heterogeneity in Residential Areas? In: Journal of the American Institute of Planners, Vol. 27, No. 3: 176-184.
- GASCHET, F. & LE GALLO (2005): The Spatial Dimension Of Segregation – A Case Study In Four French Urban Areas, 1990-1999. ERSa conference paper, N. 05: 705.  
<http://www.sre.wu-wien.ac.at/ersa/ersaconfs/ersa05/papers/704.pdf>  
 (07. Dezember 2011).
- GEBHARDT, D. (2000): Gefährlich fremde Orte – Ghetto-Diskurse in Berlin und Marseille. Diplomarbeit, Geographisches Institut der Humboldt-Universität zu Berlin. Berlin.
- GEWOBAU ERLANGEN (2010): 60 Jahre GEWOBAU Erlangen. Baustein Erlanger Siedlungsgeschichte. Erlangen.
- GGFA (2010): Sachstandsbericht GGFA ÄöR. Jobcenter Erlangen – Stadt Erlangen Jahresbericht 2010.  
[http://ratsinfo.erlangen.de/bi/vo0050.php?\\_\\_kvonr=2121517](http://ratsinfo.erlangen.de/bi/vo0050.php?__kvonr=2121517) (14. Februar 2012).
- GIBLIN, B. (2009): Dictionnaire des banlieues. Paris.
- GILBERT, P. (2011): «Ghetto», «relégation», «effets de quartier». Critique d'une représentation des cités. In: Métropolitiques 09/02/2011.  
<http://www.metropolitiques.eu/Ghetto-relegation-effets-de.html> (05. Januar 2012).
- GLASZE, G. & WEBER, F. (2010): Drei Jahrzehnte area-basierte Stadtpolitik in Frankreich: Die Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme mittels raumorientierter Ansätze? In: Raumforschung und Raumordnung 68: 459-470.
- GLENNESTER, H. et al. (1999): Poverty, Social Exclusion and Neighbourhood: Studying the area bases of social exclusion. CASEpaper 22/1999, London.  
<http://ideas.repec.org/p/cep/sticas/22.html> (19. August 2005).
- GOEBEL, J, GORNIG, M & HÄUSSERMANN, H. (2010): Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert. Wochenbericht des DIW 77 (24): 2–8.  
<http://www.diw.de> (05. November 2010).
- GOERING, J. et al. (2002): A Cross-Site Analysis of Initial Moving to Opportunity Demonstration Results. In: Journal of Housing Research 13, no. 1: 1-30.
- GOULARD, F. & PUPPONI, F. (2010): Rapport d'information (n 2853) du 21 octobre 2010 sur l'évaluation des aides aux quartiers défavorisés.  
<http://www.assemblee-nationale.fr/13/rap-info/i3969.asp> (20. August 2012).
- GOUX, D. & MAURIN, E. (2007): Close Neighbours Matter: Neighbourhood Effects on Early Performance at School. In: Economic Journal, Royal Economic Society, vol. 117(523): 1193-1215.
- GÜNTNER, S. & WALTHER, U.J. (2011): Zurück auf Los? Das Programm Soziale Stadt in seinem zweiten Jahrzehnt, in: vhw Forum Stadtentwicklung 1/2011: 15-18.
- HAFNER, S. (2006): Wie aus Großwohnsiedlungen Ghettos werden. Beiträge zur Entschlüsselung der Produktionsmechanismen von Gegenorten. In: Flitner, M. & Lossau, J. (eds.): Themenorte. Münster: 75-90.
- HANNEMANN, C. (2005): Die Platte. Industrialisierter Wohnungsbau in der DDR. Berlin.
- HANNEMANN, C. & BERGER, O. (2000): Historischer Abriss zu wesentlichen Entwicklungslinien städtischen Wohnens in Deutschland seit 1945. Unv. Manuskript.
- HARLANDER, T. (2000): Leitbild soziale Mischung. In: Die alte Stadt, Heft 2: 97-113.

- HARLANDER, T. (1999): Wohnen und Stadtentwicklung. In: Flagge, I. (ed.), Geschichte des Wohnens. Band 5, Von 1945 bis heute, Aufbau - Neubau - Umbau, Stuttgart: 233-418.
- HARLANDER, T. (1998): Stadtplanung und Stadtentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland: Entwicklungsphasen seit 1945. In: DISP, Nr. 132: 1- 9.
- HÄUSSERMANN, H. (2011): „Die Zeit von Bibliotheken für Mädchen mit Migrationshintergrund ist vorbei!“ Zu den Folgen der Mittelkürzungen im Programm Soziale Stadt. In: VHW, FWS 1, Januar/Februar 2011: 19-23.
- HÄUSSERMANN, H. et al. (2008): Stadtpolitik. Frankfurt am Main.
- HÄUSSERMANN, H. (2007): Effekte der Segregation. In: vhw Forum Wohneigentum 5 (Okt.-Nov. 2007): 234-240.
- HÄUSSERMANN, H. (2003): Armut in der Großstadt. Die Stadtstruktur verstärkt soziale Ungleichheit. In: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (ed.) (2003): Informationen zur Raumentwicklung; Heft 3/4: 143–157.
- HÄUSSERMANN, H. (2000): Die Krise der „sozialen Stadt“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B. 10-11: 13-21.
- HÄUSSERMANN, H. & KAPPAN, A. (2000): Berlin: von der geteilten zur gespaltenen Stadt? Sozialer Wandel seit 1990. Opladen.
- HÄUSSERMANN, H. & KAPPAN, A. (1998): Sozialorientierte Stadtentwicklung. Gutachten im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie. Berlin 1998
- HÄUSSERMANN, H. & SIEBEL, W. (2004): Stadtsoziologie. Eine Einführung. Frankfurt am Main/New York.
- HÄUSSERMANN, H. & SIEBEL, W. (1987): Neue Urbanität. Frankfurt am Main.
- HAUTE COMITÉ POUR LE LOGEMENT DES PERSONNES DÉFAVORISÉES (2002): Vers un droit au logement opposable. 8ième rapport du Haut Comité pour le logement des personnes défavorisées.  
<http://www.equipement.gouv.fr/rapports/home.htm> (26. September 2003).
- HEITMEYER, W. (2012): Deutsche Zustände. Folge 9. Berlin.
- HEITMEYER, W. & ANHUT, R. (eds.) (2000): Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Einleitung. Weinheim/München.
- HENGSBACH, F. & MÖHRING-HESSE, M. (1996): Solidarität in der Krise. In: Eure Armut kotzt uns an! Solidarität in der Krise. Frankfurt am Main: 7-19.
- HOLM, A. (2006): Der Ausstieg des Staates aus der Wohnungspolitik. Tagungsbericht.  
[http:// www.kopofo-nrw.de/fileadmin/.../Tagung\\_Wohnungsbau\\_holm.pdf](http://www.kopofo-nrw.de/fileadmin/.../Tagung_Wohnungsbau_holm.pdf)  
(11. August 2011).
- HÜGE, C. (2004): Zur Entstehung und Bebauungsgeschichte des Reuterquartiers. Ein Überblick. In: Bach, U. & Hühe, C. (eds.): Wo Neukölln auf Kreuzberg trifft. Das Reuterquartier im Wandel. Berlin: 4-12.
- IAURIF (2010): Paris Métropole. Le logement, un champ d'étude et d'action pour Paris Métropole  
[http://www.iauidf.fr/fileadmin/Etudes/etude\\_719/Paris\\_Metropole.\\_Le\\_logement.\\_1.\\_Etat\\_des\\_lieux.pdf](http://www.iauidf.fr/fileadmin/Etudes/etude_719/Paris_Metropole._Le_logement._1._Etat_des_lieux.pdf) (13. August 2011).

- IFS (2004): Die Soziale Stadt - Ergebnisse der Zwischenevaluierung. Die Bewertung des Bund-Länder-Programms "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt" nach vier Jahren Programmlaufzeit. Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, vertreten durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Berlin.
- IHK Berlin (2010): Berliner Wirtschaft in Zahlen. Ausgabe 2010.  
<http://www.ihk-berlin.de/standortpolitik/ZahlenundFakten/> (06. Juni 2011).
- INSEE (2000): Données des recensements de la population de 1990 et 1999. Fiches profil – Quartiers de la politique de la ville.  
<http://www.insee.fr/fr/ppp/bases-de-donnees/donnees-detaillees/duicq/accueil.asp?page=doc/histomaj.htm> (23. Januar 2008).
- INVESTITIONSBANK BERLIN (2010): Wohnungsmarktbericht 2010.  
[http://www.ibb.de/portaldata/1/resources/content/download/ibb\\_service/publikationen/IBB\\_Wohnungsmarktbericht\\_2010.pdf](http://www.ibb.de/portaldata/1/resources/content/download/ibb_service/publikationen/IBB_Wohnungsmarktbericht_2010.pdf) (09. August 2011).
- ISSEHNANE, S. & SARI, F. (2010): Effets contextuels et effets de pairs: Quelles conséquences sur la réussite scolaire? Document de Travail, n 125, CEE.
- JAILLET, M.-C. (1999): Peut-on parler de sécession urbaine à propos des villes européennes? In: Esprit 258 (Quand la ville se défait.): 62-86.
- JAMET, S. (2007): Combating Poverty and Social. Exclusion in France. OECD Economics Department. Working Papers, No. 569, OECD Publishing.  
[http://www.oecd.org/eco/working\\_papers](http://www.oecd.org/eco/working_papers) (12. August 2012).
- JANSSEN, A. (2004): Es ist ne soziale Gegend. Benachteiligende Effekte in Migrantenvierteln? In: Walther, U. W. & Mensch, K (eds.): Armut und Ausgrenzung in der „Sozialen Stadt“. Konzepte und Rezepte auf dem Prüfstand. Darmstadt: 26-42.
- JENCKS, C., & MAYER, S. (1990): The Social Consequences of Growing Up in a Poor-Neighborhood. In Lynn, L. Jr. & Mc Geary, M. G. H. (eds.): Inner City Poverty in the United States, Washington, D.C.: 85-111.
- KAPPHAN et al. (2002): Sozialräumliche Segregation in der Stadt. Literaturbericht. Netzwerke im Stadtteil – Wissenschaftliche Begleitung E & C. München.
- KATZ, L. et al. (2005): Experimental Analysis of Neighborhood Effects. National Bureau of Economic Research.  
<http://www.nber.org/papers/w11577> (12. August 2012).
- KATZ, L. et al. (2001): Moving to Opportunity in Boston: early Results of a Randomized Mobility Experiment. In: Quarterly Journal of Economics. Mai: 601-654.
- KATZ, M. B. (ed.) (1993): The "Underclass" debate. Views from history. Princeton.
- KEIM, R. & NEEF, R. (2000): Ressourcen für das Leben im Problemquartier. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 10/11: 30-39.
- KEIM, R. (1999) Wohnungsmarkt und soziale Ungleichheit. Über die Entwicklung städtischer Polarisierungsprozesse. Boston, Berlin.
- KLAGGE, B. (2003): Städtische Armut und kleinräumige Segregation im Kontext wirtschaftlicher und demographischer Bedingungen – am Beispiel von Düsseldorf, Essen, Frankfurt, Hannover und Stuttgart. Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3-4: 161-173.

- KOMMISSION WOHNUNGSWIRTSCHAFTLICHER STRUKTURWANDEL IN DEN NEUEN LÄNDERN (2000): Bericht der Kommission.  
[http://www.schader-stiftung.de/docs/kommission\\_strukturwandel\\_bericht.pdf](http://www.schader-stiftung.de/docs/kommission_strukturwandel_bericht.pdf)  
 (05. Juni 2009).
- KOST, K. (1989): Großstadtfeindlichkeit und Kulturpessimismus als Stimulans für politische Geographie und Geopolitik bis 1945. In: *Erdkunde*, Band 43, Heft 3: 161-170.
- KRÄTKE, S. (1995): Stadt-Raum-Ökonomie. Einführung in aktuelle Problemfelder der Stadtökonomie und Wirtschaftsgeographie. Basel, Boston, Berlin.
- KRONAUER, M. & SIEBEL, W. (eds.) (2004): An den Rändern der Städte-Armut und Ausgrenzung. Opladen: 235-257.
- KRONAUER, M. & VOGEL, B. (2004): Erfahrung und Bewältigung von sozialer Ausgrenzung in der Großstadt: Was sind Quartierseffekte, was Lageeffekte? In: Häußermann, H. (ed.): An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung. Frankfurt am Main: 235-257.
- KRONAUER, M. (2002): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. Frankfurt am Main/New York.
- KÜHNE-BÜNING, L. et al. (1999): Zwischen Angebot und Nachfrage, zwischen Regulierung und Konjunktur. Die Entwicklung der Wohnungsmärkte in der Bundesrepublik 1949-1989/1990-1998. In: Flagge, I. (ed.): Geschichte des Wohnens. Band 5. Von 1945 bis heute. Aufbau-Neubau-Umbau. Stuttgart: 81-152.
- LACHARME, B. (2009): Focus - Augmentation des coûts du logement et ségrégation urbaine. In: *Informations sociales* 2009/5 (n 155): 100-101.  
<http://www.cairn.info/publications-de-Lacharme-Bernard--42643.htm>  
 (12. August 2012).
- LADD, B. (1999): Altstadterneuerung und Bürgerbewegung in den 1980er Jahren in der DDR. In: Barth, H. (ed.): Planen für das Kollektiv. Graue Reihe. Nr. 19. Erkner.
- LAMNEK, S. (1995): Qualitative Sozialforschung. Bd. 2, Methoden und Techniken. 3. Aufl., Weinheim.
- LAPEYRONNIE, D. (2009): Rassismus, städtische Räume und der Begriff des "Ghettos" in Frankreich. In: Ottersbach, M. (ed.): Jugendliche im Abseits. Zur Situation in französischen und deutschen marginalisierten Stadtquartieren. Wiesbaden: 21-50.
- LAPEYRONNIE, D. & LOCH, D. (2007): Intégration et égalité des chances. In: *Allemagne d'aujourd'hui*, avril-juin 2007, No 180. Paris: 71-83.
- LE GALÈS, P. (2003): Le retour des villes européennes. Sociétés urbaines, mondialisation, gouvernement et gouvernance. Paris.
- LEIPZIG CHARTA ZUR NACHHALTIGEN EUROPÄISCHEN STADT (2007). Angenommen anlässlich des informellen Ministertreffens zur Stadtentwicklung und zum territorialen Zusammenhalt in Leipzig am 24./25. Mai 2007.  
<http://www.bmvbs.de/cae/servlet/contentblob/34480/publicationFile/518/leipzig-charta-zur-nachhaltigen-europaeischen-stadt-angenommen-am-24-mai-2007.pdf>  
 (20. Juni 2010).
- LE MONDE (2003): Logement: vaste plan de démolition des grands ensembles. Vom 19.06.03.  
[http://www.lemonde.fr/web/recherche\\_breve/1,13-0,37-808999,0.html](http://www.lemonde.fr/web/recherche_breve/1,13-0,37-808999,0.html)  
 (01. Februar.2004).



- LES AMIS DU PATRIMOINE DE LILLE-SUD (2010): Raconte-moi Lille-Sud. Lille.
- LEVENTHAL, T. & BROOKS-GUNN, J. (2003): The Early Impacts of Moving to Opportunity on Children and Youth in New York City. Washington, DC.
- LÉVI, F. (2007): Dégradation du lieu de vie, dégradation de soi. In: Institut des Villes (ed.): Villes, santé et développement durable. Paris: 337-380.
- LEWIS, O. (1961): Les enfants de la famille Sanchez. Autobiographie d'une famille mexicaine. Québec.
- LEWIS, O. (1959): Five Families; Mexican Case Studies The Culture Of Poverty. New York.
- LIENEMANN, N. (2011): Bilan et perspectives du Programme national de renouvellement urbain (action de l'ANRU). Les éditions des JOURNAUX OFFICIELS. Septembre. Paris.
- LOCH, D. (2009): 30 Jahre Politik der Stadt und kein Erfolg in Sicht? In: Ottersbach, M. (ed.): Jugendliche im Abseits. Zur Situation in französischen und deutschen marginalisierten Stadtquartieren. Wiesbaden: 245-267.
- LOUBIERE, A. (2005): Requiem pour la politique de la ville. In Urbanisme, 342 (mai-juin 2005): 14-15.
- LUPTON, R. (2003): „Neighbourhood Effects“: can we measure them and does it matter? CASEpaper 73, London.  
<http://ideas.repec.org/p/cep/sticas/73.html> (21. August 2005).
- MADORE, F. (2005): Retour sur la notion de mixité sociale en France. In: Urbanisme, Nr. 344: 83-84.
- MAIRES DE FRANCE (2005): Mixité social, concept, réalité ou utopie? In: Ders. (2005): Maires de France. Mars 2005. Préface: 39-50.
- MARCUSE, P. (2000): The New Urbanism – The Dangers so Far. In: disP, 140: 4-6.
- MARCUSE, P. (1989): 'Dual City: a muddy metaphor for a quartered city. In: International Journal of Urban and Regional Research, 13, no. 4, December: 697-708.
- MARPSAT, M. (1999): La modélisation des „effets de quartier“ aux Etats-Unis. Une revue des travaux récents. In: Population, 54/2: 303-330.
- MAURIN, E. (2005): La ségrégation territoriale en France, son évolution et ses principes. In: Urbanisme 340: 46-49.
- MAURIN, E. (2004): Le ghetto français. Enquête sur le séparatisme social. Paris.
- MCCULLOCH, A. (2001): Ward-level Deprivation and Individual Social and Economic Outcomes in the British Household Panel Study. In: Environment and Planning, 33: 667-684.
- MC KENZIE (1926): Konzepte der Sozialökologie. In: Atteslander, P. & Hamm, B. (ed): Materialien zur Siedlungssoziologie. Köln (1974): 101.112.
- MENDENHALL, R. et al. (2006): Neighborhood resources, racial segregation, and economic mobility: Results from the Gautreaux program. In: Social Science Research, 35 (4) : 892-923.
- MERCADAL, G. (1998): Intégration et logement social. In: Landrieu, L. ET AL. (1998): La ville éclatée. Paris: 265-271.

- MINISTERE DE LA VILLE (2011A): Le Conseil national des Villes (CNV). Beschreibung und Funktion des CNV auf der Homepage des Stadtministeriums.  
<http://www.ville.gouv.fr/?presentation,141> (21. August 2012).
- MINISTERE DE LA VILLE (2011b): Le Comite-Interministeriel-des-Villes CIV). Beschreibung und Funktion des CIV auf der Homepage des Stadtministeriums.  
<http://www.ville.gouv.fr/?comite-interministeriel-des-villes,126> (21. August 2012).
- MINISTERE DE LA VILLE (2011c): Organigramme du Secrétariat général à la Ville.  
<http://www.ville.gouv.fr/?organigramme,192> (21. August 2012).
- MINISTERE DELEGUE A LA VILLE (2012): L'ACSE, Agence nationale pour la Cohésion Sociale et l'Egalité des chances.  
<http://www.ville.gouv.fr/?acse,238> (20. Juli 2012).
- MOLENAT, X. (2007): Nos banlieues, sont – elles des ghettos? In: Sciences Humaines, N.178, Janvier: 42-43.
- MOLLENKOPF, J. & CASTELS, M. (1991): Restructuring New York. New York.
- MOYNIHAN, P. D. (1965): The Negro Family: The Case for National Action. Office of Planning and Research, United States Department of Labor.
- MURRAY, C. (1984): Losing Ground: American Social Policy 1950–1980. New York.
- MUSTERD, S. (2008): Residents' Views on Social Mix: Social Mix, Social Networks and Stigmatisation in Post-war Housing Estates in Europe. In: Urban Studies April, 45: 897-915.
- MUSTERD, S. & ANDERSSON, R. (2006): Employment, Social Mobility and Neighbourhood Effects: The case of Sweden. In: International Journal of Urban and Regional Research 30/1: 120-140.
- MUSTERD, S., OSTENDORF, W. & DE VOS, S. (2003): Neighbourhood effects and social mobility: a longitudinal analysis. In: Housing Studies, 18/6: 877-892.
- MYRDAL, G. (1963): Challenge to affluence. London.
- NEEF, R. & KEIM, R. (2007): Wir sind keine Sozialen. Marginalisierung und Ressourcen in deutschen und französischen Problemvierteln. Konstanz.
- NEUMANN, W. & KUKAWKA, P. (2005): Frankreich. Nationaler Kontext und Fallstudien. In: BBR (ed.) (2005): Stadtumbau in Europäischen Städten mit Strukturkrise. Anregungen aus 10 Städten. Bonn: 95-97.
- NIESZERY, A. (2007): Desegregationsstrategien in Frankreich: das Prinzip der sozialen Mischung im Kontext der französischen Stadt- und Wohnungspolitik. In: Meyer, F. (ed.): Wohnen - Arbeit - Zuwanderung. Stand und Perspektiven der Segregationsforschung. Beiträge zur europäischen Stadt- und Regionalforschung. Band 2: 229-245.
- NIESZERY, A. (2005): Projekt solidarische Stadt. Das französische Gesetz der städtischen Solidarität und Erneuerung als Strategie gegen die sozialräumliche Spaltung der Stadt. In: Geographische Arbeitsberichte des Geographischen Instituts der HU Berlin, Nr. 105. Berlin.
- OBERWITTLER, D. (2004): Stadtstruktur, Freundeskreise und Delinquenz. Eine Mehrebenenanalyse zu sozialökologischen Kontexteffekten auf schwere Jugenddelinquenz. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 43: 135-170.

- OBSERVATOIRE NATIONAL DE PAUVRETÉ ET DE L'EXCLUSION SOCIALE (2010):  
Bilan de 10 ans d'observation de la pauvreté et de l'exclusion sociale. A l'heure de la  
crise. Rapport 2009 – 2010  
[http://www.ladocumentationfrancaise.fr/var/storage/rapportspublics/104000099/0000.p  
df](http://www.ladocumentationfrancaise.fr/var/storage/rapportspublics/104000099/0000.pdf) (07. Dezember 2011).
- OBSERVATOIRE NATIONAL DE PAUVRETÉ ET DE L'EXCLUSION SOCIALE (2006):  
Le rapport de l'Oberservatoire National de Pauvrete et de l'exclusion sociale  
2005/2006.  
<http://www.onpes.gouv.fr/IMG/pdf/Rapport2005-2006.pdf> (07. Dezember 2011).
- OECD (2003): Urban Renaissance Studien: Berlin. Wege zu einer integrativen Strategie für  
sozialen Zusammenhalt und wirtschaftliche Entwicklung.  
[http://www.ibb.de/portaldata/1/resources/content/download/ibb\\_service/publikationen/  
OECD-Studie.pdf](http://www.ibb.de/portaldata/1/resources/content/download/ibb_service/publikationen/OECD-Studie.pdf) (12. August 2012).
- ONZUS (2011): Les quartiers de la politique de la ville.  
<http://www.onzus.fr/presentation/les-quartiers-de-la-politique-de-la-ville>  
(20. Mai 2012).
- ONZUS (2010): Rapport 2010 de l'Observatoire national des zones urbaines sensibles  
(ONZUS), décembre 2010. Paris.  
[http://i.ville.gouv.fr/reference/6538/rapport-2010-de-l-observatoire-national-des-zones-  
urbaines-sensibles-onzus-decembre-2010](http://i.ville.gouv.fr/reference/6538/rapport-2010-de-l-observatoire-national-des-zones-urbaines-sensibles-onzus-decembre-2010) (20. August 2012).
- PACQUOT, T. (2005): Utopie: uniformité sociale ou hétérogénéité. In: *Informations sociales*  
5/2005 (n. 125): 112-119  
<http://www.cairn.info/revue-informations-sociales-2005-5-page-112.htm>.  
(21. September 2011).
- PAN KÉ SHON, J.-L. (2007): Portrait statistique des zones urbaines sensibles. In: Informa-  
tions sociales, n 141: 24-32.
- PAN KE SHON, J.-L. (2005): La représentation des habitants de leur quartier: entre bien-être  
et repli. In: *Économie et statistique*, n 386: 1-33.
- PARK, R.E. (1926): Die Stadt als räumliche Struktur und als sittliche Ordnung. In: Atteslan-  
der, P. & Hamm, B. (ed): *Materialien zur Siedlungssoziologie*. Köln (1974):  
90-100.
- PEACH, C. (1996): Good segregation, bad segregation. In: *Planning Perspectives*, 11 (1996):  
379–398.
- PEACH, Ceri (1987): Immigration and Segregation in Western Europe since 1945. In: Glebe,  
G. & O' Loughlin (eds.): *Forein Minorities in Continental European Cities*. *Erdkundli-  
ches Wissen* H. 84, Stuttgart: 30-51.
- PIERER VON, H. (2007): Vorwort. In: *Stadt Erlangen (2007) (ed.): Erlangen will's wissen*.  
Eine wirtschaftliche Standortbestimmung. Erlangen: 3.  
[http://www.ihk-nuernberg.de/de/media/PDF/Regionale-IHK-Gremien/Erlangen-ndash-  
Eine-wissenschaftliche-Standortbestimmung.pdf](http://www.ihk-nuernberg.de/de/media/PDF/Regionale-IHK-Gremien/Erlangen-ndash-Eine-wissenschaftliche-Standortbestimmung.pdf) (12. Mai 2011).
- PLIETSCH, G. (2007): Die kleinräumige Verteilung der Leistungsempfänger in Erlangen. In:  
*Abteilung Statistik und Stadtforschung (ed.): Statistik aktuell. Vierteljahresbericht*  
02/2006. Erlangen: 1-  
[http://www.erlangen.de/de/Portaldata/1/Resources/080\\_stadtverwaltung/dokumente/stat  
istik/30S\\_b\\_vjb\\_2006\\_2.pdf](http://www.erlangen.de/de/Portaldata/1/Resources/080_stadtverwaltung/dokumente/statistik/30S_b_vjb_2006_2.pdf) (07. März 2011).

- POTT, A. (2002): Ethnizität und Raum im Aufstiegsprozeß – Eine Untersuchung zum Bildungsaufstieg in der zweiten türkischen Migrantengeneration. Opladen.
- PRÉTECEILLE, E. (2006): La ségrégation sociale a-t-elle augmenté ? La métropole parisienne entre polarisation et mixité. In: Sociétés contemporaines, n 62: 69-93.
- PRETECEILLE, E. (2003): La division sociale de l'espace francilien. [Research Report] Observatoire Sociologique du Changement - Sciences Po & CNRS.  
<https://hal.archives-ouvertes.fr/halshs-00130291/document> (03. April 2011).
- PUTNAM, R. D. & GOSS, K. (2001). Einleitung. In: Putnam, R. D. & Goss, K. (eds.). Gesellschaft und Gemeinnutz. Sozialkapital im internationalen Vergleich. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung: 15-43.
- PUTNAM, R. D. (1995): Bowling alone: Americas declining Social Capital. In: Journal of Democracy: 65-78.
- Quartiersmanagement Berlin (2012): QM Reuterplatz.  
<http://www.quartiersmanagement-berlin.de/Reuterplatz.108.0.html> (12. August 2012).
- RAULET, G. (2002): Bürger, Citoyenneté. Zur Problematik der französischen Citoyenneté. In: Kramann, B; Schmelling, M. (eds.): Unheimliche Ähnlichkeiten. Gesellschaft und Institutionen in Frankreich und Deutschland. Saarbrücken: 131-134.
- RHEIN, C. (1996): Social Segmentation and spatial polarisation in Greater Paris. In: O'Loughlin, J. et al. (1996): Social polarisation in postindustrial metropolises. Berlin: 45-70.
- RONNEBERGER, K., LANZ, S. & JAHN, W. (1999): Die Stadt als Beute. Bonn.
- ROSENBAUM, J. & DE LUCA, S. (2003): Do Blacks Prefer Integrated Neighborhoods? Testing Survey Opinions with Quasi-Experimental Residential Mobility Data." *Housing Policy Debate*, 14: 305-346.
- ROSENBAUM, J. et al. (2002): How Do Places matter? The Geographie of Opportunity, Self-efficacy and a look inside the Black Box of Residential Mobility. In: *Housing Studies*, 17/1: 71-82.
- ROSENBAUM, J. & DE LUCA, S. (2000): Is Housing Mobility the Key to Welfare Reform? Lessons from Chicago's Gautreaux Program. Brookings Institution Center on Urban and Metropolitan Policy Survey Series.
- RUDOLPH-CLEFF, A. (1996): Wohnungspolitik und Stadtentwicklung. Ein deutsch-französischer Vergleich. In.: Stadtforschung aktuell. Band 55. Basel.
- RUNKEL, P. & KIEPE, F. (2010): Der institutionelle Rahmen des Förderprogramms Soziale Stadt und sein Fortentwicklungsbedarf. In: Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung (ed.): Das Programm Soziale Stadt: Kluge Städtebauförderung für die Zukunft der Städte. WISO Diskurs. Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik.
- SARI, F. & CALAVREZO, O. (2009): From Unemployment To Work: An Econometric Analysis With Spatial Constraints. In: *International Journal for Quality research*. Vol.3, No. 1: 85-112.
- SARKISSIAN, W. (1976): The idea of social mix in town planning: A historical review. In: *Urban Studies* 13 (3): 231-246.
- SCHARENBERG, A. (2007): Kampfschauplatz Armut. Der Unterschichtendiskurs in den Vereinigten Staaten. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 2: 183-192.

- SCHICK, M. (2011): Gute Lage schützt doch vor Inflation. In: Finanzen.net. Juni 2011.  
<http://www.finanzen.net/nachricht/private-finanzen/Immobilien-Gute-Lage-schuetzt-doch-vor-Inflation-1173205> (05. Januar 2012).
- SCHIEBER, M. (2002): Erlangen. Eine illustrierte Geschichte der Stadt. München.
- SCHMIDT, C. (2010): Auswertungstechniken für Leitfadeninterviews. In: Friebertshäuser, B. et al. (eds.): Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft. München: 473-486.
- SCHNEIDERS, J. et al. (2003): Neighbourhood socioeconomic disadvantage and behavioural problems from late childhood into early adolescence. In: J. Epidemiol. Community Health, 57: 699-703.
- SCHNEIDER, J. & BAUERREISS, F. (1984): Die wirtschaftliche Entwicklung seit 1945. In: Wendehorst A. (ed.): Erlangen. Geschichte der Stadt in Darstellung und Bilddokumenten. Erlangen: 182-186.
- SCHNUR, O. (2008): Quartiersforschung im Überblick: Konzepte, Definitionen und aktuelle Perspektiven. In: Schnur, O. & Gebhardt, D. (eds.): Quartiersforschung zwischen Theorie und Praxis. Wiesbaden: 19-51.
- SCHNUR, O. (2003): Lokales Sozialkapital für die "soziale Stadt" - Politische Geographien sozialer Quartiersentwicklung am Beispiel Berlin-Moabit. Opladen.
- SENATSV ERWALTUNG FÜR GESUNDHEIT; UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ (2008): Grunda uswertung der Einschulungsdaten in Berlin 2008.  
[http://www.berlinsuchtpraevention.de/upload/studien/2009\\_Gesundheitsberichterstattung\\_g\\_Berlin\\_Einschulungsuntersuchungen\\_2008.pdf](http://www.berlinsuchtpraevention.de/upload/studien/2009_Gesundheitsberichterstattung_g_Berlin_Einschulungsuntersuchungen_2008.pdf) (25. August 2011).
- SENATSV ERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG UND UMWELT (2008): Stadterneuerung Neukölln - Aufgehobene Gebiete. Aufgehobenes Sanierungsgebiet Neukölln - Kottbusser Damm Ost.  
<http://www.stadtentwicklung.berlin.de/staedtebau/foerderprogramme/stadterneuerung/de/kottbusser/index.shtml> (12. August 2012).
- SENNETT, R. (1973): The Use of Disorder. Personal Identity and City life. Harmondsworth.
- SEU (2001): A New Commitement to Neighbourhood Reneval: National Strategy Action Plan. Cabinet Office: London.
- SHEBBA (Hg.) (1999): Violences urbaines. Paroles d'habitants (Documents de Travail). Paris.
- SIEBEL, W. (2000): Wesen und Zukunft der europäischen Stadt. In: DISP 141, 36. Jg., 2/2000: 28-34.
- SIG (2004): Indicateurs du SIG Ville.  
<http://sig.ville.gouv.fr/page/116/indicateurs-du-sig-ville> (25. August 2011).
- SIMMEL, G. (1903): Die Grosstädte und das Geistesleben. In: Die Grosstadt. Vorträge und Aufsätze zur Städteausstellung. In: Petermann, T. (ed.): Jahrbuch der Gehe-Stiftung Dresden, Band 9. Dresden: 185-206.
- SIMON, P. (2005): "La mesure de l'égalité: mixité sociale et discriminations. Les indicateurs statistiques et leur interprétation", in: Informations sociales, Nr. 125: 104-111.

- SPIEGEL (2012): Zahl der Sozialwohnungen sinkt dramatisch. Onlineartikel  
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/zahl-der-sozialwohnungen-sinkt-dramatisch-a-847784.html> (2. August 2012).
- STADTARCHIV ERLANGEN (o. J.): Erlanger Stadtlexikon. Onlineversion.  
<http://www.stadtlexikon.erlangen.de/start> (25. Juni 2011).
- STADT ERLANGEN (2011): Menschen in Erlangen. Statistische Informationen auf der Homepage der Stadt.  
<http://www.erlangen.de/de/desktopdefault.aspx/tabid-472> (06. Juni 2011).
- STADT ERLANGEN (2009a): Sozialbericht 2009 der Stadt Erlangen.  
[http://ratsinfo.erlangen.de/bi/vo0050.php?\\_\\_kvonr=2120414](http://ratsinfo.erlangen.de/bi/vo0050.php?__kvonr=2120414) (06. Juni 2011).
- STADT ERLANGEN (2009b): Wohnungsbericht 2008.  
[http://www.erlangen.de/Portaldata/1/Resources/030\\_leben\\_in\\_er/dokumente/amt61/611\\_B\\_Wohnungsbericht\\_Stadt\\_Erlangen\\_2008.pdf](http://www.erlangen.de/Portaldata/1/Resources/030_leben_in_er/dokumente/amt61/611_B_Wohnungsbericht_Stadt_Erlangen_2008.pdf) (05. Januar 2012).
- STADT ERLANGEN (2008a): Daten zu den Statistischen Bezirken.  
<http://www.erlangen.de/desktopdefault.aspx/tabid-509> (23. März 2010).
- STADT ERLANGEN (2007): Erlangen will's wissen. Eine wirtschaftliche Standortbestimmung. Erlangen.  
<http://www.ihk-nuernberg.de/de/media/PDF/Regionale-IHK-Gremien/Erlangen-ndash-Eine-wissenschaftliche-Standortbestimmung.pdf> (06. Juni 2011).
- STEBE, J.-M. (2002): *Le logement social en France*. Paris.
- STÉBÉ, J.-M. (1999): *La crise des banlieues*. Paris.
- STROHMEIER, K.P. (2006): *Segregation in den Städten*. Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik. Bonn.
- TALen, E. (1999): Sense of Community and Neighbourhood Form: An Assessment of the Social Doctrine of New Urbanism. In: *Urban Studies*, Juli, 36: 1361-1379.
- TELLIER, T. (2007): *Le temps des HLM 1945 – 1975. La saga urbaine des Trente Glorieuse*. Paris.
- TISSOT, S. (2007): *L'Etat et les Quartiers. Genèse d'une catégorie de l'action publique*. Paris.
- TISSOT, S. (2005): "Une „discrimination informelle“? Usages du concept de mixité sociale dans la gestion des attributions de logements HLM.", in: *Actes de la recherche en sciences sociales*, Nr. 159: 54-69.
- TISSOT, S. (2003): De l'emblème au problème. In: *Annales de la recherche urbaine* 93: 123-129.
- TOBIAS, G. & BOETTNER, J. (1992): Wenn die einfachsten Dinge schwierig werden. In: Dies.: (1992): *Von der Hand in den Mund*. Essen.
- TOPFSTEDT, T. (1999): Wohnen und Städtebau in der DDR. In: Flagge, I. (ed.): *Geschichte des Wohnens*. Band 5. Von 1945 bis heute. Aufbau-Neubau-Umbau. Stuttgart: 419-562.
- TOPOS (2012): *Sozialstrukturentwicklung in Nord-Neukölln*. Studie im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Berlin.  
[http://www.quartiersmanagement-berlin.de/fileadmin/content-media/Nachrichten/Neukoelln/2011/NNK\\_TOPOS\\_End.pdf](http://www.quartiersmanagement-berlin.de/fileadmin/content-media/Nachrichten/Neukoelln/2011/NNK_TOPOS_End.pdf) (23. Juni 2012).

- UNFOHLM (1989): Un siècle d'habitat social. Les chemins de la solidarité. Habitat et Société. Numéro Hors-Série, Dezember. Paris.
- UNION-HABITAT (2010): L'aggravation du taux d'effort réel des locataires. Compte rendu. <http://www.union-habitat.org/documentation> (21. September 2011).
- UNION SOCIALE POUR L'HABITAT (2003): Le logement, une grande cause nationale. Un appel de quatre organisations nationales, o. O.
- US DEPARTMENT OF HOUSING AND URBAN DEVELOPMENT (2003): A Summary Overview of Moving to Opportunity: A Random Assignment Housing Mobility Study in Five U.S. Cities. <http://www.nber.org/mtopublic/MTO%20Overview%20Summary.pdf> (15. August 2009).
- VERWALTUNG DES BEZIRKSBUERGERMEISTERS VON BERLIN NEUKÖLLN (2009): Campus Rütli – CR<sup>2</sup>-Konzept. Beschlossen durch die Steuerungsrunde am 27. September 2007. [http://www.berlin.de/imperia/md/content/baneukoelln/2009pdf/cr\\_konzept\\_26mai2009.pdf](http://www.berlin.de/imperia/md/content/baneukoelln/2009pdf/cr_konzept_26mai2009.pdf) (20. August 2012).
- VIEILLARD-BARON, H. (2009): Les Banlieues. Des singularités françaises aux réalités mondiales. Paris.
- VIEILLARD-BARON, H. (2007a): L'emploi du mot «ghetto» est dangereux. In: Urbanisme Nr. 356, Sept. 2007: 85-86.
- VIEILLARD-BARON, H. (2007b): Drei französische Problemviertel. In: Neef, R. & Keim, R. (eds.): Wir sind keine Sozialen. Marginalisierung und Ressourcen in deutschen und französischen Problemvierteln. Konstanz: 219-272.
- VIEILLARD-BARON, H. (2000): La politique de la ville. Histoire et Organisation. Paris.
- VIEILLARD-BARON, H. (1994): Les banlieues françaises ou le ghetto impossible. Paris.
- VILLE DE LILLE (o. J.): Laissez vous conter Lille-Sud. La ville agrandie. Lille.
- VILLE DE LILLE (2010): Laissez-vous conter Lille-Sud. Les mutations urbaines de 1950 à nos jours. Lille.
- VILLE DE LILLE (2006): Lille - Grand Projet Urbain. Un nouvel art de ville pour tous. Les chantiers de Lille-Sud. Lille.
- WACQUANT, L. (2006): Elias im schwarzen Ghetto. In: Ders.: Das Janusgesicht des Ghettos und andere Essays. Basel, Boston, Berlin: 85-95.
- WACQUANT, L. (2004): Roter Gürtel, Schwarzer Gürtel. Rassentrennung, Klassenungleichheit und der Staat in der französischen städtischen Peripherie und im amerikanischen Ghetto. In: Häußermann, Hartmut/Kronauer, Martin/Siebel, Walter (Hrg.): An den Rändern der Städte., 148-200.
- WACQUANT, L. (1999): Les prisons de la misère. Paris.
- WACQUANT, L. (1993): Urban outcasts. Stigma and division in the black American ghetto and the French urban periphery. In: International Journal of Urban and Regional Research: 366-383.
- WACQUANT, L. (1992): Pour en finir avec le mythe des «cités-ghettos». Les différences entre la France et les États-Unis. Annales de la Recherche Urbaine, n 54, mars 1992: 21-30.

- WEHRHEIM, J. (2003): Großstadt zwischen Ambivalenz und Überwachung – eine aktuelle Retrospektive. In: Jahrbuch Stadt Region. Schwerpunkt Stadt: 15-32.
- WEHRHEIM, J. (2002): Die überwachte Stadt. Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung. Opladen.
- WILSON, W. J. (1987): The truly disadvantaged. Chicago, London: The University of Chicago Press.
- WIRTH, L. (1938): Urbanism as a way of life. The American Journal of Sociology, Vol. 44, No. 1, (Jul., 1938): 1-24.
- WITZEL, A. (2000): Das problemzentrierte Interview. Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research, 1(1), Art. 22.  
<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0001228>. (13. Dezember 2009).
- YOUNG JR. A. (2003): Social Isolation, and concentration effects: William Julius Wilson revisited and re-applied. In: Ethnic and Racial Studies 6: 1073-1087.
- ZERMANI, M. (2006): La stigmatisation du quartier: terrain mine ou passerelle vers l'extérieur? Entretien avec les jeunes. In: *Sociétés*, 4/2006 n. 94: 45-54.
- ZIMMERMANN, K. (2011): Der Beitrag des Programms „Soziale Stadt“ zur Sozialen Stadtentwicklung. In: Hanesch, W. (eds.): Die Zukunft der „Sozialen Stadt“. – Wiesbaden: 181–201.
- ZITTY (2008): Neukölln rockt! Ausgabe des Berliner Stadtmagazins vom 13. März 2008. 06/08.



## Anhang

### I. Übersicht über die Interviewpartner<sup>217</sup>

#### La Noë

Madame C.	Bürgermeisterin	Stadtverwaltung
Madame A. Monsieur S.	Sozialarbeiter	Sozialzentrum Grains de Soleil
Monsieur B.	Beamter	Polizei
Madame J.	Stellvertretende Direktorin	Träger für berufliche Qualifizierung
Monsieur R.	Beauftragter des GPV	Stadtverwaltung, Bereich Stadterneuerung
Madame F.	Dipl. Geographin	Université Paris X Nanterre
Monsieur E.	Direktor des <i>Grand Projet de Ville</i>	EPAMSA
Monsieur M.	Vorstand	Mieterverein
Monsieur H.	Sozialarbeiter	ACVL / Verein der Jugendsozialarbeit
Madame U.	Projektleitung der <i>Politique de la ville</i>	Stadtverwaltung
Monsieur W.	Direktor	Sozialzentrum Grains de Soleil
Madame S.	Sozialarbeiterin	A.S.T.I. Actions Solidaires Tremplin d'Intégration / Interkultureller Verein

#### Lille-Sud

Madame T.	Direktorin	Schule Don Bosco
Monsieur C.	Stadtrat	Stadtverwaltung
Monsieur P.	Präsident des <i>Conseil de quartier de Lille-Sud</i>	Stadtverwaltung

---

<sup>217</sup> Da einige der Experten namentlich nicht genannt werden wollten, wird hier die Gesamtheit der Gesprächspartner anonymisiert dargestellt.

Monsieur I.	Sozialarbeiter	Association Itinéraires / Träger beruflicher Qualifikation
Madame P.	Gebietsbeauftragte der <i>Politique de la ville</i>	Stadtverwaltung
Madame G.	Vorstandsmitglied	Verein der Freunde Lille-Suds
Madame A.	Direktorin des <i>Grand projet urbain</i>	Stadtverwaltung
Madame O.	Fachgebietsleiterin der <i>Po- litique de la ville</i>	Stadtverwaltung
Monsieur F.	Direktor / Sozialarbeiter	Sozialzentrum Arbrisseau
<b>Anger</b>		
Herr U.	Vorstand	Türkischen Kulturverein
Frau H.	Dipl. Sozial Pädagogin	Allgemeiner Sozialer Dienst des Ju- gendamts Erlangen
Frau N. Herr P.	Dipl.-Ing., Architektin / Dipl. Ing.	Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung
Frau E.	Koordinatorin	HIPPY e.V. Erlangen
Frau D.	Projektleitung Dipl. Sozial Pädagogin	Mosaik e.V.
Herr T.	Pfarrer	Erlöser Gemeinde
Frau B.	Vorsitzende	Deutsch-Russischer Kulturverein Brücken e.V.
Frau I.	Projektleitung	BIG Projekt
Frau L.	Dipl. Sozialarbeiterin	Islamische Gemeinde Erlangen/ Friedensmoschee
Frau P.	Grundschulpädagogin im Ruhestand	Pestalozzi Schule

Frau H.	Dipl. Ing.	GEWOBAU Erlangen
Herr O.	Einrichtungsleiter und	Die VILLA und Angertreff
Frau U.	Dipl. Sozial Pädagogin	
Herr F.	Quartiersmanager	Quartiersmanagement Erlangen

### **Reuterkiez**

Herr P.	Seelsorger	Christophorus Gemeinde
Frau J.	Quartiersrätin	Fusion e.V
Herr M.	Pfarrer	Nikodemus Gemeinde
Herr W.	Leitung	Jugendclub Manege
Herr E.	Koordination	Lokaler Bildungsverbund Reuterkiez
Herr K.	Quartiersrat	ehemalige Geschäftsstelle Quartiers- beirat
Frau H.	Quartiersrätin	Elele-Nachbarschaftstreff
Frau L.	Projektleitung	Procopolis
Herr O.	Lehrer	Elbe Grundschule

## II. Interviewleitfaden

### 1. Allgemeine Informationen:

Datum: .....

Gesprächspartner/in: .....

Institution: .....

seit: .....

Funktion: .....

### 2. Beschreibung des Quartiers und seiner Bewohner

1. Beschreiben Sie bitte, in welcher Verbindung Sie zu diesem Quartier stehen.

2. Wie würden Sie dieses Quartier beschreiben?

#### Objektive Ressourcen:

2.1. Was zeichnet die Lage und Anbindung des Quartiers aus?

2.2. Durch welche baulichen Merkmale ist das Quartier charakterisiert?

2.3. Wie lässt sich das Wohnumfeld beschreiben?

2.4. Wie ist Ihr Eindruck der Infrastrukturausstattung (kommerziell, sozial, kulturell)?

#### Soziale Beziehungen:

2.5. Wie schätzen Sie die Wohnzufriedenheit der Bewohner ein?

2.6. Wie schätzen Sie die Kommunikations- und Interaktionsmöglichkeiten im Quartier ein?

2.7. Wie ist Ihr Eindruck zur Partizipation der Bewohner?

2.8. Wie lassen sich die Nachbarschaftsbeziehungen im Quartier charakterisieren?

#### Situation der Jugendlichen im Quartier:

2.9. Wie lässt sich die Bildungssituation im Quartier beschreiben?

2.10. Durch welche Merkmale lässt sich die Situation der Jugendlichen im Gebiet charakterisieren?

2.11. Wie ist die Beziehung der Jugendlichen zum Quartier?

#### Symbolik:

2.12. Wie ist das Image des Quartiers?

2.13. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Bewohner?

### 3. Quartierspolitik

3.1. Was sind die zentralen Herausforderungen und Ziele der lokalen Quartierspolitik?

3.2. Welche Zielgruppen stehen im Mittelpunkt?

3.3. Welche Schwierigkeiten ergeben sich bei der Umsetzung einzelner Maßnahmen?

3.4. Wie ist der Erfolg der einzelnen Maßnahmen einzuschätzen?

### 4. Sonstige Beobachtungen

### III. Glossar der französischen Begriffe

Banlieue	Vororte
banlieue rouge	„die roten Vororte“; Gürtel kommunistischer Gemeinden im Nordosten Ile-de-France
Banlieusards	pejorativer Ausdruck für die Bewohner der frz. Vororte
Bidonvilles	wild errichtete Elendssiedlungen an den Rändern der französischen Städte, existierten z. T. noch bis in die 1970er Jahre
boulevard périphérique / périphérique	Ringautobahn
catégories supérieurs	höhere Berufskategorien
circulaire Guichard	Guichard Verordnung von 1973 mit Absage an Großwohnsiedlungsbaus
citoyenneté	Staatsbürgerschaft
Cité	frz. für „Siedlung“, geläufiger Ausdruck für die Großwohnsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus
Collège	Collège, Mittelschule
concertation	Abstimmung
Convention	Vereinbarung
Émeutes	Jugendunruhen in den cités
grand ensemble	städtebauliches Ensemble der Hochhäuser und Riegel
logements anciens	Altbauwohnungen
logement social	Sozialwohnung
Lycée	Gymnasium
parc social de fait	Niedrigpreissegment des privaten Wohnungsmarkts
plan directeur d'aménagement	Flächennutzungsplan
police de proximité	Nahbereichsbeamten der Polizei

politique de la ville	Politikbereich für benachteiligte Stadtviertel, wörtlich „Politik der Stadt“
Programme National de Rénovation Urbaine	Stadterneuerungsprogramm, wörtlich „nationales Programm der Stadtsanierung“
quartiers prioritaires	Gesamtheit der Gebiete der politique de la ville
Sarcelite	nach dem Quartier Sarcelles benannt, Metapher für die „Krankheit“ der Bewohner der Großwohnsiedlungen
tours et barres	Hochhäuser und Riegel in Plattenbauweise
violence urbaine	städtische Gewalt
zone d'aménagement concertée (ZAC)	Zonen der abgestimmten Entwicklung, ehemaliges Planungsinstrument für den Großwohnsiedlungsbau von 1958-1967
zones à urbaniser par priorité (ZUP)	prioritär zu besiedelnde Zone, ehemaliges Planungsinstrument für den Großwohnsiedlungsbau ab 1967
zones urbaines sensibles (ZUS)	sensible städtische Zonen, Programmgebiete der politique de la ville

## **Selbstständigkeitserklärung**

Hiermit bestätige ich, dass ich die vorliegende Dissertation mit dem Titel

„Soziale Segregation, Quartierseffekte und Quartierspolitik. Ein deutsch-französischer Vergleich.“

selbstständig und ohne unerlaubte Hilfe angefertigt habe.

Ich versichere, dass ich ausschließlich die angegebenen Quellen und Hilfen in Anspruch genommen habe.

Berlin, den 13. 09. 2012

Andrea Nieszery